

Politische Herausforderungen für den gesellschaftlichen Strukturwandel. Von Entwicklungen und Tendenzen deutscher Regionen im Vergleich

Afra Kern, geb. Schneider

Dissertation zur Erlangung des Grads einer Doktorin der Sozialwissenschaft (Dr.
rer. pol.) der Universität Erfurt, Staatswissenschaftliche Fakultät

2015

Gutachter: Prof. Dr. Frank Ettrich

Gutachter: apl. Prof. Dr. Alexander Thumfart

Datum der Disputation: 16.12.2015

urn:nbn:de:gbv:547-201600290

für Halvard und Ida

Die vorliegende Arbeit wurde durch ein Begabtenstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung aus Mitteln des BMBF gefördert.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	10
Abkürzungsverzeichnis	12
Abbildungsverzeichnis	14
1 Einleitung	16
1.1 Fragestellung	16
1.2 Theoretische Grundlagen	20
1.3 Struktur und Methodik	27
1.3.1 Das Experteninterview	32
1.3.2 Dokumentarische Methode	34
1.4 Forschungsstand	37
2 Grundlegende Definitionen	40
2.1 Strukturwandel oder Sozialer Wandel?	40
2.2 Strukturschwach und strukturstark	45
3 Lerntheoretische Modelle in der Politikwissenschaft	53
3.1 Die Entstehung von kognitiven Ideen in den Sozialwissenschaften	53
3.2 Die verschiedenen lerntheoretischen Ansätze	59
3.2.1 Verbesserungslernen	61
3.2.1.1 <i>Government Learning</i> - Lloyd Etheredge, James Short	63
3.2.1.2 <i>Lesson-Drawing</i> - Richard Rose	66

3.2.2	Veränderungslernen	69
3.2.2.1	<i>Social Learning</i> - Peter Hall	70
3.2.2.2	<i>Advocacy Coalition Framework</i> - Paul Sabatier, Hank Jenkins-Smith	74
3.2.3	Reflexives Lernen	78
3.2.3.1	<i>Policy Transfer</i> - David Dolowitz, David Marsh	79
3.2.3.2	<i>Benchmarking</i>	82
3.3	Defizite der politischen Lerntheorien	84
3.4	Lernpotenzial und Strukturwandel	87
4	Kommunale Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland	90
4.1	Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und seine Grenzen	92
4.1.1	Verankerung in Bundes- und Landesrecht	92
4.1.2	Kommunale Aufgaben und die Selbstverwaltung	95
4.1.3	Grenzen der Selbstverwaltungsautonomie	98
4.2	Kommunale Entscheidungsprozesse	99
4.2.1	Organisation von Politik und Verwaltung	99
4.2.2	Entstehung von kommunalen Entscheidungen	102
4.2.3	Einflüsse auf den Entscheidungsprozess	104
4.3	Finanzielle Ausstattung der Kommunen	105
4.3.1	Steuern und Gebühren	106
4.3.2	Finanzzuweisungen	109
4.3.3	Sonstige Einnahmen	111
4.4	Selbstverwaltung oder Fremdverwaltung?	112
5	Das <i>Kommunale Lernen</i>	115
5.1	Schwierigkeiten und Nutzen des kommunalen Lernansatzes	115
5.2	Lernbegriff und Lernform	118
5.3	Lernsubjekt	122
5.4	Voraussetzungen, Hindernisse und Einflüsse für den kommunalen Lernprozess	124
5.5	Können Kommunen lernen?	128

6	Die strukturelle Schwäche der 4 Fallbeispiele	134
6.1	Gelsenkirchen	134
6.1.1	Arbeits- und Beschäftigungsmarkt	136
6.1.2	Bevölkerungsstruktur	140
6.1.3	Bildungsstruktur	144
6.1.4	Finanzielle Struktur	148
6.2	Halle (Saale)	150
6.2.1	Arbeits- und Beschäftigungsmarkt	153
6.2.2	Bevölkerungsstruktur	156
6.2.3	Bildungsstruktur	159
6.2.4	Finanzielle Struktur	161
6.3	Völklingen	165
6.3.1	Arbeits- und Beschäftigungsmarkt	168
6.3.2	Bevölkerungsstruktur	171
6.3.3	Bildungsstruktur	175
6.3.4	Finanzielle Struktur	177
6.4	Hoyerswerda	180
6.4.1	Arbeits- und Beschäftigungsmarkt	183
6.4.2	Bevölkerungsstruktur	185
6.4.3	Bildungsstruktur	189
6.4.4	Finanzielle Struktur	191
6.5	Einheit in der Differenz?	194
7	Die kommunale Lernfähigkeit der 4 Fallbeispiele	198
7.1	Die kommunalen Interviewpartner	198
7.2	Quantitative Selbsteinschätzung der kommunalen Interviewpart- ner	200
7.2.1	strukturelle Faktoren	201
7.2.1.1	Gestaltungsmöglichkeiten	201
7.2.1.2	Haushaltssituation	204
7.2.1.3	Arbeit im Stadtrat	210

7.2.2	individuelle Faktoren	213
7.2.2.1	Wahrnehmung der strukturellen Problematik .	213
7.2.2.2	Nutzung von Netzwerken	215
7.2.2.3	Nutzung von Bildungsangeboten	220
7.2.2.4	Kreativität	223
7.3	„Arm aber sexy?“	225
7.3.1	Typ A - Kommunalpolitiker mit resignierter Handlungs- einstellung	227
7.3.2	Typ B - Kommunalpolitiker mit kreativem Potenzial . .	231
8	Exkurs: Strukturstarke Regionen und der Gestaltungsspielraum	238
8.1	Jena	239
8.1.1	Arbeits- und Beschäftigungsmarkt	242
8.1.2	Bevölkerungsstruktur	245
8.1.3	Bildungsstruktur	248
8.1.4	Finanzielle Struktur	252
8.2	Freising	255
8.2.1	Arbeits- und Beschäftigungsmarkt	259
8.2.2	Bevölkerungsstruktur	261
8.2.3	Bildungsstruktur	265
8.2.4	Finanzielle Struktur	268
8.3	Strukturstark und strukturgleich?	272
8.4	Einschätzung der befragten Kommunalpolitiker	273
8.4.1	Gestaltungsmöglichkeiten	273
8.4.2	Haushaltssituation	276
8.4.3	Arbeit im Stadtrat	278
8.4.4	Wahrnehmung der strukturellen Problematik	280
8.4.5	Nutzung von Netzwerken	282
8.4.6	Nutzung von Bildungsangeboten	284
8.4.7	Kreativität	287

8.5	Reich aber unsexy?	291
8.5.1	Typ C - Kommunalpolitiker mit geringem Gestaltungs- potenzial	292
8.5.2	Typ D - Kommunalpolitiker mit ausgeprägter kreativen Handlungsmaxime	294
9	Fazit	302
9.1	Pathologische Lernprozesse auf kommunaler Ebene	304
9.2	Kommunale Potenziale stärken	308
9.3	Individuelle Potenziale stärken	311
9.4	Gesellschaftliche Potenziale nutzen	315
9.5	Ausblick	320
	Literaturverzeichnis	323
	Anhang	353
	Anhang 1: Statistische Indikatoren	353
	Anhang 2: Statistiken	359
	Anhang 3: Fragebogen	398
	Anhang 4: Interviews	400
	Anhang 5: Biographien	685
	Lebenslauf	693

Danksagung

Die vorliegende Dissertation hätte ohne die Hilfe und Unterstützung von zahlreichen Personen vielleicht begonnen werden können, wäre aber wohl niemals beendet worden. Diesen Menschen möchte ich meinen großen Dank und Respekt aussprechen.

Mein erster Dank geht an meinen Doktorvater Prof. Dr. Frank Ettrich, der von Beginn an mein Thema geglaubt hat und dank seiner konstruktiven Hinweise die Qualität meiner Arbeit voran gebracht hat. Auch hatte er immer ein offenes Ohr weit über die Doktorarbeit hinaus. Ein weiterer Dank geht an die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Lehrstuhls Dr. Stefan Waldheim, Eric Schröder und Franziska Diller für all die Kleinigkeiten, die in meiner Zeit als Doktorandin und Lehrbeauftragte angefallen sind, das tolle Aufnahmege­rät und die zahlreichen wundervollen Gespräche in der Erfurter Kneipenland­schaft. Auch den anderen Kolloquiumsteilnehmern möchte ich meinen Dank aussprechen für Rat und Anregungen.

Ebenso wichtig für die Durchführung meiner Promotion war die Förderung durch die Hanns-Seidel-Stiftung und nicht nur in finanzieller Hinsicht. Die Stiftung garantierte mir eine persönliche Betreuung und Hilfestellungen über das Stipendium hinaus. Zudem verdanke ich der Stiftung viele interessante Gespräche und Runden im „Bierstüberl“. Ein spezieller Dank muss an die Stipendiatengruppe der HSS in Thüringen und in Sachsen gehen für die tollen Veranstaltungen, Ausflüge, der Ablenkung vom Dissertationsalltag und den daraus entstandenen Freundschaften.

Für die inhaltliche und sprachliche Überarbeitung möchte ich Laura Quantius, Annemarie Weber, Eric Schröder und Franziska Diller danken. In ihnen

hatte ich ehrliche und genaue Leser, deren intensive Hilfe mir immens weitergeholfen hat. In der Endphase meiner Dissertation wäre ich verloren gewesen ohne Frank Grünert, der dafür sorgte mein LaTeX-Wirrwarr zu entknoten und bei meinen Bibliographie-Problemen stets endlose Gelassenheit zeigte.

Jedem Familienmitglied und meinem gesamten Freundeskreis möchte ich einfach Danke sagen, dafür dass es sie gibt und sie mich jederzeit unterstützt haben. Hier muss ich insbesondere meine Eltern und meine Schwester nennen, ohne deren Liebe und Rückhalt ich nicht da wäre, wo ich jetzt bin. Ich bin stolz eure Tochter und Schwester zu sein.

Vor allem gilt mein unendlicher Dank aber der großen Liebe meines Lebens - meinem Mann. Eine Aufzählung all der Dinge für die ich ihm dankbar bin, würde den Rahmen dieser Danksagung mehr als sprengen. Aus diesem Grund belasse ich es bei einem einfachen: Weil es Liebe ist.

Afra Kern

Abkürzungsverzeichnis

ACF: *Advocacy Coalition Framework*

AdR: Ausschuss der Regionen

APuZ: Aus Politik und Zeitgeschichte - Zeitschrift

AUF Gelsenkirchen: Alternativ, Unabhängig, Fortschrittlich Gelsenkirchen -
Parteienbündnis

BpB: Bundeszentrale für politische Bildung

BMFSFJ: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

BMVI: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

BRD: Bundesrepublik Deutschland

BSVK: Bayrisches Selbstverwaltungskolleg

BY: Freistaat Bayern

CDU: Christlich-Demokratische Union

CSU: Christlich-Soziale Union

DDR: Deutsche Demokratische Republik

DIW: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

EFRE: Europäische Fonds für regionale Entwicklung

FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung

-
- FH:** Fachhochschule
- FSU:** Friedrich-Schiller-Universität Jena
- FW:** Freie Wähler
- GG:** Grundgesetz
- HSS:** Hanns-Seidel-Stiftung
- KSJ:** Kommunalservice Jena
- KMU:** Klein- und Mittelständische Unternehmen
- MDR:** Mitteldeutscher Rundfunk
- MLU:** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- NRW:** Nordrhein-Westfalen
- PSK:** Pädagogische Studien und Kritiken - Zeitschrift
- SGB II:** Sozialgesetzbuch II, regelt die Grundsicherung für Arbeitsuchende
- SL:** Saarland
- SN:** Freistaat Sachsen
- SPD:** Sozialdemokratische Partei Deutschland
- ST:** Sachsen-Anhalt
- SWH:** Stadtwerke Hoyerswerda
- TH:** Freistaat Thüringen
- TU:** Technische Universität
- TUM:** Technische Universität München
- USA:** *United States of America*, Vereinigte Staaten von Amerika
- VEB:** Volkseigener Betrieb, staatliche Unternehmen der DDR
- WAZ:** Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Der <i>Policy Cycle</i>	Seite 23
Abbildung 2: Verschiedene Bezeichnungen der drei Lernarten	Seite 61
Abbildung 3: <i>Kommunales Lernen</i>	Seite 130
Abbildung 4: Ebene der Arbeitswelt Gelsenkirchen	Seite 137
Abbildung 5: Demographische Ebene Gelsenkirchen	Seite 141
Abbildung 6: Bildungsebene Gelsenkirchen	Seite 145
Abbildung 7: Wohlstandsebene Gelsenkirchen	Seite 149
Abbildung 8: Ebene der Arbeitswelt Halle (Saale)	Seite 154
Abbildung 9: Demographische Ebene Halle (Saale)	Seite 157
Abbildung 10: Bildungsebene Halle (Saale)	Seite 160
Abbildung 11: Wohlstandsebene Halle (Saale)	Seite 162
Abbildung 12: Ebene der Arbeitswelt Völklingen	Seite 169
Abbildung 13: Demographische Ebene Völklingen	Seite 172
Abbildung 14: Bildungsebene Völklingen	Seite 176
Abbildung 15: Wohlstandsebene Völklingen	Seite 178
Abbildung 16: Ebene der Arbeitswelt Hoyerswerda	Seite 183
Abbildung 17: Demographische Ebene Hoyerswerda	Seite 186

Abbildung 18: Bildungsebene Hoyerswerda	Seite 190
Abbildung 19: Wohlstandsebene Hoyerswerda	Seite 192
Abbildung 20: Politiker-Typen strukturschwacher Kommunen	Seite 237
Abbildung 21: Ebene der Arbeitswelt Jena	Seite 243
Abbildung 22: Demographische Ebene Jena	Seite 246
Abbildung 23: Bildungsebene Jena	Seite 249
Abbildung 24: Wohlstandsebene Jena	Seite 252
Abbildung 25: Ebene der Arbeitswelt Freising	Seite 259
Abbildung 26: Demographische Ebene Freising	Seite 262
Abbildung 27: Bildungsebene Freising	Seite 266
Abbildung 28: Wohlstandsebene Freising	Seite 269
Abbildung 29: Politiker-Typen strukturstarker Kommunen	Seite 300
Abbildung 30: Lernsituation von Kommunen	Seite 308

1 Einleitung

1.1 Fragestellung

Der Strukturwandel ist in der Bundesrepublik Deutschland in aller Munde und dies schon seit dem letzten Jahrzehnt. Sowohl Politik, Medien und Öffentlichkeit diskutieren über die sozioökonomischen Veränderungen, von denen Deutschland betroffen ist. Verfolgt man die Debatte, so scheinen alle Akteure zwar denselben Begriff zu benutzen, aber durchaus etwas völlig Unterschiedliches darunter zu verstehen.

Die Medien kamen dabei teilweise sehr fragwürdig dem Thema nahe. So lautete im März 2006 eine Schlagzeile der Bild, dass Mecklenburg-Vorpommern schwul werden würde.¹ Dieses übertriebene Beispiel betrifft allerdings nicht nur die Boulevardzeitung Bild. Auch andere „seriösere“ Medien berichteten dramatisierend. Dies traf besonders zu, wenn es um rechtsradikale Übergriffe ging.² Auch die finanzielle Situation lassen die Medien zu Untergangsszenarien für einzelne Regionen hinreißen.³ Politik und Wissenschaft setzen sich wesentlich konstruktiver mit den Veränderungen in Deutschland auseinander. Beispiel-

¹ Studien belegten, dass es in den neuen Bundesländern in manchen Regionen aufgrund von Abwanderung, vornehmlich junger Frauen, einen Männerüberschuss gibt. Die Bildredaktion veranlasste das zu folgender Schlagzeile: O.V.: MeckPomm wird schwul; 27.3.2006. Gefunden unter: <http://www.bildblog.de/1295>; am 3.6.2009.

² Vgl.: O.V.: Täglich zwei rechts-radikale Übergriffe. Bundesregierung legt Zahlen für 2006 vor; in: Tagesschau-Online (8.2.2007). Gefunden unter: <http://www.tagesschau.de/inland/meldung60348.html>; am 3.6.2009.

³ Vgl.: Afhüppe, Sven: Kommunen in Not. Das stille Sterben der Städte; in: Handelsblatt-Online (29.12.2010). Gefunden unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kommunen-in-not-das-stille-sterben-der-staedte/3750752.html>; am 3.4.2014. Siehe auch: O.V.: Der langsame Tod Ostdeutschlands. Ökonomen hadern mit schwieriger Integration der neuen Länder. Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik; in Frankfurter Allgemeine Zeitung (6.10.2006.); S. 12.

haft steht dafür der vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegebene Familienatlas, der seit mehreren Jahren erscheint. In diesem werden regionale Handlungsfelder ausgemacht, die durch den demographischen Wandel im Bereich der Familienpolitik entstehen.⁴ Auch die Forschungen der letzten Jahre zeigen ein deutlich differenzierteres Bild der deutschen sozioökonomischen Veränderungen auf. Das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung veröffentlichte immer wieder Analysen zur demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik.⁵ Dabei untersuchte das Institut alle Kreise und kreisfreien Städte hinsichtlich ihrer demographischen Zukunft und kamen zu deutlich abweichenden Ergebnissen für die Prognose einzelner Gemeinden. Auch der Wegweiser Kommune der Bertelsmannstiftung kommt zu unterschiedlichen Zukunftsaussichten deutscher Kommunen, wie auch weitere Studien.⁶

Trotz sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und Ergebnisse sind allen Studien etwas gemeinsam: Alle Studien zeigen, dass es keinerlei Einteilung mehr nach Ost und West gibt, auch nur noch bedingt nach Nord und Süd. Jeder Kreis oder jede kreisfreie Stadt bildet andere Indikatoren ab, von denen sie betroffen ist. Strukturwandel bezeichnet ein Bündel von Veränderungen, von denen mittlerweile alle Ebenen der Gesellschaft betroffen sind. Diese Veränderungen können in jeder Kommune anders ausfallen und von daher auch andere politische Handlungen und Aufgaben hervorrufen. Deutlich zeigt sich jedoch, dass sich die Folgen dieser gesamtdeutschen Strukturprozesse auf kommunaler Ebene zuerst bemerkbar machen und dabei teilweise schon bedroh-

⁴ Vgl.: BMFSFJ (Hrsg.): Familienatlas 2012. Regionale Chancen im demographischen Wandel sichern; Berlin 2012. Gefunden unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienatlas-2012,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>; am 3.4.2014.

⁵ Vergleiche beispielsweise: Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner; Sievers, Florian; Großer, Thilo u. Friesel, Kerstin: Die demographische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet; Berlin 2011.

⁶ Vgl.: Bertelsmannstiftung (Hrsg.): Wegweiser Kommune; Berlin 2011. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de>; am 15.6.2012. Siehe auch: Jakszentis, Anja u. Hilpert, Ulrich: Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich. Differenzierungen in den neuen Bundesländern und Angleichungen an die alten Länder; Frankfurt a. M. 2005. Siehe auch: Regionalverband Ruhr (Hrsg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2004; Essen 2004.

liche Ausmaße annehmen. Die Stadt Hoyerswerda in Sachsen verlor zwischen 1990 und 2004 über 35% ihrer Einwohner und verdeutlicht damit explizit, welche Folgen einer schrumpfenden Gesellschaft zu erwarten sind.⁷ Gelsenkirchen hingegen muss mit den Folgen überdurchschnittlich hoher Sozialausgaben umgehen. Dort war im Jahr 2013 im Monatsdurchschnitt fast jeder 2. Arbeitslose mehr als ein Jahr auf Stellensuche.⁸

Dabei scheinen einige Kommunen besser in der Lage zu sein, mit den Veränderungen umzugehen als andere. Denn grundsätzlich ist Wandel zunächst nichts negatives, sondern birgt zumeist sowohl negative als auch positive Aspekte. So hatte beispielsweise die Einführung von Umweltstandards in der deutschen Industrie hatte vor allem positive Auswirkungen auf die Ökologie. Für die Unternehmen waren sie jedoch mit Kosten verbunden und daher zunächst negativ besetzt. Problematisch wird es erst dann, wenn man nicht mehr in der Lage ist sich den Veränderungen anzupassen. Dies gilt insbesondere für gesamtgesellschaftliche Veränderungen, in deren Spannungsfeld deutsche Kommunen agieren müssen. Wenn Kommunen nicht mehr in der Lage sind sich dem Wandel anzupassen, geraten sie immer mehr unter Druck und werden von den restlichen Entwicklungen abgekoppelt. Die sozialen Herausforderungen für eine Gemeinde sind dann kaum beherrschbar, betrifft es jedoch immer mehr Regionen und auch Mittel- und Großstädte, könnte das sozioökonomische Grundgerüst der ganzen Bundesrepublik in Schieflage geraten. Unerlässlich ist aus diesem Grund ein Eingreifen gegen die Abgrenzung einzelner schwacher Kommunen, um sie zu unterstützen.

Neben dem Anpassungsdruck zeigt sich noch ein weiteres Dilemma, welches den Druck zusätzlich verstärkt. Langzeitstudien über mehrere Erhebungszeitpunkte haben nachgewiesen, dass Kommunen mit stärkeren sozioökonomischen Schwierigkeiten nur selten die Möglichkeit haben ihre Situation wesentlich zu

⁷ Vgl.: Kröhnert, Steffen; Medicus, Franziska u. Klingholz, Reiner: Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?; München 2006; S. 90.

⁸ Im Monatsdurchschnitt des Jahres 2013 lag die Langzeitarbeitslosigkeit bei 45,3%. Angaben beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Daten der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen. Gefunden unter: http://gelsenkirchen.de/de/Rathaus/Daten_und_Fakten/Statistiken/_doc/Arbeitsmarktstatistik_aktuell.pdf; am 3.4.2014.

verbessern. Anpassungsfähige Gemeinden erhalten hingegen ihre bessere Zukunftsprognose. Vereinfacht gesagt bedeutet dies, dass schwache Kommunen schwach bleiben und starke Kommunen stark. So war der Landkreis München und die Stadt München beim Ranking des Prognos Zukunftsatlas sowohl 2007 als auch 2013 auf den ersten beiden Plätzen anzutreffen. Dahingegen waren in beiden Erhebungsjahren die Landkreise Elbe-Elster und Spree-Neiße unter den letzten der Aufstellung anzutreffen - bei den Kommunen mit sehr hohen Zukunftsrisiken.⁹ Antwort auf die Frage nach den Ursachen hierfür liefern die Untersuchungen kaum und können sie wahrscheinlich auch nicht. Es scheint jedoch, dass die bisherigen politischen Lösungsversuche nur geringen Erfolg hatten.

Die vorliegende Arbeit möchte anhand einer lerntheoretisch fundierten Analyse untersuchen, ob politische Lerntheorien eine Möglichkeit wären für Kommunen mit dem Strukturwandel umzugehen. Aufgrund der extremen Ausdifferenzierung des Strukturwandels auf kommunaler Ebene, müssen sie selbst die Möglichkeit erhalten ihre Schwäche zu überwinden. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die kommunalen Eliten in der Lage sind Lernprozesse zu vollziehen, um Veränderungen von sich heraus - mit Unterstützung durch Bundes- und Landesebene - zu initiieren. Daher möchte sich die Dissertation mit folgenden Fragestellungen auseinandersetzen: Weisen strukturschwache Kommunen Lernpotenziale auf? Verhindern strukturelle Faktoren, bei denen sie abhängig sind von höheren politischen Instanzen solche Lernprozesse? Oder sind es individuelle Faktoren, die in den Kommunen an sich verankert sind?

Zur Beantwortung der Fragestellung werden dabei drei Hypothesen gebildet:

H1 Die Lernfähigkeit der Kommunen hängt von der Ausstattung mit Ressourcen (insbesondere der Finanzen) der jeweiligen Kommune ab. Je besser

⁹ Vgl. das Gesamtranking 2007: Prognos AG: Zukunftsatlas 2007; Berlin 2007. Gefunden unter: http://www.prognos.com/zukunftsatlas/07/zukunftsatlas07_ranking.php?what=rang; am 3.4.2014. Siehe auch Gesamtranking 2013: Prognos AG: Zukunftsatlas 2013; Berlin 2013. Gefunden unter: http://www.prognos.com/fileadmin/images/publikationen/zukunftsatlas2013/Gesamtranking_Zukunftsatlas_2013_Regionen.pdf; am 3.4.2014.

die Ausstattung mit Ressourcen ist, desto höher ist das Lernpotenzial der Kommunen.

H2 Fehlen die Ressourcen oder Voraussetzungen, müssen die kommunalen Entscheidungsträger ein überdurchschnittliches Maß an Eigeninitiative, Innovation und Kreativität mitbringen. Dies ist bei strukturschwachen Kommunen eher der Fall, da sie keine anderen Möglichkeiten haben, Lernpotenzial zu entwickeln.

H3 Neben den strukturellen Faktoren spielen auch individuelle Faktoren für die Lernfähigkeit eine erhebliche Rolle. Vorhandene Ressourcen und Voraussetzung sichern nicht automatisch Lernpotenzial, sondern die Kommunalpolitiker müssen auch den Willen mitbringen.

1.2 Theoretische Grundlagen

Ziel der Arbeit ist es, politisches Handeln auf kommunaler Ebene im Kontext der sozioökonomischen Veränderungen sichtbar zu machen und dahingehend zu analysieren, wie ein Umgang mit den Phänomenen des Strukturwandels möglich ist und ob politischer Wandel dabei auf Basis von Lernen von innen - aus den Kommunen heraus - möglich ist. Aufgrund der sehr differenzierten sozioökonomischen Lage deutscher Kommunen ist eine kommunale Komponente der Strukturpolitik wichtig. Reine bundes- oder landespolitische Programme werden der Vielfalt der strukturellen Probleme nicht gerecht und einige Kommunen werden unter stärkeren Anpassungsdruck geraten.

Demnach ist die Arbeit in der Politikfeldanalyse verhaftet, die der Frage nach politischen Entscheidungen nachgeht. Das besondere Augenmerk der Politikfeldanalyse ist dabei die empirische Untersuchung dieser Handlungen, um praxisorientierte Empfehlungen aussprechen zu können.¹⁰ Diese Faktoren sind elementar sowohl für die vorliegende Arbeit als auch für die Politikfeldanalyse.

¹⁰ Zum Forschungsschwerpunkt der Politikfeldanalyse vgl.: Blum, Sonja u. Schubert, Klaus: Politikfeldanalyse; Wiesbaden 2009; S. 32ff. Siehe auch: Schneider, Volker u. Janning, Frank: Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik; Wiesbaden 2006; S. 11ff.

Aus diesem Grund müssen auch theoretische Überlegungen aus diesem politikwissenschaftlichen Forschungsfeld für die eigene Fragestellung herangezogen werden.

Die theoretischen Strömungen der Politikfeldanalyse sind in drei große Bereiche unterteilbar und zwar nach ihrer Reichweite: In Theorien der Makroebene (Vergleichende Staatstätigkeit), der Mesoebene (akteurszentrierter Institutionalismus) und der Mikroebene (kulturalistische oder ethnographische Theorien).¹¹ Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Mikroebenen-Analyse, da sie sich mit der untersten politischen Ebene der Kommunalpolitik auseinandersetzt. Die Besonderheit der Mikro-Ebene ist es sich mit „inneren“ Untersuchungen der einzelnen Akteure innerhalb eines Politikfeldes zu beschäftigen. Ziel ist es, politische Handlungen besser zu erfassen und zu erläutern. Hierfür sind eigene theoretische Überlegungen notwendig, da die Theoreme der anderen Ebenen möglicherweise nicht greifen: Individuelle Meinungen, Beziehungen und Werte können entscheidender sein für Politiken als Machtverhältnisse oder Entscheidungsmuster.¹²

Für die Kommunalpolitik gilt eben diese Annahme. Kommunalpolitik ist weniger als staatlicher oder gruppenorganisierter Prozess zu verstehen, sondern wird insbesondere durch Individuen geprägt. Dies hat mehrere Ursachen: Zum einen liegt es an der geringeren Parteienbindung der Politiker. Dies bedeutet, dass auch parteilose Kandidaten Chancen auf ein politisches Amt haben als auch, dass eine Politisierung aufgrund von Parteiprogrammen geringer ausfällt und eine zeitweise Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fraktionen sich wesentlich „bunter“ gestaltet als auf Bundes- und Landesebene.¹³ Zum anderen ist die Distanz zwischen Wählern und Politikern deutlich geringer. Aufgrund von Vereinstätigkeiten oder beruflichen Kontakten sind Lokalpolitiker insbesondere in

¹¹ Vgl.: Blum/ Schubert: Politikfeldanalyse; S. 39. Siehe auch: Schneider/ Janning: Politikfeldanalyse; S. 76ff.

¹² Vgl.: Blum/ Schubert: Politikfeldanalyse; S. 45.

¹³ Vgl.: Maier, Jürgen u. Schmitt, Karl: Kommunales Führungspersonal im Umbruch. Austausch, Rekrutierung und Orientierungen in Thüringen (=Städte und Regionen in Europa; Bd. 15); Wiesbaden 2008; S. 93 u. 111f.

ihrem Wahlort vernetzt.¹⁴ Als Letztes sorgt auch die Rolle des Bürgermeisters in seiner Doppelfunktion als Teil der Verwaltung - als deren Chef - und der Politik - durch die Direktwahl - für eine große Gestaltungskraft durch eben diese. Dadurch nimmt eine Person erheblichen Einfluss auf die gesamte Gemeinde.¹⁵ Aus diesem Grund müssen für die vorliegende Arbeit Theorien der Mikro-Ebene für die Untersuchung kommunaler Prozesse herangezogen werden, da die Vernetzung innerhalb der Kommunalpolitik so kleinteilig ist, dass eine Analyse auf der Makro- oder Mesoebene die Komplexität der Kommunalpolitik nicht erfassen könnte.

Die Theorien der Makroebene haben das Ziel politisches Handeln im Staatenvergleich zu analysieren. Dabei können sie die politischen Entscheidungen von der „Macht“ einzelner Gruppen heraus erklären oder aufgrund sozioökonomischen Drucks oder der internationalen Verflechtung.¹⁶ Der Untersuchungsgegenstand wären dabei Regierungen von Staaten innerhalb supranationaler Organisationen, wie beispielsweise der EU. Bei den Analysen auf der Mesoebene werden Organisationen oder kollektive Akteure beispielsweise anhand der Spieltheorie oder struktureingreifender Faktoren untersucht.¹⁷ Im vorliegenden Fall wäre das Forschungsobjekt die Bundesregierung oder die Landesregierung und deren Umgang mit dem Strukturwandel. Wie bereits erwähnt sind die sozioökonomischen Unterschiede jedoch vor allem auf kommunaler Ebene sichtbar und daher eine Untersuchung dieser auch dringend notwendig. Aber natürlich wirken sich Entscheidungen der anderen Ebenen (EU, Bund und Land) auf die politischen Handlungen der Gemeinden aus und fließen daher auch mit ein, aber aus der Sichtweise der kommunalen Entscheidungsträger.

Eines der bekanntesten theoretischen Modelle für politische Prozesse innerhalb der Politikfeldanalyse ist der *Policy Cycle*. Sein Vorteil ist, dass er auch für die hier untersuchte Mikroebene angewendet werden kann. Dieses Modell

¹⁴ Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 123f. Siehe auch: Naßmacher, Hiltrud u. Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland; Wiesbaden 2007; S. 220.

¹⁵ Zur Rolle der Bürgermeister innerhalb der kommunalen Ordnung vgl.: Bieker, Rudolf: Kommunale Sozialverwaltung; München 2006; S. 129ff.

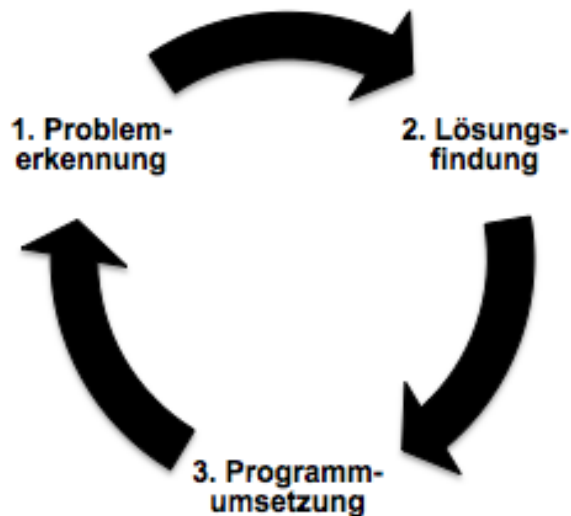
¹⁶ Vgl.: Blum/ Schubert: Politikfeldanalyse; S. 40ff.

¹⁷ Vgl.: Ebd.; S. 43.

geht auf den amerikanischen Politikwissenschaftler Harold Laswell zurück und entstand bereits 1956. In den 1970er Jahren wurde es von Jones und Anderson weiterentwickelt, in dem sie den politischen Prozess in fünf Phasen unterteilen, die bis heute Standard bei der Untersuchung mittels des *Policy Cycles* sind.¹⁸ Grundlage für das Konzept war die Annahme, dass politische Prozesse durch „Inputs“ (Probleme) initiiert werden, diese anschließend verarbeitet werden und dann in „Outputs“ (Lösungen) enden. Dieses Schema wurde weiterentwickelt und der Verarbeitungsprozess dabei in einzelne Zyklen unterteilt.¹⁹

Die Anzahl der Phasen und deren Bezeichnung variiert stark innerhalb der wissenschaftlichen Rezeption des *Policy Cycles*. Zwischen drei und sieben Zyklen lassen sich finden, mit unterschiedlichen Termini.²⁰ Drei große Bereiche sind jedoch allen entstandenen Modellen gleich:

Abbildung 1: Der *Policy Cycle*



Eigene Darstellung nach Schneider/ Janning.²¹

¹⁸ Vgl.: Jann, Werner u. Wegrich, Kai: Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle; in: Schubert, Klaus u. Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0; München 2009; S. 75- 113; hier S. 78/ 79.

¹⁹ Das Schema der „Inputs“ und „Outputs“ geht vor allem auf den Politikwissenschaftler David Easton zurück. Vgl.: Schneider/ Janning: Politikfeldanalyse; S. 48/ 49.

²⁰ Vgl.: Blum/ Schubert: Politikfeldanalyse; S. 103.

²¹ Vgl.: Schneider/ Janning: Politikfeldanalyse; S. 50.

Die erste Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass ein Problem politische Präsenz bekommt. Dabei ist es unerheblich, welches Politikfeld dieses Problem umreißt, sondern dass eine gesellschaftliche Gruppe dieses Problem wahrnimmt und in die Öffentlichkeit transportiert. Es können jedoch auch Probleme von der Politik oder der Verwaltung erkannt werden. Nachdem das Problem von einer Gruppe erkannt wurde, muss es nun an die Politik herangetragen werden. Im Falle der Wahrnehmung durch Politik und Verwaltung ist dies deutlich einfacher als durch außenstehende gesellschaftliche Akteure. Nur wenn die Politik auch ein Interesse daran hat, dieses Problem zu bearbeiten, wird es auch zum *Agenda-Setting* kommen. Daher gibt es auch erkannte Probleme, die aber keine politische Relevanz erhalten und daher auch nicht von der Politik angegangen werden.²² Hat die Politik das Problem erfasst und auf ihre Agenda geschrieben, kommt es zur zweiten Phase. In dieser wird nach Lösungen für das bestehende Problem gesucht und anschließend in einem politischen Programm (Gesetze oder Verordnungen) festgeschrieben. Dabei können unterschiedliche politische Akteure auch unterschiedliche Programme entwickeln über die dann abgestimmt werden muss, um zu einem Konsens oder Mehrheitsentscheid zu gelangen.²³ Liegt ein Gesetz oder politisches Programm vor, folgt die letzte Phase der Umsetzung oder Implementation. Ziel ist es die Vorgaben des Programms durchzusetzen. Je nach Art des politischen Programms und der daran beteiligten Akteure können auch die Ziele unterschiedlich umgesetzt werden.²⁴ Nach der Implementation folgt meist eine Analyse des Programms hinsichtlich der Effektivität und Effizienz, wobei sich dies häufig als schwierig darstellt, da Kriterien gefunden werden müssen, anhand derer benannt werden kann, wann ein Programm „gut“ oder „schlecht“ war. Dies können die Akteure einer Gesellschaft durchaus unterschiedlich wahrnehmen. Daher muss nach der Umsetzung des Programms nicht zwingend auch die Beseitigung des Problems stehen, sondern es kann auch zu einer Rückkoppelung kommen, da die betrof-

²² Vgl.: Schneider/ Janning: Politikfeldanalyse; S. 50- 56.

²³ Vgl.: Ebd.; S. 56- 58.

²⁴ Vgl.: Ebd.; S. 58- 61.

fene Gruppe mit dem Ergebnis nicht zufrieden ist. Diese beiden Schritte sind von einigen Wissenschaftlern auch als eigene Phasen bezeichnet worden, aber eng mit der Umsetzung verbunden.²⁵

Vorteil des Modells des *Policy Cycles* ist die Fokussierung auf die politischen Akteure und deren Handlungsrahmen, wie es auch Ziel der vorliegenden Arbeit ist. Zudem zeigt es, dass Politikgestaltung ein Prozess ist, der auch von äußeren Einflüssen vorangetrieben werden kann.²⁶ Für die Beantwortung der Fragestellung werden jedoch auch individuelle Faktoren, wie Werte und Normen von Bedeutung und nicht nur strukturelle Rahmenbedingungen herangezogen. Diesen Einflüssen wird das Modell jedoch nicht gerecht. Insbesondere bei der engen Verflechtung der Kommunalpolitik, in der Politiktreibende und problembetroffene Gruppe sich stark überschneiden, ist nicht anzunehmen, dass die einzelnen Phasen linear verlaufen. Vielmehr verlaufen sie gleichzeitig oder fehlen eventuell ganz.²⁷ Das macht eine zyklische Betrachtung für die kommunale Ebene sehr fragwürdig. Paul Sabatier, einer der bekanntesten Lerntheoretiker, gehörte auch zu den stärksten Kritikern des Modells und bemängelte zudem die fehlende Beachtung von Lernprozessen außerhalb der letzten Phase.²⁸ Die Problemverarbeitung jedoch beinhaltet zwangsläufig eine starke kognitive Auseinandersetzung mit dem Problem. Dies trifft in besonderem Maße auf die Kommunalpolitik zu, bei der die Phase der Problemverarbeitung stark durch Einzelpersonen geprägt ist: Die Bürgermeister und der sogenannte „Vorentscheiderkreis“ haben dabei eine außerordentliche Gestaltungskraft. Und da immer individuelle Personen aktiv sind, sind auch individuelle Ansichten und Normen von großer Bedeutung.

Die vorliegende Dissertation hat sich deswegen für das „aus der Mode gekommene“ Interpretationsmuster für politischen Wandel – den politischen Lerntheorien – entschieden. Kommunalpolitik ist, wie oben bereits erläutert, stark durch Individuen geprägt: Durch die Doppelfunktion des Bürgermeisters, der

²⁵ Vgl.: Schneider/ Janning: Politikfeldanalyse; S. 62.

²⁶ Vgl.: Ebd.; S. 62f.

²⁷ Vgl.: Bandelow, Nils C.: Lernende Politik: Advocacy-Koalitionen und politischer Wandel am Beispiel der Gentechnologiepolitik; Berlin 1999; S. 24

²⁸ Vgl.: Jann/ Wegrich: Phasenmodelle und Politikprozesse; S. 103.

dadurch großen Einfluss erhält. Darüber hinaus ist die Parteibindung geringer auf kommunaler Ebene und die Vernetzung zwischen Wählern und Politikern enger.²⁹ Daher sind die Theorien individueller Lernprozesse im Besonderen geeignet für eine Betrachtung der Mikroebene. Darüber hinaus fließen bei ihnen nicht nur strukturelle Faktoren mitein, sondern auch weiche Faktoren, wie Meinungen, Anschauungen oder politisches Kalkül finden Eingang in die Analyse von Politikprozessen. Grundsätzlich stellen die Lernmodelle den besten Weg dar, die individuellen Kompetenzen und Möglichkeiten auf kommunaler Ebene zu betrachten.

Ziel der Arbeit ist es jedoch nicht, Aussagen über bisherige Lernprozesse auf kommunaler Ebene zu treffen, also die Lerntheorien als Erklärungsmuster einzusetzen, sondern vielmehr der Frage nachzugehen, ob Lernprozesse bei der Bewältigung des Strukturwandels hilfreich sein können. Dazu ist das theoretische Kapitel zweigeteilt: Zunächst wird in Kapitel 3 Lernen als Ziel dargestellt und warum es für die Erörterung struktureller Prozesse sinnvoll ist. Bisheriger Lernkonzepte wiesen die Schwäche auf politische Prozesse aus retrospektiver Sicht zu untersuchen. Dabei müssen immer im Vorhinein Kriterien festgelegt werden, anhand derer Politik bewertet wird, die im Nachhinein jedoch erst herausgefunden werden sollen. Bei der Frage, ob gelernt wurde, vorher festzulegen, was, wann und wie zu lernen ist, führt eine empirische Betrachtung ad absurdum.³⁰ Vor allem für das Politikfeld des „Strukturwandels“ stellt dies ein nicht zu überwindendes Problem dar: Wann ist Strukturwandel abgeschlossen, gar behoben? Strukturwandel an sich ist ein Prozess und nie als solches ganz gelöst, sondern wird immer, wenn auch mit unterschiedlichen Indikatoren, auftauchen. Für eine retrospektive Betrachtung müsste die vorliegende Arbeit daher zunächst Kriterien festlegen, anhand derer sie ausmacht, wann nicht mehr von Strukturwandel zu sprechen ist. Dies ist jedoch nicht möglich.

²⁹ Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 93 u. 111f u. 123f. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 220.

³⁰ Vgl.: Bandelow, Nils C.: Politisches Lernen: Begriffe und Ansätze im Vergleich; in: Schubert, Klaus u. Bandelow Nils C.: Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0; München 2009; S. 313- 347; hier S. 318.

In einem zweiten Schritt, sollen daher die bisherigen Lerntheorien operationalisiert werden und auf ihrer Grundlage in Kapitel 5 ein eigenes normatives Modell abgeleitet werden. Das neue Modell, das *Kommunale Lernen*, soll als Vergleichsraster für kommunale Handlungsorientierungen dienen. Demnach stellt das eigene Konzept ein Ideal da, welches mit der Realität abgeglichen werden soll (Kapitel 7). Ergebnis dieses Vergleichs sind dann Aussagen über das Lernpotenzial strukturschwacher Kommunen. Mit Hilfe dieser zweigeteilten theoretischen Arbeit können bisherige Lernkonzepte ausgewertet, für ein eigenes Modell analysiert und dieses dann im Anschluss an der Wirklichkeit gemessen werden. Daher ist das Ziel der Arbeit das Lernpotenzial von Kommunalpolitik herauszuarbeiten. Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit auf kommunaler Ebene Lernprozesse vollzogen werden können und ist dies überhaupt möglich?

Diese Fragen sind deswegen so interessant, da sie einen Einblick geben könnten, warum sich Kommunen im Strukturwandel so unterschiedlich entwickeln. Während einige unter enormen Anpassungsdruck geraten sind, fällt anderen die Anpassung an die veränderten sozioökonomischen Parameter leichter. Die prospektive Sicht, die hervorragende Nutzbarkeit auf der Mikro-Ebene sowie das Einbeziehen von systemrelevanten und einstellungsrelevanten Faktoren machen die Konzepte des politischen Lernens so ergiebig. Zudem schafft der prospektive Blickwinkel die Möglichkeit praxisorientiert zu forschen, ganz im Sinne der Politikfeldanalyse, die sich auch immer als Beratungswissenschaft versteht.³¹

1.3 Struktur und Methodik

Vor einer Untersuchung des Lernpotenzials auf kommunaler Ebene muss zunächst erläutert werden, in welchem Kontext dieses vorhanden ist. Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich dabei um strukturschwache Regionen. Daher ist eine Definition der Begriffe „Strukturwandel“ und „strukturschwach“ für

³¹ Vgl.: Schneider/ Janning: Politikfeldanalyse; S. 20.

die weiteren Betrachtungen der Arbeit unabdingbar und steht zwingend am Anfang (Kapitel 2).

Danach muss geklärt werden, inwieweit solche Lernprozesse theoretisch möglich sind. Aus diesem Grund findet im ersten Abschnitt eine Zusammenfassung der bestehenden Vielzahl an politischen Lernkonzepten statt, die für das eigene Vorhaben auf die kommunale Ebene angewendet werden (Kapitel 3). Dazu werden die wichtigsten Theoreme vorgestellt und bewertet. Das Ziel ist es, einen Überblick über das weite Feld der politischen Lerntheorien zu geben und Gemeinsamkeiten, Unterschiede sowie Probleme aufzuzeigen.

Für die vorliegende Arbeit ist Lernen nur unter gewissen Voraussetzungen möglich. Die wichtigste Bedingung ist dabei das selbstbestimmte Handeln der Kommunalpolitiker, denn nur dann können sie auch von sich aus Veränderungen in der eigenen Gemeinde anstoßen. Ansonsten könnten sie zwar Lernprozesse vollziehen, sie aber nicht umsetzen. Dies wäre im Sinne der politischen Lerntheorien „erzwungenes Lernen“. Dabei handelt es sich um Lernprozesse, die durch eine höhere Ebene initiiert und bestimmt werden.³² Dadurch würde jedoch eine weitere Ebene in die vorliegende Untersuchung einfließen und das Feld der Befragungen erheblich vergrößert. Der Schwerpunkt soll allerdings auf der Kommunalebene liegen und durch erzwungene Transfers liesse sich keine Aussage über das Lernpotenzial kommunaler Eliten treffen. Daher werden erzwungenes Lernen explizit ausgeklammert. Im nächsten Schritt wird daher geklärt, ob das im Grundgesetz verankerte Recht auf Selbstverwaltung eben diesen Handlungsspielraum lässt oder ob es strukturelle Faktoren gibt, die den Gestaltungsrahmen einschränken. Dazu werden die bundeseinheitlichen Ordnungen für Kommunen dargelegt (Kapitel 4). Diese ersten beiden Abschnitte werden daher eine Auswertung der bestehenden Fachliteratur sein.

Anschließend entsteht auf Grundlage der theoretischen Überlegungen und des realpolitischen Rahmens ein eigenes theoretisches Konzept – das *Kommunale Lernen* (Kapitel 5). Dies ist notwendig, da bisher kein konkretes Ana-

³² Vgl.: Dolowitz, David u. Marsh, David: Who Learns What from Whom: a Review of the Policy Transfer Literature; Political Studies (1996/ XLIV); S. 343- 357; hier S. 346ff.

lysemodell für die kommunale Ebene existiert. Bisherige Lerntheorien haben vor allem nationale oder internationale Lernprozesse untersucht. Aufgrund des föderalen Systems der Bundesrepublik und der damit verbundenen Eigenheit der Kommunen eigenständig und gleichzeitig von zwei weiteren Ebenen abhängig zu sein, ist ein eigenes Konzept unerlässlich. Darüber hinaus hat das eigene Konzept des *Kommunalen Lernens* aber auch den Vorteil, dass es klar abgegrenzte Definitionen liefern kann. Schwache Begriffserklärungen, vor allem wer lernen soll und was lernen eigentlich ist - sonst ein großes Defizit der Lerntheorien - können hiermit gelöst werden.

Bei der Untersuchung handelt es sich um strukturschwache Kommunen, da sie sich mit den sozioökonomischen Veränderungen schwer tun und dringenden Nachholbedarf haben. Warum sie diesen haben, soll in der vorliegenden Arbeit versucht werden zu klären. Deswegen wird in Kapitel 6 eine Auswertung der 4 Beispielkommunen hinsichtlich ihrer Strukturschwäche stattfinden. Das Heranziehen strukturschwacher Gemeinden ist entscheidend, da diese unter besonders hohem Druck stehen, sich durch politischen Wandel an die sozioökonomischen Verschiebungen anzupassen. Lernprozesse sind daher grundsätzlich wahrscheinlicher, weil notwendiger. Die Analyse erfolgt anhand quantitativer Daten: Diese werden in vier Ebenen – Arbeitswelt, Demographie, Humankapital und Wohlstand – unterteilt und durch statistische Daten des Bundes und der Länder ermittelt. Diese vier Ebenen werden durch mehrere Indikatoren operationalisiert, wobei die Stärke des jeweiligen Indikators die abhängige Variable darstellt und der Indikator die unabhängige. Die Ebenen wurden ausgewählt, da sie – trotz der Verschiedenheit von sozialwissenschaftlichen Studien zum Strukturwandel – doch den größten gemeinsamen Nenner abbilden (siehe hierzu Kapitel 2).

Das Kapitel soll auch Auskunft darüber geben, wie groß die Unterschiede sind, wenn von sozioökonomischen Veränderungen gesprochen wird. Es handelt sich dabei nicht um einheitliche Prozesse, sondern um sehr differenzierte Auswirkungen, die sich in jeder Gemeinde anders zeigen. Auch in diesem Aspekt liegt der Vorteil der Lerntheorien für die Ermittlung von politischen

Veränderungen, da mit ihnen detaillierter untersucht werden kann, ob es die Strukturschwäche ist oder die Politiker auch unterschiedlich agieren.

Die Auswahl der vier Beispielkommunen erfolgt durch ihre Strukturschwäche. Dabei sollen die vier Gemeinden sich aus altindustriellen Regionen zusammensetzen, da sich durch den Niedergang des industriellen Zweigs ein elementarer Einschnitt für die Wirtschaftlichkeit der Kommunen ergab. Darüber hinaus spielt die Haushaltslage der Gemeinden eine große Rolle. Immer wieder ist in den Medien und durch den Deutschen Städtetag - dem Sprachrohr zahlreicher Städte und Gemeinden - eine Reform der Gemeindefinanzen gefordert worden.³³ Nur wenige Kommunen können einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen.³⁴ „Money makes the world go round“ und von daher ist ein solider Haushalt für die Kommunen wichtig, da sie sonst nicht ihre Aufgaben erfüllen können.³⁵ Fehlen diese Faktoren, ist es fraglich, ob überhaupt eine Lernsituation für die kommunalen Eliten herrscht, in der sie kognitive Prozesse in Gang setzen können.

Folgende Städte werden untersucht: Gelsenkirchen in Nordrhein-Westfalen, Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt, Völklingen im Saarland und Hoyerswerda in Sachsen. Mit Hilfe dieser Auswahl lassen sich auch Aussagen darüber treffen, ob es einen Unterschied hinsichtlich ost- oder westdeutscher Politiker gibt, die aufgrund der Altersstruktur eine andere politische Sozialisierung erfahren haben. Darüber hinaus haben die beiden kleineren kreisabhängigen Städte eine weitere zwischengeschaltete Ebene - der jeweilige Landkreis - und demnach weniger Spielraum.

³³ Vgl.: Schäfers, Manfred: Grundsicherung für Kommunen. Der Bund gibt und nimmt, dass es den Kommunen nicht immer eine Freude ist; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.7.2012); S. 18. Siehe auch: Deutscher Städtetag: Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2013. Sorge über zunehmende Unterschiede bei der Finanzlage der Kommunen - finanzielle Mindestaustattung nötig (10.10.2013). Gefunden unter: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/067331/index.html>; am 3.4.2014.

³⁴ 2011 hatten 45% aller deutschen Kommunen ein Haushaltsdefizit. Dies betrifft vor allem Mittel- und Großstädte: Bei den Gemeinden über 50.000 Einwohnern waren es 2011 bereits 66% der Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt. Es scheint somit die Regel zu werden und keineswegs die Ausnahme. Vgl.: Schäfers, Manfred: Grundsicherung für Kommunen. Der Bund gibt und nimmt, dass es den Kommunen nicht immer eine Freude ist; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.7.2012); S. 19.

³⁵ Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 27.

Im letzten Abschnitt (Kapitel 7) wird die qualitative Fallstudie durchgeführt. Auf qualitative Forschungsmethoden wurde zurückgegriffen, da die Zinssstruktur kommunalen Handelns abgefragt werden soll, um Lernpotenzial zu ermitteln. Dies wäre durch quantitative Methoden nicht möglich. Zudem ist der induktive Ansatz qualitativer Methoden von Vorteil, da typische Fälle von Lernpotenzial ermittelt werden sollen. Von Einzelfällen soll auf eine übergeordnete Typenbildung geschlossen werden. Dies wäre mit Hilfe der quantitativen Sozialforschung nicht möglich.³⁶ Zudem wurden noch keine Grundlagen für kommunales Lernpotenzial geschaffen. Durch die vorliegende Dissertation und dem eigenen Konzept des *Kommunalen Lernens* soll ein erster Schritt für diese Grundlage getan werden. Nach einer konsistenten Basis für kommunales Lernpotenzial kann überhaupt erst eine quantitative Analyse erfolgen.

Als Interviewpartner werden die Personen aus dem sogenannten „Vorentscheiderkreis“ herangezogen. Der Begriff wurde 1972 von Gerhard Banner eingeführt und bezeichnet die lokalen Eliten, die an politischen Entscheidungen beteiligt sind, bevor sie im Stadtrat endgültig entschieden werden. Hierzu gehören der Bürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden und die leitenden Verwaltungsmitarbeiter.³⁷ Mittlerweile haben empirische Untersuchungen seine These auch bundesweit nachgewiesen.³⁸

Mit Hilfe von Experteninterviews und der Dokumentarischen Methode von Ralf Bohnsack werden die Ergebnisse anschließend typisiert und in einen Zusammenhang gebracht. Zur genaueren methodischen Grundlage beider Forschungsinstrumente wird im Folgenden noch genauer eingegangen.

Zur Absicherung der Ergebnisse strukturschwacher Kommunen ist in Kapitel 8 ein Exkurs zu Lernprozessen in strukturstarken Gemeinden notwendig. Hierbei werden selbstverständlich die selben Fragestellungen, Fragebögen und

³⁶ Einen Überblick über das Forschungsfeld und die Begrifflichkeit der quantitativen Sozialforschung gibt Thomas Heinze in seinem Lehrbuch. Vgl.: Heinze, Thomas: Qualitative Sozialforschung. Einführung, Methodologie und Forschungspraxis; München 2001; S. 13ff.

³⁷ Entwickelt wurde der Begriff eigentlich nur für Duisburg. Vgl.: Banner, Gerhard: Politische Willensbildung und Führung in Großstädten der Oberstadtdirektor-Verfassung; in: Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.): Großstadt-Politik. Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie; Gütersloh 1972; S. 162- 179.

³⁸ Für eine Aufstellung der empirischen Untersuchungen siehe: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 245, Fußnote 254.

Interviewpartner genutzt, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Im abschließenden Fazit (Kapitel 9) wird erläutert, um welche Art von Lernsituationen oder Lernpotenzial es sich auf kommunaler Ebene handelt und wie diese eventuell verbessert werden können. Darüber hinaus wird auch ein Ausblick auf zukünftige Forschungsfelder gegeben.

1.3.1 Das Experteninterview

Für die Erhebung der benötigten qualitativen Daten werden Experteninterviews herangezogen. Die Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende und Verwaltungsmitarbeiter gelten dabei als Experten ihrer Berufe oder ehrenamtlichen Berufung.

Dabei scheint es zunächst paradox, dass Politiker befragt werden, um über sich selber Auskunft zu geben. Eine fehlende systematische Definition, wann es sich um „Experten“ handelt, fehlt immer noch.³⁹ Darin liegt auch ein Kritikpunkt der Experteninterviews. Jedoch geht es nicht um Experten mit außerordentlichem Wissen oder Intelligenz, sondern um besonderes Wissen, dass nur von den jeweiligen Personen selber zu erfahren ist. Hierin liegt der Zweck der sozialwissenschaftlichen Experteninterviews: Aussagen über gesellschaftliche oder politische Prozesse zu erhalten. Dabei müssen die „Experten“ nicht zwingend Teil der Prozesse sein, aber über fundiertes Wissen darüber verfügen, welches an anderer Stelle nicht erreichbar wäre oder zumindest nicht in diesem Umfang.⁴⁰

In vorliegendem Fall ist es aber durchaus sinnvoll, dass sie auch Teil der Prozesse sind, da es gerade um die subjektive Wahrnehmung der Politiker oder Experten im Zusammenhang mit ihrer eigenen Rolle geht. Mit dieser Logik schließt sich die Arbeit Robert Mertons Idee der „self-fulfilling prophecies“ an.

³⁹ Vgl.: Meuser, Michael u. Nagel, Ulrike: Experteninterview; in: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried u. Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung; Opladen 2011; S. 57.

⁴⁰ Vgl.: Gläser, Jochen u. Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse; Wiesbaden 2010; S. 12f. Siehe auch: Meuser/ Nagel: Experteninterview; S. 57f.

Er ging davon aus, dass menschliches Handeln durch die subjektive Wahrnehmung beeinflusst wird und dadurch das Handlungsergebnis bestimmt wird.⁴¹ Für die Dissertation bedeutet das, wenn sich die Politiker selber nicht in der Lage sehen, Lernprozesse zu vollziehen, werden sie dies auch nicht machen, auch wenn sie es könnten. Darüber hinaus sind nur die kommunalen Eliten in der Lage, alle notwendigen Informationen für den Prozess des kommunalen Lernens zu geben. Dies ist aber der entscheidende Faktor für die Auswahl der Interviewpartner.⁴² Aus diesem Grund tritt die fehlende Präzisierung des Begriffes „Experte“ in den Hintergrund.

Die Problematik, dass unterschiedliche Experten soziale Interaktionen auch unterschiedlich bewerten können, ist bei Experteninterviews ebenfalls gegeben. Unterschiedliche Qualifikation der Experten bedeutet auch unterschiedliche Qualifikation der Antworten.⁴³ Die Frage, ob die befragten Politiker „gut“ oder „schlecht“ sind, ist aber nicht von Bedeutung für die Fragestellung der Dissertation. Denn unabhängig von der Qualität der Politiken, müssen die Kommunen mit den politischen Eliten agieren, die gewählt wurden. Zudem kann es auch ein Ergebnis sein, dass die Lernsituation gerade dadurch verbessert werden kann, in dem die kommunalen Entscheidungsträger eine bessere Qualifizierung erhalten.

Unproblematisch ist ebenfalls, dass einzelne Aspekte unterschiedlich gewertet werden oder unterschiedliche Qualifizierung zu den selben Erkenntnissen führt.⁴⁴ Denn gerade in diesen Erkenntnissen liegt das Ziel der Arbeit: Aufzuzeigen welche Faktoren für eine unterschiedliche Auslegung der Lernsituation ursächlich sind. Dazu werden die Ergebnisse der Experteninterviews in einer Typologie zusammengefasst. Es handelt sich demnach um eine Mischmethode aus Experteninterview und Analyseverfahren.

⁴¹ Vgl.: Merton, Robert K.: *Social Theory and Social Structure*; Glencoe 1957; S. 423.

⁴² Vgl.: Gläser/ Laudel: *Experteninterviews*; S. 117f.

⁴³ Vgl.: Gläser, Jochen u. Laudel, Grit: Wenn zwei das Gleiche sagen... Qualitätsunterschiede zwischen Experten; in: Bogner, Alexander; Littig, Beate u. Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*; Wiesbaden 2009; S. 137-158; hier S. 137f.

⁴⁴ Zu der Problematik der Abhängigkeit der Ergebnisse von den Interviewten vgl.: Gläser/ Laudel: *Wenn zwei das Gleiche sagen...*; S. 141ff.

Durchgeführt werden die Befragungen anhand von Leitfadeninterviews, in denen die Entscheidungsträger der vier Kommunen als Experten hinsichtlich ihrer Bewertung der vorher eingeführten Voraussetzungen für Lernprozesse interviewt werden. Das Leitfadeninterview eignet sich insbesondere, wegen der im Kapitel zum *Kommunalen Lernen* benannten Voraussetzungen für Lernprozesse, die anhand des Fragebogens abgefragt werden und durch den Leitfaden nicht verloren gehen.⁴⁵ Dies zeigen auch andere Untersuchungen mit Hilfe des Experteninterviews.⁴⁶ Darüber hinaus werden die Fragen jedoch offen und narrativ sein, so dass den Experten genügend Spielraum für eigene Interpretationen, Vorstellungen und Meinungen gelassen wird.⁴⁷ Außerdem lässt diese Interviewmethode auch Nachfragen und Spezifizierungen in die Auswertung miteingehen. Der wohl größte Vorteil liegt aber in der besseren Gegenüberstellung der erhobenen Daten durch ähnliche Fragemuster.⁴⁸

1.3.2 Dokumentarische Methode

Die Experteninterviews werden anschließend unter Zuhilfenahme der Dokumentarischen Methode analysiert. Die Dokumentarische Methode ist ein methodisches Interpretationsmuster der Sozialwissenschaften.⁴⁹ Bei der Methode können Interviews durch doppelte Interpretation zu einer Typisierung genutzt werden. Im vorliegenden Falle ist dies eine Einordnung der befragten Politiker hinsichtlich ihrer Lernfähigkeit.

Die Dokumentarische Methode entstand in den 1980er Jahren durch Ralf Bohnsack und basiert auf den Ideen von Karl Mannheims Wissenssoziologie

⁴⁵ Beide Aspekte nennen Gläser/ Laudel als wichtige Entscheidungspunkte für ein Leitfadeninterview. Vgl.: Gläser/ Laudel: Experteninterviews; S. 111. Siehe auch: Marotzki, Winfried: Leitfadeninterview; in: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried u. Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung; Opalden 2011; S. 114.

⁴⁶ Vgl.: Meuser/ Nagel: Experteninterview; S. 58.

⁴⁷ Vgl.: Nohl, Arnd-Michael: Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis; Wiesbaden 2009; S. 22f.

⁴⁸ Vgl.: Nohl: Interview und dokumentarische Methode; S. 21.

⁴⁹ Vgl.: Bohnsack, Ralf: Dokumentarische Methode und praxeologische Wissenssoziologie; in: Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung. Konstanz 2007; S. 180- 190.

und Harold Garfinkels Ethnomethodologie.⁵⁰ Ursprünglich für die Auswertung von bildtechnisch aufgezeichneten Gruppeninterviews gedacht, findet es mittlerweile auch Anwendung für Einzelinterviews und Tonaufnahmen.⁵¹

Ziel der Dokumentarischen Methode ist es, Alltagswissen herauszufiltern und dadurch Handlungsorientierungen zu bestimmen.⁵² Der Begriff des Alltagswissen oder „atheoretisches“ Wissen geht auf Mannheim zurück und beinhaltet die Art von Wissen, welches eine Gruppe nutzt, ohne sich darüber bewusst zu sein. Trotzdem lassen sich von diesem unbewussten Wissen Orientierungen der untersuchten Gruppe ableiten.⁵³ Hierin liegt der Mehrwert für die Dissertation, da auch Handlungsmuster der kommunalen Entscheidungsträger herausgefunden werden sollen, über die sie sich selber wahrscheinlich nicht bewusst sind.

Das Analysemodell hat den vergleichenden Charakter bereits in sich und funktioniert nur durch diesen. Dies ist ein weiterer Vorteil für die vorliegende Arbeit. Zudem minimiert ein Vergleich mehrerer Interviews die Einflussfaktoren des Wissenschaftlers, da dessen Wissen in den Hintergrund tritt.⁵⁴

Die Analyse der Interviews erfolgt anhand zweier Schritte: Zunächst der *formulierenden Interpretation* und der anschließenden *reflektierenden Interpretation*. Die *formulierende Interpretation* gibt wieder, was die Interviewten sagen und fasst es abschließend in eigenen Worten zusammen. Sie findet bereits vor der Transkription statt, in dem wichtige Themen festgelegt werden und Schwerpunkte benannt werden. Nach der Transkription dieser Interviewstellen werden sie zusammengefasst.⁵⁵ Die *reflektierende Interpretation* hingegen strukturiert die Antworten und gibt die Zusammenhänge wider. Durch den Vergleich dieser Ergebnisse entsteht dann eine Typisierung, die einen generalisierenden Cha-

⁵⁰ Vgl.: Bohnsack, Ralf: Dokumentarische Methode; in: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried u. Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung; Opalden 2011; S. 40.

⁵¹ Arnd-Michael Nohl hat der Frage, warum Interviews als beste Möglichkeit für die Dokumentarische Methode anzusehen sind, ein ganzes Buch gewidmet. Vgl.: Nohl: Interview und dokumentarische Methode; S. 14.

⁵² Vgl.: Bohnsack: Dokumentarische Methode; S. 40.

⁵³ Vgl.: Ebd.; S. 41. Siehe auch: Nohl: Interview und dokumentarische Methode; S. 12.

⁵⁴ Vgl.: Nohl: Interview und dokumentarische Methode; S. 13.

⁵⁵ Vgl.: Ebd.; S. 46f. Siehe auch: Bohnsack: Dokumentarische Methode; S. 43.

rakter haben soll.⁵⁶ Für die Typenbildung ist die Mehrdimensionalität von Bedeutung, da nicht nur Typen in den einzelnen Themen gefunden werden sollen, sondern auch in Verbindung miteinander.⁵⁷

Die zweigeteilte, klar voneinander abgegrenzte Interpretation, ist in der ursprünglich vorgesehenen Analyse von videobasierten Gruppeninterviews begründet. Da bei der vorliegenden Arbeit die Experteninterviews lediglich auf Tonspuren aufgenommen wurden oder der Fragebogen, in Ausnahmefällen, schriftlich ausgefüllt wurde, wurden die vollständigen Interviews transkribiert. Bei bisherigen Untersuchungen wurden teilweise nur Einzelteile transkribiert.⁵⁸ Aus diesem Grund wird die *formulierende Interpretation* nicht in den eigentlichen Analyseteil der Arbeit einfließen, sondern bleibt in Form der Transkription bestehen. Die Zusammenfassung wird allerdings vor die *reflektierende Interpretation* gestellt. Auch bei dem zweiten Interpretationsschritt findet eine Modifikation statt. Die Analyse wird anhand der Themen strukturiert und nicht, wie durch die Methodik vorgesehen, anhand der einzelnen Interviews.⁵⁹ Dies ist notwendig, da es sich nicht um eine Biographie- oder Habitusuntersuchung handelt, für die die Dokumentarische Methode entwickelt wurde.⁶⁰

Die Dokumentarische Methode wird der Untersuchung am besten gerecht, da sie eine Strukturierung der einzelnen Indikatoren ermöglicht und gleichzeitig auch eine Typenbildung über die einzelnen Indikatoren hinaus. Mit den kleinen Modifikationen kann eine umfassende Analyse der kommunalen Eliten gelingen und geklärt werden, wie sie unbewusst die einzelnen Indikatoren des *Kommunalen Lernens* wahrnehmen.

⁵⁶ Vgl.: Bohnsack: Dokumentarische Methode; S. 43f. Siehe auch: Nohl: Interview und dokumentarische Methode; S. 47.

⁵⁷ Vgl.: Nohl: Interview und dokumentarische Methode; S. 43 u. 57ff.

⁵⁸ Vgl.: Ebd.; S. 46.

⁵⁹ Eine genaue Anleitung zur doppelten Interpretation leitfadengeführter Interviews im Sinne der Dokumentarischen Methode findet sich bei Arnd-Michael Nohl. Vgl.: Ebd.; S. 65- 95.

⁶⁰ Vgl.: Bohnsack: Dokumentarische Methode; S. 40. Siehe auch: Nohl: Interview und dokumentarische Methode; S. 14f.

1.4 Forschungsstand

Die Dissertation wird eine interdisziplinäre Arbeit mit Einflüssen aus der Politikwissenschaft und der Soziologie. Im Blickpunkt der Untersuchung stehen politische Akteure in deutschen Kommunen, daher ist die Arbeit in den Bereich der Politikwissenschaft einzuordnen. Auch die Theorien zu Lernprozessen gehören zum Bereich der Politikfeldanalyse, wobei ebenfalls einige Ansätze der Soziologie angewandt werden. Da Aussagen hinsichtlich der Lernfähigkeit der Kommunalpolitiker getroffen werden sollen, bezieht sich die Arbeit auch auf Bereiche der Erziehungswissenschaften oder der politischen Bildung. Aufgrund der Darstellung der strukturellen Schwäche der Kommunen umfasst die Dissertation auch wirtschaftswissenschaftliche Aspekte. In der interdisziplinären Ausrichtung liegt die Stärke der vorliegenden Dissertation, da sie die oben genannte Fragestellung aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und somit umfassend beantworten kann.

Zur Beantwortung der Fragestellung, muss zunächst geklärt werden, ob politische Institutionen und Verwaltungen generell in der Lage sind Lernprozesse zu vollziehen. Hierzu müssen zuerst die bestehenden Lernkonzepte dargestellt und für die eigene Arbeit ausgewertet werden. Sie entstanden in den 1980er Jahren als Reaktion auf die mangelnde Erklärungskraft des „Policy Cycles“. ⁶¹ Der Höhepunkt der sogenannten „Policy-Learning“-Debatte fand Anfang der 1990er Jahre statt. Das Problem der Lerntheorien ist, dass es keine einheitliche Meinung darüber gibt, was unter dem Begriff „Lernen“ zu verstehen ist und wer überhaupt lernen soll. Aus diesem Grund entstanden zahlreiche unterschiedliche Modelle mit sehr verschiedenen Ansätzen. ⁶² Die Dissertation wird auf Basis der bestehenden Konzepte ein Lernmodell einführen, welches einheitliche Begrifflichkeiten enthält. Dabei wird geklärt werden, unter welchen Voraussetzungen von „Lernen“ gesprochen werden kann und welche speziellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit Kommunen kognitive

⁶¹ Vgl.: Bandelow, Nils C.: Policy Lernen und politische Veränderungen; in: Schubert, Klaus u. Bandelow, Nils C.: Lehrbuch der Politikfeldanalyse; München/ Wien 2003; S.289- 331; hier S. 289.

⁶² Vgl. Ebd.; S. 290.

Prozesse vollziehen können. Die Besonderheit des Konzeptes ist die spezielle Ausrichtung auf die kommunale Ebene. Aus dieser erschließt sich auch die Bezeichnung des *Kommunalen Lernens* für dieses neue Lerntheorem.

Die Literaturlage zu politischen Lernmodellen ist veraltet, da sie mittlerweile kaum mehr Beachtung finden und die meiste wissenschaftliche Literatur aus den 1990er Jahren stammt. Zudem ist sie zugleich umfangreich und kärglich. Dies liegt daran, dass es zahlreiche Schriften der Autoren zu ihren jeweiligen Konzepten gibt. Gleichzeitig sind Abhandlungen aus zweiter Hand zu diesen Modellen nicht vorhanden. Begründet ist dies in der Tatsache, dass Lerntheorien nur geringe Beachtung in der Politikwissenschaft und -feldanalyse fanden, selbst zu ihrer Hochphase. Neuere Auseinandersetzungen lassen sich vornehmlich in Büchern zur Politikfeldanalyse finden.⁶³ Das Dissertationsvorhaben möchte daher einen notwendigen Beitrag leisten, die Lerntheorien wieder in Betracht für politikwissenschaftliche Analysen zu ziehen, insbesondere für die kommunale Ebene. Gleichzeitig werden Schwachstellen der Modelle, wie fehlende klar abgegrenzte Definitionen, durch die Entwicklung eines eigenen Ansatzes überwunden.

Die Anwendung der aus der Mode gekommenen Theorie des „politischen Lernens“, auf derzeit in ausgiebigen Maße wissenschaftlich diskutierten gesellschaftliche Probleme, stellt die Innovation der vorliegenden Dissertation dar. Der Frage, ob vielleicht andere Gründe für die fehlende Anpassungsfähigkeit einiger Kommunen in der Bundesrepublik verantwortlich sind, wurde noch nicht auf diesem Wege begegnet. Damit wird das Dissertationsvorhaben einen wichtigen Beitrag für die politikwissenschaftlichen Lernprozesse leisten. Zudem stellt die Arbeit die kommunalen politischen Akteure in den Blickpunkt der

⁶³ Das Standardwerk ist das 2009 in der Neuauflage erschienene Buch von Schubert und Bandelow: Schubert, Klaus u. Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0; München 2009. Wichtige Betrachtungen die sich nur auf Lernprozesse beziehen sind: Maier, Matthias Leonhard u.a. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse; Opladen 2003. Und Csigó, Monika: Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive; Wiesbaden 2006. Darüber hinaus lassen sich kurze Betrachtungen politischen Lernens auch in Überblickswerken der Politikfeldanalyse finden: Janning, Frank u. Tones, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen; Wiesbaden 2008. Siehe auch: Blum, Sonja u. Schubert, Klaus: Politikfeldanalyse; Wiesbaden 2009.

sozioökonomischen Veränderungen. Auch hierhin liegt ein neuer Ansatz, da bis jetzt diese Probleme als gesamtdeutsche betrachtet wurden und zu bundesweiten Lösungsansätzen geführt haben. Die Kompetenzstärkung der Kommunen könnte allerdings, aufgrund der fortschreitenden Regionalisierung, einen wichtigen Weg zur Bewältigung des strukturellen Wandels bedeuten. Strukturwandel hat es immer gegeben und wird auch in Zukunft Regionen und Staaten immer wieder vor neue Probleme stellen.

2 Grundlegende Definitionen

2.1 Strukturwandel oder Sozialer Wandel?

Grundsätzlich bedeutet der Begriff *Strukturwandel* veränderte Parameter grundsätzlicher Art, die tiefgreifende Folgen auf alle Elemente der Struktur haben.⁶⁴

Bei dieser sehr umfassenden Definition ist allerdings noch nicht festgelegt, um welche Struktur es sich dabei handelt. Das Bedeutende einer Struktur ist jedoch eine gewisse Ordnung, welche die jeweilige Struktur auszeichnet.⁶⁵ Daher muss ein Strukturwandel eben diese Ordnung aufbrechen, unabhängig von ihrer Art. Die Folge ist dann zunächst Unordnung.

Zuerst wurde der Begriff von der Wirtschaftswissenschaft benutzt und auch in einem ökonomischen Sinne definiert. Dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass auch in anderen Wissenschaften Strukturwandel immer auch eine ökonomische Komponente beinhaltet.⁶⁶ Die Wirtschaftswissenschaften haben allerdings unterschiedliche Bedeutungen für diesen Ausdruck entwickelt. Die weitverbreitetste Definition bezeichnet damit die Veränderungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren. Das bedeutet, dass der primäre Sektor - die Landwirtschaft und Fischerei - an Bedeutung für die Wirtschaftskraft verliert und der sekundäre Sektor - die Industrie - sowie der tertiäre Sektor an Bedeutung

⁶⁴ Vgl.: „Strukturwandel“ in: Schubert, Klaus u. Klein, Martina: Politiklexikon; Bonn 2006; S. 295.

⁶⁵ Vgl.: „Struktur“ in: Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Ottern u. Wienhold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie; Wiesbaden 2007; S. 639.

⁶⁶ Besonders deutlich tritt dies beim Begriff Strukturpolitik zutage. Dieser wird von den meisten sozialwissenschaftlichen Lexika als politische Handlungen zur Stärkung der Wirtschaft bezeichnet. Aber eben auch zur Lösung der ökonomischen Folgen des Strukturwandels. Vgl.: „Strukturpolitik“ in: Drechsler, Hanno; Hilligen, Wolfgang; Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik; München 2003; S. 952. Siehe auch: Fuchs-Heinritz/ Lautmann/ Rammstedt/ Wienhold: Lexikon zur Soziologie; S. 641. Siehe auch: Schubert/ Klein: Politiklexikon; S. 295.

gewinnen. Am Ende dieser Entwicklung übernimmt der tertiäre Sektor auch die Bedeutungshoheit gegenüber dem sekundären Sektor.⁶⁷ Dies wird auch als *sektoraler Strukturwandel* bezeichnet. Gründe für die Verschiebung zwischen den Sektoren, so die Meinung der Wirtschaftswissenschaftler, sind Veränderungen im rechtlichen oder wirtschaftspolitischen Rahmensystem, veränderte Ressourcenvorkommnisse, Lohnentwicklungen, der Konsum und vor allem der technische Fortschritt. Untersuchungen zeigten, dass der sektorale Strukturwandel immer dann voranschreitet, wenn die Gesamtwirtschaft wächst. Von daher lässt sich dort ein enger Zusammenhang feststellen, wobei natürlich festzuhalten ist, dass ein Ausbleiben an Anpassung auch Rückstand bedeutet.⁶⁸ Zum anderen werden als Strukturwandel auch regionale Wirtschaftsentwicklungen bezeichnet. Darunter wird die Veränderung der Wirtschaftskraft-Verteilung zwischen einzelnen Regionen verstanden. Zum einen kann dies in der Nutzbarmachung von natürlichen Ressourcen begründet liegen, aber wesentlich häufiger liegt es an einem vorhergegangenen sektoralen Strukturwandel, der einige Regionen benachteiligt und andere bevorteilt. Diese Entwicklungen sind als *regionaler Strukturwandel* bekannt.⁶⁹ Als dritte Definition lassen sich die veränderten Bedingungen zwischen Kapital und Arbeitskraft als Strukturwandel festlegen.⁷⁰ Bei all diesen Bezeichnungen zeigt sich deutlich, dass die Wirtschaftswissenschaften mit dem Strukturwandel auch immer eine Art Modernisierung sehen, gleichzeitig bedeutet dies nicht eine zwingend positive Entwicklung der Wirtschaft oder einzelner Regionen.

Sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in der aktuellen Medienberichterstattung wird der Begriff weitaus breiter gefasst als in den Wirtschaftswissenschaften. Häufig wird darunter ein Konglomerat an Veränderungen auf vielen verschiedenen Ebenen der Gesellschaft verstanden, die nur noch schwer zu fassen sind. Dabei spielen zwar auch noch ökonomische Faktoren eine Rolle,

⁶⁷ Vgl.: „struktureller Wandel“ in: Gabler Wirtschaftslexikon (Band Pf-S); Wiesbaden 2014; S. 3054.

⁶⁸ Vgl.: „sektoraler Strukturwandel“ in: Gabler Wirtschaftslexikon (Band Pf-S); Wiesbaden 2014; S. 2833f.

⁶⁹ Vgl.: „regionaler Strukturwandel“ in: Gabler Wirtschaftslexikon (Band Pf-S); Wiesbaden 2014; S. 2694.

⁷⁰ Vgl.: „Strukturwandel“ in: Schubert/ Klein: Politiklexikon; S. 295.

aber mehr als Ursache für soziale Verschiebungen. Die Soziologie untersucht eben diese gesellschaftlichen Prozesse unter dem Begriff des *sozialen Wandels*. Der Begriff existiert bereits seit 1922, durch William F. Ogburn eingeführt, und seitdem haben sich zahlreiche Theoretiker damit auseinandergesetzt, wie etwa Pierre Bourdieu, James S. Coleman oder Jürgen Habermas.⁷¹ Da es verschiedene Formen des *sozialen Wandels* gibt - Günter Wiswede unterscheidet dabei Bedeutung, Umfang, Steuerung, Ursachen, Folgen und Zeit - als auch unterschiedliche Ebenen - Mikro oder Makro-Ebene - verwundert es nicht, dass sich auch die Ansätze der Erklärungsmodelle völlig differenzieren.⁷² Darüber hinaus haben auch Theoretiker, die sich nicht explizit mit dem Wandel beschäftigten, diesen doch auch immer wieder behandelt, wie Niklas Luhmann oder Hartmut Esser.⁷³ Luhmanns Ziel war es, die moderne Gesellschaft systemtheoretisch zu erklären. Da die moderne Gesellschaft durch äußerste Komplexität gekennzeichnet wäre, müsste es das Ziel der Wissenschaft sein, eben diese zu vereinfachen und so für das Individuum verständlich zu machen. Da aber diese Komplexität auch durch Wandel bestimmt ist, war eine Auseinandersetzung mit diesem Thema notwendig.⁷⁴ Im Gegensatz dazu war Esser der Ansicht, dass die Gesellschaft auf „kollektiven Phänomenen“ beruhe, bei denen die Individuen rational entscheiden würden. Diese Phänomene unterliegen einem steten Wandel, so dass *sozialer Wandel* für Esser ein Grundprinzip von gesellschaftlichen Prozessen ist.⁷⁵ Es zeigt sich, dass unter dem soziologischen Begriff ebenfalls unterschiedlichste soziale Veränderungen gefasst werden, was eine Bestimmung auch im soziologischen Sinne nicht vereinfacht.⁷⁶ Nach Jäger und Meyer ist das Ziel der Soziologie, den Wandel auf sämtlichen Gesellschaftsebenen darzustellen. Damit müssen sich auch unterschiedliche Ansätze entwickeln, welche unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Forschung setzen.⁷⁷

⁷¹ Vgl.: Jäger, Wieland u. Meyer, Hanns-Joachim: Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart; Wiesbaden 2003; S. 9 u. 16.

⁷² Nach: Ebd.; S. 17f.

⁷³ Vgl.: Ebd.; S. 9f.

⁷⁴ Vgl.: Ebd.; S. 88f.

⁷⁵ Vgl.: Ebd.; S. 107 u. 115.

⁷⁶ Vgl.: Ebd.; S. 16.

⁷⁷ Vgl.: Ebd.; S. 16f.

Allen gemein ist jedoch, dass die beschriebenen Prozesse immer bedeutende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben und von einer bestehenden Ordnung zu einer neuen führen.⁷⁸ Wichtig für den Begriff des sozialen Wandels in der aktuellen Debatte ist eine Verschiebung hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Modernität und sozialem Wandel. Wurde Mitte und Ende des 20. Jahrhunderts Modernität als eine Ausgestaltung des Wandels gesehen, wie auch Transformation oder Revolution,⁷⁹ so werden jetzt die gesellschaftlichen Veränderungen als Folge der Modernität verstanden. Diese Ansichtswiese hatte auch eine Verschiebung der empirischen Untersuchungen zur Folge: Von Schwellen- oder Transformationsstaaten hin zu den hochindustrialisierten Ländern.⁸⁰ Aus diesem Grund existieren zahlreiche aktuelle empirische Darstellungen der Sozialstruktur Deutschlands oder über einzelne Elemente des sozialen Wandels.⁸¹

Aufgrund des sehr allgemein definierten Begriffs des *sozialen Wandels* zeigt sich auch keine einheitliche Beschreibung darüber, welche Bereiche oder Elemente darunter zu fassen sind. Betrachtet man allerdings die sozialwissenschaftliche Literatur im Bereich der gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland, so zeigen sich einige Parameter, die von den meisten Wissenschaftlern

⁷⁸ Vgl.: Scheuch, Erwin K.: Sozialer Wandel. Band 1: Theorien des sozialen Wandels; Wiesbaden 2003; S. 9f.. Siehe auch: Jäger/ Meyer: Sozialer Wandel; S. 16.

⁷⁹ Vgl.: Jäger/ Meyer: Sozialer Wandel; S. 16.

⁸⁰ Vgl.: Scheuch, Erwin K.: Sozialer Wandel. Band 2: Gegenwartsgesellschaften im Prozess des Wandels; Wiesbaden 2003; S. 287.

⁸¹ Zu den bedeutendsten Überblickswerken zur Sozialstruktur Deutschlands gehört der Band von Rainer Geißler, der mittlerweile in der 6. Auflage erschienen ist: Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung; Wiesbaden 2011. Siehe auch: Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und Sozialer Wandel in Deutschland; Konstanz 2012. Siehe auch: Kroll, Lars Eric: Sozialer Wandel, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Die Entwicklung sozialer und gesundheitlicher Ungleichheiten in Deutschland zwischen 1984 und 2006; Wiesbaden 2010. Weitere Erscheinungen zu einzelnen Faktoren des Wandels sind u. a.: Heidemann, Ullrich (Hrsg.): Demographischer Wandel in Deutschland. Befunde und Reaktionen; Berlin 2010. Siehe auch: Peukert, Rüdiger: Familienformen im sozialen Wandel; Wiesbaden 2008. Siehe auch: Thome, Helmut u. Birke, Christoph: Sozialer Wandel und Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich 1950 bis 2000; Wiesbaden 2007. Darüber hinaus gibt es auch einige Untersuchungen mit deutsch-deutschem Ansatz: Cassens, Ina; Lug, Marc u. Scholz, Rembrandt D. (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende; Wiesbaden 2009. Siehe auch: Lessenich, Stephan u. Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland eine gesplante Gesellschaft; Frankfurt a. M. 2006.

herangezogen werden und dadurch als Standard der empirischen Forschungen gelten können. Darunter sind folgende Indikatoren zu finden:

politische Ebene Wähler, Parteiensystem, soziales Sicherungssystem, etc.

demographische Ebene Bevölkerungsstruktur, Altersstruktur, Wandel, Ausländeranteil, etc.

Ebene der Lebenswelt Milieus/ soziale Schichten, Familienformen, Lebensformen, Haushalte, Wohnverhältnisse, etc.

Ebene der Arbeitswelt Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit, Qualifizierungsformen, Sektorverteilung, etc.

Bildungsebene Schülerverteilung, Schulabbrecherzahlen, Studentenzusammensetzung, etc.

Wohlstandsebene Wohlstandsschere, soziale Ungleichheit, Kriminalität, etc.

kulturelle Ebene Kultur, Religion, Kirche, etc.⁸²

Die Problematik dieser Einteilung ist, dass einige der Beschreibungselemente häufig nicht nur zu einem Indikator, sondern zu zwei oder mehreren hinzugerechnet werden können. Das Element der sozialen Schichten ist nicht nur Bestandteil der Lebenswelt eines Menschen, sondern meist auch der Wohlstandsebene einer Person. Dennoch gibt dieser Überblick einen guten Eindruck über den Bezugsrahmen sozialwissenschaftlicher Forschung.

Für die vorliegende Arbeit sind nicht alle diese Faktoren von Bedeutung. So spielen Veränderungen auf der politischen Ebene und der kulturellen Ebene, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch fließt ein Großteil der

⁸² Indikatoren wurden aufgrund der Analyse zahlreicher wissenschaftlicher Bücher, welche an verschiedenen Stellen der vorliegenden Dissertation herangezogen wurden, aufgestellt. Um einige wichtige an dieser Stelle zu nennen: Geißler: Sozialstruktur Deutschlands. Siehe auch: Schäfers: Sozialstruktur und Sozialer Wandel. Siehe auch: Holzmann, Dieter: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich; Potsdam 2010. Siehe auch: Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich; Wiesbaden 2006. Siehe auch: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung; Opladen 2002.

oben genannten Indikatoren in die Beurteilung von strukturstarken und strukturschwachen Regionen mit ein, so dass der Begriff *sozialer Wandel* für den weiteren Verlauf durchaus berechtigt wäre. Allerdings trifft auch der Begriff des *Strukturwandels* auf den Betrachtungsgegenstand der Dissertation zu, da sich die Auswahl der strukturschwachen Kommunen auf altindustrielle Standorte bezieht. Zudem geht es auch um die Frage, warum Regionen so unterschiedliche Entwicklungen nehmen, also um „regionalen Strukturwandel“ im wirtschaftswissenschaftlichen Sinn. Aus diesem Grund sind beide Begriffe im Rahmen der vorliegenden Untersuchung zulässig: Für die Auswahl und allgemeine Beschreibung der Kommunen soll der Begriff des *Strukturwandels* benutzt werden. Für die Darstellung der Ausgestaltung eben dieses Strukturwandels wird der Begriff des *sozialen Wandels* und seine Indikatoren herangezogen werden. Festzustellen bleibt schlussendlich, dass die Begriffe eine große Ähnlichkeit aufweisen, da auch der wirtschaftswissenschaftliche Begriff des *Strukturwandels* durchaus nicht nur die sektoralen Veränderungen, sondern auch deren Folgen beinhaltet, ohne dabei aber genauer ins Detail zu gehen.⁸³ Daher ist der sozialwissenschaftliche Begriff des *sozialen Wandels* diesbezüglich aussagekräftiger, vergisst jedoch häufig die ökonomischen Ursachen detaillierter zu benennen. In der großen Nähe der Begriffe ist wohl auch die Begründung zu finden, dass sie in der Öffentlichkeit, den Medien, aber auch den Wissenschaften oft synonym benutzt werden.

Nachdem geklärt wurde, von welcher Struktur in der vorliegenden Arbeit ausgegangen wird, sollen, auf Grundlage der oben genannten Indikatoren sozialen Wandels, anschließend Parameter festgelegt werden, anhand derer strukturschwache Kommunen ausgemacht werden können.

2.2 Strukturschwach und strukturstark

Eine genaue Abgrenzung der beiden Eigenschaften voneinander ist von großer Relevanz für die vorliegende Dissertation, da die Auswahl der Fallbeispiele

⁸³ Vgl.: „sektoraler Strukturwandel“ in: Gabler Wirtschaftslexikon (Band Pf-S); Wiesbaden 2014; S. 2833f.

auf Basis der Definition der *Strukturschwäche* stattfinden wird. Da sich die Arbeit mit den Lernprozessen strukturschwacher Kommunen auseinandersetzen wird, liegt der Schwerpunkt auf der Bestimmung von *strukturschwach* und *strukturstark* wird demnach als Abwesenheit der strukturschwachen Parameter definiert. Dabei kann kaum das Adjektiv strukturschwach als solches festgelegt werden, sondern wird vielmehr davon bestimmt, welche Punkte für strukturschwache Kommunen in Deutschland signifikant sind.

Eine Definition des Begriffes ist allerdings noch problematischer als beim Begriff des *Strukturwandels*, da weder wissenschaftliche Disziplinen noch die Medien eine eindeutige Bestimmung, was strukturschwache Kommunen ausmachen, bieten. Häufig wird über *strukturschwache Kommunen* geschrieben, wobei darunter ein schwammiges Konglomerat von unterschiedlichen Faktoren gefasst wird - abhängig von der jeweiligen Ausrichtung der Studie und der wissenschaftlichen oder journalistischen Betrachtung. Daher kann eine Definition für die vorliegende Arbeit nur für eben diese Gültigkeit besitzen. Sie basiert auf den oben genannten Indikatoren des sozialen Wandels, die für die Erklärung von strukturschwachen Kommunen operationalisiert werden.

Generell werden unter strukturschwachen Kommunen solche gezählt, die ökonomisch nur eine geringe Leistungsstärke aufbringen. Diese Betonung des wirtschaftlichen Faktors bedingt auch eine unterschiedliche Relevanz der Indikatoren des sozialen Wandels. Das Herausstellen der wirtschaftlichen Ebene liegt an der Verzahnung der einzelnen Indikatoren miteinander: Wird die Ebene der Arbeitswelt geschwächt, werden auf lange Sicht beispielsweise Menschen abwandern, die Wohlstandsschere auseinander gehen und letztendlich auch neue Randgruppen entstehen. Damit ändern sich durch den Mangel an Wirtschaftskraft auch andere Indikatoren des *sozialen Wandels*. Zudem sind die finanziellen Ressourcen der Kommunen ausschlaggebend, so werden häufig diese als hervorstechendstes strukturelles Problem wahrgenommen.⁸⁴

⁸⁴ Vgl.: Aflhüppe, Sven: Kommunen in Not. Das stille Sterben der Städte; in: Handelsblatt-Online (29.12.2010). Gefunden unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kommunen-in-not-das-stille-sterben-der-staedte/3750752.html>; am 3.4.2014. Siehe auch: Schäfers, Manfred: Grundsicherung für Kommunen. Der Bund gibt

Die Operationalisierung der jeweiligen Ebenen des sozialen Wandels in einzelne Indikatoren, um strukturschwache und strukturstarke Regionen auszumachen, wird wie folgt stattfinden:

- Ebene der Arbeitswelt:
 1. Beschäftigte am Wohnort
 2. Beschäftigtenquote
 3. Bedeutung als Arbeitsort
 4. Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren
 5. Qualifikationsstruktur der Beschäftigten (ohne Schulabschluss und mit Hochschulabschluss)
 6. Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen
 7. Arbeitslosenstruktur (Geschlecht, Alter, Herkunft, Dauer)

Die Indikatoren der Arbeitswelt sind wichtig für die Bestimmung der strukturellen Lage der Kommunen, da sie häufig Auslöser für Schwächen in anderen Bereichen sind. Sie geben wieder, inwieweit der Arbeitsmarkt durch eine hohe Arbeitslosigkeit belastet ist und welche Gruppe besonders stark davon betroffen ist. Die Schwächung einer Kommune bei anhaltender hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere bei einer immensen Langzeitarbeitslosigkeit, liegen in den steigenden Sozialkosten, der geringeren Kaufkraft der Einwohner und den damit verbundenen geringeren Steuereinnahmen. Die Sektorenverteilung ist besonders für ehemalige altindustrielle Standorte, wie sie die Fallbeispiele darstellen, von hoher Bedeutung. Der Anteil der einzelnen Wirtschaftsbereiche gibt Auskunft über den Fortschritt des Wechsels zur Dienstleistungsgesellschaft.⁸⁵ Die Dominanz des zweiten Sektors impliziert, dass der Wechsel noch nicht

und nimmt, dass es den Kommunen nicht immer eine Freude ist; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.7.2012); S. 18.

⁸⁵ Darunter verstehen die Wirtschaftswissenschaften den Begriff „Strukturwandel“. Vgl.: „struktureller Wandel“ in: Gabler Wirtschaftslexikon (Band Pf-S); Wiesbaden 2014; S. 3054.

vorangekommen ist und weitere Strukturprobleme erst noch auftauchen werden. Für den Standort als Arbeitsmarkt und Firmensitz spielt die Qualifikationsstruktur eine wichtige Rolle. Waren es vor allem die geringer qualifizierten Arbeitsstellen, die den industriellen Wirtschaftszweig dominiert haben, sind es im Dienstleistungs- und Handelsgewerbe zunehmend die hochqualifizierten Arbeiten.⁸⁶ Sind am kommunalen Arbeitsmarkt nur wenige Beschäftigte mit Hochschulabschluss tätig, so kann dies einen Hinweis auf fehlende innovative und zukunftsfähige Arbeitsstellen geben.

- Demographische Ebene:

1. Bevölkerungsstruktur (Frauenanteil, Durchschnittsalter, Anteil Altersgruppen, Herkunft)
2. natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburten- Sterbesaldo, Fertilitätsrate)
3. Wanderungssaldo
4. Bevölkerungsprognose 2030 (Durchschnittsalter)

Eine alternde und schrumpfende Bevölkerung ist kein Problem einzelner Gemeinden, sondern ein gesamtdeutsches.⁸⁷ Allerdings zeigen sich auf kommunaler Ebene die ersten extremen Auswirkungen eben dieses Wandels, da einige Kommunen schneller altern und schrumpfen als andere. Häufig sind diese Veränderungen die Auswirkungen eines schwachen regionalen Arbeitsmarktes. Findet sich keine Arbeitsstelle, wird die Bevölkerung, die es sich leisten kann und im arbeitsfähigen Alter ist, wegziehen, um an einem anderen Ort Arbeit zu finden. Zurückbleiben der ältere Teil der Einwohner und der sozial schwächere⁸⁸, diese beiden Faktoren bedeuten abermals für die Gemeinde eine höhere Belastung durch Sozialausgaben und weniger Einnahmen. Deutlich wird das

⁸⁶ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 39/ 40.

⁸⁷ Dies zeigen die demographischen Studien des Berlin Instituts in regelmäßigem Abstand. Vgl. hierzu beispielhaft: Kröhnert, Steffen; Olst, Nienke van u. Klingholz, Reiner: Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation; Berlin 2005; S. 14. Siehe auch: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 28. Siehe auch: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: freiwilliges Engagement; S. 26.

⁸⁸ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 45.

Schrumpfen einer Kommune durch die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre, aber auch der prognostizierte Trend bis 2030 gibt hier Hinweise. Hinzu kommen die Salden aus Geburten und Sterbefälle, die Fertilitätsrate sowie die Ein- und Abwanderung in die Gemeinde.

- Bildungsebene:
 1. Schülerstruktur (Anteil Schüler an Schulformen, Herkunft, Geschlecht)
 2. Schulabgänger ohne Abschluss
 3. hochqualifizierende Bildungsstätten (Universitäten, Fachhochschulen)
 4. Studentenzahlen

Die Auswirkungen von Veränderungen in der Bildungsstruktur sind nur schwer direkt zu messen, sondern wirken sich erst langfristig aus. Dennoch sind bildungspolitische Elemente eine wichtige Stütze der kommunalen Stärke, da sie zum einen direkteren Einfluss nehmen können und zum anderen sind die Schüler von heute die Arbeitnehmer von morgen.⁸⁹ Wie bei der Ebene der Arbeitswelt bereits erwähnt, bedeutet der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft auch eine höhere Qualifizierung der Arbeitnehmer. Um wettbewerbsfähig zu sein oder zu bleiben, müssen Unternehmen gut ausgebildete Fachkräfte bekommen können. Ein gutes Bildungssystem legt hierbei den Grundstein. Die Anzahl der hochqualifizierenden Bildungsstätten, wie (Fach-)Hochschulen und Universitäten, sowie deren Studentenzahlen spiegelt den Bildungsstand einer Gemeinde wider.

- Wohlstandsebene:
 1. durchschnittliches Nettoeinkommen privater Haushalte
 2. Steueraufkommen der Kommune pro Einwohner
 3. SGB II-Quote

⁸⁹ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 27.

4. Einkommensverteilung privater Haushalte⁹⁰

Über die schwierige finanzielle Lage der meisten deutschen Kommunen wird in der Öffentlichkeit seit längerem diskutiert. Sie stellt den Dreh- und Angelpunkt des politischen Gestaltungsrahmens dar. Ohne eine umfassende finanzielle Ausstattung einer Gemeinde kann sie nur in sehr geringem Maße ihre Aufgaben erfüllen (siehe hierzu Kapitel 4). Angaben über die Einnahmen und finanziellen Belastungen einer Kommune geben das Steueraufkommen pro Einwohner und die SGB II-Quote wider. Darüber hinaus wird auch ein Eindruck über das Vermögen der Einwohner gegeben: Dies geschieht durch das private Nettoeinkommen und die Anteile der Haushalte mit geringem und hohem Einkommen. Da die Ausstattung mit Geldmitteln der privaten Haushalte einer Gemeinde auch Rückschlüsse auf die Finanzen einer Gemeinde gibt, sind diese von besonderer Bedeutung. Ein geringes durchschnittliches Nettoeinkommen und ein hoher Anteil von Haushalten mit geringen Einkommen, lässt auf eine höhere Belastung der Kommune durch Sozialausgaben schließen. Wenn ein größerer Anteil an Haushalten auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, belastet dies den kommunalen Haushalt folglich umso mehr. Der Schuldenstand der Kommunen wurde bewusst ausgeklammert, da dies nicht immer ein zuverlässiger Indikator für Strukturschwäche ist. Aufgrund der Kommunalverordnungen ist es in der Regel so, dass nur liquide Kommunen Schulden aufbauen können. Fehlen die finanziellen Mittel sind auch keine Schulden mehr möglich. Dies erklärt die Tatsache, dass strukturschwache Kommunen oft eine positive Schuldenbilanz haben.

⁹⁰ Die Operationalisierung aller hier aufgeführten Indikatoren erfolgte anhand der Ziele der vorliegenden Arbeit auf Basis von wichtigen empirischen Untersuchungen der letzten Jahre. Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: freiwilliges Engagement. Siehe auch: Bertelsmannstiftung (Hrsg.): Wegweiser Kommune; Berlin 2011; unter: <http://www.wegweiser-kommune.de>; am 15.6.2012. Siehe auch: Jakszentis/ Hilpert: Regionale Entwicklungsunterschiede. Siehe auch: Regionalverband Ruhr (Hrsg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2004; Essen 2004. Darüber hinaus gibt es zahlreiche ähnliche Studien, die ebenfalls für die Arbeit herangezogen wurden, siehe Literaturverzeichnis, aber nicht alle hier aufgeführt werden können. Es zeigt sich jedoch eine relative Übereinstimmung bei den benutzten Indikatoren, wenn teilweise auch eine andere Zuordnung stattfindet. Die genaue Berechnung der einzelnen Indikatoren findet sich in Anhang 1 (S. 353- 358).

Bei den durchgeführten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zur Regionalstruktur Deutschlands wurde häufig der Durchschnitt aller Kreise und kreisfreier Städte genommen und anhand dieses Mittels in unterdurchschnittliche und überdurchschnittliche Kreise unterteilt, wobei die Skaleneinteilung variiert.⁹¹ Andere Analysen haben allerdings auch ihren eigenen Bewertungsindex geschaffen und mittels dessen deutsche Kreise und kreisfreie Städte in eine Rangfolge gebracht.⁹² Für die vorliegende Arbeit soll jedoch das Bundesmittel als auch das Landesmittel des jeweiligen Indikators als Vergleichsebene herangezogen werden. Die Erstellung eines eigenen Indexes benötigt zumeist einen großen Datensatz und würde den Arbeitsaufwand dieser Dissertation übersteigen. Da namhafte Untersuchungen⁹³ ebenfalls den Durchschnitt als Vergleichsmaß heranziehen, stellt dies allerdings keine verminderte Aussagekraft für die Einteilung der Fallbeispiele zu strukturschwachen Kommunen dar.

Es gilt somit, dass alle Kommunen, deren Items unterdurchschnittlich im Verhältnis zum Bundes- und jeweiligen Landesmittel sind, als strukturschwach gelten müssen. Wobei allerdings nicht alle einzelnen Parameter aller Ebenen unterdurchschnittlich sein müssen. Kommunen, die in allen Parametern unterdurchschnittliche Werte aufweisen, werden - selbst in ländlichen Gebieten - kaum zu finden sein. Entscheidend ist, dass eine Ebene besonders schwach ausgeprägt ist. Auch hier müssen nicht alle Items unterdurchschnittlich sein, sondern ein Groß der herangezogenen Daten. Welche dies im einzelnen sein müssen und wann im einzelnen von einer unterdurchschnittlichen Ebene gesprochen werden kann, muss im Einzelfall geklärt werden. Dies liegt hauptsächlich an der bereits besprochenen Vielfalt von Strukturwandel. So ausdif-

⁹¹ So nimmt die Studie zur demographischen Lage der Nation von 2011 eine Einteilung in sechs Abstufungen vor, während es bei der Studie von Jakszentis und Hilpert fünf Stufen gibt. Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: freiwilliges Engagement. Siehe auch: Jakszentis/ Hilpert: Regionale Entwicklungsunterschiede.

⁹² Hier wäre beispielsweise der Prognos Zukunftsatlas der Regionen aus dem Jahr 2010 zu erwähnen, der gemeinsam von Prognos und dem Handelsblatt herausgegeben wird. Vgl.: Prognos: Zukunftsatlas 2010 Regionen; Berlin 2010. Gefunden unter: <http://www.prognos.com/Zukunftsatlas-2010-Regionen.753.0.html>; am 15.6.2012.

⁹³ Beim Online-Portal des Wegweisers Kommune der Bertelsmannstiftung beispielsweise kann auch immer der Bundes- und Landesdurchschnitt angezeigt und im Verhältnis zur Kommune gesetzt werden. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de>; am 4.9.2012.

ferenziert werden zwangsläufig auch die Indikatoren sein. Aufgrund der oben genannten Faktoren wird den Indikatoren der Bereiche Wohlstandsebene und Arbeitswelt besondere Bedeutung zugemessen. Auffällig dabei ist, dass sich die Kommunen mit strukturschwachen Eigenschaften zumeist im sogenannten Nothaushalt befinden, das bedeutet, dass sie keinen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt präsentieren können.

Im Gegensatz dazu ist eine Kommune, welche sich nicht im Nothaushalt befindet und die Indikatoren mindestens einer Ebene ausgewiesen überdurchschnittlich sind, als strukturstark anzusehen ist. Darüber hinaus darf keine der anderen Ebene extreme unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Eine statistische Einordnung der Fallbeispiele findet in Kapitel 6 statt.

3 Lerntheoretische Modelle in der Politikwissenschaft

3.1 Die Entstehung von kognitiven Ideen in den Sozialwissenschaften

Seit den 1970er und 1980er Jahren zeigte sich in der Politikwissenschaft, dass die bisherigen Theorien die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit immer weniger erklären und widerspiegeln konnten. Aus diesem Grund suchte man nach Möglichkeiten politische Prozesse jenseits von interessenorientierten oder konfliktorientierten Ansätze darzustellen.⁹⁴ Vor allem die Modelle zur Erklärung politischer Prozesse standen im Zentrum der Kritik, namentlich der *Policy Cycle*. Vor diesem Hintergrund wurden in den 1980er Jahren die lerntheoretischen Ansätze entwickelt, da sich die Idee, dass Wahrnehmungen und Einstellungen nicht zu unterschätzende Einflussfaktoren für politische Entscheidungen sind, zunehmend in der Wissenschaft durchsetzte.⁹⁵ Zudem wurden zum ersten Mal politische Institutionen (Regierungen, Opposition, Politiker) und die Verwaltung (Bürokratie, Ministerien) als lernfähig wahrgenommen.⁹⁶

Mit Begriffen wie Lernen, Erkenntnis und Vernunft fand bereits seit der Antike eine Auseinandersetzung statt. Wobei kognitive Prozesse bei Individuen

⁹⁴ Vgl.: Bandelow: Policy Lernen; S. 289. Im Jahr 2009 erschien eine Neuauflage des Lehrbuchs unter dem Titel Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, welches hauptsächlich in die vorliegende Dissertation einfluss. Allerdings fehlte bei der Neuauflage des Bandelow-Textes die einleitenden Worte über die Entstehung von Lerntheorien. Aus diesem Grund wurde an dieser Stelle aus der Erstauflage zitiert. Vgl. auch: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 153.

⁹⁵ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 153.

⁹⁶ Vgl.: Bandelow: Policy Lernen; S. 289.

die wissenschaftlichen Abhandlungen bestimmten. So bedeutet das griechische Wort „Philosophie“ bereits „Liebe zur Weisheit“, woran sich zeigt, welcher hohen Stellenwert Lernen für die griechischen Philosophen einnahm.⁹⁷ Das Ziel des Menschen war für sie das Lernen und Streben nach Vollkommenheit sowie das Einfügen der Individuen in den Staat.⁹⁸ Bereits Platon formulierte die Aufgabe der herrschenden Klasse darin „die Menschen so zu erziehen, dass ein bestmöglicher Staat entsteht“.⁹⁹ Der individuelle Erwerb von Erkenntnissen oder Fähigkeiten steht bis heute bei der Untersuchung von Lernprozessen im Vordergrund. Vor allem die Erziehungswissenschaften und die Psychologie beschäftigen sich mit diesen Phänomenen.¹⁰⁰ Es existierten allerdings auch schon früher Ansätze zu kognitiven Modellen, um gesamte Gesellschaftsvorgänge zu erklären. Vor allem die Philosophie war einer der ersten Begründer dieses Ansatzes, zu dessen Vertreter unter anderem Johann Gottfried Herder und Karl Marx gehörten. Beide waren der Meinung, dass Gesellschaften durch selbstentwickeltes Lernen höhere Entwicklungsstufen erreichen könnten.¹⁰¹

Johann Gottfried Herder befasste sich zunächst mit dem Gegenstand des individuellen Erkenntnis- oder Lernprozesses. Allerdings endeten seine Überlegungen auch in einem einheitlichen, die Gesellschaft umfassenden, Ansatz.¹⁰² Für Herder zeigten sich geschichtliche Prozesse durch die Bildung von Völkern oder Nationen, die sich in ihrem historischen Umfeld verwirklichten. Das Ziel

⁹⁷ Vgl.: Brunkhorst, Hauke: Einführung in die Geschichte politischer Ideen; München 2000; S. 43.

⁹⁸ Vgl.: Ebd.; S. 50f.

⁹⁹ Hartmann, Jürgen u. Meyer, Bernd u. Oldopp, Birgit: Geschichte der politischen Ideen; Wiesbaden 2002; S. 20.

¹⁰⁰ Da sich die vorliegende Dissertation mit den Lernprozessen von Akteuren beschäftigt, wird auf eine Einführung in die beiden Fachrichtungen und ihre Lernmodelle würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Für die Einführung in die Lernpsychologie gibt das Lehrbuch von Peter Bednorz und Martin Schuster einen guten Überblick: Bednorz, Peter u. Schuster, Martin: Einführung in die Lernpsychologie; München 2002. Zum Überblick über die Lernmodelle der Erziehungswissenschaft siehe: Göhlich, Michael: Lernen: ein pädagogischer Lernbegriff; Stuttgart 2007.

¹⁰¹ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 153 - Fußnote 278.

¹⁰² In Herders Schrift „Vom Erkennen und Empfinden“ (1774/ 1775) zeigt er den Erkenntnisgewinn anhand von Individuen auf, während er in „Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit“ (1774) auf die Erkenntnis innerhalb des Geschichtsprozesses eingeht. Vgl.: Graff, Mario: Bildung durch Sinnlichkeit. „Vom Erkennen und Empfinden“ bei Johann Gottfried Herder (=Pädagogische Studien und Kritiken (PSK); Bd. VI); Jena 2008; S. 69.

der gesellschaftlichen Entwicklung sollte in einer vollständigen Humanität enden.¹⁰³ Der Lernprozess der Gesellschaft war demnach der Zusammenschluß von Gruppen, die Missstände oder Widersprüche der Geschichte zu erkennen und sie zu überwinden. Die Überwindung bedeuteten für ihn Humanität.¹⁰⁴ Herder sah in der Geschichte allerdings keinen linear verlaufenden Vorgang, sondern mehr eine spontane Entwicklung.¹⁰⁵

Im Gegensatz dazu steht Karl Marx' Idee, die Engels später „Historischer Materialismus“ nannte, dass Geschichte strikt linear verläuft. Er vertrat die Meinung, dass sich das Verhältnis zwischen herrschender und unterdrückter Klasse sowie deren Produktionsverhältnisse auf das Denken der beherrschten Arbeiter auswirkt. Bedingt durch diese Wechselwirkung lernen die Arbeiter ihre Situation einzuschätzen und es kommt zu einer Dynamik, welche zu einer historischen Abfolge von einzelnen so genannten „Produktionsweisen“ führt.¹⁰⁶ Verdeutlicht wird dieser gesellschaftliche Lernprozess durch die Tatsache, dass nur das Proletariat durch eigene Emanzipation neue Gesellschaftsformen einleiten kann.¹⁰⁷ Marx verstand demnach unter Lernen einen Prozess, bei dem sich die Arbeiterklasse seiner Aufgabe - dem revolutionären Umbruch - „bewusst“ wird und danach handelt.¹⁰⁸

Der Tradition des selbst entwickelnden Lernens schließt sich die vorliegende Arbeit an, da sie Aussagen über das Lernpotenzial von kommunalen Ent-

¹⁰³ Unter Humanität verstand Herder zum einen das Streben nach Erkenntnis und zum anderen ein vernunftgeleitetes Handeln, welches auf Mitmenschlichkeit aus ist. Vgl.: Graff: *Bildung durch Sinnlichkeit*; S. 75.

¹⁰⁴ Vgl.: Irmscher, Hans Dietrich: *Johann Gottfried Herder*; Stuttgart 2001; S. 138f. In dem Werk von Irmscher lässt sich eine kurze, aber übersichtliche Einführung in die detaillierte Darstellung von Herders Geschichtsphilosophie, auch im Hinblick auf den Erkenntnisprozess des Menschen, finden.

¹⁰⁵ Vgl.: Graff: *Bildung durch Sinnlichkeit*; S. 70.

¹⁰⁶ Karl Marx führte in Anlehnung an die Schriften des britischen Ökonoms Adam Smith 4 Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung ein: Urgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus und Kapitalismus. Am Ende dieser Stadien stand die klassenlose Gesellschaft. Vgl.: Siefert, Rolf Peter: *Karl Marx zur Einführung*; Hamburg 2007; S. 37.

¹⁰⁷ Karl Marx definierte die menschliche Emanzipation als das Lernen aller Fähigkeiten der Gattung Mensch, die vollständige Emanzipation sei aber nur in der klassenlosen Gesellschaft möglich. Vgl.: Berger, Michael: *Karl Marx*; Paderborn 2008; S. 15f.

¹⁰⁸ Deutlich wird dieser Ansatz bereits in Marx Frühschriften, wie hier der Schrift „Die heilige Familie“. Vgl.: Engels, Friedrich und Marx, Karl: *Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten*; in: Marx, Karl u. Engels, Friedrich: *Werke*. Bd. 2 (1844-1846); Berlin 1981; S. 3- 223; hier S. 38.

scheidungsträgern treffen möchte. Ohne jedoch den Aspekt der „besseren“ Gesellschaft als Endprozess zu erhalten oder nur im Rahmen einer verbesserten Wahrnehmung des eigenen Potenzials. Trotzdem ist die Idee „Lernen“ lernen zu können elementar für die Fragestellung: Wenn die Lernfähigkeit der Kommunen unterschiedlich ist, könnte auch unterschiedlicher Umgang mit strukturellen Problemen erklärt werden.

Erster Vorläufer kognitiver Ansätze in den Sozialwissenschaften war der Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch mit seinem 1969 erschienen Werk „Politische Kybernetik“.¹⁰⁹ Er beschäftigte sich darin nicht explizit mit Lernprozessen, sondern führte, nach Untersuchung bestehender Modelle, ein kybernetisches Analysesystem ein, um politische Kommunikation und die Regelung politischer Prozesse zu untersuchen. Deutsch sah in den Rückkoppelungsprozessen seines Modells zur politischen Kybernetik verschiedene Formen von Lernen.¹¹⁰ Da die Idee des Lernens in seinem Modell eher beiläufig entstand, waren seine Überlegungen zu Lernprozessen nicht von umfassender Art. Die wirkliche Neuerung von Deutschs politischer Kybernetik war die qualitative Klassifizierung von Lernprozessen. Er unterschied zwei Lernarten: Das einfache und das komplexe Lernen. Unter *einfachem Lernen* verstand er „zielstrebige Rückkoppelungsmechanismen“. Das bedeutet, dass ein bestehendes Ziel durch effektivere und effizientere Nutzung der vorhandenen Mittel erreicht wird. Dabei vollzieht sich keine Änderung der Wertvorstellungen. Dagegen sieht das *komplexe Lernen* einen Wandel des Ziels, damit einhergehend auch der Werte und Interessen politischer Institutionen, durch äußere Einflüsse vor.¹¹¹ Darüber hinaus führte er noch den Begriff des *pathologischen Lernens* ein, der aber weniger Einfluss auf die Klassifikation von Lernprozessen hatte, da sie häufig Teil einer in einem anderen Lernbereich verhafteten Theorie sind.¹¹² Beim Lernpotenzial

¹⁰⁹ Vgl.: Deutsch, Karl W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven; Freiburg im Breisgau 1969.

¹¹⁰ Vgl.: Bandelow, Nils C.: Lerntheoretische Ansätze in der Policy-Forschung; in: Maier, Matthias Leonhard u.a. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse; Opladen 2003; S. 98- 121; hier S. 99.

¹¹¹ Vgl.: Deutsch: Politische Kybernetik; S. 146f.

¹¹² Unter *pathologischem Lernen* verstand er die Verhinderung von Lernprozessen oder Lernprozesse ohne Ergebnisse. Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 155 - Fußnote 282.

politischer Organe sah Deutsch einen Zusammenhang mit ihrem Vermögen Informationen zu verarbeiten und auszuwerten. Wenn politische Herausforderungen anstehen, müssten neue Lösungen erkannt und durchgesetzt werden. Dies geschehe nur, wenn Reize von außen auf die Politik einwirken und diese auch erkannt werden. Dann müsse, so Deutsch, die Politik „ungebundene Hilfsmittel“ (materielle Mittel, menschliche Arbeitskraft und Aufmerksamkeit) einsetzen, um die Lösungen voranzutreiben. Demnach hänge die Lernfähigkeit auch von der Möglichkeit ab, diese ungebundenen Hilfsmittel einzusetzen: Wenn nur gebundene Hilfsmittel - Mittel die bereits bei der Lösung anderer Probleme im Einsatz sind - vorhanden sind, können keine Lösungen durchgesetzt werden und die Politik kann keine neuen Verhaltens- oder Verfahrensweisen erlernen.¹¹³ In dieser Verknüpfung von Lernen und Informationsgewinn und Mittelabruf lässt sich der Schwerpunkt Deutschs Forschungen auf die politische Kybernetik verdeutlichen. Zudem stellt diese Voraussetzung ein wesentliches Element der eigenen Untersuchung dar: Um Lernpotenziale auf kommunaler Ebene sichtbar zu machen wird eine Ausstattung mit Ressourcen, vor allem der Finanzierbarkeit, unerlässlich sein. Während seine Klassifikation von Lernarten allgemeine Gültigkeit hatte, war sein Lernmodell durch den politischen Regelungsprozess geprägt und nur in diesem einsetzbar. Trotzdem darf sein Einfluss auf die Entstehung eines eigenen politikwissenschaftlichen Theoriekomplexes des Lernens nicht unterschätzt werden. Seine Einteilung setzte sich zunächst in der Soziologie durch und wurde auch hauptsächlich von dieser angewandt, von der Politikwissenschaft jedoch nur teilweise.¹¹⁴ Allerdings wurden auch in der Politikwissenschaft die Lernbegriffe übernommen, wie das folgende Kapitel zeigen wird.

Als weiterer Vorläufer der politikwissenschaftlichen Lernmodelle kann Hugh Heclo genannt werden. Bei seiner Untersuchung der Sozialpolitiken in Großbritannien und Schweden kam er zu dem Schluss, dass die tiefgreifenden Veränderungen im 20. Jahrhundert in diesem Bereich nicht nur auf die bis dahin

¹¹³ Deutsch: Politische Kybernetik; S. 233f.

¹¹⁴ Vgl.: Bandelow: Lerntheoretische Ansätze; S. 99.

angegebenen Gründe für politischen Wandel zurückzuführen sind.¹¹⁵ Seiner Meinung nach sei Politik mehr als ein Konflikt- und Machtspiel.¹¹⁶ Viel mehr würden Politiken aufgrund von Erfahrungen mit bisher gemachten Konzepten entstehen, insbesondere im Feld der Sozialpolitik. Diesen Prozess verstand er als Lernen.¹¹⁷ Heclo entwickelte diesen Gedanken nach seiner Untersuchung der einzelnen Politiken in Großbritannien und Schweden: Die ökonomische Entwicklung, Wahlen, Parteien, Interessenverbände und die Verwaltung seien keine ausschlaggebenden Gründe für die enormen Veränderungen in der Sozialpolitik der beiden Länder.¹¹⁸ Infolgedessen müsste ein weiterer Faktor hinzukommen, um diesen Wandel zu erklären. Laut Heclo entsteht dieser Faktor aus der Unsicherheit politischer Akteure im Umgang mit gesellschaftlichen Problemen. Die äußeren (gesellschaftlichen) Probleme gehen demnach auf innere (politische) Fragestellungen über.¹¹⁹ Aus diesen Überlegungen heraus definiert er den Begriff *Political learning* oder auch *Social learning* als „a relatively enduring alteration in behavior that results from experience“.¹²⁰ Für ihn waren Lernprozesse politische Interaktionen, welche sich durch einzelne Politiken sichtbar machen lassen. Dabei spielte nicht nur individuelles Lernen eine Rolle, sondern es standen auch gesamtgesellschaftliche Lernprozesse im Vordergrund.¹²¹ Jedoch spricht Heclo von Lernprozessen bei kollektiven Akteuren, wie Regierungen und Bürokratien, jedoch bezieht er fast ausschließlich individuelle Fähigkeiten für seinen Lernbegriff mit ein. Dieser Problematik hat sich die Dissertation angenommen und geht von individuellen Lernpotenzialen der politischen kommunalen Elite aus, wobei das Lernpotenzial einer Person

¹¹⁵ Vgl.: Heclo, Hugh: *Modern Social Politics in Britain and Sweden: From Relief to Income Maintenance*; New Haven/ London 1975.

¹¹⁶ Vgl.: Ebd.; S. 304f.

¹¹⁷ Vgl.: Bandelow: *Lerntheoretische Ansätze*; hier S. 99. Siehe auch: Csígyó: *Institutioneller Wandel*; S. 157.

¹¹⁸ Vgl.: Heclo: *Modern Social Politics*; S. 285- 304.

¹¹⁹ Vgl.: Ebd.; S. 305.

¹²⁰ Ebd.; S. 306. Bei seiner Auswertung der sozialpolitischen Entwicklungen und der daraus resultierenden Idee der Lernprozesse benutzt Hugh Heclo beide Begriffe für seine Vorstellung vom „Lernen“. Auch in der Fachliteratur lassen sich beide Formen seines Lernbegriffes finden: „Social Learning“ bei Nils Bandelow und „Political Learning“ bei Monika Csígyó. Vgl.: Bandelow: *Politisches Lernen*; S. 328. Siehe auch: Csígyó: *Institutioneller Wandel*; S. 157.

¹²¹ Vgl.: Heclo: *Modern Social Politics*; S. 306.

auf den Rest der Entscheidungsträger übertragen werden kann. Je größer der Einfluss der Person auf die Politik dabei ist, desto größer wird auch der Einfluss seines Lernpotenzials sein. Des Weiteren bezog Deutsch auch bestehende Werte und Verhaltensmuster in die Betrachtung der Lernfähigkeit mit ein.¹²² Völlig unabhängig sind, so Heclo, Lernprozesse von ihren Ergebnissen. Es ist daher unerheblich, ob durch die Lernprozesse auch wirklich eine Besserung in der Sozialpolitik eintritt oder ob Individuen „intelligenter“ werden. Wichtig ist, dass Veränderungen eintreten, da diese als Hinweis auf Lernprozesse gelten.¹²³ Bleiben wir bei den von Deutsch eingeführten Formen des Lernens, handelt es sich bei Heclos Modell um komplexes Lernen.¹²⁴ Hugh Heclo führte keine neuen Formen des Lernens ein, sondern untersuchte zum ersten Mal Lernprozesse in den Sozialwissenschaften. Dies war nicht sein ausgewiesenes Ziel des Buches, aber nach seinen Untersuchungen für ihn die einzige Erklärung des umfassenden politischen Wandels in der Sozialpolitik.

Auf Grundlage dieser Entwicklungen setzte in den 1980er Jahren, beginnend in den USA, eine Debatte über Lerntheorien ein, bei der zahlreiche unterschiedliche Modelle und Konzepte entstanden, wie das nächste Kapitel erläutern wird.¹²⁵

3.2 Die verschiedenen lerntheoretischen Ansätze

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, führte Karl Deutsch die erste Abgrenzung verschiedener Lernbegriffe ein, wobei er allerdings nur zwischen zwei Arten unterschied - dem einfachen und dem komplexen Lernen. Darüber hinaus prägte er den Begriff der *pathologischen Lernprozesse*. Diese werden jedoch bei der nachfolgenden Darstellung der lerntheoretischen Ansätze keine Rolle

¹²² Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 157.

¹²³ Vgl.: Heclo: Modern Social Politics; S. 321.

¹²⁴ Zur Einteilung Heclos Modell in die verschiedenen Lernarten vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 328.

¹²⁵ Vgl.: Bandelow: Policy Lernen; S. 289f.

spielen. Zwar existieren neben Deutsch auch weitere namhafte theoretische Abhandlungen zu Lernpathologien - wie etwa von Max Miller¹²⁶ oder Klaus Eder¹²⁷ - jedoch bezeichnet es weniger eine direkte Form des Lernens. *Pathologisches Lernen* sind Lernprozesse, die aufgrund von inneren oder äußeren Blockaden verhindert werden und zu keinem Ergebnis führen. Es stellt demnach das Unvermögen dar, Veränderungen innerhalb des einfachen Lernens zu erzeugen.¹²⁸ Da bei der vorliegenden Untersuchung jedoch kommunales Lernpotenzial dargestellt werden soll und bei Pathologien kein oder kaum Lernpotenzial vorhanden ist, wird diese Form nicht näher erläutert.

Heutzutage existieren in der wissenschaftlichen Forschung dennoch drei Lernarten: Das *Verbesserungslernen*, das *Veränderungslernen* und das *reflexive Lernen*. Die begriffliche Schwierigkeit zeigt sich schon in diesen Bezeichnungen als solche. Da die einzelnen Benennungen von unterschiedlichen Personen eingeführt wurden, besitzen auch die einzelnen Lernarten verschiedene Namen. So ist das Verbesserungslernen auch unter folgenden Begriffen bekannt: Einfaches Lernen oder *single-loop-learning*. Das gleiche gilt auch für die beiden anderen Lernarten (siehe Abbildung 2). Aufgrund der zahlreichen Namensgebungen beinhalten diese bereits eine Unklarheit an sich, die schnell unübersichtlich werden kann, wie Abbildung 2 im Ansatz verdeutlichen soll. Betrachtet man die Beschreibung der unterschiedlichen Namensgebungen, zeigt sich schnell, dass mit den verschiedenen Begriffen jedoch dieselben Phänomene verbunden werden. Aus diesem Grund sind die Begriffe synonym anwendbar.¹²⁹ Zur einfachen und verständlicheren Handhabung werden in der vorliegenden Dissertation

¹²⁶ Vgl.: Miller, Max: Kollektive Lernprozesse. Studien zur Grundlegung einer soziologischen Lerntheorie; Frankfurt a. M. 1986; S. 428- 440.

¹²⁷ Vgl.: Eder, Klaus: Geschichte als Lernprozess? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland; Frankfurt a. M. 1991.

¹²⁸ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 318. Siehe auch: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 155 - Fußnote 282.

¹²⁹ Die Beschreibung gleicher Merkmale der Lernarten, nur mit unterschiedlichen Begriffen wird auch von der wissenschaftlichen Literatur anerkannt. Vgl. hierzu unter anderem: Bandelow: Politisches Lernen; S. 318. Siehe auch: Klimecki, Rüdiger; Laßleben, Hermann u. Althage, Markus Oliver: Zur empirischen Analyse organisationaler Lernprozesse im öffentlichen Sektor. Teil 2: Methoden und Ergebnisse (=Management, Forschung und Praxis; Nr.13); Konstanz 1995; S. 48. Gefunden unter: <http://kops.ub.uni-konstanz.de/volltexte/2000/373>; zuletzt am 26.5.2010.

lediglich die drei oben genannten Bezeichnungen verwendet.

Abbildung 2: Verschiedene Bezeichnungen der drei Lernarten

Lernart	Bezeichnungen	Einführung
Verbesserungslernen	einfaches Lernen	Karl Deutsch 1969
	single-loop-learning	Argyris und Schön 1978
	first-order-learning	Klimecki, Laßleben, Altehage 1995
Veränderungslernen	komplexes Lernen	Karl Deutsch 1969
	double-loop-learning	Argyris und Schön 1978
	second-order-learning	Klimecki, Laßleben, Altehage 1995
Reflexives Lernen	deutero learning	Gregory Bateson 1947
	Prozesslernen	Probst und Büchel 1994
	Meta-Lernen	Weinmann 1999

Eigene Darstellung, leicht verändert nach Bandelow.¹³⁰

Die Trennung der drei unterschiedlichen Ansätze und Ideen hinter den Begriffen ist im Gegensatz zur Benennung eindeutig, so lassen sich die Lernarten deutlich voneinander abgrenzen und es kommt kaum zu Überschneidungen. Dadurch wird eine Einteilung der einzelnen kognitiven Theoreme in die drei Lernarten ermöglicht. Im Folgenden werden die einzelnen Lernarten kurz erläutert und anhand kurzer theoretischer Beispiele veranschaulicht.

3.2.1 Verbesserungslernen

Beim *Verbesserungslernen* sollen Ziele effektiver erreicht werden. Dabei ist zu beachten, dass die Ziele bereits benannt und bekannt werden, sodass sich das Verbesserungslernen innerhalb der bestehenden Werte und Normen voll-

¹³⁰ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 317.

zieht.¹³¹ Das bedeutet, dass durch diese Form des Lernens keine Veränderungen des Wertesystems eingeläutet werden soll, sondern bereits existierendes Wissen der politischen Institutionen besser genutzt werden soll, um politische Ziele zu erreichen.¹³²

Durch diese Voraussetzung ist das Verbesserungslernen vergleichbar beziehungsweise messbar, da es politische Ziele bereits vorgibt und die verschiedenen Lösungswege dorthin hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz beurteilt. Lernen wird demnach als Gewinn von Wissen angesehen, wobei Gewinn auch als bessere Nutzung von bereits Bekanntem verstanden werden kann. Den besten Lösungsweg hat in diesem Fall der politische Akteur, der mehr Wissen bezieht, sich mehr Wissen aneignen oder seine kognitiven Ressourcen besser einsetzen konnte.¹³³ Was genau unter „Wissen“ oder „Informationsgewinn“ zu verstehen ist, bleibt allerdings offen und wird von den einzelnen Theoretikern jeweils für die eigene Untersuchung im Speziellen erläutert. Verbesserungslernen beinhaltet darüber hinaus noch eine weitere Komponente: Es trägt dazu bei, dass Fehler behoben und politische Konflikte gelöst werden können.¹³⁴ Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Konflikte beziehungsweise Fehler aus fehlerhaften Informationen der politischen Akteure entstanden sind, so dass sie durch Lernen auch wirklich behoben werden können.¹³⁵ Aufgrund dieses Merkmals entsprang auch der Begriff des Verbesserungslernens, da es dabei nicht um Veränderungen per se handelt, sondern diese Veränderungen eine Verbesserung, also eine effektivere und effizientere Lösung des politischen Problems bedeuten muss.

Nils Bandelow unterscheidet zusätzlich eine Untergruppierung dieser Lernart, indem er vom *rationalen Lernen* spricht: Hierbei müssten nicht nur die politischen Ziele vorausgesetzt sein, sondern auch, dass die politischen Akteure vollständigen Informationszugang besitzen und keinerlei Risiko eingehen.¹³⁶

¹³¹ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 155.

¹³² Vgl.: Klimecki/ Laßleben/ Althage: Analyse organisationaler Lernprozesse; S. 48.

¹³³ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 324.

¹³⁴ Vgl.: Ebd.; S. 324.

¹³⁵ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 155.

¹³⁶ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 318.

Das bedeutet, dass jeder Akteur das beste Konzept zur Lösung entwickelt, da alle dieselben Voraussetzungen besitzen. Für das Feld der Politikfeldanalyse gilt dieses Lernkonzept dann, wenn gezeigt wird, unter welchen politischen Rahmenbedingungen „Wissen“ auf den politischen Prozess eines bestimmten Politikfeldes einwirkt.¹³⁷

Das bestimmende Problem jedoch bleibt: Wann sind politische Lösungen als „besser“ zu klassifizieren? Unterschiedliche Adressaten werden unterschiedlich darauf antworten. Das bundesweite Gesetz zum Ausbau der Kinderkrippenplätze bis 2013 für unter Dreijährige und dem enthaltenen Rechtsanspruch auf eine Betreuung ab dem ersten Lebensjahr fand unter Eltern - vor allem in Großstädten - bestimmt nur positiven Anklang, während die Kommunen, die diese Plätze und deren Folgekosten mitfinanzieren müssen, dem Gesetz und seiner Finanzierung eher skeptisch gegenüberstanden.¹³⁸ Bedeutet dies nun, dass das Gesetz ineffektiv und ineffizient ist? Eine Antwort darauf ist schwierig und muss der Wissenschaftler bei einer empirischen Untersuchung angeben. Damit werden im Vorhinein Parameter für „gut“ und „schlecht“ gegeben, bevor es zu einer Analyse kommt. Das Ergebnis sind schwache Aussagen in einem sehr begrenzten Kontext.

Diese Schwächen zeigen auch die beiden Beispieltheorien des Verbesserungslernens.

3.2.1.1 *Government Learning* - Lloyd Etheredge, James Short

Der amerikanische Politikwissenschaftler Lloyd Etheredge entwickelte als einer der ersten ein systematisches Modell zu Lernprozessen innerhalb der Politik. Es entstand 1981 und wurde 1983 in Zusammenarbeit mit James Short geringfügig weiterentwickelt.¹³⁹ Seine Erkenntnisse über politische Lernprozesse basierten auf einer Untersuchung dreier vor allem militärischer Entscheidun-

¹³⁷ Vgl.: Ebd.; S. 324.

¹³⁸ Für den genauen Wortlaut des Gesetzes siehe die Online-Version des Bundesgesetzblattes. Gefunden unter: http://www2.bgb1.de/banzxaver/bgb1/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGB1&bk=Bundesanzeiger_BGB1&start=//*%255B@attr_id=%2527bgb1108s2403.pdf%2527%255D#__bgb1__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D'bgb1108s2403.pdf'%5D__1402042153914; am 3.4.2014.

¹³⁹ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 325.

gen der Regierung der Vereinigten Staaten in den 1960er und 1970er Jahren.¹⁴⁰ Auf dieser Grundlage erschufen sie ihre Idee des *Government Learning*.

Ihre Untersuchung folgte der Fragestellung, ob Regierungen langfristig aus Erfahrungen lernen könnten. Ihr Ziel war das Konzept des *Government Learnings* theoretisch zu erfassen und empirisch messbar zu machen. Dazu definierten sie zunächst „Lernen“ anhand von Intelligenz und Effektivität und analysierten danach verschiedene Formen für individuelles und organisationelles Lernen. Als letztes betrachteten sie die drei militärischen Beispiele und entwickelten auf dieser Grundlage ihr Modell des Regierungslernen.¹⁴¹

Zusammengefasst verstanden Etheridge und Short unter *Government Learning* eine Steigerung von Intelligenz und Effektivität. Um den Wachstum von Intelligenz zu erfassen, griffen sie auf die kognitive Entwicklungspsychologie zurück, deren Faktoren sie für ihre Untersuchung operationalisieren mussten: Erstens durch die Berechnung aller neuen relevanter Argumente, die eine Regierung entwickelte, um ein bestehendes Problem zu lösen, und deren kognitiver Tiefe. Zweitens, ob die Regierung das zu lösende Problem erfassen und schlüssig zusammenfassen konnte und drittens, wie viele Anschauungen, Modelle und Auffassungen bei der Problemlösung Einfluss erhielten.¹⁴² Der zweite wichtige Bereich des Lernens war die Effektivität. So könnte die Intelligenz zwar angestiegen sein, aber die Handlungsräume immer noch nicht effektiv gestaltet sein oder andersherum. Die beiden Wissenschaftler betonten in diesem Zusammenhang, dass die Kriterien der Effektivität von dem jeweiligen Forscher vor seiner Untersuchung festgelegt werden müsste.¹⁴³ Damit ist die Betrachtung ihres Lernbegriffes subjektiv und nur im Kontext des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes zu analysieren und bietet nur wenige allgemeingültige theoretische Hypothesen.

¹⁴⁰ Zu den Untersuchungsgegenständen gehörten die Entwicklung des M-16 Gewehrs 1967, der nukleare Zwischenfall im Kernkraftwerk „Three Miles Island“ in Pennsylvania 1979 sowie die strategische Planung der Landung von Exilkubanern in der Schweinebucht 1961. Vgl.: Etheridge, Lloyd S. u. Short, James: Thinking about Government Learning; in: Journal of Management Studies (Nr. 20/1; 1983); S. 41- 58; hier S. 50.

¹⁴¹ Vgl.: Etheridge, Lloyd S. u. Short, James: Thinking about Government Learning; in: Journal of Management Studies (Nr. 20/1; 1983); S. 41- 58; hier S. 41.

¹⁴² Vgl.: Ebd.; S. 42f.

¹⁴³ Vgl.: Ebd.; S. 43.

Neben der Problematik der empirischen Berechnung von Intelligenz und Effektivität hat das Konzept eine weitere Schwachstelle: Die Überlegungen über das Lernen beziehen sich vor allem auf individuelle kognitive Prozesse und eröffnen wenige Ansatzpunkte, wie und warum Organisationen lernen. Sie führen zwar neben individuellen Lernarten auch organisationelle Typen auf, jedoch entwickeln sich aus diesen mehr Probleme, als dass sie Fragen des organisationellen Lernens beantworten.¹⁴⁴ Bei der Beschreibung der organisatorischen Lernformen zeigt sich, dass sie auch dort die individuelle Ebene in den Vordergrund stellen. Sie sprechen von Intelligenz einer Organisation ohne dabei zu erläutern, wie diese erkennbar zu machen ist.¹⁴⁵ Darüber hinaus lassen sie auch offen - ganz bewusst offen - wie diese organisationellen Strukturen „intelligenter“ zu machen seien.¹⁴⁶

Nach der theoretischen Betrachtung kognitiver Prozesse folgt die empirische Beweisführung ihrer Überlegungen. Sie untersuchten dazu drei US-amerikanische Regierungsentscheidungen der 1960er und 1970er Jahre (Einkauf des M-16-Gewehr, Three-Mile-Island, Invasion in der Schweinebucht). Aus diesen Untersuchungen zogen sie Schlüsse für ihr Konzept des *Government Learnings*. Ihrer Meinung nach zeigten die Beispiele, dass Regierungslernen häufig nicht an der Intelligenz der Entscheidungsträger scheiterte, sondern an dem Gewähr werden und Nutzen bereits existierender Ressourcen. In diesem Rahmen stellten sie drei Hypothesen auf bezüglich der Regierungsintelligenz und der Regierungseffektivität: Das „M-16-Gewehr“ nannten sie einen abhängigen Lernprozess, da die Forschungsergebnisse seit Jahren erhältlich waren und die Entwicklung des Gewehres von einem privaten Forscher an das US-Militär herangetragen wurde.¹⁴⁷ Im Gegensatz dazu steht der Vorfall auf dem Atomkraftwerk „Three Mile Island“, bei dem die beiden Wissenschaftler der Regierung oder besser den beteiligten Behörden keinen Lernprozess bescheinigten. Es sei vielmehr ein Missverhältnis aus technischem Lernprozess und fehlendem Lernen beim

¹⁴⁴ Für die genaue Bezeichnung der fünf genannten Lernarten und deren Definition vgl.: Etheredge/ Short: Government Learning; S. 44- 48.

¹⁴⁵ Für die genaue Darstellung der organisationellen Lernformen vgl.: Ebd.; S. 48f.

¹⁴⁶ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 325.

¹⁴⁷ Vgl.: Etheredge/ Short: Government Learning; S. 50f.

menschlichen Umgang mit diesen Technologien, welches beinahe zu einer nuklearen Katastrophe geführt hätte.¹⁴⁸ Im Falle der Invasion in der Schweinebucht gingen Etheredge und Short von einem komplexen Lernprozess aus, da der Plan zunächst gut durchdacht war. Jedoch wurden Fehleinschätzungen begangen und Lernprozesse der kubanischen Führung außer Acht gelassen, so dass der Plan letztendlich scheiterte.¹⁴⁹

Zusammenfassend ließe sich „Lernen“ im Konzept des Regierungslernens als abhängige Variable darstellen, welches von zahlreichen unabhängigen Variablen abhängig ist, wie die Ziele der Wähler, Forderungen der Lobbyisten, Themen der Medien, Vertrauen in die Politiker, Inhalte der universitären Lehre, etc.¹⁵⁰ Die Schwierigkeiten ihres Lernbegriffes sind die undifferenzierten Angaben zu Intelligenz und Effektivität sowie individuelle Lernarten bei einem korporativen Akteur. Auf dieser Grundlage bleibt fraglich, welche Aussagekraft ihr Lernbegriff für korporative Akteure hat. Allerdings ist ein Lernprozess für sie nicht nur die Einbeziehung neuer Ideen und Wege, sondern auch das Erkennen existierender Ressourcen und deren Einsatz.

3.2.1.2 *Lesson-Drawing* - Richard Rose

Anfang der 1990er Jahre entstand das Konzept des *Lesson-Drawing* des Politikwissenschaftlers Richard Rose. In seinem 1993 erschienen Buch entwarf er sein vierstufiges Modell, mit dem vor allem transnationale Lernprozesse verdeutlicht wurden. Eine empirische Untersuchung hinsichtlich seiner theoretisch entwickelten Ideen fehlt hier. Beispiele, welche seine Lerntheorie stützten, führte er erst in seinem 2005 erschienen Buch an.¹⁵¹ Wie der Untertitel des Buches „A practical Guide“ bereits verdeutlicht, handelt es sich bei dem Buch, um eine Anleitung für Politiker, „die aus Erfahrungen mit bestehenden Politiken

¹⁴⁸ Vgl.: Etheredge/ Short: Government Learning; S. 51f.

¹⁴⁹ Vgl.: Ebd.; S. 53f.

¹⁵⁰ Vgl.: Etheredge, Lloyd S.: Government Learning. An Overview; in: Long, Samuel L. (Hrsg.): The Handbook of Political Behavior. Vol. 2; New York u. London 1981; S. 73-161; hier S. 135. Siehe auch: Bandelow: Politisches Lernen; S. 325.

¹⁵¹ Vgl.: Rose, Richard: Lesson-Drawing in Public Policy. A Guide to Learning across Time and Space; Chatham 1993. Siehe auch: Rose, Richard: Learning from Comparative Public Policy: a Practical Guide; London/ New York 2005.

lernen wollen“, womit er seine Gedanken pointierte und nicht modifizierte oder erweiterte.¹⁵²

Rose definiert Lernen als Informationsgewinn durch ausgewertete Erfahrungen, diese können dabei eigene oder fremde Erfahrungen sowie aus unterschiedlichen Zeiten gewonnen sein.¹⁵³ Wichtig für den Unterschied aus individuellem und politischen Lernen ist dabei, dass bei zweitem eine systematische Suche nach einem politischen Programm entsteht, welches ein aktuelles Problem beheben soll.¹⁵⁴ In dieser Definition wird die praktische Orientierung des Ansatzes deutlich. Es geht Rose weniger um eine fundierte theoretische Analyse, sondern mehr um eine praxisorientierte Formel für Politiker. Mit dieser Idee der Anleitung geht auch die Verordnung seiner Lerntheorie in den Bereich des Verbesserungslernen einher. Da die „gelernten“ Erfahrungen zu einem Programm führen sollen, welches das jeweilige spezifische politische Problem beheben soll, möchte Rose eine Verbesserung der bestehenden Politik. Dies schränkt er jedoch ein, indem er darlegt, dass die Evaluation der Politiker, also die Frage, ob ein Programm erfolgreich sein wird oder nicht, immer auf unsicheren Füßen steht, da sie im Vorhinein beantwortet werden muss und sich durchaus anders entwickeln kann.¹⁵⁵

Die Frage wer genau lernen soll, lässt Rose offen. Zwar zählt er zu seinem Begriff „Policymakers“ neben gewählten Personen (Regierungsvertreter, etc.) auch nicht-gewählte Experten (Bürokraten) oder Interessengemeinschaften (NGOs), aber ob es sich dabei um Individuen handelt oder Organisationen beschreibt er nicht.¹⁵⁶ Aufgrund der Erläuterungen des Lernprozesses an sich und die praktische Orientierung kann allerdings davon ausgegangen werden, dass es sich bei seinen Lernsubjekt vor allem um Regierungen auf allen politischen Ebenen handelt.¹⁵⁷ Dafür spricht auch der Schwerpunkt auf die transnationa-

¹⁵² Biegelbauer, Peter: Ein neuer Blick auf politisches Handeln: Politik-Lernansätze im Vergleich; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2007/ Nr. 36-3); S. 231-247; hier S. 233.

¹⁵³ Vgl.: Rose: Lesson-Drawing; S. 1.

¹⁵⁴ Vgl.: Ebd.; S. 21.

¹⁵⁵ Vgl.: Ebd.; S. 14.

¹⁵⁶ Vgl. zur Problematik des Lernsubjektes bei Rose: Ebd.; S. 52- 57.

¹⁵⁷ Diese Meinung wird auch von der wissenschaftlichen Literatur vertreten. Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 159.

len Programmübertragungen, welche vor allem durch nationale Regierungen umgesetzt werden können.

Seiner Meinung nach vollzieht sich das *Lesson-Drawing* anhand vier Phasen: Erstens der Suche nach Erfahrungen in Raum und Zeit, zweitens der Erstellung eines Modells zur Auswertung der erhaltenen Informationen, drittens der Entwicklung eines eigenen Programms und viertens der Evaluation des eigenen Programms.¹⁵⁸ Dieses Phasenmodell erinnert stark an den *Policy Cycle*. Beiden gemeinsam ist, neben dem zyklischen Ablauf auch die Schwäche der theoretischen Überlegungen. Durch die sehr allgemein und einfach gehaltenen Phasen fehlt es dem Konzept an einem theoretisch Kern, der sich empirisch überprüfen lässt.¹⁵⁹

Ein weiteres Problem der Theorie ist die Initialzündung für Lernprozesse. Nur bei einer Unzufriedenheit würden Staaten außerhalb der täglichen Routine agieren und neue Lehren ziehen wollen.¹⁶⁰ Wer allerdings unzufrieden sein muss - Öffentlichkeit oder politische Akteure - beantwortet Rose nicht. Darum bleibt offen, wie Lernen angeregt werden kann. Darüber hinaus behandelt sein Phasenmodell nicht die Umsetzung des neu-entwickelten Programms, also des „gelernten“. Rose setzt sich nur schematisch mit möglichen Problemen bei der Umsetzung auseinander. Er spricht davon, dass weder eine vollständige Übertragung eines Programms denkbar ist, noch die völlige Blockade einer Regierung Lehren aus Zeit und Raum anzuerkennen.¹⁶¹ Seiner Meinung nach müssten die neu-entwickelten Programme „doppelt erwünscht“ sein. Das bedeutet, dass sie zum einen dem politischen Anspruch nach Effektivität oder Verbesserung entsprechen müssen und zum anderen dem bürokratischen Anspruch nach einer technischen Umsetzung. Er betont jedoch, dass die Politiker die endgültige Entscheidungsgewalt über die Umsetzung eines Programms haben. So nennt er den Effekt, wenn ein Programm politische Attraktivität hat,

¹⁵⁸ Für eine detaillierte Beschreibung aller vier Phasen vgl.: Rose: *Lesson-Drawing*; S. 27-34.

¹⁵⁹ Vgl.: Bandelow: *Politisches Lernen*; S. 326.

¹⁶⁰ Vgl.: Rose: *Lesson-Drawing*; S. 58.

¹⁶¹ Vgl.: Ebd.; S. 37- 41.

jedoch von seiner technischen Übertragung kaum durchführbar ist und dennoch implementiert wird „siren call“.¹⁶²

Allgemein gesagt bezieht Rose bestehende politische Normen oder Ansichten nicht in sein Konzept mit ein, sondern geht von einer objektiven Betrachtung aus. Bei allen politischen Handlungen, so auch bei Lernprozessen spielen diese aber eine große Rolle.¹⁶³ Daher müssen politische Haltungen und Ziele in ein Lernmodell einfließen, um aussagekräftige Hypothesen über die Möglichkeit von kognitiven Prozessen auf kommunaler Ebene treffen zu können.

3.2.2 Veränderungslernen

Im Gegensatz zum Verbesserungslernen beinhaltet das *Veränderungslernen* eine Veränderung der bisherigen politischen Ziele und damit auch einen Wandel des Wertesystems.¹⁶⁴ Dieses Lernkonzept geht davon aus, dass durch zusätzliches Wissen, also einen Lernprozess, sich gleichzeitig Interessen und Normen ändern und dadurch auch die politischen Ziele. Aufgrund eines höher stehenden politischen Ziels würden sich zwangsläufig andere politische Handlungen und Ziele ändern müssen. Die Frage, die sich Theorien des Veränderungslernen stellen, ist die nach der Konstanz und Veränderlichkeit von politischen Zielen. Welche Denkmuster sind veränderlich und wie können politische Akteure dazu gebracht werden ihre Denkmuster oder Ziele zu ändern?¹⁶⁵ Grundsätzlich können die beiden Lernformen daran unterschieden werden, dass das Verbesserungslernen lediglich Strategieänderungen vorsieht, während das Veränderungslernen von Zieländerungen ausgeht. Im Untersuchungsfall lassen sich Strategien und Ziele aber nur selten voneinander differenzieren.¹⁶⁶

Allerdings gibt es eine weitere Komponente anhand derer die beiden Konzepte unterschieden werden können: Setzt das Verbesserungslernen eine Verbesserung des politischen Handelns voraus, sieht das Veränderungslernen einen

¹⁶² Vgl.: Rose: Lesson-Drawing; S. 46.

¹⁶³ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 159.

¹⁶⁴ Vgl.: Ebd.; S. 155.

¹⁶⁵ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 319f.

¹⁶⁶ Vgl.: Ebd.; S. 320.

Wandel - positiv wie negativ - als Lernprozess an.¹⁶⁷ Es wird also keine Bewertung der politischen Lösung durchgeführt, sondern vielmehr die Veränderungen als solches dargestellt. Der angewandte Lernbegriff dieser Form ist daher nominal und beinhaltet in seiner allgemeinsten Formulierung „jede dauerhafte Verhaltensänderung, die auf neuen Informationen beruht“.¹⁶⁸ Dies ist ein deutlicher Vorteil gegenüber dem Verbesserungslernen. Für die Politikfeldanalyse bietet das Lernkonzept daher meist eine bessere Erklärung für politische Veränderungen innerhalb eines Politikfeldes.¹⁶⁹

Allerdings zeigt sich, dass bei den Theorien des Veränderungslernens häufig dem Lernen an sich für das Eintreten von politischem Wandel nur geringe Bedeutung zukommt. Dies liegt in der Logik der Wertveränderungen begründet: Kann man wirklich lernen seine Werte und Normen zu verändern? Wahrscheinlicher ist das Lernen innerhalb eines Politikfeldes, wobei sich das Gelernte dann, in unterschiedlichem Ausmaß, auch auf die eigenen Anschauungen auswirkt. Demnach muss Lernen zwangsweise eine untergeordnete Rolle bei diesen Theorien haben. Ob dann generell noch von Theorien mit kognitivem Hintergrund zu sprechen ist bleibt dann fraglich.

Die mangelnde Erklärungskompetenz der Lernprozesse innerhalb dieser Theorien ist deutlich bei den beiden anschließenden Modellen erkennbar, vor allem beim *Advocacy Coalition Framework*.

3.2.2.1 *Social Learning* - Peter Hall

Der Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Peter A. Hall entwickelte 1989 sein Konzept des Gesellschaftslernen anhand Untersuchungen des ökonomischen Wandels nach dem zweiten Weltkrieg.¹⁷⁰ Er pointierte seine Ergebnisse 1993, in dem er nicht mehr den Erfolg des Keynesianismus in verschiedenen Nationen untersuchte, sondern sich auf den Wechsel von keynesianischer zu

¹⁶⁷ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 156.

¹⁶⁸ Bandelow: Politisches Lernen; S. 327.

¹⁶⁹ Vgl.: Ebd.; S. 328.

¹⁷⁰ Vgl.: Hall, Peter A. (Hrsg.): The political power of economic ideas. Keynesianism across nations; Princeton 1989.

einer monetaristischen Wirtschaftspolitik in Großbritannien bezog.¹⁷¹ Durch diese Weiterführung seiner Untersuchung - so war die Verbreitung des Keynesianismus nach 1945 der Inhalt des ersten Buches und dessen Ablösung in den 1970er/ 1980er Jahren des zweiten Buches - konnte er aufzeigen, dass seine Überlegungen zu *Social Learning* weiterhin Bestand hatten.

Das Ziel seines Lernbegriffs ist der Frage nachzugehen, inwieweit Ideen auf den politischen Prozess einwirken und warum einige Regierungen beeinflussbarer sind als andere.¹⁷² Halls Meinung nach waren die bis dahin vorherrschenden Ideen von Lernprozessen zu sehr von Staatstheoretikern, wie etwa Hugh Heclo, bestimmt. Diese würden im Lernen einen hauptsächlich staatlichen Prozess sehen und dabei gesellschaftliche Entwicklungen außer Acht lassen. Zudem wären die bisherigen Konzepte zu wenig erforscht und empirisch begründet worden. Diese beiden Mängel wollte er mit seiner Untersuchung beheben.¹⁷³ Um dies zu erreichen, forderte Hall als Erstes klare Definitionen des Lernbegriffes. Für ihn hatte ein Lernprozess stattgefunden, wenn eine der drei elementaren Variablen des Politikprozesses (1. Anordnung der Politikinstrumente, 2. Wahl der Politikinstrumente, 3. übergeordnete Ziele der Politik) verändert wurden.¹⁷⁴

Aufgrund dieser drei Variablen unterschied Hall ebenfalls drei unterschiedliche Lernprozesse: „First-Order Change“ verändert die Anordnung der angewandten Politikinstrumente oder -techniken ohne dabei übergeordnete Ziele und Wertvorstellungen zu verändern. Bei „Second-Order-Change“ werden neue Politikinstrumente eingeführt, deren Anordnung verändert sich, aber die Zielhierarchien bleiben bestehen. Schlussendlich gibt es „Third-Order-Change“, bei diesem Prozess findet ein Wandel in allen drei Bereichen statt, der Politikinstrumente, deren Anordnung und der Zielhierarchien. Vor allem der letzte Aspekt ist elementar für diese Art von Lernen.¹⁷⁵ Das Problem, über das sich

¹⁷¹ Vgl.: Hall, Peter A.: Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policymaking in Britain; in: Comparative Politics (Vol. 25/ Nr. 3/ 1993); S. 275- 296.

¹⁷² Vgl.: Ebd.; S. 275f.

¹⁷³ Vgl.: Ebd.; S. 276f.

¹⁷⁴ Vgl.: Ebd.; S. 278.

¹⁷⁵ Vgl.: Ebd.; S. 278f.

auch Hall bewusst war, ist die unmögliche Messbarkeit der Umgebung des Politikprozesses.

Das Konzept von *Social Learning* beinhaltet für Hall in erster Linie Lernprozesse der dritten Ordnung. Dies verdeutlichte er insbesondere bei der Darstellung der Beispiele von ökonomischen Wandel in Großbritannien: Der deutlichste Unterschied zwischen Veränderungen erster, zweiter und dritter Ordnung ist die Anhäufung eben dieser Prozesse. Lernprozesse der ersten Ordnung, so Hall, fanden mindestens einmal jährlich in der Wirtschaftspolitik Großbritanniens zwischen 1970 und 1989 statt, die der zweiten Ordnung nicht jedes Jahr, aber immer noch häufig und die der dritten Ordnung nur einmal im gesamten Zeitraum.¹⁷⁶ Diese Häufigkeit gibt wider, dass eine Änderung der Zielhierarchien wesentlich seltener und wahrscheinlich auch schwieriger ist als Wandlungen der Politikinstrumente und deren Anordnung. Die wohl wichtigere Erkenntnis für sein Konzept des Gesellschaftslernens ist die Tatsache, dass sich Veränderungen innerhalb der ersten beiden Ordnungen im Einklang befinden mit den bisherigen Annahmen von Lernprozessen, da sie ausschließlich innerhalb des Staatsapparates vollzogen wurden ohne das Druck oder Einflüsse von der Gesellschaft mit einfließen, wie er an einigen Beispielen verdeutlichte.¹⁷⁷ Im Gegensatz dazu verlief der Wandel von der Keynesianismus geprägten Wirtschaftspolitik zum Monetarismus, den er als Paradigmawechsel ausmachte. Als Paradigma bezeichnete Hall ihn, da sich die Ziele der Wirtschaftspolitik änderten und beide Konzepte fundamental unterschiedliche Funktionsweisen der Wirtschaft beinhalteten. Zudem änderte sich nicht nur ein ökonomisches Paradigma, sondern gleichzeitig auch die politischen Werte oder Ideen.¹⁷⁸ Neuartig bei der Betrachtung von Lernprozessen war, dass Hall den Paradigmenwechsel als nicht allein staatlichen Vorgang sah, sondern als Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft. Im Falle seiner Untersuchung hätte sich dies anhand des

¹⁷⁶ Die genaue Darstellung von First-Order Change, Second-Order Change und Third-Order Change erfolgt auf mehreren Seiten und soll an dieser Stelle nur kurz zusammengefasst werden, um die wichtigsten Unterschiede aufzuzeigen, welche für sein Konzept der Paradigmenwechsel für Bedeutung sein werden. Vgl.: Hall: *Social Learning*; S. 281- 287.

¹⁷⁷ Zur Beschreibung der Beispiele vgl.: Ebd.; S. 282.

¹⁷⁸ Vgl.: Ebd.; S. 284.

Autoritätsverlustes der Regierung gezeigt, welche zunächst weiterhin an Keynes festgehalten hätte und damit Fehlentscheidungen im wirtschaftspolitischen Raum getroffen hätten.¹⁷⁹

Für Hall stand damit fest, dass *Social Learning* nur Veränderungen der dritten Ordnung - ein Paradigmenwechsel - bedeutet und keineswegs Veränderungen erster und zweiter Ordnung, wie es unter dem bisherigen Begriff verstanden wurde. Der Wechsel von politischen Paradigmen vollzieht sich seiner Meinung nach in mehreren Schritten, welche Hall von Thomas Kuhns Konzept der wissenschaftlichen Revolutionen übertragen hatte.¹⁸⁰ Zunächst entsteht ein Missverhältnis zwischen dem bisherigen Paradigma mit seinen Erklärungsmustern und der Realität, welche das Paradigma immer weniger legitimieren kann. Diese Erklärungsnot bezeichnet Hall als „Anomalien“. Aus diesem Grund suchen die politischen und gesellschaftlichen Akteure nach neuen Modellen, um die realen Entwicklungen besser erklären zu können. Gleichzeitig verliert das vorherrschende Paradigma und seine Anhänger immer mehr an Unterstützung. In der folgenden Phase kristallisieren sich mehrere alternative Erklärungsansätze heraus, die um die Zustimmung von Gesellschaft und Politik im Wettkampf miteinander stehen. Am Ende setzt sich dabei ein neues Paradigma durch und wird von den politischen Akteuren umgesetzt.¹⁸¹

Abschließend lässt sich sagen, dass sich Halls Idee des *Social Learning* als Verbindung von Politik und Gesellschaft sieht. Wichtigster Punkt seines Konzeptes ist es, dass die politischen Entscheidungsträger nicht unabhängig handeln, sondern immer in einem Umfeld, welches ihnen die Gesellschaft vorgibt

¹⁷⁹ Vgl.: Hall: *Social Learning*; S. 287.

¹⁸⁰ Der Naturwissenschaftler Thomas Kuhn beschäftigte sich vor allem mit Wissenschaftstheorie und -geschichte und entwickelte in den 1960er Jahren sein Modell von Veränderungen in der Wissenschaft. Hierbei unterschied er zwischen dem „normalen“ Zustand einer Wissenschaft und dem Zustand einer Revolution innerhalb einer Wissenschaft, welche sich auch anhand von Paradigmenwechsel äußert. Sein Modell bezog sich aber vor allem auf die Naturwissenschaften und wurde auch von diesen hauptsächlich angewandt. Zur weiteren Vertiefung Kuhns Theorien vgl. sein Hauptwerk: Kuhn, Thomas S.: *The Structure of Scientific Revolutions*; Chicago 1970. Zur Übernahme von Kuhns Begriffen bei Peter Hall vgl.: Hall: *Policy Paradigms*; S. 279. Siehe auch: Bandelow: *Politisches Lernen*; S. 329.

¹⁸¹ Vgl.: Hall: *political power of economic ideas*; S. 370. Siehe auch: Bandelow: *Lerntheoretische Ansätze*; S. 104. Siehe auch: Csigó: *Institutioneller Wandel*; S. 160.

oder hervorruft.¹⁸² Der große Vorteil dieses Lernansatzes ist, dass Lernprozesse nicht nur durch Erfahrungen bisheriger Politikentscheidungen eintreten können, sondern auch durch Ideen, Werte und Vorstellungen. Darüber hinaus gibt er auch einen Weg an, wie sich diese neuen Ideen in der Politik entwickeln. Allerdings ist sein Modell sehr stark auf wirtschaftspolitische Entwicklungen ausgelegt und lässt sich kaum auf andere Politikfelder beziehen, da in anderen Politikfeldern solche eindeutigen Paradigmen nur bedingt auszumachen sind. Zudem klammert Hall die Paradigmen vom politischen Prozess aus und lässt damit das Lernen wieder außen vor.¹⁸³ Daher muss eine konkrete Darstellung erfolgen, wie Ideen und der politische Prozess zusammenspielen.¹⁸⁴

3.2.2.2 *Advocacy Coalition Framework* - Paul Sabatier, Hank Jenkins-Smith

Konzipiert wurde das Modell des *Advocacy Coalition Framework* (ACF) von beiden Wissenschaftlern in den 1980er Jahren unabhängig voneinander. Unter diesem Namen wurde es dann erstmals 1988 von Sabatier allein und 1993 und 1999 in gemeinsamen Publikationen, geringfügig erweitert, veröffentlicht.¹⁸⁵ Vor allem 1999 erfolgte eine bewusste Auseinandersetzung mit den bestehenden Hypothesen und eine Modifikation dieser auf Grundlage zahlreicher Untersuchungen zum ACF unterschiedlichster Wissenschaftler. Deren Ergebnisse und Kritiken flossen dann in die erneuerte Version ein, allerdings geschah dies nur in einem geringen Maße.¹⁸⁶ Das besondere des Konzeptes ist, dass es vor

¹⁸² Vgl.: Hall: Policy Paradigms; S. 289.

¹⁸³ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 161. Siehe auch: Bandelow: Politisches Lernen; S. 330.

¹⁸⁴ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 161.

¹⁸⁵ Vgl.: Sabatier, Paul A.: An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-Orientated Learning Therein; in: Policy Sciences (Nr. 21/ 1988); S.129-168. Siehe auch: Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C. (Hrsg.): Policy Change und Learning. An Advocacy Coalition Approach; Boulder 1993. Siehe auch: Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C.: The Advocacy Coalitions Framework. An Assessment; in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process; Boulder 1999; S. 117- 166.

¹⁸⁶ Eine Übersicht zur Entstehung des ACF und dessen Modifikation lässt sich finden in: Sabatier/ Jenkins-Smith: Advocacy Coalitions Framework; S. 117/ 118. Auch in den letzten Jahren entwickelte Sabatier in Zusammenarbeit anderer Wissenschaftler seinen Ansatz immer weiter und passte ihn aktuellen Entwicklungen an. Vgl.: Bandelow,: Politisches Lernen; S. 334.

allem als theoretisches Konstrukt entwickelt wurde und weniger als konkrete Untersuchung, das heißt, dass zuerst die theoretischen Überlegungen vorhanden waren und dazu Beispiele als Belege herangezogen wurden und nicht andersherum. Zwar wurde zunächst die Landentwicklung am Lake Tahoe und später die Energiepolitik der USA herangezogen und untersucht, aber letztendlich die Theorie unabhängig davon entwickelt, damit sie sowohl auf alle Staaten als auch Politikfelder anwendbar wäre.¹⁸⁷ Dies spiegelt sich auch in dem Wunsch wider, keine „bessere“ Politik einzuleiten, sondern eine „bessere“ Theorie zur Erklärung politischen Wandels zu liefern.¹⁸⁸

Der ACF entstand vor allem als Kritik auf die Phasenheuristik von Harold Laswell. Diese Tatsache lässt sich in vielen Überlegungen von Sabatier und Jenkins-Smith feststellen, da das Modell vor allem politischen Wandel in einem zeitlichen Abschnitt (mindestens zehn Jahre) erklären möchte.¹⁸⁹ Dabei taucht policy-orientiertes Lernen eher als Nebenprodukt auf und weniger als Initialzündung der gesamten Theorie. Trotzdem spielen die Überlegungen zu Lernprozessen eine Rolle für den ACF.

Sie gingen davon aus, dass die beste Untersuchungsebene für politischen Wandel nicht staatliche Institutionen oder Programme sind, sondern sogenannte „Policy-Subsysteme“.¹⁹⁰ Darunter verstanden sie ein „Set von Akteuren, die sich mit einem Policy-Problem [...] auseinandersetzen.“¹⁹¹ Die politischen Akteure setzen sich dabei aus öffentlichen und gesellschaftlichen Organisationen oder Personen (auch Journalisten, Wissenschaftler und Politikberater) zusammen sowohl mit regionalem und internationalem Hintergrund. Bedeutend ist nur dasselbe Politikfeld aller Akteure.¹⁹² Der Wähler hingegen bleibt als Akteur in einem Subsystem völlig unbeachtet, sondern bekommt nur einen geringen Einfluss durch externe Geschehnisse, die auf das Subsystem einwirken

¹⁸⁷ Vgl.: Bandelow: *Lerntheoretische Ansätze*; S. 107.

¹⁸⁸ Vgl.: Bandelow: *Politisches Lernen*; S. 331.

¹⁸⁹ Vgl.: Bandelow: *Advocacy-Koalitionen*; S. 43.

¹⁹⁰ Vgl.: Sabatier/ Jenkins-Smith: *Advocacy Coalitions Framework*; S. 119.

¹⁹¹ Sabatier, Paul A.: *Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik*; in: Hèritier, Adrienne (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung* (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 24); Opladen 1993; S. 116-148; hier S. 126.

¹⁹² Vgl.: Sabatier/ Jenkins-Smith: *Advocacy Coalitions Framework*; S. 119.

können.¹⁹³ Wegen ihrer breiten Fächerung existieren zahlreiche einzelne Akteure in einem „Policy-Subsystem“. Um diese sinnvoll zusammenzufassen und weil der Einfluss Einzelner kaum zu messen ist, führen Sabatier und Jenkins-Smith „Advocacy-Koalitionen“ ein. Diese bestehen aus unterschiedlichen einzelnen Akteuren die alle ein gemeinsames „Belief-System“ teilen. Neben den Koalitionen gibt es aber auch noch Akteure, die neutral in einem Subsystem bestehen: Dies können zum einen Wissenschaftler sein, welche ihr Wissen den Koalitionen anbieten oder zum anderen „Policy-Broker“, welche zwischen Koalitionen vermitteln, um einen Konflikt zu entschärfen oder einen Kompromiss herbeizuführen. „Policy-Broker“ sind in den meisten Fällen gewählte Funktionsträger, wie Regierungschefs, aber auch hohe Beamte, Gerichte oder Kommissionen. Das Ziel der „Advocacy-Koalitionen“ ist es ihre Überzeugungen und Ideen in die Politik umzusetzen, dabei dominiert meist eine Koalition ein Subsystem für einen Zeitraum und bestimmt damit maßgeblich die Richtung des Politikfeldes.¹⁹⁴

Die Überzeugungen und Ideen der Koalitionen, so Sabatier und Jenkins-Smith, werden von den jeweiligen „Belief-Systemen“ bestimmt. „Belief-Systeme“ sind hierarchisch aufgebaute Wertvorstellungen, Überzeugungen und kausale Zusammenhänge der Umwelt, politischen Situation und der Politikinstrumente.¹⁹⁵

Ein Wandel innerhalb eines Subsystems kann zwei Hauptursachen haben: Zum einen durch einen „Policy-Broker“ vermittelten Kompromiss und zum anderen durch äußere, externe Ereignisse (sozioökonomische Veränderungen, Regierungswechsel oder auch Entscheidungen anderer Subsysteme), welche nicht direkt mit dem Politikfeld des Subsystems in Verbindung stehen.¹⁹⁶

Nach Sabatier und Jenkins-Smith kann und muss dieser Lernprozess nur innerhalb von Koalitionen stattfinden, da versucht wird durch neues Wissen die eigenen Policy-Überzeugungen durchzusetzen und zu bestätigen.¹⁹⁷ Da die

¹⁹³ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 331.

¹⁹⁴ Vgl.: Sabatier, : Advocacy-Koalitionen; S. 127ff.

¹⁹⁵ Vgl.: Ebd.; S. 134.

¹⁹⁶ Vgl.: Ebd.; S. 135f.

¹⁹⁷ Vgl.: Sabatier/ Jenkins-Smith: Advocacy Coalitions Framework; S. 123.

„Belief-Systeme“ relativ starr sind und die Koalitionen in sich gefestigt, können Lernprozesse vornehmlich in dem Bereich der sekundären Aspekte stattfinden und nicht in den beiden Kernbereichen.¹⁹⁸ Zwischen Koalitionen oder in einem ganzen Subsystem können Lernprozesse nur dann stattfinden, wenn äußere „Schock-Erlebnisse“ auf das Subsystem einwirken oder personelle Veränderungen eine Koalition ins Ungleichgewicht bringen. Es sind auch nur diese Veränderungen, welche Lernprozesse in den Policy-Überzeugungen hervorrufen können.¹⁹⁹ Es zeigt sich, dass Lernen damit nur eine sehr geringe Rolle für Wandel in einem Subsystem spielt, sondern exogene Ereignisse vor allem für veränderte politische Programme oder eine neue dominante Koalition sorgen. Dies ist eine logische Konsequenz aufgrund der Koalitionsstruktur: Es finden sich die Akteure zusammen deren Policy-Überzeugungen weitestgehend übereinstimmen, daher ist ein Wandel eben dieser Überzeugungen sehr gering, da sich die Akteure gegenseitig in ihrer Meinung bestätigen und sie keinesfalls in Frage stellen.

Gezeigt hat sich, dass der Ansatz von Sabatier sehr dynamisch ist, da er ihn selber häufig modifiziert hat. So nützlich das Konzept von Paul Sabatier ist, da es sich auf viele Politikfelder und auch Länder übertragen lässt, wie Forschungen zeigen.²⁰⁰ Gleichzeitig ist dies aber auch die größte Schwäche, denn durch die sehr allgemein gehaltenen Hypothesen und Annahmen bekommt der Ansatz heuristische Züge. Gerade dies war aber für Sabatier der Anlass gewesen den *Policy-Cycle* in Frage zu stellen und seinen ACF dagegen zu setzen. Eine grundlegende Antwort auf Lasswells Modell ist ihm damit nur bedingt gelungen.

¹⁹⁸ Vgl.: Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C.: The Dynamics of Policy Orientated Learning; in: Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C. (Hrsg.): Policy Change und Learning. An Advocacy Coalition Approach; Boulder 1993; S. 41- 56; hier S. 43f.

¹⁹⁹ Vgl.: Sabatier/ Jenkins-Smith: Dynamics of Policy Orientated Learning; S. 48. Siehe auch: Sabatier/ Jenkins-Smith: Advocacy Coalitions Framework; S. 123.

²⁰⁰ Vgl. dazu die Übersicht von Sabatier und Jenkins-Smith: Sabatier/ Jenkins-Smith: Advocacy Coalitions Framework; S. 126.

3.2.3 Reflexives Lernen

Das *reflexive Lernen* wurde, wie Abbildung 2 zeigt, unabhängig von den beiden anderen Lernarten eingeführt und setzte sich in der Sozialwissenschaft wesentlich später als eigene Lerngruppe durch. Bei dieser steht die Frage, wie politische Institutionen ihre Lernfähigkeit verbessern können, im Mittelpunkt. Obwohl die Politikfeldanalyse sich auch als Beratungswissenschaft versteht, knüpfte die Wissenschaft erst in den 1990er Jahren an das Konzept an, da die Politiker vor allem daran interessiert waren zu wissen, was gelernt wurde und nicht wie sie lernen könnten.²⁰¹ Daher verwundert es nicht, dass immer noch nur sehr wenige Analysen existieren, die sich systematisch mit dem reflexiven Lernen auseinandersetzen.²⁰²

Der größte Unterschied zu den beiden anderen Formen ist die prospektive Sichtweise der kognitiven Prozesse. Indem die Lernart den Ist-Zustand beschreibt und aussagt, ob in Zukunft Lernprozesse denkbar sind, hat sie einen deutlichen Vorteil gegenüber den anderen zwei Lernkonzepten. Diese können lediglich vergangene Vorgänge beurteilen. Der große Nachteil des reflexiven Lernens ist, dass es kaum belegen kann, wie neue Vorstellungen entstehen und wie diese in den politischen Prozess übertragen werden können.²⁰³ Damit können sie auch die Frage, wie politische Organisationen Lernen lernen nur in einem allgemeinen Kontext beantworten und nur selten für ein spezielles Politikfeld. In der praxisorientierten Politikwissenschaft findet diese Lernform immer größere Bedeutung, wie das Konzept des *Benchmarkings* zeigen wird.

Trotz dieser Kritik ist das *reflexive Lernen* wichtig für das eigene Modell der Lernfähigkeit. Bei der empirischen Analyse der vorliegenden Arbeit geht es nicht um die Entwicklung neuer Vorstellungen, sondern um das sichtbar machen von Lernpotenzialen. Daher kann auch diese Kritik vernachlässigt werden und das eigene theoretische Konstrukt des *Kommunalen Lernens* in diese Lerngruppe eingeordnet werden. Wobei der eigene Blick ausschließlich prospektiv

²⁰¹ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 320.

²⁰² Vgl.: Ebd.; S. 336.

²⁰³ Vgl.: Ebd.; S. 337.

sein wird. Obwohl es bei den reflexiven Lernprozessen um das lernen des Lernens geht, waren die Untersuchungen stets retrospektiv.

Der vergleichende Charakter reflexiver Theorien wird auch bei den ausgewählten Beispielen deutlich.

3.2.3.1 *Policy Transfer* - David Dolowitz, David Marsh

Das reflexive Lernen in der Politikwissenschaft ist relativ jung und aus diesem Grund haben sich noch keine so verdichteten Modelle entwickelt wie bei den beiden bereits dargestellten Lernarten. Dies zeigt sich auch beim Begriff des *Policy Transfer*, der 1996 durch die beiden britischen Politikwissenschaftler David Dolowitz und David Marsh eingeführt wurde. Dabei entwickelten sie kein eigenständiges Theorem, sondern werteten die bisherige Literatur zu Lernprozessen aus und erweiterten und verdichteten sie durch einige Elemente.²⁰⁴

Ihr Konzept beruhte zum größten Teil auf Richard Rose und seinem Modell des *Lesson-Drawing*, allerdings erweiterten sie es um erzwungene Übertragungen von Politiken.²⁰⁵ Unter Politiktransfer verstehen sie den Prozess, wenn Wissen einer Zeit und/ oder eines Ortes genutzt wird, um in einer anderen Zeit und/ oder an einem anderen Ort angewandt zu werden.²⁰⁶ Dabei unterschieden sie zwischen freiwilligen und erzwungenen Transfer, wobei letzteres noch einmal unterteilt wird in direkte und indirekte Übernahme von Politiken. Das freiwillige adaptieren von Ideen entstehe aufgrund von Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen politischen Situation, meist durch die Opposition. Das Problem hierbei ist, dass Unzufriedenheit ein sehr subjektiver Faktor ist, welcher sich nur schwer messen lässt. Ein anderer Grund für freiwillige Lernprozesse findet sich, wenn bisherige Politikinstrumente nicht mehr zu Lösungen

²⁰⁴ In einem Aufsatz aus dem Jahr 1996 erläuterten die beiden Wissenschaftler erstmals ihr Konzept. Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 343. David Dolowitz präzierte 1998 und 2000 ihre Überlegungen nochmals. Vgl.: Dolowitz, David P.: Learning from America: Policy Transfer and the Development of the British Welfare State; Sussex 1998. Siehe auch: Dolowitz, David P.: Policy Transfer and British social policy. Learning from the USA?; Buckingham 2000.

²⁰⁵ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 337. Siehe auch: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 163.

²⁰⁶ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 344.

der Probleme führen. Grundsätzlich ist erzwungener Transfer dann vorhanden, wenn eine Regierung genötigt wird Ideen oder Politiken zu übernehmen. Während direkter erzwungener Transfer, der Zwang einer Regierung oder internationalen Organisation auf eine andere Regierung ist (Beispiele: Föderalismus, EU, Großunternehmen)²⁰⁷, verstehen die beiden Wissenschaftler unter indirektem Transfer, den Zwang durch externe Einflüsse auf eine Regierung (Beispiele: Umweltpolitik der Nachbarstaaten, technologische Entwicklungen, Weltwirtschaftsentwicklungen).²⁰⁸ Dieser Einbezug von nicht freiwillig erfolgenden Lernprozessen ist als größte Innovation des *Policy Transfer* zu sehen, besonders im Hinblick auf die Globalisierung des 20. und 21. Jahrhunderts spielen diese Prozesse eine nicht zu vernachlässigende und immer größer werdende Rolle für nationale Politik.²⁰⁹ Daher ist erzwungener Transfer nicht selten, sondern vielleicht sogar häufiger als freiwilliger Transfer.

Ein weiteres neues Element bei der Betrachtung von Lernprozessen ist der Fallbezug. Wie oben bereits erwähnt kann nicht nur zwischen Staaten Transfer stattfinden, sondern auch innerhalb von Nationen.²¹⁰ Damit können auch Lernprozesse zwischen Regionen oder Städten innerhalb eines Landes stattfinden, aber auch zwischen internationalen Organisationen.²¹¹ Mit diesem Element erweiterten die beiden Politikwissenschaftler das Feld von möglichen Untersuchungen enorm. Die Voraussetzung für einen erfolgreichen Transfer ist allerdings eine ideologische und strukturelle Ähnlichkeit, da sich Lösungen sonst kaum anwenden lassen.²¹²

Obwohl sie sich gegen eine zu pluralistische Sichtweise von Transferprozessen wehrten, bezogen sie auch zahlreiche politische und gesellschaftliche Akteure ein, wenn es darum ging, wer diese Transferprozesse einleiten kann.²¹³ Sie un-

²⁰⁷ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 346ff.

²⁰⁸ Vgl.: Ebd.; S. 348f.

²⁰⁹ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 165. Siehe auch: Bandelow: Politisches Lernen; S. 337.

²¹⁰ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 344.

²¹¹ Vgl.: Bandelow: Lerntheoretische Ansätze; S. 112.

²¹² Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 351- 353.

²¹³ Dolowitz und Marsh sehen den Transferprozess als relativ exklusiv an, da Politiker und Bürokraten sich als Hauptakteure heraus kristallisiert haben und Politiken hauptsächlich aus ähnlichen politischen Staaten oder Regierungen übertragen werden. Sie sind der

terscheiden dabei zwischen 6 Akteursgruppen: Gewählte Politiker, politische Parteien, Bürokraten, Interessengruppen, Politikexperten und supranationale Organisationen.²¹⁴ Als Inhalte des Politiktransfers machen die beiden Forscher 7 Objekte aus: Politikinhalte, Politikinstrumente, Institutionen, Ideologien, Ideen, Einstellungen und negative Einstellungen.²¹⁵ Aus diesem Grund muss ein Lernprozess nicht zwangsläufig zu Politikprogrammen führen, da gelernt worden sein kann, welche Alternativen nicht zur Lösung führen.²¹⁶

Die oben genannten Inhalte des Transfers könnten in unterschiedlichem Maß von Regierungen übernommen werden. Je komplexer ein Problem, der Transferinhalt oder dessen Nebeneffekte sind, desto schwieriger wird auch die Umsetzung. Aber auch institutionelle oder strukturelle Bedingungen können die Durchführung eines Transfers erschweren. Darüber hinaus existieren verschiedene Faktoren, welche die Machbarkeit des Transfers reduzieren oder verbessern können, wie etwa technische Standards oder ökonomische Ressourcen.²¹⁷

Werden all diese Aspekte berücksichtigt, können zukünftige Studien besser erklären - so die Meinung von Dolowitz und Marsh - wie es zum Politiktransfer kommen kann. Wie können also Regierungen angeregt werden Lernprozesse zu vollziehen. Die beiden zeigen innovative Wege auf für zukünftige Forschungen, wie etwa die Integration erzwungener Lernprozesse in die Betrachtung oder die verschiedenen nationalen Ebenen zwischen denen Transfer stattfinden kann. Zudem ist es durch die Erweiterungen gelungen eine „[...] konzeptionelle Brücke zwischen Lernprozessen und konkreten politischen Veränderungen zu schlagen.“²¹⁸ Darüber hinaus bestehen aber auch Probleme mit dem Konzept, da sie keinen wirklich eigenen Lernbegriff definieren, sondern lediglich von der

Meinung, dass die politischen Strukturen eines Landes nicht vernachlässigt werden dürfe, wie dies pluralistische Forschungen häufig getan hätten, sondern alle Akteure immer in einem politischen Umfeld agieren, welches grundsätzlich den Transferprozess hemmen kann. Trotzdem fordern sie auch Individuen und gesellschaftliche Akteure im Politikprozess zu würdigen. Zur genauen Pluralismuskritik an den Lerntheorien vgl.: Ebd.; S. 355ff.

²¹⁴ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 345.

²¹⁵ Vgl.: Ebd.; S. 349f. Siehe auch: Dolowitz: Policy Transfer; S. 23ff.

²¹⁶ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 344.

²¹⁷ Vgl.: Ebd.; S. 353f. Siehe auch: Dolowitz: Policy Transfer; S. 25.

²¹⁸ Csigó: Institutioneller Wandel; S. 165.

bisherigen Lerntheorie adaptieren. Dies muss in einem Modell des reflexiven Lernens durchaus klar definiert werden. Zumal der Gegenstand des Transfers nur sehr vage erklärt ist und einer genaueren Erläuterung bedarf.²¹⁹

3.2.3.2 *Benchmarking*

Der Begriff Benchmarking stammt ursprünglich aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften und bezeichnet „eine Methode, mit der Arbeits- und Produktionsprozesse, Managementtechniken, Produkte oder Bereiche im eigenen Unternehmen oder mit denen von Wettbewerbern verglichen werden. Dadurch sollen eigene Schwächen festgestellt und Möglichkeiten zur Verbesserung genutzt werden.“²²⁰ Damit gibt das Konzept die Möglichkeit wider von den „besten“ Lösungen zu lernen.²²¹ Dieses Konzept der Leistungssteigerung durch Vergleich wurde in den letzten Jahren immer häufiger auch in der Politikwissenschaft angewandt und versucht auf politische Prozesse zu beziehen. Dabei soll durch das Lernen von anderen Staaten oder Regionen die eigenen Probleme besser behoben werden. Aufgrund dessen, dass sich *Benchmarking* erst in den letzten Jahren etabliert hat, sind noch keine eigenständigen Theorien oder Modelle zu dieser Idee vorhanden. Vielmehr handelt es sich um empirische Untersuchungen, besonders im Bereich der wirtschaftlichen Strukturprobleme, welche die Situation einiger Staaten miteinander vergleicht und auf dieser Grundlage Reformvorschläge bietet.²²² Aus diesem Grund kann man bei

²¹⁹ Vgl.: Bandelow,; Lerntheoretische Ansätze; S. 112.

²²⁰ Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag; Bonn 2009. Gefunden unter: http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,.,html?wis_search_action=search_alltext=Benchmarking&wis_wirtschaft=8&x=0&y=0&wis_search_type_buchstabe=4; am 10.08.2010.

²²¹ Vgl.: Bandemer, Stephan von: Benchmarking; in: Blanke, Bernhard; Bandemer, Stephan von; Nullmeier, Frank u. Wewer, Göttrik (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform; Wiesbaden 2005; S. 444- 451; hier S. 444.

²²² Hier zu nennen wäre beispielsweise der „Internationale Reformmonitor“ der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Prognos AG. Hier werden 15 internationale Staaten hinsichtlich ihrer Sozial-, Wirtschafts-, und Arbeitsmarktpolitik miteinander verglichen und auf dieser Grundlage Reformen diskutiert und analysiert. Im Halbjährlichen Abstand werden dann die neuesten Ergebnisse veröffentlicht. Zur Homepage des Projekts: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-D283BA81-6278B6DA/bst_engl/hs.xsl/54224_54233.htm; am 10.08.2010.

Benchmarking mehr von einem Anwendungsmodell für die praktische Politik sprechen.²²³

Wie bereits erwähnt ist der Zweck des *Benchmarkings*, in einem Politikbereich oder in einer Problemstellung von den „Besten“ zu lernen, welche Strukturen oder Prozesse übernommen werden müssen, um die eigenen Schwächen zu beheben. Wobei in den letzten Jahren weniger von den besten Ideen gesprochen wird, sondern immer mehr von guten, da nur so ein Verbesserungsprozess in Gang kommen könnte.²²⁴ Damit gibt das Konzept die politischen Ziele vor, welche umgesetzt werden sollen. Durch den Vergleich werden Standards festgesetzt, anhand derer die „Besten“ ermittelt werden sollen, um die Ergebnisse übertragbar zu machen. Die Problematik solche Standards ist ihre Objektivität: Durch die Auswahl der Vergleichskriterien der Wissenschaftler, nehmen diese subjektiv Einfluss auf die Ergebnisse und eine Bewertung, welche Strategien wirklich zu den „Besten“ gehören wird objektiv unmöglich.²²⁵ Zudem wird eine 100%-Übertragung in den meisten Fällen kaum möglich sein, vor allem zwischen Staaten, da unterschiedliche institutionelle oder auch historische Strukturen den Transfer behindern. Eine Anpassung ist daher immer notwendig.²²⁶

Das Konzept des *Benchmarkings* hat trotzdem Bedeutung für die politikwissenschaftlichen Lerntheorien, da auf empirischer Grundlage eine Basis geschaffen wurde, bei der sich Staaten oder Regionen miteinander vergleichen können und eigenständig ihre politischen Prozesse verändern können. Dabei sollte weniger eine Kopie von Politiken im Vordergrund stehen, sondern mehr der Input von neuen Ideen und Handlungsmustern, an denen man sich orientieren kann. Damit zählt das *Benchmarking* zur wissenschaftlichen Politikberatung, deren Ziel ebenfalls die Steigerung des Lernpotenzials von Politikern ist.²²⁷

²²³ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 338.

²²⁴ Vgl.: Bandemer: Benchmarking; S. 445.

²²⁵ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 338. Siehe auch: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 165.

²²⁶ Vgl.: Bandemer: Benchmarking; S. 446-449.

²²⁷ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 338.

3.3 Defizite der politischen Lerntheorien

Das größte Problem der lerntheoretischen Modelle sind die unterschiedlichen Antworten auf die Fragen, was lernen ist, wer lernen soll und welcher Zweck mit dem Lernen erfüllt wird. Diese Tatsache wird schon in den ersten Ansätzen der Entstehung kognitiver Ideen deutlich: Sogar die sozialwissenschaftlichen Ansätze von Deutsch und Heclo beantworten die Fragen sehr unterschiedlich. Die unterschiedlichen Lernarten und deren unterschiedliche Begrifflichkeiten verdeutlichen dies abermals.²²⁸ Die Fülle an Lerntheorien macht eine einheitliche Betrachtung unmöglich und zeigt viele Schwierigkeiten des politischen Lernens auf.

Das vorangegangene Kapitel zeigte, dass die Frage, was der Wissenschaftler unter Lernen versteht, das Wichtigste bei der Betrachtung von Lernprozessen ist. Darüber hinaus existieren weitere Aspekte, die ebenfalls vorher geklärt sein müssen: Das Lernsubjekt, die Lernimpulse, die Lerninhalte und die Lernumsetzung.²²⁹ Einige dieser Bereiche werden teilweise durch die Lernform eingeschränkt beziehungsweise erklärt, wie beispielsweise die Lerninhalte. Während sich beim Veränderungslernen die politischen Ziele ändern müssen, setzt das Verbesserungslernen lediglich eine Veränderung der politischen Strategien voraus. Trotzdem müssen die Lerninhalte näher benannt werden, da sowohl politische Ziele als auch politische Strategien stark variieren können und im Vorhinein definiert sein müssen. Auch hier tritt wieder die Problematik auf, dass der Wissenschaftler im Vorhinein festlegen muss, welche Inhalte gelernt werden müssen. Setzt er die Lerninhalte sehr eng, so wird Lernen kaum politischen Wandel erklären können. Sind die Lerninhalte dagegen sehr weit gefasst,

²²⁸ Eine Übersicht zu den begrifflichen Schwierigkeiten der Lerntheorien sowie deren Herausforderungen für die wissenschaftliche Untersuchung lässt sich kaum finden. Lediglich Nils Bandelow, Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Braunschweig, beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit den Lerntheorien. Seine Ausführungen sind aus diesem Grund elementar für das vorliegende Kapitel, da er für alle wichtigen Lehrbücher der Politikfeldanalyse das Kapitel über Lernprozesse in der Politik verfasst hat oder sich in Büchern auf seine Untersuchungen bezogen wird. Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen. Siehe auch: Bandelow: Lerntheoretische Ansätze. Für den Bezug auf seine Untersuchungen vgl. beispielsweise: Csigó: Institutioneller Wandel.

²²⁹ Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 154.

so werden sich kaum Aussagen treffen lassen, wie dieses Lernen vonstatten ging, da es zu viele Aspekte beinhaltete. Dies ist das ewige Dilemma der meisten Lerntheorien.

Die einfachste Unterscheidung der Lernsubjekte ist in Individuen, kollektive und korporative Akteure, wobei diese Trennung nicht immer problemlos ist.²³⁰ Es ist aber von Bedeutung, ob ein Individuum oder eine Organisation lernt. Wenn ein Individuum innerhalb einer Organisation lernt, beinhaltet es nicht automatisch auch die Aneignung der neuen Kenntnissen durch die Organisation. Das gleiche gilt natürlich auch umgekehrt.²³¹ Das vorausgegangene Kapitel zeigte, dass die einzelnen Lernkonzepte die Frage, wer lernt, sehr unterschiedlich und nicht immer eindeutig beantworteten.

Die vorliegende Dissertation wird sich mit Lernpotenzialen von individuellen Akteuren auseinandersetzen, da sie die Mitglieder des sogenannten „Vorentscheiderkreises“ der Kommunalpolitik analysiert. Lernen ist ein individueller Prozess, so dass auch Individuen lernen müssen. Hierin besteht die grundsätzliche Schwierigkeit von Lerntheorien: Nachzuweisen, dass die Einzelperson einen Lernprozess vollzogen hat. Für eine Aussage über ein mögliches Lernpotenzial, wie hier vorgesehen, hingegen besteht keine Schwierigkeit. Befragt werden die einzelnen Individuen nach den eigenen Wahrnehmung spezifischer Voraussetzungen für Lernprozesse. Es geht demnach darum, ob die Individuen Lernfähigpotenzial besitzen und damit letztendlich auch der „Vorentscheiderkreis“.

Die Lernimpulse sind für prospektive Analysen besonders wichtig, da hier die Frage geklärt werden kann, wie Lernprozesse initiiert werden können. Hierbei sind zwei verschiedene Möglichkeiten denkbar: Durch äußeren Druck oder innere Überzeugung. Dies im Einzelfall für retrospektive Lernprozesse zu beurteilen fällt schwer und ist wohl kaum eindeutig zu belegen. Für Untersuchungen im Bereich des reflexiven Lernens können hier aber durchaus wichtige

²³⁰ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 340. Zur Definition der verschiedenen Akteursformen vgl.: Scharpf, Fritz W.: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen 2000; S. 101ff.

²³¹ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 316.

Erkenntnisse gezogen werden. Besonders für die vorliegende Arbeit wird bei der Darlegung der Kommune, welche sich im sozioökonomischen Wandel befindet, die Angabe von möglichen Ansatzpunkten für Lernen wichtig sein. Welche Voraussetzungen, struktureller aber auch individueller Art, müssen vorhanden sein, damit das Lernpotenzial innerhalb der Kommunen abgeschöpft werden kann. Kann Lernpotenzial nicht genutzt werden muss von Lernpathologien im Sinne Karl Deutschs gesprochen werden.²³²

Die oben genannten Schwierigkeiten bei der Begriffsbestimmung, nicht nur für den Lernbegriff als solches, sondern auch für andere Aspekte des Lernprozesses, macht eine Politikfeldanalyse nicht einfach. Dies spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass Lernprozesse in politikwissenschaftlichen Untersuchungen, sowohl im angelsächsischen als auch deutschen Sprachraum, kaum mehr eine Rolle spielen. Ihre Hochphase hatten sie in den 1990er Jahren, waren aber schon zu diesem Zeitpunkt sehr umstritten.²³³

Trotz dieser bestehenden Probleme können Lerntheorien nützlich sein für politikwissenschaftliche Untersuchungen, da sie einen Beitrag leisten können zu einer praktischen Politikberatung.²³⁴ Vor allem ihr Ansatz auf der Mikro-Ebene macht sie ergiebig für Untersuchungen der kommunalen Ebene. Um diese Vorteile nutzbar zu machen, müssen allerdings zunächst ein paar Grundlagen geschaffen werden:²³⁵

- 1.: Die angewendete Lerntheorie muss eindeutige Begriffserklärungen erhalten.
- 2.: Ziel und Zweck der Untersuchung müssen definiert werden.
- 3.: Die Frage, welche Voraussetzungen bestehen für Lernfähigkeiten, muss beantwortet sein.

²³² Vgl.: Deutsch: Politische Kybernetik; S. 146f.

²³³ Vgl.: Bandelow: Lerntheoretische Ansätze; S. 98.

²³⁴ Vgl.: Ebd.; S. 98.

²³⁵ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 340f.

Aus diesem Grund wird die vorliegende Arbeit einen anderen Blickwinkel einnehmen und auf diesem basierend ein eigenes Modell des *Kommunalen Lernens* einführen.

3.4 Lernpotenzial und Strukturwandel

Wie bereits mehrfach benannt ist eine der großen Schwächen politischer Lernprozesse die fehlende Bedeutung des Lernens für politischen Wandel als auch die Festlegung von „besseren“ Ideen oder politischen Lösungen. Begründet werden kann dies zum einem mit dem wissenschaftlichen Fokus auf die Lerninhalte und weniger auf die Lernsubjekte.²³⁶ Zum anderen durch die Retrospektive aller Untersuchungen, da selbst reflexive Lerntheorien retrospektiv analysierten. Wenn herausgearbeitet werden soll, welche Inhalte gelernt wurden, muss vorher festgelegt sein, wodurch diese Inhalte bestimmt sind. Dies beeinflusst die empirische Untersuchung jedoch aufs äußerste und explorative Analysen sind nicht zu erwarten. Zudem müssen Wissenschaftler eigene Parameter festsetzen anhand derer sie „bessere“ Politik oder „neue“ Vorstellungen festmachen. Darin ist auch der schnelle Bedeutungsverlust der Lerntheorien innerhalb der Politikwissenschaft zu begründen.

Trotz der hier ausgemachten Defizite von Lerntheorien, können sie einen außerordentlichen Mehrwert für die Politikfeldanalyse haben. Dies betonen auch Politikwissenschaftler immer wieder.²³⁷ Neben der geäußerten Konzentrierung auf die Lernakteure oder einer methodischen Untermauerung der Lernmodelle,²³⁸ muss auch ein Perspektivenwechsel stattfinden. Anstelle einer rückwärts gerichteten Untersuchung, sollten Aussagen getroffen werden über mögliche Lernprozesse in Zukunft. Bevor vergangener Wandel anhand von Lernprozessen

²³⁶ Vgl.: Maier, Matthias Leonhard u.a.: Einleitung: Kann Politik lernen?; in: Maier, Matthias Leonhard u.a. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenzentrierte Ansätze in der Politikanalyse; Opladen 2003; S. 7- 22; hier S. 11.

²³⁷ Die Aufsätze des 2003 erschienen Sammelbandes „Politik als Lernprozess?“ zeigen alle die Notwendigkeit wissenszentrierter Analysen für die Policy-Forschung auf. Vgl.: Maier, Matthias Leonhard u.a. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenzentrierte Ansätze in der Politikanalyse; Opladen 2003.

²³⁸ Vgl.: Maier u.a.: Einleitung; S. 12.

sen untersucht werden kann, muss zunächst geklärt sein, ob politische Eliten grundsätzlich Lernpotenzial aufweisen. Diese Frage wird bei den Theorien, wie oben beschrieben, vorausgesetzt und kaum hinterfragt. Aber gerade darum geht es der vorliegenden Arbeit: Lerntheorien sollen nicht als Erklärungsmuster genutzt werden, sondern als normativ-explorativer Ansatz, um Lernpotenziale auf kommunaler Ebene aufzuzeigen.

Die Kommune eignet sich für Lerntheorien im besonderen Maße. Sie ist wie keine andere politische Ebene der Bundesrepublik durch Einzelpersonen geprägt und damit auch von diesen abhängig: Der Bürgermeister hat durch seine außerordentliche Stellung einen hohen Einfluss, darüber hinaus ist die politische Landschaft weit weniger durch Parteien als durch Politiker bestimmt.²³⁹ Lerntheorie als Mikro-Theorie auf der Mikro-Ebene anzusetzen ist damit sinnvoll. Weitere Vorteile des kommunalen Fokus sind die Nähe der Politiker zu den Problemen als auch die überschaubarere politische Arena.²⁴⁰ Die notwendigen Voraussetzungen für die Lernfähigkeit einer politischen Ebene steigt zwangsläufig mit deren Aufgabenpotenzial. Je größer das Aufgabenspektrum ist, desto größer wird auch die Verflechtung von Politik, Verwaltung und Dritten. Aus diesem Grund wächst auch die Komplexität des festzustellenden Lernpotenzials, die Fähigkeit zu lernen würde immer geringer werden, da die Voraussetzungen ansteigen würden. Oder zumindest geringer zu belegen. Zudem bescheinigen einige Politikwissenschaftler der Kommunalpolitik eine Legitimationskrise, da der Gemeinderat häufig von der lokalen Verwaltung dominiert werden würde.²⁴¹ Untersuchungen entscheidungspolitischer Art, auch in lerntheoretischer Hinsicht, können dieses Manko aufzeigen und die große Bedeutung einer kommunalen Gestaltungskompetenz belegen. Kommunalpolitik hat den entscheidenden Vorteil, dass sie die lokalen Voraussetzungen und Phäno-

²³⁹ Zur Rolle des Bürgermeisters in der Kommune vgl.: Bieker: *Kommunale Sozialverwaltung*; S. 129f. Zur Rolle von Parteien und Politikern in der Kommune vgl.: Holtkamp, Lars: *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie*; Wiesbaden 2008; S. 38f u. 120.

²⁴⁰ Eine detaillierte Beschreibung der Vorteile eines kommunalen Lernkonzeptes für die Fragestellung nach Lernpotenzialen findet sich in Kapitel 5.

²⁴¹ Zur Kritik des derzeitigen Verhältnisses von Rat und Verwaltung vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: *Kommunalpolitik*; S. 211.

mene umfassend wahrnehmen kann. Landes- und Bundespolitik ist dazu kaum in der Lage. Daher ist es sinnvoll, wenn Landes- und Bundesebene die Rahmenbedingungen setzen und die Inhalte durch die Kommunen bestimmt werden.

Insbesondere gilt dies für die sozioökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte und der kommenden. Der Strukturwandel hat Auswirkungen auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Jedoch zeigen sich die Faktoren des Wandels nur auf kommunaler Ebene in ihrer Extreme. Einige Kommunen weisen bereits eklatante Mängel auf, die dringenden Handlungsbedarf benötigen.²⁴² Auch in Zukunft wird der Strukturwandel die wichtigste Herausforderung für deutsche Politik sein. Der unterschiedlichen Entwicklung deutscher Gemeinden muss Rechnung getragen werden. Eine Untersuchung des Lernpotenzials auf kommunaler Ebene könnte helfen, diese Diversität zu deuten: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Lernpotenzial und Strukturschwäche? Die Lernfähigkeit kommunaler Entscheidungsträger zu stärken, könnte dann bedeuten, dass neue innovative Impulse stattfinden können, die auch den Umgang mit dem Strukturwandel erleichtern würden. Wenn feststeht, dass Lernprozesse grundsätzlich auf kommunaler Ebene möglich sind, kann daran gearbeitet werden, wie diese Lernprozesse möglicherweise in Gang gesetzt werden können.

Werden die oben genannten Grundlagen geklärt sowie ein Perspektivenwechsel - hin zu normativen Frage des Lernpotenzials - vollzogen, können kognitive Modelle erfolgreich wissenschaftlich und praxisorientiert eingesetzt werden. Gerade hierin besteht der wissenschaftliche Nutzen der vorliegenden Arbeit.

²⁴² Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demographische Lage der Nation; S. 8f.

4 Kommunale Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland

Vor der Entwicklung eines Lernkonzeptes für die kommunale Ebene muss die Frage geklärt werden, ob Kommunen grundsätzlich in der Lage sind zu lernen. Wie das vorangegangene Kapitel gezeigt hat, wurden bisher vor allem nationale oder internationale Politikprozesse hinsichtlich des Lernens betrachtet.²⁴³ Die unteren Ebenen, in Deutschland also Landes- und Kommunalebene, wurden bisher bei Untersuchungen vernachlässigt. Lediglich Dolowitz und Marsh erläutern bei ihren Analysen zum *Policy Transfer* die grundsätzliche Möglichkeit von Lernprozessen auf allen politischen Ebenen,²⁴⁴ trotzdem fehlen weiterhin kommunale empirische Untersuchungen. Dabei spielen Regionen eine immer größere Rolle trotz der voranschreitenden Globalisierung der Welt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der 1992 geschaffenen EU-Institution „Ausschuss der Regionen“ (AdR).²⁴⁵ Kommunen haben den direkten Zugang zu den Bürgern und setzen internationales oder EU-Recht um.²⁴⁶ Aus diesem Grund

²⁴³ Während Lloyd Etheredge und Paul Sabatier vor allem nationale Prozesse analysierten, beinhalten die Konzepte von Richard Rose und Peter Hall einen starken transnationalen Charakter. Aber auch neuere Untersuchungen beziehen sich hauptsächlich auf diese beiden Ebenen. So entwickelt Monika Csigó ein Modell des internationalen Lernens. Vgl.: Csigó: Institutioneller Wandel. Im Bereich des Benchmarking steht ein Vergleich von europäischen Staaten häufig im Vordergrund. Vgl. beispielsweise: Schmid, Josef: Wirtschafts- und Sozialpolitik: Lernen und Nicht-Lernen von den Nachbarn; in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 18-19/ 2003); S. 32- 38.

²⁴⁴ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 344.

²⁴⁵ Wobei dieser hinter den Erwartungen zurückblieb, da er lediglich beratenden Status hat und kein Mitsprache- oder Vetorecht besitzt. Vgl.: Sallor, Raymond: Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung der Kommunen und Regionen an den Entscheidungen der Europäischen Union (=Spektrum Politikwissenschaft; Bd. 10); Würzburg 1999; S. 16.

²⁴⁶ Vgl.: Alemann, Ulrich von u. Manch, Claudia: Einleitung - Steigerung der kommunalen Europafähigkeit; in: Alemann, Ulrich u. Manch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Region; Wiesbaden 2006; S. 16-

besitzt die Kommune ein außerordentliches Daseinsrecht. Darüber hinaus fordern einige Regionen immer stärker eine Unabhängigkeit vom Staat, wie die schwellenden Probleme beispielsweise in Belgien oder Spanien deutlich machen. Regionalisierung kann dabei sogar einen Lösungsweg darstellen.²⁴⁷ Daher ist regionale Politik nicht zu unterschätzen und von hoher Bedeutung für den einzelnen Einwohner. Die Untersuchungsebene der Kommunen eignet sich daher im Besonderen, da dort selbstständige politische Handlungen möglich sind und gleichzeitig Daten für die Untersuchung zu bekommen sind. Darüber hinaus werden ein Großteil der deutschen Gesetze durch die Kommunen durchgesetzt und sie sind aus diesem Grund auch Anlaufstelle für die Belange der Bürger.²⁴⁸ Darüber hinaus sieht Bieker in der untersten politischen Ebene auch eine hohe „Innovationskraft“, da die Bevölkerung unmittelbar Druck auf die politische Führung ausübt und daher schneller Lösungen gefunden werden müssen, als dies auf Bundes- oder Landesebene häufig der Fall ist.²⁴⁹ Steigende Proteste in Deutschland (Stichwort: Stuttgart 21 oder der Fluglärm des neuen BBI-Flughafens) können als Indikatoren für die wachsende Bedeutung des direkten Umfeldes des Einzelnen gewertet werden.²⁵⁰ In einer höheren Wahlbeteiligung deutscher Bürger bei den Kommunalwahlen im Vergleich zu den Bundes- oder Landtagswahlen zeigt sich dies allerdings noch nicht.²⁵¹

22; hier S. 17. Siehe auch: Hoffschulte, Heinrich: Kommunen in Europa - Die bürger-nahe Basis in einem „Europa der vier Ebenen“; in: Alemann, Ulrich u. Manch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Region; Wiesbaden 2006; S. 58- 76; hier S. 69.

²⁴⁷ Vgl.: Stolleis, Michael u. Streeck, Wolfgang: Einleitung; in: Stolleis, Michael u. Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Aktuelle Fragen zu politischer und rechtlicher Steuerung im Kontext der Globalisierung; Baden-Baden 2007; S. 7- 14; hier S. 13.

²⁴⁸ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 1.

²⁴⁹ Ebd.; S. 21.

²⁵⁰ Die Zeitungen nannten die Proteste rund um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ die bekannteste Bürgerbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl.: Deining, Roman: Protest gegen Stuttgart 21. Die Trillerpfeifen verstummen nicht ganz; in: Süddeutsche-Online (29.1.2014). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/protest-gegen-stuttgart-die-trillerpfeifen-verstummen-nicht-ganz-1.1874734>; am 24.3.2014. Zur Bürgerbewegung gegen den Fluglärm in Berlin: Rautenberg, Thomas: Mahnwache für Nachtflugverbot am BER. Wie ein Fehlalarm Nachtfluggegner ins Ministerium spült; in: RBB-Online (23.3.2014). Gefunden unter: http://www.rbb-online.de/politik/thema/Flughafen-BER/BER-Aktuelles/akteure_aktuell/wie-ein-fehlalarm-nachtfluggegner-ins-ministerium-spueelt.html; am 24.3.2014.

²⁵¹ Vgl.: Woyke, Wichard: Stichwort Wahlen. Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten; Wiesbaden 2005; S. 169/ 170.

Aufgrund der internationalen Verflechtungen ist der politische Spielraum von Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig begrenzt. Neben Landes- und Bundesgesetzen kommen im zunehmenden Maße auch EU-Verordnungen hinzu. Daher muss zunächst gefragt werden, in wie weit die deutschen Kommunen mit ihren Politik- und Verwaltungseliten Einfluss nehmen können auf den kommunalen Entscheidungsprozess. Denn nur wo eigenständiges Handeln möglich ist, können auch eigene Lernprozesse stattfinden. Alle anderen Einflüsse, durch EU, Bund oder Land, auf die kommunale Politik wären im besten Fall nach Dolowitz und Marsh „erzwungenes Lernen“,²⁵² welches aber bei der vorliegenden Dissertation nicht als *Lernen* im eigentlichen Sinne wahrgenommen wird, da diese erzwungenen Lernprozesse alle Kommunen betrifft und damit nicht den Unterschied zwischen den Kommunen erklären kann (siehe hierzu Kapitel 5). Die Dissertation möchte auf die besondere Situation von Kommunen eingehen und die Frage beantworten, von welchen Faktoren die Lernfähigkeit der kommunale Eliten abhängt. Aus diesem Grund muss die Antwort in den Unterschieden liegen und es müsste lediglich freiwillig initiierte kognitive Prozesse untersucht werden.

Im folgenden Kapitel werden die rechtliche Sicherung des kommunalen Selbstverwaltungsrechtes, kommunale Aufgaben und die besonders wichtige finanzielle Ausstattung der Kommunen dargestellt, um am Ende beurteilen zu können, ob die strukturellen Gegebenheiten eigenen Handlungsspielraum für Lernprozesse möglich machen.

4.1 Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und seine Grenzen

4.1.1 Verankerung in Bundes- und Landesrecht

Durch das Grundgesetz wird den Kommunen das Recht zugesichert, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener

²⁵² Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 346ff.

Verantwortung zu regeln. [...] Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung“ (Art. 28 Abs. 2 GG). Natürlich ist diese Autonomie eingeschränkt, weil die Kommunen staatsrechtlich als Teil der Bundesländer gesehen werden und damit auch deren Gesetzen unterworfen sind,²⁵³ aber die Verankerung im Grundgesetz sichert ihnen trotzdem viel mehr Autonomie als die Garantien der Europäischen Union.²⁵⁴ Die Kommunen als unterste Ebene des föderalen Systems der Bundesrepublik nehmen eine rechtliche Sonderstellung ein: Zum einen als Verwaltungseinheit, welche Bundes- und Landesrecht durchsetzt und zum anderen als politische Einheit, in dem ihre Vertreter durch die Bevölkerung direkt gewählt werden.²⁵⁵

Jedoch sichert das Grundgesetz die Kommunen lediglich als Institutionen im politischen System. Ihr Gebiet, ihre Aufgaben und ihre Finanzen sind keineswegs gesichert. Demnach können Gemeinden neu gegründet werden, durch Landesrecht andere Pflichten zugeteilt bekommen sowie ihre Finanzmittel verändert werden.²⁵⁶ Das Grundgesetz legt weiterhin fest, dass die kommunale Selbstverwaltung an die „örtliche Gemeinschaft“ gebunden ist und „im Rahmen der Gesetze“ geschehen muss. Wobei gerade erste Umschreibung viel Platz lässt für Debatten über innerörtliche und außerörtliche Aufgaben und wann diese beginnen. Für die genauere Festlegung der örtlichen Gemeinschaft sind die Gemeindeordnungen der Länder zuständig. Gleichzeitig geben sie den Rahmen, in dem die kommunale Selbstverwaltung stattfinden muss.²⁵⁷ Durch die Gemeindeordnungen wird der Selbstverwaltungsgarantie auch wieder Grenzen gesetzt, wobei die Länder diese durch ihre Gesetze auch nicht aushöhlen dürfen, was im Einzelfall aber nur schwer zu belegen sein wird.²⁵⁸

Die Weite der Selbstverwaltung richtet sich auch nach Art der Kommune. So ist Gemeinde nicht gleich Gemeinde, sondern richtet sich nach ihrem Status. Es

²⁵³ Vgl.: Sontheimer, Kurt u. Bleek, Wilhelm: Grundzüge des politischen Systems Deutschlands; Bonn 2003; S. 376.

²⁵⁴ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 19.

²⁵⁵ Vgl.: Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland; Wiesbaden 2006; S. 337.

²⁵⁶ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 19f. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S.13.

²⁵⁷ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 15f.

²⁵⁸ Vgl.: Ebd.; S. 17.

macht einen Unterschied, ob eine Kommune kreisfreie Stadt oder kreisangehörige Gemeinde ist. Während in einer kreisfreien Stadt alle Aufgaben des Kreises und der Gemeinde in einer Hand sind, teilen sich kreisangehörige Gemeinden eben diese Aufgaben untereinander, wobei der Kreis höher geschaltet ist. Die Einteilung, welche Kommune kreisfrei und welche kreisabhängig ist, obliegt dem jeweiligen Bundesland. Meist ist es abhängig von der Einwohnerzahl, wobei dies sehr unterschiedlich sein kann.²⁵⁹ So hatte die kleinste kreisfreie Stadt Nordrhein-Westfalens im Dezember 2012, die Stadt Remscheid, 109.352 Einwohner, während die größte kreisfreie Stadt Thüringens, die Landeshauptstadt Erfurt, zur selben Zeit nicht einmal doppelt so groß war mit 203.485 Einwohnern. Die kleinste kreisfreie Stadt Thüringens, die Stadt Suhl im Thüringer Wald, war mit 35.967 Einwohnern im Dezember 2012 bedeutend kleiner.²⁶⁰ Des Weiteren gibt es mit den drei deutschen Stadtstaaten noch die Besonderheit, dass eine Stadt sowohl Kommunal- als auch Landesrecht ausübt.²⁶¹ Aufgrund der außergewöhnlichen Stellung bleiben diese Kommunen jedoch außen vor bei der folgenden Betrachtung. Für die Fallbeispiele spielen nur kreisfreie und kreisangehörige Gemeinden eine Rolle, da anhand dieser nachvollzogen werden soll, ob sich ein Unterschied ausmachen lässt bei der Fähigkeit Lernprozesse zu vollziehen. Betrachtet man nur die Kompetenzen, lässt sich sagen, dass kreisangehörige Gemeinden im Einzelfall geringere Selbstverwaltungsrechte haben, da einige ihrer Aufgaben vom Kreis übernommen werden. Allerdings sind dies meist Pflichtaufgaben und in wie weit dadurch der Gestaltungsspielraum dieser Gemeinden eingeschränkt wird, bleibt zu untersuchen.²⁶²

²⁵⁹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 5f.

²⁶⁰ Die Daten stammen aus Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: [https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=A3A717DF66BFED246D1102F3F5816542?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1410769409907&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=173-01-4&auswahltext=%23SHRKRLB-16051%2C16054%2C05120%23Z-31.12.2012&werteabruf=Werteabruf](https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=A3A717DF66BFED246D1102F3F5816542?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1410769409907&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=173-01-4&auswahltext=%23SHRKRLB-16051%2C16054%2C05120%23Z-31.12.2012&werteabruf=Werteabruf;); am 3.4.2014.

²⁶¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 11.

²⁶² Vgl.: Ebd.; S. 7.

4.1.2 Kommunale Aufgaben und die Selbstverwaltung

Die Aufgaben einer Kommune lassen sich hinsichtlich ihrer Gestaltungsmöglichkeit in drei Typen unterteilen:

staatliche Auftragsangelegenheiten: Durchsetzung von staatlichen Anweisungen, z.B.: Melderecht, Ordnungsrecht, Ausländerangelegenheiten, etc.

Pflichtaufgaben: Aufgaben werden durch Staat festgelegt, z.B.: Infrastruktur, Abfall, Bildungseinrichtungen, etc.

freiwillige Aufgaben: Aufgaben werden durch Kommune initiiert, z.B.: Kultur, Sport, soziale Einrichtungen, etc.²⁶³

Bei den staatlichen Auftragsangelegenheiten ist keinerlei Spielraum für die Kommunen möglich, da der Staat sämtliche Details der Aufgaben und ihrer Durchführung festlegt. Aufgrund des negativen Images dieser Pflichten werden häufig staatliche Auftragsangelegenheiten auch als Pflichtaufgaben an die Kommunen weitergegeben. Dabei handelt es sich um ein rein politisches Kalkül und der Inhalt der Aufgabe spielt keine Rolle. In Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein sind laut Gemeindeordnung die staatlichen Auftragsangelegenheiten sogar völlig abgeschafft worden.²⁶⁴ Gründe für dieses Handeln ist die Tatsache, dass bei den Pflichtaufgaben teilweise ein gewisser Spielraum bei der Durchführung solcher Aufgaben für die Kommunen besteht. Es wird damit eine Gestaltungsmöglichkeit suggeriert, die aber in den meisten Fällen nicht vorhanden ist. Der Gestaltungsrahmen hängt davon ab, ob es sich um weisungsfreie oder weisungsgebundene Pflichtaufgaben handelt. Bei den weisungsfreien Pflichtaufgaben kann die Kommune selbstständig entscheiden, wie die Aufgabe auszuformulieren ist und die Details der Durchführung selbst bestimmen. Bei den weisungsgebundenen Pflichtaufgaben hingegen ist auch die Art der Durchführung in Teilen durch den Staat festgelegt.²⁶⁵ Da aber die

²⁶³ Vgl.: Bogumil, Jörg u. Holtkamp, Lars: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung; Wiesbaden 2006; S. 51f. Siehe auch: Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter u. Siebel, Walter: Stadtpolitik; Frankfurt a. M. 2008; S. 335.

²⁶⁴ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 38f.

²⁶⁵ Vgl.: Ebd.; S. 37f.

Eingrenzungen durch Bund und Land bei den Pflichtaufgaben durch Gesetze stark vorgegeben sein können, kann von einem kommunalen Handlungsspielraum nur bedingt die Rede sein.²⁶⁶ Darüber hinaus beaufsichtigt der Staat auch die ordnungsgemäße Durchführung dieser Aufgaben.²⁶⁷ Hinzu kommt, dass wachsende EU-Kompetenzen ebenfalls eine Rolle für den Bedeutungsverlust kommunaler Politik spielen.²⁶⁸ Den größten Spielraum beinhalten die freiwilligen Aufgaben, da sie in keiner Weise durch Bundes- oder Landesgesetze vorgegeben werden.²⁶⁹ Hierbei muss allerdings beachtet werden, dass die freiwilligen Aufgaben häufig im Zusammenhang mit der Attraktivität einer Kommune stehen. Unterhält eine Kommune weder kulturelle, sportliche oder soziale Einrichtungen wird sie über kurz oder lang kaum Bevölkerung halten können, geschweige denn anziehen. Eng damit verbunden ist auch die Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Somit wird die „Freiwilligkeit“ dieser Aufgaben etwas eingeschränkt, da es ohne freiwillige Aufgaben nicht geht und auch vom Staat aus nicht gehen soll.²⁷⁰ Dies trifft ebenfalls für die finanzielle Seite zu: Befindet sich eine Kommune in einer schwierigen finanziellen Situation, sind es gerade diese freiwilligen Aufgaben, bei denen zuerst gespart wird. Aber natürlich schränkt dies in keiner Weise die große Gestaltungsmöglichkeit für die kommunale Politik und Verwaltung ein, lediglich die Aufgaben selber werden geringer und damit der Anteil eigenen Handels an allen Kommunalaufgaben.

Es scheinen demnach gerade diese noch bestehenden Spielräume zu sein, die das Gelingen von Strukturpolitik in einigen Kommunen möglich macht und in anderen nicht. Innovation in der Ausgestaltung kommunalen Handelns wird daher ein wichtiger Faktor für das im nächsten Kapitel entwickelte *Kommunale Lernen* sein. Im Bereich der Strukturpolitik besitzen die Kommunen durchaus Möglichkeiten, eigene Akzente zu setzen, auch im Rahmen der Auftragsangele-

²⁶⁶ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 37.

²⁶⁷ Vgl.: Ebd.; S. 38.

²⁶⁸ Vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 217f.

²⁶⁹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 35ff.

²⁷⁰ Vgl.: Geis, Max-Emanuel u. Madeja, Sebastian: Verfassungsrechtliche und kommunalrechtliche Grundlagen der Kommunen; in: Schieren, Stefan (Hrsg.): Kommunalpolitik. Problem und Potentiale der „Wiege der Demokratie“; Schwalbach/ Ts. 2010; S. 9- 31; hier S. 22.

genheiten und Pflichtaufgaben. Folgende beispielhaften Faktoren sind von den Kommunen beeinflussbar und haben ebenfalls Wirkung auf ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Standortqualität:

- 1.: Erhebung von Gewerbe- und Grundsteuer
- 2.: Erhebung von kleineren Steuern, wie etwa Hundesteuer, etc.
- 3.: Stadtentwicklung und Baupolitik
- 4.: Ausbau der Infrastruktur
- 5.: Ausbau der Wohnfolgeeinrichtungen
- 6.: Einrichtung von flexibler Kindertagesbetreuung
- 7.: vielfältiges Kultur- und Sportangebot²⁷¹

Bei den oben genannten Faktoren handelt es sich nicht nur um ökonomische Kennzahlen, sondern auch um Faktoren der Lebensqualität. Erhöhte Steuern sowie die Schließung von kulturellen, sozialen und sportlichen Einrichtungen können die Abwanderung beeinflussen. Gleichzeitig kann eine kinder- und familienfreundliche Stadt, durch das Einrichten von KiTa-Plätzen, flexibler Betreuungsangebote oder sozialer Unterstützungen eine Geburtenrate langfristig anheben.²⁷² Darüber hinaus bedeuten gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auch eine Steigerung des Erwerbspotenzials der Eltern sowie eine bessere Qualifikation der Kinder. Studien haben gezeigt, dass frühkindliche Bildungsangebote durchaus einen Effekt auf die spätere Qualifizierung haben.²⁷³ Somit

²⁷¹ Zu den einzelnen Faktoren vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 52. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 282 u. 297. Siehe auch: Dohmen, Dieter: Familien- und Bildungspolitik als kommunaler Standortfaktor im demographischen Wandel; in: Zillesen, Horst u. Kessen, Stefan (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel; Frankfurt a. M. u.a. 2007; S. 98- 114; hier S. 105.

²⁷² Harald Rentsch geht zwar in seinem Artikel lediglich von Kommunen in Schleswig-Holstein aus, allerdings können die Handlungsbereiche durchaus für jede deutsche Kommune übernommen werden. Vgl.: Rentsch, Harald: Schleswig-Holstein im demographischen Wandel - Handlungsempfehlungen für die Kommunen; in: Zillesen, Horst u. Kessen, Stefan (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel; Frankfurt a. M. u.a. 2007; S. 162- 176; hier S. 169.

²⁷³ Vgl.: Dohmen: Familien- und Bildungspolitik; S. 106. Siehe auch: Rentsch: Schleswig-Holstein; S. 169.

haben Faktoren des demographischen Wandels durchaus auch eine Bedeutung für den kommunalen Arbeitsmarkt. Dies betont abermals die Gestaltungsmöglichkeit der Kommunen durch freiwillige Aufgaben oder weisungsfreie Pflichtaufgaben, obwohl sie zunächst nur einen geringen Einfluss auf strukturelle Probleme zu haben scheinen. In der Nutzung des Handlungsrahmens könnte demnach die Ursache für die unterschiedliche Entwicklung deutscher Gemeinden sein. Dies aufzuzeigen ist Ziel des *Kommunalen Lernens*, welches in Kapitel 5 eingeführt wird.

4.1.3 Grenzen der Selbstverwaltungsautonomie

Wiesen die Aufgaben in einigen Bereichen teilweise erheblichen Spielraum für die Kommunen auf, muss dies aber in der politischen Praxis relativiert werden. Die größte Hürde für die Durchsetzung des Selbstverwaltungsrechtes ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen,²⁷⁴ auf diese Problematik wird in Kapitel 4.3 näher eingegangen. Aber auch andere Gründe sprechen für eine eng gesteckte Selbstverwaltung.

Ein wesentliches Ziel der Bundesrepublik Deutschland ist die Garantie von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ aller ihrer Bürger. Eine völlige Autonomie der Kommunen in ihrem Handeln und Tun würde diesem Grundsatz wohl zwangsläufig entgegenlaufen.²⁷⁵ Daher sind Eingriffe durch den Staat in die Kommunalpolitik nötig und sinnvoll, wie beispielsweise die Grundsätze der sozialen Sicherung durch gesamtstaatliche Vorgaben sichergestellt werden, unabhängig des Wohnortes innerhalb der Bundesrepublik.²⁷⁶ Aus diesem Grund sind Grenzen des Selbstverwaltungsrechtes nichts grundlegend negatives. Aufgrund dessen, dass die Länder gegenüber den Kommunen den Gesetzgebungsvorrang haben und nach Art. 72 I GG der Bund den Ländern gegenüber, sind Eingriffe auf die kommunale Selbstständigkeit möglich. Diese staatliche Einflussnahme hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen und den Gestal-

²⁷⁴ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 18.

²⁷⁵ Ebd.; S. 18.

²⁷⁶ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 52f.

tungsrahmen deutscher Kommunen begrenzt.²⁷⁷ Hinzu kommt, dass die europäische Ebene ebenfalls stärker Bedeutung annimmt auf die Belange kommunalen Handelns.²⁷⁸ Trotz dieser Einflussnahme müssen alle drei Ebenen (EU, Bund, Land) dafür Sorge tragen, dass sie das Selbstverwaltungsrecht nicht untergraben und dass es nicht nur noch auf dem Papier existiert.²⁷⁹

Die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe setzt dem Recht der Kommunen ihre Belange eigenständig zu regeln Grenzen. Diese sind durchaus sinnvoll, wenn damit gleiche Lebensverhältnisse aller Bürger der Bundesrepublik gesichert werden können. Es zeigt sich jedoch, dass die staatlichen Eingriffe, vornehmlich durch die Länder, zunehmend die verbleibenden Freiräume der Kommunen einschränken.

4.2 Kommunale Entscheidungsprozesse

Die einzelnen Gemeindeordnungen sind durchaus unterschiedlich, allerdings weisen sie bei der organisatorischen Ausgestaltung der Kommunen viele Übereinstimmungen auf. Dies trifft jedoch nicht auf die genauen Bezeichnungen der Institutionen zu, welche den kommunalen Entscheidungsprozess innehaben.²⁸⁰ Nachfolgend werden die allgemeingültigen Handlungsprozesse und Institutionen des kommunalen Gestaltungsrahmens dargestellt und dabei die in der Literatur üblichen Bezeichnungen benutzt.

4.2.1 Organisation von Politik und Verwaltung

Die wichtigsten kommunalen Institutionen sind der von den Bürgern gewählte Rat, die Verwaltung und der (Ober-)Bürgermeister. Der Rat ist dabei für alle kommunalen Belange zuständig und agiert demnach als Exekutive und nicht, wie auf Bundes- und Landesebene, als Legislative.²⁸¹ Dies ist für alle Gemein-

²⁷⁷ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 29 u. 43.

²⁷⁸ Vgl.: Ebd.; S. 31f.

²⁷⁹ Vgl.: Ebd.; S. 17 u. 31.

²⁸⁰ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 208f. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 123.

²⁸¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 123.

deordnungen gleich, wobei die einzelnen Vorgaben Einschränkungen machen können hinsichtlich der genauen Zuständigkeit. So können einzelne Aufgaben per Gesetz der Verwaltung oder dem Bürgermeister übertragen sein, welche dies im Einzelfall sind legen die Gemeindeordnungen der Länder fest.²⁸²

Die klassische Aufgabenverteilung sieht vor, dass die „Politik als Willensbildung und (die) Verwaltung als Willensausführung“ agiert.²⁸³ Der Bürgermeister als Spitze der Kommune stellt hierbei eine Doppelfunktion dar: Als Teil der Politik durch seine Direktwahl und gleichzeitig als Chef der Verwaltung.²⁸⁴ Auf kommunaler Ebene ist der Grundsatz jedoch kaum durchsetzbar. Die Ratsmitglieder sind ehrenamtlich tätig und gehen demnach hauptberuflich arbeiten, üben Ämter in Vereinen oder Verbänden aus und sind natürlich Privatpersonen.²⁸⁵ Dies bedeutet, dass es den Ratsmitgliedern zeitlich kaum möglich ist, große Vorlagen und Beschlüsse vorzubereiten und daher die Verwaltung dies häufig übernimmt.²⁸⁶ Aus diesem Grund wurde häufig der Vorwurf laut, dass es sich beim kommunalen Rat lediglich um ein „Ratifikationsorgan“ handle.²⁸⁷ Diese Kritik ist nicht vollends von der Hand zu weisen, beschreibt jedoch auch nicht die Wirklichkeit. Kommunale Ratsmitglieder, vor allem Fraktionsvorsitzende der Parteien, haben durchaus Einfluss auf den Entscheidungsprozess.

Die Mitglieder des Rates können sich in Fraktionen zusammenschließen, um die Ratsarbeit zu vereinfachen und die Rechte des einzelnen Ratsmitglied zu stärken. Die konkrete Mindestanzahl an Abgeordneten für die Bildung einer Fraktion ist abhängig von der jeweiligen Gemeindeordnung des Landes.²⁸⁸ Zur spezielleren Vorbereitung von Beschlüssen existieren in den meisten kommunalen

²⁸² Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 209.

²⁸³ Ebd.; S. 210.

²⁸⁴ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 129.

²⁸⁵ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 211f..

²⁸⁶ Aus diesem zeitlichen Aspekt heraus rekrutieren sich die Ratsmitglieder zunehmend aus dem öffentlichen Dienst und freien Berufen oder auch immer mehr aus „Berufspolitikern“, die weitere politische Ämter in Partei oder Land innehaben. Vgl.: Ebd.; S. 213. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 126.

²⁸⁷ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 211.

²⁸⁸ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 128f.

len Räten Ausschüsse, wobei die Gemeindeordnungen auch Pflichtausschüsse vorsehen, wie etwa der Jugendhilfeausschuss für alle deutschen Kommunen.²⁸⁹

Die Verwaltung der Kommunen setzt sich aus fest angestellten Mitarbeitern zusammen, deren Führungskräfte häufig dem politischen Lager des Bürgermeisters nahestehen. Da eine politisierte Mitarbeiterpolitik sich durchaus negativ auf den Ausgang der nächsten Wahl auswirken kann, wird der Bürgermeister jedoch in den meisten Fällen nicht an einer reinen Auswahl nach Parteibuch gehen, sondern nach Qualifikation.²⁹⁰ Die Einteilung der Verwaltung ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich und auch abhängig von der Größe der Gemeinde, wobei generell den Führungskräften festgelegte Aufgabenbereiche zugeteilt sind.²⁹¹ Vor allem die Dezernats- oder Bereichsleiter sind für den Entscheidungsprozess aus kommunaler Ebene von höchster Bedeutung, wie sich folgend zeigen wird.

Dem Oberbürgermeister kommt, dadurch dass er mittlerweile in allen Kommunen direkt gewählt wird, eine besondere Stellung zu: Er leitet die Verwaltung auf der einen Seite und stellt gleichzeitig auch das politische Vertretungselement gegenüber den Einwohnern dar. Da er auch meist für eine längere Amtsperiode gewählt wird als die Ratsmitglieder, kann er wesentliche Schwerpunkte setzen und eine Kommune über mehrere Jahre gestalten. Trotzdem ist er auf den Rat angewiesen, da nur dieser Beschlüsse fassen kann und somit die Politik des Bürgermeisters bestätigen muss.²⁹²

Die kommunale Gestaltung ist im wesentlichen von diesen drei Institutionen abhängig, die nur im Zusammenspiel miteinander erfolgreich Politik gestalten können. Welchen Einfluss dabei die einzelnen Akteure auf den Entscheidungsprozess haben, soll im anschliessenden Kapitel geklärt werden.

²⁸⁹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 131ff.

²⁹⁰ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 214.

²⁹¹ Vgl.: Ebd.; S. 215.

²⁹² Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 129f.

4.2.2 Entstehung von kommunalen Entscheidungen

Wie oben bereits erwähnt ist die Verwaltung entscheidend für kommunale Beschlüsse und ein Großteil von kommunalen Anträgen wird von ihr in den Rat eingebracht. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Zum einen fehlt den kommunalen Ratsmitgliedern die Zeit, zum anderen arbeiten in der Verwaltung „Spezialisten“, die Problemstellungen innerhalb der Kommune in der Regel früher ausmachen.²⁹³ Letztendlich ist es unerheblich, ob ein Antrag „schlechter“ oder „besser“ ist, wenn er von der Verwaltung eingebracht wird oder nicht. Entscheidend, vor allem für die Bürger, ist, dass die Problemlage erkannt wird und versucht wird sie zu beheben.

Nachdem ein Antrag gestellt wurde, muss ein Beschluss verfasst werden, welcher durch den Rat verabschiedet und dann zu geltendem Recht wird. Die Vorbereitung eines solchen Beschlusses ist Aufgabe der Verwaltung und findet in der Regel ohne öffentliche Diskussion statt.²⁹⁴ Mit der Formulierung werden gewöhnlich die Mitarbeiter des jeweiligen Dezernats oder Referats betraut. Allerdings muss die Endfassung vom jeweiligen Referatsleiter oder Dezernenten sowie dem Bürgermeister genehmigt sein, bevor der Beschluss in den Rat gehen kann.²⁹⁵ Nach der Beschlussformulierung befasst sich der Rat mit diesem, wobei zunächst die betroffenen Ausschüsse den Beschluss diskutieren, anschließend die einzelnen Fraktionen bevor er im Gremium abgestimmt wird. Während dieser Phase könne Veränderungen vorgenommen werden.²⁹⁶ Änderungen werden allerdings in der politischen Praxis kaum mehr durchgeführt, da die meisten schriftlichen Vorlagen bevor sie in die Ausschüsse gelangen durch führende Politiker und Verwaltungsmitarbeiter miteinander abgestimmt wurden. Diesen Prozess hat Gerhard Banner 1972 als „Vorentscheiderkreis“ be-

²⁹³ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 219ff. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 215f.

²⁹⁴ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 237.

²⁹⁵ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 221.

²⁹⁶ Vgl.: Ebd.; S. 224ff.

zeichnet.²⁹⁷ Mittlerweile haben empirische Untersuchungen seine These auch bundesweit nachgewiesen.²⁹⁸

Bei diesem informellen Abstimmungsmechanismus sind die engen Vernetzungen von Verwaltungsmitarbeitern und kommunalen Politikern von großer Bedeutung. Zu eben jenen „Vorentscheidern“ gehören nach Banner der Bürgermeister, die Dezernenten oder Referatsleiter, welche am jeweiligen Beschluss beteiligt sind, die Fraktionsvorsitzenden, der Ratsvorsitzende und die Ausschussvorsitzenden.²⁹⁹ Grund für die informelle Kommunikation ist, schnellere und fundiertere Entscheidungen zu treffen, ohne eine große öffentliche Debatte hervorzurufen. Nachdem dieser Kreis eine abschließende Meinung und Formulierung ausgemacht hat, geht die Vorlage an den Rat, die Ausschüsse und die Fraktionen und wird nach der Abstimmung im Rat durch die Verwaltung umgesetzt.³⁰⁰ Die informelle Abstimmung oder Angleichung von Meinungen zeigt deutlich, dass die kommunalen Politiker bei aller Beschlussdominanz der Verwaltung einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der kommunalen Politik haben, wenn es auch vor allem die politischen Führungskräfte sind und nicht jedes einzelne Ratsmitglied. Daher kann nicht davon gesprochen werden, dass der Rat ein „einflussloses Ratifikationsorgan“ ist.³⁰¹ Darüber hinaus sollte dieses Verfahren nicht mit dem berühmten „Kölscher Klüngel“³⁰² gleichgesetzt werden, da erstens die Intention eine effektivere Lösungsfindung ist und weniger die Machterhaltung. Wobei dies natürlich auch Einfluss hat. Zum anderen ist der „Vorentscheiderkreis“ an Ämter gebunden und nicht an die Personen,

²⁹⁷ Entwickelt wurde der Begriff eigentlich nur für Duisburg. Vgl.: Banner: Politische Willensbildung; S. 166ff.

²⁹⁸ Für eine Aufstellung der empirischen Untersuchungen siehe: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 245, Fußnote 254.

²⁹⁹ Vgl.: Banner: Politische Willensbildung; S. 166ff.

³⁰⁰ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 245ff. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 223f.

³⁰¹ Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 227.

³⁰² Klüngel bezeichnet im Kölner Sprachgebrauch eine informelle Verbindung mehrerer Personen. Dabei ist zu beachten, dass es ursprünglich nicht automatisch auch geheime Vorteilsnahme bedeutete, wie es mittlerweile im allgemeinen benutzt wird. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den positiven und negativen Aspekten des Klüngels gibt Frank Überall in seiner 2007 erschienen Dissertation. Vgl.: Überall, Frank: Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns; Bonn 2007.

die sie ausüben. Wechselt also ein Fraktionsvorsitzender, so befindet sich automatisch der neue Vorsitzende in diesem Kreis.³⁰³

Aufgrund der großen Bedeutung des „Vorentscheiderkreises“ für kommunale Entscheidungsprozesse, werden sie bei der empirischen Untersuchung der vorliegenden Arbeit in den Fokus gestellt. Sollten sich dessen Mitglieder nicht in der Lage sehen, Lernprozesse zu vollziehen, so ist davon auszugehen, dass auch die anderen kommunalen Entscheidungsträger kaum lernen werden, da ihr Einfluss geringer zu bewerten ist.

4.2.3 Einflüsse auf den Entscheidungsprozess

Neben den hohen Verwaltungs- und Politikfunktionären haben aber auch weitere Akteure Einfluss auf die Lösungsfindung auf kommunaler Ebene. Hier sind vor allem Vereine, Bürgerinitiativen, lokale Medien und auch größere Unternehmen zu nennen.

Vereine und Verbände sind lokal häufig gut organisiert. Hinzu kommt, dass viele Politiker mehrere Vereinsmitgliedschaften haben aus ganz unterschiedlichen Bereichen, da sie in ihnen ein großes Stimmpotenzial ausmachen. Kommen solche persönlichen Vernetzungen zustande, können Vereine und Verbände einen beträchtlichen Einfluss auf Entscheidungen der kommunalen Politik ausüben. Hierbei ist aber auch zu betonen, dass häufig auch die politische Führung Interesse an der Zusammenarbeit mit Vereinen haben können. So sind betroffene Vereinigungen häufig bei der Beratung für Vorlagen beteiligt durch Beiräte oder auch Ausschussarbeit.³⁰⁴ Bürgerinitiativen können durch die Festsetzung von Bürgerbegehren oder Bürgerentscheiden, die durch Landesrecht mittlerweile in irgendeiner Form in allen Gemeinden möglich sind, ebenfalls auf den kommunalen Politikprozess einwirken.³⁰⁵

Für die Entstehung solcher Bewegungen nehmen die lokalen Medien eine entscheidende Position ein. Sie, hier hauptsächlich die lokale Tageszeitung,

³⁰³ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 245, Fußnote 254.

³⁰⁴ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 232. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 220.

³⁰⁵ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 233.

sind maßgeblich an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt, da sie immer noch die erste Informationsquelle für die Einwohner der Gemeinde sind.³⁰⁶ Aus diesem Grund müssen auch die Medien als Einflussfaktor in Betracht gezogen werden.

Der letzte Akteur, der Einfluss ausüben kann, sind größere oder lokal fest verankerte Unternehmen. Besonders prekär wird die Situation, wenn ein Unternehmen eine herausragende Bedeutung für die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplatzsituation einer Gemeinde hat. Um die Wettbewerbsfähigkeit einer Kommune zu wahren, können Firmen Entscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen und die kommunale Selbstverwaltung schwächen. Nach Rudolf Bieker muss diese Einflussnahme aber als abgeschwächt gesehen werden, da Entscheidungen zugunsten eines Unternehmens auch zugunsten der dort angestellten Mitarbeiter und somit den Einwohnern der Gemeinde fallen würden.³⁰⁷ Der tatsächliche Einfluss dieser Akteure ist allerdings von verschiedenen Faktoren abhängig und wird sich nicht in Zahlen messen lassen. Bei einer Betrachtung über die kommunale Selbstverwaltung müssen sie dennoch beachtet werden.

4.3 Finanzielle Ausstattung der Kommunen

Wer kommunale Selbstständigkeit garantiert, muss auch dafür sorgen, dass diese Autonomie finanzierbar ist. Denn „kommunale Selbstverwaltung ist nur mit finanzieller Eigenverantwortung denkbar.“³⁰⁸ Die finanzielle Eigenverantwortung garantiert Art. 28 II GG den Kommunen und bedeutet, dass die Kommunen selbstständig über ihre Einnahmen und Ausgaben entscheiden können sowie Gebühren, Entgelte und kleinere kommunale Steuern erheben dürfen. Da alle Gemeindeordnungen festsetzen, dass die kommunalen Haushalte kein Defizit aufweisen dürfen, die Ausgaben die oben genannten Einnahmemöglichkeiten aber weit übersteigen, bekommen die Kommunen Anteile an Steuern

³⁰⁶ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 217ff. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 234.

³⁰⁷ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 233.

³⁰⁸ Ebd.; S. 27.

und Ausgleichszahlungen durch die Länder.³⁰⁹ Folgend soll aufgezeigt werden, welche Einnahmequellen die Gemeinden haben und ob diese ausreichen, die kommunale Selbstverwaltung gestalten zu können.

4.3.1 Steuern und Gebühren

Art. 106 GG sichert den Gemeinden einen Anteil an der Einkommens- und Lohnsteuer sowie der Umsatzsteuer zu. Letztere wurde den Kommunen nach der Abschaffung der Gewerbesteuer als Ausgleich gewährt.³¹⁰ Die Zuweisung ist durch den Staat festgelegt und die Kommunen haben nur indirekten Einfluss auf die Zuweisungshöhe. Beispielsweise durch die Ansiedlung neuer Unternehmen steigen die Erwerbstätigenzahlen und damit auch der Anteil der Einkommenssteuer.³¹¹ Inwieweit aber wirklich große Auswirkungen auf eine Einnahmensteigerung hat, bleibt mehr als fragwürdig.

Einfluss auf die eigene Wirtschaftskraft hat die Kommune eher durch den selbstständig festzulegenden Hebesatz der Gewerbe- und durch die Grundsteuer. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, da sie nach dem Einkommenssteueranteil die größte kommunale Steuereinnahme darstellt, obwohl 22% der kommunalen Gewerbesteuererinnahmen an Bund und Land fließen.³¹² Durch eine niedrige Gewerbe- und Grundsteuer kann eine Gemeinde durchaus attraktiv für die Neuansiedlung von Unternehmen sein. Allerdings spielen Faktoren, wie die infrastrukturelle Anbindung, die Hindernisse bei einer Baugenehmigung oder das Arbeitskräfteangebot häufig eine wichtigere Rolle für Unternehmen.³¹³ Hinzu kommt, dass auch bereits ansässige Unternehmen vom Ausbau der Infrastruktur profitieren.³¹⁴ Weis eine Kommune diese Politikfelder richtig zu steuern, kann sie neue Firmen anziehen, eine krisensichere Branchenvielfalt unterstützen und damit neue Arbeitsplätze schaffen. Für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik ist es wichtig, die Stärken des Standortes her-

³⁰⁹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 27ff.

³¹⁰ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik in Deutschland; S. 160ff.

³¹¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 59f.

³¹² Vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 52.

³¹³ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 62.

³¹⁴ Vgl.: Rudzio: Das politische System; S. 357f.

auszuarbeiten und durch gezielte Politik zu unterstützen. In einem gewissen Maße ist dies den Kommunen durch die Gewerbesteuer möglich. Kritiker sehen in der Gewerbesteuer eine bedeutende Ursache für die unterschiedliche Standortattraktivität von Gemeinden.³¹⁵ Den Hebesatz allerdings aus wettbewerbstechnischen Gründen immer weiter zu senken, stellt nur bedingt eine Lösung im kommunalen Wettbewerb dar. Geringerer Hebesatz bedeutet auch weniger Einnahmen. Die Kommune kann sich nicht darauf verlassen, dass diese Einnahmeverluste durch die Landeszuweisungen ausgeglichen werden.³¹⁶ Hinzu kommt, dass die Gewerbesteuer auch Risiken für die Kommunen birgt: Wenn Gemeinden von einem Unternehmen oder einer monostrukturellen Wirtschaft dominiert wird, kann sie im Krisenfall ebenfalls schnell in eine finanzielle Not-situation geraten.³¹⁷ Trotz dieser Bedeutung der Gewerbesteuer für deutsche Kommunen, muss einbezogen werden, dass die Gewerbesteuer 2011 lediglich 17,8% aller kommunalen Einnahmen ausmachte. In den neuen Bundesländern waren es sogar nur 12,1% aller Einnahmen.³¹⁸ Zudem zahlen große international agierende Unternehmen häufig überhaupt keine Gewerbesteuer aufgrund einer geschickten Firmenpolitik, bei der Gewinne intern verschoben werden in Länder, bei denen die Steuerlast geringer ist.³¹⁹

Die Grundsteuer hat noch weniger Bedeutung an den Gesamteinnahmen einer Kommune. Im Jahr 2012 lag der Anteil der Grundsteuer A und B an den Einnahmen aller deutscher Kommunen gerade einmal bei 6,6%.³²⁰ Zudem

³¹⁵ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 62.

³¹⁶ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 156ff. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 62.

³¹⁷ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 157.

³¹⁸ Die Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Datensätze des Gemeindefinanzberichtes 2011 des Deutschen Städtetags. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2011_tabellenanhang.pdf; am 4.7.2012.

³¹⁹ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 157f.

³²⁰ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Datensätze über die Einnahmen der Gemeinden und des Realsteuervergleich der Gemeinden der Regionaldatenbank der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Realsteuervergleich gefunden unter: <http://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=A3A717DF66BFED246D1102F3F5816542?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1410770620524&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=356-11-4&auswahltext=%23Z-01.01.2012%23SHRKRLB-%24DG&werteabruf=Werteabruf>; am 3.4.2014. Einnah-

wirkt sich eine Erhöhung des Hebesatzes direkt auf die Mieter und damit Wähler aus, denn die Grundsteuer wird in der Regel auf die Betriebskosten der Mieter abgewälzt. Darüber hinaus hat eine Erhöhung unter Umständen auch Auswirkungen auf Wirtschaftsunternehmen und wird daher nur bedingt genutzt werden, um den eigenen Haushalt effizient aufzubessern.³²¹

Darüber hinaus können sich auch die kleinen sogenannten Verbrauchs- und Aufwandssteuern auf die Wirtschaftskraft und den kommunalen Haushalt auswirken. Zu diesen gehören beispielsweise die Getränkesteuer, Vergnügungssteuer oder Hundesteuer.³²² Um die Haushaltslöcher der Kommunen zu stopfen, wurden immer wieder solche Steuern eingeführt. Zum Januar 2011 beispielsweise wurde zunächst in Köln die Bettensteuer eingeführt, bei der Übernachtungen im Hotel mit 5% besteuert werden, die mittlerweile in zahlreichen Städten vorzufinden ist.³²³ Daneben werden in einigen Kommunen Steuern für Dauer-camper, Solarienbesuche oder Polizeieinsätze diskutiert.³²⁴ Zunächst einmal haben diese Steuern Einfluss auf den Geldbeutel der Bevölkerung, können aber auf lange Sicht auch Branchen, wie hier beispielsweise Hotels und Solarien, schädigen. Solarien werden in keiner Kommune die größten Zahler sein, aber betrifft dies andere Wirtschaftsbereiche kann die Wirtschaftskraft doch beeinträchtigt werden. Auch die Auswirkung auf die Bevölkerung ist nicht außer Acht zu lassen. So handelt es sich bei ihnen doch auch immer um zukünftige Wähler. Daher sind diese Steuern nicht geeignet den kommunalen Haushalt zu entlasten. Darüber hinaus sind sie für die Gesamteinnahmen einer Kommune

men der Gemeinden gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=A3A717DF66BFED246D1102F3F5816542?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1410770098852&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=346-21-4&auswahltext=%23Z-01.01.2012%23SHRKRLB-%24DG&werteabruf=Werteabruf>; am: 3.4.2014.

³²¹ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 152. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 64.

³²² Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 65. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 149.

³²³ Vgl.: O.V.: Kölner Bettensteuer macht Schule; in: Zeit-Online (25.3.2010). Gefunden unter: <http://www.zeit.de/reisen/2010-03/koeln-hotel-steuer>; am 22.1.2011.

³²⁴ Vgl.: Frontal 21: Immer neue Steuern. Kommunen in Not; in: ZDF-Frontal 21. Gefunden unter: <http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/20/0,1872,8131732,00.html> am 22.1.2011.

marginal.³²⁵ Trotzdem haben Kommunen dort den größten Gestaltungsspielraum.

Auch Gebühren und Entgelte für beispielsweise Müllbeseitigung, Kindergartenbetreuung oder KFZ-Zulassungen legen die Kommunen selbstständig fest. Allerdings dürfen sie dabei keine Gewinne erzielen, sondern lediglich die Kosten decken. Häufig liegen sie jedoch weit unter der kostendeckenden Summe.³²⁶ Zudem werden einige Gebühren nach Einkommen gestaffelt oder für bestimmte Personen völlig übernommen, wie etwa die Kindergartengebühren beziehungsweise die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs.³²⁷ Gebühren sind demnach keine Möglichkeit die Haushaltslöcher der Gemeinden zu stopfen. Ihr Anteil an allen kommunalen Einnahmen lag 2011 im Bundesdurchschnitt bei 10%, in den neuen Bundesländern war der Anteil noch geringer mit 8%.³²⁸

Mit Hilfe von Steuern und Gebühren haben deutsche Kommunen durchaus die Möglichkeit, ihren Haushalt zu konsolidieren, aber nur in einem geringen Maße. Für die neuen Bundesländer trifft dies im zugespitzten Maße zu, da der Anteil der Steuerannahmen an den Gesamteinnahmen der ostdeutschen Kommunen weitaus geringer war als für die Kommunen in den alten Bundesländern.³²⁹

4.3.2 Finanzaufweisungen

Den Finanzaufweisungen kommt eine große Bedeutung für die kommunalen Haushalte zu. Ihr Anteil an den kommunalen Gesamteinnahmen lag 2011 im Bundesdurchschnitt bei 36,3%, wobei der Unterschied zwischen den Gemein-

³²⁵ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 64.

³²⁶ Vgl.: Ebd.; S. 72.

³²⁷ Vgl.: Ebd.; S. 65f.

³²⁸ Die Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Datensätze des Gemeindefinanzberichtes 2011 des Deutschen Städtetags. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2011_tabellenanhang.pdf; am 4.7.2012.

³²⁹ Die Steuereinnahmen, inklusive dem Anteil an Umsatz-, Einkommens- und Lohnsteuer, machten in den ostdeutschen Kommunen etwa 24% der Gesamteinnahmen pro Einwohner aus. In den westdeutschen Gemeinden war es ein Anteil von etwa 40%. Die Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Datensätze des Gemeindefinanzberichtes 2011 des Deutschen Städtetags. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2011_uebersicht_2_und_7.pdf; am 4.7.2012.

den in den neuen und alten Bundesländern eklatant ist. Während 2011 die Finanzausweisungen von Bund und Land an die Kommunen in Westdeutschland 33,2% ihrer Einnahmen ausmachten, waren es bei ostdeutschen Gemeinden 52,8%.³³⁰

Die Finanzausweisungen dienen dem Finanzausgleich zwischen den Gemeinden, um Art. 72 II GG, dem Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse aller Einwohner der Bundesrepublik Deutschland, zu sichern.³³¹ Die Finanzausweisungen können zwischen Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen und Zweckzuweisungen unterschieden werden. Das Ziel der Schlüsselzuweisungen ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben einer Kommune zu einem gewissen Anteil auszugleichen, dabei sind diese Zuweisungen stark abhängig von der finanziellen Situation einer Gemeinde und fallen demnach sehr unterschiedlich aus. Mit den Bedarfszuweisungen werden spezielle Ausgaben einzelner Kommunen ausgeglichen. Die Zuweisungen im Rahmen dieser beiden Finanzströme können von den Kommunen frei eingesetzt werden. Bei den Zweckzuweisungen ist dies nicht der Fall, es handelt sich um Fördermittel, die nur für bestimmte Investitionen vergeben werden. Bekanntester Fördertopf ist der Europäische Fond für regionale Entwicklung (EFRE), mit dessen Hilfe einige Städte ihre Schulen sanieren konnten, wie beispielsweise in der Stadt Apolda, Eisenach oder Jena.³³² Die Problematik dieser Zuweisung ist die Tatsache, dass sogenannte Folgekosten nicht unterstützt werden, um beim Beispiel zu bleiben die Unterhaltung der Schulen. Zudem haben immer mehr finanzschwache Kommunen Probleme den geforderten Eigenanteil für die Förderprogramme zu entrichten.³³³

Die Finanzausweisungen sind wesentlich für die Haushalte deutscher Gemeinde, vor allem für die ostdeutschen Kommunen. Allerdings können diese die

³³⁰ Die Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Datensätze des Gemeindefinanzberichtes 2011 des Deutschen Städtetags. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2011_uebersicht_2_und_7.pdf; am 4.7.2012.

³³¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 69.

³³² Vgl. hierzu die Angaben des Freistaates Thüringens über die Begünstigten. Gefunden unter: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/efre/beguenstigten_liste_2013.pdf; am 4.9.2014.

³³³ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 69- 71.

Finanzlöcher der Kommunen nur bedingt „stopfen“, da sie immer nur einen gewissen Prozentsatz des Defizits ausgleichen und somit nicht für einen völlig ausgeglichenen Haushalt sorgen können. Darüber hinaus sind Gemeinden, die eine geringe Finanzkraft aufweisen, kaum in der Lage durch Fördermittel zusätzliche Finanzeinnahmen zu akquirieren aufgrund des fehlenden Eigenanteils.

4.3.3 Sonstige Einnahmen

Weitere Einnahmearten für die Kommunen sind unter anderem Bußgelder, Pachten oder Mieten von stadteigenen Immobilien sowie Zinsen von angelegten Geldern.³³⁴

Diese Einnahme sind aber kaum in der Lage die finanziellen Ressourcen der Gemeinden aufzubessern. Bedeutender sind, vor allem in den letzten Jahren, die Aufnahmen von Krediten beim Finanzmarkt. Obwohl sie eigentlich den Schuldenstand erhöhen, gelten sie als kommunale Einnahmen.³³⁵ Zwar können Kredite kurzfristig den Haushalt stabilisieren, langfristig jedoch belasten sie die Steuerzahler und auch die Kommunen, die sowohl Zinsen als auch das Darlehen zurückzahlen müssen.³³⁶

Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen der Gemeinden betrug 2011 bundesweit 12,7% und war sowohl in den neuen als auch alten Bundesländern in etwa gleich hoch.³³⁷

Grundsätzlich zeigen die Einnahmequellen der Kommunen zwar teilweise einen Gestaltungsspielraum, wie etwa der selbstständig zu erhebende Hebesatz bei Gewerbe- und Grundsteuer, jedoch können nur geringe Steigerungen der Einnahmen erzielt werden. Sie sind in großem Maße von den Steuern und

³³⁴ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 71. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 165.

³³⁵ Vgl.: Naßmacher, / Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 169. Siehe auch: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 71.

³³⁶ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 171.

³³⁷ Die Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Datensätze des Gemeindefinanzberichtes 2011 des Deutschen Städtetags. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2011_tabellenanhang.pdf; am 4.7.2012.

Finanzzuweisungen durch Bund und Land abhängig. Vor allem die Bedeutung von Zahlungen durch den Staat hat in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Bundesweit ist der Anteil der Finanzzuweisungen an die Kommunen von 1992 bis 2011 lediglich um 6% angestiegen, aber dieser Anstieg ist vor allem durch einen höheren Anteil bei den westdeutschen Kommunen zu erklären.³³⁸

4.4 Selbstverwaltung oder Fremdverwaltung?

Das Grundgesetz garantiert den deutschen Gemeinden ihr Selbstverwaltungsrecht und sichert ihnen damit einen eigenständigen Handlungsrahmen zu. Von daher haben sie einen verfassungsrechtlichen Schutz vor Fremdverwaltung durch höhere politische Instanzen, da die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes den Gesetzgeber vorsieht, dass dieser „den „Kernbereich“ der Selbstverwaltungsgarantie nicht aushöhlt“.³³⁹

Durch die kommunale Aufgabenzuständigkeit und die finanzielle Ausstattung dieser wird das Recht auf Selbstverwaltung allerdings eingeschränkt. Die Gemeinden haben nur bei den freiwilligen Aufgaben einen großen gestalterischen Handlungsrahmen. In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil der freiwilligen Aufgaben an den Gesamtaufgaben einer Kommune jedoch abgenommen, so dass auch die selbstständigen Handlungsmöglichkeiten abnehmen.³⁴⁰ Zudem macht die finanzielle Situation vieler Kommunen die Durchführung zahlreicher freiwilliger Aufgaben immer schwieriger. Darüber hinaus werden die Finanzzuweisungen durch Bund und Land immer bedeutender für die Einnahmen von Gemeinden, insbesondere für westdeutsche Kommunen. Bedeutsam ist diese Zunahme vor allem für strukturschwache Gemeinden, da sie so schnell in Abhängigkeit von Bund und Land geraten können. Nach dem Motto: Wer das Geld gibt, der sagt auch wofür und wie.

³³⁸ Die Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Datensätze des Gemeindefinanzberichtes 2011 des Deutschen Städtetags. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2011_tabellenanhang.pdf; am 4.7.2012.

³³⁹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 17.

³⁴⁰ Vgl.: Ebd.; S. 18.

Trotz dieser wichtigen Einflussfaktoren des Staates, kann nicht von einer Fremdbestimmung gesprochen werden. Gerade die freiwilligen Aufgaben bieten den Kommunen Spielraum, ebenso die Möglichkeit den Hebesatz der Grundsteuern und Gewerbesteuer zu bestimmen, kleine lokale Steuern zu erheben und Gebühren und Entgelte festzusetzen. Bei den finanziellen Selbstverwaltungsfaktoren sind die Gestaltungsmöglichkeiten jedoch gering. Die Organisation der Kommunen zeigt gleichfalls Potenzial der Politik und Verwaltung, eigene Vorlagen zu verfassen und selbstständig zu handeln. Hinzu kommen die Partizipationselemente, welche mittlerweile in allen Bundesländern verankert sind, durch die Bürger ebenfalls Einfluss auf den kommunalen Politikprozess erhalten.

Grundsätzlich ist damit ein Handlungsspielraum für die Kommunen gegeben, wenn er auch in den letzten Jahren immer kleiner geworden ist aufgrund der Haushaltssituation.³⁴¹ Wichtig ist, dass durch weitere Ausweitung von überkommunalen Instanzen die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht belanglos wird. Die Kompetenz von Kommunen muss gestärkt sein, da sich, insbesondere im Bereich des gesellschaftlichen Strukturwandels, ein sehr differenziertes Bild deutscher Gemeinden zeigt, so dass häufig nur Lösungen mit speziellem örtlichen Bezug effektiv sein können.³⁴² Hierbei ist allerdings nicht an eine völlige Förderalisierung gedacht.

Die Frage, die sich stellt, ist, welche Faktoren Lernprozesse beeinflussen, da die strukturellen Rahmenbedingungen der kommunalen Selbstverwaltung für alle Kommunen im großen und ganzen gleich sind: Sie sind in gleichem Maße von Bundes- und Landesgesetzen betroffen, von der Kommunalaufsicht sowie in ähnlichen Gemeindeordnungen verhaftet. Wichtig ist auch, dass die Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter in der Lage sein müssen die bestehenden Freiräume zu nutzen.³⁴³ Aufgrund dieses Ansatzes könnte eine

³⁴¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 18.

³⁴² Vgl.: Große Starmann, Carsten u. Schmidt, Kerstin: Demographische Entwicklungen kommunal gestalten. Erfolgsfaktor: Prozessgestaltung; in: Zillesen, Horst u. Kessen, Stefan (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel; Frankfurt a. M. u.a. 2007; S. 131- 144; hier S. 132.

³⁴³ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 43.

lerntheoretische Herangehensweise an kommunale Arbeit ein Weg sein, trotz struktureller Mängel, Veränderungen auf kommunaler Ebene durchzuführen, da „Lernen“ einen individuellen Zugang bietet. *Lernen* ist in diesem Fall der Gebrauch bestehender Strukturen für die Durchsetzung von Ideen auf ungewöhnlichem Wege. Auf dieser Basis wird im folgenden Kapitel das *Kommunale Lernen* eingeführt.

5 *Das Kommunale Lernen*

5.1 Schwierigkeiten und Nutzen des kommunalen Lernansatzes

Das Kapitel 3 über die Policy-Lernkonzepte der vorliegenden Arbeit hat große Schwachstellen bei eben diesen Lernkonzepten aufgezeigt. Hierbei sind vor allem die normativen Probleme bei der Festlegung von „besserer“ Politik, insbesondere beim Verbesserungslernen, zu nennen. Aber auch die unterschiedliche Herangehensweise der einzelnen Konzepte, so sind sie hauptsächlich eigenständig und unabhängig voneinander entstanden ohne einheitliche Formen zu entwickeln. Es existieren keine übergreifenden Definitionen von Begriffen, so beschreiben unterschiedliche Konzepte auch verschiedene Formen des Lernens, setzen verschiedene Akteure und Prozesse in den Mittelpunkt. Die aber wohl größte Kritik der Wissenschaft betrifft die geringe Einflussstärke des Lernens auf politische Prozesse in den Theorien an sich und die damit verbundene häufig geringe Erklärungskraft der Lernmodelle.³⁴⁴ Darüber hinaus zeigte auch Kapitel 4 über die kommunale Grundstruktur der Bundesrepublik, dass Kommunalpolitik heutzutage zwar (noch) nicht in völliger Abhängigkeit von Bund und Land agiert, aber immer mehr in einem Geflecht von Gesetzen und Vorgaben durch höhere Ebenen eingebunden ist. Die Selbstverwaltung ist demnach eingeschränkt, aber möglich.³⁴⁵

³⁴⁴ Eine ausführliche Kritik der Lernkonzepte in deutscher Sprache findet sich vor allem bei Nils Bandelow. Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 314 und 339f. Siehe auch: Bandelow: Lerntheoretische Ansätze; S. 98.

³⁴⁵ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 18.

Diese Einschränkungen des kommunalen Handelns und die große Problematik der empirischen Aussagekraft politischer Lernmodelle, lässt die Frage aufkommen, warum sich überhaupt mit Lerntheorien auf kommunaler Ebene beschäftigen? Ein wissenschaftlicher Mehrwert ist jedoch gegeben und zwar aus mehreren Gründen:

1. Subjektive Elemente außerhalb von rationalen Erklärungsmustern fließen bei den Lerntheorien in den Politikprozess mit ein. Vor allem der Einfluss von Erfahrungen, Einstellungen und Gedankenmustern gehört zu den großen Vorteilen der Lernkonzepte, da sie beim Modell des *Policy Cycles* des Politikprozesses keine nennenswerte Erläuterung darstellen.
2. Lernen stellt einen individuellen Prozess dar. Damit folgt die vorliegende Arbeit Max Miller, für den es die elementarste Schlussfolgerung aller Lernprozesse war, dass Lernen nur über die individuelle Schiene funktioniert.³⁴⁶ Da der Oberbürgermeister und die anderen Mitglieder des sogenannten Entscheidungskreises einen starken Einfluss auf den kommunalen Politikprozess haben, sind es insbesondere Individuen, welche die Kommunalpolitik maßgeblich bestimmen.³⁴⁷ Gemeindepolitik ist demnach ein durch und durch individualisierter und personalisierter Vorgang. Die akteurszentrierte Sicht von Lerntheorien³⁴⁸ macht eben jene individuellen Faktoren sichtbar und stellt einen wesentlichen Nutzen dar, sie auf Kommunalebene anzuwenden.
3. Die Einflussnahme von Dritten (etwa Wissenschaftler, Verbände, Konzerne, etc.) wird stärker für den politischen Prozess fokussiert.
4. Die prospektive Ausrichtung einiger Lerntheorien macht es möglich, Aussagen zu treffen, unter welchen Voraussetzungen Lernprozesse wahrschein-

³⁴⁶ Miller ging bei seiner Interpretation soweit, dass kollektive Lernprozesse solche sind, wenn alle Individuen eines Kollektivs den selben Lernerfolg vollzogen haben. Vgl.: Miller: Kollektive Lernprozesse; S. 16f.

³⁴⁷ Verstärkt wird diese Tatsache dadurch, dass die lokalen Parteiebenen bewusst „unparteiisch“ agieren und sich von der „Mutterpartei“ absondern, um eine höhere Anerkennung beim Wähler zu erhalten. Vgl.: Holtkamp, Lars: Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie; S. 288.

³⁴⁸ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 339.

licher werden. Der *Policy Cycle* hingegen erklärt vergangene, bereits abgeschlossene Politikprozesse.

5. „Lernen soll angemessene und schnelle Reaktion auf neue gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Herausforderungen ermöglichen.“³⁴⁹ Die Lerntheorien ermöglichen damit einen Weg den gesellschaftlichen Strukturwandel zu begegnen und dies innerhalb kürzester Zeit. Was in Anbetracht der Lage einiger deutscher Kommunen von hoher Bedeutung ist.
6. Die Schwäche der Lernkonzepte, dass Macht- und Interessenkampf - vornehmlich zwischen Parteien - vernachlässigt wird,³⁵⁰ ist für die kommunale Ebene von geringerer Bedeutung. Kommunalpolitik, insbesondere bei kleineren Gemeinden, findet weniger als parteipolitischer Kampf im Stadtrat statt, sondern häufig als an Sachpolitiken orientierter Konsens.³⁵¹ Dabei können auch durchaus auf Landes- und Bundesebene „untypische“ Koalitionen in einigen Politikfeldern auftreten. Allerdings ist eine völlige Entparteiisierung weder eingetreten, noch vorhersehbar.³⁵²
7. Der letzte Vorteil wäre in der möglichen Erklärungskraft eines kommunalen Lernkonzeptes für die unterschiedlichen Entwicklungen der deutschen Kommunen innerhalb des Strukturwandels, jenseits der Darstellung unterschiedlicher Ressourcen- oder Standortvorteile, zu sehen. Alle deutschen Kommunen haben finanzielle Probleme, sie schrumpfen und altern - einige schneller und deutlicher, andere langsamer und in geringerem Ausmaße. Lernprozesse könnten hierbei eine Möglichkeit darstellen, den Umgang mit diesem Phänomen zu klären.

Um diese Vorteile wirklich zu erreichen, muss allerdings eine klare Definition von Lernbegriff, Lernform, Lernsubjekt sowie anderen Voraussetzungen,

³⁴⁹ Bandelow: Politisches Lernen; S. 313.

³⁵⁰ Vgl.: Ebd.; S. 339.

³⁵¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 43ff u. 231f. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 228ff.

³⁵² Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 29. Diese Erkenntnisse spiegeln auch die eigenen Befragungsergebnisse wider. Siehe Kapitel 7.2.1.3.

Hindernissen und Einflüssen auf den kommunalen Lernprozess erfolgen. Ohne diese eindeutigen Bestimmungen, ist der empirische Nutzen von Lernkonzepten marginal.³⁵³ Dies soll in den folgenden Unterkapiteln geschehen, um eine gesicherte theoretische Grundlage für die empirische Untersuchung zu gewährleisten.

5.2 Lernbegriff und Lernform

Für das hier eingeführte Modell des *Kommunalen Lernens* stellt der Begriff Lernen nicht nur ein Wissensgewinn oder eine Steigerung von Intelligenz dar, wie die meisten Menschen den Ausdruck wohl definieren würden. Aufgrund der Einschränkungen, die Kommunalpolitik durch Bundes- und Landesgesetze erfährt, aber auch aufgrund der finanziellen Schieflage vieler Gemeinden, muss „Lernen“ weitergehend definiert werden.

Besonders wichtig für den Lernbegriff ist hierbei die Tatsache, dass nur dort wo eigenständiges Handeln möglich ist, auch Lernen möglich ist. Ziel der Parteien und der Politiker ist es, ihre Umwelt zu gestalten.³⁵⁴ Ist es der kommunalen Handlungselite nicht mehr möglich zu gestalten aufgrund struktureller Einschränkungen, sinkt wahrscheinlich auch die Motivation für ein Engagement. Das Gefühl nichts mehr gestalten zu können führt dann auch dazu, dass man es nicht einmal mehr versucht - ganz im Sinne einer „self-fulfilling prophecy“. Der Begriff wurde 1948 von dem Soziologen Robert K. Merton eingeführt. Damit manifestierte er einen Prozess, der ihm bereits häufig in seiner Umwelt aufgefallen war: Das die subjektive Meinung oder Einschätzung einer Situation eben diese automatisch auch beeinflusst. Aus einer falschen Wahrnehmung heraus agiert man danach, so dass die Wahrnehmung wahr wird.³⁵⁵ Diese Analyse bezog Merton jedoch nicht nur auf zwischenmenschliche Interaktion, sondern

³⁵³ Vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 340f.

³⁵⁴ Vgl.: Rudzio: Das politische System; S. 103.

³⁵⁵ Vgl.: Merton: Social Theory; S. 423. Das Gegenteil stellte für ihn die „self-defeating prophecy“ dar. Bei der eine Situation falsch ausgelegt wird, diese Wahrnehmung aber nicht im eigenen Interesse liegt und daher genau anders herum gehandelt wird.

auf jegliche gesellschaftlichen Prozesse.³⁵⁶ Aus diesem Grund ist der Handlungsspielraum für das *Kommunale Lernen* von solch hoher Bedeutung.

Ist der Gestaltungsrahmen nun eingeschränkt, so muss Lernen neue Wege finden innerhalb der gegebenen strukturellen Bedingungen, diese Handlungsgrenzen zu umgehen oder gar auszuhebeln, um den eigenen Spielraum wieder zu erweitern. Da die bestehenden Strukturen nur schwer aufzubrechen sind, wie die langanhaltende Diskussion über eine neue Gemeindefinanzreform beispielhaft zeigt,³⁵⁷ und sich Schlupflöcher wahrscheinlich nur sehr schwer finden lassen, müssen diese innovativen und kreativen Charakter haben. Für das Auffinden dieser Löcher können sowohl auf eigene als auch fremde Erfahrungen zurückgegriffen werden. Aber auch der Zufall oder das Glück können hierbei eine Rolle spielen. Empirisch messbar sind jedoch alle Faktoren kaum. Unabhängig ob bewusst oder zufällig, handelt es sich allerdings immer um Lernprozesse im Sinne des *Kommunalen Lernens*.

Durch die Betonung des eigenständigen Handelns und der aktiven Rolle von Kommunalpolitikern beim kommunalen Lernprozess, wird hier der Annahme von Marsh und Dolowitz, dass auch (in-)direkte Einflussnahme auf die Politik Lernprozesse sind, sogenannte „erzwungene Transfers“, widersprochen.³⁵⁸ Zwar wird die These, dass diese diktierten Transfers einen großen Teil von Lernprozessen ausmachen, nicht generell negiert, sondern sie hat für das Konzept des *Kommunalen Lernens* keinerlei Bedeutung. Denn für die Bestimmung der differenzierten Entwicklung von Kommunen, selbst innerhalb eines Bundeslandes oder einer Region, wie etwa dem Ruhrgebiet, spielen diese erzwungenen Lern-

³⁵⁶ Vgl.: Ebd.; S. 424ff.

³⁵⁷ So fordern sowohl Wissenschaftler als auch der Deutsche Städtetag immer wieder eine grundlegende Reform der Finanzierung und eine Mindestausstattung der Gemeinden. Vgl.: Junkernheinrich, Martin: Wege aus der kommunalen Finanzkrise, oder: Wie könnte ein zukunftsfähiges Gemeindefinanzsystem aussehen?; in: Junkernheinrich, Martin u. Zierold, Horst (Hrsg.): Bevölkerung, Finanzkrise und Gemeindefinanzreform (=Forum Öffentliche Finanzen; Bd. 8); Berlin 2004; S. 29- 39; hier S. 32. Siehe auch: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Mindestausstattung statt Nothaushalt. Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2013 des Deutschen Städtetages (= Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik; Bd. 99); Berlin u. Köln 2013. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/2013/gfb_2013_schlaglichter.pdf; am 25.3.2014.

³⁵⁸ Zum Begriff des „erzwungenen Transfers“ vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 346ff.

prozesse keine Bedeutung, da sie durch einheitliche Landes- und Bundesgesetze für sämtliche Gemeinden des Bundes oder des jeweiligen Landes gelten. Da der Zweck des kommunalen Lernmodells, wie oben bereits erwähnt, eben auch in der Erklärung unterschiedlicher Kommunalprozesse innerhalb des Strukturwandels liegen soll, können diese von oben diktierten Lernprozesse vernachlässigt werden. Es geht vielmehr um die Lernprozesse die aktiv von der untersten politischen Ebene der Bundesrepublik Deutschland ausgehen.

Lernen bedeutet aber nicht nur neues Wissen auswerten zu können, sondern sie auch in Politiken zu verwirklichen. Gelernt wird damit nicht nur wie politische Probleme theoretisch zu lösen sind, sondern auch, wie diese Lösungen praktisch zu realisieren sind. Nur bei einem Zusammenspiel der beiden Aspekte kann von *Kommunalem Lernen* gesprochen werden.³⁵⁹ Messen lassen sich diese neuen Wege in Verordnungen oder Beschlüssen durch die Kommunalpolitik, bei denen die Gestaltungslücken genutzt wurden. Im Einzelfall wird dies anhand der Untersuchung von Beschlüssen auf kommunaler Ebene nur schwer auszumachen sein. Daher ist eine Befragung der kommunalen Politiker und Verwaltungsmitarbeiter notwendig. Zwar erhält man durch die Befragung lediglich subjektive Einschätzungen, doch ist der subjektive Erfolg für Lernprozesse besonders wichtig. Nicht zuletzt wegen der oben bereits erwähnten *self-fulfilling-prophecy*. Wird keine Gestaltungsmöglichkeit wahrgenommen, werden auch keine Anstrengungen unternommen, Veränderungen anzustreben. Im Sinne der *self-fulfilling prophecy* wäre dies sinnlos. Darüber hinaus wurden erzwungene Transfers aus dem Lernkonzept ausgeschlossen.

Lernen kann demnach als Erkenntnisgewinn bezeichnet werden, wobei Erkenntnis auch immer ein mehr an Wissen oder Informationen bedeutet. Wer eine Möglichkeit gefunden hat, Kommunalpolitik neu oder anders zu gestalten, hat dadurch neues Wissen erworben, welches er auch auf andere Bereiche übertragen kann. Damit befindet sich das *Kommunale Lernen* in der Tradition der

³⁵⁹ Besonders Peter Halls *Social Learning* betrachtet die Verbindung von theoretischer und praktischer Möglichkeit. Dies, als auch die Bewährung in der politischen Diskussion, sieht er als Voraussetzungen für kognitive Prozesse in der Politik. Vgl. Kapitel 3.2.2.1 als auch: Csigó: Institutioneller Wandel; S. 161. Siehe auch: Bandelow: Lerntheoretische Ansätze; S. 104f.

meisten Lerntheorien, die darunter auch einen Informationsgewinn aufgrund eigener und/oder fremder Erfahrungen verstehen.³⁶⁰

Es ist dabei unerheblich, ob die innovativen Ideen eine Besserung oder sogar eine Veränderung bringen. Wichtig für das kommunale Lernkonzept ist, dass sie gefunden werden. Daher kann das *Kommunale Lernen* weder in den Bereich des Verbesserungs- noch des Veränderungslernens, nach Bandelows Einteilung, zugeordnet werden.³⁶¹ Natürlich wäre es von Vorteil, insbesondere für die in der Gemeinde lebende Bevölkerung, wenn durch kommunale Politik in Problemfeldern Veränderungen eintreten würden, welche dann auch für eine bessere Situation der betroffenen Bevölkerung sorgt. Für den Lernprozess bei den kommunalen Politikern und Verwaltungsmitarbeitern spielt dies jedoch keine Rolle, am Ende werden sie vielleicht einen weiteren Wissensgewinn haben, ob die jeweilige politische Handlung erfolgreich war. Dies stellt indes kein Lernen im Sinne des oben eingeführten Lernbegriffes dar. Die fehlende Einordnung stärkt jedoch das Lernkonzept, da das Problem „Verbesserung“ oder auch „Veränderung“ zu definieren entfällt. Es muss demnach im Vorhinein nicht festgelegt werden, welche Parameter Lernen ausmachen. Dies schränkt in den meisten Fällen den Lernprozess stark ein. Wichtig für das Lernkonzept ist, dass die neuen Ideen umgesetzt werden können und nicht das Ergebnis der politischen Umsetzung. Lernen kann demnach nur dann stattgefunden haben, wenn sich die Innovationen auch in politischen Handlungen äußern lassen.

Da die Dissertation feststellen möchte, ob Lernprozesse auf kommunaler Ebene möglich sind unter den gegebenen Voraussetzungen, handelt es sich beim Konzept des *Kommunalen Lernens* um die dritte Form des Lernens: Das reflexive Lernen. Reflexives Lernen beschäftigt sich mit der Möglichkeit das Lernen zu lernen.³⁶² Hier mit der Besonderheit, dass wirklich eine prospektive Aussage getroffen werden soll. Zwar beinhaltet das reflexive Lernen einen

³⁶⁰ Vor allem Rose und Heclo hoben die Bedeutung von Erfahrungen bei ihren Lernkonzepten hervor. Vgl.: Rose: Lesson-Drawing; S. 1. Siehe auch: Heclo: Modern Social Politics; S. 306.

³⁶¹ Zur genauen Einteilung von Lerntheorien und der begrifflichen Definition vgl.: Bandelow: Politisches Lernen; S. 314ff.

³⁶² Vgl.: Ebd.; S. 320.

auf die Zukunft gerichteten Blickwinkel, dennoch waren bisherige Analysen retrospektiv.³⁶³

Anhand der Befragungen der kommunalen Entscheidungsträger, sollen Aussagen getroffen werden, mit Hilfe welcher Mittel eben diese Entscheidungsträger in Zukunft innovative Ideen entwickeln können, mit dem Problem des strukturellen Wandels umzugehen und ihren Gestaltungsrahmen weitest möglich auszunutzen. Vor allem für strukturschwache Regionen ist dies von besonderer Bedeutung, da sie in extremen Maße von den Auswirkungen der sozioökonomischen Veränderungen betroffen sind. Natürlich findet gleichzeitig auch eine retrospektive Analyse statt, inwieweit dies bisher bereits geschehen ist: Benötigen die Kommunalpolitiker eine gute Politikberatung oder haben sie bereits zahlreiche innovative Ideen, die sie durchsetzen können?

5.3 Lernsubjekt

Bisher wurde immer davon gesprochen das „Kommunen“ lernen sollen. Dies ist natürlich nur eine vereinfachte Darstellung, da Kommunen nicht als ganzes lernen können. Ansonsten müsste es bedeuten, dass alle Einwohner gelernt haben. Dieser Fall ist unter keinen Umständen auch nur theoretisch denkbar. Beim *Kommunalen Lernen* soll es sich nicht um einen korporativen Akteur handeln, sondern um eine Ansammlung von Individuen, welche sich gemeinsam oder einzeln in der Interaktion Wissen aneignen und dann umsetzen. Die Festlegung auf ein Lernsubjekt oder mehrere individuelle Lernsubjekte vereinfacht die Frage nach Steigerung von Wissen oder Intelligenz. Bisherige Lernkonzepte, die korporative Akteure als Lernsubjekt betrachtet haben, taten sich immer schwer bei der Herausarbeitung, was gelernt werden soll und wie. So geht Ethe-

³⁶³ So stellen auch die Überlegungen von Marsh und Dolowitz eine retrospektive Analyse dar. Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom. Siehe auch: Dolowitz: Learning from America. Siehe auch: Dolowitz: Policy Transfer. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Benchmarkinguntersuchungen, die aber vor allem einen Vergleich zwischen den einzelnen untersuchten Staaten oder Regionen im Sinn haben und nur wage Aussagen zur zukünftigen Entwicklung geben. Dazu beispielhaft: „Internationaler Reformmonitor“ der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Prognos AG. Zur Homepage des Projekts: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-D283BA81-6278B6DA/bst_engl/hs.xml/54224_54233.htm; am 10.8.2010.

redge beispielsweise von einer Organisation aus, definiert lernen aber lediglich über individuelle Lernprozesse. Die Frage, ob sich diese eins zu eins übertragen lassen, lässt er offen.

Doch wer genau muss lernen in einer Kommune, damit politischer Wandel eintritt? Dafür muss man sich die besondere Stellung der Kommunen anschauen, bei der Verwaltungs- und Staatsapparat eng miteinander verbunden sind, vor allem nachdem der Bürgermeister in allen Kommunen direkt gewählt wird. Damit ist er Verwaltungschef und gleichzeitig Teil des politischen Systems.³⁶⁴ Zudem haben wissenschaftliche Untersuchungen ergeben, dass Entscheidungen häufig von der Verwaltung initiiert werden und der Kommunalrat lediglich absegnet. Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher bezeichnen den Rat als reines „Ratifizierungsorgan“,³⁶⁵ da die Beziehungen zwischen Ratsmitgliedern und Verwaltungsleitern oft so eng seien, dass Entscheidungen nicht selten vor der Abstimmung im Rat getroffen würden. Diese Gruppe von Personen sind der sogenannte „Vorentscheiderkreis“, wie bereits in Kapitel 4.2.2 näher erläutert. Da dieser informelle Weg von Entscheidungen immer häufiger in Erscheinung tritt, müssen für das *Kommunale Lernen* eben diese, an der Vorentscheidung beteiligten Personen, lernen. Aus diesem Grund ist es auch gerade diese Personengruppe, welche bei der empirischen Analyse der Dissertation befragt werden sollen. Natürlich können auch in einem anderen Rahmen kognitive Prozesse stattfinden, doch werden diese sich kaum messbar machen lassen. Aus diesem Grund ist eine Pointierung auf eben diese Gruppe, da sie gleichzeitig auch die politische Elite einer Kommune widerspiegeln, sinnvoll.

Die Problematik des Lernsubjektes ist die Frage, wie ein kollektiver Akteur aus mehreren Individuen lernen kann: Lernt er als Gesamtheit oder indem alle seine Individuen lernen? Hier schließt sich das Konzept des *Kommunalen Lernens* der Interpretation von Max Miller und seinem „kollektiven Lernen“ an: Lernen stellt für ihn einen individuellen Prozess dar, der jedoch nur neues entwickeln kann, wenn es in einem sozialen Kollektiv stattfindet. Es handelt

³⁶⁴ Vgl.: Rudzio: Das politische System; S. 340f.

³⁶⁵ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 211.

sich demnach um „Lernen im Kollektiv“ und „Lernen als Kollektiv“, wobei das eine nicht ohne das andere funktionieren kann.³⁶⁶ Dabei ist es für Miller unerheblich, was als erstes da war, sondern die beiden Formen des kollektiven Lernens bedingen sich vielmehr einander. Lernen ist für ihn undenkbar ohne ein soziales Umfeld in dem dies überhaupt erst erfolgen kann.³⁶⁷

Beim *Kommunalen Lernen* bleibt auch das Lernen weiterhin ein individueller Prozess, so dass mindestens ein Mitglied des Vorentscheiderkreises lernt. Aber dieses Lernen findet im Umfeld eben dieses Kreises statt und wird kaum ohne ihn funktionieren. Dabei müssen nicht alle Mitglieder gleichzeitig lernen, sondern auch Lernprozesse Einzelner können Einfluss auf den gesamten Vorentscheiderkreis haben. Denn Beschlüsse, die politischen Wandel beinhalten, können nur in diesem Zusammenspiel geschehen, wie das vorhergegangene Kapitel gezeigt hat. Allerdings fällt dem Bürgermeister in diesem Zusammenspiel eine übergeordnete Rolle zu. Aber auch er kann die Richtung einer Kommune nicht allein lenken. Aber auch wenn dies der Fall wäre, würde es sich um Lernprozesse im Sinne des *Kommunalen Lernens* handeln. Wichtig für das *Kommunale Lernen* ist, dass am Ende politische Entscheidungen stehen.

5.4 Voraussetzungen, Hindernisse und Einflüsse für den kommunalen Lernprozess

Am Anfang eines kommunalen Lernprozesses steht die Problemerkennung. Diese Tatsache hört sich vielleicht banal an, ist aber immens wichtig für das *Kommunale Lernen*, da ohne eine Notsituation oder eine soziale Schieflage kein Lernprozess initiiert werden würde. In einer Kommune in der es keine Unzufriedenheiten gibt, muss theoretisch auch nichts verändert werden. Gleichzeitig kann es in einer Kommune eine Problematik geben, aber es hat sie bisher niemand erkannt. Auch dann wird keine Veränderung angestrebt. *Kommunales Lernen* wird nur dann in Gang gesetzt, wenn eine Problemlage besteht und

³⁶⁶ Vgl.: Miller: Kollektive Lernprozesse; S. 32f.

³⁶⁷ Vgl.: Ebd.; S. 23.

diese behoben werden soll. Besonders Etheredge und Short folgern bei ihrem Lernkonzept, dass es meistens nicht an der Intelligenz der politischen Ideen scheitert, sondern, dass sie das Problem und bestehende Ressourcen nicht erkennen.³⁶⁸

Wenn das Problem ausgemacht wurde, wird von Politik und Verwaltung einer Kommune versucht diese Situation zu lösen und innerhalb dieses Prozesses kann dann der „Vorentscheiderkreis“ lernen. Impulse für die Problemerkennung entstehen dabei aus dem „Vorentscheiderkreis“ selbst heraus oder durch äußere Einflüsse. Da das kommunale Verwaltungssystem in Deutschland sehr starr ist und nur wenig kreativen Spielraum lässt³⁶⁹ als auch Veränderungen zu Machtverlust führen können, sind Impulse von außen wahrscheinlicher für die Initiierung von Lernprozessen. Innere Anstöße sind aber keineswegs unrealistisch, da auch die Opposition in Teilen zum „Vorentscheiderkreis“ gehört und demnach auch Ideen einbringen kann. Zu den äußeren Gründen gehören Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen sowie Interessengemeinschaften auf der einen Seite als auch anstehende Wahlen oder das, was Sabatier als „Schock-Erlebnisse“³⁷⁰ (Naturkatastrophen, Terrorismus, etc.) bezeichnet. Während der zweite Bereich weniger Ursache für Lernprozesse sein wird, aufgrund ihrer selteneren Erscheinung, sind Wahlen durchaus ein nennenswerter Faktor. Inwieweit Verbände und andere Interessengemeinschaften wirklich zu äußeren Impulsen gezählt werden können ist Interpretationssache, da sie teilweise auch zum „Vorentscheiderkreis“ gezählt werden.³⁷¹ Eine weitere wichtige Einflussgröße sind die Medien, sie können Unzufriedenheit Raum geben, aber auch produzieren.³⁷² Da Unzufriedenheit ein sehr subjektiver Faktor ist, ließe er sich auch lediglich durch Erscheinungen in den Medien messbar machen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist zwar auch sehr subjektiv, aber im Rahmen der steigenden Bür-

³⁶⁸ Vgl.: Etheredge/ Short: *Government Learning*; S. 56.

³⁶⁹ Zur Problematik der Bürokratisierung und den Reformversuchen vgl.: Bieker: *Kommunale Sozialverwaltung*; S. 207- 218.

³⁷⁰ Vgl.: Sabatier/ Jenkins-Smith: *Dynamics of Policy Orientated Learning*. Siehe auch: Sabatier/ Jenkins-Smith: *Advocacy Coalitions Framework*; S. 123.

³⁷¹ Vgl.: Bieker: *Kommunale Sozialverwaltung*; S. 223. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: *Kommunalpolitik*; S. 246.

³⁷² Vgl.: Dolowitz/ Marsh: *Who Learns What from Whom*; S. 346ff.

gerbegehren kann sie verdeutlicht werden. Mittlerweile hat auch jede Kommunalverfassung die Bürgerentscheide als Momentum der politischen Mitgestaltung aufgenommen.³⁷³ Es muss für einen einsetzenden Lernprozess damit nicht nur ein Problem bestehen, sondern es muss auch eine Unterstützung von Bevölkerung, Opposition und Medien oder zumindest einem von ihnen erfahren. Dann muss die kommunale Regierung und Verwaltung dieses Problem angehen und benötigt wahrscheinlich neues Wissen dafür. Häufig findet der Austausch über Netzwerke statt, in denen sich die politischen Kommunen befinden.³⁷⁴ Eine weitere wichtige Rolle spielen dabei allerdings auch Werte und Normen der jeweiligen kommunalen politischen Elite. Denn diese agieren nicht rational, sondern sind immer Teil ihres „Belief-Systems“, wie Sabatier es nennt. Wohl lässt sich dieser Einfluss kaum berechnen, muss aber mit in die empirische Betrachtung einbezogen werden.

In der internen Debatte des „Vorentscheiderkreises“ können dann Lernprozesse vollzogen werden. Für die Umsetzung der neu gewonnenen Beschlüsse sind allerdings bestimmte Voraussetzungen notwendig. Neben individuellen Faktoren (Bereitschaft zum Lernen, kognitive Möglichkeit zu Lernen, etc.)³⁷⁵ sind vor allem strukturelle Faktoren (Finanzen, Größe der Gemeinde, Kommunikationswege, Selbstverwaltungsrechte, etc.) wichtig. Die individuellen Faktoren können nicht objektiv messbar gemacht werden und sind lediglich anhand der Befragungen der kommunalen Eliten teilweise sichtbar zu machen. Sie werden durch beispielsweise die Frage nach Nutzung von Bildungsangeboten abgefragt, da sie ein Ausdruck von Lernbereitschaft sein können. Die strukturellen Faktoren

³⁷³ Vgl.: Rudzio: Das politische System; S. 338.

³⁷⁴ Als wichtigstes kommunales Netzwerk wird der Deutsche Städtetag genannt. Er vermittelt die kommunalen Interessen an die Bundesregierung und tritt demnach auch als Lobbyist auf. Sein Ziel ist es die kommunale Selbstverwaltung zu garantieren und damit vor allem die finanzielle Stabilität. Vgl.: Schwarting, Gunnar: Der Deutsche Städtetag wird 100. Die organisierte Interessenvertretung der Kommunen im 20. Jahrhundert; in: Felten, Franz J. (Hrsg.): Städtebünde- Städtetage im Wandel der Geschichte (=Mainzer Vorträge 11); Stuttgart 2006; S. 89- 116; hier S. 110ff.

³⁷⁵ Etheredge und Short benennen fünf Lernformen des individuellen Lernens, die eine steigende Intelligenz zum Ziel haben. Diese Lernarten sollen in den Fragebogen an die politischen Eliten der Kommunen einzufließen, damit eine Aussage getroffen werden kann. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass dieser Faktor in einem nur sehr geringen Maße messbar ist und damit auch nur eine geringe Aussagekraft hat. Zu den Faktoren Etheredge und Shorts vgl.: Etheredge/ Short: Government Learning; S. 44- 48.

rücken in den Vordergrund der Untersuchung. Wie oben bereits erwähnt, haben sich auch schon die einzelnen Konzepte Gedanken gemacht, unter welchen Kon-
ditionen Lernprozesse stattfinden können. Etheredge nennt bei seiner Theorie
des *Government Learning* die „inferred coherence“ und versteht darunter neben
der Organisationsstruktur auch die technische Ausrüstung der Politiker.³⁷⁶ Da
es sich beim lernenden „Vorentscheiderkreis“ des *Kommunalen Lernens* um ei-
ne informelle Kommunikation handelt und nicht um eine feste Struktur, kann
die Organisationsstruktur vernachlässigt werden. Die technische Ausrüstung
(Art der Kommunikation unter den Entscheidungsträgern, materielle Ausstat-
tung, etc.) ist durchaus von Bedeutung, wird aber kaum nachweisbar sein,
da wohl kein Kommunalpolitiker oder -verwaltungsmitarbeiter offen zugeben
wird, dass er im „Vorentscheiderkreis“ ist und wie die dortige Kommunikation
funktioniert. Durch die Befragung nach der kommunalen Arbeitsweise kann
eventuell darauf Bezug genommen werden. Die wohl wichtigste Voraussetzung
ist eine solide finanzielle Ausstattung der Kommunen. Ohne ausreichende Fi-
nanzen kann eine Kommune ihre Einwohner nicht ausreichend versorgen. Dies
zeigt sich darin, dass seit der Wiedervereinigung die prekäre finanzielle Si-
tuation von Gemeinden versucht wird durch das Ausgliedern von Diensten
(beispielsweise Wasser-, Abfallversorgung oder Kindergärten) zu beheben.³⁷⁷

Darüber hinaus spielen auch weitere Punkte eine Rolle für kommunale Lern-
prozesse, wie etwa die Größe einer Gemeinde. Je größer eine Gemeinde ist,
desto wahrscheinlicher hat sie den Status einer kreisfreien Stadt und besitzt
damit automatisch mehr Selbstverwaltungsrechte als kleinere Gemeinden.³⁷⁸
Aber auch bei kreisangehörigen Gemeinden ist die Größe, gemessen an der
Bevölkerungszahl, durchaus von Bedeutung: Welche Aufgaben vom Kreis für
ihre Gemeinden übernommen werden, hängt auch stark davon ab, welche sie in
der Lage ist zu übernehmen.³⁷⁹ Darüber hinaus ist die Gemeindegröße relevant
für ihren Handlungsspielraum. Eine Großstadt besitzt beispielsweise ein höhe-

³⁷⁶ Vgl.: Etheredge/ Short: *Government Learning*; S. 49.

³⁷⁷ Vgl.: Rudzio: *Das politische System*; S. 358.

³⁷⁸ Vgl.: Bieker: *Kommunale Sozialverwaltung*; S. 5.

³⁷⁹ Vgl.: Ebd.; S. 6f.

res Steueraufkommen, ist meist besser mit anderen Kommunen vernetzt und hat eine grundsätzlich größere Attraktivität als Standort für den Dienstleistungssektor aufgrund des größeren Nutzerpotentials. Kleinere Städte haben in diesen Bereichen mit mehr Problemen zu rechnen. Wie oben bereits erwähnt sind die finanziellen Möglichkeiten einer Kommune wichtig für ihre Handlungsfähigkeit. Können neue Politiken nicht durchgeführt werden, so kann auch nicht von Lernerfolg gesprochen werden, da die Umsetzung fehlt. Allerdings fehlt es den meisten Kommunen eben an dieser finanziellen Ausstattung. Die Globalisierung hat die Konkurrenz unter den Kommunen international gemacht und damit verschärft. Daher ist auch die Suche nach finanziellen Mitteln immer schwieriger.³⁸⁰

Auf Grundlage dieser Überlegungen werden Großstädte und Mittelstädte im empirischen Teil analysiert, um zu untersuchen, ob sich tatsächlich ein Unterschied hinsichtlich der Lernfähigkeit feststellen lässt. Anhand dieser Auswahl kann festgestellt werden, ob sich die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen tatsächlich auch unterschiedlich auf das *Kommunale Lernen* auswirkt. Mithilfe des *Kommunalen Lernens* müsste zur Zeit davon ausgegangen werden, dass die Großstädte A besser Lernprozesse vollziehen können als die Mittelstädte, da sie einen größeren Handlungsrahmen haben und durch ihre Größe auch mehr Ressourcen freisetzen können. Interessant wäre auch, kleine Gemeinden, vornehmlich im ländlichen Gebiet, zu analysieren. Die unüberwindbare Schwierigkeit liegt dabei aber in der Tatsache, dass sich für Kleinstädte nicht genug Datenmaterial ermitteln lässt. Zudem ist der Handlungsrahmen noch kleiner und Lernprozesse kaum noch theoretisch denkbar.

5.5 Können Kommunen lernen?

Die Betrachtung von Kommunen ist daher besonders wichtig, da es vor allem lokale Politiken sind, die die Bevölkerung beschäftigt.³⁸¹ Leider spiegelt sich

³⁸⁰ Vgl.: Häußermann/ Läßle/ Siebel: Stadtpolitik; S. 8f.

³⁸¹ Vgl.: Rudzio: Das politische System; S. 334.

dies nur selten in einer hohen Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen wider.³⁸² Vor allem in Anbetracht des Strukturwandels sind es die Kommunen, bei denen die Auswirkungen als erstes bemerkbar sind. Umso wichtiger ist eine effiziente Kommunalpolitik, für die Lernprozesse eine große Bedeutung haben können.

Sowohl die theoretische Herleitung als auch die strukturelle Darstellung kommunaler Verwaltung in Deutschland haben gezeigt, dass Lernprozesse im Sinne des *Kommunalen Lernens* möglich sind. Durch das Selbstverwaltungsrecht, welches zwar teilweise eingeschränkt wurde, aber nicht völlig negiert ist, besitzen die Kommunen einen eigenen Gestaltungsrahmen, der gesetzlich gesichert ist. Bisher wurden noch keine Lernprozesse auf kommunaler Ebene untersucht, aber Marsh und Dolowitz erklären, dass Lernprozesse generell auf jeder politischen Ebene möglich seien.³⁸³ Dies beweist auch die Einführung des *Kommunalen Lernens*, welches darlegt, dass der „Vorentscheiderkreis“ Lernprozesse initiieren und somit für innovative Impulse sorgen kann.

Abbildung 3 fasst die wichtigsten Elemente des *Kommunalen Lernens* noch einmal zusammen und veranschaulicht sie.

³⁸² Zwischen 2000 und 2009 lag die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene nie über 60% und wird nur noch von der Beteiligung an den Europawahlen unterboten. Vgl.: Schäfer, Armin: Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Gefunden unter: <http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/jahrbuch-09-10-schaefer-280509.pdf>; am 25.07.2012.

³⁸³ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: Who Learns What from Whom; S. 344.

Abbildung 3: *Kommunales Lernen*

	Merkmale	Erläuterung
Lernform	reflexives Lernen Benchmarking	neue Ideen durch eigene/ fremde Erfahrungen
Lernsubjekt	„Vorentscheiderkreis“ kollektives Lernen nach Miller	Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende, Referatsleiter
Ursachen	Problemerkennntnis mit externen Ereignissen	Wahlen, Interessengruppen, „Schock-Ereignisse“
Voraussetzungen	Handlungsspielraum	Ausstattung mit Ressourcen, Netzwerke, Kreativität

Eigene Darstellung.

Abzuklären sind bei der empirischen Untersuchung die Voraussetzungen, da sie über Gelingen und Scheitern von kognitiven Prozessen auf kommunaler Ebene entscheiden. Insgesamt sind es 7 Faktoren, die anhand des Fragebogens abgeklärt werden:

- 1. Gestaltungsmöglichkeiten** Wie oben bereits erwähnt übernimmt das *Kommunale Lernen* die Annahme von Robert Merton, dass menschliche Handlungen durch die eigenen subjektiven Wahrnehmungen stark beeinflusst werden. Das was er als *self-fulfilling prophecy* bezeichnet.³⁸⁴ Daher müssen die Kommunalpolitiker selbst einen Handlungsrahmen wahrnehmen, da sie ansonsten keine politischen Veränderungen anstreben werden. Dabei spielt auch eine Rolle, welche Ebene als größter Einflussfaktor gesehen wird.

³⁸⁴ Vgl.: Merton: Social Theory; S. 423.

- 2. Haushaltssituation** Die Kommunalpolitiker dürfen die Finanzen nicht als so erdrückend wahrnehmen, dass sie ihren Gestaltungsrahmen eingeschränkt sehen. Zudem kostet politischer Wandel Geld - die Verwaltung, die Umsetzung, Material, etc. Wer kein Geld hat, kann demnach auch keine politischen Veränderungen durchführen. Hierzu gehören auch Fragen nach Fördergeldern.
- 3. Arbeit im Stadtrat** Sollte es zu starken politischen Blöcken kommen, die sich gegenüberstehen, ist weniger mit Lernprozessen zu rechnen. Herrscht eine Konsenspolitik aufgrund von gleicher Machtverteilung innerhalb des Stadtrates, sind hingegen Lernprozesse eher zu erwarten. Sabatier und Jenkins-Smith gehen bei ihren Subsystemen ebenfalls auf diese Problematik ein. Hat eine Koalition eine Mehrheit im System, wird sie diese nicht in Frage stellen und Veränderungen werden unwahrscheinlicher.³⁸⁵ Auch Bandelow beschreibt, dass politische Opponenten durchaus förderlich sein können für den Lernprozess und nicht zwingend eine Behinderung sind.³⁸⁶ Dieser Ansatz kann durchaus auch für den Stadtrat übernommen werden, wenn man ihn als Subsystem definiert.
- 4. Wahrnehmung der strukturellen Problematik** Das Wahrnehmen von strukturellen Veränderungen ist elementar für kognitive Prozesse. Das bestehende Problem verursacht erst einen Lernprozess - ohne Problem auch kein Lernen. Auch Etheredge und Short betonen die Problemwahrnehmung für ihr *Government Learning*. So scheitern Lernprozesse häufig an einer fehlenden Erkenntnis von Problem und Ressourcen.³⁸⁷ Sind sich die kommunalen Akteure über die strukturellen Schwächen ihre Kommunen im Klaren, wird Lernen erst überhaupt möglich. Wobei unwichtig ist,

³⁸⁵ Vgl.: Sabatier: Advocacy-Koalitionen; S. 135f. Auch Richard Rose nennt Wahlkampf und oppositionelle Unzufriedenheit als Ursache für die Einleitung von Lernen. Vgl.: Rose: Lesson-Drawing; S. 60ff.

³⁸⁶ Vgl.: Bandelow, Nils C.: Kollektives Lernen durch Vetospieler? Konzepte britischer und deutscher Kernexekutiven zur europäischen Verfassungs- und Währungspolitik (=Modernes Regieren. Schriften zu einer neuen Regierungslehre; Bd. 1); Baden-Baden 2005; S. 244f.

³⁸⁷ Vgl.: Etheredge/ Short: Government Learning; S. 56.

ob es sich dabei um reale Probleme oder eingebildete Probleme handelt. Lernprozesse initiieren beide Formen.

5. Nutzung von Netzwerken Sie sind ein neues Feld der Politikfeldanalyse, in dem Netzwerke hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung und Nutzung betrachtet werden.³⁸⁸ Die deutschen Untersuchungen basieren vor allem auf den Überlegungen von Hugh Heclo, da seine Idee von losen Verbindungen mit unterschiedlichen Abhängigkeiten dem deutschen System näher kam als bisherige Konzepte.³⁸⁹ Diese Ideen tauchten auch in seinem Lernkonzept auf und zeigten die Verbindung von Netzwerken und Lernprozessen erstmals auf.³⁹⁰ Mittlerweile hat sich die Netzwerkforschung auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens ausgeweitet, welche Netzwerke nicht mehr als „Klüngel“, sondern als Innovationsvorteil sehen.³⁹¹ Denn durch Netzwerke entsteht ein Austausch zwischen den Personen, durch die fremdes Wissen, fremde Ideen und Kreativität genutzt und überhaupt erst erreichbar ist. Lernprozesse werden demnach leichter initiiert. Zudem erhalten weitere Akteure Einfluss in den Politikprozess und weitere Kompromisse sind notwendig. Gerade diese Kompromisse machen bei Netzwerken den problemlösenden Charakter aus.³⁹² Nutzen die politischen Akteure also Netzwerke, sind Lern-

³⁸⁸ Die sogenannten „Policy Networks“ entstanden in den USA bereits in den 1950er/1960er Jahren und nehmen in Europa und Deutschland seit den 1990er Jahren immer mehr an Forschungsgehalt zu. Vgl.: Schubert, Klaus: Politikfeldanalyse. Eine Einführung (=Grundwissen Politik; Bd. 6); Opladen 1991; S. 91. Siehe auch: Marin, Bernd u. Mayntz, Renate: Einführung: Studying Policy Networks; in: Marin, Bernd u. Mayntz, Renate (Hrsg.): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations; Frankfurt a. M./ Boulder 1991; S. 11- 23; hier S. 12f.

³⁸⁹ Vgl.: Schubert: Politikfeldanalyse; S. 95.

³⁹⁰ Vgl.: Heclo: Modern Social Politics; S. 285- 304.

³⁹¹ Vgl. beispielsweise: Benz, Arthur u. Fürst, Dietrich: Policy Learning in Regional Networks; in: European Urban and Regional Studies (21.9.2002); S. 21- 35. Siehe auch: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005.

³⁹² Vgl.: Mayntz, Renate: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen; in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 24); Opladen 1993; S. 39- 56; hier S. 45 u. 54.

prozesse wahrscheinlicher. Dörre/ Röttger sprechen sogar von „vernetztem Lernen“. ³⁹³

6. Nutzung von Bildungsangeboten Bei der Nutzung von Bildungsangeboten geht es um die Bereitschaft der kommunalen Eliten, sich neues Wissen anzueignen, die eigenen Fähigkeiten zu stärken und für ihr ehrenamtliches Engagement im Stadtrat bestens ausgerüstet zu sein. Werden solche Möglichkeiten genutzt, wird auch die Lernfähigkeit zunehmen. Wer hingegen keine neuen Impulse annimmt, kann kaum innovative Wege einschlagen.

7. Kreativität Kreativität oder Innovation ist ein Weg, das deterministische System der Kommunalordnung aufzuheben und Veränderungen einzuführen. Ganz im Sinne von Karl Poppers Indeterminismus. ³⁹⁴ Je kreativer eine Person ist, desto eher sind auch Lernprozesse zu erwarten. Einen ähnlichen Ansatz wirft auch Karl Deutsch auf, der kreatives Lernen als sich erweiternde kognitive Prozesse ansieht, die bisherige Strukturen neu ordnen können. ³⁹⁵ Ein sehr individueller Faktor, der als einziger nicht direkt durch den Fragebogen abgefragt wird, sondern anhand aller Antworten herausgefiltert werden soll.

Mit Hilfe des Konzeptes des *Kommunalen Lernens* ist eine Aussage über Lernprozesse in Kommunen im Bereich des Strukturwandels möglich. Durch den prospektiven Blickwinkel kann die Dissertation Hilfestellungen geben, wann und wie Lernprozesse zu erwarten sind und Kommunen den Weg eröffnen, erfolgreich den sozioökonomischen Problemen zu begegnen. In wie weit die kommunalen Akteure selbst eine Lernsituation definieren, in der es ihnen ermöglicht wird, kognitive Prozesse zu vollziehen, folgt im anschließenden empirischen Teil mit Hilfe der leitfadengeführten Interviews.

³⁹³ Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd: Vorwort; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005.; S. 7- 8; hier S. 8.

³⁹⁴ Vgl.: Keuth, Herbert: Die Philosophie Karl Poppers; Tübingen 2000; S. 664.

³⁹⁵ Dagegen setzt er das lebenserhaltende Lernen, welches die bisherigen Kapazitäten des Lernens nutzt, aber nicht darüber hinaus geht. Vgl.: Deutsch: Politische Kybernetik; S. 240.

6 Die strukturelle Schwäche der 4 Fallbeispiele

6.1 Gelsenkirchen

Alle untersuchten Fallbeispiele waren ehemalige industrielle Standorte mit großer Bedeutung für die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik oder der DDR. In Gelsenkirchen, wie im gesamten Ruhrgebiet, prägte der Bergbau die Stadt und den Arbeitsmarkt. Das gesamte Ruhrgebiet galt Jahrzehnte lang als Wirtschaftsherz Deutschlands, wobei dies auch schon direkt nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch schwerlich zutraf, wie noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts.³⁹⁶ Bereits in den 1960er Jahren schlossen die ersten Zechen und der Bedeutungsverlust der Kohle begann. Seit dieser Zeit befindet sich das gesamte Ruhrgebiet in einem strukturellen Wandel.³⁹⁷ Bedeutend in diesem Zusammenhang war, dass zunächst Zechen in weniger stark vom Bergbau geprägten Teilen des Ruhrgebiets geschlossen wurden, so dass Gelsenkirchen sehr lange noch vom Bergbau profitierte. Erst 1996 schloss mit der Zeche Consolidation die letzte Bergbauanlage in Gelsenkirchen.³⁹⁸ Ein Umdenken hinsichtlich

³⁹⁶ Vgl.: Nachtwey, Jochen: Institutionelle Strukturen als Auslöser persistenter Arbeitslosigkeit. Eine Analyse für das Ruhrgebiet; Bochum 1997; S. 161ff.

³⁹⁷ Vgl.: Wissen, Markus: Standortbündnisse und Modernisierungskoalitionen. Die Regulation ungleicher Entwicklung im „post-montanindustriellen“ Ruhrgebiet; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005; S. 116- 131; hier S. 118.

³⁹⁸ Zur Chronik der letzten Zeche Gelsenkirchens vgl. die Angaben der kommunalen Seite des jetzigen Kulturzentrums CONSOL. Gefunden unter: <http://www.kulturgebiet-consol.de/index.php?id=35>; am 7.5.2014. Dabei fand bereits in den 19060er Jahren eine große Stilllegung statt, so dass 1966 nur noch etwa die Hälfte der Beschäftigten von 1950 im Bergbau tätig waren. Vgl.: Schlieper, Andreas: 150 Jahre Ruhrgebiet. Ein Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte; Düsseldorf 1986; S. 173f.

der Ansiedlung neuer, innovativer Industrien fand ebenfalls erst in den 1990er Jahren statt.³⁹⁹ Die Städte des Ruhrgebiets, deren Zechen bereits geschlossen waren, waren zu diesem Zeitpunkt wenigstens teilweise wirtschaftlich neu aufgestellt, hatten Universitäten gegründet und sich vom altindustriellen Charme befreit. Gelsenkirchen hingegen begann mit dem Jahrtausendwechsel erst richtig mit dem Strukturwandel.⁴⁰⁰

Aufgrund dieser verschleppten Anpassung an den Bedeutungsverlust der Kohle, der auch durch die Subventionspolitik von Bund und Land verstärkt wurde,⁴⁰¹ zeigen sich in Gelsenkirchen noch immer die Auswirkungen des Wandels. Zusätzlich mussten die Voraussetzungen für eine neue ökonomische Schwerpunktsetzung unter weitaus schwierigeren Bedingungen vonstatten gehen als noch in den Jahrzehnten zuvor. Zu Beginn der Transformation des Ruhrgebiets wurden Programme des Landes konzipiert, um die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Region zu gewährleisten. Hiervon profitierten zunächst die Kreise, die bereits ihre Zechen verloren hatten und im Strukturwandel waren. Zu den Programmen gehörten auch Bildungseinrichtungen.⁴⁰² So gründeten sich in Bochum 1965 die Ruhr-Universität und in Dortmund 1968 die Technische Universität.⁴⁰³ Für die nachfolgenden Städte wurde die Ansiedlung

³⁹⁹ Dies war auch im gesamten Ruhrgebiet erkennbar. So gründete sich erst 1965 die erste Universität des Ruhrgebiets und dennoch kam das Ruhrgebiet kaum dem Bildungsdruck durch neue Technologien hinterher. Je länger der Bergbau eine Stadt dominierte, desto länger dauerte auch dieser Prozess. Vgl.: Schlieper: 150 Jahre Ruhrgebiet; S. 184.

⁴⁰⁰ Die unterschiedliche zeitliche Komponente des Strukturwandels im Ruhrgebiet zeigt sich deutlich an Kennzahlen der Sozialhilfe-Bezieher und Arbeitslosigkeit. So erreichen Kreise im Ruhrgebiet durchaus positive Werte im Bereich des Arbeitsmarktes. Gelsenkirchen jedoch gehört zu den Kreisen Nordrhein-Westfalens mit deutlichem Negativtrend. Vgl.: Strohmeier, Klaus Peter u. Kerstin, Volker: Sozialraum Ruhrgebiet - Stadträumliche Differenzierungen von Lebenslagen, Armut und informelle Solidarpotentiale; in: Bovermann, Rainer; Koch, Stefan u. Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.): Das Ruhrgebiet - Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946- 1996 (=Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte; Bd. 7); Essen 1996; S. 451- 475; hier S. 454f.

⁴⁰¹ Vgl.: Schlieper: 150 Jahre Ruhrgebiet; S. 199. Siehe auch: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 122.

⁴⁰² Vgl.: Kilper, Heiderose; Latniak, Erich; Rehfeld, Dieter u. Simonis, Georg: Das Ruhrgebiet im Umbruch. Strategien regionaler Verflechtung (=Schriften des Institut Arbeit und Technik; Bd. 8); Opladen 1994; S. 18/ 19. Siehe auch: Schlieper: 150 Jahre Ruhrgebiet; S. 184ff.

⁴⁰³ Zur jeweiligen Gründung der Universitäten sowie deren Geschichte siehe die Angaben auf den jeweiligen Internetpräsentationen der Universitäten. Zur Ruhr-Universität Bochum vgl.: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/universitaet/fakten/>; am 29.08.2012. Vgl. für

von innovativen Unternehmen, von Bildungs- und Forschungseinrichtungen damit umso schwieriger, da diese bereits verteilt waren.

Derzeit stellt die SPD in Gelsenkirchen sowohl den Oberbürgermeister als auch die Mehrheit im Stadtrat, beide Wahlen fanden 2009 statt. Bei den Stadtratswahlen konnte die SPD mit 34 von 66 die absolute Mehrheit der Sitze erreichen und ist mit Abstand die stärkste Fraktion. Mit 15 Sitzen folgt ihr die CDU und die folgenden sechs Parteien erreichten nur 1 bis 4 Sitze. Insgesamt sitzen damit acht Parteien im Stadtrat, darunter die fünf etablierten Bundestagsparteien als auch die rechtsradikale *pro NRW* sowie die lokalen Gruppierungen *AUF Gelsenkirchen* und *Bürger Initiative Gelsenkirchen*.⁴⁰⁴

6.1.1 Arbeits- und Beschäftigungsmarkt

Die Auswirkungen des Strukturwandels von einem monoindustriellen Standort zu einem zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zeigen sich in Gelsenkirchen am deutlichsten bei der Arbeits- und Beschäftigungsstruktur (siehe Abbildung 4). Mit einer Beschäftigtenquote von nur 38,2% weist Gelsenkirchen starke Defizite als Arbeitsort auf. In Folge dessen sind zusätzliche Kosten für die Arbeitslosen und geringere Einnahmen durch die Einkommenssteuer gegeben.

die TU Dortmund: http://www.tu-dortmund.de/uni/Uni/Zahlen__Daten__Fakten/Chronik/index.html; am 29.08.2012.

⁴⁰⁴ Zum Wahlergebnis, den Sitzverhältnissen und den vertretenen Parteien im Gelsenkirchener Stadtrat vgl. die Angaben auf der Internetpräsenz der Stadt. Gefunden unter: http://stadt.gelsenkirchen.de/de/Politik/Rat_der_Stadt_Gelsenkirchen/default.asp?Z_highmain=4&Z_highsub=0&Z_highsubsub=0; am 25.9.2012.

Abbildung 4: Ebene der Arbeitswelt Gelsenkirchen

Indikatoren	Gelsenkirchen	Deutschland	NRW
Beschäftigte am Wohnort	72.265	27.599.714	5.732.053
Beschäftigtenquote	38,2%	51,1%	48,8%
Bedeutung als Arbeitsort	0,99	1	1,02
Beschäftigte 1. Sektor	0,1%	0,8%	0,5%
Beschäftigte 2. Sektor	29%	30,4%	29,7%
Beschäftigte 3. Sektor	70,9%	68,8%	69,8%
Beschäftigte ohne Berufsausbildung	15,8%	13,9%	15,7%
hochqualifizierte Beschäftigte	8,5%	10,6%	10,1%
Arbeitslosenquote	14,4%	8,6%	8,7%
Ausländerarbeitslosigkeit	28,3%	15,7%	20%
Langzeitarbeitslosigkeit	45,1%	34,9%	41,4%
Frauenarbeitslosigkeit	14,4%	7,5%	8,5%
Jugendarbeitslosigkeit	13,5%	6,8%	7,8%

Eigene Darstellung.⁴⁰⁵

Anhand der Verteilung der Beschäftigten auf die drei Sektoren zeigt sich zwar, dass Gelsenkirchen mittlerweile den Wandel zur Dienstleistungsgesell-

⁴⁰⁵ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen (Anhang 2, S. 366/ 367), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Anhang 2, S. 368- 373), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Art der Ausbildung (Anhang 2, S. 375/ 376), über Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten (Anhang 2, S. 374) und über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+gelsenkirchen+wirtschaft-arbeit+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012.

schaft vollzogen hat, dies aber auf Kosten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Seit 2000 hat ein Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Gelsenkirchen um 9,4% stattgefunden, wobei sich dieser Rückgang hauptsächlich auf den zweiten Sektor bezieht.⁴⁰⁶

Dass es vor allem die ehemaligen Bergleute und Industriearbeiter sind, welche sich den wirtschaftlichen Veränderungen kaum anpassen konnten, zeigt sich ebenfalls in der Arbeitslosenstatistik: Von den hier betrachteten vier Fallbeispielen hat lediglich die Gemeinde Hoyerswerda eine höhere Arbeitslosenquote (siehe Kapitel 6.2.4). Mit einer Arbeitslosigkeit von 14,4% liegt die Gelsenkirchener Quote nicht nur bedeutend über dem Bundes- und Landesdurchschnitt von etwa 8,6% und 8,7%, sondern auch über vielen ostdeutschen Regionen. Dabei stellt gerade die Arbeitslosigkeit ein besonderes Strukturmerkmal der ostdeutschen Arbeits- und Beschäftigungsstruktur dar und betrifft dort nicht nur strukturschwache Regionen, sondern auch Städte mit einer stabilen Wirtschaftssituation.⁴⁰⁷ Gerade diese Tatsache ist besorgniserregend und ein wichtiger Ausdruck der Gelsenkirchener Strukturschwäche. Untersucht man die Langzeitarbeitslosigkeit der kreisfreien Stadt, zeigt sich ein ähnliches Bild. Mit 45,1% aller gemeldeten Arbeitslosen 2010 ist der Anteil der Langzeit-

⁴⁰⁶ Während der dritte Sektor einen leichten Zugewinn von 7,7% zwischen 2000 und 2010 verzeichnen konnte, hatte der zweite Sektor einen Rückgang um 18,7% zu melden. Werte beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der sozialversicherungspflichtig Beschäftigtenzahlen am Arbeitsort der Bundesagentur für Arbeit. Angaben der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen 2000 der Daten der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen entnommen. Gefunden unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data;jsessionid=5103A0AAEE4761148687226D63013F4A?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411038708856&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=13111-49iz&auswahltext=%23SHGKRL-%2405513%23Z-30.06.2000&werteabruf=Werteabruf>; am 12.6.2012. Angaben der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen 2010 der Daten der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen entnommen. Gefunden unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data;jsessionid=5103A0AAEE4761148687226D63013F4A?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411039016599&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=13111-47iz&auswahltext=%23Z-30.06.2010%23SHGKRL-%2405513&werteabruf=Werteabruf>; am 12.6.2014.

⁴⁰⁷ Zur Besonderheit der hohen Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland vgl.: Rehberg, Karl-Siebert: Ost-West; in: Lessenich, Stephan u. Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland eine gespaltene Gesellschaft; Frankfurt a. M. 2006; S. 209- 233; hier S. 213f.

arbeitslosen deutlich höher als in allen anderen Fallbeispielen. Zwar gilt als langzeitarbeitslos jeder gemeldete Arbeitslose, der über ein Jahr keinem Beschäftigungsverhältnis nachging, dennoch lässt sich wohl sagen, dass es vor allem ehemalige Beschäftigte der Montanindustrie sind, die hierunter fallen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist deswegen so bedeutend, da sie angibt, wie gut Arbeitslose vermittelt werden können am örtlichen Arbeitsmarkt.⁴⁰⁸ Lässt sich, wie im Falle Gelsenkirchen, fast jeder zweite Arbeitslose nur schwer vermitteln, so ist davon auszugehen, dass dies ein strukturelles Problem des gesamten Arbeitsmarktes ist. Ursache hierfür könnte, wie bereits angedeutet, die nur schwierige Heranführung von ehemaligen Bergleuten an die Herausforderungen des neuen Arbeitsmarktes sein. Zwar sind Bergleute Fachkräfte und zudem im Ruhrgebiet zumeist auch exzellent ausgebildet. Vornehmlich hatten sie Ausbildungen in der Metallerzeugung oder dem Bergbau. Sie waren jedoch derart spezialisiert, dass sie nach dem Verlust der Zechen kaum andernorts einsetzbar waren. Hinzu kam ein relativ hohes Lohnniveau bei diesen Beschäftigten, so dass eine Umschulung in einen anderen Bereich häufig auch mit Gehaltseinbußen verbunden gewesen wäre. Dies führt auch zu einem weiteren Grund für eine schlechte Arbeitsmarktsituation: Durch das hohe Lohnniveau wurde die Ansiedlung von neuen Unternehmen erschwert, da diese nicht bereit gewesen wären, die Löhne zu zahlen.⁴⁰⁹

Ein weiteres Erbe des Bergbaus zeigt sich deshalb auch in der Beschäftigtenqualifikation. Der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung liegt zwar nicht eklatant über Bundes- und vor allem nicht über dem Landesdurchschnitt, aber der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten liegt unter beiden Mittelwerten. Dies lässt den Schluss zu, dass Gelsenkirchen die Fachkräfte fehlen

⁴⁰⁸ Vgl.: Nachtwey: Auslöser persistenter Arbeitslosigkeit; S. 220ff. Zwar sind Nachtweys Analysen für das Ruhrgebiet spezifiziert, doch lässt sich diese Grundannahme durchaus auch auf alle Regionen Deutschlands ausweiten.

⁴⁰⁹ Zur Komplexität von Gehalt und Qualifikation der Beschäftigten des Bergbaus im Ruhrgebiet vgl.: Hamm, Rüdiger u. Wienert, Helmut: Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich (=Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung; Heft 48); Berlin 1990; S. 156f.

für neue und innovative Techniken, die vor allem hochqualifiziertes Personal benötigen.⁴¹⁰

In der Gesamtheit zeigt die Ebene der Arbeitswelt, dass Gelsenkirchen erhebliche strukturelle Probleme aufweist, die hauptsächlich in der späten Verabschiedung vom Bergbau und dem damit verbundenen verzögerten Wandel liegen.

6.1.2 Bevölkerungsstruktur

Wenn eine Kommune eine schwache Arbeitsmarktsituation hat, bedeutet dies in den meisten Fällen auch eine sinkende Bevölkerungszahl. Man könnte es auf die einfache Formel bringen: Wo keine Arbeit zu finden ist, wird weggezogen und andernorts nach Arbeit gesucht.⁴¹¹ Aus diesem Grund zeigen sich auch einige demographische Parameter Gelsenkirchens unterdurchschnittlich (siehe Abbildung 5), insgesamt betrachtet ist die Bevölkerungsstruktur jedoch nicht problematischer als in anderen Kommunen Deutschlands. Die schrumpfende und alternde Bevölkerung sind Fakten mit denen sich die Bundes- und Landespolitik ebenfalls auseinandersetzen muss, da sie für fast alle Regionen der Bundesrepublik Deutschland zutrifft.⁴¹²

⁴¹⁰ Vgl.: Hamm/ Wienert: Strukturelle Anpassung; S. 156/ 157. Siehe auch: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 122f.

⁴¹¹ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 45.

⁴¹² Vgl.: Ebd.; S. 34f.

Abbildung 5: Demographische Ebene Gelsenkirchen

Indikatoren	Gelsenkirchen	Deutschland	NRW
Bevölkerungsstand	257.981	81.751.602	17.845.154
Bevölkerungsentwicklung			
2003-2010	-5,3%	-0,9%	-1,3%
Durchschnittsalter	43,7 Jahre	ca. 43 Jahre ⁴¹³	43,3 Jahre
Frauenanteil	51,4%	50,9%	51,2%
Jugendquotient	32%	30,3%	32,3%
Altenquotient	34,9%	33,8%	33,6%
Ausländeranteil	14,2%	8,8%	10,5%
Fertilitätsrate	7%	-	3,1%
Geburten-Sterbesaldo	-0,5%	-0,2%	-0,3%
Wanderungssaldo	-0,2%	0,2%	0,1%
Bevölkerungsprognose			
2009-2030	-8,7%	-5,4% ⁴¹⁴	-5,3%
Durchschnittsalter 2030	46,6 Jahre	ca. 47 Jahre ⁴¹⁵	47 Jahre

Eigene Darstellung.⁴¹⁶

⁴¹³ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁴¹⁴ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-0.15.html>; am 16.7.2014.

⁴¹⁵ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁴¹⁶ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377), über Lebendgeborene (Anhang 2, S. 378), über Gestorbene (Anhang 2, S. 379), über Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes (Anhang 2, S. 380/ 381) und über die Bevölkerung nach Altersgruppen (Anhang 2, S. 382- 388) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Zu finden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+gelsenkirchen+demographischer-wandel+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

Sowohl der natürliche Bevölkerungs- als auch der Wanderungssaldo waren 2010 negativ, aber nicht bedrohlicher als der Bundes- und Landesdurchschnitt. Es zeigt sich jedoch, dass der Rückgang der Bevölkerung seit 2003 und der prognostizierte Rückgang bis 2030 mit 5,3% beziehungsweise 8,7% deutlich stärker ausgefallen ist oder ausfallen wird, als dies für die gesamte Bundesrepublik oder für Nordrhein-Westfalen anzunehmen ist. Ursachen hierfür sind die generell niedrige Geburtenrate und für Gelsenkirchen im Besonderen die schlechte Arbeitsmarktsituation. Da die Verteilung der Abwanderung nach Altersgruppen zeigt, dass die Gruppe der 18-25-Jährigen - also die Altersgruppe, die sich meist in Ausbildung befindet - eine positive Wanderungsbilanz hat.⁴¹⁷ Dies liegt zum einen an den beiden Fachhochschulen in Gelsenkirchen, aber hauptsächlich wohl in der Tatsache, dass das Ruhrgebiet ein Ballungszentrum ist, in dem man schnell von Gelsenkirchen in eine der anderen Städte ist.⁴¹⁸ Damit ist zu vermuten, dass Gelsenkirchen lediglich als Wohnort während der Studienzeit attraktiv ist und danach wieder weggezogen wird.

Vergleicht man die beiden Wanderungsgruppen - über die Gemeindegrenzen und über Staatsgrenzen - so zeigt sich, dass Gelsenkirchen 450 Fortzüge mehr hat als Zuzüge über die Gemeindegrenzen, aber 666 Zuzüge mehr als Fortzüge aus dem Ausland. Hier sind es vor allem Ausländer die das positive Saldo aus dem Ausland ausmachen: Während 2010 das Wanderungssaldo von deutschen Zu- und Fortzügen insgesamt bei -1.174 Personen lag, war das

⁴¹⁷ Bei der Altersgruppe der 18-bis 25-Jährigen gab es 2010 eine positive Wanderungsbilanz über die Gemeindegrenzen hinweg von 80 Personen. Eigene Berechnung auf Grundlage der Wanderungsstatistik nach Altersgruppen der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen. Gefunden unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data;jsessionid=5103A0AAEE4761148687226D63013F4A?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411039250358&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12711-03ir&auswahltext=%23RKREISE-05513&nummer=2&variable=1&name=KREISE&werteabruf=Werteabruf>; am 12.6.2012.

⁴¹⁸ Die Fachhochschule Gelsenkirchen hat zwar steigende Studentenzahlen, aber sie machen in der Gesamtheit und im Vergleich zu den Universitäten im Umkreis nur einen verschwindend geringen Teil aus. Eine detailliertere Darstellung der Bildungsstruktur in Gelsenkirchen wird im nächsten Unterkapitel stattfinden.

Wanderungssaldo von Ausländern mit 1.390 Personen positiv.⁴¹⁹ Die abgemilderte Bevölkerungsentwicklung im Bereich der Wanderungen ist vornehmlich auf den weiterhin bestehenden Zuzug von Ausländern zurückzuführen. Würde dies wegfallen, so wäre der Rückgang wesentlich dramatischer. Wobei ein Zuzug von vornehmlich ausländischer Bevölkerung und ein Wegzug von vornehmlich Deutschen natürlich neue Belastungen für eine Kommune bedeuten kann. Die Integration von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt ist nicht leichter, wie die hohe Ausländerarbeitslosigkeit - nicht nur in Gelsenkirchen, sondern in der gesamten Bundesrepublik - zeigt (siehe Abbildung 4). Bundesweit ist die Ausländerarbeitslosigkeit fast doppelt so hoch, wie die durchschnittlicher Arbeitslosigkeit und daher ist es für Ausländer noch wahrscheinlicher arbeitslos zu sein als für Deutsche.

Vergleichbar zeigt sich auch die Situation bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Während die deutsche Bevölkerung einen deutlich negativen Geburten-Sterbesaldo 2010 aufwies von -1.387, hatte die ausländische Bevölkerung Gelsenkirchens im selben Jahr einen leicht positiven Saldo von 71.⁴²⁰ Dies bedeutet, dass der Ausländeranteil in Zukunft steigen wird, weniger wegen des

⁴¹⁹ Wanderungssalden sind eigene Berechnungen auf Grundlage der Wanderungsstatistik nach Nationalität der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen. Gefunden unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data.jsessionid=5103A0AAEE4761148687226D63013F4A?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411039478897&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12711-02iz&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHGKRL-%2405513&werteabruf=Werteabruf>; zuletzt am 12.6.2012.

⁴²⁰ Salden sind eigene Berechnung auf Grundlage der Daten der natürlichen Bevölkerungsstatistik nach Nationalität der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Geburtenstatistik gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=D3F986BEA702E18E1209C9110B23C230?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1412060079270&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=178-31-4&auswahltext=%23SHRKRLB-05513%23Z-01.01.2010&werteabruf=Werteabruf>; am 18.8.2012. So wie der Sterbestatistik der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=D3F986BEA702E18E1209C9110B23C230?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1412060289410&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=179-41-4&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRKRLB-05513&werteabruf=Werteabruf>; am 18.8.2012.

positiven Saldos der ausländischen Bevölkerung, sondern vor allem durch den negativen Saldo der Deutschen. Dies könnte die angesprochene Integrationssituation der kreisfreien Stadt zusätzlich belasten.

Äußerst positiv zu nennen ist die Fertilitätsrate von 7% in Gelsenkirchen. Wobei diese keineswegs nur auf die ausländische Bevölkerung zurückzuführen ist, da auf eine deutsche Frau im Alter von 15-49 Jahren 2010 0,05 Geburten kamen und auf eine ausländische Frau desselben Alters 0,02 Geburten.⁴²¹

Der Bevölkerungsrückgang in Gelsenkirchen ist stark ausgeprägt, jedoch - im Vergleich mit den anderen Fallbeispielen - nicht besorgniserregend hoch. Hierfür sorgen vor allem die Zuzüge von Ausländern als auch das negative Geburten- und Sterbesaldo der deutschen Bevölkerung. Die Brisanz der demographischen Ebene liegt weniger in ihrer Ausprägung, sondern in deren sozio-kulturellen Auswirkungen bezüglich der Integration der ausländischen Bevölkerung.

6.1.3 Bildungsstruktur

Die Bildungsebene zeigt vor allem in zwei Bereichen besorgniserregende Werte: Zum einen beim Anteil der Gymnasiasten an allen Schülern und zum anderen beim Anteil der Schulabgänger ohne jeglichen Abschluss. Diese beiden Werte weichen deutlich von den beiden Vergleichswerten ab (siehe Abbildung 6).

⁴²¹ Angaben sind eigene Berechnungen auf Grundlage der Geburtenstatistik nach Geschlecht, Nationalität und Alter der Mutter der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=D3F986BEA702E18E1209C9110B23C230?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1412060079270&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=178-31-4&auswahltext=%23SHRKRLB-05513%23Z-01.01.2010&werteabruf=Werteabruf;> am 18.8.2012. Sowie der Bevölkerungsstatistik nach Geschlecht und Altersgruppen der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=D3F986BEA702E18E1209C9110B23C230?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1412060382332&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=173-21-4&auswahltext=%23SHRKRLB-05513%23Z-31.12.2010&werteabruf=Werteabruf;> am 18.8.2012.

Abbildung 6: Bildungsebene Gelsenkirchen

Indikatoren	Gelsenkirchen	Deutschland	NRW
Schüler Grundschule	30,3%	32,3%	31%
Schüler Hauptschule	6,8%	8% und 4,2% ⁴²²	8,8%
Schüler Realschule	11%	13,3%	14,5%
Schüler Gymnasium	19,2%	28,1%	27,9%
Frauenanteil Gymnasiums	52,2%	52,7%	53,2%
Ausländerabiturientenquote	10,9%	10% ⁴²³	13,4%
Schulabgänger ohne Abschluss hochqualifizierende	9,3%	6,2%	5,5%
Bildungsstätten	2 ⁴²⁴	-	-
Studentenzahlen	4.861 ⁴²⁵	-	-

Eigene Darstellung.⁴²⁶

Lag der Anteil der Gymnasiasten in Deutschland und Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2010/ 2011 bei etwa 28%, so besuchten im selben Schuljahr in

⁴²² Die 8% beziehen sich auf Schüler in Hauptschulen. Allerdings sind in vielen Bundesländern keine reinen Hauptschulen mehr vorhanden, sondern sogenannte kombinierte Sekundarschulen. Diese integrieren Haupt- und Realschulen in einer Schulform.

⁴²³ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.18.html>; am 16.7.2014.

⁴²⁴ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012.

⁴²⁵ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012.

⁴²⁶ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über allgemeinbildende Schulen nach Schultyp (Anhang 2, S. 389- 394) und über allgemeinbildende Schulen nach Absolventen/ Abgänger (Anhang 2, S. 395- 397) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+gelsenkirchen+soziooekonomische-integration+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

Gelsenkirchen nur 19,2% aller Schüler das Gymnasium. Dies bedeutet einen eklatanten Unterschied von fast 10%. Ursachen für diese Tatsache sind nur schwierig zu finden. Zwar hat Nordrhein-Westfalen schlechtere Rankings bei den Pisa-Untersuchungen,⁴²⁷ aber es kann wohl kaum davon ausgegangen werden, dass Gelsenkirchener Kinder weniger begabt für das Gymnasium sind. Zumal dann auch der Nordrhein-Westfälische Durchschnitt geringer sein müsste. Allerdings besitzen auch einige andere ehemalige oder jetzige Bergbaustädte einen großen Anteil an Gymnasiasten.⁴²⁸ Dies erklärt die Abweichung nicht zufriedenstellend. Eine schlechte Arbeitsmarktsituation hat häufig auch schlechte Schüler zur Folge, da sie in der fehlenden Perspektive keine Notwendigkeit für gute Schulnoten sehen.⁴²⁹ Unbestritten bleibt, dass aufgrund der automatisch geringeren Abiturientenzahlen auch weniger Schüler in hochqualifizierende Bildungseinrichtungen wechseln werden.

Gleichzeitig war im selben Schuljahr 2010/ 2011 der Anteil der Schüler, welche ohne einen Schulabschluss die Schule verlassen haben mit 9,3% überdurchschnittlich hoch. Fast jeder zehnte Schulabgänger in Gelsenkirchen muss sich daher ohne Abschluss auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt etablieren. Dies bestätigt die These des Berlin-Instituts für Bevölkerungsentwicklung über einen Zusammenhang zwischen Schulbildung und Arbeitsmarktchancen.

Aufgrund dieser beiden Fakten lässt sich sagen, dass es in Zukunft einer guten Bildungspolitik bedarf, um den Fachkräftemangel zu beheben. Nur durch eben jene Bildungspolitik kann die eigene Bevölkerung herangeführt werden.

⁴²⁷ Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friemel: freiwilliges Engagement; S. 17.

⁴²⁸ In Bottrop und Recklinghausen lag der Anteil an Gymnasiasten an allen Schülern 2010/ 2011 bei 26%, in Marl lag er sogar bei 30%. Lediglich in Kamp-Lintfort war er 2010/ 2011 mit 18,7% genau so gering wie in Gelsenkirchen. Prozentuale Anteile beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen nach Schülern, Klassen und hauptberuflichen Lehrkräften der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalens. Gefunden unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data.jsessionid=B020FEDA571E495B5CC572BFB0AF69B5?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1412060864767&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=21112-02iz&auswahltext=%23Z-01.01.2011%20SHGKRL-05512%20C05562024%20C05562032&werteabruf=Werteabruf>; am 29.8.2012.

⁴²⁹ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 27.

Im anderen Fall müssen die Fachkräfte von außen akquiriert werden und die eigenen, schlecht ausgebildeten Bewohner bleiben perspektivlos.

Durch die beiden Hochschulen, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen und die Westfälische Hochschule, ist in Gelsenkirchen eine hochqualifizierende Ausbildung möglich, wenn auch in einem begrenztem Maße. Diese Einschränkung erfolgt aufgrund der Tatsache, dass die FH für öffentliche Verwaltung lediglich Studenten für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen ausbildet und mit 631 Studenten im Studienjahr 2010/2011 ist sie auch eine kleine Hochschule.⁴³⁰ Die Reichweite ist demnach sehr gering. Etwas besser sieht es bei der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen bezüglich der Reichweite aus. Die Westfälische Hochschule ging aus der FH Gelsenkirchen hervor und hat vier Standorte - in Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen und Ahaus.⁴³¹ Der Sitz in Gelsenkirchen bietet 10 Bachelor-Studiengänge und 9 Master-Studiengänge an, von denen die meisten im Bereich der technischen und Informatikberufe anzusiedeln sind. Es kann allerdings auch Wirtschaft und Journalismus studiert werden.⁴³² Gelsenkirchen stellt, was das Studienangebot und die Studentenzahlen betrifft, den größten Standort der Westfälischen Hochschule dar. Im Semester 2010/2011 studierten fast 60% aller Studenten der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen.⁴³³ Verglichen

⁴³⁰ Anzahl der Studenten beruht auf den Studentenzahlen nach Hochschulen der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalens. Gefunden unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data;jsessionid=B020FEDA571E495B5CC572BFB0AF69B5?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1412061178932&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=21311-02i&auswahltext=%23Z-01.01.2011%23SBILHS1-HS6071&werteabruf=Werteabruf>; am 29.8.2012.

⁴³¹ Zum 1.3.2012 wurde die FH Gelsenkirchen in Westfälische Hochschule umbenannt, um allen vier Standorten auch namentlich gerecht zu werden. Vgl. die Presseinformation der Fachhochschule. Gefunden unter: <http://www.fh-gelsenkirchen.eu/index.php?id=3724>; am 30.8.2012.

⁴³² Vgl.: <http://www.fh-gelsenkirchen.eu/index.php?id=740>; am 30.8.2012.

⁴³³ Von insgesamt 7.267 Studenten der Westfälischen Hochschule, studierten 4.230 Studenten in Gelsenkirchen. Prozentzahlen sind eigene Berechnungen auf Grundlage der Studentenzahlen nach Hochschulen der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalens. Gefunden unter: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data;jsessionid=B020FEDA571E495B5CC572BFB0AF69B5?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1412061178932&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=21311-02i&auswahltext=%23Z-01.01.2011%23SBILHS1-HS6071&werteabruf=Werteabruf>; am 29.8.2012.

mit anderen (Fach-) Hochschulen und in Anbetracht der Gesamtbevölkerung machen die Studenten natürlich nur einen verschwindend geringen Anteil aus und es kann nicht von einer Hochschulstadt gesprochen werden. Hinzu kommt das lediglich der Masterstudiengang Energiesystemtechnik im weitesten Sinne mit der Solartechnik in Verbindung gebracht werden kann, bei der die Stadt einen Schwerpunkt setzen möchte.⁴³⁴

6.1.4 Finanzielle Struktur

Anhand der Wohlstandsebene lassen sich die Folgen eines instabilen Arbeitsmarktes aufzeigen. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit muss ein Teil der Bevölkerung mit einem geringeren Einkommen zurecht kommen. Daher verwundert es nicht, wenn die Kaufkraft oder besser das durchschnittliche private Nettoeinkommen im Jahr 2010 deutlich unter dem Mittel von Bund und Land lag (siehe Abbildung 7). Mit 32.971,20 € lag das private Jahreseinkommen unter den bundes- und landesweiten Durchschnittseinkommen desselben Jahres. Eine geringe Kaufkraft bedeutet kaum wirtschaftliche Impulse durch die privaten Haushalte und zieht sich durch alle Bereiche des öffentlichen Lebens und betrifft nicht nur den Einzelhandel der kreisfreien Stadt. Wer weniger Geld zur Verfügung hat, wird auch weniger öffentliche Einrichtungen, wie beispielsweise Schwimmbäder oder kulturelle Veranstaltungsorte besuchen. Das macht es für die Kommune umso schwieriger, diese Einrichtungen kostendeckend zu finanzieren, da sie häufig sowieso schon keine Gewinne für die Städte erbringen.⁴³⁵ Darüber hinaus bedeuten weniger Beschäftigte natürlich auch eine geringere Einnahme von Lohnsteuer für die Stadt und somit eine höher finanzielle Last.

⁴³⁴ Die Stadt Gelsenkirchen wirbt selber auf ihrer Internetpräsenz mit dem Slogan „Solarstadt Gelsenkirchen“ und unterstützt daher dort tätige Unternehmen, bei der Ansiedlung im Wissenschaftspark Gelsenkirchen als auch die Fachhochschule und derbe Fachrichtungen sowie das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme, welches seinen Sitz in Gelsenkirchen hat. Vgl.: http://www.gelsenkirchen.de/de/Wirtschaft/Wirtschaftsstandort/Standort_fuer/Standort_fuer_Zukunftsenergien/default.asp; am 8.5.2014.

⁴³⁵ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 72.

Abbildung 7: Wohlstandsebene Gelsenkirchen

Indikatoren	Gelsenkirchen	Deutschland	NRW
privates Nettoeinkommen	32.971,20 €	36.642,00 € ⁴³⁶	42.973,00 €
Schuldenveränderung	8,7%	– ⁴³⁷	–
Steueraufkommen pro Einwohner	950,80 €	– ⁴³⁸	1041,50 €
SGB II-Quote	21,5%	10%	11,4%
Haushalte mit geringem Einkommen	17,8%	19% ⁴³⁹	13,3%
Haushalte mit hohem Einkommen	11%	30% ⁴⁴⁰	16,8%

Eigene Darstellung.⁴⁴¹

⁴³⁶ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014.

⁴³⁷ Die Veränderungen beziehen sich auf die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Daher ist ein Vergleich lediglich zwischen den Kommunen sinnvoll. Der Bundesdurchschnitt muss dabei automatisch bei null sein.

⁴³⁸ Bei den Steuereinnahmen sind ebenfalls Landes- und Gemeindesteuern mit enthalten. Aus diesem Grund ist keine Vergleichbarkeit der Daten gegeben.

⁴³⁹ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.300 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353–358).

⁴⁴⁰ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen über 3.600 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353–358).

⁴⁴¹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+gelsenkirchen+kernhaushalt+2010+durchschnitt+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für Arbeit ent-

Neben diesen Belastungen für die Stadt, kommen bei einer hohen Arbeitslosigkeit auch die Mehrausgaben für soziale Hilfeleistungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes I und II hinzu. Dafür spricht in Gelsenkirchen auch die hohe SGB II-Quote von 21,5%. Somit erhält fast jeder Fünfte Einwohner Gelsenskirchens unter 65-Jahren Hilfen aus dem Sozialgesetzbuch II.

Der Strukturwandel scheint sich demnach im Kreis zu drehen und zunehmend die Situation zu verschlechtern: Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der geringen Beschäftigungsquote, folgt eine finanzielle Notsituation der Kommune durch fehlende Steuereinnahmen und höhere Sozialausgaben. Im Endeffekt bedeutet dies eine Verschuldung, um die Kosten zu decken. Ist der Haushalt jedoch nicht ausgeglichen, können kaum neue Investitionen getätigt werden und die Situation der Gemeinde wird sich nur mühsam verbessern.⁴⁴²

Die Verzahnung der einzelnen Ebenen macht den Strukturwandel so essenziell für die deutsche Politik, nicht nur auf Kommunalebene. Diese Tatsache zeigt sich deutlich im Falle Gelsenskirchens. So weist die Stadt gravierende Probleme hauptsächlich in der Ebene des Arbeitsmarktes auf, jedoch wirken die sich auch auf andere Indikatoren aus, so dass eine Bewältigung der Veränderungen umso schwieriger wird.

6.2 Halle (Saale)

Die Besonderheit des Strukturwandels für ostdeutsche Städte im Vergleich zu westdeutschen ist die *doppelte Transformation*: Zum einen mussten sie den Wandel von planwirtschaftlichen Strukturen zur Marktwirtschaft durchführen und zum anderen die gesamtdeutschen Veränderungen der letzten Jahrzehnte - Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, Alterung und Schrumpfung der

nommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 359). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁴⁴² Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 76.

Bevölkerung - ebenfalls nachholen oder mitmachen.⁴⁴³ Insbesondere traf dies altindustrielle Standorte, da sie sich in kürzester Zeit auf neue Bedingungen einstellen mussten, die neben der Unwirtschaftlichkeit vieler Betriebe vor allem mit einem Bedeutungsverlust der Altindustrie einherging.⁴⁴⁴ Konnte sich das Ruhrgebiet seit den 1970er Jahren langsam darauf einstellen, dass der Kohlebergbau und die Stahlindustrie an Wirtschaftskraft verloren, geschah dies in den neuen Bundesländern innerhalb weniger Monate und eine Anpassung an diese Gegebenheit war so gut wie unmöglich. Vor allem durch die schnelle Anpassung an marktwirtschaftliche Strukturen und die Einführung der D-Mark, war der Niedergang vieler altindustriellen Kombinate unumgänglich.⁴⁴⁵ Dies traf auch auf die Chemieindustrie zu, die sich in und um Halle zu DDR-Zeiten angesiedelt hatte und deren Wachstum für die Errichtung eines eigenen Wohnviertels - Halle-Neustadt - für die dortigen Arbeiter sorgte.⁴⁴⁶

Nach der Wende konnte sich Halle (Saale) nicht mehr als Chemiestandort etablieren. Zudem waren die Werke nicht direkt in Halle, sondern in Leuna angesiedelt, so dass sie auch nicht von den bestehenden Unternehmen mit ihren 9.000 Mitarbeitern profitieren können, da sie zu einem anderen Landkreis gehören.⁴⁴⁷ Aufgrund dieser Entwicklung war es für die Stadt wichtig, sich

⁴⁴³ Vgl.: Best, Heinrich u. Holtmann, Everhard: Die langen Wege der deutschen Einigung: Aufbruch mit vielen Unbekannten; in: Best, Heinrich u. Holtmann, Everhard (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung; Frankfurt a. M. 2012; S. 9- 40; hier S. 11.

⁴⁴⁴ Groß u.a. beschreiben den Prozess für den Bergbau und die Energiewirtschaft in der Lausitz, jedoch können ihre Ergebnisse auch auf andere altindustrielle Zweige übernommen werden, da die Prozesse der geringen Nachfrage und Wirtschaftlichkeit auch auf diese zutraf. Vgl.: Groß, Johanna u.a.: Arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf und Implementation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Schwerpunkten der Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern - untersucht in den Regionen Königs Wusterhausen und Cottbus-Senftenberg-Spremberg; in: Heseler, Heiner u.a. (Hrsg.): Strukturwandel und arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf in Ostdeutschland. Fallstudien für die Region Rostock sowie Cottbus/ Senftenberg/ Spielberg und Königs Wusterhausen (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Bd. 161); Nürnberg 1992; S. 163- 355; hier S. 213f.

⁴⁴⁵ Vgl.: Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970-2000: Bonn 2003; S. 63.

⁴⁴⁶ Vgl.: Endres, Alexandra: Halle, die schrumpfende Stadt; in: Zeit-Online (9.11.2010). Gefunden unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-11/halle-saale-stadtumbau/seite-1>; am 31.8.2012.

⁴⁴⁷ Zur Chronik der Leuna-Werke und den derzeitigen Standortfaktoren vergleiche die Angaben der Internetpräsenz des dortigen Chemieunternehmens InfraLeuna GmbH. Gefunden unter:<http://www.infraleuna.de/standort-leuna/tradition/>; am 15.5.2014.

wirtschaftlich völlig neu aufzustellen. Da dies nur in seltenen Fällen innerhalb von 20 Jahren erfolgreich gelingt, ist es nicht verwunderlich, dass sich Halle (Saale) und andere Kommunen in Ostdeutschland weiterhin strukturellen Problemen stellen müssen. Zumal die gesamtdeutschen Strukturprobleme ebenso zu bewältigen sind, wie oben bereits erwähnt, und nicht nur die der Wiedervereinigung. Ostdeutsche Kommunen zeigen ebenfalls stark differenzierte Problemlagen und stellen in keinsten Weise einen einheitlichen Wirtschaftsraum dar.⁴⁴⁸ Vorteilhaft für Halle (Saale) war beim Transformationsprozess die Martin-Luther-Universität, mit Standorten in Halle und Wittenberg. Sie existierte auch während des sozialistischen Herrschaftssystems und einem Ausbau als Bildungsstandort stand nach 1990 nichts im Wege.⁴⁴⁹ Die Universität als Wirtschaftszweig konnte einige ökonomische und soziale Belastungen, die dem Mauerfall folgten, abschwächen, aber bei weitem nicht alle.

Der Stadtrat der kreisfreien Stadt Halle (Saale) wurde 2009 gewählt und zeigt ein relativ gleiches Machtverhältnis zwischen CDU, Linken und SPD: Von 56 Sitzen insgesamt, erreichten CDU und Linke jeweils 14 Sitze und die SPD 11. Darüber hinaus sitzen sechs weitere Parteien im Stadtrat, von denen aber keine mehr als fünf Sitze erhielt.⁴⁵⁰ Damit hatte die Oberbürgermeisterin der SPD Dagmar Szabados keine eigene Mehrheit hinter sich, sondern war immer auf den Konsens mit anderen Parteien angewiesen. Demnach müssten Lernprozesse eher möglich sein, da eine starke Opposition neue Ideen einbringen kann oder für bestimmte Problemlagen der Stadt sensibilisieren. Andererseits können drei große Fraktionen sich auch gegenseitig blockieren, indem zwei von ihnen zusammenarbeiten. Diese Situation war seit ihrem Amtsantritt 2007 vorhanden, da die Stadtratswahlen 2004 zu einem ähnlichen Ergebnis geführt hatten. Damals erreichten CDU und zu dem Zeitpunkt noch PDS jeweils 14

⁴⁴⁸ Vgl.: Jakszentis/ Hilpert: Regionale Entwicklungsunterschiede; S. 58.

⁴⁴⁹ Zur Geschichte der Martin-Luther-Universität (MLU) vgl. die Angaben zur Geschichte auf der universitären Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.uni-halle.de/universitaet/geschichte/>; am 9.5.2014.

⁴⁵⁰ Zum Wahlergebnis und den Sitzverhältnissen im Hallenser Stadtrat vgl. die Angaben auf der Internetpräsenz der Stadt. Gefunden unter: <http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Stadtrat-Fraktionen/Stadtrat/>; am 26.9.2012.

Sitze und die SPD 10, während die anderen Parteien oder Gruppierungen nicht über 3 Sitze hinaus kamen.⁴⁵¹

In Halle (Saale) fanden im Juli 2012 die letzten Oberbürgermeisterwahlen statt, bei denen die amtierende Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados aus Altersgründen nicht mehr antrat.⁴⁵² Die Wahlen konnte überraschenderweise der parteilose Innendezernent Dr. Bernd Wiegand für sich ausmachen. Er lag bei der ersten Wahlrunde noch knapp hinter dem CDU-Kandidaten Bernhard Bönisch, setzte sich aber in der Stichwahl zwei Wochen später knapp mit 52,9% durch.⁴⁵³ Wie sich dies auf die Politik im und mit dem Stadtrat auswirken wird, werden wohl erst die Jahre 2013/ 2014 zeigen. Eins ist jedoch geblieben: In der kreisfreien Stadt existieren keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse, wie in Gelsenkirchen beispielsweise, sondern der Oberbürgermeister ist immer auf den Rückhalt mehrerer Parteien angewiesen und muss demnach eine Konsenspolitik anstreben. Dies macht das tagespolitische Handeln wesentlich schwieriger.

Da die Amtszeit des neuen Oberbürgermeisters erst am 1.12.2012 began und die Erfahrung der letzten Jahre für das geführte Interview von Interesse ist, wurde im folgenden Kapitel mit der letzten Amtsinhaberin gesprochen.

6.2.1 Arbeits- und Beschäftigungsmarkt

Der Beschäftigungsmarkt ist wesentlich stabiler in Halle (Saale) als dies in Gelsenkirchen der Fall ist (siehe Abbildung 8). Die Beschäftigtenquote lag 2010 mit 49,5% auch unter Bundes- und Landesdurchschnitt, ist aber bei weitem nicht so ausgeprägt unterdurchschnittlich. Des Weiteren wies die kreisfreie Stadt 2010 eine hohe Arbeitslosigkeit von 13,4% auf. Hierbei muss allerdings

⁴⁵¹ Zum Wahlergebnis und den Sitzverhältnissen 2004 vgl. die Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt auf deren Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw04/fms/fms211li.html>; am 26.9.2012.

⁴⁵² Vgl.: O.V.: OB Wahl Halle: Stichwahl mit Überraschungskandidat; in: MDR-Online (2.7.2012). Gefunden unter: http://www.mdr.de/sachsen-anhalt-heute/ob_wahl100_zc-266fac6c_zs-355b056c.html; am 26.9.2012.

⁴⁵³ Vgl. Medienberichterstattung des MDR zur Oberbürgermeisterwahl in Halle (Saale). Gefunden unter: http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/ob-wahl210_zc-a2551f81_zs-ae30b3e4.html; am 26.9.2012.

berücksichtigt werden, dass dies seit der Wiedervereinigung ein besonderes ostdeutsches Strukturmerkmal ist. Die Arbeitslosigkeit ist in den ostdeutschen Kommunen generell höher und betrifft auch strukturstarke Regionen höher als westdeutsche Städte mit denselben Strukturmerkmalen.⁴⁵⁴ Aus diesem Grund muss eine hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern immer differenziert betrachtet werden.

Abbildung 8: Ebene der Arbeitswelt Halle (Saale)

Indikatoren	Halle (Saale)	Deutschland	ST
Beschäftigte am Wohnort	75.168	27.599.714	827.843
Beschäftigtenquote	49,5%	51,1%	54,6%
Bedeutung als Arbeitsort	1,22	1	0,9
Beschäftigte 1. Sektor	0%	0,8%	2,1%
Beschäftigte 2. Sektor	12,2%	30,4%	28,6%
Beschäftigte 3. Sektor	87,8%	68,8%	69,3%
Beschäftigte ohne Berufsausbildung	9%	13,9%	8,3%
hochqualifizierte Beschäftigte	14,2%	10,6%	9,1%
Arbeitslosenquote	13,4%	8,6%	12,5%
Ausländerarbeitslosigkeit	26,9%	15,7%	23,9%
Langzeitarbeitslosigkeit	16,3%	34,9%	36,1%
Frauenarbeitslosigkeit	12,1%	7,5%	12,1%
Jugendarbeitslosigkeit	11,1%	6,8%	10,9%

Eigene Darstellung.⁴⁵⁵

⁴⁵⁴ Zur Besonderheit der hohen Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland vgl.: Rehberg: Ost-West; S. 213f.

⁴⁵⁵ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen (Anhang 2, S. 366/ 367), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Anhang 2, S. 368- 373), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Art der Ausbildung (Anhang 2, S. 375/ 376), über Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten (Anhang 2, S. 374) und über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes

Trotz dieser negativen Merkmale zeigt sich in Halle, dass der Wandel vom Industriestandort zur Dienstleistungsgesellschaft vollzogen wurde. Dies ist vor allem den Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu verdanken (siehe Kapitel 6.2.2.3). Am deutlichsten wird dies an der Bedeutung als Arbeitsort, dessen Wert 2010 bei 1,22 lag. Damit kamen mehr Einpendler nach Halle als Auspendler. Darüber hinaus ist der Anteil an hochqualifizierten Beschäftigten wesentlich höher als im Landes- und Bundesdurchschnitt. Verglichen mit den anderen Fallbeispielen ist der Anteil 2010 von 14,2% weitaus der höchste. Da sich das Hochschulpersonal aber zu einem großen Teil aus Beschäftigten mit einem Hochschulabschluss zusammensetzt, ist dieser Umstand nicht verblüffend. Zum Ausdruck kommt der Bildungsstandort auch beim Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im 3. Sektor: Im Jahr 2010 lag er bei 87,8% und damit etwa 20% über dem Bundes- und Landesdurchschnitt, was eine relevante Verschiebung bedeutet.

Gerade diese Tatsache birgt allerdings auch Schwierigkeiten für die kreisfreie Stadt. Zwar ist die Universität und die dortigen Studenten ein Wirtschaftsfaktor, allerdings bringt sie keine Gewerbesteuer für die Stadt. Gewerbesteuerpflichtige Unternehmen sind nur solche, die Arbeiten durchführen mit dem Ziel des Gewinnes. Darunter fallen vor allem Industrie und Handwerk.⁴⁵⁶ Der Anteil der Industrie an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war 2010 mit 12,2% verschwindend gering und hatte daher kaum Bedeutung für die Beschäftigtenstruktur der Stadt Halle (Saale). Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass es der Stadt an einer wichtigen Einnahmequelle

entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+halle-saale+wirtschaft-arbeit+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012.

⁴⁵⁶ Explizit ausgenommen sind die Forst- und Waldwirtschaft, Freie Berufe und Selbstständige. Vgl.: Schemmel, Lothar: Kommunale Steuerautonomie und Gewerbesteuerabbau (=Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler; Heft 94); Wiesbaden 2002; S. 99.

fehlt.⁴⁵⁷ Dies kann sich langfristig auf die Wohlstandsebene der Kommune auswirken und ebenfalls für eine Strukturschwäche sorgen (siehe Kapitel 6.2.4).

Im Allgemeinen ist der Arbeits- und Beschäftigungsmarkt Halles solide und weist keine eklatanten Schwächen auf. Auch die ehemaligen Industriearbeiter scheinen - innerhalb und außerhalb Halles - neue Arbeitsplätze gefunden zu haben, da die Langzeitarbeitslosigkeit mit einem Anteil von 16,3% sehr gering ist.

6.2.2 Bevölkerungsstruktur

Innerhalb der demographischen Ebene zeigen sich keine immanenten Abweichungen von den Mittelwerten, vor allem nicht vom Landesdurchschnitts (siehe Abbildung 9).

⁴⁵⁷ Die Gewerbesteuer machte 2003 bei den deutschen Kommunen im Durchschnitt 10,7% der Gesamteinnahmen aus. Wobei die Bedeutung für ostdeutsche Kommunen mit 5,7% wesentlich geringer ist. Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 61. Die Diskussion über eine Reform der Gewerbesteuer, die bereits einige Jahre anhält zeigt auf jeden Fall das immense Gewicht dieser Steuer für die Kommunen. Zur Diskussion vgl. beispielsweise: Bunzeck, Gerd: Gewerbesteuer - es muss nicht nur die große Reform sein!; in: Handelsblatt-Online (13.9.2010). Gefunden unter: <http://blog.handelsblatt.com/steuerboard/2010/09/13/gewerbesteuer/>; am 31.8.2012. Siehe auch: Rösmann, Tobias: Gewerbesteuer und dann lange nichts; in: Frankfurter Allgemeine Rhein-Main-Online (29.10.2010). Gefunden unter: <http://m.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurter-finanzen-gewerbesteuer-und-dann-lange-nichts-1580911.html>; am 31.8.2012.

Abbildung 9: Demographische Ebene Halle (Saale)

Indikatoren	Halle (Saale)	Deutschland	ST
Bevölkerungsstand	231.963	81.751.602	2.335.006
Bevölkerungsentwicklung			
2003-2010	-3%	-0,9%	-7,4%
Durchschnittsalter	44,7 Jahre	ca. 43 Jahre ⁴⁵⁸	46,5 Jahre
Frauenanteil	52,5%	50,9%	51%
Jugendquotient	23,6%	30,3%	22,7%
Altenquotient	37,8%	33,8%	39,2%
Ausländeranteil	3,9%	8,8%	1,9%
Fertilitätsrate	0%	-	2,1%
Geburten-Sterbesaldo	-0,3%	-0,2%	-0,6%
Wanderungssaldo	0,6%	0,2%	-0,3%
Bevölkerungsprognose			
2009-2030	-13,1%	-5,4% ⁴⁵⁹	-19,3%
Durchschnittsalter 2030	47,7 Jahre	ca. 47 Jahre ⁴⁶⁰	51,4 Jahre

Eigene Darstellung.⁴⁶¹

⁴⁵⁸ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁴⁵⁹ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-0.15.html>; am 16.7.2014.

⁴⁶⁰ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁴⁶¹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377), über Lebendgeborene (Anhang 2, S. 378), über Gestorbene (Anhang 2, S. 379), über Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes (Anhang 2, S. 380/381) und über die Bevölkerung nach Altersgruppen (Anhang 2, S. 382-388) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+halle-saale+demographischer-wandel+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

Die einzige Auffälligkeit ist, dass der Schrumpfungs- und Alterungsprozess geringfügig schwächer ausfällt als es der Durchschnitt des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, er aber immer - im Falle des Bevölkerungsrückgangs - noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Kenntlich gemacht werden kann dies sowohl am Bevölkerungsrückgang im Zeitraum 2003 bis 2010 von 3%, als auch an der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung bis 2030 von -13,1%. Das Durchschnittsalter 2010 und das erwartete 2030 liegen ebenfalls unter dem Landesdurchschnitt.

Ursache für die schwächere Ausprägung des Schrumpfungsprozesses ist die positive Wanderungsbilanz 2010. In diesem Jahr zogen 0,6% mehr Personen in die kreisfreie Stadt als aus ihr wegzogen, in Sachsen-Anhalt hingegen lag das Wanderungssaldo bei -0,3%. Das Geburten-Sterbesaldo war hingegen in Halle (Saale) als auch im Landesdurchschnitt negativ. Untersucht man die Verteilung der Wanderungen über Gemeindegrenzen nach Altersgruppen wird sichtbar, dass die einzigen beiden Altersgruppen mit positiver Bilanz die Gruppe der 18-25-Jährigen und der über 65-Jährigen sind. Hierbei spielen die 18-25-Jährigen die größte Rolle, da sie mit 2.213 mehr Zuzügen als Wegzügen einen beträchtlichen Überschuss stellen. Die über 65-Jährigen haben lediglich ein Plus an 78 Personen.⁴⁶² Die Wanderungsbilanzen aus und ins Ausland sind hingegen alle negativ.⁴⁶³ Dies lässt vermuten, dass es sich um Bildungsmigration handelt und

⁴⁶² Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Wanderungsstatistik über Gemeindegrenzen nach Altersgruppen und Geschlecht der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=9982A0A5F18DF25221483FD6CD57F8DD?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411039749409&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-41-4&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRKRLB-15002&werteabruf=Werteabruf; zuletzt am 12.6.2012.>

⁴⁶³ Ergebnisse beruhen auf Grundlage der Wanderungsstatistik über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets nach Altersgruppen und Geschlecht der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=9982A0A5F18DF25221483FD6CD57F8DD?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411039853638&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-42-4&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRKRLB-15002&werteabruf=Werteabruf; zuletzt am 12.6.2012.>

die positive Wanderungsbilanz aufgrund der 3 Hochschulen in Halle zustande kommt. Der Bildungsstandort schafft es demnach, die Abwanderung abzumildern, wenn auch nicht völlig zu stoppen. Denn der Bevölkerungsrückgang ist immer noch immens und sollte für die Strukturpolitik der Stadt durchaus von Bedeutung sein.

6.2.3 Bildungsstruktur

Wie auch die demographische Ebene, zeigt die Bildungsebene keine bedeutende Diskrepanz zwischen den statistischen Daten der Stadt Halle (Saale) und dem Bundes- und Landesdurchschnitt (siehe Abbildung 10).

Die Werte unterstreichen zusätzlich die Rolle des Fallbeispiels als Bildungsstandort, durch einen leicht erhöhten Anteil an Gymnasiasten an der Gesamt-schüleranzahl als auch durch eine hohe Ausländerabiturientenquote. Beide Daten legen zugrunde, dass Bildung einen hohen Stellenwert in der Hallensischen Bevölkerung hat.

Abbildung 10: Bildungsebene Halle (Saale)

Indikatoren	Halle (Saale)	Deutschland	ST
Schüler Grundschule	33,3%	32,3%	37,4%
Schüler Hauptschule	16,5% ⁴⁶⁴	8% und 4,2% ⁴⁶⁵	26,5%
Schüler Realschule	-	13,3%	-
Schüler Gymnasium	30,3%	28,1%	26,8%
Frauenanteil Gymnasiums	52,3%	52,7%	52,9%
Ausländerabiturientenquote	23,8%	10% ⁴⁶⁶	16,3%
Schulabgänger ohne Abschluss	11,2%	6,2%	12,3%
hochqualifizierende			
Bildungsstätten	3 ⁴⁶⁷	-	-
Studentenzahlen	19.919 ⁴⁶⁸	-	-

Eigene Darstellung.⁴⁶⁹

⁴⁶⁴ In Sachsen-Anhalt existiert nur die Sekundarschule, welche Hauptschule und Realschule in einer Schulform vereinigt.

⁴⁶⁵ Die 8% beziehen sich auf Schüler in Hauptschulen. Allerdings sind in vielen Bundesländern keine reinen Hauptschulen mehr vorhanden, sondern sogenannte kombinierte Sekundarschulen. Diese integrieren Haupt- und Realschulen in einer Schulform.

⁴⁶⁶ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.18.html>; am 16.7.2014.

⁴⁶⁷ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012.

⁴⁶⁸ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012.

⁴⁶⁹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über allgemeinbildende Schulen nach Schulart (Anhang 2, S. 389- 394) und über allgemeinbildende Schulen nach Absolventen/ Abgänger (Anhang 2, S. 395- 397) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+halle-saale+soziooekonomische-integration+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

In Halle (Saale) hat zum einen die Martin-Luther-Universität (MLU) einen Standort und zum anderen die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik. Während die ersten beiden staatlich sind, hat die Hochschule für Kirchenmusik einen kirchlichen Träger. Mit fast 20.000 Studenten im Studienjahr 2010/ 2011 insgesamt spielen die Hochschulen eine größere Rolle für die Struktur der Stadt als dies in Gelsenkirchen der Fall war. Der größte Anteil der Studenten studierte im oben genannten Semester an der MLU, mit 18.768 Studierenden waren es 94,2% aller Studenten in Halle. An der Burg Giebichenstein Kunsthochschule waren zum selben Zeitpunkt 1.090 Studenten eingeschrieben und an der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik 61 Studenten.⁴⁷⁰ Die Reichweite der beiden letzten, vor allem der Hochschule für Kirchenmusik, ist demnach gering. Dies zeigt sich auch in den Zahlen der Studienmöglichkeiten: Während die MLU 262 Studiengänge anbietet, waren es an der Kunsthochschule 34 und an der Hochschule für Kirchenmusik lediglich 7 Studiengänge.⁴⁷¹ Die Bedeutung der Martin-Luther-Universität als Arbeitsplatz, als Forschungseinrichtung⁴⁷² und Anziehungspunkt junger Menschen ist demnach nicht zu unterschätzen. Die Auswirkungen dieser Bedeutung wurde schon in den beiden vorangegangenen Unterkapitel beleuchtet.

6.2.4 Finanzielle Struktur

Die finanzielle Situation der Stadt Halle (Saale) als auch die der Bevölkerung gibt den größten Anlass zur Sorge: Alle ermittelten Daten fallen schlechter aus als die Mittelwerte des Bundes- und Landesgebiets (siehe Abbildung 11).

⁴⁷⁰ Angaben der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des statistischen Bundesamt. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>; zuletzt am 1.9.2012.

⁴⁷¹ Zu den Studienangeboten siehe die Angaben der einzelnen Hochschulen. Vgl. für die MLU: <http://www.studienangebot.uni-halle.de>, am 1.9.2012. Für die Kunsthochschule Burg Giebichenstein vgl.: <http://www.burg-halle.de/hochschule/studium/studienbewerber.html>, am 1.9.2012. Siehe auch: <http://ehk-halle.de/studiengaenge.html>, am 1.9.2012.

⁴⁷² Zur Übersicht der angeschlossenen Forschungseinrichtungen siehe die Angaben der Universitätshomepage. Vgl.: http://www.uni-halle.de/wissenschaftliche_zentren/; am 1.9.2012.

Abbildung 11: Wohlstandsebene Halle (Saale)

Indikatoren	Halle (Saale)	Deutschland	ST
privates Nettoeinkommen	31.604,60 €	36.642,00 € ⁴⁷³	33.205,50 €
Schuldenveränderung	-3,4%	_ ⁴⁷⁴	-
Steueraufkommen pro Einwohner	489,60 €	_ ⁴⁷⁵	524,60 €
SGB II-Quote	20,7%	10%	17,4%
Haushalte mit geringem Einkommen	18,5%	19% ⁴⁷⁶	15,3%
Haushalte mit hohem Einkommen	9,9%	30% ⁴⁷⁷	12,9%

Eigene Darstellung.⁴⁷⁸

⁴⁷³ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014.

⁴⁷⁴ Siehe Anmerkung zum Schuldenstand. Die Veränderung bezieht sich ebenfalls auf die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Daher ist ein Vergleich lediglich zwischen den Kommunen sinnvoll.

⁴⁷⁵ Bei den Steuereinnahmen sind ebenfalls Landes- und Gemeindesteuern mit enthalten. Aus diesem Grund ist keine Vergleichbarkeit der Daten gegeben.

⁴⁷⁶ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.300 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353- 358).

⁴⁷⁷ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen über 3.600 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353- 358).

⁴⁷⁸ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+halle-saale+kernhaushalt+2010+durchschnitt+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für

Positiv anmerken muss man allerdings, dass der Schuldenstand pro Einwohner im Vergleich zum Vorjahr 2009 um 3,4% gesunken ist und demnach ein positiver Trend eventuell auszumachen ist. Vorausgesetzt natürlich dies hält an. Besonders problematisch ist, dass Halle (Saale) ein niedriges Steueraufkommen pro Einwohner hat: Von allen vier untersuchten Kommunen war es 2010 mit 489,60 € das geringste Aufkommen. Es stellt aber auch bei den Gemeinden über 200.000 Einwohnern mit Abstand die niedrigsten Steuereinnahmen dar.⁴⁷⁹

Wie oben bereits angedeutet hat dies seine Ursache unter anderem in einem niedrigen Gewerbesteueraufkommen. Aufgrund der sehr ausgeprägten Bildungslandschaft, deren Einrichtungen, als staatliche Einrichtungen, keine Gewerbesteuern zahlen, existiert in Halle ein Wirtschaftsbereich, der großen Einfluss auf die Stadt nimmt, aber keine Steuereinnahmen produziert oder nur indirekt (durch Einkommenssteuer der Angestellten, etc.). Vergleicht man den Anteil der Gewerbesteuer an allen Steuereinnahmen der kreisfreien Stadt im Jahr 2010 mit dem Bundesdurchschnitt zeigt sich eine starke Abweichung nach unten: Der Bundesdurchschnitt lag bei 46,5% und der Anteil der Stadt Halle (Saale) lediglich bei 35,6%.⁴⁸⁰

Arbeit entnommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 359). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁴⁷⁹ Abgesehen von der Stadt Rostock, die nur einen leicht höheren Steueraufkommen haben. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012; S. 456f.

⁴⁸⁰ Prozentanteile beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Angaben der Bruttoeinnahmen der Gemeinden und des Realsteuervergleichs der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Der Bundesdurchschnitt gefunden unter: [https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=C2BC8E977A3AA9440F53ED124BE7FF92?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411040401914&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=356-11-5-B&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SDLAND-15&nummer=16&variable=2&name=DINSG&werteabruf=Werteabruf;am 12.6.2012](https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=C2BC8E977A3AA9440F53ED124BE7FF92?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411040401914&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=356-11-5-B&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SDLAND-15&nummer=16&variable=2&name=DINSG&werteabruf=Werteabruf;am 12.6.2012. Für die Stadt Halle gefunden unter: <a href=).

Auch die private Finanzlage der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) war 2010 prekär. Im Verhältnis zum Landesdurchschnitt gab es eine hohe SGB II-Quote, einen hohen Anteil von Haushalten mit geringem Einkommen und einen niedrigen Anteil von Haushalten mit hohem Einkommen. Aufgrund dieser Daten folgt logischerweise, dass das jährliche private Nettoeinkommen der Haushalte deutlich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt lag. Untersuchungen zur Gehaltsverteilung in Deutschland wiesen jedoch häufiger nach, dass in Ostdeutschland wesentlich geringere Löhne gezahlt werden als dies in den alten Bundesländern der Fall ist. Sachsen-Anhalt stellt hierbei keine Ausnahme dar, sondern gehört zu den drei Bundesländern (neben Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern) mit den geringsten Löhnen Deutschlands. Die Abweichungen zum Bundesdurchschnitt sind dabei extrem. Das statistische Jahrbuch des Deutschen Städtetags platzierte Sachsen-Anhalt mit einem monatlichen Durchschnittslohn von 2.528 € im Jahr 2010 auf den drittletzten Platz aller Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt lag für dasselbe Jahr bei 3.227 € und damit um etwa 700 € höher.⁴⁸¹ Die Tageszeitung *Die Welt* veröffentlichte auf ihrer Internetpräsenz im April 2012 einen Artikel auf Grundlage von Daten des ifo-Instituts, dessen Aussage mit den Angaben des statistischen Jahrbuchs grundsätzlich übereinstimmen. Für das Jahr 2009 wurde ein Realstundenlohn für Sachsen-Anhalt von 21,98 € benannt, der auch der drittniedrigste aller Bundesländer war. Niedriger waren lediglich Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Als Bundesdurchschnitt für 2009 wurde ein Realstundenlohn von 26,11 € geschrieben und damit eine abermalige deutlich negative Abweichung für den Durchschnittslohn in Sachsen-Anhalt.⁴⁸² Eine

23SDLAND-15%23RKREISE-15002&nummer=16&variable=2&name=KREISE&werteabruf=Werteabruf; am 12.6.2012.

⁴⁸¹ Beim statistischen Jahrbuch gingen allerdings nur die Löhne des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors in die Berechnung mit ein. Trotzdem geben diese Angaben eine deutliche Tendenz wider, die durch das Einberechnen aller Wirtschaftsbereiche kaum wesentlich verändert werden würde. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012; S. 518f.

⁴⁸² Vgl.: O.V.: Städteranking. Wo es in Deutschland den höchsten Stundenlohn gibt; in: Welt-Online (17.4.2012). Gefunden unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article106194909/Wo-es-in-Deutschland-den-hoechsten-Stundenlohn-gibt.html>; am 3.9.2012.

geringe finanzielle Ausstattung der Bevölkerung geht aber häufig mit einer höheren Belastung für die Gemeinde einher, da öfter soziale Hilfeleistungen getätigt werden müssen.

Diese Tatsache zusammen mit den geringen Einnahmen der Stadt sorgt für eine ungesunde Verschuldung der Kommune. Für Halle (Saale) ist dies besonders dramatisch, da alle anderen Bereiche leicht positive Tendenzen zeigten. Die Wohlstandsebene hingegen weist so eklatant negative Tendenzen, dass sie für die strukturelle Schwäche der Gemeinde ursächlich ist und die durchaus günstigen Entwicklungen seit der Wiedervereinigung in den Schatten stellt.

6.3 Völklingen

Neben dem Ruhrgebiet war das Saarland das zweitwichtigste Bergbaugebiet Westdeutschlands.⁴⁸³ Aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung war es Anfang des 20. Jahrhundert Streitpunkt deutsch-französischer Politik. Endgültig wurde es durch die Ablehnung des „Saarstatuts“ 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert.⁴⁸⁴ Wie auch andere Kommunen im Saarland war die Gemeinde Völklingen stark von der Kohle- und Stahlindustrie abhängig. Der Bedeutungsverlust des Bergbaus und der Stahlproduktion in den 1960er Jahren betraf deshalb nicht nur das Ruhrgebiet im besonderen Maße, sondern auch das Saarland befand sich seitdem in einem ständigen Strukturwandel.⁴⁸⁵ Im Gegensatz zum Ruhrgebiet, in dem bis 2018 noch 4 Zechen offen sind⁴⁸⁶, schloss im Juni 2012 der letzte Förderbetrieb im Saarland mit dem *Bergwerk Saar*.⁴⁸⁷

⁴⁸³ Vgl.: Hamm/ Wienert: Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen; S. 122f.

⁴⁸⁴ Vgl.: Ebd.; S. 122.

⁴⁸⁵ Vgl.: Ebd.; S. 123.

⁴⁸⁶ Vgl.: Blaises, Tobias: Was vom Bergbau im Ruhrgebiet übrig bleiben soll; in: WAZ-Online (3.5.2014). Gefunden unter: <http://www.derwesten.de/wirtschaft/was-vom-bergbau-im-ruhrgebiet-uebrig-bleiben-soll-id9303363.html>; am 10.5.2014.

⁴⁸⁷ Die Entscheidung der schnelleren Schließung im Saarland wurde aufgrund der starken Erderschütterungen 2008 getroffen, die man eindeutig dem Bergbau zuordnen konnte. Im Juni berichteten zahlreiche regionale und überregionale Zeitungen über das Ereignis. Vgl. beispielsweise: O.V.: Historisches Ende. Letzter Kohlezug verlässt Bergwerk Saar; in: Focus-Online (29.06.2012). Gefunden unter: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/historisches-ende-letzter-kohlezug-verlaesst-bergwerk-saar_aid_774850.html; am 3.9.2012.

In Völklingen hingegen schloss das Roheisenwerk - die sogenannte Völklinger Hütte - bereits 1986 und wurde zum Industriedenkmal, welches seit 1994 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt und als solches zahlreiche Besucher anzieht.⁴⁸⁸ Trotzdem wird Völklingen weiterhin von der Stahlproduktion dominiert. Das weltweit agierende Unternehmen Saarstahl AG hat seinen Hauptsitz in Völklingen und produziert teilweise noch vor Ort.⁴⁸⁹ Aus diesem Grund stellt das Unternehmen dort weiterhin einen wichtigen Arbeitgeber dar. Wie die Auswertung der Daten zeigen wird, ist dies derzeit ein wirtschaftlicher Stabilisator für die Kommune, der einige Auswirkungen des Niedergangs der Monoindustrie abfedern konnte. Allerdings birgt es auch ein hohes Risiko, da sich die Abhängigkeit von einem großen Arbeitgeber negativ auf die Stadt auswirken kann, etwa durch Einflussnahme auf die lokale Politik. Oder bei Wegfall des gesamten Unternehmens starke Einnahmeverluste - Verlust von Gewerbesteuern und Einkommensteuern - sowie eine hohe Arbeitslosigkeit entstehen kann. Dies wäre 1993 beinahe der Fall gewesen, da die Saarstahl AG 1993 kurz vor dem Konkurs stand und nur durch das Eingreifen des Bundeslandes Saarland gerettet wurde.⁴⁹⁰ Darüber hinaus können andere Teile der Welt wesentlich günstiger Stahl produzieren als deutsche Unternehmen und eine langfristige Bindung an das Saarland bleibt fraglich.⁴⁹¹

Der Strukturwandel hat demnach für Völklingen erst begonnen und könnte noch verschärft werden in den kommenden Jahren. Eine frühe Gegensteuerung ist aus diesem Grund dringend notwendig.

⁴⁸⁸ Zur Geschichte der Hütte siehe die Angaben auf der Internetpräsenz der Trägergesellschaft Völklinger Hütte - Europäisches Zentrum für Kunst und Industriekultur. Gefunden unter: <http://www.voelklinger-huette.org/de/faszination-weltkulturerbe/die-geschichte/>; am 3.9.2012.

⁴⁸⁹ Zu Produktionsanlagen und Geschichte des Saarstahl AG siehe eigene Angaben des Unternehmens auf seiner Internetpräsenz. Gefunden unter: http://www.saarstahl.com/unser_unternehmen.html; am 3.9.2012.

⁴⁹⁰ Vgl.: http://www.saarstahl.com/geschichte_voelklingen.html?&L=1%2Ftrackback; am 3.9.2012.

⁴⁹¹ In China wird deutlich mehr Stahl als in Deutschland produziert und dies auch deutlich günstiger. Vgl.: Diering, Carsten: Deutsche Stahlindustrie rutscht in die Krise; in: Die Welt-Online (13.7.2012). Gefunden unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article108287724/Deutsche-Stahlindustrie-rutscht-in-die-Krise.html>; am 10.5.2014.

Der Völklinger Stadtrat besteht derzeit aus 51 Mitgliedern, von denen 17 die CDU und 16 die SPD stellt. Die Linken kamen bei den Wahlen 2009 auf 7 Sitze, darüber hinaus konnten 5 weitere Parteien in den Stadtrat einziehen, die allerdings nicht mehr als 3 Sitze erreichen konnten. Neben der FDP, den Grünen und den Freien Wählern sitzen auch die rechtsradikalen Gruppierung NPD und die links einzusortierende Gruppierung Pro Völklingen mit jeweils 2 Mitgliedern im Völklinger Stadtrat.⁴⁹² Mit dieser Verteilung stehen sich die beiden großen Volksparteien auf gleicher Höhe gegenüber und sind auf die Zusammenarbeit mit mehreren kleineren Parteien angewiesen, um ihre Politik durchzusetzen. Aus diesem Grund sind Lernprozesse hier auch eher anzunehmen als in Gelsenkirchen. Im Gegensatz zu Halle (Saale) sind es lediglich zwei Parteien, die eine übergeordnete Stellung aufgrund der Sitzanzahl haben, so dass sie immer auf eine Konsenspolitik mit den kleineren Fraktionen angewiesen sind. Die Stärke der beiden Volksparteien wurde auch bereits bei den Wahlen zum Stadtrat 2004 deutlich, damals konnten CDU und SPD noch mehr Stimmen auf sich vereinigen. Der Stimmenverlust war vor allem auf den Einzug der Linkspartei zurückzuführen, die 2009 erstmals und gleich mit 17,9% der Stimmen in den Stadtrat gewählt wurde.⁴⁹³

Die Wahl des Oberbürgermeisters 2010 fiel jedoch deutlich für die CDU aus. Ihr Kandidat und Amtsinhaber Klaus Lorig konnte sich im ersten Wahlgang mit 61,4% durchsetzen. Es ist davon auszugehen, dass der Wahlerfolg vor allem mit der Person des Oberbürgermeisters zusammenhängt. Bei seiner ersten Wahl 2003 konnte er den Sieg erst knapp in der Stichwahl erringen, nachdem er im ersten Wahlgang noch hinter dem SPD-Kandidaten Karl-Heinz Schöffner gelegen hatte.⁴⁹⁴

⁴⁹² Zum Wahlergebnis, den Sitzverhältnissen sowie den Gruppierungen im Völklinger Stadtrat vgl. die Angaben auf der Internetpräsenz der Stadt. Gefunden unter: <http://www.voelklingen.de/index.php?id=1140&cHash=f4e5ed2ba7e3ebfe11f0f4b7a26f15d6>; am 26.9.2012.

⁴⁹³ Zum Wahlergebnis 2004 und dem Vergleich zu 2009 siehe die Angaben des SPD-Ortsverbandes Völklingen-Geislautern. Gefunden unter: <http://stwb.net:8082/SPD/statdtrat/nachrichten/wahlergebnisse-der-kommunalwahl-in-volklingen.url/>; am 26.9.2012.

⁴⁹⁴ Zur Oberbürgermeisterwahl 2010 vgl. die Medienberichterstattung der Saarbrücker Zeitung. Gefunden unter: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/aufmacher/>

6.3.1 Arbeits- und Beschäftigungsmarkt

Trotz des Rückgangs des Bergbaus sind in Völklingen noch keine starke Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu spüren (siehe Abbildung 12).

Zwar war mit 9,2% im Jahr 2010 die Arbeitslosigkeit höher als der Bundes- und Landesdurchschnitt, aber nur in einem geringen Maße und daher kann nicht von einem tiefgreifenden Strukturproblem gesprochen werden. Gleichfalls war die Beschäftigtenquote der Gemeinde nur geringfügig niedriger als das Mittel des Bundesgebiets und des Saarlandes. Vergleicht man die Zahlen mit denen von Gelsenkirchen, ist Völklingen noch besser aufgestellt, die Probleme des Arbeitsmarktes anzugehen. Aufgrund der Tatsache, dass es mehr Einpendler als Auspendler gab, lag die Bedeutung als Arbeitsort 2010 bei 1,13 und damit über dem des Bundes und des Landes, wenn auch nur leicht. Völklingen ist daher immer noch wichtig als Wirtschaftsstandort für die Region.

Voelklingen-Oberbuergermeister-Oberbuergermeisterwahl;art27856,3412343/#
.UGLGMkJFS-g; am 26.9.2012.

Abbildung 12: Ebene der Arbeitswelt Völklingen

Indikatoren	Völklingen	Deutschland	SL
Beschäftigte am Wohnort	11.852	27.599.714	325.108
Beschäftigtenquote	46,2%	51,1%	48,4%
Bedeutung als Arbeitsort	1,13	1	1,08
Beschäftigte 1. Sektor	0%	0,8%	0,2%
Beschäftigte 2. Sektor	47,7%	30,4%	34,7%
Beschäftigte 3. Sektor	52,3%	68,8%	65%
Beschäftigte ohne			
Berufsausbildung	16,8%	13,9%	15,1%
hochqualifizierte Beschäftigte	5,9%	10,6%	8,3%
Arbeitslosenquote	10,3% ⁴⁹⁵	8,6%	7,5%
Ausländerarbeitslosigkeit	21,6% ⁴⁹⁶	15,7%	18,1%
Langzeitarbeitslosigkeit	34,9%	34,9%	32,8%
Frauenarbeitslosigkeit	47,9% ⁴⁹⁷	7,5%	7,4%
Jugendarbeitslosigkeit	13,7% ⁴⁹⁸	6,8%	6,7%

Eigene Darstellung.⁴⁹⁹

⁴⁹⁵ Vgl.: Völklingen (Hrsg.): Zahlen und Fakten; Völklingen 2013; S. 7. Gefunden unter: http://typo3.voelklingen.de/fileadmin/gwis/pic/wifoe/ZahlenundFakten2013_Internet.pdf; am 10.11.2013.

⁴⁹⁶ Prozentzahl spiegelt nicht die Quote wider, sondern der Anteil der ausländischen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen. Vgl.: Völklingen (Hrsg.): Zahlen und Fakten; Völklingen 2013; S. 7. Gefunden unter: http://typo3.voelklingen.de/fileadmin/gwis/pic/wifoe/ZahlenundFakten2013_Internet.pdf; am 10.11.2013.

⁴⁹⁷ Prozentzahl spiegelt nicht die Quote wider, sondern der Anteil der weiblichen Arbeitslosen an allen Arbeitslosen. Vgl.: Völklingen (Hrsg.): Zahlen und Fakten; Völklingen 2013; S. 7. Gefunden unter: http://typo3.voelklingen.de/fileadmin/gwis/pic/wifoe/ZahlenundFakten2013_Internet.pdf; am 10.11.2013.

⁴⁹⁸ Prozentzahl spiegelt nicht die Quote wider, sondern der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen. Vgl.: Völklingen (Hrsg.): Zahlen und Fakten; Völklingen 2013; S. 7. Gefunden unter: http://typo3.voelklingen.de/fileadmin/gwis/pic/wifoe/ZahlenundFakten2013_Internet.pdf; am 10.11.2013.

⁴⁹⁹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen (Anhang 2, S. 366/ 367), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Anhang 2, S. 368- 373), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Art der Ausbildung (Anhang 2, S. 375/ 376), über Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten (Anhang 2, S. 374) und über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377)

Diese positiven Tendenzen stehen allerdings in engem Zusammenhang mit einem nicht nur vorteilhaften Aspekt für die Gemeinde: Die Zahlen weisen immer noch eine stark altindustriell geprägte Wirtschaft auf, bei dem sich der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft noch nicht im selben Umfang wie im restlichen Bundesgebiet vollzogen hat. Mit einem Anteil im Jahr 2010 von 47,7% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet fast jeder zweite Beschäftigte im produzierenden Gewerbe, während es auf Bundes- und Landesebene lediglich zwischen 30% und 35% waren. Zurückzuführen ist dieser hohe Anteil an Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe⁵⁰⁰ auf die Saarstahl AG, welche ihren Sitz und den größten Produktionssitz in Deutschland in Völklingen hat. Von Seiten der Saarstahl AG waren keine genauen Daten über die Anzahl der Beschäftigten in Völklingen zu erhalten, jedoch hatten sie 2010 eine Gesamtbeschäftigtenzahl ohne Auszubildende von 7.176 im Saarland und stellen damit wohl einer der wichtigsten Arbeitgeber des Landes dar. Da die Gemeinde Völklingen der größte Produktionsstandort des Unternehmens ist,⁵⁰¹ und die dort ansässige Schmiede 2010 allein 1.118

der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+voelklingen+wirtschaft-arbeit+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 360 u. 361). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁵⁰⁰ 82,8% waren im verarbeitenden Gewerbe tätig, 14,1% im Baugewerbe und 3,1% im Bergbau, der Gewinnung von Steinen und Erden, Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012; S. 276.

⁵⁰¹ Während bei den anderen Standorten lediglich ein Produktionszweig angesiedelt ist, sind es in Völklingen drei: Die Schmiede, die Walzwerke und das Walzwerk. Vgl. hierzu die Angaben auf der Internetpräsenz der Saarstahl AG. Gefunden unter: <http://www.saarstahl.com/produktionsanlagen.html?&L=2>; am 4.9.2012.

Mitarbeiter zählte,⁵⁰² ist davon auszugehen, dass mehr als ein Drittel aller Beschäftigten des Unternehmens in Völklingen beschäftigt ist. Geht man aber eben von einer gleichmäßigen Verteilung auf alle drei saarländischen Standorte (Völklingen, Burbach und Neunkirchen) aus, so wären in Völklingen im Jahr 2010 etwa 2.400 Mitarbeiter beschäftigt gewesen und dies entspräche etwa der Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Völklingen.⁵⁰³

All diese Daten sprechen für eine sehr hohe Bedeutung des Unternehmens für die Gemeinde und die Region. Vor allem auch in finanzieller Hinsicht, betrachtet man die jährlichen Umsatzzahlen des Unternehmens. Nach eigenen Angaben hatte die Saarstahl AG 2010 einen Umsatz von 2.296 Mio. Euro und kann daher auch als wichtigster Gewerbesteuerzahler gelten.⁵⁰⁴ Gleichzeitig wird das Unternehmen aber auch der einzige Steuerzahler in dieser Größenordnung in Völklingen sein. Sollte das Gleichgewicht der Firma jedoch ins Schwanken geraten, könnte die Kommune noch einmal zusätzliche strukturelle Schwierigkeiten bekommen.

6.3.2 Bevölkerungsstruktur

Die Gemeinde Völklingen muss, wie das gesamte Saarland, mit einem starken Bevölkerungsrückgang umgehen. Die Hauptursache hierfür ist der Einbruch der Montanindustrie und deren völlige Stilllegung im Juni 2012, mit dem ein Großteil der Arbeitsplätze im Bundesland verloren gingen.⁵⁰⁵ Dies spiegelt sich auch im tatsächlich stattgefundenen Rückgang der letzten sieben Jahre wider, als auch im prognostizierten Rückgang bis 2030.

⁵⁰² Vgl. hierzu die Pressemitteilung „Nach einem sehr schwierigen Jahr 2009 ist Saarstahl 2010 wieder auf Erfolgskurs“ auf der Internetpräsenz der Saarstahl AG. Gefunden unter: http://www.saarstahl.com/news_aktuell.html; am 4.9.2012.

⁵⁰³ Die Gesamtanzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe 2010 lag nach Angaben des Städtetags Deutschland in Völklingen bei 5.500. Vgl.: Deutscher Städtetag: Statistisches Jahrbuch 2011; S. 276.

⁵⁰⁴ Vgl. Angaben des Unternehmens auf ihrer Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.saarstahl.com/daten.html>; am 4.9.2012.

⁵⁰⁵ Vgl.: Hamm/ Wienert: Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen; S. 127f.

Abbildung 13: Demographische Ebene Völklingen

Indikatoren	Völklingen	Deutschland	SL
Bevölkerungsstand	39.626	81.751.602	1.017.567
Bevölkerungsentwicklung			
2003-2010	-5,1%	-0,9%	-4,1%
Durchschnittsalter	44,2 Jahre	ca. 43 Jahre ⁵⁰⁶	45,1 Jahre
Frauenanteil	51,4%	50,9%	51,3%
Jugendquotient	33,2%	30,3%	28,5%
Altenquotient	36,5%	33,8%	36,3%
Ausländeranteil	15,3%	8,8%	8,4%
Fertilitätsrate	9%	-	-8,6%
Geburten-Sterbesaldo	-0,5%	-0,2%	-0,5%
Wanderungssaldo	0,07%	0,2%	0,01%
Bevölkerungsprognose			
2009-2030	-11,3%	-5,4% ⁵⁰⁷	-11,5%
Durchschnittsalter 2030	47,6 Jahre	ca. 47 Jahre ⁵⁰⁸	49,2 Jahre

Eigene Darstellung.⁵⁰⁹

⁵⁰⁶ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁵⁰⁷ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-0.15.html>; am 16.7.2014.

⁵⁰⁸ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁵⁰⁹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377), über Lebendgeborene (Anhang 2, S. 378), über Gestorbene (Anhang 2, S. 379), über Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes (Anhang 2, S. 380/381) und über die Bevölkerung nach Altersgruppen (Anhang 2, S. 382-388) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+voelklingen+demographischer-wandel+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

Der Rückgang ist auf das negative Geburten- und Sterbesaldo zurückzuführen, da das Wanderungssaldo 2010 mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 0,07% minimal positiv war. Hierfür ist wahrscheinlich der Zuzug von Ausländern verantwortlich. Die Daten der Wanderungsstatistik über die Grenzen des Bundesgebietes sind zwar nur auf Kreisebene vorhanden, es zeigt sich jedoch, dass der Regionalverbund Saarbrücken 2010, zudem die Gemeinde Völklingen gehört, ein negatives Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung hatte und ein positives der ausländischen Bevölkerung.⁵¹⁰ Angesichts des hohen Ausländeranteils in Völklingen von 15,3% lässt sich dies wohl auch auf die Gemeinde übertragen. Nach der Gemeinde Perl besitzt Völklingen den höchsten Ausländeranteil des Saarlandes.⁵¹¹

Neben dem Bevölkerungsrückgang weist Völklingen sowohl einen hohen Jugendquotienten als auch Altersquotienten auf. Demnach ist davon auszugehen, dass es gerade die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren ist, welche der Gemeinde fehlen. Interessanterweise sind es aber gerade die 18- bis 25-Jährigen, die ein positives Wanderungssaldo über die Gemeindegrenzen im Jahr 2010 von 13 aufwiesen, wobei die Gruppe der 30- bis 65-Jährigen mit 68 Zuzügen mehr ein etwas deutlicheres positives Saldo hatten.⁵¹² Aufgrund

⁵¹⁰ Das Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung über Gemeinde- und Bundesgrenzen lag 2010 bei -569, während die ausländische Bevölkerung zum selben Zeitpunkt ein positives Saldo von 2.159 aufwies. Salden beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Angaben der Wanderungsstatistik nach Nationalität und Geschlecht über Gemeinde- und Bundesgrenzen der Kreise und kreisfreien Städte der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=BBE2D83C9944A0C1CFA607CCBB79E334?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411113226959&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-42-4&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRKRLB-10041&werteabruf=Werteabruf>; am 16.6.2012.

⁵¹¹ Zu den Angaben der einzelnen Ausländeranteile der Gemeinden im Saarland vgl. die Daten des Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/wegweiserinteraktiv/kartentool/Kartentool.action?renderKartentool&opener=integration&gkz=10041519&thema=1&indikator=55&zeitraum=8>; am 15.5.2014.

⁵¹² Salden beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Wanderungsstatistik nach Geschlecht und Altersgruppen über die Gemeindegrenzen der Gemeinden der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/>

der fehlenden Daten für das Wanderungsverhalten über die Bundesgrenzen für die Gemeinden, kann nur spekuliert werden, ob die Menschen im arbeitsfähigen Alter ins benachbarte Frankreich oder Luxemburg abwandern, um dort Arbeit zu finden.

Ob die hohe Fertilitätsrate, wie das positive Wanderungssaldo, ebenfalls auf die ausländische Bevölkerung zurückzuführen ist, bleibt gleichfalls spekulativ. Genauso wenig kann eine Aussage getroffen werden über eine mögliche Zuspitzung der Integrationsdebatte für die Kommune, da auf Gemeindeebene in kaum einem Bereich Daten für die ausländische Bevölkerung zu erhalten sind. Anhand des hohen Anteils der Ausländer an den Arbeitslosen (siehe Abbildung 12) und dem hohen Ausländeranteil kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich Völklingen - wie Gelsenkirchen - verstärkt mit dieser Problematik auseinandersetzen muss. Dass die Problematik in der Bevölkerung bereits angekommen ist, zeigt sich an der Tatsache, dass die NPD seit 2004 im Stadtrat Völklingen vertreten ist.⁵¹³ Darüber hinaus wurde im Februar 2010 über den Bau eines Minaretts an der örtlichen Moschee gestritten, was sogar für eine überregionale Berichterstattung der Medien sorgte.⁵¹⁴ Trotz Widerständen wurde das Minarett gebaut und im Februar 2012 eingeweiht.⁵¹⁵

online/data;jsessionid=BBE2D83C9944A0C1CFA607CCBB79E334?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411113381743&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-21-5&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRGKRLD-10041519&werteabruf=Werteabruf; am 16.6.2012.

⁵¹³ Allerdings seit 2009 nur noch mit 2 Abgeordneten und einem Verlust an 5% der Stimmen gegenüber den Wahlen von 2004. Zur Sitzverteilung des Stadtrates Völklingen siehe die Angaben der Internetpräsenz der Gemeinde. Gefunden unter: <http://www.voelklingen.de/index.php?id=1140>; am 4.9.2012. Zur Stimmverteilung der einzelnen Parteien siehe offizielles Wahlergebnis auf der Internetpräsenz des Völklinger SPD-Ortsverbandes Geislautern. Gefunden unter: <http://spd-geislautern.de/statdtrat/nachrichten/wahlergebnisse-der-kommunalwahl-in-volklingen.url>; am 4.9.2012.

⁵¹⁴ Vgl. beispielsweise: Crolly, Hannelore: Das Saarland hat seinen eigenen Minarett-Streit; in: Welt-Online vom 14.2.2010. Gefunden unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6382184/Das-Saarland-hat-seinen-eigenen-Minarett-Streit.html>; am 4.9.2012.

⁵¹⁵ Vgl.: Döpke, Doris: Einweihung des Minaretts auf Moschee in Völklingen-Wehrden wird gefeiert; in: Saarbrücker Zeitung-Online (17.2.2012). Gefunden unter: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/aufmacher/Voelklingen-Minarett-Moschee-Voelklingen-Wehrden-tuerkisch-Islamischer-Kulturverein-Saarland;art27856,4183909#.UEXyXUJFS-g>; am 4.9.2012.

6.3.3 Bildungsstruktur

Leider konnten weder durch das Statistische Amt des Saarlandes noch durch das Schulamt des Bundeslandes Daten auf Gemeindeebene über die Zusammensetzung der Schüler bereitgestellt werden. Im Saarland sind, so die Aussage des Statistischen Amtes, diese Daten nur auf Kreisebene erhältlich. Aus diesem Grund ist eine Aussage über die Bildungsebene kaum möglich (siehe Abbildung 14).

Aufgrund dessen, dass keinerlei Hochschulen in Völklingen sind und auch die Anzahl der hochqualifizierten Beschäftigten sehr gering ist (siehe Abbildung 12), bleibt die Vermutung, dass auch hier die These des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zutrifft: In Regionen mit geringer Chance auf dem Arbeitsmarkt, ist auch die Qualifizierung der Schüler schlechter, da sie keinerlei Anreize für eine gute Ausbildung sehen.⁵¹⁶ Wer eine hochqualifizierende Ausbildung möchte, muss die Gemeinde Völklingen verlassen und wird aufgrund des Anteils der hochqualifizierten Stellen vor Ort auch nur in einem sehr geringen Maße zurückkommen.

Die Bedeutung Völklingens als Bildungsstandort muss folglich in der Etablierung als Ausbildungsstandort liegen. Inwieweit dies bereits der Fall ist, lässt sich durch die vorhandenen Kennzahlen nicht sagen.

⁵¹⁶ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 27.

Abbildung 14: Bildungsebene Völklingen

Indikatoren	Völklingen	Deutschland	SL
Schüler Grundschule	k. A.	32,3%	31,9%
Schüler Hauptschule	k. A.	8% und 4,2% ⁵¹⁷	0,3% und 20% ⁵¹⁸
Schüler Realschule	k. A.	13,3%	1,4% ⁵¹⁹
Schüler Gymnasium	k. A.	28,1%	27,7%
Frauenanteil Gymnasiums	k. A.	52,7%	52,3%
Ausländerabiturienten- quote	7,8%	10% ⁵²⁰	11,7%
Schulabgänger ohne Abschluss	k. A.	6,2%	5,8%
hochqualifizierende Bildungsstätten	-	-	-
Studentenzahlen	-	-	-

Eigene Darstellung.⁵²¹

⁵¹⁷ Die 8% beziehen sich auf Schüler in Hauptschulen. Allerdings sind in vielen Bundesländern keine reinen Hauptschulen mehr vorhanden, sondern sogenannte kombinierte Sekundarschulen (die 4,2%). Diese integrieren Haupt- und Realschulen in einer Schulform.

⁵¹⁸ Das Saarland stellt gerade sein Schulsystem auf eine kombinierte Sekundarschule, so dass Hauptschule und Realschule nur noch in geringer Anzahl vorhanden sind. Die 0,3% sind die Anzahl der Hauptschüler und die 20% beziehen sich auf die neue sogenannte erweiterte Realschule.

⁵¹⁹ Nur noch Anteil der Schüler auf reinen Realschulen der alten Schulform.

⁵²⁰ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.18.html>; am 16.7.2014.

⁵²¹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über allgemeinbildende Schulen nach Schulart (Anhang 2, S. 389- 394) und über allgemeinbildende Schulen nach Absolventen/ Abgänger (Anhang 2, S. 395- 397) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+voelklingen+soziooekonomische-integration+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

6.3.4 Finanzielle Struktur

Die finanzielle Struktur Völklingens zeigt einige Schwächen auf, vor allem hinsichtlich der zukünftigen Wirtschaftskraft der Kommune (siehe Abbildung 15). Sie ist bei vielen Bereichen zwar besser als bei den anderen Fallbeispielen, jedoch lagen die Werte 2010 trotzdem häufig unter Bundes- und Landesdurchschnitt. Aus diesem Grund zeigt sich bereits eine strukturell problematische Finanzsituation.

Das Steueraufkommen pro Kopf war 2010 in Völklingen mit 1.152,10 € das mit Abstand höchste aller untersuchten Gemeinden. Da für 2010 keinerlei Daten über die Einnahmen der Gemeinde ermittelt werden konnten, kann der Anteil der Gewerbesteuereinnahmen am Gesamtetat nur vermutet werden. Der Anteil der Gewerbesteuer an den Realsteuereinnahmen (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Anteil Einkommenssteuer, Anteil Umsatzsteuer) lag 2010 bei 45% und nimmt damit fast die Hälfte der Steuereinnahmen ein. Für die finanzielle Situation der Gemeinde ist sie deshalb von hoher Bedeutung. Aufgrund der Größe und des Umsatzes der Saarstahl AG (siehe oben), ist zu vermuten, dass sie einen wesentlichen Teil der Gewerbesteuern zahlen.

Die Tendenz des kommunalen Schuldenstandes im Verhältnis zum Vorjahr 2009 zeigt besorgniserregende Züge. So ist der Schuldenstand pro Kopf innerhalb eines Jahres um 8,5% gestiegen. Darüber hinaus wird auch die SGB II-Quote 2010 eine starke finanzielle Belastung für die Kommune darstellen, auch wenn sie geringer ausfiel als in Gelsenkirchen und Halle. Die relativ hohen Steuereinnahmen scheinen die sozialen Ausgaben keineswegs deckeln zu können und sollte dieser Trend anhalten, wird die Verschuldung auch in den nächsten Jahren zunehmen und Völklingen abermals finanziell belasten.

Abbildung 15: Wohlstandsebene Völklingen

Indikatoren	Völklingen	Deutschland	SL
privates Nettoeinkommen	35.280,50 €	36.642,00 € ⁵²²	40.567,70 €
Schuldenveränderung	8,5%	– ⁵²³	–
Steueraufkommen pro Einwohner	1.152,10 €	– ⁵²⁴	810,60 €
SGB II-Quote	16,6%	10%	9,9%
Haushalte mit geringem Einkommen	16,2%	19% ⁵²⁵	14,5%
Haushalte mit hohem Einkommen	13,4%	30% ⁵²⁶	15,0%

Eigene Darstellung.⁵²⁷

⁵²² Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014.

⁵²³ Siehe Anmerkung zum Schuldenstand. Die Veränderung bezieht sich ebenfalls auf die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Daher ist ein Vergleich lediglich zwischen den Kommunen sinnvoll.

⁵²⁴ Bei den Steuereinnahmen sind ebenfalls Landes- und Gemeindesteuern mit enthalten. Aus diesem Grund ist keine Vergleichbarkeit der Daten gegeben.

⁵²⁵ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.300 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353–358).

⁵²⁶ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen über 3.600 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353–358).

⁵²⁷ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+voelklingen+kernhaushalt+2010+durchschnitt+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für

Für eine Zunahme der sozialen Ausgaben spricht auch die geringe Kaufkraft der Einwohner. 2010 lag das durchschnittliche Nettoeinkommen privater Haushalte im Jahr bei 35.280,50 € und damit zwar über dem der anderen Fallbeispiele, aber dennoch weit unter Bundes- und Landesdurchschnitt. Leidet die Kaufkraft der Bevölkerung wird langfristig auch der Einzelhandel Auswirkungen spüren sowie die Kommune einen finanziellen Mehraufwand haben durch eine mögliche Zuzahlung in Form sozialer Leistungen für die geringverdienenden Haushalte.⁵²⁸ Darüber hinaus zeigen sich natürlich auch Verluste bei der Umsatzsteuer für die Kommunen bei einer geringen Kaufkraft.

Der Strukturwandel in Völklingen betrifft vor allem den Arbeitsmarkt und die Wohlstandsebene, wobei beide noch abgemildert werden durch die Tatsache, dass mit der Saarstahl AG ein florierendes und zahlungsfähiges Unternehmen vor Ort ist. Trotzdem zeigen sich erste Schwierigkeiten, wie die geringe Kaufkraft, die hohe SGB II-Quote als auch die Beschäftigungsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Wie die Verteilung der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren zeigt, hat ein Ausbau der Dienstleistungsgesellschaft noch nicht stattgefunden. Darüber hinaus lässt der große Anteil an Saarstahl-Beschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten darauf schließen, dass auch die Ansiedlung von neuen innovativen Industrien noch nicht stattgefunden hat. Die Kommune ist immer noch altindustriell geprägt und wird beim Wegbrechen der Stahlindustrie noch weiter in den Strukturwandel einbrechen. Die Zukunftsprognosen der Gemeinde sind damit eng verbunden mit denen der Saarstahl AG.

Arbeit entnommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 359). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁵²⁸ Die Anzahl der sogenannten „Aufstocker“ ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Vgl.: O.V.: Hartz IV-Aufstocker. Reguläre Jobs reichen immer seltener zum Leben; in: Spiegel-Online (8.5.2013). Gefunden unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/aufstocker-zahl-der-hartz-iv-empfaenger-mit-regulaeren-jobs-steigt-a-898656.html>; am 9.5.2014.

6.4 Hoyerswerda

Viele DDR-Kombinate entstanden in ländlichen Gebieten, die weder genügend Infrastruktur noch Humankapital hatten. Entscheidend war das Vorhandensein des Rohstoffes und damit einhergehend die Weiterverarbeitung des Grundstoffes. Dies sollte durch einen Verbund mehrerer Volkseigener Betriebe (VEB) an einem Ort geschehen.⁵²⁹ Aber dies traf nicht nur auf den Wirtschaftsbereich der Rohstoffgewinnung zu, sondern auch auf andere Zweige wie beispielsweise der Maschinenbauindustrie. 1951 wurde so das Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt gegründet, dass sich aus mehreren kleineren Firmen der ostsächsischen Region zusammensetzte.⁵³⁰ Aufgrund der Ansiedlung und Erweiterung des Kombinats verdoppelte sich die Zahl der Einwohner der damals beschaulichen Gemeinde auf 12.500 Einwohner im Jahr 1984. Folge war der Neubau von Wohnungen und weiterer Infrastruktur.⁵³¹ Mit vielen Kombinati- sgründungen gelangten viele kleinere Kommunen, aber auch größere Städte schnell an die Grenzen ihrer Kapazitäten.

Dies traf auch für das Gaskombinat Schwarze Pumpe zu, welches in den 1950er Jahren zwischen Hoyerswerda (heute zum Freistaat Sachsen gehörig) und Spremberg (heute ein Teil des Bundeslandes Brandenburg) völlig neu gebaut wurde.⁵³² Neben der Stromproduktion durch Gas und Braunkohle, gehörte auch der Tagebau dazu.⁵³³ Da sich das Kombinat zu einem der wichtigsten Stromproduzenten der DDR entwickelte und mehr Personal benötigte als in dem sehr ländlichen Gebiet vorhanden war, gab es einen starken Zuzug an Men-

⁵²⁹ Diese Kombinate entstanden Ende der 1960er Jahre nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft. Vgl.: Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000; Bonn 2002; S. 202.

⁵³⁰ Vgl.: http://www.archiv.sachsen.de/archive/dresden/4444_3133363338.htm; am 5.9.2012.

⁵³¹ Zur Geschichte der Stadt Neustadt in Sachsen vgl. die Internetpräsenz der Gemeinde. Gefunden unter: <http://www.neustadt-sachsen.de/neustadtcms/stadt/historik.html>; am 5.9.2012.

⁵³² Zum historischen Verlauf der Stadt Hoyerswerda siehe die Angaben der stadteigenen Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.hoyerswerda.de/index.php?language=de&m=1&n=5&o=37>; am 9.5.2014.

⁵³³ Ein kurzer geschichtlicher Überblick findet sich auf der Internetpräsenz der Germanistik der Uni Potsdam. Gefunden unter: http://golm.rz.uni-potsdam.de/germanistik/Reimann/Hoyerswerda/Pumpe/chronik_pumpe.htm; am 5.9.2012.

schen aus der gesamten DDR nach Hoyerswerda oder Spremberg.⁵³⁴ In Folge dessen wuchsen die Städte enorm: Hoyerswerda hatte im Jahr 1957 18.783 Einwohner und wuchs bis 1980 auf 74.481 Einwohner an.⁵³⁵ Dies bedeutete einen Anstieg innerhalb von 23 Jahren um das Vierfache. Diese explosionsartige Entwicklung musste zwangsläufig zu einem umfassenden Bau von neuen Wohnungen führen, die durch den Bau einer sogenannten „Satellitenstadt“ - Hoyerswerda-Neustadt in diesem Fall - erreicht wurde. Gleichzeitig wurden auch andere infrastrukturelle Einrichtungen, wie Straßen, Kindergärten, Schulen, Ärzte, etc., benötigt.⁵³⁶

Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde das Kombinat 1995 endgültig geschlossen. Grund hierfür war vor allem die Altersschwäche der Maschinen, so war es seit 1980 immer wieder zu Problemen durch Havarien oder andere Störungen gekommen.⁵³⁷ Bis heute wurde ein Großteil der Anlagen zurückgebaut, die Vattenfall AG hat einen kleinen Teil des *Industrieparks Schwarze Pumpe* übernommen und produziert wieder Strom dort. Auch andere Firmen haben auf dem Industrieparkgelände Standorte errichtet. Wobei die Beschäftigtenzahlen des gesamten Industrieparks im Vergleich zu vorher natürlich sehr gering ist mit etwa 3.600 Beschäftigten.⁵³⁸ In den 1980er Jahren arbeiteten etwa 15.000 Personen im gesamten Kombinat Schwarze Pumpe.⁵³⁹

Mit dem schnellen Niedergang des Kombinats verloren zahlreiche Beschäftigte ihren Arbeitsplatz.⁵⁴⁰ Da die infrastrukturelle Anbindung an die Großzentren und die Autobahn nur bedingt gegeben war, war die Neuansiedlung von

⁵³⁴ Zum historischen Verlauf der Stadt Hoyerswerda siehe die Angaben der stadteigenen Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.hoyerswerda.de/index.php?language=de&m=1&n=5&o=37>; am 9.5.2014.

⁵³⁵ Vgl.: Stadt Hoyerswerda (Hrsg.): Präsentation Stadtentwicklungsbericht. Wie wird Hoyerswerda 2025 aussehen?; Hoyerswerda 2011 (unveröffentlicht); S. 9.

⁵³⁶ Zum historischen Verlauf der Stadt Hoyerswerda siehe die Angaben der stadteigenen Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.hoyerswerda.de/index.php?language=de&m=1&n=5&o=37>; am 9.5.2014.

⁵³⁷ Vgl.: http://golm.rz.uni-potsdam.de/germanistik/Reimann/Hoyerswerda/Pumpe/chronik_pumpe.htm; am 5.9.2012.

⁵³⁸ Zur Geschichte des Industrieparks und den dort ansässigen Unternehmen siehe die Internetpräsenz des Parks. Gefunden unter: <http://www.industriepark.info>; am 5.9.2012.

⁵³⁹ Zur Geschichte des Kombinats vgl.: Stark, Florian: Das war die größte Dreckschleuder der DDR; in: Welt-Online (31.10.2013). Gefunden unter: <http://www.welt.de/geschichte/article121393564/Das-war-die-groesste-Dreckschleuder-der-DDR.html>; am 5.4.2014.

⁵⁴⁰ Vgl.: Groß: Arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf; S. 192f.

großen Unternehmen im Ausmaß des Kombinats fast völlig unmöglich.⁵⁴¹ Die Gemeinde Hoyerswerda musste daher unter schwierigsten Bedingungen einen wirtschaftlichen Neuaufbau anfangen und gleichzeitig den Wegzug eines Großteils der Bevölkerung ausgleichen. Größte Herausforderung für die Stadt ist der Rückbau seiner Infrastruktur, die für eine Großstadt geplant war.

In Hoyerswerda stehen sich CDU und Linkspartei gegenüber. Von den insgesamt 31 Mitgliedern des Stadtrates, konnte die CDU bei den Wahlen 2009 10 Sitze gewinnen und die Linken 9 Sitze. Die Freien Wählern StadtZukunft kamen auf 5 Sitze und die SPD auf 4 Sitze. Sie sind damit „Königsmacher“ für die beiden großen Parteien, um politische Entscheidungen durchzusetzen. Weiterhin sitzen noch die FDP und die NPD mit jeweils einem Sitz im Hoyerswerdener Stadtrat.⁵⁴² Im Vergleich zur Kommunalwahl in Hoyerswerda von 2004 gab es kaum eklatante Veränderungen, lediglich musste die Linkspartei ihre Rolle als stärkste Fraktion aufgeben und diese an die CDU abtreten. Die weiteren Wahlergebnisse waren sehr ähnlich.⁵⁴³ Dank dieser Verteilung ist es für die beiden großen Fraktionen kaum möglich, Politiken eigenständig durchzusetzen. Aufgrund der politischen Einordnung von SPD und FW ist davon auszugehen, dass es zu wechselnden Koalitionen kommt, welche vom jeweiligen Politikfeld abhängig sind. Lernprozesse wären demnach, der Logik des Konzeptes des *Kommunalen Lernens* folgend, einfacher zu initiieren.

Der Zugewinn der CDU in der laufenden Wahlperiode zwischen 2004 und 2009 zeichnete sich durch die Oberbürgermeisterwahl 2006 ab, bei der Stefan Skora von der CDU in der Stichwahl gewann.

⁵⁴¹ Vgl.: Rellecke, Werner: Freistaat Sachsen; in: Wellig, Hans-Georg (Hrsg.): Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft; Wiesbaden 2004; S. 253- 270; hier S. 267.

⁵⁴² Zu den Sitzverhältnissen sowie den Gruppierungen im Stadtrat Hoyerswerda vgl. die Angaben der Internetpräsenz der Stadt. Gefunden unter: <http://www.hoyerswerda.de/index.php?language=de&m=2&n=15>; am 26.9.2012.

⁵⁴³ Zu den Wahlergebnissen in Prozent 2009 und 2004 vgl. die Veröffentlichung der lokalen Zeitung Lausitzer Rundschau auf ihrer Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.mdr.de/sachsen/politik-gesellschaft/wahlen/kommunalwahlen/Ergebnisse100.html>; am 26.9.2012.

6.4.1 Arbeits- und Beschäftigungsmarkt

Die gravierenden Auswirkungen des völligen Erliegens des Gaskombinats Schwarze Pumpe zeigen sich auf dem Arbeits- und Beschäftigtenmarkt nicht so deutlich wie erwartet (siehe Abbildung 16). Dies liegt aber am starken Bevölkerungsrückgang, wie das übernächste Unterkapitel zeigen wird, bei dem die arbeitsfähige Bevölkerung abgewandert ist.

Abbildung 16: Ebene der Arbeitswelt Hoyerswerda

Indikatoren	Hoyerswerda	Deutschland	SN
Beschäftigte am Wohnort	11.015	27.599.714	1.453.504
Beschäftigtenquote	49,4%	51,1%	54,9%
Bedeutung als Arbeitsort	0,91	1	0,97
Beschäftigte 1. Sektor	0,4%	0,8%	1,6%
Beschäftigte 2. Sektor	16,1%	30,4%	29,5%
Beschäftigte 3. Sektor	83,5%	68,8%	68,9%
Beschäftigte ohne Berufsausbildung	14,5%	13,9%	7,8%
hochqualifizierte Beschäftigte	10,8%	10,6%	2,1%
Arbeitslosenquote	15,7%	8,6%	11,8%
Ausländerarbeitslosigkeit	17,6%	15,7%	23,9%
Langzeitarbeitslosigkeit	38,1%	34,9%	37,7%
Frauenarbeitslosigkeit	15,7%	7,5%	11,5%
Jugendarbeitslosigkeit	13,4%	6,8%	10,8%

Eigene Darstellung.⁵⁴⁴

⁵⁴⁴ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen (Anhang 2, S. 366/ 367), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Anhang 2, S. 368- 373), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Art der Ausbildung (Anhang 2, S. 375/ 376), über Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten (Anhang 2, S. 374) und über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.>

So war 2010 die Arbeitslosigkeit in Hoyerswerda mit 15,7% im Vergleich zum Bundes- und Landesmittel sehr hoch, aber dies scheint weniger dem Wegfall des Gaskombinats geschuldet zu sein, sondern mehr den allgemeinen strukturellen Entwicklungen ländlicher Gebiete. Die Langzeitarbeitslosigkeit war 2010 nicht gravierend höher als der Wert des Freistaates Sachsens. Die Bedeutung als Arbeitsort hat Hoyerswerda allerdings durch den Verlust der groß angelegten Stromversorgung eingebüßt. Von den vier Fallbeispielen hatte die Gemeinde 2010 mit 0,91 den niedrigsten Wert. Dies bedeutet, dass es vor allem Auspendler gibt, die zwar in Hoyerswerda wohnen, aber nicht dort arbeiten.

Diesen negativen Tendenzen wirkt die Verteilung der Beschäftigten entgegen. Mit einem sehr hohen Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich ist der Wandel von dem ehemaligen Industriestandort abgeschlossen. Dabei ist der Dienstleistungsbereich stark geprägt von Kleinunternehmern (Handwerker, etc.). Inwieweit die für ein stabiles Steueraufkommen sorgen können, ist dennoch fraglich, da die Bevölkerungszahlen stark rückläufig sind (siehe Kapitel 6.4.2) und daher langfristig auch der Absatzmarkt sinkt. Darüber hinaus lag die Beschäftigtenquote von 49,4% im Jahr 2010 nicht besorgniserregend unter den angeführten Durchschnittswerten und war mit dem der Stadt Halle der deutlich höchste der vier Fallbeispiele.

Die Ebene der Arbeitswelt zeigt teilweise schwache Indikatoren auf. Diese stellen aber weniger eine Folge der Schließung des Kombinats dar, sondern sind allgemein gültige Veränderungen, mit denen sich auch andere Kommunen (vor allem ostdeutsche) auseinandersetzen müssen. So ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland generell höher als in Westdeutschland und dies kann als grundsätzliches Strukturproblem angesehen werden, von dem nicht nur Hoy-

regionalstatistik.de/genesis/online/login; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+hoyerswerda+wirtschaft-arbeit+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 362 u. 363). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

erswerda betroffen ist.⁵⁴⁵ Zudem ist Hoyerswerda und seine Umgebung sehr ländlich geprägt und dünn besiedelt. In diesen Regionen ist es im Besonderen schwierig Bevölkerung zu halten, Unternehmen anzusiedeln und dadurch die Gemeinden am Leben zu erhalten.⁵⁴⁶

6.4.2 Bevölkerungsstruktur

Vor allem auf demographischer Ebene zeigen sich die Folgen des Industrieendes in Hoyerswerda (siehe Abbildung 17). Wie oben bereits erwähnt, hatte die Stadt während der Zeit des Gaskombinats einen beachtlichen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Nach der Schließung der Anlage Schwarze Pumpe und dem Verlust der Arbeitsplätze hat die Gemeinde mit dem gegenteiligen Phänomen umzugehen.

⁵⁴⁵ Zum strukturellen Problem der Arbeitslosigkeit vgl.: Rehberg: Ost-West; S. 213f.

⁵⁴⁶ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 37.

Abbildung 17: Demographische Ebene Hoyerswerda

Indikatoren	Hoyerswerda	Deutschland	SN
Bevölkerungsstand	37.379	81.751.602	4.149.477
Bevölkerungsentwicklung			
2003-2010	-17%	-0,9%	-4%
Durchschnittsalter	50,3 Jahre	ca. 43 Jahre ⁵⁴⁷	46,2 Jahre
Frauenanteil	51,7%	50,9%	51%
Jugendquotient	20,1%	30,3%	24,6%
Altenquotient	56%	33,8%	40,6%
Ausländeranteil	1,8%	8,8%	2,7%
Fertilitätsrate	-1%	-	4,9%
Geburten-Sterbesaldo	-0,8%	-0,2%	-0,4%
Wanderungssaldo	-1,5%	0,2%	-0,1%
Bevölkerungsprognose			
2009-2030	-38,7%	-5,4% ⁵⁴⁸	-10,4%
Durchschnittsalter 2030	56,2 Jahre	ca. 47 Jahre ⁵⁴⁹	49,8 Jahre

Eigene Darstellung.⁵⁵⁰

⁵⁴⁷ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁵⁴⁸ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-0.15.html>; am 16.7.2014.

⁵⁴⁹ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁵⁵⁰ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377), über Lebendgeborene (Anhang 2, S. 378), über Gestorbene (Anhang 2, S. 379), über Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes (Anhang 2, S. 380/ 381) und über die Bevölkerung nach Altersgruppen (Anhang 2, S. 382- 388) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+hoyerswerda+demographischer-wandel+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

Zwischen 2003 und 2010 ist die Bevölkerung um 17% zurückgegangen, der mit Abstand höchste Wert aller Fallbeispiele und mehr als das Vierfache des Landesdurchschnitts. Dieser Trend wird auch in Zukunft weiter anhalten und bis 2030 soll die Bevölkerung um nochmals 38,7% geschrumpft sein. Es ist ebenfalls der deutlich höchste Rückgang aller vier Fallbeispiele und um sieben mal stärker als der Bundesdurchschnitt und um das fast Vierfache des Landesdurchschnitts. Das bedeutet, dass 2030 nur noch etwa 14.200 Menschen in Hoyerswerda leben werden. Dies ist eine Zahl, die der der Nachkriegszeit entspricht - vor der radikalen Industrialisierung.⁵⁵¹ Der Rückgang der Bevölkerung ging 2010 vor allem auf die hohe Abwanderung zurück. Hierbei sind es vor allem die jungen Menschen die aus Hoyerswerda wegziehen. So bildete die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen 2010 mit einem Wanderungssaldo über die Gemeindegrenzen von -155 das höchste Rückgangspotenzial.⁵⁵² Es ist also zu vermuten, dass es sich neben Arbeitsmigration auch um Bildungsmigration handelt, da die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen sich häufig auch noch in Ausbildung befindet. Da Hoyerswerda außer der schulischen Ausbildung keine fortführende hochqualifizierende Bildungseinrichtung hat, müssen die jungen Menschen fortgehen. Eine Rückkehr ist aufgrund der geringen Anzahl an hochqualifizierten Stellen nicht anzunehmen. Hierfür spricht auch die Tatsache, dass die Wanderungssalden aller Altersgruppen 2010 negativ waren.⁵⁵³ Neben der

⁵⁵¹ 1947 betrug die Bevölkerung Hoyerswerda ca. 13.000 Einwohner. Vgl.: Stadt Hoyerswerda (Hrsg.): Präsentation Stadtentwicklungsbericht. Wie wird Hoyerswerda 2025 aussehen?; Hoyerswerda 2011 (unveröffentlicht); S. 9.

⁵⁵² Die Gruppe mit dem zweitniedrigsten Wanderungssaldo waren die 30- bis 50-Jährigen mit -137. Dies ist aber weniger verwunderlich, da die Altersgruppe wesentlich größer ist als die erstgenannte und damit mehr Personen umfasst. Salden sind eigene Berechnungen auf Grundlage der Wanderungsstatistik nach Geschlecht und Altersgruppen der Gemeinden über die Gemeindegrenzen der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=BBE2D83C9944A0C1CFA607CCBB79E334?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411113779522&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-21-5&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRGKRLD-14625240&werteabruf=Werteabruf>; am 16.6.2012.

⁵⁵³ Salden sind eigene Berechnungen auf Grundlage der Wanderungsstatistik nach Geschlecht und Altersgruppen der Gemeinden über die Gemeindegrenzen der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/>

Abwanderung hatte Hoyerswerda auch ein negatives Geburten- und Sterbesaldo 2010, welches ausgeprägter war als dies auf Bundes- und Landesebene für denselben Zeitraum war. Neben der Abwanderung junger Menschen, werden demnach auch immer weniger geboren, so dass die Kommune zunehmend älter wird.

Dies zeigt sich auch an der Altersstruktur der Kommune. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung lag 2010 bereits deutlich über dem der Bundesrepublik und des Freistaates Sachsen. Mit 50,3 Jahren hatte Hoyerswerda mit sechs Jahren Unterschied die älteste Bevölkerung der vier untersuchten Kommunen. Bis 2030 wird sich dieser Zustand noch verschärft haben: Sowohl im Vergleich mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt als auch zu den drei anderen Kommunen. Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass der Jugendquotient der Gemeinde im Jahr 2010 mit 20,1% relativ gering war, aber vor allem der Altenquotient desselben Jahres mit 56% außerordentlich hoch war. Demnach war die Gruppe der über 65-Jährigen bereits halb so groß wie die Altersgruppe zwischen 20 und 64 Jahren.

Die Folgen des Rückgangs für die Kommune sind enorm. Zunächst bedeutet es, dass die Infrastruktur, welche für 70.000 Menschen ausgerichtet war zurückgebaut werden muss für den tatsächlichen Ist-Zustand der Kommune. Dies bedeutet nicht nur den Abriss leerstehender Gebäude, sondern auch von Folgeeinrichtungen, wie Schulen, Kindergärten, etc. Auch wenn der Abriss von Gebäuden die Stadt Geld kostet, kann man durch andere Einsparungen, wie Lehrer oder Betreuungspersonal, auch wieder Geld einsparen. Das gleiche gilt für kulturelle Großeinrichtungen, die für die Größe Hoyerswerdas 2010 nicht mehr entsprechend sind. Allerdings sind es gerade diese sozialen Faktoren, die eine Gemeinde im Wettbewerb mit den anderen attraktiv hält.⁵⁵⁴ Werden Konzerträume, Schwimmbäder oder Tierparks geschlossen, kann dies den Zu-

online/data;jsessionid=BBE2D83C9944A0C1CFA607CCBB79E334?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411113779522&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-21-5&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRGKRLD-14625240&werteabruf=Werteabruf; am 16.6.2012.

⁵⁵⁴ Vgl.: Geis/ Madeja: Verfassungsrechtliche und kommunalrechtliche Grundlagen; S. 22.

zug von neuer Bevölkerung oder Unternehmen durchaus negativ beeinflussen. Hoyerswerda betreibt auch aus diesem Grund immer noch die Lausitzhalle, die mit fast 900 Plätzen eigentlich zu groß ist für den Bevölkerungsanteil der Region.⁵⁵⁵ Zumal Dresden und Cottbus in erreichbarer Nähe liegen.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass das Schrumpfen und Altern einer Stadt diese finanziell be- anstatt entlastet. Das Älterwerden einer Gesellschaft beinhaltet häufig auch weniger Einnahmen durch Einkommenssteuern beispielsweise. Zudem werden viele Steuern nach der Gesamtbevölkerungszahl verteilt, so dass weniger Menschen auch weniger Einnahmen für eine Kommune bedeuten.⁵⁵⁶ Dies macht deutlich: Weniger Menschen bedeuten nicht automatisch auch weniger Ausgaben. Insbesondere nicht, wenn es sich um eine alternde Gesellschaft handelt, wie im Falle Hoyerswerda.

6.4.3 Bildungsstruktur

Die Bildungsstruktur zeigt erste Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges (siehe Abbildung 18).

⁵⁵⁵ Zur Lausitzhalle siehe die Internetpräsenz der Veranstaltungshalle. Gefunden unter: <http://www.lausitzhalle-hoyerswerda.de>; am 5.9.2012.

⁵⁵⁶ Zum Beispiel wird die Lohn- und Einkommenssteuer nach der Anzahl der kommunalen Einkommenssteuerzahler verteilt. Aber auch der Anteil an der Umsatzsteuer wird unter anderem über die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter verteilt. Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 59-61.

Abbildung 18: Bildungsebene Hoyerswerda

Indikatoren	Hoyerswerda	Deutschland	SN
Schüler Grundschule	18,5% ⁵⁵⁷	32,3%	39,1%
Schüler Hauptschule	9,6% ⁵⁵⁸	8% und 4,2% ⁵⁵⁹	27,1%
Schüler Realschule	-	13,3%	-
Schüler Gymnasium	k. A.	28,1%	26,5%
Frauenanteil Gymnasiums	k. A.	52,7%	49%
Ausländerabiturientenquote	k. A.	10% ⁵⁶⁰	25,8%
Schulabgänger ohne Abschluss	11,5%	6,2%	9,8%
hochqualifizierende			
Bildungsstätten	-	-	-
Studentenzahlen	-	-	-

Eigene Darstellung.⁵⁶¹

Aufgrund der kleiner werdenden Gemeinde besuchen natürlich auch weniger Schüler die Grundschule, da - im Vergleich zu Bund und Land - weniger zukünftigen Grundschüler geboren werden. Der Anteil der Grundschüler an

⁵⁵⁷ Vgl.: Stadt Hoyerswerda: Präsentation Stadtentwicklungsbericht; S. 59.

⁵⁵⁸ In Sachsen existieren lediglich Mittelschulen, welche Hauptschule und Realschule in einer Schulform vereinigen. Vgl.: Ebd.; S. 59.

⁵⁵⁹ Die 8% beziehen sich auf Schüler in Hauptschulen. Allerdings sind in vielen Bundesländern keine reinen Hauptschulen mehr vorhanden, sondern sogenannte kombinierte Sekundarschulen (die 4,2%). Diese integrieren Haupt- und Realschulen in einer Schulform.

⁵⁶⁰ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.18.html>; am 16.7.2014.

⁵⁶¹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über allgemeinbildende Schulen nach Schultyp (Anhang 2, S. 389- 394) und über allgemeinbildende Schulen nach Absolventen/ Abgänger (Anhang 2, S. 395- 397) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+hoyerswerda+soziooekonomische-integration+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

allen Schülern lag 2010 in Hoyerswerda bei 18,5% und damit deutlich unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Gymnasiasten an der Gesamtschüleranzahl war hingegen klar höher, sogar der höchste der untersuchten Kommunen. Ursachenforschung ist in diesem Fall schwierig. Jedoch ist zu vermuten, dass das Abitur als Wert angesehen wird, auch als Möglichkeit die Region zu verlassen und bessere Zukunftschancen zu erhalten. Darüber hinaus sind in Hoyerswerda drei Gymnasien, was für eine Stadt dieser Größe relativ viel ist.⁵⁶² Aufgrund des ländlichen Umfeldes, ist zu vermuten, dass die umliegenden kleineren Gemeinden ihre Schüler in die weiterführenden Schulen nach Hoyerswerda bringen.

Die fehlenden Hochschulen machen es Hoyerswerda schwer die eigenen jungen Menschen hochqualifizierend auszubilden und an den Ort zu binden. Wie oben bereits erwähnt, zeigen dies auch die Wanderungssalden (siehe Kapitel 6.4.3). Über die Attraktivität der Gemeinde als Ausbildungsort konnten leider keine Daten ermittelt werden. Aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage, ist jedoch zu vermuten, dass auch hier keine überdurchschnittliche Verankerung vorliegt.

6.4.4 Finanzielle Struktur

Bei der Wohlstandsebene zeigen sich zwei verschiedene Bilder. Die finanzielle Situation der Einwohner scheint relativ stabil, während die Kommune unter den fehlenden Einnahmen leidet (siehe Abbildung 19).

⁵⁶² Zur Anzahl der Schulen vgl.: Stadt Hoyerswerda: Präsentation Stadtentwicklungsbericht; S. 58f.

Abbildung 19: Wohlstandsebene Hoyerswerda

Indikatoren	Hoyerswerda	Deutschland	SN
privates Nettoeinkommen	32.380,00 €	36.642,00 € ⁵⁶³	32.882,80 €
Schuldenveränderung	-17,9%	_ ⁵⁶⁴	-
Steueraufkommen pro Einwohner	512,70 €	_ ⁵⁶⁵	569,40 €
SGB II-Quote	22,2%	10%	14,6%
Haushalte mit geringem Einkommen	15,4%	19% ⁵⁶⁶	16,4%
Haushalte mit hohem Einkommen	14,6%	30% ⁵⁶⁷	12,2%

Eigene Darstellung.⁵⁶⁸

⁵⁶³ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014.

⁵⁶⁴ Siehe Anmerkung zum Schuldenstand. Die Veränderung bezieht sich ebenfalls auf die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Daher ist ein Vergleich lediglich zwischen den Kommunen sinnvoll.

⁵⁶⁵ Bei den Steuereinnahmen sind ebenfalls Landes- und Gemeindesteuern mit enthalten. Aus diesem Grund ist keine Vergleichbarkeit der Daten gegeben.

⁵⁶⁶ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.300 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353- 358).

⁵⁶⁷ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen über 3.600 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353- 358).

⁵⁶⁸ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+hoyerswerda+kernhaushalt+2010+durchschnitt+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für Arbeit ent-

Zur Zeit ist die Kaufkraft der Einwohner in etwa auf einer Höhe des Landesdurchschnitts. Im Jahr 2010 betrug das jährliche private Nettoeinkommen der Haushalte 32.380 €. Dies verwundert auf den ersten Blick, da die wirtschaftlichen Kennzahlen als auch die SGB II-Quote deutlich negativer ausfielen als der Landesdurchschnitt. Hoyerswerda ist eine relativ alte Stadt, so dass in diese Rechnung viele Renten mit einfließen, die für gewöhnlich niedriger ausfallen als die Gehälter. Jedoch handelt es sich häufig noch um Renten ehemaliger Arbeiter des Kombinats Schwarze Pumpe, die deutlich über dem normalen Rentenniveau des Landes liegen dürften. Renten aus dem Bergbau waren aufgrund der hohen körperlichen Belastung immer schon stärker vergütet.⁵⁶⁹ Aus diesem Grund ist auch der Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen höher sein als bei den anderen Fallbeispielen.

Sollten jedoch mal die ehemaligen Arbeiter des Kombinats verstorben sein, so wird Hoyerswerda die zahlungsfähige Bevölkerung fehlen. Zudem war der Anteil der Menschen, die Hilfen aus dem Sozialgesetzbuch II erhalten, sehr hoch mit 22,2%. Die Kommune hat demnach überdurchschnittlich hohe Ausgaben für soziale Leistungen zu tätigen, aber im Gegensatz dazu unterdurchschnittliche Steuereinnahmen. Die Ausgaben für soziale Unterstützung, auch im Alter, könnten noch einmal vehement steigen. Die bestehende hohe Arbeitslosigkeit, die hohe SGB II-Quote sowie die schlechte Ausgangslage für die Neuan siedlung von Unternehmen lassen die Vermutung zu, dass die Zahl der hilfebedürftigen Menschen zunehmen wird. Gleichzeitig werden die arbeits- und zahlungsfähigen Menschen abwandern. Die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs haben sich bisher noch nicht gravierend auf die Wohlstandsebene ausgewirkt, aber in den nächsten 10 Jahren ist dies zu erwarten.

nommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 359). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁵⁶⁹ Zu den Besonderheiten der Renten von Bergbau-Beschäftigten vgl. beispielsweise die Angaben der Deutschen Rentenversicherung. Gefunden unter: http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/232612/publicationFile/56510/bergleute_und_ihre_rente.pdf; am 15.5.2014.

Die strukturelle Situation der Gemeinde Hoyerswerda wird vor allem durch die starke Abwanderung vornehmlich junger Menschen beeinflusst. Einfach formuliert könnte man sagen, dass die Menschen, die arbeiten können und wollen die Stadt zum Großteil verlassen und übrig bleiben die Rentner und diejenigen, die von finanzieller Hilfe durch den Staat abhängig sind. Diese Tatsache wird sich in den kommenden Jahren noch intensiver bei der Ebene der Arbeitswelt und der Wohlstandsebene verdeutlichen.

6.5 Einheit in der Differenz?

Die statistische Auswertung zeigte, dass sich alle Kommunen im „Strukturwandel“ befinden. Jedoch auf sehr unterschiedliche Weise und auch sehr differenziert in ihrer Ausprägung. Regionale Besonderheiten, wie die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, spielen dabei eine große Rolle.⁵⁷⁰ Aber auch durch sozio-ökonomische Besonderheiten, wie die fehlende Integration von Ausländern in den kommunalen Arbeitsmarkt in westdeutschen Gemeinden.⁵⁷¹ Den Strukturwandel als Idealschablone gibt es demnach nicht, wie auch schon Kapitel 2 angedeutet hat.

Bei allen Kommunen handelte es sich um altindustrielle Standorte, denen der wichtigste und gleichzeitig dominierendste Wirtschaftszweig weggebrochen ist. Die ähnliche Ausgangslage schafft jedoch nur bedingt gleiche strukturelle Probleme. Ursache für die Entwicklung ist zum einen die Schnelligkeit des Strukturwandels: Während sich westdeutsche Montanindustrie-Kommunen spätestens seit den 1970er Jahren mit dem Bedeutungsverlust der Kohle auseinandersetzen konnte, erfolgte in Ostdeutschland dieser Prozess erst nach 1989/1990 innerhalb kürzester Zeit.⁵⁷² Dies lag auch an der Tatsache, dass viele Betriebe unwirtschaftlich und unmodern ausgestattet und nicht mehr konkurrenzfähig für den Weltmarkt waren.⁵⁷³ Darüber hinaus gibt es einen weiteren

⁵⁷⁰ Vgl.: Kröhnert/ Olst/ Klingholz: Deutschland 2020; S. 13 u. 18f.

⁵⁷¹ Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz, Reiner: demografische Lage der Nation; S. 30f u. 123.

⁵⁷² Vgl.: Best/ Holtmann: Die langen Wege der deutschen Einigung; S. 11.

⁵⁷³ Vgl.: Roesler: Ostdeutsche Wirtschaft; S. 63.

Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen Gemeinden: Die ostdeutschen Kommunen hatten sich nicht nur an den tatsächlichen Rahmenbedingungen der Montanindustrie zu orientieren, sondern gleichzeitig fand eine grundsätzliche Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft statt, die grundsätzlich auch eines Strukturwandels bedarf.⁵⁷⁴ Es kann also von einem zweifachen Veränderungszwang ostdeutscher Kommunen zur selben Zeit gesprochen werden.

Unterschiede lassen sich aber nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland finden, sondern auch innerhalb der selben Regionen. Im Ruhrgebiet existieren durchaus auch Kommunen mit einer stabileren Situation als sie Gelsenkirchen aufweist. Ebenfalls zeigen Gelsenkirchen und Völklingen, dass sie sehr unterschiedliche Indikatoren zeigen. Örtliche Besonderheiten spielen bei den Folgen des Strukturwandels eine erhebliche Rolle, wie sich dadurch beweisen lässt. Die Größe der Kommune steht dabei nicht zwingend im Vordergrund, wie die strukturellen Probleme der beiden kleineren Kommunen zeigten. Beide wiesen nicht deutlich stärkere strukturelle Probleme auf.

Die regionale Komponente sorgt auch dafür, dass keiner der Kommunen in allen Bereichen unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielten, sondern es stachen vor allem immer ein oder zwei Bereiche raus. Während in Gelsenkirchen die Ebene der Arbeitswelt das größte Problem darstellte, durch eine geringe Beschäftigungsquote mit gleichzeitig sehr hoher Arbeitslosigkeit, war es in Halle (Saale) die Wohlstandsebene, mit sehr geringem Steueraufkommen und niedriger Kaufkraft der Einwohner. Hoyerswerda Schwierigkeit liegt darin den eklatanten Bevölkerungsrückgang zu verkraften und ist demnach die demographische Ebene. Lediglich bei Völklingen zeigte sich ein anderes Bild, da durch die verbleibende Verankerung der Stahlindustrie vor Ort der altindustrielle Zweig noch nicht völlig weggebrochen ist. Fakt bleibt aber, dass alle vier untersuchten Kommunen als strukturschwach gelten können, doch die Faktoren der Schwäche (hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Integration, extremer Bevölkerungsrückgang, finanzielle Probleme) deutlich variieren. Zusätzlich ha-

⁵⁷⁴ Vgl.: Best/ Holtmann: Die langen Wege der deutschen Einigung; S. 11.

ben dieselben Faktoren noch unterschiedliche Gründe, so dass zwei Städte mit einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang umgehen müssen, der jedoch zum einen im Wegzug der Bevölkerung liegen kann oder in einer geringen Geburtenquote. Dies trifft auf jeden Faktor zu: Bei Städte mit finanziellen Problemen können mangelnde Steuereinnahmen, hohe Sozialausgaben oder eine hohe Verschuldung zu Grunde liegen. Der Umgang mit den Ausprägungen der Strukturschwäche ist allerdings stark davon abhängig, wie sich diese ausgestalten. Einer geringen Geburtenquote kann man nicht mit denselben Mitteln wie einer starken Abwanderung entgegenwirken.

Die Kommunen stehen bei ihren strukturellen Problemen allerdings nicht im luftleeren Raum. Der Vergleich der kommunalen Datensätze mit den Erhebungen der Landes- und Bundesdaten zeigte, dass es sich bei einer schrumpfenden, alternden Gesellschaft um ein gesamtdeutsches Phänomen handelte, jedoch die extremen Ausschläge vor allem auf kommunaler Ebene zu spüren sind, wie bei der Gemeinde Hoyerswerda. Gleichzeitig ist auch Deutschland von der Eurokrise und ihren Folgen betroffen, wenn natürlich auch auf einem anderen Niveau als Südeuropäische Länder.⁵⁷⁵ Auch hier zeigen sich die Folgen vornehmlich in den Kommunen, die alle mit geringen finanziellen Mitteln auskommen müssen und alle hohe Schuldenstände aufwiesen. Brisant ist diese Tatsache, da die kommunalen Haushalte ausgeglichen sein müssen und eigentlich keine Schulden aufbauen dürfen. Es sei denn, sie sind notwendig um die staatlichen Pflichtaufgaben zu erfüllen und an diesem Punkt sind mittlerweile viele Kommunen angekommen.⁵⁷⁶ Daher ist die Wohlstandsebene die bedeutendste strukturelle Schwäche deutscher Kommunen. Alle untersuchten Kommunen wiesen dort unterdurchschnittliche Werte auf mit negativer Zukunftsbilanz.

Die Datenauswertung der Fallbeispiele hat bewiesen, dass eine Betrachtung auf kommunaler Ebene insbesondere beim Strukturwandel unabdingbar ist.

⁵⁷⁵ Vgl.: Manier, Ingo: Keine Entspannung. Selbst Deutschland ist vor der Euro-Krise nicht sicher; in: Focus-Online (12.11.2013). Gefunden unter: http://www.focus.de/finanzen/experten/mainert/keine-entspannung-in-sicht-auch-deutschland-ist-vor-der-euro-krise-nicht-sicher_id_3385984.html; am 9.5.2014.

⁵⁷⁶ Zur Ausgeglichenheit des kommunalen Haushaltes und den Bedingungen vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 75f.

Zwar gibt es gesamtdeutsche Prozesse, jedoch haben diese vor Ort immer eine dermaßen differenzierte Ausprägung, die bei der Lösungssuche mit einfließen müssen. Aufgrund des föderalen Systems der Bundesrepublik Deutschland haben die Kommunen mit dem im GG verankerten Recht auf Selbstverwaltung die besten Chancen und Mittel in der Hand diese Probleme, individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten, zu lösen. Wie Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit gezeigt hat, sind sie dazu auch immer noch bedingt in der Lage.

Dazu müssten den Kommunen jedoch Mittel zur Verfügung gestellt werden, strukturelle Probleme mit Hilfe der Bundes- und Landespolitik so auszugestalten, dass sie sie für ihre speziellen Bedürfnisse nutzen können. Die Frage ist allerdings, ob diese Mittel bereits vorhanden sind und nicht genutzt werden oder, ob sie erst eingeführt werden müssten. Politisches Lernen wäre hierbei eine gute Möglichkeit, da sie sowohl strukturelle als auch individuelle Mängel aufdecken und Aussagen darüber zulassen, welche Mittel in Zukunft eingesetzt werden müssten, um eine erfolgreichere Politik im Umgang mit den strukturellen Veränderungen zu ermöglichen. Anhand der geführten Interviews mit Lokalpolitikern und Verwaltungsmitarbeitern wird im nächsten Kapitel genau diese Frage anhand der Faktoren für *Kommunales Lernen* erörtert.

7 Die kommunale Lernfähigkeit der 4 Fallbeispiele

7.1 Die kommunalen Interviewpartner

In den vorangegangenen Kapiteln wurde theoretisch geklärt, ob kommunale Politiker Lernprozesse vollziehen können. Als Basis dafür galt der Gestaltungsspielraum der Kommunen eigene Politikfelder zu bearbeiten. Es konnte festgehalten werden, dass objektiv betrachtet die Möglichkeit selbstständig zu agieren gegeben ist, wenn auch der Handlungsrahmen durch Bundes- und Landesgesetze eingeschränkt werden und vor allem die finanzielle und strukturelle Situation vielen Kommunen bei der eigenen Gestaltungskompetenz Grenzen setzt. Dennoch kann, trotz Einbeziehung dieser Faktoren, nicht von einer Fremdbestimmung gesprochen werden.

Da es sich beim Lernen um einen individuellen Prozess handelt, wie die Kapitel 3 und 5 der vorliegenden Arbeit dargelegt haben, müssen auch die Individuen, welche für den Prozess des Lernens zuständig sind mit in die Untersuchung einbezogen werden, um eine endgültige Aussage über die Lernfähigkeit deutscher Kommunen treffen zu können. Aus diesem Grund wurden in jedem Fallbeispiel kommunale Entscheidungsträger zu ihrer persönlichen Einschätzung des Handlungsspielraums befragt.

Der Fragebogen (siehe Anhang 3, S. 398- 399) beinhaltet dabei die vorher benannten 7 Voraussetzungen für *Kommunales Lernen*. Wie beschrieben werden bis auf die Kreativität alle Faktoren direkt abgefragt. Ziel ist es zu erfahren, wie die kommunalen Akteure ihre Lernsituation selbst wahrnehmen.

Die eigene Wahrnehmung ist besonders wichtig, da sie die eigenen Handlungen maßgeblich beeinflussen. In dieser Annahme übernimmt die vorliegende Arbeit das Konzept Robert Mertons über die Zusammenhänge von zwischenmenschlicher Interaktion im Rahmen der selbsterfüllenden Prophezeiungen. Die wahrgenommene Lernsituation wird gerade dadurch real, weil sie danach handeln.⁵⁷⁷

Trotz der fest verankerten Aspekte im Fragebogen, waren Nachfragen oder Folgefragen möglich, um interessante Aussagen vertiefen zu können, falls sie für eine Einschätzung des *Kommunalen Lernens* als sinnvoll erachtet wurden. Sollten solche Folgefragen entstanden sein, sind sie im Interviewbogen der einzelnen Befragten aufgenommen wurden (siehe Anhang 4, S. 400- 684) und werden bei der folgenden Analyse kenntlich gemacht.

Als Experten wurden die jeweiligen Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung der Kommunen angefragt. Die Entscheidungsträger rekrutierten sich aus dem „Vorentscheiderkreis“, aus den in Kapitel 5.3 bereits detailliert erklärten Gründen. Neben den jeweiligen Oberbürgermeistern wurden die Fraktionsvorsitzenden der größten Parteien in den Stadträten angefragt sowie Referatsleiter aus der Verwaltung, die sich mit Bereichen des Strukturwandels (wie etwa Stadtkämmerei oder Wirtschaftsförderung) beschäftigen. Mit den Oberbürgermeistern oder der Oberbürgermeisterin konnte in allen vier Fallbeispielen gesprochen werden. Bei den Fraktionsvorsitzenden konnten, außer für Völklingen, immer mindestens zwei der größeren Oppositionsparteien für ein Interview gewonnen werden. Von den 7 befragten Fraktionsvorsitzenden war lediglich einer Berufspolitiker⁵⁷⁸, da er auch ein Mandat im Landtag hatte. Alle anderen sind ehrenamtlich politisch tätig. Ob dies einen Unterschied macht bei der Lernfähigkeit der Kommune wird sich im folgenden Kapitel zeigen. Verwaltungsmitarbeiter konnten lediglich in Gelsenkirchen interviewt werden, da sich die Bürokratie aufgrund ihrer Abhängigkeit dem Arbeitgeber gegenüber und auch der Weisungsbefugnis nach, schwer tun Interviews zu

⁵⁷⁷ Vgl.: Merton: Social Theory; S. 423f.

⁵⁷⁸ Siehe Biographie B. Bönisch. Vgl.: Anhang 5; S. 687.

geben. Die Problematik der Referatsleiter ist auch, dass fast jedes Ressort in gewisser Weise mit Folgen des Strukturwandels umzugehen hat. Daher wäre eine umfassende Befragung notwendig, die den Arbeitsaufwand der Dissertation übersteigen würde.

Insgesamt wurden in allen vier Kommunen 13 Interviews geführt. Die Interviews wurden in allen Fällen von der Autorin persönlich durchgeführt und elektronisch aufgenommen. Außer in zwei Fällen, bei denen ein Gedächtnisprotokoll angelegt wurde.⁵⁷⁹ In einem dritten Fall wurde der Fragebogen von der zu befragenden Person schriftlich ausgefüllt, da ein persönlicher Termin nicht möglich war.⁵⁸⁰ In diesem Fall waren natürlich keine Nachfragen möglich.

7.2 Quantitative Selbsteinschätzung der kommunalen Interviewpartner

Für die Auswertung der Interviews wurden die entwickelten Faktoren zur Untersuchung kommunalen Lernens in zwei unterschiedliche Bereiche unterteilt. Die erste Ebene sind strukturelle Faktoren, die den Lernprozess beeinflussen und auf die die Kommunalpolitiker keinen Einfluss haben. Oder zumindest denken, dass sie sie nicht ändern können. Die Bedeutung der Subjektivität für das Handeln der Kommunalpolitiker aufgrund der selbsterfüllenden Prophezeiungen ist bereits geklärt worden. Die andere Ebene betrifft individuelle Faktoren, die jeder einzelne mitbringt oder nicht. Besonders für das Kommunale Lernen spielt dieser Bereich eine wichtige Rolle, da es sich um einen individuellen Prozess handelt.

⁵⁷⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 3; S. 431- 434. Siehe auch: Anhang 4: Interview 12; S. 583-586.

⁵⁸⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 4; S. 435- 438.

7.2.1 strukturelle Faktoren

7.2.1.1 Gestaltungsmöglichkeiten

Grundsätzlich geben alle Befragten an, dass es noch einen Gestaltungsrahmen gäbe, wenn dieser auch klein sei. Unterschiede gab es lediglich in der Sichtweise über die „Begrenztheit“ des Handlungsspielraums. Einer der Befragten gab an, dass „gerade noch 9% der Aufgaben - bei den Ausgaben ist es noch weniger - im weitesten Sinne als kommunale Selbstverwaltungsaufgaben“ zu bezeichnen seien.⁵⁸¹ Ob die Prozentzahl stimmt oder nicht ist dabei weniger entscheidend, sondern es weist vielmehr eine Tendenz auf, dass die befragten Kommunalpolitiker sich selber nur geringen Handlungsraum geben. Wie hoch er tatsächlich ist, spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Für die meisten der lokalen Akteure war die Frage nach dem Gestaltungsrahmen eng verknüpft mit der finanziellen Lage der Gemeinde. Es sei kein Geld mehr vorhanden für die Übernahme von freiwilligen Aufgaben.⁵⁸² Aufgrund des unausgeglichene Haushaltes können keine neuen Gelder aufgenommen oder Fördermittel beantragt werden und somit auch keine zukunftsweisenden Investitionen getätigt werden.⁵⁸³ Demnach hatten die Befragten teilweise das Gefühl, dass das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen durch den finanziellen Druck, der auf ihnen lastet, „ad absurdum“ geführt würde.⁵⁸⁴ Mit dieser Interpretation stehen die Kommunalpolitiker nicht alleine dar. Politikwissenschaftler haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Kommunen zur Ausgestaltung ihrer Aufgaben auch die notwendigen Ressourcen bereit gestellt bekommen müssten.⁵⁸⁵

⁵⁸¹ Anhang 4: Interview 2; S. 416- 430; hier S. 422. Eine ähnliche Aussage findet sich auch bei Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 568.

⁵⁸² Vgl.: Anhang 4: Interview 2; S. 416- 430; hier S. 422. Siehe auch: Anhang 4; Interview 1; S. 400- 415; hier S. 405. Siehe auch: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 568/ 569.

⁵⁸³ Vgl.: Anhang 4: Interview 3; S. 431- 434; hier S. 433f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 444f.

⁵⁸⁴ Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 460. Siehe auch: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 570f.

⁵⁸⁵ Vgl. Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 37. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 58.

Die Stärke der Verknüpfung von Finanzen und Gestaltungsmöglichkeit war durchaus unterschiedlich bei den interviewten Experten. Etwa zur Hälfte wurde der Handlungsspielraum fast auf ein Null runtergesetzt und argumentiert, dass nur bei einem ausgeglichenen Haushalt oder besserer finanzieller Ausstattung die jeweiligen Kommunen noch eigenständig Handeln könnten.⁵⁸⁶ Die andere Gruppe benannte durchaus einige Bereiche, bei denen die Kommunen noch selbstständig Schwerpunkte legen könnten, vor allem bei den Investitionen. Dort könnten sie eigenmächtig festlegen, wohin die Gelder fließen sollen.⁵⁸⁷ Dieser Aspekt wird auch durch die wissenschaftliche Literatur untermauert. Bieker gibt neben den Investitionen auch Pflichtaufgaben als gestaltungsfähig an, wie etwa Jugendarbeit und sozialer Wohnungsbau. Er betont zudem, dass die Nutzung dieser Freiräume stark von den lokalen politischen und gesellschaftlichen Handlungsträgern abhängt, da sie mit ihren Werten und Zielen die Politik der Kommune lenken.⁵⁸⁸ Wohlgleich es auch Aspekte gibt, die kaum mehr in den Händen der Kommunen liegt, wie etwa die Wirtschaftsförderung.⁵⁸⁹

Neben der finanziellen Einschränkung wurden vereinzelt auch noch weitere Handlungsgrenzen aufgezählt. Zwei Kommunalpolitiker gaben an, dass neben der finanziellen Beschränkung auch Großkonzerne den Handlungsspielraum einschränken können. Auch weil sie als größter lokaler Gewerbesteuerzahler stark die Finanzkraft einer Kommune steuern.⁵⁹⁰ Allein durch diese Tatsache sind Einflüsse auf die politischen Institutionen denkbar. Auch in Bezug auf Arbeitsplätze sind die Kommunen abhängig von den Entscheidungen der Großkonzerne, die häufig in der Zentrale fern ab der jeweiligen Kommune getätigt werden.⁵⁹¹ Der Einfluss von Wirtschaftsunternehmen auf die Politik kann durchaus problematisch sein, doch lassen sich diesbezüglich keine Verallgemei-

⁵⁸⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 442f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 12; S. 583- 586; hier S. 586.

⁵⁸⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 461. Siehe auch: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 523f.

⁵⁸⁸ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 43.

⁵⁸⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 3; S. 431- 434; hier S. 434. Siehe auch: Anhang 4: Interview 12; S. 583- 586; hier S. 583f.

⁵⁹⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 3; S. 431- 434; hier S. 431. Siehe auch: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 521f.

⁵⁹¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 62f.

nerung treffen. Eine solche Einflussnahme ist stark abhängig vom Einzelfall und ist kaum in Zahlen zu benennen. Ein Stadtratsmitglied äußerte des Weiteren, dass der Stadtrat von den Handlungen der Stadtverwaltung abhängig sei, er bezeichnete ihn deswegen als „Spielball der Verwaltung“.⁵⁹² Das Zusammenspiel von Kommunalpolitik und Stadtverwaltung ist ein kontrovers diskutiertes Thema und auch schon in Kapitel 4 erläutert worden. Die vorliegende Arbeit schließt sich jedoch Bogumil/ Holtkamp an, die durchaus Gefahren in der Bedeutung der Verwaltung für kommunale Entscheidungsprozesse sehen, durch die fehlende Trennung zwischen Verwaltung und Politik oder die Einflussmöglichkeiten des Landes durch einen eingesetzten Beauftragten. Gleichzeitig kann ein starker Stadtrat nicht vollständig aus dem Handlungsspielraum genommen werden: Die Verwaltung benötigt die Zustimmung des Stadtrates, der Stadtrat ist als Kontrollinstanz anzusehen und hat das Recht auf umfassende Berichterstattung. Daher kann die Verwaltung nicht uneingeschränkt Politik betreiben und der Stadtrat ist als Parlament im klassischen Sinne anzusehen.⁵⁹³ Eine gegenseitige Abhängigkeit ist daher das wahrscheinlichste und somit eine geringere Einschränkung des Gestaltungsrahmen des Stadtrates durch die Verwaltung. Sowohl große Firmen als auch die Verwaltung haben einen Einfluss auf Kommunalpolitik, jedoch nur in Einzelfällen und nicht dauerhaft. Auch die subjektive Einflussnahme der beiden Faktoren scheint nicht überaus intensiv zu sein, da lediglich 3 von 13 Befragten diese Einflussnahme äußerten und dies zweitrangig hinter der finanziellen Einschränkung des Handlungsspielraumes.

Eindeutige Uneinigkeit bestand bei den Befragten Personen hinsichtlich der Veränderung des Gestaltungsspielraumes. Einige der Befragten empfanden ihren Handlungsrahmen als gleich geblieben in den letzten Jahren, während andere ihn als eingeschränkter bezeichneten.⁵⁹⁴ Die Veränderung des Gestaltungsspielraumes zeigte sich dabei nicht in Verbindung mit der Einschränkung durch

⁵⁹² Vgl.: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 479.

⁵⁹³ Vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 67f. Auch Bieker und Naßmacher/ Naßmacher sind Vertreter dieser Meinung. Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 226ff. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 237ff.

⁵⁹⁴ Vgl. beispielsweise für den gleichgebliebenen Handlungsspielraum: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 482. Zur verschlechterten Gestaltungsmöglichkeit vgl. beispielsweise: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 570.

die finanzielle Notlage. Es kann nicht festgestellt werden, dass Befragte die eine starke Einschränkung ihrer Handlungen durch die Finanzen sehen, auch der Meinung sind, dass ihr Spielraum in den letzten Jahren zurück gegangen ist.

Eine Verknüpfung des Finanzdruckes und des Handlungsspielraumes stellten alle Befragten her, nur in der Stärke der Verlinkung bestand der Unterschied. Gleichzeitig gaben alle auch einen noch immer bestehenden Spielraum zu. Es ist ein strukturelles Problem, dass die finanzielle Situation einer Kommune durchaus ihre Handlungsfreiheit beeinflusst. Darüber hinaus scheint es auch ein individueller Faktor zu sein, da einige der Kommunalpolitiker diesen Freiraum scheinbar nicht wahrnehmen oder nicht nutzen. Stattdessen empfinden sie die schlechte Finanzlage als so einschränkend, dass sie nicht mehr eigenständig handeln können. Inwieweit sie dies empfinden oder nur vorschoben wurde nicht ersichtlich.

7.2.1.2 Haushaltssituation

Die finanzielle Lage der untersuchten Kommunen war Dreh- und Angelpunkt aller Interviews. Dies hat schon das vorangegangene Kapitel gezeigt, da der Gestaltungsrahmen eng verbunden wurde mit der Finanzsituation. Alle Befragten sehen die Finanzausstattung der Kommunen als bestimmendes Hindernis, Veränderungen durchzuführen.

In den vorangegangenen Kapitel der Arbeit, vor allem bei der Herleitung des *Kommunalen Lernens*, war bereits erläutert worden, wie wichtig die Ausstattung mit Ressourcen für Lernprozesse sind. Im Hinblick auf kommunale Lernprozesse war die wichtigste Voraussetzung die Finanzierbarkeit der politischen Veränderungen. Sind Probleme vorhanden und erkannt worden, sogar Lösungskonzepte entwickelt worden, nutzt kein Lernprozess etwas, wenn nicht auch die neuen Ideen umgesetzt werden können. Die Umsetzbarkeit scheitert häufig am Geld: Angefangen bei der Verwaltung, die die Beschlüsse durchsetzt, kosten alle Implementierungsstufen Geld. Das grundsätzlich die Kommunen von Bund und Länder finanziell versorgt werden, ist bereits geklärt worden.

Da es sich bei allen Kommunen um strukturschwache Regionen handelte, war anzunehmen, dass die Ressource Geld nur bedingt vorhanden wäre. Jedoch sind es gerade die Gebiete, die sich stärker an Fördermittel beteiligen können und auch höhere Umlagen erhalten, während mit weniger Steuereinnahmen zu rechnen ist. Die Bedeutung der Steuereinnahmen für die finanzielle Ausstattung einer Kommune ist jedoch in den letzten Jahren deutlich zurück gegangen.⁵⁹⁵ So sind es vor allem Umlagen, die strukturschwachen Kommunen zur Verfügung stehen und diese sind an ihrer Bedürftigkeit orientiert.

Die Untersuchung zeigte, dass die befragten Kommunen diese Mittel als unzureichend empfanden, um noch aktiv Politik gestalten zu können. Der Unterschied bestand vor allem im Grad der Verknüpfung von finanzieller Misslage und Zukunftsfähigkeit. Während einige der Befragten die desolate Finanzausstattung ihrer Kommune als Grund jeglichen Übels ihrer Kommune ansahen, sahen andere ihre monetäre Lage nicht als Ursache der strukturellen Probleme vor Ort.⁵⁹⁶

Es wurden 4 Probleme bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen von den Befragten angesprochen:

1. Finanzbedarf höher als Steuerkraft
2. Sozialausgaben schwächen Kommune zusätzlich
3. Keine Investitionen bei unausgeglichem Haushalt
4. Keine Schuldenaufnahme

Der erste Punkt betrifft gerade strukturschwache Kommunen mit schlechter Finanzsituation. Aufgrund mangelnder Wirtschaftskraft und hoher Arbeitslosigkeit fehlen den Kommunen wichtige Steuereinnahmen. Gleichzeitig sind häufig in diesen Kommunen die Sozialausgaben deutlich höher, so dass die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Die Folge ist ein unausgeglichener Haushalt

⁵⁹⁵ Vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 132ff.

⁵⁹⁶ Interview 13 sprach von eigenen Problemen, die im Rahmen der Strukturpolitik gemacht wurden. Vgl. hierzu: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 587ff. Andere Interviewpartner sprachen die Finanzen gleich bei den strukturellen Problem an. Vgl. hierzu: Anhang 4; Interview 5; S. 439- 454; hier S. 441f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 12; S. 583- 586; hier S. 583f.

und die damit verbundenen Restriktionen durch die Kommunalaufsicht des jeweiligen Bundeslandes. Diese Tendenz zeigt sich auch bei der Einnahmeverteilung der Gemeindefinanzen, dort stellen die Landeszuweisungen nach den Steuern die zweitgrößte Einnahmequelle. Im Jahr 2010 waren 27,8% aller Einnahmen der deutschen Gemeinden im Verwaltungshaushalt Zuweisungen von Bund und Land.⁵⁹⁷ Dies spiegelt jedoch nur den bundesdeutschen Durchschnitt wider. Dies kann für die einzelne Gemeinde sehr unterschiedlich aussehen, so machten die Zuweisungen für ostdeutsche Kommunen im Jahr 2010 51,9% aus und waren somit auch die größte Einnahmequelle.⁵⁹⁸ Für Hoyerswerda hatten die Zuweisungen beispielsweise für dasselbe Jahr einen Anteil von 42,5%.⁵⁹⁹ Die Bedeutung der Steuereinnahmen für den Haushalt einer Kommune geht demnach zurück und ist in Ostdeutschland bereits auf niedrigem Niveau.⁶⁰⁰ Eine autarke Finanzpolitik ist für einige Kommunen nicht möglich, stattdessen sind sie stark von den Zahlungen durch den Finanzausgleich abhängig. Die Bedeutung der Zahlungen nimmt noch dadurch zu, dass der Haushalt immer ausgeglichen sein muss.⁶⁰¹

Besonders der zweite Punkt wurde sehr häufig für die schwache Finanzkraft ausgemacht. Die Befragten empfanden es als ungerecht, dass die Kommunen Bundes- und Ländergesetze finanzieren müssten, an denen sie keinerlei Entscheidungseinfluss hätten.⁶⁰² Dieser Vorwurf ist nicht unbegründet, da die Kommunen Teile der Sozialleistungen alleine tragen müssen, wie etwa die Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger, Eingliederungshilfe für Behinderte

⁵⁹⁷ Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Statistik des deutschen Städtetages. Vgl.: Deutscher Städtetag: Statistisches Jahrbuch 2011; S. 404.

⁵⁹⁸ Vgl.: Bundesministerium für Finanzen: Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen; Berlin 2013; S. 1. Gefunden unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/Eckdaten-zur-Entwicklung-2003-bis-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=1; am 28.11.2013.

⁵⁹⁹ Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Statistik des deutschen Städtetages. Vgl.: Deutscher Städtetag: Statistisches Jahrbuch 2011; S. 410.

⁶⁰⁰ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 163f.

⁶⁰¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 75.

⁶⁰² Vgl.: Anhang 4; Interview 1; S. 400- 415; hier S. 406. Siehe auch: Anhang 4; Interview 7; S. 474- 497; hier S. 477.

oder Grundsicherung im Alter.⁶⁰³ Seit 2012 wurde die Grundsicherung bereits teilweise durch den Bund übernommen und ab 2014 werden die Kosten vollständig übernommen.⁶⁰⁴ Es wird sich also erst in den nächsten Jahren zeigen, ob diese Entlastung des kommunalen Haushaltes auch zu einer wirklichen Entspannung führt. Zwischen 2003 und 2011 sind die Ausgaben der Gemeinden für Sozialleistungen um 29,4% gestiegen.⁶⁰⁵ Lars Holtkamp gibt die Steigerung zwischen 2002 und 2008 sogar mit etwa 40% an.⁶⁰⁶ Für ein Großteil der entstehenden Sozialhilfekosten müssen die Kommunen einstehen, obwohl die rechtliche Grundlagen der Sozialhilfe - das Zwölfte Buch der Sozialhilfe (SGB XII) - durch den Bund entschieden und geregelt werden.⁶⁰⁷ Die Personalkosten, die von den Gemeinden direkt beeinflussbar sind, sind im gleichen Zeitraum wesentlich geringer gestiegen - etwa um die Hälfte, mit 12,7%.⁶⁰⁸

Die letzten beiden Probleme hängen eng mit der Vorgabe eines ausgeglichenen Haushalts zusammen. Dies ist der wichtigste Handlungsrahmen für kommunale Finanzpolitik. Für das Einhalten dieses Grundsatzes ist die jeweilige Kommunalaufsicht zuständig.⁶⁰⁹ In den letzten Jahren ist der Anteil der Kommunen, welche die Finanzlücke durch Kreditaufnahme ausgleichen müssen

⁶⁰³ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 198. Siehe auch: Holtkamp, Lars: Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. Bestandsaufnahme, Konsolidierungsstrategien, Handlungsoptionen (=Modernisierung des öffentlichen Sektors; Bd. 33); Berlin 2010; S. 18.

⁶⁰⁴ Vgl.: Zawotka-Gerlach, Ulrich: Sozialhilfe in Berlin wird immer teurer; in: Der Tagesspiegel-Online (8.8.2013). Gefunden unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/1-6-milliarden-euro-sozialhilfe-in-berlin-wird-immer-teurer/8609452.html>; am 28.11.2013.

⁶⁰⁵ Eigene Berechnung auf Grundlage der Kommunalfinanzdaten des Bundesministeriums für Finanzen. Vgl.: Bundesministerium für Finanzen: Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzien; Berlin 2013; S. 19. Gefunden unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzien/Eckdaten-zur-Entwicklung-2003-bis-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=1; am 28.11.2013.

⁶⁰⁶ Vgl.: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik; S. 18.

⁶⁰⁷ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 50.

⁶⁰⁸ Eigene Berechnung auf Grundlage der Kommunalfinanzdaten des Bundesministeriums für Finanzen. Vgl.: Bundesministerium für Finanzen: Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzien; Berlin 2013; S. 16. Gefunden unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzien/Eckdaten-zur-Entwicklung-2003-bis-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=1; am 28.11.2013. Siehe auch: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik; S. 18.

⁶⁰⁹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 75f u. 94.

jedoch erheblich gestiegen.⁶¹⁰ In diesen Fällen müssen die Kommunen ein sogenanntes Haushaltssicherungskonzept aufstellen, ein Entschuldungskonzept, in dem sie darlegen in welchen Zeitraum sie die Schulden abzahlen wollen. Das dieser möglichst kurz sein sollte, versteht sich von selbst.⁶¹¹ Die Verfahrensarten bei einem unausgeglichenen Haushalt sind zwar verschieden geregelt durch die einzelnen Gemeindeverfassungen, jedoch kann sich das nordrhein-westfälische Konzept auch auf die anderen Länder übertragen lassen, da es als Vorbild für viele galt.⁶¹² Über das Haushaltssicherungskonzept entscheidet dann die Kommunalaufsicht. Sollte sie dieses nicht genehmigen, fällt die Kommune unter das „Nothaushaltsrecht“ und unterliegt schwerwiegenden Einschränkungen: geringes Investitionsvolumen, keine Aufnahmen von neuen freiwilligen Aufgaben oder kein Akquirieren von Fördermitteln.⁶¹³ Holtkamp gibt an, dass sich 2006 114 Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Nothaushalt befänden und damit mehr als 25%.⁶¹⁴ Die Quote wird für die anderen Länder, abgesehen von Baden-Württemberg und Bayern, ähnlich aussehen. Finanzielle Probleme bringen demnach weitere finanzielle Einschränkungen mit sich und können zu einer Abwärtsspirale von einzelnen Kommunen führen.

Aufgrund der angesprochenen Probleme verwundert es nicht, dass sich die Kommunalpolitiker vor allem eine Gemeindefinanzreform wünschen, die konjunkturunabhängig ist. Diese, so einige der Befragten, sollten eine Mindestausstattung für Kommunen beinhalten, einen Entschuldungsfond und eine Entlastung durch Übernahme der Sozialleistungen durch den Bund.⁶¹⁵ Dass es nicht nur Ideen der untersuchten Gemeinde sind, zeigt sich daran, dass Teile dieser Forderungen auch vom Deutschen Städtetag übernommen wurden.⁶¹⁶

⁶¹⁰ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 194.

⁶¹¹ Vgl.: Ebd.; S. 194. Siehe auch: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik; S. 15f.

⁶¹² Vgl.: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik; S. 15.

⁶¹³ Vgl.: Ebd.; S. 16. Siehe auch Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 445f.

⁶¹⁴ Vgl.: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik.; S. 16.

⁶¹⁵ Vgl. beispielsweise: Anhang 4; Interview 2; S. 416- 430; hier S. 424. Siehe auch: Anhang 4: Interview 4; S. 435- 438; hier S. 435. Siehe auch: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 454. Siehe auch: Anhang 4; Interview 6; S. 455- 473; hier S. 462. Siehe auch: Anhang 4; Interview 9; S. 521- 535; hier S. 526.

⁶¹⁶ Alleine im Jahr 2013 waren einige der Forderungen in den Pressemitteilungen des Deutschen Städtetags zu finden. Vgl.: Deutscher Städtetag: Anstieg der Steuereinnahmen hilft Städten beim Schuldenabbau – Weitere Entlastung bei den Sozialausgaben erforder-

Neben der grundlegenden finanziellen Ausstattung, beklagten sich die Befragten darüber hinaus auch über die Förderprogramme. Einige der Kommunalpolitiker fühlten sich abhängig von Fördertöpfen, da sie sonst kaum in der Lage seien noch Investitionen zu tätigen oder Veränderungen einzuleiten.⁶¹⁷ Neben dieser Abhängigkeit tauchte allerdings auch häufig auf, dass die Kommunen kaum in der Lage seien, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen.⁶¹⁸ Hierin liegt das Paradoxon: Bei den untersuchten Kommunen handelte es sich um strukturschwache Gemeinden, die aufgrund desolater Finanzen auf Hilfen angewiesen sind. Aber gerade diese Kommunen haben vermehrt Schwierigkeiten sich für Fördermittel zu bewerben, da ihnen der notwendige Eigenanteil oder das Geld sonst in einem anderen Bereich fehlt.⁶¹⁹ In einigen Bundesländern - unter anderem Sachsen-Anhalt - haben die Kommune darüber hinaus das Problem, dass sie kein positives Gutachten der Gemeindeaufsicht bekommen, wenn sie nicht einen ausgeglichenen Haushalt haben. Für einige Städte bedeutet dies, dass sie wahrscheinlich den Eigenanteil für die Förderung aufbringen könnten, aber aufgrund ihres Haushaltes keine Anträge stellen dürfen.⁶²⁰ Demnach scheint es, dass gerade die Kommunen, die besonders auf die Fördermittel angewiesen sind, eben diese aufgrund der hohen Eingangsvoraussetzungen zu einem gewissen Maß nicht nutzen können.

Darüber hinaus sprachen die kommunalen Akteure den häufig sehr eng gefassten Vergaberahmen an, der die zu fördernden Inhalte sehr einschränken würde.⁶²¹ Und eine zu komplizierte Vergabeprozedur.⁶²² Sie würden sich demnach eine einfachere Vergabe mit niedrigeren Einstiegsvoraussetzungen wün-

lich; Berlin 8.5.2013. Gefunden unter: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/065605/index.html>; am 28.11.2013. Deutscher Städtetag: Sorge über zunehmende Unterschiede bei der Finanzlage der Kommunen – finanzielle Mindestausstattung nötig; Berlin 10.10.2013. Gefunden unter: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/067331/index.html>; am 28.11.2013.

⁶¹⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 458f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 522. Siehe auch: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 569.

⁶¹⁸ Vgl. beispielsweise: Anhang 4: Interview 2; S. 416- 430; hier S. 419. Siehe auch: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 482.

⁶¹⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 405. Siehe auch: Anhang 4: Interview 2; S. 416- 430; hier S. 419f.

⁶²⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 445.

⁶²¹ Vgl. beispielsweise: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 509f.

⁶²² Vgl. beispielsweise: Anhang 4: Interview 10; S. 536- 560; hier S. 541.

schen. Die Fördermittelvergabe kann demnach für strukturschwache Kommunen durchaus problematisch sein und die finanzielle Situation nicht zwingend verbessern.

Einer der Befragten sprach von einer „intelligenteren“ Vergabe, gleichzeitig setzte er aber auch „intelligente“ Politiker voraus, an denen es häufig auch mangeln würde.⁶²³ Die vorliegende Arbeit schließt sich dieser Meinung an, dass es durchaus strukturelle Indikatoren gibt, wie die Ausstattung mit Finanzen und die Vergabeprozedur von Fördermitteln, die den Handlungsrahmen einer Kommune stark beeinflussen und einschränken können. Gleichzeitig jedoch ist immer noch Handlungsspielraum vorhanden, der zum Teil nicht genutzt wird.

Die Verteilung der finanziellen Mittel und die Ausstattung mit diesen sind der größte einschränkende Faktor für Lernprozesse. Dies hat schon Kapitel 4 gezeigt und wurde von allen Befragten bestätigt. Strukturschwache Kommunen sind in überaus hohem Maße abhängig von den Landeszuweisungen und Fördertöpfen. Natürlich muss man bedenken, dass jeder mehr Geld nehmen wird, wenn er danach gefragt wird, jedoch scheinen die Verteilungsmechanismen der Landeszuweisungen und die Vergabekriterien von Fördermitteln nicht mehr der aktuellen monetären Situation vieler Kommunen gerecht zu werden. Strukturschwache Regionen können durch diese strukturellen Bedingungen teilweise noch mehr in die Strukturschwäche geraten. Trotz all dieser Kritik bleibt bestehen, dass Spielräume nach wie vorher existent sind und es auch von den Politikern und Verwaltungsmitarbeitern abhängt diese zu nutzen.⁶²⁴

7.2.1.3 Arbeit im Stadtrat

Lerntheorien gehen davon aus, dass es bei mehrheitsfähigen Regierungen weniger zu Lernprozessen kommen wird, da die Regierung keinen Anlass hat Veränderungen anzustreben. Nur im Falle von anstehenden Wahlen seien Regierungen eher angestrebt, sich den bestehenden Problemen anzunehmen oder im Falle von starken Oppositionen, die eigene Beschlüsse einbringen können.

⁶²³ Vgl.: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 606f.

⁶²⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 512. Siehe auch: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 595.

Darüber hinaus sind bei gleichmäßiger Stimmenverteilung eher Sachpolitiken möglich als bei der absoluten Mehrheit einer Partei, da Kompromisse geschlossen werden müssen. Arbeitet die kommunale Politik an themenorientierten Sachfragen, kann davon ausgegangen werden, dass eher Lernprozesse angestoßen werden als bei ideologischen Abstimmungen. Ideologische Fragen führen zu Grundsatzdiskussionen, bei denen sich die in der Bundesrepublik antretenden Parteien kaum einigen werden und eher ein Stillstand zu erwarten ist.⁶²⁵

In allen untersuchten Fällen gab es keine Regierungskoalition, sondern der jeweilige Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin versuchte, ausgehend von seiner beziehungsweise ihrer Fraktion, die Mehrheiten für die eigene Politik im Stadtrat zu erhalten. Ausnahmefall war lediglich Gelsenkirchen. Dort ist der Oberbürgermeister durch die absolute Mehrheit der SPD im Stadtrat nicht zwingend auf die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen angewiesen. Jedoch sagte er aus, dass er trotzdem versucht für seine Politik einen, über seine Fraktion hinausgehenden, Konsens zu finden.⁶²⁶ Statt einer feststehenden Koalition wird die Stadtratpolitik von wechselnden Koalitionen bestimmt.⁶²⁷ Dabei kommt es nicht nur zu unterschiedlichen Zusammenarbeiten, sondern auch zu ungewöhnlich anmutenden, im Vergleich zu Landes- oder Bundespolitik. So sind etwa gemeinsame Abstimmungen von CDU und Linken nicht völlig unrealistisch wie es sich zunächst anhört. Dies bestätigen zumindest die befragten Experten.⁶²⁸

Aus diesem Grund verwundert es auch nicht, dass alle Befragten äußerten, dass das Arbeitsklima in den Stadträten gut sei und die Arbeit sich an sachpolitischen und themenorientierten Faktoren orientiere.⁶²⁹ Es gäbe zwar auch Kampfabstimmungen, insbesondere bei ideologisch eingefärbten Fragestellun-

⁶²⁵ Vor allem Sabatier und Rose gingen in ihren Lernmodellen auf die Gründe für politischen Stillstand ein: Vgl.: Sabatier: *Advocacy-Koalitionen*; S. 135f. Siehe auch: Rose: *Lesson-Drawing*; S. 60ff.

⁶²⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 408.

⁶²⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 448f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 514. Siehe auch: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 573f.

⁶²⁸ Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 465. Siehe auch: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 487f.

⁶²⁹ Vgl. beispielsweise: Anhang 4: Interview 10; S. 536- 559; hier S. 547. Siehe auch: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 575f.

gen, aber die Mehrheit würde durch parteiübergreifende Entscheidungen getroffen. Zwei der Befragten gaben an, dass es sich um etwa 75-80% aller Entscheidungen um Sachpolitiken handele.⁶³⁰ Als ideologische Probleme wurden etwa Strassenumbenennungen oder Umweltfragen genannt.⁶³¹ Also Politikfelder bei denen eine Partei ihren thematischen Schwerpunkt gelegt hat oder historische Verankerungen hat und aus diesen Gründe klar formulierte Grundsätze hat.

Einer der interviewten Politiker gab sogar an, dass es zunächst einen Konfrontationskurs im Stadtrat gab, aber mittlerweile sei die Blockadehaltung aufgebrochen, da man festgestellt habe, dass eine Zusammenarbeit besser für die Zukunft der Stadt sei.⁶³² Dies beweist die Bedeutung der kommunalen Arbeitsatmosphäre für die Umsetzung von politischen Ideen.

Alle Befragten bestätigten eine sachliche Arbeitsatmosphäre im Stadtrat, bei denen Kompromisse unter allen Parteien gesucht werden. Unerheblich ist dabei, ob diese Kompromisse gezwungener Maßen entstehen, da keine eindeutigen Mehrheiten vorliegen oder aufgrund der Einsicht der Politiker. Von Bedeutung ist die Tatsache, dass es zu themenorientierten Beschlüssen kommt, so dass Lernprozesse möglich gemacht werden. Betrachtet man die Arbeitsatmosphäre im Stadtrat kann zusammenfassend festgehalten werden, dass Lernprozesse auf kommunaler Ebene möglich sind.

Eingeschränkt wird die Lernmöglichkeit jedoch durch die Aussage einer der Befragten, der das Verhältnis zwischen Verwaltung und Stadtrat als spannungsgeladen beschreibt, in dem er sagte, dass der Stadtrat der „Spielball der Verwaltung“ sei.⁶³³ Viele der Beschlüsse werden von der Verwaltung initiiert,⁶³⁴ so dass die Parteien, welche nicht den Bürgermeister stellen, einen wesentlich geringeren Einfluss auf die Stadtpolitik haben werden. Damit entstände wieder ein Übergewicht des Bürgermeisters und seiner Fraktion und Lernprozesse

⁶³⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 464. Siehe auch: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 598.

⁶³¹ Zu Umweltfragen vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 448f. Zu den Strassenumbenennungen vgl.: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 488.

⁶³² Vgl.: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 528.

⁶³³ Vgl.: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 479.

⁶³⁴ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 226.

würden geringer. Wie in Kapitel 4.2 dargestellt wurde, ist das Übergewicht aber durch den sogenannten „Vorentscheiderkreis“, dem auch Fraktionsvorsitzende anderer Parteien angehören, deutlich gering gehalten. Zudem benötigt der Bürgermeister und seine Verwaltung dennoch die Zustimmung des Rates. Darüber hinaus äußerten sich die anderen Befragten nicht negativ über das Verhältnis von Verwaltung und Stadtrat. Aus diesen Gründen wird das Missverhältnis sich nicht erheblich auf die Lernfähigkeit der kommunalen Politiker auswirken.

7.2.2 individuelle Faktoren

7.2.2.1 Wahrnehmung der strukturellen Problematik

Was sich als logische Voraussetzung darstellt, sollte nicht unterschätzt werden. Nur wenn Kommunalpolitiker die Problemlage der eigenen Kommune erkennen, können sie auch Lernprozesse initiieren, um die Probleme zu beheben. Sollten sie sich der Strukturschwäche der Kommune nicht gewahr werden, werden sie keinen Anlass sehen, Veränderungen anzustreben. Ohne diesen Anlass wird es auch keine Lernprozesse geben. Eine falsche Einordnung der kommunalen Schwäche ist zwar für die Behebung der Probleme nicht vorteilhaft, aber kann trotzdem Lernprozesse im Sinne des *Kommunalen Lernens* erzeugen. Für das Konzept ist unerheblich, ob die Lernprozesse erfolgreich den Strukturwandel beheben oder nicht. Wichtig ist, dass sie überhaupt in Gang gesetzt werden. Zusammengefasst lässt sich sagen: Ohne Problem, auch keine Lernprozesse.

Die Befragungen unter den Politikern und Verwaltungsmitarbeitern hat gezeigt, dass sie alle strukturschwache Indikatoren in ihrer Kommune wahrnehmen. Es kann sogar gesagt werden, dass sie nicht nur Probleme finden, sondern die aufgezählten Indikatoren auch mit den empirisch messbaren Daten übereinstimmen. Natürlich treten sie nicht immer in der richtigen Gewichtung auf, aber dies lässt sich auf die Tatsache der verschiedenen beruflichen und fachlichen Qualitäten der Befragten zurückführen. Ein Ökonom wird die Bedeutung der kommunalen Probleme anders einordnen als ein Künstler beispielsweise.

In einigen Fällen wurden die strukturschwachen Merkmale genannt, jedoch nicht auf lokale Ursachen zurückgeführt, wie etwa eine fehlende Gebietsreform, die höhere Steuereinnahmen verhindere⁶³⁵ oder zu hohe Sozialausgaben, die von der Bundesebene bestimmt werden.⁶³⁶ Dies kann den Lernprozess vehement beeinflussen: Wenn die bestehenden Probleme auf Ursachen zurückgeführt werden, die man in der Kommunalpolitik nicht steuern kann, ist die Möglichkeit, dass Lernprozesse nicht in Gang gesetzt werden wahrscheinlicher. Wenn man nichts an den Problemen verändern kann, da Lokalpolitik keinen Einfluss hat, wieso sollte man dann Lernprozesse initiieren, die eben jene Probleme angehen? Andererseits gab es auch 2 Befragte, welche die eigenen Probleme auch auf eigene Fehler zurückführten.⁶³⁷ Diese Personen werden im Umkehrschluss leichter Lernprozesse anstreben können.

Bei der Wahrnehmung der Problematik gab es jedoch eine Ausnahme. Einer der interviewten Experten zählte nicht die Probleme der Kommune auf, sondern wies nur darauf hin, welche Faktoren die Kommunen im Gegenzug erhalten müsse um attraktiv für die Einwohner zu bleiben.⁶³⁸ Da es sich bei dem Befragten um den Bürgermeister der Kommune handelte, bleibt offen, ob er wirklich keine strukturschwache Merkmale wahrnimmt oder als „Oberhaupt“ der Kommune vorsichtig ist und die eigene Stadt in positivem Licht darstellen möchte. Wahrscheinlich ist letztere Annahme realistisch, denn auch die anderen Fragen des Interviews wurden sehr zurückhaltend beantwortet.

Zusammenfassend lässt sich jedoch sagen, dass die Befragten die signifikanten Probleme ihrer Kommunen wahrnehmen. Zwar gibt ein Viertel der Befragten die Schuld anderen, jedoch tun sie dies nicht in umfassenden Maße, sondern sind sich der eigenen Probleme bewusst. Allerdings sind es gerade die Befragten, die vornehmlich die Schuld außerhalb ihrer Kommune suchen diejenigen, welche den Gestaltungsspielraum der Kommune als sehr gering einschätzen.⁶³⁹

⁶³⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 441f.

⁶³⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 406.

⁶³⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 562. Siehe auch: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 587ff.

⁶³⁸ Vgl.: Anhang 4: Interview 10; S. 536- 560; hier S. 537f.

⁶³⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 441ff. Siehe auch: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 476f u. 478f.

Diese Verknüpfung lässt darauf schließen, dass ein Teil der Kommunalpolitiker kaum bereit sein wird, Lernprozesse zu vollziehen, zumindest kaum von sich aus.

7.2.2.2 Nutzung von Netzwerken

Die Sozialwissenschaften benutzen den Begriff des Netzwerkes häufig sehr umfassend: Meist wird jegliche Interaktion zwischen Akteuren eines speziellen Raumes und deren Interaktion mit außenstehenden Akteuren darunter verstanden. Dieses sehr offene Verständnis des Netzwerkes lässt ihn gleichzeitig auch neblig erscheinen, da viele Formen von Interaktion darunter verstanden werden kann.⁶⁴⁰ Die vorliegende Arbeit schließt sich dem Verständnis von Dörre und Röttger an, die dem Begriff eine regionale Komponente zuordnen, mit dem Ziel die lokalen Strukturen zu verbessern.⁶⁴¹ Besonders betonen die beiden, dass es sich bei einem Netzwerk nicht nur um eine informelle Kommunikationseinheit handle, sondern um eine fest verankerte Organisation, nicht zwingend mit eigenen Strukturen, welche aber „zumindest gelegentlich als eigenständig handelndes Subjekt“ agiert.⁶⁴²

Basierend auf dieser Definition wurden bei der Befragung nur Netzwerke beachtet, die eine feste Struktur aufweisen und einen konkreten Nutzen für die Kommune haben. In Deutschland schwingt bei Netzwerken schnell das Kölner Wort „Klüngel“ mit, dies ist jedoch nicht zwingend und bedeutet auch nicht per se etwas negatives.⁶⁴³ Durch den Austausch von öffentlichen und gesellschaftlichen Akteuren können beide Akteure gewinnen. Die öffentliche Seite kann sich bisher für sie unbekanntes Wissen aneignen, während die gesellschaftlichen Mitglieder des Netzwerkes Einfluss auf den Politikprozess nehmen

⁶⁴⁰ Vgl.: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd: Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen; Wiesbaden 2006; S. 64/65. Eine weitere detaillierte Analyse von lokalen Netzwerken erörtern die beiden Autoren auch an anderer Stelle: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd: Globalisierung, Netzwerke, Gewerkschaften: Die Region als arbeitspolitische Arena - ein Einführung anhand empirischer Studien; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005; S. 10- 50; hier S. 13ff.

⁶⁴¹ Vgl.: Dörre/ Röttger: Im Schatten der Globalisierung; S. 66.

⁶⁴² Ebd.; S. 67.

⁶⁴³ Vgl.: Ebd.; S. 66.

können. Im besten Fall würde es dadurch zu einer ausgleichenden Politik kommen.⁶⁴⁴ Darüber hinaus ist es für das Konzept der Lerntheorien unerheblich, ob etwas einen positiven oder negativen Charakter besitzt, sondern lediglich, dass sich Lernprozesse damit anstossen lassen - unabhängig ihrer Richtung. Festzuhalten bleibt jedoch, dass einige Studien gezeigt haben, dass Netzwerke regionale Probleme durchaus erfolgreich lösen können.⁶⁴⁵ Renate Mayntz geht in ihrer Analyse über Policy-Netzwerke sogar soweit zu sagen, dass Netzwerke sich insbesondere eignen, problemlösend zu agieren aufgrund der kompromissfindenden Eigenschaft eben dieser Netzwerke.⁶⁴⁶

Der Nutzen von Netzwerken für Lernprozesse liegt vor allem in der Ideenholung und Ideenbildung durch Interaktion miteinander. Als Gemeinschaft oder Interessenverband können leichter Ressourcen freigesetzt werden. Und anders als bei den Köchen, verderben viele Lerner nicht zwingend den Brei. Lernen setzt auch immer Interaktion mit Anderen voraus, nur in den seltensten Fällen haben sich Lernerfolge autark eingestellt. Die Netzwerkforschung geht davon aus, dass es in Netzwerken leichter ist, neue Informationen zu erlangen, zu verarbeiten und dadurch innovativer zu sein.⁶⁴⁷

Bei der Befragung haben sich zwei Hauptströmungen herausgebildet: Während die Verwaltung, hauptsächlich in der Gestalt der Bürgermeister, Netzwerke jedweder Art für unterschiedlichste Zwecke nutzt, werden sie von den Kommunalpolitikern kaum genutzt oder nur in einem kleinen parteipolitischen Rahmen. Aufgrund der oben gemachten Definition ist dies nur bedingt verwunderlich. Für die Verwaltung ist es wesentlich einfacher Kommunikationssysteme aufzubauen, da sie kontinuierlicher handeln kann als dies für ehrenamtliche

⁶⁴⁴ Vgl.: Mayntz: Policy-Netzwerke; S. 41.

⁶⁴⁵ Jürgen Hoffmann legte diese Tatsache eindrucksvoll für die wirtschaftliche Ebene dar. Seine Erkenntnisse sind teilweise auch für andere Bereiche von Bedeutung. Vgl.: Hoffmann, Jürgen: Deutschland - eine „Basarökonomie“? Globalisierung, das „Modell Deutschland“ und die Region als produktiver Anker; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005; S. 70- 89; hier S. 79ff.

⁶⁴⁶ Vgl.: Mayntz: Policy-Netzwerke; S. 45 u. 54.

⁶⁴⁷ Vgl.: Straßheim, Holger: Netzwerkpolitik. Governance und Wissen im administrativen Austausch (=Modernes Regieren. Schriften zu einer neuen Regierungslehre; Bd. 6); Baden-Baden 2011; S. 102f.

Politiker möglich ist. Eine bundesweite Befragung unter Kommunalpolitikern von 2009 ergab, dass 40% aller Befragten erst eine Legislaturperiode im Stadtrat saßen.⁶⁴⁸ Hinzu kommt, dass es zwischen Kommunalpolitikern kaum fest verankerte Diskussionsforen gibt, sondern hauptsächlich informelle Gespräche.

Die gängigsten Netzwerke der Bürgermeister sind die Städtetage des Bundes und des jeweiligen Landes als auch speziell regionale Verbände, wie etwa der Regionalverband Ruhr, Metropolregion Mitteldeutschland oder der Eurodistrikt Saar-Moselle-Est.⁶⁴⁹ Für welche Zwecke die Netzwerke konsultiert werden, in welchem Rahmen und Umfang ist sehr unterschiedlich. Trotzdem bestätigten alle Befragten die Bedeutung der Netzwerke und eine Regelmäßigkeit der Treffen.⁶⁵⁰ Da die Verbände sehr unterschiedliche Ausrichtungen haben, so ist der Ruhrverband nicht nur Interessenverband, sondern auch Umlageverband und übernimmt demnach auch einige Aufgaben für die Kommunen, variieren auch die Konsultationsformen im hohen Maße. Am häufigsten sind jedoch informelle Treffen, vor allem auf Bürgermeisterebene.⁶⁵¹ Darüber hinaus werden die Netzwerke zum Informationsaustausch und problemlösend genutzt, dies scheint allerdings eher auf der Verwaltungsebene der Fall zu sein.⁶⁵² Inwieweit sie „problemlösend“ sind blieb bei den Interviews jedoch offen. Wichtig ist jedoch, die subjektive Wahrnehmung der Befragten, dass die Netzwerke ihnen einen positiven Nutzen bringen, unabhängig, ob sie dies auch wirklich tun. Lernen als individueller Prozess erfordert auch individuelle Lernbereitschaft, die

⁶⁴⁸ Vgl.: Schröder, Dirk: Kommunalpolitikerinnen & Kommunalpolitiker in Deutschland. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage 2009; Hildesheim 2009; S. 9. Gefunden unter: <http://www.dirk-schröder.com/umfrage-kommunalpolitik/>; am 14.11.2013.

⁶⁴⁹ Zur genaueren Beschreibung der einzelnen Aufgaben, Struktur und Handlungsrahmen siehe die jeweiligen Internetauftritte der Verbände: <http://www.metropolerruhr.de/regionalverband-ruhr/ueber-uns.html>; am 28.3.2014. Siehe auch: <http://www.region-mitteldeutschland.com/organisation/gremien/>; am 28.3.2014. Siehe auch: <http://www.saarmoselle.org/page286-wer-sind-wir-.html>; am 28.3.2014.

⁶⁵⁰ Vgl. beispielhaft: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 406ff. Siehe auch: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 450ff. Siehe auch: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 514ff. Siehe auch: Anhang 4: Interview 10; S. 536- 560; hier S. 543ff.

⁶⁵¹ Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 408. Siehe auch: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 516.

⁶⁵² Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 408. Siehe auch: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 451f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 516. Siehe auch: Anhang 4: Interview 10; S. 536- 560; hier S. 544f.

nur gegeben ist, wenn die Person die Lernumgebung als günstig wahrnimmt.⁶⁵³ Da die Netzwerke teilweise explizit als Lobbyverbände angesehen wurden, mit denen eigene Politik durchgesetzt werden könnte, ist bei den Bürgermeistern Netzwerkpolitik eine gute Möglichkeit eigene Politik zu gestalten.⁶⁵⁴

Auf der Ebene der Kommunalpolitiker wurden Netzwerke stärker mit Klüngel verbunden, von dem sie nicht profitieren könnten. Einer der Befragten gab an, dass Netzwerke - auch unter anderen Politikern, der eigenen Partei - nicht notwendig seien, da der Nutzen weniger groß sei als der Aufwand.⁶⁵⁵ Netzwerke würden keinen Erfolg bieten, da die Situationen in den eigenen Kommunen zu unterschiedlich seien als das man sie miteinander vergleichen könne und voneinander lernen könne. Diese Aussage ist höchst kritisch zu sehen. Zwar zeigen sich immer stärkere regionale Disparitäten, dennoch kann ein Vergleich sinnvoll sein, abhängig von der Vergleichsebene und der Art des Nutzens. Von anderen lernen heißt nicht zwingend die Ideen anderer zu übernehmen, sondern sich Anregungen zu holen. Wenn man durch einen Vergleich sieht, wie man es besser nicht machen sollte, ist dies eben auch ein Lernprozess. Kommunen stehen mittlerweile nicht nur bundesweit miteinander in Konkurrenz, sondern auch international. Das erhöht den Druck auf Lokalpolitik nur noch mehr.⁶⁵⁶ Wenn sich durch Absprache oder Konsultation mit anderen kommunalen Politikern in diesem Wettbewerb ein Vorteil verschaffen lässt, sollte man diesen nutzen.

Eine weitere der Interviewten gab an, dass Bürgersprechstunden wesentlich sinnvoller seien als Netzwerke.⁶⁵⁷ Zwar wird der Nutzen von Sprechstunden, vor allem für die Ebene der Kommunalpolitik, unterschätzt, so können sie helfen ein Bewusstsein für lokale Missstände zu erlangen oder im Einzelfall auch Lösungsmöglichkeiten schaffen, jedoch wird dies wahrscheinlich nur in einem höchst geringen Maße der Fall sein. Netzwerke, im oben entwickelten Sinne,

⁶⁵³ Peter Faulstich benennt in seiner Analyse über menschliches Lernen einige Lernhemmnisse. Unter anderem erklärt er, wie sich Zwang und Disziplin negativ auf das Lernverhalten ausüben können. Als Beispiel hierfür dient ihm die häufig oktroyierte Lernumgebung in Schulen. Vgl.: Faulstich, Peter: *Menschliches Lernen. Eine kritisch-pragmatische Lerntheorie*; Bielefeld 2013; S. 133ff.

⁶⁵⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 449.

⁶⁵⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 493f.

⁶⁵⁶ Vgl.: Hoffmann: „Basarökonomie“; S. 71.

⁶⁵⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 12; S. 583- 586; hier S. 585.

sind es nicht. Die Besonderheit von Netzwerken ist die inhaltliche Spezialisierung auf ein bestimmtes Politikfeld oder Handlungsfeld.⁶⁵⁸ Es gibt die Möglichkeit für Lernimpulse, allerdings nur eine geringe und nicht im eigentlichen Netzwerksinne.

Gleiches galt für die dritte Aussage bezüglich der Netzwerknutzung. Einer der Befragten äußerte, dass Netzwerke in einem kleinen Bundesland nicht in dem Maße elementar seien. Die Wege wären generell kürzer, so dass persönliche Kontakte vor Netzwerken kommen würden.⁶⁵⁹ Auch hier können innovative Ideen entstehen und die Kontakte sind wahrscheinlich auch abhängig vom Politikfeld. Als Netzwerk ist dieser persönliche Kontakt allerdings auch nicht zu bezeichnen, da es sich nicht um ein zeitlich begrenzt selbstständig agierendes Subjekt handelt. Auf die Lernfähigkeit kann sich doch auch dieser direkte Austausch positiv auswirken, in welchem Maße bleibt jedoch fraglich.

Einer der Experten gab an, dass er keine Netzwerke nutze, sich dies aber wünschen würde.⁶⁶⁰ Insgesamt gesehen nutzten die Fraktionsvorsitzenden kaum Netzwerke. Auch aus dem Grund, weil es für sie schwieriger ist, Teil eines Netzwerkes zu werden als für die kommunale Verwaltung. Es ist aber auch nicht unmöglich, setzt aber den Willen dafür voraus. Einige der Politiker werden die Rolle von Netzwerken für Kommunalpolitik wahrscheinlich unterschätzen. Wünschenswert wäre ein intensiverer Dialog unter den Kommunalpolitikern, um so einen Austausch zu erreichen. Dieser Dialog wäre zwar kein Netzwerk im klassischen Sinne, aber dennoch eine Hilfe, Interessen zu bündeln, Informationen zu sammeln und Lösungen zu finden. An diesem Faktor fehlt es den Stadtratsmitgliedern enorm, sei es durch die Struktur des demokratischen Systems der Kommune als solche oder durch fehlendes Interesse des einzelnen Politikers.

Auf der Ebene der Verwaltung und des Oberbürgermeisters sieht dies ganz anders aus. Hintergrund sind aber auch die bessere Erreichbarkeit von Exper-

⁶⁵⁸ Vgl.: Straßheim: Netzwerkpolitik; S. 115. Siehe auch: Schneider/ Frank: Politikfeldanalyse; 116f.

⁶⁵⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 529.

⁶⁶⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 596f.

ten und die eventuelle geldliche Honorierung eben dieser. Dies ist Lokalpolitikern kaum möglich. Der Kontakt mit Bürgerinitiativen jedoch wäre möglich. Diesbezüglich war der Fragebogen jedoch nicht detailliert genug, um Rückschlüsse auf die Nutzung solcher Institutionen zu geben.

7.2.2.3 Nutzung von Bildungsangeboten

Für den Bereich der Fortbildung in kommunalpolitischen Themen gab es zu wenig Rücklauf, um wirklich aussagekräftige Ergebnisse zu präsentieren. Die Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen wurden dabei außen vor gelassen, ebenso wie die beiden Verwaltungsangestellten. Als Teil der Verwaltung haben sie andere Möglichkeiten, um sich themenorientiert weiterzubilden, so dass deren Aussagen nicht mit den Angaben der restlichen Ratsmitglieder vergleichbar wären. Bei Verwaltungen werden bei Neueinführung gewisser Systeme häufig Seminare verpflichtend angeboten für die Mitarbeiter. Auch wenn dies natürlich vor allem die unteren Ebenen betrifft, ist der Zugang zu Bildungsangeboten - auch bei der obersten Verwaltungsebene - dennoch anders einzuordnen als bei ehrenamtlich Tätigen. Maier und Schmitt fanden bei ihrer Studie heraus, dass Verwaltungsangestellte in hohem Maße an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen. Wahrscheinlich weil sie tagtäglich mit dem Bildungsinhalt zu tun haben. Zumal auch der Lebensunterhalt davon abhängig ist, auf dem aktuellsten Stand zu sein.⁶⁶¹ Aufgrund der Größe der untersuchten Städte waren die Bürgermeister hauptamtlich tätig und wurden aus diese Grund ebenfalls in die Gruppe der Verwaltungsmitarbeiter gezählt. Daher wurden zur Nutzung der Bildungsangebote lediglich die Fraktionsvorsitzenden befragt, da es um ein freiwilliges Engagement gehen soll, dass die Arbeit in der Politik erleichtern und neue Impulse setzen kann.⁶⁶²

⁶⁶¹ Die Ergebnisse beziehen sich zwar auf Thüringen, aber die beiden Wissenschaftler konnten keine besondere Abweichung von bundeseinheitlichen Trends feststellen. Vgl.: Maier/Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 177.

⁶⁶² Max Miller argumentiert bei seinen kollektiven Lernprozessen, dass Menschen nur in Prozessen miteinander - durch Argumente, Erfahrungen und Interaktion - Lernprozesse vollziehen können. Dazu gehören nach Ansicht der vorliegenden Arbeit auch Seminare jeglicher Art, da es ebenfalls eine argumentative Auseinandersetzung mit den anderen darstellt und wenn nur mit dem Vortragenden. Darüber hinaus geht Miller davon aus,

Von den sechs Kommunalpolitikern gaben nur vier eine direkte Antwort auf die Frage, die jeweils völlig unterschiedlich ausfiel. Als Endresultat kann jedoch festgehalten werden, dass keiner der untersuchten Fraktionsvorsitzenden solche Angebote nutzt oder wenn, nur in sehr geringem Umfang. Einer der Befragten hielt sich für zu erfahren, als dass er sich von anderen Personen über Kommunalpolitik belehren lassen müsse. Er sei „Profi“ und die angebotenen Programme zu wenig spezifisch für seine Stadt.⁶⁶³ Ein anderer gab an, dass es solche Angebote durch die eigene parteinahe Stiftung gäbe, ob er sie jedoch nutzt, blieb offen. Lediglich im Bereich der Doppik-Einführung hätten er und andere Fortbildung genutzt, um das neue Haushaltssystem zu beherrschen.⁶⁶⁴ Höchst wahrscheinlich ist in diesem Bereich die höchste Bereitschaft für Bildungsmaßnahmen der Kommunalpolitiker zu sehen, da es sie direkt betrifft. Darüber hinaus scheint die Bereitschaft gering zu sein.

Das Hauptproblem hierfür ist wohl der Zeitaspekt. Einer der Befragten gab an, dass er neben Beruf, Familie, Hobbys und ehrenamtlichen Engagement kaum die Zeit hätte, noch Bildungsangebote zu nutzen oder seine wenige freie Zeit für Seminare mit anderen Dingen verbringen möchte.⁶⁶⁵ Ein Faktor der nicht vernachlässigt werden darf. Studien haben gezeigt, dass das ehrenamtliche Engagement im Stadtrat mittlerweile einen hauptberuflichen Charakter einnimmt.

Im Jahr 2009 wurde unter Leitung des Hildesheimer Stadtrats Dirk Schröder eine Umfrage unter deutschen Kommunalpolitikern durchgeführt, bei dem 577 Politiker teilgenommen haben aus kreisfreien Städten, Kreisen und Gemeinden.⁶⁶⁶ Darin gaben etwa 60% der Befragten an, wöchentlich 6-15 Stunden für die Ratstätigkeit zu investieren. Zusätzlich würden bei fast 60% noch 1-5 Stunden Parteitätigkeit anfallen.⁶⁶⁷ Insgesamt wären das etwa 20 Stunden zusätzlich zu einer Vollzeitstelle, die ebenfalls über 60% der Befragten der Studie

wenn neues entwickelt werden soll, auch erst einmal neues angenommen werden muss.

Vgl.: Miller: Kollektive Lernprozesse; S. 20f.

⁶⁶³ Vgl.: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 493.

⁶⁶⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 12; S. 583- 586; hier S. 585.

⁶⁶⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 461.

⁶⁶⁶ Vgl.: Schröder: Kommunalpolitikerinnen & Kommunalpolitiker; S. 4.

⁶⁶⁷ Vgl.: Ebd.; S. 11.

hatten.⁶⁶⁸ Bei einer angenommenen durchschnittlichen Schlafzeit von 7 Stunden, würden an einem Wochentag nur 5 Stunden zur freien Verfügung bleiben, wobei darin noch nicht die Zeit zum Aufstehen, fertig machen, Essen und zur Arbeit fahren einberechnet ist. Die tatsächliche freie Zeit täglich liegt demnach weit darunter.

Zum gleichen Ergebnis kommt auch die Studie von Marion Reiser aus dem Jahr 2006.⁶⁶⁹ Reiser spricht von einer Professionalisierung hinsichtlich des Zeitaufwandes von Kommunalpolitikern. Laut ihrer Umfrage liegt der durchschnittliche Zeitaufwand bei 25 bis 35 Stunden wöchentlich, wobei hier nur die Ratsarbeit als solches einbezogen wurde und Parteiarbeit noch zusätzlich aufgerechnet werden müsste.⁶⁷⁰ Demnach liegt die wöchentliche Belastung noch höher als bei der erstgenannten Studie. Ein Grund hierfür ist wohl die Tatsache, dass die Umfrage in 4 deutschen Großstädten durchgeführt wurde und der Zeitaufwand der Ratsmitglieder dort als höher eingeschätzt werden kann als in kleineren Gemeinden. Für Fraktionsvorsitzende ermittelte Reiser sogar einem deutlich höheren Arbeitsaufwand von etwa 40 bis 60 Stunden wöchentlich.⁶⁷¹ Dies bedeutet, dass es sich dabei wirklich um einen zusätzlichen Hauptberuf handelt neben dem eigentlichen Beruf.

Bei all diesen Befragungen sind es natürlich subjektive Wahrnehmungen der Kommunalpolitiker wie viel sie denken, dass sie arbeiten. Dennoch zeigen alle Studien gleiche Tendenzen auf trotz unterschiedlicher Befragter. Es scheint sogar eher, dass sie den Zeitaufwand unterschätzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von Volker Ronge bei der Untersuchung für Ratsmitglieder in Wuppertal.⁶⁷² Festzuhalten bleibt aber, dass die Ratsabgeordneten eine hohe Arbeitsbelastung für ihr ehrenamtliches Engagement haben, zu der noch Parteitätigkeiten kommen sowie auch Vereinsarbeit. Mittlerweile reicht

⁶⁶⁸ Vgl.: Schröder: Kommunalpolitikerinnen & Kommunalpolitiker; S. 10.

⁶⁶⁹ Vgl.: Reiser, Marion: Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten; Wiesbaden 2006.

⁶⁷⁰ Vgl.: Ebd.; S. 96.

⁶⁷¹ Vgl.: Ebd.; S. 97.

⁶⁷² Vgl.: Ebd.; S. 98.

auch auf kommunaler Ebene eine „reine Mandatsausübung“ nicht mehr aus, sondern sie enthält noch viele weitere Tätigkeiten.⁶⁷³

Der Einwurf der zeitlichen Beschränkung ist nicht von der Hand zu weisen und zeigt ein komplexes Problem auf: Für Lernprozesse sind Fortbildungen, Schulungen oder Weiterbildungen in jeglichem Sinne wichtig, da sie Wissen vermitteln und somit Ideen und Vorschläge für Veränderungen auslösen können. Von sich aus, ohne irgendwelchen Input, ist es kaum möglich, Wissen zu vermehren oder richtig anzuwenden.⁶⁷⁴ Fehlt aber die Möglichkeit, solche Bildungsangebote zu nutzen, bedeutet es im Folgeschluss Stillstand im kommunalen Wissensbereich.

Neben dem individuellen Faktor, dass kommunale Lernangebote „nicht nötig“ sind, existiert demnach auch das strukturelle Problem der fehlenden Zeit für solche Seminare. Da aber nur einer der Befragten das Zeitproblem angab, kann davon ausgegangen werden, dass das individuelle „nicht wollen“ einen größeren Einfluss auf diese Ebene der Lernfähigkeit hat. Auch Maier/ Schmitt kommen bei ihrer Erhebung thüringischer Kommunalpolitiker zu dem Schluss, dass der Zeitfaktor nicht hinreichend die geringe Weiterbildungsquote erklärt. Bei Ihrer Befragung im Jahr 2000 gaben 57% an, noch nie ein Seminar besucht zu haben.⁶⁷⁵

7.2.2.4 Kreativität

Die Kreativität ist die individuellste Eigenschaft der Lerntheorien, so auch beim *Kommunalen Lernen*. Sie gibt Auskunft über jeden einzelnen Befragten, inwieweit er in der Lage ist, außergewöhnliche oder ungewohnte Gedankengänge zu machen, um politische Ziele zu erreichen.

Bereits Karl Popper misst der Kreativität eine hohe Bedeutung bei. Aufgrund seines Determinismusproblems führt er bei seinen späteren Werken den Indeterminismus ein.⁶⁷⁶ Aufgrund seines physikalischen Verständnisses der Welt

⁶⁷³ Vgl.: Reiser: Ehrenamt und Berufspolitik; S. 67f.

⁶⁷⁴ Vgl.: Miller: Kollektive Lernprozesse; S. 21.

⁶⁷⁵ Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 177.

⁶⁷⁶ Vgl.: Keuth: Die Philosophie Karl Poppers; S. 309.

tendierte er zunächst zu deterministischen Ansichten der Welt: Während der Determinismus davon ausgeht, dass die Struktur der Welt vorgegeben ist und Handlungen ganz bestimmte andere Handlungen bedingen, sieht der Indeterminismus die Freiheit der Entscheidung des Einzelnen als gegeben an.⁶⁷⁷ Um den Indeterminismus zu untermauern, führt Popper die Kategorien Freiheit, Kreativität und Verantwortung ein.⁶⁷⁸ Hierbei betont er, dass vor allem die menschliche Kreativität jedem eine größere Freiheit bringen kann. Diese Freiheit bedeutet gleichzeitig aber auch Verantwortung.⁶⁷⁹ Die Kritik an Poppers Theorie, dass er das Paradoxon zwischen seinen deterministischen und indeterministischen Ansätzen nie völlig auflösen könnte, kann für den vorliegenden Fall außer Acht gelassen werden. Da es gerade um diesen Widerspruch geht und versucht wird, eine Antwort zu finden. Nicht im Generellen, sondern für die Problemlage des *Kommunalen Lernens*.

Betrachtet man die Kommunalordnung als deterministische Struktur, die vorgegeben ist und an der die kommunale Ebene keinerlei Veränderungen hervorrufen kann, zumindest nicht kurzfristig, dann können durch individuelle Kreativität neue Wege gefunden werden, um Veränderungen hervorzurufen. Demnach wäre die Kreativität oder Innovation ein Faktor für Lernprozesse. Betrachtet man die in Kapitel 4.4 analysierte beengte kommunale Selbstverwaltung, hat gerade diese Charaktereigenschaft eine hohe Bedeutung. Damit ist die Kreativität ein Messfaktor für die Lernfähigkeit einer Person.

Die Interviews zeigen jedoch ein ernüchterndes Ergebnis. Nur bei drei der Befragten konnte eine Art von Kreativität festgestellt werden, zwei davon waren Oberbürgermeister. In einem Fall wurde eine kommunale Gesellschaft ausgliedert, damit sie nicht unter die Kommunalaufsicht und deren Restriktionen fallen sollte.⁶⁸⁰ Im anderen Fall war der Bildungsbegriff sehr weit gefasst worden, um das vor Ort gegebene Potenzial ausschöpfen zu können und die Zuständigkeiten von Bund und Land zu umgehen.⁶⁸¹ In beiden Fällen war

⁶⁷⁷ Vgl.: Ebd.; S. 310f.

⁶⁷⁸ Vgl.: Ebd.; S. 347.

⁶⁷⁹ Vgl.: Ebd.; S. 390.

⁶⁸⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 512.

⁶⁸¹ Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 403f.

ein Weg geschaffen worden, einschränkende Systemfaktoren auszuhebeln. Dies ist jedoch nur für Bürgermeister möglich, da diese direkteren Einfluss auf die Kommunalpolitik haben.

Im dritten Fall hatte das Ratsmitglied einige Ideen angeschnitten, wie er sich intelligente Stadtplanung vorstelle oder attraktive Stadtpolitik. Umgesetzt wurde von diesen Ideen jedoch nichts, da er Vorsitzender einer Oppositionspartei war.⁶⁸² Demnach scheint die Kreativität leichter für Bürgermeister als für Kommunalpolitiker im Stadtrat, da der Handlungsspielraum für Bürgermeister größer ist als für einzelne Ratsmitglieder. Dennoch sind innovative Ideen auch als Stadtratsmitglied möglich. Sie sind nicht so einfach zu implementieren, aber die Fähigkeit besitzt jeder.

Problematisch ist jedoch, dass von 6 befragten Stadtratsmitgliedern lediglich einer Ansätze von kreativem Denken gezeigt hat. Offen bleibt, ob die anderen nicht die charakterliche Eigenschaft besitzen oder, ob sie durch die strukturellen Einschränkung erst gar nicht versuchen, innovativ zu werden. Sollte letzteres zutreffen, hätten die strukturellen Faktoren auf die individuellen einen solch großen Einfluss, dass sie sie bereits unmöglich machen. Eine sehr beängstigende Vorstellung, da es außergewöhnliche Lernprozesse komplett verhindern würde auf der Ratsmitgliedebene. Dies hebt in gewisser Weise die Funktion des Stadtrats aus und damit das Wesen der föderalen Demokratie in der Bundesrepublik.

7.3 „Arm aber sexy?“

Was Klaus Wowereit 2003 flapsig formulierte⁶⁸³, mag schon kaum für Berlin zutreffen, aber für die hier befragten Kommunen greift der Spruch in keinsten Weise. Die Interviews zeigten eine mehr oder weniger starke Tendenz dazu,

⁶⁸² Vgl.: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 593f.

⁶⁸³ Zum ersten Mal erwähnte er diesen Ausspruch mehr zufällig im Jahr 2003. Er verselbstständigte sich daraufhin und wurde, von Wowereit persönlich, zum Wahlspruch für Berlin gemacht. Vgl.: O.V.: „Arm, aber sexy“. Wowereits Berlin-Slogan; in: Focus-Online (19.10.2006). Gefunden unter: http://m.focus.de/politik/deutschland/wowereits-berlin-slogan_aid_117712.html; am 11.12.2013.

dass sich die Kommunen selbst nur bedingt als zukunftsfähig oder „sexy“ empfanden.⁶⁸⁴

Bei der Analyse der einzelnen Indikatoren zeigte sich ein deutliches Übermaß der finanziellen Dimension. Von allen Bereichen wurde es als das tiefgreifende Problem angesehen und in keinem anderen Fall bestand so große Einigkeit der Interviewten. Gemeinsam war allen Aussagen, dass eine Veränderung hinsichtlich der monetären Ausstattung der Kommunen stattfinden müsse. Lediglich in der Stärke der Wahrnehmung und des Einflusses auf die anderen Dimensionen unterschieden sich die Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter. Diese Tatsache verwundert nicht und macht doch nachdenklich. Bereits seit Jahren ist bekannt, dass sich die Finanzsituation der Kommunen und das Verfahren der Kommunalaufsicht an die neuen internationalen Gegebenheiten anpassen muss. Schon vor der Wende gaben westdeutsche Kommunalpolitiker bei Interviews an, dass bei bestehendem System in wenigen Jahren ein Groß der Kommunen nicht mehr zu Investitionen in der Lage sei.⁶⁸⁵ Seither wurden die Kommunen der ehemaligen DDR eingegliedert, der Strukturwandel ist weiter vorangeschritten und es hat 2008 eine tiefe Rezession stattgefunden. Die finanziellen Rahmenbedingungen haben sich demnach verschlechtert, trotzdem traten nur wenige Veränderungen im Bereich der monetären Ausstattung ein.⁶⁸⁶

Nicht nur die Befragten bemängeln die Finanzen ihrer Stadt, sondern auch in den Politikwissenschaften wird eine mögliche Untergrabung des Selbstverwaltungsrechtes durch die Haushaltskrise vieler Kommunen kritisiert.⁶⁸⁷ Aus

⁶⁸⁴ Nach dem Image der Gemeinde befragt, äußerten einige der kommunalen Handlungsträger, dass das Image in Teilen immer noch sehr von der Vergangenheit als industrieller Standort geprägt sei, der schmutzig und grau sei. Vgl. beispielhaft dazu Anhang 4: Interview 1: S. 400- 415; hier S. 409f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 452f.

⁶⁸⁵ Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die in 10 deutschen Städten 1988 durchgeführt wurde. Vgl.: Weinberge, Bruno: Kommunalpolitik in den 90er Jahren. Befragung führender Kommunalpolitiker in zehn Städten; in: Schuster, Franz u. Dill, Günter W. (Hrsg.): Kommunale Aufgaben im Wandel. Theoretische und empirische Grundlagen; Köln 1992; S. 115- 138; hier S. 137f.

⁶⁸⁶ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 192f.

⁶⁸⁷ Vgl.: Holtkamp, Lars: Zur aktuellen Lage der kommunalen Selbstverwaltung. Demokratische Potentiale, einschneidende Haushaltskrisen und symbolische Politikangebote; in: Schieren, Stefan (Hrsg.): Kommunalpolitik. Probleme und Potentiale der „Wiege der Demokratie“ (=uni studien politik; Bd. 40); Schwalbach/Ts. 2010; S. 80- 102; hier S. 83. Siehe auch: Bieker: Kommunale Selbstverwaltung; S. 73f.

diesem Grund fordern auch viele Wissenschaftler neue Wege in der kommunalen Finanzpolitik, wie etwa ein Konkursrecht für die kommunale Ebene, Kassenkredite vollkommen verbieten, Neuregelung der Finanzzuweisungen.⁶⁸⁸ Der schlimmste Fall wäre ansonsten ein Demokratieverlust.⁶⁸⁹

Der logisch konsequente Schritt für die vorliegende Arbeit war daher die Haushaltsdimension als Ausgangspunkt für den zweiten Schritt der Auswertung der Interviewergebnisse - der Typisierung - heranzuziehen. Dahingehend betrachtet zeigte sich schnell eine Unterteilung in zwei Haupttypen von kommunalen Entscheidungsträgern: Typ A, die Kommunalpolitiker mit resignierter Handlungseinstellung, und Typ B, die Kommunalpolitiker mit kreativem Potenzial.

7.3.1 Typ A - Kommunalpolitiker mit resignierter Handlungseinstellung

Der große Unterschied der kommunalen Handlungsträger des ersten Typus zu denen der zweiten Kategorie ist die maßgebliche Überbetonung der finanziellen Schwäche für ihre Handlungsmaxime. Von Anfang an betonten sie die schlechte Haushaltssituation und leiteten von ihr fast alle anderen strukturellen Probleme ab.

Kennzeichnend dafür ist das Anbringen der finanziellen Notlage ohne eines expliziten Nachfragens. Hierbei wurde direkt bei der einleitenden Frage nach den strukturellen Problemen in ihrer Gemeinde die finanzielle Situation angesprochen oder sogar beklagt. Das bedeutet, dass die Sanierung der Kommunalfinanzen oder die Ausstattung mit Finanzmitteln im Allgemeinen als grundsätzliche Probleme angesehen wurden.⁶⁹⁰ Spätestens aber bei dem Frageblock nach dem Gestaltungsspielraum der Kommunen nannten die Befragten dieser

⁶⁸⁸ Vgl.: Holtkamp: Zur aktuellen Lage der kommunalen Selbstverwaltung; S. 99.

⁶⁸⁹ Vgl.: Ebd.; S. 99.

⁶⁹⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 4; S. 435- 438; hier S. 435. Siehe auch: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 441f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 521f.

Kategorie die Haushaltslage als einschränkendes Momentum.⁶⁹¹ Zwar schränken auch die Kommunalpolitiker der zweiten Kategorie den Freiraum aufgrund des finanziellen Drucks ein, aber bei weitem nicht so absolut. Der Unterschied liegt wohl zwischen den Worten Abhängigkeit und Einschränkung: Einer der interviewten Personen sagte aus, dass die „verbriefte kommunale Selbstverwaltung [...] durch den finanziellen Druck auf die Gemeinden im Prinzip ad absurdum geführt“ wird.⁶⁹² Freiräume sind für diese Gruppe kaum vorhanden. Daher verwundert es auch nicht, dass sie der Meinung sind, dass sich der Gestaltungsrahmen in den letzten Jahren verringert hat. Je schlechter die finanzielle Lage, desto schlechter sind auch die Gestaltungsmöglichkeiten.⁶⁹³

Auffällig ist darüber hinaus, dass keiner der Befragten diesen Typus Kreativität in irgendeiner Weise zeigte. Demnach scheint bei dieser Kategorie der Spruch *Not macht erfinderisch* nicht zuzutreffen.

Hinsichtlich der Netzwerknutzung gibt es keinen eklatanten Unterschied zur zweiten Kategorie. Lediglich eine leichte Tendenz Netzwerke minimaler zu nutzen als Typ B, dies könnte jedoch einfach in der Tatsache beruhen, dass es nur einen Verwaltungschef in dieser Kategorie gibt und, wie das vorliegende Kapitel gezeigt hat, Netzwerke vor allem von Oberbürgermeistern genutzt werden. In Bezug auf die Dimensionen kommunale Arbeit und Nutzung von Fortbildungsmöglichkeiten gibt es keine Unterscheidungsmerkmale zwischen den Kategorien.

Der Typ A kann noch einmal unterteilt werden, in zwei Untergruppen. Zum einen in die Personen, welche die Finanzen radikal als Ursache jeglichen Übels in den Kommunen sehen und der Meinung sind, dass nur mehr Geld auch mehr Freiraum bedeuten würde.⁶⁹⁴ Zum anderen in die Gruppe, welche der Haushaltssituation nicht die vollständige Schuld für alle Probleme geben, son-

⁶⁹¹ Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 460. Siehe auch: Anhang 4: Interview 7; S. 474- 497; hier S. 477f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 568f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 12; S. 583- 586; hier S. 584.

⁶⁹² Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 460.

⁶⁹³ Vgl.: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 461. Siehe auch: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 523.

⁶⁹⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 453f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 12; S. 583- 586; hier S. 586.

dern durchaus auch noch leichte Spielräume wahrnehmen. Allerdings in einem sehr geringem Maße.⁶⁹⁵

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Akteure dieses Typs kaum Anreize sehen, die Notlage durch eigene Innovation zu umgehen. Vielmehr scheint es so, dass sie die Schieflage des Kommunalhaushaltes als Barriere sehen, die sie selber nicht verändern können. Dabei ist es unerheblich, ob dies der Realität entspricht. Die subjektive Wahrnehmung sagt den Akteuren, dass sie aufgrund der Finanzen keine Veränderungen anregen können, die den Strukturwandel beeinflussen könnten. Lernprozesse sind in dieser Konstellation nicht zu erwarten, da die Ressource Geldmittel - nach Ansicht der Agierenden - nicht vorhanden ist. Wie Kapitel 5 verdeutlichte, sind für das *Kommunale Lernen* eben diese Ressourcen aber Voraussetzung für Lernprozesse. Nur durch das Vorhandensein von selbstständigem Agieren, welches auch direkten Output für die kommunale Politik hat, wird Lernen erst möglich. Als Blockade gelten dabei auch eingebildeter Ressourcenmangel.

Insgesamt können 7 der 13 befragten Personen⁶⁹⁶ in diese Kategorie eingeordnet werden, wobei vier davon in die Unterkategorie der völligen resignierten Akteure zu zählen sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob die kommunalen Handlungsträger aus Großstädten oder Mittelstädten kommen. Die zu erwartende Häufung von mittelstädtischen Handlungsträgern ist nicht eingetroffen. Die subjektive Wahrnehmung des Gestaltungsrahmens scheint demnach nicht davon abhängig zu sein, ob eine weitere Ebene - der Landkreis - zwischengeschaltet ist oder nicht. Vielmehr ist es die Landesebene, die für den eingeschränkten Handlungsrahmen ausgemacht wird.⁶⁹⁷ Daher sind es auch größenunabhängige Faktoren, die für ein eingeschränktes Lernen zuständig sind, wie etwa die Kommunalaufsicht oder die Ausgleichszahlung. Diese werden direkt durch das

⁶⁹⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 9; S. 521- 535; hier S. 523f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 461.

⁶⁹⁶ In die hier einzuordnende Kategorie gehören die Interviewpartner Nr. 4 (S. 435- 438), Nr. 5 (S. 439- 454), Nr. 6 (S. 455- 473), Nr. 7 (S. 474- 497), Nr. 9 (S. 521- 535), Nr. 11 (S. 561- 582) und Nr. 12 (S. 583- 586).

⁶⁹⁷ Der Fragebogen beinhaltete auch die Einschätzung welche föderale Ebene den größten Einfluss auf die kommunale Ebene habe. Dabei waren sich alle Befragten einig, dass dies die Landesebene sei. Siehe Anhang 3; S. 398.

Land gesteuert und sind demnach gleich für alle Gemeinden, kreisfreie und kreisabhängige.⁶⁹⁸

Man könnte Annehmen, dass die desillusionierte Sicht auf den eigenen Gestaltungsspielraum davon abhängig ist, wie viele Jahre die Personen bereits politisch aktiv sind. Die Ergebnisse widersprechen jedoch auch dieser Hypothese. Es ist unerheblich, ob die Befragten erst seit 10 Jahren oder bereits seit 40 Jahren politisch aktiv sind. Auch ob sie eine oder mehrere Wahlperioden im Stadtrat saßen, ist nicht in einen Zusammenhang mit der Typisierung zu bringen.⁶⁹⁹

Eine leichte Tendenz zeigt sich bezüglich kleiner Parteien und ostdeutscher Städte. Alle beiden Befragten von den kleineren Parteien Freie Wähler und Bündnis 90/ die Grünen waren dieser Kategorie einzuordnen. Bei den Akteuren aus ostdeutschen Städten sind 5 von insgesamt 7 ostdeutschen Befragten dem Typ A zuzurechnen (siehe Abbildung 20). Da es sich bei der vorliegenden Untersuchung jedoch um Fallstudien handelt und damit die erhobenen Datensätze zu gering sind, lassen sich keine allgemeine Ableitungen daraus herleiten. Um dies als grundsätzliche Tendenz ausgeben zu können, müsste eine qualitative Analyse einer höheren Anzahl an Kommunen stattfinden.

Es lassen sich jedoch auch Gründe für diese Annahmen benennen: In den Gemeindeordnungen sind genaue Vorgaben zu finden, welche Anzahl an Abgeordneten eine Partei haben muss, um als Fraktion zu gelten. Mit diesem Fraktionsrecht gehen dann einige Privilegien einher, wie etwa das Recht eigene Beschlüsse zu formulieren und Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Aufgrund der Heterogenität der meisten Stadträte ist diese Zahl für kleinere Parteien nur in den wenigsten Fällen selbst zu erreichen, sondern sie sind meist auf die Hilfe anderer Fraktionen angewiesen.⁷⁰⁰ Aus diesem Grund kön-

⁶⁹⁸ Zur Organisation und Aufgabenverteilung der Kommunalaufsicht siehe: Lübking, Uwe u. Vogelsang, Klaus: Die Kommunalaufsicht: Aufgaben, Rechtsgrundlagen, Organisation; Berlin 1998.

⁶⁹⁹ Vgl. hierzu die biographischen Angaben zu den einzelnen Interviewpartnern: Anhang 5: Biographien; S. 685- 692. So war Interviewpartner Nr. 12 bereits seit den 1970er Jahren politisch aktiv (Anhang 5; S. 688f), während beispielsweise Interviewpartner Nr. 11 erst die erste Amtsperiode im Stadtrat saß (Anhang 5; S. 688).

⁷⁰⁰ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 128f.

nen sie sich abhängiger fühlen als Mitglieder von größeren Fraktionen.⁷⁰¹ Für den zweiten Faktor könnten die Ursachen in dem Spezifikum der Wiedervereinigung liegen. Im Gegensatz zu westdeutschen Gemeinden haben ostdeutsche Gemeinden nicht nur mit den gesamtdeutschen sozioökonomischen Veränderungen umzugehen, sondern gleichzeitig auch mit dem Wandel durch die Anpassung an die bundesdeutschen Verhältnisse in jeglichem Bereich, wie etwa Wirtschaft oder Politik. Daher sind ostdeutsche Städte überproportional häufiger betroffen von hoher Abwanderung und persistenter Arbeitslosigkeit.⁷⁰² Die Probleme sind demnach häufig tiefgreifender. Diese Wahrnehmung kann sich auf die kommunalen Eliten übertragen und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten herabsetzen, dies könnte zu einer verminderten Lernfähigkeit führen.

Typ A der kommunalen Akteure zeichnet sich durch eine eingeschränkte Lernfähigkeit aus, die in der eigenen Herabsetzung der Gestaltungsmöglichkeiten begründet liegt.

7.3.2 Typ B - Kommunalpolitiker mit kreativem Potenzial

Die kommunalen Eliten des zweiten Typus sehen auch Handlungsschranken aufgrund der finanziellen Schieflage, aber fühlen sich weniger eingeschränkt als bei den Personen der ersten Kategorie. Sie versuchen viel mehr die verbleibenden Freiräume zu gestalten.

Daher musste bei den geführten Interviews explizit nach der finanziellen Situation gefragt werden, bei den Problemen benannten sie ausschließlich vorhandene strukturelle Probleme. In diesem Zusammenhang erwähnten dann alle, dass die Haushaltslage der jeweiligen Kommune besorgniserregend sei und dringend Veränderungen in der kommunalen Finanzstruktur erforderlich seien. In den Forderungen unterschieden sie sich auch nicht von den Personen des ersten Typus. Für wünschenswert hielten sie eine unkomplizierter Fördermittelvergabe, eine Mindestausstattung der Kommunen und eine Übernahme

⁷⁰¹ Einer der Befragten äußerte ebenfalls dieses Spannungsverhältnis. Vgl.: Anhang 4: Interview 11; S. 561- 582; hier S. 582f.

⁷⁰² Vgl.: Kröhnert/ Olst/ Klingholz: Deutschland 2020; S. 13 u. 18f.

der Sozialausgaben durch den Bund.⁷⁰³ Der wichtige Unterschied liegt damit nicht in den Inhalten der Finanzschwäche, sondern im Umgang mit ihr. Es verwundert kaum, dass sie aus diesem Grund beim Gestaltungsrahmen durchaus Freiräume sehen, wenn auch diese eingeschränkt sind.⁷⁰⁴ Auch hier ist die Haushaltspolitik der entscheidende Faktor für die Grenzen und sie sprechen sich für eine Reform aus, gehen aber in ihrer Rhetorik nicht so weit zu resignieren. Stattdessen wird eher von Innovation gesprochen und zwischen einzelnen Sachfeldern der Politik hinsichtlich ihrer Gestaltungsfähigkeit unterschieden.⁷⁰⁵ Kennzeichnend für beide Typen bleibt jedoch, dass sich alle einig sind, dass die kommunalen Haushalte dringend einer Reform benötigen.

Das wesentliche Merkmal des Typus B liegt in der Tatsache, dass nur Personen dieser Kategorie Ansätze zum kreativen Handeln, um strukturelle Zwänge zu umgehen, gezeigt haben. Einer der Fraktionsvorsitzenden erzählte von vielen Ideen, um die Attraktivität der Stadt zu erhöhen, ohne dabei hohe Kosten zu verursachen. Umsetzen hätte er jedoch nichts können, da er mit seiner Partei in der Opposition säße und viele Ideen belächelt würden von den anderen Fraktionen im Stadtrat.⁷⁰⁶ Zwei Oberbürgermeister konnten jedoch Ziele durchsetzen, obwohl zunächst kommunalrechtliche Vorgaben diese blockierten. Dazu verließen sie den üblichen Pfad und überlegten sich einen Weg, durch den sie mehr Spielraum erhalten konnten.⁷⁰⁷

Ebenfalls scheinen die kommunalen Handlungsträger dieser Kategorie eher Netzwerke zu nutzen für den Austausch von Informationen und zur Problemlösung. Da jedoch die Hälfte der hier einzuordnenden Befragten Oberbürgermeister waren und bereits oben beschrieben wurde, dass es für diese leichter

⁷⁰³ Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 406. Siehe auch: Anhang 4: Interview 2; S. 416- 430; hier S. 419f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 514. Siehe auch: Anhang 4: Interview 10; S. 536- 560; hier S. 539. Siehe auch: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 606f.

⁷⁰⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 2; S. 416- 430; hier S. 422f.

⁷⁰⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 511f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 595.

⁷⁰⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 593f.

⁷⁰⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 403f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 8; S. 498- 520; hier S. 512.

ist, Netzwerke zu nutzen, da sie automatisch in einigen vertreten sind, wie etwa den Städtetag, ist dieses Ergebnis nur die logischer Schlussfolgerung daraus.

Wie Typ A, kann auch der zweite Typus noch einmal unterteilt werden. Die erste Gruppe wären die Akteure, welche die Finanzen nicht als Ursache aller Probleme sehen, aber trotzdem auch schon bei den vorausgegangenen Fragen zum Strukturwandel und Gestaltungsrahmen die Haushaltssituation angedeutet haben ohne explizit auf sie einzugehen.⁷⁰⁸ In der zweiten Untergruppe befinden sich die Personen, die keinerlei Andeutungen über die finanzielle Lage gemacht haben, bevor sie darauf angesprochen wurden. Zudem gaben die kommunalen Handlungsträger dieser Gruppe an, dass es auch durchaus auf politischen Fehlern der Kommune in der Vergangenheit beruhen würde, dass die Situation so sei, wie sie derzeit ist.⁷⁰⁹

Dieser Typus nimmt somit eine selbstreflektierte Sichtweise ein und analysiert auch die eigene Vergangenheit und die eigenen Fehler. Insbesondere diese Einstellung macht Lernprozesse deutlich wahrscheinlicher. Wie in Kapitel 3 umfassend dargelegt wurde, beruhen viele der Lernkonzepte in der Annahme, dass Lernen durch Ereignisse - positiv und negativ - in der Vergangenheit angeregt wird. So war diese Frage der Ausgangspunkt für die Überlegungen von Etheridge und Short für ihr *Government Learning*.⁷¹⁰ Aber auch andere Lerntheorien basieren auf dieser Überlegung.⁷¹¹ Aber auch die erste Untergruppe lässt eher Lernprozesse vermuten als der Typus A. Trotz der finanziellen Schwäche und dem Mangel an Ressourcen nutzen die Akteure dieser Kategorie ihre individuellen Fähigkeiten um Mittel zu finden die bestehenden Grenzen zu umgehen. Hier zeigt sich die Bedeutung der individuellen Faktoren für Lernprozesse ganz deutlich und dass es nicht nur von den strukturellen Ressourcen abhängig sein kann.

⁷⁰⁸ Vgl. beispielsweise: Anhang 4: Interview 1; S. 400- 415; hier S. 403f.

⁷⁰⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 13; S. 587- 611; hier S. 587- 602.

⁷¹⁰ Vgl.: Etheridge/ Short: *Government Learning*; S. 41.

⁷¹¹ Vgl.: Dolowitz/ Marsh: *Who Learns What from Whom*; S. 351- 353. Siehe auch zum Konzept des Benchmarking: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*; Bonn 2009. Gefunden unter: http://www.bpb.de/wissen/H75VXG,,.html?wis_search_action=search_alltext=Benchmarking&wis_wirtschaft=8&x=0&y=0&wis_search_type_buchstabe=4; am 10.08.2010.

Von den insgesamt 13 Befragten Personen lassen sich 6 in diesen Typ einordnen⁷¹² und damit existiert eine annähernd paritätische Verteilung auf beide Kategorien. Die 6 Akteure innerhalb der Kategorie teilen sich ebenfalls gleichmäßig auf die beiden eingeführten Unterkategorien auf. Auch für diesen Typ spielt es keinerlei Rolle, ob die interviewten Kommunalakteure aus Groß- oder Mittelstädten kommen oder wie lange sie sich bereits im politischen Sektor engagieren.

Während die Mitglieder kleinerer Parteien in die erste Kategorie fielen, sind die hier einzuordnenden Personen ausschließlich Vertreter der beiden großen Parteien SPD und CDU. Ob sich jedoch dies als allgemeingültige Tendenz wahrnehmen lässt ist nicht zu ermitteln, da hierfür ebenfalls die Datenmenge zu gering ist. Da SPD und CDU jedoch in der Regel die Oberbürgermeister stellen und damit verbunden häufig auch die größten Fraktionen - mit Ausnahmen in den ostdeutschen Bundesländern - ist es doch einfacher für sie ihr politisches Gewicht auszuspielen und Beschlüsse vorzulegen.⁷¹³

Ein elementares Merkmal lässt sich jedoch ausmachen: Vor allem die Verwaltung und mit ihr die Oberbürgermeister sind in diesem Typus präsent. Von den 6 Akteuren dieser Kategorie, waren 3 Oberbürgermeister und 2 Verwaltungsmitglieder. Demnach war lediglich ein Fraktionsvorsitzender des Stadtrates vertreten. Im Gegensatz dazu machten die Fraktionsvorsitzenden in der ersten Kategorie eindeutig die Mehrheit aus mit 6 von 7 Personen (siehe Abbildung 20). Es scheint demnach, dass die Verwaltung wahrscheinlicher Lernprozesse vollziehen kann als die Stadträte. Ob sich die Ergebnisse über die Fallstudie hinaus verallgemeinern lassen, müsste anhand einer umfassenderen Umfrage in deutschen Kommunen untersucht werden. Vor allem die Anzahl an Verwaltungsmitarbeitern bei der Umfrage müsste höher sein.

⁷¹² Die in Typ B einzuordnenden Interviewten sind Nr. 1 (S. 400- 415), Nr. 2 (S. 416- 430), Nr. 3 (S. 431- 434), Nr. 8 (S. 498- 520), Nr. 10 (S. 536- 560), Nr. 13 (S. 587- 611).

⁷¹³ Zu dieser Erkenntnis kommen auch Maier/ Schmitt in ihrer Analyse für Kommunalpolitiker in Thüringen. Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 97f.

Es bleibt jedoch ein überraschendes Ergebnis. Immerhin ist die bundesdeutsche Bürokratie als starr und eingefahren verschrien.⁷¹⁴ Müssen jetzt sämtliche Lehrbücher neu geschrieben werden? Wohl eher nicht. Da die Bürgermeister - es sind vor allem sie, welche die Gruppe ausmachen - die Schaltstelle zwischen Verwaltung und Politik sind und somit den größten Einfluss auf die Kommunalpolitik besitzen,⁷¹⁵ werden sie sich auch eher in der Lage sehen, eigene Entscheidungen durchzuführen. Sie nehmen den vorhandenen Spielraum wahr. Immerhin kommt von ihnen und der ihnen untergeordneten Verwaltung die meisten Beschlüsse des Stadtrates. Die Mitglieder des Stadtrates hingegen sind desillusionierter, da sie nur als Gruppe und nicht als Individuum direkten Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen können. An dieser Stelle greifen dann die individuellen Fähigkeiten: Schafft es jemand diese Gruppe zu lenken und seine Ideen umzusetzen, dann sind Lernprozesse eher möglich. Doch wenn sie vor dieser Aufgabe zurückweichen, werden gleichzeitig auch die Lernprozesse unwahrscheinlicher.

Die Ausgangslage für beide Typen sind annähernd gleich, dass haben die vorangegangenen Kapitel erläutert. Es sind kaum Voraussetzungen oder Ressourcen bei den strukturschwachen Kommunen vorhanden. Dies verhindert ein ausgeprägtes Lernpotenzial für diese Gemeinden. Hypothese 1 kann daher bestätigt werden.

Während jedoch der Typ A die finanzielle Situation vollkommen pessimistisch sieht und daraus für sich den Schluss zieht, es sind keine Handlungsräume mehr vorhanden und er könne deswegen keine Veränderungen einleiten, neigen die Personen der zweiten Kategorie eher dazu, dem finanziellen Druck positiv zu begegnen und die bestehenden Freiräume zu nutzen, anstatt sich über die Grenzen zu beschweren. Wenn auch nur in einem geringen Maße. Die individuelle Einstellung ist demnach höchst bedeutend für die Lernfähigkeit auf kommunaler Ebene.

⁷¹⁴ Hierin lagen auch die Gründe für die Verwaltungsreform in den 1990er Jahren. Vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 81f.

⁷¹⁵ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 129f.

Hypothese 2 ist demnach nur zum Teil verifiziert: Die Ressourcen, vor allem in finanzieller Hinsicht, fehlen den Kommunen und daher müssen die Kommunalpolitiker umso mehr individuelle Fähigkeiten mitbringen. Jedoch ist dies bei strukturschwachen Kommunen überhaupt nicht der Fall. Ganz im Gegenteil, es ist vielmehr so, dass sie nur geringfügig Kreativität mitbringen. Not macht demnach nicht erfinderisch, wie ein Sprichwort sagt.

Die Übergänge der beiden Kategorien sind zudem sehr fließend, vor allem wenn man sich die beiden Unterkategorien jeweils anschaut. So kann der abgeschwächte Typ A und der stärkere Typ B nur minimale Unterschiede aufweisen. Wenn man diese beiden zusammen fasst, wären etwa 50% aller Befragten diesem Typus zuzurechnen. Dies liegt an der Tatsache, dass es sich um Realtypen handelt, die verdichtet und systematisiert wurden. Bei Idealtypen wären die Gruppen deutlicher voneinander abzugrenzen.

Bei allen Unterschieden der beiden Typen, ist eins unmissverständlich klar geworden: Strukturschwache Kommunen kämpfen mit ihrem Haushalt. Die Notsituation verursacht, vor allem bei Stadtratsmitgliedern, ein Gefühl der Abhängigkeit von den oberen politischen Ebenen. Als „arm, aber sexy“ im Sinne Wowereits würden sie sich daher kaum bezeichnen. Aus diesem Grund soll in einem Exkurs untersucht werden, ob strukturstarke Kommunen, ohne ausgeprägtes Haushaltsproblem, eher als kreativ gelten können und ein stärkeres Lernpotenzial aufweisen. Dies wäre die logische Schlussfolgerung aus den bisherigen Ergebnissen. So formulierten es auch die Befragten, dass Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt Handlungsspielraum besitzen.⁷¹⁶

⁷¹⁶ Vgl. beispielhaft: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 442.

Abbildung 20: Politiker-Typen strukturschwacher Kommunen

	Typ A	Typ B
Gestaltungs- möglichkeiten	nein	gering
Haushaltssituation	Ursache für eigene Handlungsunfähigkeit	sehr angespannt, auch eigene Fehler
kommunale Arbeit	vorwiegend Sachthemen	vorwiegend Sachthemen
Problem- wahrnehmung	ja	ja
Netzwerke	minimal	nur OBs
Bildungsangebote	nicht notwendig	nein
Kreativität	nein	gering
Lernfähigkeit	nicht ausgeprägt	leicht ausgeprägt
Verteilung gesamt	7	6
Verteilung Partei	1x SPD, 2x CDU, 2x Linke, 1x FW, 1x Grüne	2x SPD, 2x CDU, 2x Verwaltung
Verteilung OB	1x OB	3x OB
Verteilung Größe	4x Großstadt	3x Großstadt
Verteilung regional	5x ostdeutsch	2x ostdeutsch

Eigene Darstellung.

8 Exkurs: Strukturstarke Regionen und der Gestaltungsspielraum

Das vorangegangene Kapitel zeigte, dass Kommunalpolitiker strukturschwacher Gemeinden ihren Handlungsspielraum als sehr gering einstufen. Dies galt für beide hergeleiteten Typen von Kommunalpolitikern. Besonders auffällig war die Verknüpfung von Gestaltungsrahmen und Haushaltslage. Auch wenn die Intensität der Verknüpfung durchaus unterschiedlich war, waren sich die Politiker einig darin, dass der Spielraum durch die finanzielle Notlage bestimmt wird. Diese würde ihnen lediglich die Erfüllung der Pflichtaufgaben ermöglichen und die freiwilligen Aufgaben auf ein Minimum reduzieren. Ohne Hilfe von Bund und Land sahen sich einige der Kommunalpolitiker nicht in der Lage selbstständig aus dieser Situation herauszukommen. Darüber hinaus sagten mehrere der befragten Personen, dass sie davon ausgehen, wenn sie mehr Geld zur Verfügung hätten, hätten sie mehr Freiräume und könnten besser Politik gestalten.⁷¹⁷

Darüber hinaus schien die finanzielle Situation teilweise auch Einfluss auf die persönlichen Eigenschaften der Kommunalpolitiker zu haben. Die Befragten Politiker wiesen kaum Kreativität auf, nutzen nur in sehr geringem Maße Netzwerke und keinerlei Fortbildungsangebote. Damit fehlen die drei wichtigsten individuellen Parameter für *Kommunales Lernen*.

⁷¹⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 5; S. 439- 454; hier S. 442.

Aus dieser Tatsache entwickelte sich zwangsläufig die Fragestellung, ob es bei strukturstarken Kommunen, die sich nicht im Nothaushalt und sich damit in einer besseren Haushaltslage befinden, nicht zu einer so starken Verbindung von Gestaltungsfreiraum und Finanzen kommt. Sehen die politischen Entscheidungsträger ebenfalls eine Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeit oder bewerten sie die Selbstverwaltung als gegeben. Darüber hinaus ist interessant, ob die drei individuellen Faktoren bei den Kommunalpolitikern positiver vertreten sind. Aus der Logik der bisherigen Erkenntnisse müsste dies der Fall sein.

Aus diesem Grund fanden im Anschluss an die Befragung der strukturschwachen Kommunen ebenfalls noch eine Untersuchung zweier strukturstarker Kommunen statt: Zum einen die kreisfreie Stadt Jena in Thüringen, als ostdeutsche Großstadt, und zum anderen die Gemeinde Freising in Bayern, eine westdeutsche Mittelstadt. In diesen Kommunen wurde der gleiche Interviewbogen benutzt, wie bei den Kommunen zuvor, um eine Vergleichbarkeit der Faktoren des *Kommunalen Lernens* zu gewährleisten.

8.1 Jena

Wie alle Kommunen in der ehemaligen DDR musste sich auch Jena nach der Wiedervereinigung 1990 an die neuen Gegebenheiten des westdeutschen Systems anpassen. Nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Letzteres viel Jena aber wohl leichter als anderen Städten. Mit den beiden Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und VEB Jenaer Glaswerk, die aus den ehemaligen Unternehmen Carl Zeiss und Schott & Genossen gegründet wurden, waren in der kreisfreien Stadt zwei leistungsstarke Betriebe angesiedelt. Vor allem der VEB Carl Zeiss Jena wurde durch Milliardenzuweisungen der DDR-Führung im Bereich der Mikroelektronik eine hohe Kompetenz zugesprochen. Aufgrund der Autarkie durch ein westliches Embargo der Hochtechnologie, vielen sie in der wissenschaftlichen Entwicklung stark zurück.⁷¹⁸ Nach dem

⁷¹⁸ Vgl.: Roesler: Ostdeutsche Wirtschaft; S. 32f.

Ende des 2. Weltkrieges wurden die meisten Wissenschaftler und Führungskräfte der Firma Carl Zeiss Jena in die amerikanische Besatzungszone gebracht, so entstand im schwäbischen Oberkochen ein florierendes Optikunternehmen, welches später ebenfalls den Namen Carl Zeiss annahm. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden aus den beiden ehemaligen gleichnamigen Konkurrenten wieder ein Unternehmen unter dem Dach der Carl Zeiss Stiftung mit Sitz in Jena und Heidenheim.⁷¹⁹ Eine Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte demnach leichter vonstatten gehen, da sich der Konzern durch den westdeutschen Partner schneller festigen konnte. Zudem wurden häufig Firmen abgewickelt, da dies von der Treuhandanstalt als kostengünstiger angesehen wurde als deren Sanierung.⁷²⁰ Das gleiche gilt für die Schott AG, die in Mainz ebenfalls ein westdeutsches Pendant hatte und auch zur Carl Zeiss Stiftung gehörte.⁷²¹

Nicht nur die schnelle Zusammenführung beider Unternehmensteile sorgte für eine bessere Anpassung, sondern auch der Branchenbezug. Die Feinmechanik als auch die Optik mit all ihren Spezialisierungen zählen zu den zukunftsfähigen Techniken, was die Unternehmenszahlen ebenfalls darlegen. Die Schott AG machte weltweit im Geschäftsberichtsjaahr 2010/ 2011 einen Umsatz von 2.881 Mio Euro⁷²² und die Carl Zeiss AG einen Umsatz von 4,24 Mrd. Euro im selben Geschäftsjahr.⁷²³ Beide Aktiengesellschaften konnten darüber hinaus in den letzten Jahren einen deutlichen Zugewinn an Umsatz machen.⁷²⁴

⁷¹⁹ Eine kurze Darstellung der Unternehmensgeschichte findet sich auf der Internetpräsenz des Unternehmens. Gefunden unter: <http://www.zeiss.de/konzern>; am 6.9.2012.

⁷²⁰ Die Abwicklung hätte beinahe auch die Sektkellerei Rotkäppchen betroffen und wurde nur abgewendet, da sich 4 ehemalige Manager und ein westdeutscher Investor bereit erklärten das Wagnis einzugehen. Zur Problematik der Treuhandanstalt vgl.: Roesler: Ostdeutsche Wirtschaft; S. 72f u. 77.

⁷²¹ Zur Unternehmensgeschichte der Schott AG vgl. deren Internetpräsenz. Gefunden unter: http://www.schott.com/german/company/corporate_history/index.html; am 6.9.2012. Siehe auch die Angaben der Internetpräsenz der Carl Zeiss Stiftung. Gefunden unter: <http://www.carl-zeiss-stiftung.de/2-0-Ueber-uns.html>; am 6.9.2012.

⁷²² Siehe hierzu die Kennzahlen des Geschäftsberichtes 2010/ 2011 der Schott AG. Gefunden unter: http://www.schott.com/german/company/annual_reporting/ebook/2011/index.html; am 6.9.2012.

⁷²³ Siehe hierzu die Kennzahlen, die auf der Internetpräsenz des Unternehmens veröffentlicht sind. Gefunden unter: <http://www.zeiss.de/konzern>; am 6.9.2012.

⁷²⁴ Siehe hierzu die Kennzahlen, die auf der Internetpräsenz des Unternehmens veröffentlicht sind. Gefunden unter: <http://www.zeiss.de/konzern>; am 6.9.2012.

Darüber hinaus hat die Friedrich-Schiller-Universität mit ihrer Gründung 1558 eine lange Tradition in Jena. Auch während der sozialistischen Regierungszeit wurde an der FSU Jena weiter ausgebildet, wenn natürlich auch in einem anderen politischen Sinne.⁷²⁵ Trotzdem war nach der Wiedervereinigung eine Positionierung als Bildungsstandort schnell möglich. Hinzu kam 1991 die Ernst-Abbe-Fachhochschule, die mittlerweile die viertgrößte Hochschule in Thüringen ist.⁷²⁶ Durch die beiden Hochschulen und den großen Wirtschaftsfirmen vor Ort, war der Aufbau eines Forschungs- und Wissenschaftsnetzwerk erleichtert.

Vor allem diese Gründe sind zu nennen für die Strukturstärke der kreisfreien Stadt, die sich durch wirtschaftliche und wissenschaftliche Profilierung stabilisieren konnte und gewiss eine „Leuchtturm“-Stellung in Thüringen und den neuen Bundesländern innehat.⁷²⁷

Im Jenaer Stadtrat sitzen insgesamt acht Parteien beziehungsweise Gruppierungen, von denen sechs fast gleich stark sind:

1. SPD: 11 Sitze
2. CDU: 9 Sitze
3. Linkspartei: 9 Sitze
4. FDP: 5 Sitze
5. Bündnis 90/ Die Grünen: 5 Sitze
6. Bürger für Jena: 5 Sitze
7. Die Guten: 1 Sitz
8. Freie Wähler Thüringen e.V.: 1 Sitz⁷²⁸

⁷²⁵ Zur Universitätsgeschichte vgl. die Angaben der Internetpräsenz der Hochschule. Gefunden unter: <http://www.uni-jena.de/Geschichte.html>; am 6.9.2012.

⁷²⁶ Zur Geschichte der Fachhochschule Jena vgl. deren Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.fh-jena.de/fhj/fhjerna/de/fhj/portraet/daten/Seiten/Entwicklung.aspx>; am 6.9.2012.

⁷²⁷ Vgl.: Jakszentsis/ Hilpert: Regionale Entwicklungsunterschiede; S. 56f.

⁷²⁸ Zum Wahlergebnis, der Sitzverteilung und den Mandatsträgern vgl. die Angaben der Internetpräsenz der Stadt. Gefunden unter: <http://www.jena.de/statistik/wahl/wahl2009/stadtrat/mandate.php>; am 27.9.2012.

Da sich aufgrund dieser Verteilung keine Mehrheit für eine Partei finden lassen konnte und für den Oberbürgermeister das Regieren bei wechselnden Zusammenschlüssen sehr schwierig geworden wäre, hat sich nach den Wahlen eine Koalition aus SPD, CDU und Grüne gebildet.⁷²⁹ Damit ist Jena die einzige Kommune der hier untersuchten Fallbeispiele, bei der die Arbeit im Stadtrat durch einen Koalitionsvertrag ausgehandelt wurde. Aufgrund der Tatsache, dass eine feste Koalition mit eindeutiger Mehrheit von 25 Stimmen unabhängiger von der Opposition agieren kann, sind Lernprozesse eher unwahrscheinlicher. Wie fest die Koalition tatsächlich ist, zeigen jedoch tagespolitische Fragen, wie beispielsweise die Kleingärtenentwicklung, bei der sich die CDU der Meinung der Linkspartei anschloss.⁷³⁰ Lernprozesse von vornherein ganz auszuschließen, ist demnach voreilig, da auch die Koalition erst einmal eine gemeinsame Linie finden muss.

8.1.1 Arbeits- und Beschäftigungsmarkt

Neben den beiden großen, der Carl Zeiss AG und der Schott AG, haben noch weitere leistungsstarke klein- und mittelständige Unternehmen ihren Sitz in Jena, wie etwa asphericon⁷³¹, Göpel electronic⁷³² - beide im Bereich der Optik - oder Jenapharm im Bereich der Pharmatechnologie⁷³³, um nur drei Beispiele zu nennen. Alle drei Firmen zeichnen sich durch Verbundenheit mit Jena aus, durch (inter-)nationalen Erfolg und nennenswerte Auszeichnungen auf ihrem

⁷²⁹ Vgl. die Pressemitteilung auf der Internetpräsenz der SPD Jena. Gefunden unter: <http://www.spd-jena.de/index.php?nr=7103&menu=1>; am 27.9.2012. Dort findet sich ebenfalls eine Verknüpfung, bei welcher der gesamte Koalitionsvertrag zu lesen ist.

⁷³⁰ Vgl.: Beier, Thomas: CDU und Linkspartei im Jenaer Stadtrat ganz nah beieinander; in: Thüringer Landeszeitung-Online (13.7.2012). Gefunden unter: <http://jena.tlz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/CDU-und-Linkspartei-im-Jenaer-Stadtrat-ganz-nah-beieinander-1577172478>; am 27.9.2012.

⁷³¹ Zur Geschichte und Spektrum des Unternehmens sowie deren Auszeichnungen vgl. die Angaben der Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.asphericon.net/de/unternehmen/geschichte>; am 10.9.2012.

⁷³² Zur Geschichte, Arbeitsschwerpunkten und Umsatz des Unternehmens vgl. die Angaben der Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.asphericon.net/de/unternehmen/kernkompetenz>; am 10.9.2012.

⁷³³ Zur Geschichte und Auszeichnungen des Unternehmens vgl. die Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.jenapharm.de/unternehmen/>; am 10.9.2012.

Gebiet.⁷³⁴ Ein Blick auf die Internetpräsenz der Jenaer Wirtschaftsseite zeigt, dass sich vor allem in den Bereichen optische und medizinische Technologie zahlreiche kleinere Unternehmen angesiedelt haben.⁷³⁵ Gerade dies macht die Stärke des Jenaer Wirtschaftsstandort aus, da sie nicht nur auf wenige große Firmen beruht, sondern auf zahlreichen Klein- und Mittelständischen.

Abbildung 21: Ebene der Arbeitswelt Jena

Indikatoren	Jena	Deutschland	TH
Beschäftigte am Wohnort	36.161	27.599.714	813.823
Beschäftigtenquote	50,6%	51,1%	55,4%
Bedeutung als Arbeitsort	1,34	1	0,91
Beschäftigte 1. Sektor	0%	0,8%	2,2%
Beschäftigte 2. Sektor	23,8%	30,4%	33,6%
Beschäftigte 3. Sektor	76,2%	68,8%	64,2%
Beschäftigte ohne Berufsausbildung	7,1%	13,9%	8,2%
hochqualifizierte Beschäftigte	25,6%	10,6%	10,4%
Arbeitslosenquote	7,8%	8,6%	9,8%
Ausländerarbeitslosigkeit	13,5%	15,7%	20,2%
Langzeitarbeitslosigkeit	36,3%	34,9%	33,1%
Frauenarbeitslosigkeit	7%	7,5%	9,8%
Jugendarbeitslosigkeit	5,6%	6,8%	8,1%

Eigene Darstellung.⁷³⁶

⁷³⁴ Göpel electronic beispielsweise steigerte seit Gründung 1991 kontinuierlich sowohl seine Mitarbeiterzahlen, aber vor allem auch die Umsatzzahlen. Im Jahr 2011 konnten sie einen Umsatz von 25 Mio. Euro machen. Vgl. die Angaben auf der Internetpräsenz des Unternehmens. Gefunden unter: <http://www.goepel.com/goepel-electronic/unternehmen.html>; am 10.9.2012.

⁷³⁵ Vgl.: <http://www.jenawirtschaft.de/de/wirtschaft/branchen/>; am 10.9.2012.

⁷³⁶ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen (Anhang 2, S. 366/ 367), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Anhang 2, S. 368- 373), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Art der Ausbildung (Anhang 2, S. 375/ 376), über Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten (Anhang 2, S. 374) und über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://>

Aus diesem Grund zeigt sich der Arbeitsmarkt in Jena relativ stabil (siehe Abbildung 21). Negativ in den Vordergrund rücken die Arbeitslosenquote und der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen gemeldeten Arbeitslosen. Im Jahr 2010 lag die Arbeitslosenquote Jena bei 7,8% und damit immer noch unter der Quote des Bundes und der Freistaates Thüringens. Für eine als strukturstarke Region geltende Stadt ist sie jedoch immer noch zu hoch. Dies ist aber auch auf die bereits oben erwähnte strukturelle Besonderheit der hohen Arbeitslosenquote in ostdeutschen Kommunen zurückzuführen. Ein überdurchschnittlicher Anteil der Langzeitarbeitslosen 2010 von 36,3% zeigt jedoch auch, dass es Teile der Bevölkerung gibt, die nur schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Bei einem Anteil von 7,1% der gering-ausgebildeten Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2010, ist zu vermuten, dass es sich gerade um diese Menschen handelt, die in Jena nur schwer zu vermitteln sind.

Die Kernbereiche der Jenaer Wirtschaft - die optische Technologie, die medizinische Technologie, der ECommerce als auch die Pharmaindustrie - benötigen in erster Linie hochqualifizierte Beschäftigte. Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten in Jena doppelt so hoch ist als auf Bundes- und Landesebene. Der Anteil lag 2010 bei 25,6% und damit hatte jeder Vierte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Jena mindestens einen Hochschulabschluss. Dies ist natürlich auch begründet in der Tatsache, dass mit zwei Hochschulen auch zahlreiches wissenschaftliches Personal in Jena arbeitet. Die deutlich hohe Anzahl jedoch kann nicht allein durch die Hochschulmitarbeiter zustande kommen.

Weitere Stabilitätsfaktoren für die Ebene der Arbeitswelt sind die gute Beschäftigtenquote als auch die Bedeutung als Arbeitsort. Für die Region um

www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+jena+wirtschaft-arbeit+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012.

Jena stellt die kreisfreie Stadt demnach ein wichtiger Arbeitsort dar und hat demnach hohe Einpendlerzahlen.

Insgesamt kann der Arbeits- und Beschäftigungsmarkt als vorteilhaft bezeichnet werden. Die Arbeitslosigkeit war 2010 zwar erhöht, aber keinesfalls als besorgniserregend zu bezeichnen. Dagegen steht eine stabile Struktur von KMUs als auch die hohe Bedeutung als Arbeitsort. Darüber hinaus hat Jena sich als modernes Technologiezentrum etabliert, was sich hauptsächlich an dem starken Anteil der hochqualifizierenden Beschäftigten zeigt.

8.1.2 Bevölkerungsstruktur

Im Zeitalter der schrumpfenden und alternden Bevölkerung, zeigt sich die demographische Struktur in Jena als äußerst solide (siehe Abbildung 22).

Während die Bundesrepublik und auch der Freistaat Thüringen zwischen 2003 und 2010 geschrumpft ist, hatte Jena im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 2,4% zu verzeichnen. Was sich zunächst gering anhört, zeigt sich aber im Verhältnis zu den vier strukturschwachen Regionen und auch dem Bundes- und Landesdurchschnitt als durchaus beachtlich: Keines der untersuchten Fallbeispiele noch irgendeines der Länder konnte einen Bevölkerungszuwachs ausmachen. Gleiches zeigt sich auch für die Bevölkerungsprognose bis 2030. Obwohl die kreisfreie Stadt bis dahin etwa 2,8% ihrer Bevölkerung verloren haben wird, fällt dieser Rückgang um die Hälfte geringer aus als in der gesamten Bundesrepublik und im Vergleich zum Freistaat Thüringen macht der Rückgang sogar fast nur ein Fünftel aus.

Abbildung 22: Demographische Ebene Jena

Indikatoren	Jena	Deutschland	TH
Bevölkerungsstand	105.129	81.751.602	2.235.025
Bevölkerungsentwicklung 2003-2010	2,4%	-0,9%	-5,8%
Durchschnittsalter	42,5 Jahre	ca. 43 Jahre ⁷³⁷	46 Jahre
Frauenanteil	50,6%	50,9%	50,6%
Jugendquotient	22,3%	30,3%	22,9%
Altenquotient	31,7%	33,8%	36,8%
Ausländeranteil	6,4%	8,8%	2,2%
Fertilitätsrate	-5,3%	-	1,1%
Geburten-Sterbesaldo	0,1%	-0,2%	-0,4%
Wanderungssaldo	0,5%	0,2%	-0,3%
Bevölkerungsprognose 2009-2030	-2,8%	-5,4% ⁷³⁸	-15,3%
Durchschnittsalter 2030	45,4 Jahre	ca. 47 Jahre ⁷³⁹	50,9 Jahre

Eigene Darstellung.⁷⁴⁰

⁷³⁷ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁷³⁸ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-0.15.html>; am 16.7.2014.

⁷³⁹ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁷⁴⁰ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377), über Lebendgeborene (Anhang 2, S. 378), über Gestorbene (Anhang 2, S. 379), über Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes (Anhang 2, S. 380/ 381) und über die Bevölkerung nach Altersgruppen (Anhang 2, S. 382- 388) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+jena+demographischer-wandel+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

Ursache für den geringeren Bevölkerungswachstum scheint die Arbeits- oder Bildungsmigration zu sein. Aufgrund des guten Arbeitsmarktes und der beiden großen Hochschulen in der Stadt werden junge Menschen zum Studium, aber auch Menschen zwischen 25 und 50 Jahren nach Jena ziehen wegen des Arbeitsplatzes. Hierfür spricht die Wanderungsstatistik: Im Jahr 2010 hatte Jena ein positives Wanderungssaldo aufzuweisen, welches auch über dem positiven Saldo der Bundesrepublik lag. In Thüringen war das Wanderungssaldo deutlich negativ. Gleiches gilt auch für das Geburten-Sterbe-Saldo. Deutschland und der Freistaat hatten im Jahr 2010 ein negatives Saldo und Jena ein positives, wobei der Anteil an der Gesamtbevölkerung allerdings geringer ausfiel als das Wanderungssaldo über die Gemeindegrenzen. Untersucht man die Wanderung nach Altersklassen bestätigt sich die Annahme der Bildungsmigration. Im Jahr 2010 hatte die Altersklasse der 18- bis 25-Jährigen ein deutliches Plus an Zuzügen von 1.455 gebracht, während die anderen Altersgruppen ein geringfügig negatives Saldo hatten.⁷⁴¹

Das es vor allem die Anziehungskraft als Studienstandort ist, welche der Stadt Jena zu einer stabilen Bevölkerungsentwicklung verhilft, wird ebenfalls im niedrigen Durchschnittsalter deutlich. Sowohl 2010 als auch 2030 lag beziehungsweise wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung unter dem des Bundes und des Landes liegen.

Der Bildungsstandort verschaffte der Gemeinde eine positive Bevölkerungsentwicklung und sorgt auch dafür, dass die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten nicht so deutlich schrumpft wie auf Bundes- oder auch auf Landesebene. Aufgrund der Bedeutung der FSU Jena und der FH Jena, nicht nur für Jena, sondern für das ganze Bundesland Thüringen, ist mit einer Abnah-

⁷⁴¹ Salden beruhen auf eigenen Berechnungen der Wanderungsstatistik nach Altersgruppen der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=BBE2D83C9944A0C1CFA607CCBB79E334?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411113779522&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-21-5&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRGKRLD-16053&werteabruf=Werteabruf>; am 18.8.2012.

me der Bildungsmigration in den kommenden Jahren nicht zu rechnen (siehe Kapitel 8.1.1.3). So wird die Bevölkerung weiterhin relativ stabil bleiben.

8.1.3 Bildungsstruktur

Die Bildungsebene zeigt nicht nur für die hochqualifizierenden Einrichtungen einen hohen Stellenwert, sondern auch für die Bildung im Bereich der Schulen (siehe Abbildung 23).

Der Anteil der Schüler auf dem Gymnasium an allen Schülern war 2010 mit 33,3% deutlich höher als der Anteil auf der Ebene der Bundesrepublik und des Freistaates Thüringens. Gleichzeitig war der Anteil der Regelschüler im selben Jahr mit 10,4% deutlich geringer, vor allem im Vergleich zum Landesdurchschnitt. Darüber hinaus war auch der Anteil der Schüler ohne Abschluss mit 4,8% im Jahr 2010 geringer. In den untersuchten Fallbeispielen waren die Anteile mindestens doppelt so hoch. Das Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung hatte für strukturschwache Kommunen festgestellt, dass eine schlechte Arbeitsmarktsituation häufig mit einer geringeren Schulbildung führt.⁷⁴² Das Gegenteil scheint für Jena zu gelten: Die beiden Hochschulen vor Ort, der große Anteil hochqualifizierter Beschäftigter als auch der stabile Arbeitsmarkt sorgen für eine hohe Schulbildung.

⁷⁴² Vgl.: Kröhnert/ Medicus/ Klingholz: demografische Lage der Nation; S. 27.

Abbildung 23: Bildungsebene Jena

Indikatoren	Jena	Deutschland	TH
Schüler Grundschule	32,3%	32,3%	38,1%
Schüler Hauptschule	10,4% ⁷⁴³	8% und 4,2% ⁷⁴⁴	26,5%
Schüler Realschule	-	13,3%	-
Schüler Gymnasium	33,3%	28,1%	27,4%
Frauenanteil Gymnasiums	48,3%	52,7%	52,9%
Ausländerabiturientenquote	k. A.	10% ⁷⁴⁵	24,7% ⁷⁴⁶
Schulabgänger ohne Abschluss	4,8%	6,2%	8,5%
hochqualifizierende			
Bildungsstätten	2 ⁷⁴⁷	-	-
Studentenzahlen	25.676 ⁷⁴⁸	-	-

Eigene Darstellung.⁷⁴⁹

⁷⁴³ In Thüringen existieren lediglich Regelschulen, welche Hauptschule und Realschule in einer Schulform vereinigen.

⁷⁴⁴ Die 8% beziehen sich auf Schüler in Hauptschulen. Allerdings sind in vielen Bundesländern keine reinen Hauptschulen mehr vorhanden, sondern sogenannte kombinierte Sekundarschulen (die 4,2%). Diese integrieren Haupt- und Realschulen in einer Schulform.

⁷⁴⁵ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.18.html>; am 16.7.2014.

⁷⁴⁶ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.18.html>; am 16.7.2014.

⁷⁴⁷ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012.

⁷⁴⁸ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012.

⁷⁴⁹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über allgemeinbildende Schulen nach Schulart (Anhang 2, S. 389- 394) und über allgemeinbildende Schulen nach Absolventen/ Abgänger (Anhang 2, S. 395- 397) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

Die Studenten beider Hochschulen machten in Jena 2010 etwa ein Viertel der Bevölkerung aus und damit sind die Universitäten von äußerster Wichtigkeit für die Stadt. Natürlich wohnt nicht jeder Student in Jena oder hat dort seinen gemeldeten Hauptwohnsitz, so dass der Anteil an der Gesamtbevölkerung etwas geringer sein wird. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass zum Hochschulbetrieb ebenfalls die Dozenten, wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie das Verwaltungspersonal zählen und damit ist die Bedeutung als Wirtschaftsfaktor doch gegeben. Den größten Anteil der Studenten machte die Friedrich-Schiller-Universität Jena mit 20.889 Studenten im Studienjahr 2010/2011 aus. Die FSU war damit auch größte Hochschule des Freistaates Thüringens, gemessen an den Studentenzahlen. Dies auch mit großem Abstand zu zweitgrößten Hochschule des Freistaates, der TU Ilmenau, die im selben Jahr 6.303 eingeschriebene Studenten hatte. Die Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena hatte zwar bedeutend weniger Studenten, doch ist ihre Rolle in der Hochschullandschaft Thüringens durchaus hoch einzuschätzen: Insgesamt war sie von den 13 thüringischen Hochschulen die viertgrößte, bewertet nach den Studentenzahlen, und von den Fachhochschulen hatte sie 2010/2011 die meisten Studenten aufzuweisen.⁷⁵⁰ Thüringen hatte im Studienjahr 2010/2011 insgesamt 53.587 Studenten und damit war in der kreisfreien Stadt fast die Hälfte aller Studenten des Bundeslandes eingeschrieben.⁷⁵¹ Dies spricht zusätzlich für die hohe Bedeutung als Studienstandort der Region, bedenkt man, dass die

⁷⁵⁰ Alle Studentenzahlen sind der Studierendenstatistik nach Geschlecht, Nation und Hochschule der GENESIS-Online Datenbank des Statistischen Bundesamtes entnommen. Zu finden unter: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=50E5E6D1D84F8338553AFEE46C15F657.tomcat_GO_2_2?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411120601056&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=21311-0011&auswahltext=%23Z-01.01.2011%23SBILHS1-HS0490%2CHS0580%2CHS7810%2CHS2850%2CHS7820%2CHS7880%2CHS7830%2CHS0850%2CHS7860%2CHS0920%2CHS0730%2CHS0620%2CHS0590&werteabruf=Werteabruf; am 10.9.2012.

⁷⁵¹ Die Gesamtstudentenzahl des Freistaates Thüringen sind der Studierendenstatistik nach Geschlecht und Nation nach Bundesland der GENESIS-Online Datenbank des Statistischen Bundesamtes entnommen. Gefunden unter: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=50E5E6D1D84F8338553AFEE46C15F657.tomcat_GO_2_2?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411120601056&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=21311-0011&auswahltext=%23Z-01.01.2011%23SBILHS1-HS0490%2CHS0580%2CHS7810%2CHS2850%2CHS7820%2CHS7880%2CHS7830%2CHS0850%2CHS7860%2CHS0920%2CHS0730%2CHS0620%2CHS0590&werteabruf=Werteabruf

anderen elf Hochschulen des Bundeslandes ebenfalls auf nur die Hälfte aller Studenten kommen.

Die FSU hat ein sehr breites Studienangebot und deckt die gängigen Studienfächer universitärer Bildung ab, wobei die Sozial- und Verhaltenswissenschaften, die Philosophische Fakultät, die Biologie/ Pharmazie sowie die Medizin die meisten Studienabsolventen hervorbringen und damit zu den wichtigsten Fakultäten gezählt werden können.⁷⁵² Insgesamt bietet die Universität 122 Studiengänge an, die man mit den Abschlüssen Bachelor, Master, Staatsexamen oder derzeit noch Magister abschließen kann.⁷⁵³

Die FH Jena hingegen ist deutlich kleiner und spezialisierter. Sie bietet Studiengänge in den Bereichen Ingenieurwesen, Betriebswirtschaft und den Sozialwissenschaften an. Dabei sind vor allem die Ingenieurwissenschaften und die Betriebswissenschaften die wichtigen Studienbereiche, da dort die Verzahnung mit den örtlichen Unternehmen sehr eng ist.⁷⁵⁴ Sie bietet 21 Bachelorstudiengänge, 16 Masterstudiengänge sowie vier Duale Studiengänge und zwei Fernstudien an.⁷⁵⁵

Zusammen bieten die beiden Hochschulen wohl das größtmögliche Studienangebot Thüringens. Als Standort zweier der wichtigsten Hochschulen des Freistaates ist Jena der wichtigste Bildungsstandort des Bundeslandes. Hinzu kommt die ausgezeichnete Schülerstruktur der Stadt. Die Bildungsebene zeigt demnach, dass in der kreisfreien Stadt Bildung ein wichtiges Thema ist und vor allem eine hochqualifizierende Ausbildung im Vordergrund steht.

2CHS7820%2CHS7880%2CHS7830%2CHS0850%2CHS7860%2CHS0920%2CHS0730%2CHS0620%2CHS0590&werteabruf=Werteabruf; am 10.9.2012.

⁷⁵² Vgl. die Angaben zu den Absolventenzahlen 2010 auf der Internetpräsenz der Friedrich-Schiller-Universität. Gefunden unter: <http://www.uni-jena.de/Universität/Zahlen+und+Fakten/Zahlen+und+Fakten/Studierendenstatistik+.html>; am 10.9.2012.

⁷⁵³ Die Angaben sind Stand März 2003. Zu den Studiengängen sowie deren Abschlüsse siehe die Angaben der Internetpräsenz der FSU. Gefunden unter: http://www.uni-jena.de/Universität/Zahlen+und+Fakten/Zahlen+und+Fakten/Studiengänge+und+_abschlüsse.html; am 10.9.2012.

⁷⁵⁴ Vgl. Angaben der FH Jena auf ihrer Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.fh-jena.de/fhj/fhj/jena/de/fhj/portraet/daten/Seiten/Entwicklung.aspx>; am 10.9.2012.

⁷⁵⁵ Vgl. die Angaben der Internetpräsenz der FH Jena. Gefunden unter: <http://www.fh-jena.de/fhj/fhj/jena/de/studium/Studienangebot/Seiten/Studiengaenge.aspx>; am 10.9.2012.

8.1.4 Finanzielle Struktur

Die finanzielle Struktur zeigt minimale Schwächen oder zumindest keine besonders positive Abweichung von den Mittelwerten (siehe Abbildung 24).

Abbildung 24: Wohlstandsebene Jena

Indikatoren	Jena	Deutschland	TH
privates Nettoeinkommen	34.330,60 €	36.642,00 € ⁷⁵⁶	34.361,80 €
Schuldenveränderung	-11,6%	_ ⁷⁵⁷	-
Steueraufkommen pro Einwohner	692,70 €	_ ⁷⁵⁸	486,60 €
SGB II-Quote	10,7%	10%	12,3%
Haushalte mit geringem Einkommen	15,4%	19% ⁷⁵⁹	14,7%
Haushalte mit hohem Einkommen	13,4%	30% ⁷⁶⁰	12,8%

Eigene Darstellung.⁷⁶¹

⁷⁵⁶ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014.

⁷⁵⁷ Siehe Anmerkung zum Schuldenstand. Die Veränderung bezieht sich ebenfalls auf die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Daher ist ein Vergleich lediglich zwischen den Kommunen sinnvoll.

⁷⁵⁸ Bei den Steuereinnahmen sind ebenfalls Landes- und Gemeindesteuern mit enthalten. Aus diesem Grund ist keine Vergleichbarkeit der Daten gegeben.

⁷⁵⁹ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.300 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353- 358).

⁷⁶⁰ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen über 3.600 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353- 358).

⁷⁶¹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die grün-gefärbten Anga-

Aufgrund der bereits mehrfach angesprochenen niedrigen Löhne in Ostdeutschland und vor allem in Thüringen,⁷⁶² lag die Kaufkraft der Jenaer Bevölkerung 2010 bei 34.330,60 € zwar über den Fallbeispielen (siehe Kapitel 6), abgesehen von der Kaufkraft in Völklingen, aber immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und sogar auch knapp unter dem Landesdurchschnitt. Trotz guter Beschäftigungsquote und hohem Anteil hochqualifizierender Beschäftigter, ist die Kaufkraft sehr gering. Dies deutet auf ein niedriges Lohnniveau hin, aber auch auf hohe Lebenshaltungskosten, wie etwa die vergleichsweise hohen Mieten in Jena.⁷⁶³ Hinzu kommt, dass auch an den beiden Fachhochschulen zahlreiche wissenschaftliche Mitarbeiter gut ausgebildet sind, aber trotzdem nur gering entlohnt werden. Diese Tatsache ist allerdings kein Jenaer Phänomen, sondern betrifft die ganze Hochschullandschaft der Bundesrepublik Deutschland.⁷⁶⁴

Die finanzielle Situation der kreisfreien Stadt war 2010 hingegen besser. Der Schuldenstand pro Einwohner war 2010 in Jena mit 483 € sehr gering und hat-

ben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+jena+kernhaushalt+2010+durchschnitt+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 359). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁷⁶² Vgl.: O.V.: Städteranking. Wo es in Deutschland den höchsten Stundenlohn gibt; in: Welt-Online (17.4.2012). Gefunden unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article106194909/Wo-es-in-Deutschland-den-hoechsten-Stundenlohn-gibt.html>; am 3.9.2012.

⁷⁶³ Verschiedene Zeitungsartikel haben über die Mieten in Jena in unterschiedlichem Zusammenhang berichtet. Vgl.: Rebhan, Christine: Wohnungspreise: Starkes Plus; in: Immobilien-Zeitung.de (6.9.2012). Gefunden unter: <http://www.immobilien-zeitung.de/117295/wohnungspreise-starkes-plus>; am 10.9.2012. Siehe auch: Schmidtke, Katja: Das grüne Gera genießen; in: Ostthüringer Tageszeitung.de Gera (17.8.2012). Gefunden unter: <http://gera.otz.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Das-gruene-Gera-geniesen-203887581>; am 10.9.2012.

⁷⁶⁴ In den letzten Jahren wurde diese Problematik häufig in den deutschen Medien aufgegriffen. Geändert hat sich jedoch nicht viel. Vgl. beispielsweise: Deckstein, Dagmar: Verdienst an Hochschulen: Die Doktoren wollen es nicht anders; in: Süddeutsche-Online (6.12.2009). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/karriere/verdienst-an-hochschulen-die-doktoren-wollen-es-nicht-anders-1.142617>; am 10.9.2012.

te sich im Vergleich zu 2009 auch um 11,6% verbessert. Die Tendenz spricht demnach für eine Entschuldung der Stadt im kommenden Jahrzehnt. Das Steueraufkommen pro Kopf 2010 lag mit 692,70 € zwar über dem des Landesdurchschnitts, war aber, in Anbetracht der vielen Unternehmen, relativ gering. Es zeigt sich jedoch, dass die geringe Steuerkraft weniger an den Gewerbesteuern lag. So machten 2010 die Gewerbesteuern 53,4% aller eingenommenen Steuern aus. Im selben Jahr lag deren Anteil auf Bundesebene bei 46,5% und auf Landesebene bei 41,2%.⁷⁶⁵ Demnach dürfte das niedrige Steueraufkommen pro Kopf auf die geringen Löhne, demnach geringe Einkommenssteuer, und die hohe Anzahl an Studenten, die meist keine Steuern zahlen, zurückzuführen sein.

Die Wohlstandsebene der kreisfreien Stadt ist in Bezug auf die finanzielle Kraft der Bevölkerung negativ zu bewerten, wobei die monetäre Situation der Gemeinde als solche sehr stabil ist.

Die Stärke der Stadt Jena wird allerdings vornehmlich durch die anderen drei Ebenen ausgemacht und weniger durch die finanzielle Struktur. Aufgrund der Tatsache, dass viele Kommunen in finanzielle Schieflage geraten sind, kann dies auch bei strukturstarken Regionen nicht verwundern. Zudem ist die Wohlstandsebene keineswegs besorgniserregend, weder im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt und vor allem nicht im Verhältnis zu den bisher untersuchten strukturschwachen Kommunen.

Durch die überdurchschnittlichen Werte in den Bereichen Demographie, Wirtschaft und Bildung und der Tatsache, dass die finanzielle Situation keines-

⁷⁶⁵ Anteile beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Einnahmenstatistik und des Realsteuervergleichs der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Einnahmen der Gemeinde gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=BBE2D83C9944A0C1CFA607CCBB79E334?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411114675868&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=346-21-4&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRKRLB-16053%2C16%2CDG&werteabruf=Werteabruf>; am 18.8.2012. Realsteuervergleich gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=BBE2D83C9944A0C1CFA607CCBB79E334?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411114532482&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=356-11-4&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRKRLB-16053%2C16%2CDG&werteabruf=Werteabruf>; am 18.8.2012.

wegs Besorgnis erregend ist, kann Jena als strukturstark bezeichnet werden. Deswegen ist zu vermuten, dass das Lernpotenzial höher sein müsste als bei den strukturschwachen Kommunen.

8.2 Freising

Die Große Kreisstadt Freising⁷⁶⁶ ist kreisabhängige Gemeinde des gleichnamigen Landkreises bei München. Sie nimmt eine gewisse Sonderstellung im Verhältnis zu den bereits untersuchten Mittelstädten ein, da sie zum einen durch die bayrische Kommunalordnung rechtlich besser gestellt ist als die Gemeinden Völklingen und Hoyerswerda. Aufgrund deren Größe fällt der Unterschied jedoch geringer aus als der Name „große Kreisstadt“ vermuten lässt, da sie auch einige Aufgaben des Landkreises übernehmen, da sie die Infrastruktur hierfür haben.⁷⁶⁷ Die wichtigere Differenz ist die fehlende altindustrielle Struktur und damit das Fehlen eines bedeutenden Strukturwandels neben dem sowieso bestehenden Strukturwandel der alternden und schrumpfenden Bevölkerung. Wie sich bei der Auswertung zeigen wird, hat aber auch Freising durchaus strukturelle Veränderungen zu bewältigen.

Seit 739 nach Christus war Freising Bischofssitz und etablierte sich seitdem zu einem der bedeutendsten geistlichen Städte Bayerns. Im Mittelalter wuchs die Stadt und wurde auch wirtschaftlich stärker aufgrund des Kirchenstandorts. Anfang des 19. Jahrhunderts endete die Herrschaft der Bischöfe und Freising wurde Teil des Kurfürstentums Bayern, gleichzeitig wurde der Bischofssitz nach München verlegt. Bis zum Ende des Königreiches Bayern unterstand Frei-

⁷⁶⁶ Im Freistaat Bayern gibt es einige Gemeindebezeichnungen, die es in den anderen Bundesländern nicht gibt. Die Bezeichnung Große Kreisstadt findet sich außerdem auch in Baden-Württemberg und Sachsen. In Bayern besitzt sie noch einmal einen besonderen Rechtsstatus im Gegensatz zu den anderen kreisabhängigen Gemeinden, da sie aufgrund ihrer Größe Aufgaben für sich übernimmt, die in kleineren Gemeinden der Landkreis übernimmt. Trotzdem zählt sie als kreisangehörige Gemeinde. Vgl.: Roth, Rainer A.: Politische Landeskunde Freistaat Bayern; München 2008; S. 155. Siehe auch: Wegmann, Manfred: Die kommunalen Ebenen in Bayern: Kommunalordnungen und Wahlen; München 2007; S. 13.

⁷⁶⁷ Die Aufgabenverteilung bei kreisabhängigen Gemeinden orientiert sich auch in Bundesländern ohne diesen besonderen Rechtsstatus anhand der Größe der Kommune (Einwohnerzahl und Bürokratiestruktur). Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 38.

sing München und die Blütezeit endete. Doch noch heute spielt der Domberg in Freising als Teil des Erzbistums München und Freising eine wichtige Rolle für die kulturelle Rolle der Stadt.⁷⁶⁸

Ein Wandel hinsichtlich der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur fand 1980 durch den Bau des Münchner Flughafens Franz Josef Strauß statt, der teilweise auf dem Stadtgebiet Freisings liegt. Zum einen fand ein Bevölkerungswachstum statt und zum anderen spielt der Flughafen auch als Unternehmen eine wichtige Rolle als Arbeitgeber für die Region.⁷⁶⁹ Auch die Nähe zu München hat Auswirkungen auf die Stadt. Aufgrund der hohen Mieten in München und der knappen Wohnfläche, ziehen immer mehr Menschen ins Umland und damit auch nach Freising. Folge ist, dass die Gemeinde seit 2000 einen enormen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatte.⁷⁷⁰

Seit 1895 existierte auf dem Weihestephaner Berg eine Akademie für Landwirtschaft und Brauerei, die bereits Anfang des 20. Jahrhundert an die Hochschule München angegliedert wurde. Auch nach dem zweiten Weltkrieg waren einige Bereiche der Technischen Universität München (TUM) in Freising. Aber hauptsächlich mit der Gründung des Wissenschaftszentrum Weihestephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der TUM gewann der Standort an Be-

⁷⁶⁸ Zur Geschichte des Freisinger Bischofsitz vgl. die historischen Angaben des Erzbistums München. Gefunden unter: <http://www.erzbistum-muenchen.de/Page000682.aspx>; am 15.5.2014.

⁷⁶⁹ Der Flughafen München hat etwa 7.500 Beschäftigte, dazu kommen noch geringfügig Beschäftigte, Leiharbeiter und Praktikanten. Darüber hinaus kommen noch die Beschäftigten der Fluglinien und anderen Firmen vor Ort hinzu. So ist beispielsweise der Flughafen München der zweitgrößte Arbeitgeber, mehr Mitarbeiter hat nur noch die Deutsche Lufthansa AG. Zu den Mitarbeiterzahlen vgl. die Angaben des Konzerns auf der eigenen Internetpräsenz. Gefunden unter: http://www.munich-airport.de/media/download/general/publikationen/de/ib2012_mitarbeiter.pdf; am 15.5.2014.

⁷⁷⁰ Innerhalb von 10 Jahren ist die Bevölkerung in Freising um etwa 10% gestiegen. Zu den Angaben der Fortschreibung der Bevölkerung nach Geschlecht und Stichtag in Freising vgl. die statistischen Daten der Regionalstatistik Bayerns. Gefunden unter: <https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/data?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411121537238&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=12411-003z&auswahltext=%23RGEMEIN-09178124%23Z-31.12.2010%2C31.12.2000&nummer=3&variable=1&name=GEMEIN&werteabruf=Werteabruf>; am 15.5.2014.

deutung.⁷⁷¹ Außerdem wurde 1971 die Fachhochschule Weihenstephan gegründet, die bis heute sowohl die Studentenzahlen als auch die Studiengänge stark ausbauen konnte. Seit 2009 heißt die FH Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und hat neben Freising noch zwei weitere Standorte, mit Triesdorf und Straubing.⁷⁷² Rund um die beiden Hochschulen hat sich auf dem Weihenstephaner Berg der Campus Freising-Weihenstephan angesiedelt, zu dem, neben der Brauerei, auch einige Institute und Forschungseinrichtungen gehören.⁷⁷³

Freising ist damit Kirchen-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Die Zusammenführung aller drei Bereiche ist nicht immer problemlos, da es vor allem Bevölkerungswachstum bedeutet mit all den infrastrukturellen Folgen, die eine solche mit sich bringt. In Zeiten, in denen die Medien vom Aussterben ganzer Regionen schreibt, scheint dies ein Luxusproblem zu sein. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass es sich dabei gleichfalls um Strukturwandel handelt und auch dieser starke Veränderungen der sozio-ökonomischen Zusammensetzung bedeuten kann.

Der Freisinger Stadtrat wurde 2008 gewählt und besteht, nach der Gründung einer neuen Fraktion im September 2011, derzeit aus acht Parteien und Gruppierungen. Insgesamt besteht der Stadtrat Freising aus 40 Mandatsträgern. Nach den Kommunalwahlen war die CSU mit 11 Sitzen die stärkste Fraktion, gefolgt von den Grünen mit 9 Sitzen, den Freien Wählern mit 8 Sitzen und der SPD mit 6 Sitzen. Des Weiteren sitzen die Ökologisch-Demokratische Partei, die Linken und die FDP im Stadtrat. 2011 spaltete sich die CSU-Fraktion aufgrund des Streites um den zukünftigen Oberbürgermeisterkandidaten und die dritte Start- und Landebahn des Münchner Flughafens, die auf Freisinger Gebiet liegen würde.⁷⁷⁴ Die acht Aussteiger plus eine Grünen-Abgeordnete

⁷⁷¹ Zur Geschichte des Standorts der TUM im Jahr 2000 im vgl. deren Angaben auf ihrer Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.wzw.tum.de/index.php?id=41>; am 12.9.2012.

⁷⁷² Zur Geschichte und Standortverteilung der Hochschule vgl. die Angaben der Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.hswt.de/fh/ueber-die-hochschule.html>; am 12.9.2012.

⁷⁷³ Einen Überblick über die am Campus Freising-Weihenstephan sitzenden Einrichtungen und Unternehmen findet sich auf der Internetpräsenz des Campus. Gefunden unter: <http://www.weihenstephan.de>; am 13.9.2012.

⁷⁷⁴ Zum Hintergrund der Spaltung vgl.: O.V.: CSU-Aussteiger siegt in Freising; Merkur-Online (25.3.2012). Gefunden unter: <http://www.merkur-online.de/lokales/>

gründeten die neue Gruppierung „Freisinger Mitte“.⁷⁷⁵ Damit änderte sich die Zusammensetzung des Stadtrates vehement, zusätzlich ist der Oberbürgermeister nicht mehr Teil der Stadtratsfraktion, so dass auch hier - nach den Oberbürgermeisterwahlen 2012 - noch einmal zu Verschiebungen kam. Momentan besteht der Stadtrat Freising aus folgenden Gruppierungen:

1. Bündnis90/ Die Grünen: 9 Sitze
2. Freisinger Mitte: 8 Sitze
3. Freie Wähler: 6 Sitze
4. SPD: 5 Sitze
5. CSU: 4 Sitze
6. Ökologisch-Demokratische Partei: 3 Sitze
7. Die Linke: 2 Sitze
8. FDP: 1 Sitz⁷⁷⁶

Die relativ gleiche Stärke der einzelnen Fraktionen macht jedoch eine Zusammenarbeit mit mehreren Parteien notwendig. Lernprozesse sind allerdings dadurch wahrscheinlicher, da ein Konsens geschaffen werden muss und die einzelnen Parteien aufgrund ihrer Größe leichter Einfluss nehmen können auf die Tagespolitik.

freising/ob-wahl-finale-sonntag-welcher-trumpf-sticht-2249887.html; am 27.9.2012. Siehe auch: Schnarch, Petra: CSU in Freising. Auf verlorenem Posten; in: Süddeutsche-Online (6.9.2011). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/csu-in-freising-auf-verlorenem-posten-1.1139428>; am 27.9.2012.

⁷⁷⁵ Zur Namensfindung der neuen Fraktion vgl.: Goormann-Prugger, Birgit: Freising vor OB-Wahl: Freisinger Mitte; in: Süddeutsche-Online (13.9.2011). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/freising-vor-der-ob-wahl-freisinger-mitte-1.1142918>; am 27.9.2012.

⁷⁷⁶ Die Sitzverteilung sowie Mandatsträger sind der Internetpräsenz der Stadt Freising entnommen. Gefunden unter: <http://www.freising.de/rathaus/politik/stadtrat.html>; am 27.9.2012.

8.2.1 Arbeits- und Beschäftigungsmarkt

Aufgrund des Flughafens und des Wissenschaftszentrums auf dem Weihenstephaner Berg hat die Stadt Freising einen mehr als zufriedenstellenden Arbeits- und Beschäftigungsmarkt (siehe Abbildung 25).

Abbildung 25: Ebene der Arbeitswelt Freising

Indikatoren	Freising	Deutschland	BY
Beschäftigte am Wohnort	17.558	27.599.714	4.508.224
Beschäftigtenquote	55,3%	51,1%	54%
Bedeutung als Arbeitsort	2,19	1	1,01
Beschäftigte 1. Sektor	0,1%	0,8%	0,5%
Beschäftigte 2. Sektor	10,3%	30,4%	34,6%
Beschäftigte 3. Sektor	89,6%	68,8%	64,9%
Beschäftigte ohne Berufsausbildung	k. A.	13,9%	15,4%
hochqualifizierte Beschäftigte	10,8%	10,6%	10,5%
Arbeitslosenquote	3,4%	8,6%	4,5%
Ausländerarbeitslosigkeit	6,4%	15,7%	10%
Langzeitarbeitslosigkeit	15,1%	34,9%	24,9%
Frauenarbeitslosigkeit	3,3%	7,5%	4,4%
Jugendarbeitslosigkeit	2,6%	6,8%	3,7%

Eigene Darstellung.⁷⁷⁷

⁷⁷⁷ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen (Anhang 2, S. 366/ 367), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (Anhang 2, S. 368- 373), über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Art der Ausbildung (Anhang 2, S. 375/ 376), über Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie Arbeitslosenquoten (Anhang 2, S. 374) und über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+freising-fs+wirtschaft-arbeit+2010+land+tabelle>; am 31.7.2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 357).

Die Beschäftigtenquote 2010 von 55,3% war die deutlich höchste aller hier betrachteten Kommunen, wobei dies bei einer Bedeutung als Arbeitsort von 2,19 im selben Jahr nicht verwundert. Die Kommune Freising hatte demnach doppelt so viele Einpendler wie Auspendler.⁷⁷⁸ Ein Ergebnis, dass hauptsächlich auf den Flughafen München zurückgeht, dessen 29.600 Mitarbeiter nicht alle in Freising wohnen werden und können.⁷⁷⁹

Durch den Campus und den Flughafen ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im 3. Sektor deutlich höher als der Bundes- und der Landesdurchschnitt. Im Jahr 2010 waren fast 90% aller Beschäftigten im 3. Sektor eingestellt. Ähnlich wie in der kreisfreien Stadt Halle birgt dies die Gefahr, dass die finanzielle Ausstattung der Gemeinde durch Steuern geringer ausfallen kann, da die wissenschaftlichen Einrichtungen natürlich keine Gewerbesteuer zahlen werden. Durch die Wirtschaftskraft des Flughafen München ist davon allerdings nur in einem geringen Maße auszugehen. Auffällig ist, dass trotz der Forschungseinrichtungen der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten 2010 auf dem Niveau der Bundes- und Landesebene war und damit nicht deutlich höher, wie dies für die kreisfreie Stadt Jena zutraf. Ursache könnte ebenfalls der Franz Josef Strauß-Flughafen sein, dessen Mitarbeiter zwar gutausgebildet sein müssen, aber keinesfalls einen Hochschulabschluss benötigen.

Die gute Beschäftigtensituation bestätigt sich im stabilen Arbeitsmarkt. Mit einer Arbeitslosenquote 2010 von 3,4% ist für viele Wirtschaftswissenschaftler die Vollbeschäftigung (fast) erreicht.⁷⁸⁰ Olaf Scholz hingegen hat Vollbeschäf-

⁷⁷⁸ Im Jahr 2010 standen 9.811 Auspendler 30.842 Einpendler gegenüber. Daten der Beschäftigtenstatistik am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über die Gemeindegrenzen (Anhang 2, S. 380/ 381) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012.

⁷⁷⁹ Anzahl der Mitarbeiter wurde der Internetpräsenz des Münchner Flughafen entnommen. Gefunden unter: <http://www.munich-airport.de/de/company/konzern/portraet/standort/index.jsp>; am 12.9.2012.

⁷⁸⁰ Vollbeschäftigung wird selten als der Zeitpunkt angesehen, in der keinerlei Arbeitslosen mehr existieren. Aufgrund von beispielsweise dem Wechsel von Ausbildung zur Berufstätigkeit und anderen Faktoren besteht immer ein gewisser Anteil an Arbeitslosen. Dieser Anteil liege etwa bei 2%. Wann nun genau von Vollbeschäftigung gesprochen werden kann sei, so Yollu-Tok/ Sesselmeier, von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig. Heute sei dies bei etwa 5% der Fall. Andere Wissenschaftlicher sehen diesen Wert als zu

tigung nicht an einer Prozentzahl ausmachen wollen, sondern sei dann erreicht, wenn "jeder Bürger, dem es mal passiert, dass er seinen Arbeitsplatz verliert, sicher sein kann, dass er in spätestens einem Jahr eine neue Arbeit hat."⁷⁸¹ Aber auch unter dieser Voraussetzung kann in Freising wohl von einer Vollbeschäftigung gesprochen werden, da der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen 2010 lediglich bei 15,1% lag und damit nur halb so hoch wie der Bundesdurchschnitt und um 10% geringer als der Landeswert.

Gesamt betrachtet weist die Freisinger Ebene der Arbeitswelt keinerlei Schwächen auf.

8.2.2 Bevölkerungsstruktur

Die Bevölkerungsentwicklung in der großen Kreisstadt ist deutlich positiv und weist keinerlei Merkmale einer schrumpfenden oder stark alternden Gesellschaft auf (siehe Abbildung 26). Sie ist bei weitem stabiler als dies für die kreisfreie Stadt Jena der Fall war.

hoch ein. Vgl.: Yollu-Tok, Aysel u. Sesselmeier, Werner: Vollbeschäftigung: ein zeit- und gesellschaftskontingenter Begriff; in: APuZ (Nr. 14-15/2012); S. 13- 19; hier S. 13f.

⁷⁸¹ Zitat wurde in mehreren Zeitungsartikeln gefunden. Vgl.: O.V.: Wirtschaftsaufschwung. Brüderle glaubt an Vollbeschäftigung und Rentenanpassung; in: Focus-Online (28.7.2010). Gefunden unter: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/wirtschaftsaufschwung-bruederle-glaubt-an-vollbeschaeftigung-und-rentenanpassung_aid_535176.html; am 12.9.2012. Siehe auch: O.V.: Ab wann man von Vollbeschäftigung spricht; in: Die Welt-Online (1.5.2008). Gefunden unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article1955723/Ab-wann-man-von-Vollbeschaeftigung-spricht.html>; am 12.9.2012.

Abbildung 26: Demographische Ebene Freising

Indikatoren	Freising	Deutschland	BY
Bevölkerungsstand	45.223	81.751.602	12.538.696
Bevölkerungsentwicklung			
2003-2010	6,9%	-0,9%	0,9%
Durchschnittsalter	39,9 Jahre	ca. 43 Jahre ⁷⁸²	43 Jahre
Frauenanteil	50,8%	50,9%	50,9%
Jugendquotient	29,5%	30,3%	31,7%
Altenquotient	23,9%	33,8%	31,9%
Ausländeranteil	13,7% ⁷⁸³	8,8%	9,4%
Fertilitätsrate	-8%	-	-1,8%
Geburten-Sterbesaldo	0,3%	-0,2%	-0,1%
Wanderungssaldo	-0,04%	0,2%	0,4%
Bevölkerungsprognose			
2009-2030	12,6%	-5,4% ⁷⁸⁴	0,8%
Durchschnittsalter 2030	42,3 Jahre	ca. 47 Jahre ⁷⁸⁵	46,8 Jahre

Eigene Darstellung.⁷⁸⁶

⁷⁸² Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁷⁸³ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten der Stadt Freising. Veröffentlicht auf ihrer offiziellen Internetseite. Gefunden unter: <http://www.freising.de/rathaus/freising-in-zahlen/einwohnerdaten.html>; am 18.7.2014.

⁷⁸⁴ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-0.15.html>; am 16.7.2014.

⁷⁸⁵ Angabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Gefunden unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Analysen/2012_2013/Bd9.html?nn=423960; am 16.7.2014.

⁷⁸⁶ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Angaben sind den Statistiken über den Bevölkerungsstand (Anhang 2, S. 377), über Lebendgeborene (Anhang 2, S. 378), über Gestorbene (Anhang 2, S. 379), über Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes (Anhang 2, S. 380/381) und über die Bevölkerung nach Altersgruppen (Anhang 2, S. 382-388) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+freising-fs+demographischer-wandel+2010+land+tabelle>; am

Zwischen 2003 und 2010 wuchs die Stadt um 6,9% und damit wesentlich schneller als es der Freistaat Bayern tat. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen schrumpfte geringfügig im selben Zeitraum. Auch die Bevölkerungsentwicklung bis 2030 prognostiziert eine abermalige Zunahme um 12,6%. Dies entspricht einer 15-fach höheren Zunahme der Einwohner als in Bayern und für die Bundesrepublik ist bis 2030 mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen. Auch im Verhältnis zu Jena sind die Zahlen außerordentlich hoch: Im Gegensatz zu Freising hatte Jena nur für den vergangenen Zeitraum eine positive Bilanz und diese war auch um fast ein Drittel niedriger (siehe Kapitel 8.1.1.2). Untersucht man die Bevölkerungszahlen genauer für 2010, so zeigt sich, dass sich die positive Entwicklung vor allem an der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ausmachen lässt. Das Wanderungssaldo war im selben Jahr marginal negativ. Aufgrund der Hochschulen kann allerdings davon ausgegangen werden, dass dies nur eine Momentaufnahme war, die nicht für alle Jahre spricht. So zeigte sich im Jahr 2008 ein positives Wanderungssaldo von 325. Hinzu kommt, dass das Wanderungssaldo der 18- bis 25-Jährigen, also der Bevölkerungsgruppe im Studentenalter, für die Jahre 2008, 2009 und 2010 ein positives Wanderungssaldo aufwies und zwar immer um die 400 mehr Zuzüge als Fortzüge.⁷⁸⁷

Diese Bildungsmigration macht sich auch in der Altersstruktur deutlich. Im Jahr 2010 lag das Durchschnittsalter der Gemeinde bei 39,9 Jahren und damit ausdrücklich unter Landes- und Bundesdurchschnitt. Gleiches gilt für das prognostizierte Durchschnittsalter 2030: Zwischen 2010 und 2030 werden

31.7.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁷⁸⁷ Die Salden beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Wanderungsstatistik über die Gemeindegrenzen nach Geschlecht für die Jahre 2008, 2009 und 2010 der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=F995AFA4CF5A56B8B24DD846EC5E4C3A?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411115192351&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=182-21-5-B&auswahltext=%23Z-01.01.2008%23RGEMEIN-09178124&nummer=9&variable=6&name=GEMEIN&werteabruf=Werteabruf>; am 18.8.2012.

die Einwohner Freisings durchschnittlich nicht um mehr als 3 Jahre altern. In der gesamten Bundesrepublik hingegen altert die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um etwa 5 Jahre und in Hoyerswerda sogar um fast 6 Jahre (siehe Kapitel 6.4.2). Darüber hinaus war der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerungsgruppe zwischen 20 und 64 Jahren 2010 deutlich niedriger als im Bundes- und Landesdurchschnitt. Bei der Gemeinde handelt es sich demnach um eine junge Stadt.

Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass sie ein positives Geburten- und Sterbesaldo aufweist, da es allein aus biologischer Sicht realistischer ist, dass Frauen unter 40 Jahren Kinder bekommen als ältere. Nimmt der Anteil der über 40-Jährigen an der Gesamtbevölkerung zu, so muss auch automatisch mit weniger Geburten gerechnet werden. Dies gilt auch zu Zeiten, in denen die Erstgebärenden älter werden.⁷⁸⁸

Laut Definition dieser Arbeit ist Freising aus Sicht der demographischen Ebene eine strukturstarke Kommune, da sie wächst anstatt zu schrumpfen und auch nicht so stark altert wie der Bundesdurchschnitt. Sie steht den allgemeinen Entwicklungen in der Bundesrepublik fast diametral gegenüber. Allerdings bringt auch der Zuwachs Probleme mit sich: Freising liegt im dicht besiedelten Großraum München und hat das Flughafengebiet als südliche Grenze, als auch Wälder im Norden.⁷⁸⁹ Aus diesem Grund kann sich die Stadt nicht unendlich erweitern und vergrößern, sondern wird irgendwann an das Ende ihrer Kapazitäten stossen. Gleichzeitig sorgt die starke Zuwanderung für Kosten für die Kommune, da die infrastrukturellen Bedingungen angepasst werden müssen: Wohnraum geschaffen, Straßen gebaut, Kindergärten und Schulen errichtet

⁷⁸⁸ Laut der Zeit-Online lag das durchschnittliche Erstgebärendenalter in Deutschland 2000 bei 29 Jahren, während es 1961 noch bei 25 Jahren lag. 10 Jahre später dürfte es wohl abermals gestiegen sein. Vgl.: Spiewak, Martin: Land ohne Leute. Mutterglück im Rentenalter; in: Zeit-Online (5/ 2003). Gefunden unter: http://www.zeit.de/2003/05/M-Alte_M_9ftter; am 12.9.2012.

⁷⁸⁹ Zur geographischen Lage siehe die topographischen Angaben des *Bayern Atlas* des Bayrischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landentwicklung und Heimat. Gefunden unter: <http://geoportal.bayern.de/bayernatlas/L7ExSNbPC4sb6TPJDblCAiLPd0Fv2v9OnIrPrA5rbixOP8hEaFIVXrbAcpsGQCaUdhZLLGbowYS60u-YtLhY0kUWLQgjSEXxlqsKLi78LLIB87Q9KnZcTQ/L7E59/OnI59/B8730>; am 15.5.2014.

sowie alle anderen Lebensbereiche dem Wachstum angepasst werden müssen. Für die Einwohner bedeutet es aber ebenfalls eine höhere finanzielle Belastung. Wird der verfügbare Wohnraum geringer, so werden schnell auch die Mieten höher. Die Löhne passen sich jedoch häufig nicht an die neuen Gegebenheiten an.⁷⁹⁰ Die Folge könnte eine finanzielle Belastung für Gemeinde und Bevölkerung sein, die für eine strukturelle Schwäche sorgen kann. Da die Löhne jedoch im Verhältnis zum restlichen Bundesgebiet im Freistaat Bayern sehr hoch sind, zeigen sich die höheren Unterhaltungskosten noch nicht in der Kaufkraft der Einwohner (siehe Kapitel 8.2.1.4). Auch die monetäre Ausstattung der Kommune ist bei weitem weniger dramatisch als befürchtet, so dass der Bevölkerungszuwachs noch nicht zu einer Schwächung der Kommune geführt hat, sondern derzeit für eine solide Stabilität sorgt.

8.2.3 Bildungsstruktur

Die Bedeutung einer qualifizierenden Schulbildung zeigt sich in Freising ganz deutlich, vor allem im Vergleich zu den durchschnittlichen Werten Bayerns (siehe Abbildung 27). Gleichzeitig gewinnt die Stadt durch zwei Hochschulen auch als Studienstandort an Bedeutung.

⁷⁹⁰ Darüber hinaus spielt das Problem der kalten Progression eine Rolle. Trotz steigender Löhne haben die meisten Menschen kaum mehr Geld zur Verfügung, da die steuerliche Belastung auch steigt und somit teilweise weniger übrig bleibt als vor der Gehaltserhöhung. Vgl.: Schäfers, Manfred: Belastete Steuerzahler. Heiße Progression; in: FAZ-Online (9.5.2014). Gefunden unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kommentar-kalte-progression-heisse-progression-12930219.html>; am 15.5.2014.

Abbildung 27: Bildungsebene Freising

Indikatoren	Freising	Deutschland	BY
Schüler Grundschule	31,5% ⁷⁹¹	32,3%	32%
Schüler Hauptschule	-	8% und 4,2% ⁷⁹²	15,8%
Schüler Realschule	14,7% ⁷⁹³	13,3%	19,1%
Schüler Gymnasium	38,3% ⁷⁹⁴	28,1%	27,9%
Frauenanteil Gymnasiums	k. A.	52,7%	51,5%
Ausländerabiturientenquote	k. A.	10% ⁷⁹⁵	9,9%
Schulabgänger ohne Abschluss hochqualifizierende	1,6%	6,2%	5,5%
Bildungsstätten	2 ⁷⁹⁶	-	-
Studentenzahlen	7.476 ⁷⁹⁷	-	-

Eigene Darstellung.⁷⁹⁸

⁷⁹¹ In Freising gibt es lediglich Volksschulen, die Grundschule und Hauptschule in einer Schulform vereinigt. Vgl.: Bayrisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Statistik Kommunal 2012 - Freising; München 2013; S. 16. Gefunden unter: http://www.freising.de/fileadmin/user_upload/31_Soziales/3010_pdf-Files/Statistik_Kommunal_2012.pdf; am 18.7.2014.

⁷⁹² Die 8% beziehen sich auf Schüler in Hauptschulen. Allerdings sind in vielen Bundesländern keine reinen Hauptschulen mehr vorhanden, sondern sogenannte kombinierte Sekundarschulen (die 4,2%). Diese integrieren Haupt- und Realschulen in einer Schulform.

⁷⁹³ Vgl.: Bayrisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Statistik Kommunal 2012 - Freising; München 2013; S. 16. Gefunden unter: http://www.freising.de/fileadmin/user_upload/31_Soziales/3010_pdf-Files/Statistik_Kommunal_2012.pdf; am 18.7.2014.

⁷⁹⁴ Vgl.: Bayrisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.): Statistik Kommunal 2012 - Freising; München 2013; S. 16. Gefunden unter: http://www.freising.de/fileadmin/user_upload/31_Soziales/3010_pdf-Files/Statistik_Kommunal_2012.pdf; am 18.7.2014.

⁷⁹⁵ Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Gefunden unter: <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.3.18.html>; am 16.7.2014.

⁷⁹⁶ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012.

⁷⁹⁷ Daten beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Bundesstatistikamtes. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/logon>; am 31.7.2012. Für die Zahlen des Wissenschaftszentrums Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der TUM: <http://www.tum.de/die-tum/die-universitaet/die-tum-in-zahlen/studierende/>; am 31.7.2012.

⁷⁹⁸ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die blau-gefärbten Anga-

Während der Anteil der Real- und Hauptschüler im gesamten Freistaat höher liegt als der Bundesdurchschnitt, fällt er in Freising niedriger aus.⁷⁹⁹ Gleichzeitig war der Anteil der Gymnasiasten an allen Schülern 2010 mit 38,3% noch einmal höher als deren Anteil in der kreisfreien Stadt Jena. Darüber hinaus, und dies trifft auch auf den gesamten Freistaat zu, war der Anteil der Schulabgänger ohne einen Abschluss im Jahr 2010 mit 1,6% verschwindend gering. Demnach ist ein Schulabschluss für 98% aller Schüler in Freising nicht nur von hohem Belang, sondern auch erreichbar.

Die beiden Hochschulen, das Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der TUM sowie die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, hatten 2010 eine Gesamtstudentschaft von 7.476 Studenten. Für eine Kommune mit nicht einmal 50.000 Einwohnern eine beachtliche Zahl. So machten die Studenten einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 16,5% aus. Jeder sechste Freisinger war demnach 2010 Student einer der beiden Hochschulen. Wie im Falle Jena werden auch in Freising nicht alle Studenten ihren Erstwohnsitz dort haben oder vor Ort wohnen, dennoch spiegelt die Zahl den Stellenwert der Hochschulen für die Gemeinde wider. Zumal am Campus Freising-Weihenstephan nicht nur die Hochschulen sitzen, sondern auch weitere Forschungseinrichtungen, die ebenfalls hochqualifiziertes Personal benötigen.⁸⁰⁰

ben sind den Statistiken über allgemeinbildende Schulen nach Schulart (Anhang 2, S. 389- 394) und über allgemeinbildende Schulen nach Absolventen/ Abgänger (Anhang 2, S. 395- 397) der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>; am 18.8.2012. Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁷⁹⁹ Da es in Freising keine Hauptschulen gibt, sondern nur Volksschulen, die Grund- und Hauptschule in einer Schulform integrieren, liegt für den Anteil der Hauptschüler keine Zahl vor. Da der Anteil der Volksschüler jedoch nicht den Anteil der Grundschüler auf Bundes- und Landesebene übertrifft, kann davon ausgegangen werden, dass der Hauptschulzweig nur in einem geringen Maße genutzt wird.

⁸⁰⁰ Einen Überblick über die am Campus Freising-Weihenstephan sitzenden Einrichtungen und Unternehmen findet sich auf der Internetpräsenz des Campus. Gefunden unter: <http://www.weihenstephan.de>; am 13.9.2012.

Schwerpunkt beider Hochschulen ist die Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Biotechnologie sowie im weiteren Sinne Ergänzungen in den Bereichen. Durch die Spezifizierung ist eine enge Forschungszusammenarbeit und spezielle Standortpolitik möglich. Mit 3.182 eingeschriebenen Studenten im Studienjahr 2010/ 2011 am Standort Weihenstephan studierten demnach fast die Hälfte aller Freisinger Studenten an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf.⁸⁰¹ Beide Hochschule in Freising sind etwa gleich groß, betrachtet man die Studentenzahlen. Die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf bietet derzeit an ihrem Standort in Freising-Weihenstephan 13 Bachelor-Studiengänge, fünf Master-Studiengänge sowie einen Dualen Studiengang an fünf Fakultäten an.⁸⁰² Das Wissenschaftszentrum der TUM besteht lediglich aus der einen Fakultät, die aber wesentlich mehr Studiengänge anbietet: Derzeit sind es neun Bachelor-Studiengänge, 14 Master-Studiengänge, drei Diplom-Studiengänge und drei Studiengänge auf Lehramt. Hinzu kommen noch ein paar Studiengänge, die jedoch auslaufen und nicht mehr neu aufgenommen werden können.⁸⁰³

Die Hochschulen bieten zwar kein breites Spektrum an Studienfächern an, aber gerade ihre Spezialisierung auf den Bereich Landwirtschaft, Ernährung und Biologie macht die Besonderheit aus: Gerade dadurch ist es wahrscheinlicher, dass sich wissenschaftliches „Know-how“ zusammenfindet und auch, dass sich Forschungseinrichtungen ansiedeln. Der Schwerpunkt auf ein sehr enges Forschungsfeld kann demnach dafür Sorge tragen, dass es noch nirgendwo anders existiert und daher eine Führungsrolle einnimmt.

8.2.4 Finanzielle Struktur

Wenn man eine leichte strukturelle Schwäche bei der Gemeinde Freising ausmachen möchte, so kommt hierfür noch am ehesten die Wohlstandsebene in

⁸⁰¹ Angaben beruhen auf den Daten der Studierendenstatistik (Anhang 2, S. 365) der GENESIS-Online Datenbank des Statistischen Bundesamtes entnommen. Gefunden unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>; am 1.9.2012.

⁸⁰² Zur Struktur der Hochschule, sowie den Studienschwerpunkten und einzelnen Studiengängen vgl. die Angaben auf der Internetpräsenz der Hochschule. Gefunden unter: <http://www.hswt.de/fh/fakultaet.html>; am 13.9.2012.

⁸⁰³ Zum Studienangebot des Wissenschaftszentrums vgl. die Angaben der Internetpräsenz. Gefunden unter: <http://www.wzw.tum.de/index.php?id=46>; am 13.9.2012.

Betracht (siehe Abbildung 28). Jedoch auch nur der relativ hohe Schuldenstand pro Kopf, denn alle anderen Daten erweisen sich ebenfalls überdurchschnittlich stark.

Abbildung 28: Wohlstandsebene Freising

Indikatoren	Freising	Deutschland	BY
privates Nettoeinkommen	47.266,10 €	36.642,00 € ⁸⁰⁴	45.592,90 €
Schuldenveränderung	9,2%	– ⁸⁰⁵	–
Steueraufkommen pro Einwohner	1.236,70 €	– ⁸⁰⁶	1.168,10 €
SGB II-Quote	2%	10%	4,6%
Haushalte mit geringem Einkommen	10,3%	19% ⁸⁰⁷	10,8%
Haushalte mit hohem Einkommen	20%	30% ⁸⁰⁸	19,3%

Eigene Darstellung.⁸⁰⁹

⁸⁰⁴ Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014.

⁸⁰⁵ Siehe Anmerkung zum Schuldenstand. Die Veränderung bezieht sich ebenfalls auf die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände. Daher ist ein Vergleich lediglich zwischen den Kommunen sinnvoll.

⁸⁰⁶ Bei den Steuereinnahmen sind ebenfalls Landes- und Gemeindesteuern mit enthalten. Aus diesem Grund ist keine Vergleichbarkeit der Daten gegeben.

⁸⁰⁷ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen unter 1.300 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353–358).

⁸⁰⁸ Angaben des Deutschlandreports 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung, des Statistischen Bundesamtes (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2013/private-haushalte/173454/einkommen>; am 16.7.2014. Anteil bezieht sich jedoch auf ein monatliches Nettoeinkommen über 3.600 €. Zur Berechnung des Indikators siehe Anhang 1 (S. 353–358).

⁸⁰⁹ Die Daten beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf das Jahr 2010 und wurden recht unterschiedlichen Quellen entnommen. Die unterschiedlichen Quellen wurden in der Tabelle durch verschiedene Farben sichtbar gemacht. Die grün-gefärbten Angaben sind der Studie Wegweiser Kommune der Bertelsmann-

Von einer starken finanziellen Belastung für Freising spricht der Schuldenzuwachs von 2009 auf 2010 um 9,2%. Schulden sprechen jedoch im Allgemeinen eher für eine stabile finanzielle Lage, da viele Gemeindeordnungen den völligen Stopp von Krediten vorsehen, sobald der Gemeindehaushalt nicht mehr ausgeglichen ist und ein Nothaushalt beschlossen werden muss.⁸¹⁰ Die beschriebene Problematik der schnell wachsenden Bevölkerung machte es notwendig, Geld in die Hand zu nehmen, um die alltäglichen Bedürfnisse der gestiegenen Einwohnerzahl zufrieden zu stellen. Aus dieser Tatsache sind wahrscheinlich die meisten Schulden entstanden. Zudem lässt sich eine strukturelle Verschuldung aller deutscher Kommunen nicht verleugnen. Es gibt nur noch sehr wenige Gemeinden, die keine Schulden in ihrem Haushalt aufzuweisen haben.⁸¹¹ Dies erklärt zwar den Schuldenstand, kann ihn jedoch nicht beschönigen. Abzuwarten bleibt, ob dieser Trend anhält: Untersucht man den Anteil der Kredite an den Gesamteinnahmen innerhalb des Zeitraums 2008 bis 2010, zeigt sich nämlich nur für 2010 ein enormer Anstieg der Kredite.⁸¹² Sollte die Kreditauf-

Stiftung entnommen. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunale-daten+freising-fs+kernhaushalt+2010+durchschnitt+tabelle>; am 31.7.2012. Die magenta-gefärbten Angaben sind aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Städtetages entnommen. Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012. Die braun-gefärbten Angaben sind der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Diese wurden auf persönliche Anfrage der Verfasserin durch die Statistikstelle der Bundesagentur für Arbeit zusammengestellt (Anhang 2, S. 359). Die rot-gefärbten Angaben sind verschiedenen Statistiken entnommen und deren jeweilige Quellen wurden durch eine eigene Fußnote kenntlich gemacht.

⁸¹⁰ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 194. Siehe auch: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik; S. 15f.

⁸¹¹ Vgl.: Schäfers, Manfred: Grundsicherung für Kommunen. Der Bund gibt und nimmt, dass es den Kommunen nicht immer eine Freude ist; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.7.2012); S. 18 u. 19.

⁸¹² Im Jahr 2010 machten die Kredite 20% der Gesamteinnahmen der Gemeinde aus, während es 2009 nur 1,9% und 2008 nur 3,8% waren. Die beiden letzten Werte waren zudem deutlich unter Bundes- und Landesdurchschnitt. Alle Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland hatten im Durchschnitt einen Schuldenanteil von 4,6% im Jahr 2009 und alle bayrischen Gemeinden im selben Jahr einen Anteil von 6,1% an den Gesamteinnahmen. Anteile beruhen auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der Einnahmenstatistik der Gemeinden der Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes entnommen. Gefunden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data.jsessionid=F995AFA4CF5A56B8B24DD846EC5E4C3A?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1411115545263&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=346-21-5&auswahltext=%23Z-01.01.2010%23SHRGKRLD-09178124&werteabruf=Werteabruf>; am 18.8.2012.

nahme in den kommenden Jahren wieder auf das bisherige Niveau sinken, so bleiben strukturelle Folgen nicht zu erwarten. Aufgrund der ebenfalls hohen Steuereinnahmen der Kommune pro Kopf von 1.236,70 € im Jahr 2010, können Kreditaufnahmen durch eine stabile finanzielle Lage ausgeglichen werden. Hinzu kommt, dass die Gemeinde eine sehr niedrige SGB II-Quote aufweist, was bei einer annähernden Vollbeschäftigung auch nicht anders zu erwarten war, so dass keine übermäßig hohen Sozialausgaben anfallen.

Die Bevölkerung der Kreisstadt hingegen hat durchschnittlich eine erfreuliche monetäre Ausgangslage. Die Kaufkraft der Einwohner lag 2010 mit 47.266,10 € im Jahr deutlich über dem Bundes- und auch über dem Landeswert. Hauptgrund sind hierbei die hohen Löhne im Vergleich zu anderen Bundesländern: Bei der Auswertung der Stundenlöhne 2010 kam Bayern auf den vierten Platz.⁸¹³ Gleichzeitig war der Anteil der Haushalte mit geringem Einkommen, vor allem im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, sehr niedrig und der Anteil der Haushalte mit hohem Einkommen leicht höher als der Bundesdurchschnitt 2010.

Trotz der Schuldenproblematik kann Freising als strukturstark bezeichnet werden, auch in finanzieller Hinsicht. Sollte die Verschuldung zunehmen in den nächsten Jahren, könnte dies die außerordentliche Stärke der Kommune verringern. Allerdings scheint dies nicht der Fall zu sein, so äußerten sich zumindest auch die Interviewpartner der Kommune.⁸¹⁴

Die große Kreisstadt kann bis jetzt die wachsende Bevölkerung gut integrieren und profitiert sogar von ihr in den hier untersuchten Indikatoren zumeist von diesem Umstand. Von allen untersuchten Kommunen zeigt sie die stabilsten Werte auf und es müsste daher vermutet werden, dass sie auch am besten Lernprozesse vollziehen kann, obwohl die finanzielle Ausstattung nicht ausgezeichnet ist.

⁸¹³ Ergebnisse wurden in mehreren Zeitungsartikeln veröffentlicht. Vgl. Beispielsweise: O.V.: Einkommens-tabelle. Wo in Deutschland die Löhne am höchsten sind, in FocusMoney-Online (17.4.2012). Gefunden unter: http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-loehne-am-hoechsten-sind_aid_738960.html; am 14.9.2012.

⁸¹⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 679f.

8.3 Strukturstark und strukturgleich?

Im Vergleich mit der kreisfreien Stadt Jena wiesen beide durchaus auch Unterschiede in ihrer Stärke auf, so dass auch strukturstarke Kommunen keineswegs „gleich“ sind, wie dies für strukturschwache Regionen auch der Fall war. Jedoch zeigen sich wesentlich mehr Ähnlichkeiten, wie eine gute Beschäftigtenquote und die Bedeutung als Arbeitsort für die Ebene der Arbeitswelt, die jüngere Durchschnittsbevölkerung, vor allem der hohe Bildungsgrad der Schüler, aber auch der Arbeitnehmer. Trotzdem zeigen sich nicht gleichzusetzende Unterschiede in den Details. Während in Freising von Vollbeschäftigung gesprochen werden kann, hat Jena immer noch mit einer strukturell höheren Arbeitslosigkeit zu kämpfen, auch wenn diese natürlich geringer ist als die bundesdurchschnittliche Arbeitslosenquote. Beide weisen eine stabile Bevölkerung auf, wobei Freising im Gegensatz zu Jena auch in Zukunft wachsen wird, während Jena mit einem leichten Rückgang rechnen muss. Im Bereich der Bildungsebene sind die größten Ähnlichkeiten auszumachen und eigentlich keine eklatanten Differenzen zu entdecken. Bei der finanziellen Ausstattung hingegen schon. Jena kann einen sehr stabilen Gemeindehaushalt aufweisen, erreicht aber bei der Finanzkraft der Einwohner nur durchschnittliche Werte. Bei der Gemeinde Freising ist genau das Gegenteil der Fall. Trotzdem handelt es sich in beiden Fällen nicht um eine Strukturschwäche, dafür sind die Werte nicht unterdurchschnittlich genug als auch die anderen Ebenen zu deutlich über dem Mittel.

Die Bedeutung einer Untersuchung des Strukturwandels und des *Kommunalen Lernens* auf unterster politischer Ebene bestätigt sich demnach auch für strukturstarke Gemeinden. Die Unterschiede können eminent sein, um andere Wege einschlagen zu müssen und andere Lösungen zu finden. Bei einer strukturstarken Kommune mit wachsender Bevölkerung wird anders Politik betrieben werden, als in einer strukturstarken Kommune mit fast gleichbleibender Einwohnerzahl. Das kommende Unterkapitel wird zeigen, ob die bessere finanzielle Ausstattung der hier untersuchten Kommunen wirklich einen

so erheblichen Einfluss auf die Lernfähigkeit der politischen Handlungsträger hat. Dies ist besonders wichtig, da mittlerweile auch die sonst strukturstarken Gemeinden teilweise in monetäre Notstände geraten sind.

8.4 Einschätzung der befragten

Kommunalpolitiker

Wie bei den strukturschwachen Kommunen wurden auch hier die jeweiligen Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung angefragt: Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzende und leitende Verwaltungsmitarbeiter.

In beiden Städten konnte mit den Oberbürgermeistern gesprochen werden. Darüber hinaus auch mit den Fraktionsvorsitzenden der großen Fraktionen. In beiden Fällen jedoch nicht mit der größten Oppositionsfraktion: der CSU oder der Linken. Auch erklärte sich kein Verwaltungsmitarbeiter bereit für ein Interview. Insgesamt wurden 6 Interviews geführt, von denen 4 Stadträte waren. Von den Stadträten waren alle ehrenamtlich tätig.

Bis auf 2 Interviews wurden alle persönlich vor Ort geführt und digital aufgenommen. Bei den anderen beiden konnte kein gemeinsamer Termin gefunden werden, so dass hier auf die Variante des schriftlichen Ausfüllens zurück gegriffen wurde.

8.4.1 Gestaltungsmöglichkeiten

Die Wahrnehmung des eigenen Handlungsrahmens ist im Konzept des *Kommunalen Lernens* von hoher Bedeutung. Nur wenn sich die politischen Akteure in der Lage sehen, eigene Beschlüsse zu verfassen und die Politik der Kommune selbst zu gestalten, werden sie dies auch tun.

Die befragten Kommunen im vorangegangenen Kapitel waren sich fast einig, dass es nur noch einen minimalen Spielraum gibt. Hier lässt sich bei den strukturstarken Gemeinden ein deutlicher Unterschied ausmachen: Grundsätzlich sahen die befragten Personen den Handlungsrahmen als gut an. Von den

6 politischen Akteuren sagten 4, dass ihre Kommune umfassend handlungsfähig sei und selbstständig Politik machen könnte.⁸¹⁵ Die beiden anderen sahen durchaus auch Zwänge, ohne diese überzubewerten.⁸¹⁶

Auffällig war vor allem die Erklärung, wodurch die eigenen Entscheidungen möglich seien. In beiden Fällen waren dies weniger strukturelle Faktoren, sondern vielmehr das Nutzen von vor Ort vorhandenen Ressourcen: Durch die aktive Beteiligung der Bürger oder aber auch das Einführen eigener Modelle. Im Falle Freising war es die Mobilisierung der Bürger gegen eine dritte Startbahn des Münchner Flughafens.⁸¹⁷ In Jena gibt es seit einigen Jahren den Bürgerhaushalt, bei dem alle Bürger bei der Verteilung der finanziellen Mittel in einem Schwerpunktbereich (Fussballstadion, Kultur, etc.) mitsprechen können. Dies wird immer mehr angenommen von der Bevölkerung.⁸¹⁸ Beim sogenannten Jenaer Modell existierten für viele kommunale Angelegenheiten kommunale Eigenbetriebe, die außerhalb der Vorlagen der Kommunalaufsicht handeln können und daher freier in ihrer Gestaltung sind.⁸¹⁹ Es zeigt sich demnach ein innovativer Umgang mit den eigenen Möglichkeiten, worauf im Kapitel zur Kreativität (Kapitel 8.4.7) noch näher eingegangen werden soll.

⁸¹⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 617f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 632. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 639. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 656.

⁸¹⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 626. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 671f.

⁸¹⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 639f. Siehe auch: Völklein, Marco: Dritte Startbahn. Postkarten aus dem Erdinger Moos; in: Süddeutsche-Online (15.5.2012). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/dritte-startbahn-postkarten-aus-dem-erdinger-moos-1.1349058>; am 31.3.2014.

⁸¹⁸ Dies bestätigt auch eine Evaluation des Bürgerhaushaltes durch den Münsteraner Politikwissenschaftler Norbert Kersting. Der Bericht bestätigte, dass der Jenaer Bürgerhaushalt transparent sei und die Selektivität der sozialen Herkunft ausgleichen konnte. Der gesamte Evaluationsbericht ist zu finden unter: <http://forum.jena.de/forbb/download/file.php?id=221>; am 31.3.2014. Eine kurze Zusammenfassung des Projektes und der Evaluierung ist zu finden unter: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/aktuelle-meldungen/detailansicht/article/evaluationsbericht-zum-buergerhaushalt-jena/>; am 31.3.2014.

⁸¹⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 612f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 626. Dies bedeutet natürlich auch gleichzeitig einen Verlust der Kontrolle, da sie auch nicht mehr so einfach durch die lokale Politik zu steuern sind, sondern durch das Management. In denen sind die Städte häufig nur noch in kleinem Umfang vertreten - je nach Beteiligungsumfang der Kommune. Zur Problematik der Ausgliederung von kommunalen Leistungen: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 93ff.

Darüber hinaus nannten die politischen Akteure dennoch Einschränkungen auf ihre Handlungsfreiheit:

1. Haushaltskonsolidierung/ Finanzen - 2 Nennungen
2. Stadtverwaltung - 2 Nennungen
3. Landespolitik/ Kommunalaufsicht - 1 Nennung
4. fehlende Stärke des Stadtrats/ Schwäche der Menschen - 1 Nennung

Die politischen Akteure der strukturschwachen Kommunen sahen die Finanzen als bestimmendes Einschränkungsmerkmal, so waren bei 11 von 13 Interviewpartnern die Haushaltslage der Grund für die Handlungsunfähigkeit ihrer Stadt - demnach etwa für 85% der Akteure (siehe Kapitel 7.2.1.1). Bei den Politikern der strukturstarken Gemeinden hingegen bekamen die Finanzen nur 2 Nennungen - also in etwa nur 33% der Akteure. Es zeigt sich grundsätzlich, dass es keine starke Akkumulation von Ursachen gibt. Dies lässt vermuten, dass die Gründe für die Einschränkungen weniger als generelle strukturelle Einengung zu betrachten sind, sondern es sich vielmehr um persönliche Gründe handelt aufgrund spezieller Erfahrungen oder Umstände, welche die politischen Akteure dazu veranlasst haben, die jeweiligen Gründe zu nennen.

Trotz der Einschränkungen lässt sich festhalten, dass die Befragten einen Handlungsspielraum für ihre Politik wahrnehmen und zwar nicht nur die Oberbürgermeister, sondern auch die Ratsmitglieder. Die genannten Schranken des eigenen Handelns werden weit weniger als absolut empfunden und sind wesentlich heterogener in ihrer Ausgestaltung.

Demnach wirkt sich die Haushaltssituation, die, wie oben beschrieben, ebenfalls kritisiert wurde, nicht auf den Gestaltungsrahmen aus, wie dies bei den strukturschwachen Kommunen der Fall war. Wahrscheinlich auch, weil sich das eigene politische Handeln durch Kreativität und Innovation auszeichnete.

8.4.2 Haushaltssituation

Obwohl die hier untersuchten Kommunen in finanzieller Hinsicht besser aufgestellt sind als die strukturschwachen Kommunen, war die Haushaltssituation auch hier das bestimmende Momentum bei den Interviews. Fast alle - 5 von 6 Befragten - sprachen die eigenen kommunalen Finanzen bereits vor den expliziten Fragen an und verbanden häufig auch den Gestaltungsrahmen mit eben diesen. Dies zeigt eine strukturelle Besonderheit auf Bundesebene: Mittlerweile ist kaum eine Kommune in Deutschland in der Lage ohne finanzielle Engpässe zu agieren, selbst in Boomregionen wie dem Speckgürtel um München nicht mehr.⁸²⁰ Diese beängstigende Entwicklung ist bereits mehrfach angesprochen worden in der vorliegenden Arbeit und bedarf einer bundesweiten Reform.⁸²¹

Trotz der geschwächten finanziellen Ausstattung, sehen alle Befragten die Haushaltssituation als „angespannt, aber handlungsfähig“.⁸²² Derzeit sei eigenständige Politik möglich, wie lange dies jedoch in Zukunft auch so sei, liessen sie offen und sahen dies auch durchaus kritisch.⁸²³ In diesem Zusammenhang kritisierten sie auch einige grundsätzliche Punkte am bundesdeutschen Finanzierungssystem.

Vor allem die Ausgaben im Sozialen Bereich müssten einen besseren Ausgleich bekommen, also das Subsidiaritätsprinzip vollständig eingeführt werden.⁸²⁴ Zudem forderten einige Kommunalpolitiker eine bessere Planung hinsichtlich der finanziellen Ausstattung der Gemeinden. Dies bedeutet beispielsweise, dass die Steuerzuweisungen sehr unterschiedlich ausfallen können und die Kommunen daher stark von der Konjunktur abhängig sind, aber einige

⁸²⁰ Studien weisen immer wieder gerade diesen Landstrichen ein besonders günstige Situation und Zukunftsprognose. Der PROGNOSE Zukunftsatlas untersucht, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, seit 2004 die Zukunftsaussichten aller deutscher Kreise und kreisfreien Städte in mehreren Bereichen (Wirtschaft, Soziales, Bildung, etc.). München mit den umliegenden Kreisen bekommen dabei immer gute bis sehr gute Zukunftschancen ausgewiesen. Siehe Karte mit den Ergebnissen: <http://www.prognos.com/zukunftsatlas/13/>; am 31.3.2014.

⁸²¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 73f.

⁸²² Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 653. Siehe auch beispielsweise: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 623. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 679f.

⁸²³ Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 629.

⁸²⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 618.

Ausgaben immer bestehen.⁸²⁵ Kritikpunkte, die ebenfalls schon bei den strukturschwachen Kommunen, nur wahrscheinlich deutlicher, angebracht wurden. Bei diesen Problemen handelt es sich um grundsätzliche strukturelle Missstände, von denen jede Gemeinde betroffen ist. Für strukturschwache Kommunen ist eine Änderung dieser Faktoren nur weitaus lebenswichtiger als bei strukturstarken Kommunen.

Denn diese sehen die allgemeine Situation für sich, trotz der Kritik, positiver. Die Befragten waren sich durchaus bewusst, dass es sich bei ihnen um „jammern (...) auf sehr hohem Niveau“⁸²⁶ handle und ihre Haushaltslage noch sehr „komfortabel“ sei.⁸²⁷ Die nicht durchführbaren „Wünsche“ der Kommunen sind mit eigenem Spaßbad oder einer Eisbahn doch relativ exklusiv.⁸²⁸ Darüber hinaus war ihnen bewusst, dass die Situation für schwächere Kommunen wesentlich bedrohlicher ist.⁸²⁹

Deutlich wird dies auch, da sich die Befragten dahingehend äußerten, dass der Eigenanteil für Förderungsmaßnahmen immer aufzubringen gewesen sei.⁸³⁰ Hierin liegt der wohl deutlichste Unterschied zu den Akteuren von strukturschwachen Kommunen. Zwar waren auch bei den strukturstarken Kommunen nicht alle wünschenswerte Projekte durchzuführen, aber ein Großteil eben doch und für diese war das Aufbringen des Eigenanteils kein Meisterstück des Kämmerers.⁸³¹

Das Ziel, die Förderkriterien anders auszugestalten oder die Gemeindefinanzierung zu ändern, wurde auch bei den strukturstarken Kommunen laut.⁸³² Wobei der Hauptkritikpunkt bei der eng umschriebenen Nutzung der Gelder

⁸²⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 675.

⁸²⁶ Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 671.

⁸²⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 636.

⁸²⁸ Beides wurde von einem Mitglied des Freisinger Stadtrates als wünschenswerte „Attraktionen“ genannt, um die Stadt auch weiterhin attraktiv zu gestalten. Vgl.: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 671f.

⁸²⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 619f.

⁸³⁰ Vgl. beispielsweise: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 619. Siehe auch: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 634. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 643f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 680f.

⁸³¹ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 619.

⁸³² Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 618f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 644f u. 648.

lag. Sie forderten stattdessen eine gleichmäßige Verteilung mit einer freieren Nutzungsmöglichkeit.⁸³³

Die Kritik am fehlenden Subsidiaritätsprinzip in der Bundesrepublik sowie teilweise undurchschaubaren Fördermittelvergaben wurde sowohl bei strukturstarken als auch strukturschwachen Kommunen geäußert. Die angespannte Haushaltslage ist bei allen Kommunen deutlich wahrzunehmen. Bei den strukturstarken Kommunen nannten 5 der 6 Befragten, vor der eigentlichen Frage nach der Haushaltssituation, den eingeschränkten finanziellen Rahmen - eine wesentlich höhere Quote als bei den strukturschwachen Gemeinden. Es zeigte sich jedoch, dass die Argumentation mit der Situation völlig differierte. Während die politischen Akteure der strukturschwachen Kommunen im Großen und Ganzen die Haushaltslage als katastrophal beschrieben und sie häufig als Ursache ihrer strukturellen Probleme ansahen, war bei den strukturstarken Kommunen eine „Ja, aber“-Stimmung vorrangig. Trotz aller Kritik und fehlender Gelder, sehen sie eine eigene Handlungsfähigkeit weiterhin gegeben und nahmen keine eklatanten Einschränkungen aufgrund ihrer Finanzen war. Die Grundstimmung war damit deutlich positiver, dies wird sich auch beim Bereich des Gestaltungsspielraumes widerspiegeln.

Jedoch bleibt festzuhalten, dass die finanzielle Haushaltspolitik auf kommunaler Ebene einige tiefgreifende Probleme aufweist, von denen nicht nur strukturschwache Kommunen betroffen sind.

8.4.3 Arbeit im Stadtrat

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel zu den strukturschwachen Kommunen erklärt, macht eine sachpolitische Auseinandersetzung mit bestehenden strukturellen Herausforderungen Lernprozesse wahrscheinlicher, da alle Akteure Interesse zeigen eben diese Herausforderungen anzugehen, unabhängig ihrer parteipolitischen Couleur.

Auch hier zeigt sich, dass die kommunalpolitische Arbeit im Stadtrat hauptsächlich von einem fairen Umgang miteinander bestimmt ist. Einer der Be-

⁸³³ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 617f.

fragten nannte den Stadtrat sogar ein „Kollegialorgan“.⁸³⁴ Die Beschlüsse werden mit unterschiedlichen Mehrheiten verabschiedet, die sich an dem Abstimmungsinhalt orientieren.⁸³⁵ Zwar gäbe es teilweise auch Kampf Abstimmungen, diese wären aber selten und ausschließlich bei ideologischen Themen oder im Wahlkampf zu erwarten.⁸³⁶

Die Akteure aus Jena muss man in diesem Fall gesondert betrachten, da es dort - wie oben bereits erwähnt - eine bestehende Regierungskoalition aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat gibt. Dies ist im bundesdeutschen Kommunalgeflecht eher untypisch und muss daher nicht in die Auswertung einbezogen werden.⁸³⁷ Die bestehende Regierungskonstellation sorgt jedoch für ein völlig anderes Verhalten im Stadtrat. Wie alle Befragten bestätigen wird dieser von Kampf Abstimmungen zwischen Regierung und Opposition dominiert und sachpolitische Abstimmungen sind eher Mangelware.⁸³⁸

Aus der Logik der Lerntheorien müsste demnach die Lernfähigkeit der Jenaer Kommunalpolitiker abnehmen, da sich Opposition und Regierung gegenüberstehen und damit blockieren anstatt miteinander Lösungen zu finden.⁸³⁹ Wie die anderen Bereiche jedoch zeigen, ist dies nicht der Fall. Es bestehen bei den anderen Indikatoren keine oder nicht maßgebliche Unterschiede zwischen den lokalen Akteure der beiden untersuchten Städte. Es kann daher angenommen werden, dass die Regierungs- und Oppositionssituation - wie gefestigt die Allianzen sind oder eben nicht - nur eine untergeordnete Rolle für das Lernpotenzial von Kommunen spielt.

Trotz dieses Ausnahmefalls Jenas, muss davon ausgegangen werden, dass Freising eher den Normalfall darstellt. Es gibt in den meisten Kommunen keinen Koalitionsvertrag, sondern wechselnde Mehrheiten.⁸⁴⁰ Aus diesem Grund gibt es auch im Bereich des politischen Alltags keine Diskrepanz zwischen

⁸³⁴ Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 648.

⁸³⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 648f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 661f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 676.

⁸³⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 648f.

⁸³⁷ Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 39.

⁸³⁸ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 619f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 628. Siehe auch: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 634f.

⁸³⁹ Vgl.: Sabatier: Advocacy-Koalitionen; S. 135f. Siehe auch: Rose: Lesson-Drawing; S. 60ff.

⁸⁴⁰ Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 39.

Kommunalpolitikern aus strukturschwachen und strukturstarken Regionen, so dass auch dieser Faktor gleich ist für die Lernfähigkeit.

8.4.4 Wahrnehmung der strukturellen Problematik

Zunächst scheint die Frage nach strukturellen Problemen oder Herausforderungen strukturstarker Kommunen paradox. Immerhin müssten diese Kommunen von eben solchen Problemen verschont sein. Wie sich aber bei der statistischen Analyse der beiden Beispielkommunen (Siehe Kapitel 8.1 und 8.2) zeigte, können durchaus auch prosperierende Regionen Herausforderungen gegenüber sehen. Der Strukturwandel ist ein bundesweites Phänomen, wenn sich die Auswirkungen jedoch unterschiedlich zeigen. Zudem wurde die zunehmend angespannte Haushaltssituation der Gemeinden, von der mittlerweile ein Großteil der deutschen Kommunen betroffen ist, bereits angesprochen.⁸⁴¹

Unterstützt wird diese These durch die Antworten der Kommunalpolitiker. 5 von 6 der Befragten gaben an, dass sie strukturelle Herausforderungen für ihre Kommunen sehen, gerade weil sie wachsende Gemeinden sind: Es müsse neuer Wohnraum geschaffen werden, die Infrastruktur müsse an eine höhere Bevölkerungszahl angepasst werden, sowohl die verkehrstechnische Infrastruktur als auch in sozialer Hinsicht (Kindergärten, Schulen, Altenheime, etc.). Diese Investitionskosten belasten natürlich auch die Gemeindekassen.⁸⁴²

Darüber hinaus kommt hinzu, dass Prozesse, wie die Alterung der Gesellschaft und eine niedrige Geburtenrate, bundesweite Phänomene sind,⁸⁴³ von denen natürlich auch Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt betroffen sind und sich auch darauf einstellen müssen. Das die Befragten, diese Probleme nicht angesprochen haben, liegt daran, dass der überproportional starke Zuzug von jungen Menschen aufgrund des Hochschulstandorts diese Probleme

⁸⁴¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 73f.

⁸⁴² Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 625. Siehe auch: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 631. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 637ff. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 655f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 669- 684; hier S. 670f.

⁸⁴³ Bernhard Schäfers zeichnet in seinem Buch über die Sozialstruktur gut aus, welche Wandelprozesse es in Deutschland gab und in welchem Maße sie bundesweit wahrzunehmen sind. Vgl.: Schäfers: sozialer Wandel.

mindert. Fraglich ist, wie lange dies bleiben wird. Während für Jena bereits ein Rückgang bis 2030 erwartet wird, kann Freising noch mit einem ordentlichen Zuwachs rechnen (Siehe Abbildung 22 und 26).

Lediglich einer der Befragten gab an, dass er keine strukturellen Probleme für seine Kommune sehe, sondern nur „Optimierungsbedarf“.⁸⁴⁴ Betrachtet man jedoch die Zahlen für den dortigen Wohnungsmarkt⁸⁴⁵ als auch die Anzahl der SGB II-Bezieher (siehe Abbildung 24), so ist zu vermuten, dass es sich dabei nicht nur um Optimierungsbedarf handelt, sondern durchaus um tiefgreifende strukturelle Probleme. Die Wahrnehmung lässt sich zurückführen auf die besondere politische Situation in der Gemeinde: Der Bürgermeister konnte mit seiner Partei eine Koalition mit zwei weiteren Parteien eingehen und kann daher seine Politik gesicherter umsetzen als dies in anderen Kommunen der Fall ist, bei denen der Bürgermeister immer Mehrheiten suchen muss. Wie oben bereits erwähnt, gehen Lerntheorien - insbesondere Sabatier und Rose - davon aus, dass in solchen Fällen Lernprozesse eher unwahrscheinlich sind.⁸⁴⁶

Trotz dieser Ausnahme kann davon ausgegangen werden, dass auch strukturstarke Kommunen durchaus eine realistische Wahrnehmung ihrer Herausforderungen haben und nicht zwingend den *status quo* erhalten. Auch ihnen ist bewusst, dass sie ihre „Macht“ nur erhalten können, wenn sie sich stetig den bestehenden Veränderungen anpassen. Vom Strukturwandel sind eben alle Gemeinden der Bundesrepublik betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Es besteht demnach keinerlei Unterschied in Bezug auf die Lernfähigkeit zwischen starken und schwachen Kommunen im Bereich der Problemwahrnehmung.

⁸⁴⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 616.

⁸⁴⁵ Vor allem Studenten sind zum Beginn des Wintersemesters immer wieder von dem geringen Wohnraumleerstand betroffen. Vgl.: Bühlchen, Stefanie: Jenaer Studenten protestieren gegen Wohnungsnot; in: TLZ-Online (10.2.2011). Gefunden unter: <http://www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Jenaer-Studenten-protestieren-gegen-Wohnungsnot-1109810226>; am 31.3.2014.

⁸⁴⁶ Vgl.: Sabatier: Advocacy-Koalitionen; S. 135/ 136. Siehe auch: Rose: Lesson-Drawing; S. 60ff.

8.4.5 Nutzung von Netzwerken

Wie bei den strukturschwachen Kommunen lassen sich auch die Befragten der strukturstarken Regionen zweiteilen: In die Gruppe der Oberbürgermeister, die intensiv Netzwerke nutzen und in die Gruppe der Stadträte, die Netzwerke in einem deutlich geringeren Umfang nutzen.

Zwischen den Oberbürgermeistern der strukturschwachen und strukturstarken Gemeinden gibt es keinerlei Unterschiede. Die Art der Netzwerke, die Verwendung als auch die Ziele sind ähnlich denen der strukturschwachen Kommunen: Netzwerke sind elementar für ihre Politik. Es werden sowohl bundesweite (z.B. Städtetag), regionale (z.B. Metropolregion Mitteldeutschland, Forum mitteldeutsche Städte) als auch städtische Netzwerke (z.B. Weihenstephan, Kirchen) genutzt.⁸⁴⁷ Darüber hinaus nannten die beiden befragten Bürgermeister auch persönliche Kontakte und Bürgerengagement als Netzwerke.⁸⁴⁸ Persönliche Kontakte können kaum als Netzwerke im Sinne der oben getroffenen Definition gelten (Siehe Kapitel 7.2.2.2), da sie meist nur informelle Gespräche beinhalten.⁸⁴⁹ Das gesellschaftliche Engagement als Netzwerk zu bezeichnen ist ebenfalls schwierig. Da sich gesellschaftliches Engagement in vielen Facetten äußern kann: Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren, Bürgerforen oder sachverständige Bürger.⁸⁵⁰ Allerdings ist die Konstante für Netzwerke das ausschlaggebende, so dass für zahlreiche Bürgergruppen kaum der Begriff Netzwerk gelten kann.⁸⁵¹ Auf der anderen Seite gibt es fest verankerte Gruppen, sei es nur regional geprägt oder mit bundesweiten Strukturen, die in einem Politikfeld durchaus Gewicht haben und als Experten gelten können. Ein enger Kontakt mit solchen Initiativen ist eine Netzwerkbildung nicht abzusprechen.

⁸⁴⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 621f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 649ff.

⁸⁴⁸ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 621. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 649.

⁸⁴⁹ Netzwerke müssen nach Dörre/ Röttger zumindest kurzfristig als eigenständige Akteure agieren. Vgl.: Dörre/ Röttger: Im Schatten der Globalisierung; S. 67.

⁸⁵⁰ Zu den Formen direkter und kooperativer Demokratie vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 102- 125. Siehe auch: Kersting, Norbert; Schmitter, Philippe u. Drechsle, Alexander: Die Zukunft der Demokratie; in: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation; Wiesbaden 2008; S. 40- 62; hier S. 53- 55.

⁸⁵¹ Vgl.: Dörre/ Röttger: Im Schatten der Globalisierung; S. 67.

Durch Mitgliedschaften der Stadträte in Verbänden und Vereinen werden solche engen Kontakte intensiviert. Vorteile können sie für beide Seiten haben: Die Vereine können, wenn nur in geringem Maße, Einfluss auf die Politik nehmen. Die Politiker hingegen können Informationen, Wissen als auch Wähler erhalten.⁸⁵² Wie häufig dies jedoch vorkommt bleibt fraglich.

Jedoch bleibt festzuhalten, dass beide Oberbürgermeister zahlreiche Verknüpfungen geschlossen haben, um Lösungen zu finden, sich auszutauschen oder gewisse „Dinge auf den Weg zu bringen“.⁸⁵³ Der Netzwerkbegriff wurde auch durchaus weiter gefasst als bei den Bürgermeistern aus den strukturschwachen Kommunen. Es blieb der Eindruck, dass sie für die strukturstarken Gemeinden deutlich mehr zum alltäglichen Politikgefüge gehören als für die anderen untersuchten Kommunen.

Auch bei Jena und Freising nutzten die Stadträte deutlich vermindert Netzwerke für ihre Politik. Eine Parallele zu den strukturschwachen Kommunen besteht demnach auch hier. Jedoch ist der Anteil der Stadträte, die Netzwerke oder andere Kontakte nutzen, mit 50% eindeutig höher als bei den Mitgliedern des Stadtrates aus strukturschwachen Kommunen.⁸⁵⁴ Festzuhalten bleibt, dass der Netzwerkbegriff sehr weit gefasst wurde und nur bedingt in Einklang zu bringen ist mit der vorliegenden Definition. Es wurden persönliche Kontakte durch den Beruf oder die Partei darunter verstanden.⁸⁵⁵ Wie bereits erwähnt, sind diese Kontakte keine klassischen Netzwerke, da sie keine Struktur oder Ordnung aufweisen, sondern hauptsächlich informelle Gespräche unter zwei oder mehreren Personen sind, die ein bestimmtes Thema behandeln, wobei sich auch dieses durchaus wandeln kann. Trotzdem können diese persönlichen Beziehungen durchaus sinnvoll für die eigene Politik sein, da auch sie Probleme ansprechen oder innovative Lösungswege finden können. Es handelt sich also nicht um Netzwerke, aber es bleibt ein positiver Effekt. Gleiches gilt für die

⁸⁵² Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 113f.

⁸⁵³ Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 622. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 649.

⁸⁵⁴ Bei den strukturschwachen Kommunen gab lediglich einer an Netzwerke zu benutzen, jedoch verstand er hierunter persönliche Kontakte. Siehe Kapitel 7.2.2.2.

⁸⁵⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 628. Siehe auch: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 635. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 677f.

Nutzung von (parteinahen) Bildungs- oder Forschungseinrichtungen zum Beschaffen und Austauschen von Informationen.⁸⁵⁶ Auch hier ist ein informeller Austausch vorrangig, wobei die Bildungseinrichtungen oder Forschungsinstitute durchaus Teil von Netzwerken sein können. Dennoch ist dies auch als ein Vorteil für die politischen Akteure zu benennen.

Grundsätzlich nutzen auch die Stadträte der strukturstarken Kommunen keine Netzwerke im eigentlichen Sinne, jedoch bescheinigen alle ihnen einen positiven Nutzen. Allein dieser Aspekt ist schon ein deutlicher Unterschied zu den politischen Akteuren der strukturschwachen Kommunen. Darüber hinaus nennen alle mindestens einen Weg, wie sie sich austauschen oder versuchen Informationen zu bekommen. Auch wenn dies keine Netzwerke sind, ist der Gebrauch dieser Kommunikationswege trotzdem wünschenswert für selbstbestimmte Politik. Und auch hierin liegt ein Gegensatz zu den strukturschwachen Kommunen. Dort wurden solche Kommunikationswege nur in einem Fall genutzt. Die anderen hielten es für überflüssig.

Erwähnt werden muss auch, dass auch hier die fehlende Zeit - neben Beruf, Politik und Stadtratstätigkeit - angesprochen wurde. Die Arbeitsbelastung, auch bei strukturstarken Kommunen, ist hoch und eine Netzwerkarbeit außerhalb der persönlichen Kontakte durch Beruf und Hobby kaum zu leisten. Aus diesem Grund ist die informelle Kommunikation, die die befragten Mitglieder der Stadträte aus strukturstarken Kommunen angaben, nicht zu unterschätzen. In wieweit diese Kommunikationswege tatsächlich genutzt werden, bleibt offen und kann auch durch andere Studien nicht beantwortet werden.⁸⁵⁷

8.4.6 Nutzung von Bildungsangeboten

Neben der Wahrnehmung des Gestaltungsrahmens ist die Nutzung von Bildungsangeboten ein weiterer deutlicher Unterschied zwischen politischen Akteuren aus strukturschwachen und strukturstarken Gemeinden. Die Mitglieder

⁸⁵⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 662f.

⁸⁵⁷ Maier/ Schmitt betonen ebenfalls den gegenseitigen Nutzen für Vereine und Politiker, wobei auch sie nicht klären konnten, ob dieser mögliche Nutzen auch wirklich wahrgenommen wird. Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 123f.

der Stadträte von Jena und Freising nutzten, im Gegensatz zu ihren Vertretern aus strukturschwachen Kommunen, überhaupt Bildungsangebote.⁸⁵⁸

Zwar sind es auch hier längst nicht alle Stadträte die an Bildungsprogrammen teilnehmen, aber immerhin 50% gaben an, schon einmal Seminare für ihre politische Tätigkeit besucht zu haben.⁸⁵⁹ Zudem wurde nicht der Vorwurf laut, dass solche politischen Fortbildungsprogramme sinnlos seien. Dies war von den Akteuren aus den strukturschwachen Kommunen genannt worden.

Betrachtet man die Art der besuchten Seminare und die Anbieter fällt auch eine geringe Vielfalt auf. Als Veranstalter solcher Bildungsangebote wurden das Bayrische Selbstverwaltungskolleg und die parteinahe Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) genannt.⁸⁶⁰ Das Bayrische Selbstverwaltungskolleg (BSVK) ist eine staatliche Einrichtung, deren Angebote sich explizit und ausschließlich an Kommunalpolitiker aller Ebenen (Gemeinde, Stadt, Kreis und Bezirk) richten und dabei auch an Bürgermeister.⁸⁶¹ Ziel ist es, die Akteure mit den wichtigsten Fragestellung vertraut zu machen, mit denen sie während ihrer Amtszeit zu tun haben. Dazu gehören Kommunalrecht, Kommunalfinanzen, Baurecht, Umweltrecht, öffentliche Sicherheit, Jugend- und Altenpflege sowie Bildung und Kultur.⁸⁶² Die HSS bietet ebenfalls Seminare speziell für Kommunalpolitiker an, die deutlich breiter gefächert sind, wie Wahlkampfmanagement, Rhetorik oder richtiges Auftreten. Daneben gibt es aber auch inhaltliche Seminare zum Haushaltswesen, zur Doppik, zum Kommunalabgabengesetz oder zum Kommunalrecht.⁸⁶³

⁸⁵⁸ Die Oberbürgermeister wurden wieder außen vor gelassen, da sie Politik hauptamtlich betreiben und daher Fortbildungen immer in einem beruflichen Zusammenhang gesehen werden müsste.

⁸⁵⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 629. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 663f.

⁸⁶⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 663.

⁸⁶¹ Wobei allerdings vornehmlich ehrenamtlich tätige Bürgermeister für solche Seminare gewonnen werden sollen. Vgl. die Angaben des BSVK auf der eigenen Internetseite: <http://www.bsvk.info/index.htm>; am 30.1.2014.

⁸⁶² Vgl. die Angaben des BSVK auf der eigenen Internetseite: http://www.bsvk.info/thema_seminare.php; am 30.1.2014.

⁸⁶³ Vgl. die Angaben der HSS auf der eigenen Internetseite: <https://www.hss.de/veranstaltungen.html>; am 30.1.2014.

Bemerkenswert bei der Nennung der Hanns-Seidel-Stiftung war, dass sie von keinem CSU-Mitglied kam.⁸⁶⁴ Somit scheint hier sogar über die Parteigrenzen hinaus die Bereitschaft für Bildungsangebote zu bestehen. Verallgemeinern lässt sich dies aufgrund der geringen Anzahl an befragten Personen nicht. Trotzdem bleibt ein positiver Eindruck.

Darüber hinaus wurden nicht nur besuchte Kurse zur Doppik genannt, wie bei den strukturschwachen Kommunen, sondern auch zu Themen der Selbstverwaltung oder Rhetorik.⁸⁶⁵ Demnach auch wichtige grundlegende Aspekte für die Arbeit als Kommunalpolitiker und für die Kommunikation mit den Bürgern.

Daher werden bei den Akteuren aus den strukturstarken Gemeinden nicht nur eher Bildungsangebote besucht, sondern auch in breiterer Vielfalt. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den Ergebnissen der strukturschwachen Kommunen.

Allerdings blieb der Zeit- und Geldaspekt auch hier ein wesentlicher Kritikpunkt. Einer der Befragten gab an, dass er solche Seminare aus Zeitgründen nicht wahrnehmen könnte, da er als Selbstständiger neben Beruf und Politik kaum Zeit finde.⁸⁶⁶ Eine weitere Befragte gab an, dass Bildungsangebote immer auch eine Frage von Zeit und Geld sei.⁸⁶⁷ Diese Problematik war bereits bei den strukturschwachen Gemeinden angeklungen und findet hier Bestätigung. Wie oben bereits erwähnt, kommen auch mehrere Studien zu dem Schluss, dass die Arbeitsbelastung eines Kommunalpolitikers sich kaum mehr von denen eines Landespolitikers unterscheiden, diese aber im Unterschied zu Kommunalpolitikern hauptberuflich Politik betreiben. Demnach kämen Kommunalpolitiker teilweise zwei hauptberuflichen Tätigkeiten nach.⁸⁶⁸

⁸⁶⁴ Interviewpartnerin Nr. 18, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Freisinger Stadtrat, gab an auch Seminare der HSS zu nutzen. Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 663.

⁸⁶⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 629.

⁸⁶⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 677.

⁸⁶⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 664.

⁸⁶⁸ Vgl.: Reiser: Ehrenamt und Berufspolitik; S. 96ff. Siehe auch: Schröder: Kommunalpolitikerinnen & Kommunalpolitiker; S. 10- 11.

Der Faktor Geld kann wohl vernachlässigt werden. Gute Seminare sind zwar teuer, aber im Einzelfall durchaus leistbar. Zumal die Seminare des BSVK beispielsweise kostenlos sind.⁸⁶⁹ Der Zeitaspekt wird wahrscheinlich der vorrangige sein.

Das hohe Arbeitspensum betrifft natürlich alle kommunalpolitische Akteure und wird auch von allen so wahrgenommen. Wer den Ruf nach besser ausgebildeten Kommunalpolitikern ausspricht, muss gleichzeitig auch eine Reform hinsichtlich der Arbeitsbelastung fordern. Eine Professionalisierung der Kommunalpolitik bedingt immer beide Aspekte.

8.4.7 Kreativität

Die Untersuchung der strukturschwachen Kommunen zeigte ein fatales Ergebnis hinsichtlich der Kreativität. Wenn überhaupt scheinen nur die Oberbürgermeister in der Lage und/ oder gewillt zu sein, neue Ansätze auszuprobieren oder vorzuschlagen. Von den Stadträten gingen in dieser Hinsicht, zumindest äußerten sie sich nicht derartig, kaum Ideen aus.

Bei den strukturstarken Kommunen scheinen die kommunalen Akteure wesentlich kreativeres Potenzial in sich zu haben. Von den 6 Befragten bescheinigen 4 sich oder ihrer Kommune Kreativität im Umgang mit bestehenden Herausforderungen.⁸⁷⁰ Wobei jedoch auch hier beide Oberbürgermeister zu finden sind und davon ausgegangen werden kann, dass es grundsätzlich für die Kommunalverwaltung einfacher ist, innovative Ideen zu entwickeln. Dies verwundert auf der einen Seite nicht, da die meisten Beschlüsse von der Verwaltung erarbeitet werden und neue Ideen daher auch vorrangig von ihnen stammen.⁸⁷¹ Darüber hinaus bestätigten auch 2 der Stadträte ihrer Kommune Innovationspotenzial, wobei jedoch offen blieb, inwieweit der Stadtrat bei der

⁸⁶⁹ Vgl. Angaben auf der Internetseite des Bayrischen Selbstverwaltungskollegs: <http://www.bsvk.info>; am 30.1.2014.

⁸⁷⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 612f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 626. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 639ff. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 656.

⁸⁷¹ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 219.

Ideengebung beteiligt war. Zumindest haben sie es durch die Verabschiedung im Rat unterstützt.

Um eigene Ziele zu verwirklichen, die nach dem üblichen Verfahren kaum denkbar gewesen wären, haben beide Gemeinden sehr unterschiedliche Wege genutzt. In Freising wurde die Bevölkerung genutzt, um die dritte Startbahn des Münchner Flughafens zu verhindern. Der Flughafen und die Regierung Oberbayern beschlossen 2011 den Ausbau des Flughafen Münchens durch eine dritte Startbahn.⁸⁷² Da Teile des Flughafens auch auf dem Gemeindegebiet von Freising liegen, betrifft der Ausbau die Kommune direkt, auch wenn der Neubau lediglich an Freising angrenzt.⁸⁷³ Da neben dem Bund und dem Land Bayern nur die Stadt München Anteilseigner des Flughafens ist, waren 2012 nur Münchner Bürger zum Bürgerentscheid zugelassen, um über die dritte Startbahn zu entscheiden.⁸⁷⁴ Freisinger Gegner der dritten Startbahn haben, in Zusammenarbeit mit den Politikern der Kommune, Foren gegründet, um die Münchner aktiv zum Urnengang zu bewegen.⁸⁷⁵ Die politischen Akteure unterstützten beispielsweise eine Postkartenaktion der Bürgerbewegungen, bei denen Freisinger Postkarten an Münchner Bekannte schickten, um sie zu motivieren an dem Bürgerentscheid teilzunehmen und mit „nein“ zu stimmen. Dies war die einzige Möglichkeit kostengünstig die eigene Politik - den Stopp der dritten Startbahn - durchzusetzen. Was letztendlich auch erfolgreich war.⁸⁷⁶

Darüber hinaus wurden in Freising im Kulturbereich einige Fördervereine gegründet, die wesentlich besser Geldmittel akquirieren und nutzen können, als

⁸⁷² Siehe Angaben des Flughafens auf der eigenen Internetseite: <http://www.muc-ausbau.de/bahn3/index.jsp>; am 31.1.2014.

⁸⁷³ Siehe Lageplan der Münchner Flughafengesellschaft. Gefunden unter: <http://www.muc-ausbau.de/media/downloads/lageplan5b.pdf>; am 31.1.2014.

⁸⁷⁴ Vgl.: Dörfer, Tobias: Warum werden nur die Münchner befragt?; in: Süddeutsche-Online (6.6.2012). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/buergerentscheid-zur-dritten-startbahn-wie-muenchen-zur-vetomacht-wird-1.1266593-2>; am 31.1.2014.

⁸⁷⁵ Eine der bekanntesten Gruppen in diesem Zusammenhang ist das Aktionsbündnis Aufge-MUCkt, deren Ursprünge in Freising liegen. Vgl. hierzu die Angaben auf der Internetseite des Bündnisses: <http://keine-startbahn3.de/category/aktuelles/>; am 31.1.2014.

⁸⁷⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 639f.

die Kommune diese Einrichtung fördern könnte.⁸⁷⁷ Auch hierfür ist natürlich das Bürgerengagement notwendig.

In Jena ist man den Weg der Ausgliederung von kommunalen Leistungen gegangen. So wurden 4 Eigenbetriebe gegründet: Kommunale Immobilien Jena (KIJ), *jenarbeit*, Kommunalservice Jena (KSJ) und JenaKultur. Die KIJ kümmert sich um sämtliche Belange in Bezug auf städtische Immobilien, wie die Vermietung von städtischen Gebäuden oder Sportplätzen, die Instandhaltung sowie die Planung von Bauvorhaben.⁸⁷⁸ Bei *jenarbeit* handelt es sich um das Jobcenter der Stadt, welches sich um die Existenzsicherung im Rahmen des Arbeitslosengeld II kümmert sowie um die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.⁸⁷⁹ Der KSJ nimmt alle Dienstleistungen im Rahmen der Entsorgung, Straßenwacht, Flächenverwaltung und den Winterdienst wahr.⁸⁸⁰ Der JenaKultur obliegen alle Angebote bezüglich Kultur, Tourismus und Marketing der Stadt, wie Verkauf von Eintrittskarten, Förderung von kulturellen Vereinen, Stadtführungen und die Betreuung kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen.⁸⁸¹ Die Ausgliederung der Abfallentsorgung ist laut Daten des Forschungsprojektes „Evaluation kommunaler Verwaltungsmodernisierung“ in 30% aller befragten Kommunen geschehen,⁸⁸² wobei jedoch das Jenaer Modell mit der Ausgliederung derart vielfältiger kommunaler Leistungen die Ausnahme darstellen wird. Die Ausgliederungen von Eigenbetrieben ermöglicht eine finanzielle Entlastung für die kommunalen Haushalte, da sie nicht direkt zum Kernhaushalt einer Kommune gehören und damit wirtschaftlich frei agieren können.⁸⁸³ Kommt es jedoch zu Fehlinvestitionen, kann die Stadt als Haupt-

⁸⁷⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 656.

⁸⁷⁸ Siehe hierzu die Angaben auf der Internetseite des Betriebes: http://www.kij.de/de/Unternehmen/Wir_ueber_uns/45546; am 2.2.2014.

⁸⁷⁹ Siehe hierzu die Angaben auf der Internetseite des Betriebes: http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/eigenbetriebe/jenarbeit/fachdienst_fallmanagement/259895; am 2.2.2014.

⁸⁸⁰ Siehe hierzu die Angaben auf der Internetseite des Betriebes: http://www.ksj.jena.de/sixcms/detail.php?id=84490&_nav_id1=84346; am 2.2.2014.

⁸⁸¹ Siehe hierzu die Angaben auf der Internetseite des Betriebes: <http://www.jena.de/de/154518>; am 2.2.2014.

⁸⁸² Zitiert nach: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 95.

⁸⁸³ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 197. Siehe auch: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 98.

anteileigner jedoch schnell finanziellen Schiffbruch erleiden. Zudem ist die Gemeinde für Eigenbetriebe und kommunale Unternehmen haftbar.⁸⁸⁴ Darüber hinaus verliert die Stadt auch an Mitspracherecht in den ausgelagerten Bereichen, je nach Anteilsart.⁸⁸⁵ In Jena scheint sich das System zu bewähren, da alle Eigenbetriebe der Stadt bis jetzt rentabel wirtschaften.⁸⁸⁶ Dies zeigt natürlich nur eine begrenzte Kreativität, da das Modell kommunale Dienstleistungen in Eigenbetriebe auszulagern nicht neu ist. Wenn es in Jena auch eine neue Qualität erreicht hat. Dies ist zumindest die Aussage der befragten politischen Akteure.⁸⁸⁷

Wichtiger Aspekt für Kreativität ist die Bürgerbeteiligung. Die Mobilisierung der Bevölkerung in Freising sowie die Nutzung von Fördervereinen ebenfalls in Freising zeigten dies. Auch Jena praktiziert eine starke Form der Bürgerbeteiligung durch ihren Bürgerhaushalt, der jedoch in den Interviews nicht angeklungen ist. Der Bürgerhaushalt in Jena ermöglicht es den Einwohnern einen gewissen Teil des jährlichen kommunalen Haushaltes selbst zu gestalten.⁸⁸⁸ Dies ist natürlich ein besonderer Aspekt der direkten Demokratie.

In beiden Fällen verliert die Kommune in gewisser Weise einen Teil ihrer Weisungsgewalt, kann aber durch das Einbringen zahlreicher Stimmen und Ideen nur gewinnen. Mit der Unterstützung von Vereinen oder Bürgerinitiativen in jeglicher Hinsicht - finanziell, Stellung von Räumen, Genehmigungen für Veranstaltungen, und vieles mehr - lässt sich trotzdem auch Einfluss ausüben.

⁸⁸⁴ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 199.

⁸⁸⁵ Vgl.: Bogumil/ Holtkamp: Kommunalverwaltung; S. 99.

⁸⁸⁶ Vgl.: Beier, Thomas: Lobesorgien für die Eigenbetriebe im Jenaer Stadtrat; in: TLZ-Online (22.02.2012). Gefunden unter: <http://jena.tlz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/Lobesorgien-fuer-die-Eigenbetriebe-im-Jenaer-Stadtrat-1034518243>; am 2.2.2014.

⁸⁸⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 612f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 626.

⁸⁸⁸ Indem sie eine eigene Gewichtung bei der Verteilung der kommunalen Finanzen angeben können. Vgl.: http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat2/buergerhaushalt/285389; am 2.2.2014. Jedes Jahr steht ein Finanzposten im Mittelpunkt, so war es 2011 die Kultur (Vgl.: http://www.jena.de/fm/1727/bhh_broschuere_2011.pdf; am 2.2.2014.), 2012 die Kinderbetreuung (Vgl.: http://www.jena.de/fm/1727/bhh_broschuere_2012.pdf; am 2.2.2014.) und 2013 der Sport (Vgl.: http://www.jena.de/fm/1727/BHH_Broschur_2013_Einzelseiten_Muster.pdf; am 2.2.2014.) bei dem die Bürgerinnen und Bürger entscheiden konnten, wie das Geld für diesen Bereich aufzuteilen ist. Die Teilnahme ist allen Bürgern per Post oder Internet möglich.

Die Frage bleibt, ob sich dies nur „bessere“ Kommunen leisten können oder ob dies auch für strukturschwache Gemeinden durchaus eine Option wäre.

8.5 Reich aber unsexy?

Kapitel 7 hat gezeigt, dass die kommunalpolitischen Akteure aus strukturschwachen Regionen ihre Stadt kaum als „sexy“ empfinden. Grund für diese Einschätzung ist die Haushaltslage ihrer Kommune. Gemeinden mit besserer Haushaltssituation müssten sich demnach logischerweise „sexy“ fühlen und für die Zukunft gestärkt.

Die Interviews bestätigen diese Annahme nur teilweise, denn immerhin sprachen auch hier 5 der 6 Befragten die eigene finanzielle Situation bereits vor der expliziten Frage danach an.⁸⁸⁹ Die Quote ist damit sogar höher als bei den strukturschwachen Kommunen. Zudem wird die Haushaltslage ebenfalls als angespannt beurteilt und als nicht zukunftsfähig ausgewiesen, jedoch bei weitem nicht so absolut, wie es die strukturschwachen Kommunen getan haben. Aber auch die strukturstarken Gemeinden sehen sich nicht uneingeschränkt für die Zukunft gesichert. Der finanzielle Druck ist bei allen deutschen Gemeinden zu spüren, die Lage bei den strukturstarken Kommunen ist zur Zeit noch stabil. Die Frage bleibt, auch bei den Akteuren selber, wie lange dies noch der Fall ist.⁸⁹⁰

Aufgrund der stabileren Finanzen sehen die politischen Akteure aus strukturstarken Gemeinden wesentlich mehr Gestaltungsspielraum und Handlungsfähigkeit für ihre eigene Politik. Daher werden sie auch automatisch mehr in die individuellen Kompetenzen investieren, da diese entscheidend sind und nicht äußere Faktoren. Der große Unterschied zwischen den Entscheidungsträgern aus strukturschwachen und strukturstarken Kommunen bestand somit in der Nutzung von Netzwerken, Bildungsangeboten und Kreativität für ih-

⁸⁸⁹ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 617f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 625. Siehe auch: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 631. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 641. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 671.

⁸⁹⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 631.

re Tätigkeit. Jedoch bestanden auch Abweichungen unter den Akteuren aus strukturstarken Kommunen.

Da die individuellen Faktoren so wesentlich sind für die Unterscheidung der strukturstarken Gemeinden, ergab sich aus diesem Aspekt heraus eine Unterteilung in zwei Typen von kommunalen Entscheidungsträgern.

8.5.1 Typ C - Kommunalpolitiker mit geringem Gestaltungspotenzial

Maßgeblich für die Unterscheidung der beiden Typen sind die individuellen Faktoren. Die kommunalen Entscheidungsträger des ersten Typus zeigen keine positive Ausgestaltung ihrer individuellen Kapazitäten, während die des zweiten Typus dies tun.

Ursache ist, dass sie die Haushaltslage als kritisch und angespannt sehen, ohne sie vollkommen einzuschränken. Jedoch grenzen sie den eigenen Gestaltungsrahmen ähnlich ein, wie dies Typ A tut. Selbstständiges Agieren halten sie generell für möglich, sehen aber starke Zwänge bei ihren Handlungen. Vor allem nennen die kommunalpolitischen Akteure die Haushaltskonsolidierung als bedeutenden Einfluss auf die eigene Politik.⁸⁹¹ Die geringere Wahrnehmung ihrer eigenen Handlungsfähigkeit, wirkt sich sofort auf die individuellen Faktoren aus.

Sobald die eigene wahrgenommene Gestaltungskraft abnimmt, aufgrund äußerer, kaum beeinflussbarer, Strukturen, rücken auch die eigenen Möglichkeiten in den Hintergrund. Je weniger man selbst handeln kann, desto weniger wird man auch in das politische Amt investieren, da es aufgrund der eigenen Wahrnehmung keinen Sinn macht. Daraus ergibt sich, dass sich bei der Nutzung von Netzwerken, Bildungsangeboten und der Kreativität ein ähnliches Bild zeichnet, wie bei den Typen der strukturschwachen Kommunen.

Netzwerke werden nicht genutzt. Dies liegt vor allem daran, dass kein Oberbürgermeister dieser Kategorie zuzuordnen war. Zum anderen aber auch, dass

⁸⁹¹ Vgl.: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 631f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 672 u. 674.

die Stadträte noch einmal weniger persönliche Kontakte angaben als Netzwerke. Wenn wurden nur parteiinterne Kontakte auf Kreisebene oder geschäftliche Kontakte genannt. Grundsätzlich wurde aber eine Teilhabe an Netzwerken verneint.⁸⁹²

Bei dem Besuchen von Fortbildungen im Rahmen ihrer politischen Ämter oder irgendeiner Art von Innovation war die Gemeinsamkeit mit den Typen der strukturschwachen Kommunen deutlicher: Kommunale Handlungsträger diesen Typus bilden sich nicht fort und zeigten auch keine Kreativität.⁸⁹³ Auch wenn dies nicht so explizit genannt wird, wird dies für sie keine vorrangige Rolle spielen, da sie ihren eigenen Einfluss eingeschränkt sehen. Auffällig ist jedoch, dass sie eigentlich eine stärkere Wahrnehmung der eigenen Handlungsfähigkeit besitzen als die Typen A und B, aber dennoch eine stark eingeschränkte Nutzung der individuellen Fähigkeiten haben. Vergleicht man sie mit Typ D, dann ist die Handlungsfähigkeit nur minimal geringer. Denkbar ist daher, dass es nicht nur der eigene Gestaltungsrahmen ist, sondern vor allem Charakterzüge eines jeden Einzelnen, welche innovative Ideen entstehen lassen oder eben nicht. Diese Charaktermerkmale lassen sich allerdings schwer messen und wahrscheinlich noch weniger positiv stimulieren. Es wird demnach immer eine gewisse Politikergruppe auf kommunaler Ebene geben, die weniger befähigt ist Lernprozesse zu vollziehen.

In den Kategorien Problemwahrnehmung und kommunale Arbeit gab es keine Unterschiede zu den anderen Typen.

Es lässt sich festhalten, dass die kommunalpolitischen Akteure des letzten Typus aufgrund der geringeren registrierten Gestaltungsmöglichkeit, weniger in ihre eigenen Fähigkeiten investieren und daher auch eine geringere Lernfähigkeit aufweisen werden.

⁸⁹² Vgl.: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 635. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 677.

⁸⁹³ Vgl.: Anhang 4: Interview 16; S. 631- 636; hier S. 635. Siehe auch: Anhang 4: Interview 19; S. 670- 684; hier S. 677.

Zu dieser Kategorie von Kommunalpolitikern können nur 2 der befragten Akteure gezählt werden.⁸⁹⁴ Wie bei den Typen der strukturschwachen Kommunen sind Herkunft, Alter, Parteizugehörigkeit, Dauer der politischen Arbeit in keiner Weise Einflussfaktoren für die Einordnung in diese Kategorie. Es sind vornehmlich die durch Charakter und Mentalität mitgebrachten individuellen Eigenschaften, welche dafür sorgen, dass die Handlungsträger in die einzelnen Gruppen zu sortieren sind. Lediglich die Zugehörigkeit zur Verwaltung (inklusive Bürgermeister) oder zum Stadtrat scheint sich auf das politische Handeln der Individuen auszuwirken. Je größer der eigene Einfluss, der bei Verwaltung und Bürgermeister deutlich höher ist,⁸⁹⁵ desto größer auch der eigene Wille, sich am politischen Weg der Kommune zu beteiligen und desto größer im Endeffekt auch das Lernpotenzial.

Inwieweit dieser Typus wirklich existiert und ob es wirklich den Unterschied beim Gestaltungsrahmen und den individuellen Kategorien bei den strukturstarken Kommunen gibt, müsste anhand einer größeren Auswahlmenge untersucht werden. Bei der Einteilung handelt es sich um Realtypen aufgrund der getroffenen Erkenntnisse, die in der Wirklichkeit allerdings verschwimmen können. Zumal der registrierte Unterschied bei den befragten Personen auch nur sehr schwach war. Eine Tendenz bezüglich des großen Einflusses von persönlichen Charaktereigenschaften lässt sich aber trotzdem festhalten. Somit liegen einige Erklärungen für das Verhalten von Politikern einfach außerhalb des empirisch messbaren.

8.5.2 Typ D - Kommunalpolitiker mit ausgeprägter kreativen Handlungsmaxime

Die Ausgangslage für den Typ D ist dieselbe: Auch sie sehen die Haushaltslage kritisch, ohne dabei allerdings in ihr ein einschränkendes oder abhängig

⁸⁹⁴ Zum Typ C sind einzuordnen Interview Nr. 16 (S. 631- 636) und Interview Nr. 19 (S. 670- 684).

⁸⁹⁵ Aufgrund der bereits beschriebenen Tatsache, dass vor allem die Verwaltung Beschlüsse vorbereitet und in den Rat einbringt als auch dessen, dass der Bürgermeister Teil der Verwaltung und der Politik ist und somit eine Doppelfunktion einnimmt. Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 129 u. 226.

machendes Momentum zu sehen. Die finanzielle Situation wurde unter anderem als „angespannt, aber handlungsfähig“ bezeichnet.⁸⁹⁶ Dieses Zitat zeigt sehr deutlich, dass sich der Haushalt für die politischen Akteure nicht auf den Handlungsspielraum auswirkt. Im Gegenteil, die Kommunalpolitiker gaben sogar an, dass sie umfassende Gestaltungsmöglichkeit besitzen.⁸⁹⁷ Von einem der Befragten wurde darüber hinaus diese Tatsache explizit auf den Stadtrat ausgeweitet, dass es gerade diese Ebene sei, bei der es Transparenz gibt und mehr Möglichkeiten, sich zu engagieren.⁸⁹⁸ Dafür wäre allerdings ein starker Stadtrat notwendig, der sich dafür einsetzen muss, „dass sich die Verwaltung nicht in die Politik einmischt“.⁸⁹⁹

Darüber hinaus wurden natürlich auch einschränkende Merkmale, wie beispielsweise Landespolitik, genannt.⁹⁰⁰ Gleichwohl schienen sie sich auf die gefühlte gesamte Gestaltungsmöglichkeit der kommunalen Akteure kaum auszuwirken.

Aufgrund der Wahrnehmung eigener Stärke und eigenen Schaffens, sind die kommunalen Akteure diesen Typus wahrscheinlich eher dazu geneigt ihre eigenen Fähigkeiten auszubauen. Wenn man der Meinung ist, etwas durch sein eigenes Handeln bewegen zu können, wird man auch das eigene Handeln viel intensiver hinterfragen und verbessern wollen. Im Sinne einer positiven selbsterfüllenden Prophezeiung. Verbessern wird man es nur können, in dem man seine eigenen Fähigkeiten verbessert, da es nur diese sind, die direkten Einfluss auf das eigene Handeln haben. Es verwundert also nicht, dass diese Gruppe kommunalpolitischer Akteure Netzwerke nutzt, um Informationen zu erhalten, auszutauschen oder Lösungsansätze zu finden.⁹⁰¹ Jedoch muss dieser Indikator eingeschränkt werden, da alle befragten Oberbürgermeister in diesen Typus einzuordnen sind und diese - wie mehrfach erwähnt - grundsätzlich mehr Netz-

⁸⁹⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 653.

⁸⁹⁷ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 617f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 639. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 656f.

⁸⁹⁸ Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 656.

⁸⁹⁹ Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 657.

⁹⁰⁰ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 618. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 641.

⁹⁰¹ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 621f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 649ff.

werke nutzen als Stadträte. Die in Typ D fallende Stadträten nutzen vor allem persönliche Kontakte als Austauschmedium und nicht fest verankerte Netzwerke. Allerdings standen diese Kontakte immer in einem politischen Bezug.⁹⁰²

Deutlicher wird die Abgrenzung diesen Typus zu den anderen in der Bereitschaft an Seminaren und Fortbildungen für das politische Amt teilzunehmen. Beide in diese Kategorie fallenden Stadträte besuchten bereits mehrfach unterschiedlichste Bildungsangebote, um das eigene Mandat und die eigenen Fähigkeiten weiterzuentwickeln.⁹⁰³ Man kann nicht von einer übermäßigen Inanspruchnahme reden, aber in Anbetracht der Tatsache, dass Kommunalpolitik rein ehrenamtliches Engagement ist, welches viel Zeit in Anspruch nimmt und nur bedingt Freizeit lässt, ist grundsätzlich kaum eine hohe Teilnahme zu erwarten. Es fehlt schlicht und einfach die Zeit.⁹⁰⁴

Der aber markanteste Unterschied zu kommunalen Handlungsträgern der anderen Typen ist die Kreativität in ihrem Handeln und auch das Wahrnehmen eben dieser. Wegweisend für die Kreativität des politischen Agierens war vor allem das Ausschöpfen des Bürgerkapitals der Kommune, durch Bürgerinitiativen, Fördervereine oder Bürgerhaushalt.⁹⁰⁵ Diese Kapazität scheint ein erfolgreicher Weg zu sein, Ziele zu erreichen ohne durch Gesetze und Vorgaben des Bundes oder des Landes eingeschränkt zu werden.

In den Kategorien Problemwahrnehmung und kommunale Arbeit gab es ebenfalls keine Abweichungen zu den anderen Typen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der positivere finanzielle Rahmen sich doch auswirkt. Indem sie Gestaltungsspielraum für ihre Politik sehen, sind die Akteure diesen Typs bereit durch Fortbildungen und Kreativität den gewohnten Weg zu verlassen und innovative Ideen zu verwirklichen. Dabei ist völlig unerheblich, dass sie die finanzielle Situation durchaus auch kritisch se-

⁹⁰² Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 662f.

⁹⁰³ Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 629. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 663f.

⁹⁰⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 664.

⁹⁰⁵ Vgl.: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 612f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 626. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 639f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 656.

hen.⁹⁰⁶ Dadurch, dass die Lage zur Zeit noch handhabbar ist, ist für sie auch noch genug Handlungsspielraum vorhanden. Aufgrund dessen, dass sie eigenständiges Agieren für möglich halten, sind auch Lernprozesse im Sinne des *Kommunalen Lernens* denkbar. Sie sind nicht nur denkbar, sondern anscheinend werden auch Lernprozesse gemacht, da der Bereich Kreativität deutlich dafür spricht.

Insgesamt können 4 der 6 befragten Politiker aus strukturstarken Gemeinden zu dem Typ D zugeordnet werden.⁹⁰⁷ Wie bei den strukturschwachen Kategorien ist es auch hier unerheblich, ob die Akteure aus Großstädten oder Mittelstädten kommen.⁹⁰⁸ Es bestätigt sich, dass der Gestaltungsrahmen weniger durch übergeordnete Verwaltungsebenen beeinflusst wird, sondern mehr durch finanzielle Abhängigkeit. Wie auch bei den strukturschwachen Kommunen sehen die strukturstarken Kommunen in der Landesebene den größten Einflussfaktor und dieser ist unabhängig von der Größe der Kommune.⁹⁰⁹

Es gibt auch keinen Unterschied bezüglich der Herkunft der Befragten. Sowohl 2 der interviewten Akteure waren aus dem ostdeutschen Jena⁹¹⁰ und 2 aus dem westdeutschen Freising⁹¹¹. Daher spielen auch Unterschiede bei der Sozialisierung keinerlei Rolle. Es ist bedeutungslos, ob die politischen Akteure durch das politische System der BRD oder der DDR beeinflusst wurden.

Das gleiche gilt für das Alter der kommunalen Entscheidungsträger sowie deren politische Laufbahn. Für die Lernfähigkeit ist es sekundär, ob jemand jung und erst seit kurzem politische aktiv ist oder bereits länger das politische Amt inne hat.⁹¹² Die Hypothese, dass vornehmlich junge Personen oder

⁹⁰⁶ Vgl.: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 629. Siehe auch: Anhang 4: Interview 17; S. 637- 654; hier S. 653.

⁹⁰⁷ Zum Typ D können Interview Nr. 14 (S. 612- 624), Nr. 15 (S. 625- 630), Nr. 17 (S. 637- 654) und Nr. 18 (S. 655- 669) gezählt werden.

⁹⁰⁸ Zwei der vier Befragten kamen aus Jena (Interview Nr. 14 und Nr. 15) und die beiden anderen aus Freising (Interview Nr. 17 und Nr. 18), damit waren beide Größentypen paritätisch vertreten.

⁹⁰⁹ Vgl. beispielhaft: Anhang 4: Interview 15; S. 625- 630; hier S. 627. Siehe auch: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 658.

⁹¹⁰ Aus Jena kamen Interview Nr. 14 (S. 612- 624) und Nr. 15 (S. 625- 630).

⁹¹¹ Aus Freising kamen Interview Nr. 17 (S. 637- 654) und Nr. 18 (S. 655- 669).

⁹¹² Der Oberbürgermeister von Freising Tobias Eschenbacher trat erst im März 2012 dieses Amt an, war vorher allerdings im Stadtrat tätig. Auch mit 36 Jahren gehört er eindeutig zu jüngeren politischen Garde. Siehe hierzu die biographischen Angaben auf der In-

Personen die neu in der Politik sind noch kreativer und innovativer sind, kann demnach nicht bestätigt werden.

Eine Aussage über eine parteipolitische Präferenz hinsichtlich der Lernfähigkeit lässt sich aufgrund der geringen Fallmenge kaum treffen. Es zeigt sich eine leichte Tendenz zu kleinen Parteien, da 2 der hier einzuordnenden Akteure Mitglieder der Bündnis 90/ die Grünen sind. Jedoch waren grundsätzlich bei den Befragten der strukturstarken Kommunen nur jeweils ein Vertreter der beiden großen Parteien CDU und SPD. Um dies zu bestätigen müsste eine qualitative Analyse mit einer größeren Anzahl an Kommunalpolitikern stattfinden.

Es lässt sich jedoch feststellen, dass beide befragte Oberbürgermeister zu diesem Typ zu zählen sind. Damit scheint die Verwaltung und mit ihr die Oberbürgermeister eher lernfähig zu sein als Stadträte. Diese Tendenz zeigte sich bereits bei den beiden Typen der Kommunalpolitiker aus strukturschwachen Gemeinden. Dank ihrer doppelten Funktion im kommunalen System, als Teil der Verwaltung und Politik, haben Bürgermeister auch den größten Einfluss auf die Geschicke einer Kommune.⁹¹³ Diesen nehmen sie natürlich auch wahr und nutzen den Spielraum aufgrund dieser positiven Sicht auch mehr aus. Stadträten fällt dies deutlich schwerer und sie bedürfen einer stärkeren „Mentalität“.⁹¹⁴ Es zeigt sich, dass der wahrgenommene Gestaltungsrahmen mit der Stabilität der Finanzen steigt. Daher ist die Lernfähigkeit des Typ D deutlich höher als bei Typ B.

Sowohl die kommunalen Entscheidungsträger aus strukturschwachen als auch aus strukturstarken Kommune haben gezeigt, dass die Nutzung individueller Faktoren - und damit die Lernfähigkeit - stark vom wahrgenommenen Gestaltungsrahmen abhängig ist. Dabei spielt es weniger eine Rolle, inwieweit der Gestaltungsrahmen wirklich eingeschränkt ist, sondern vielmehr wie es die einzelnen Politiker empfinden. Ansonsten würde sich nicht der Unterschied

ternetseite seiner Partei: <http://www.freisinger-mitte.de/tobias-eschenbacher.html>; am 4.2.2014. Im Gegensatz hierzu ist der Jenaer Bürgermeister bereits in seiner 2. Amtszeit und hat mit 58 Jahren ein „typisches“ Politikeralter. Siehe hierzu die biographischen Angaben der Stadt Jena auf ihrer Internetseite: http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat1/oberbuergmeister/portraet_/233674; am 4.2.2014.

⁹¹³ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 129.

⁹¹⁴ Vgl.: Anhang 4: Interview 18; S. 655- 669; hier S. 657.

zwischen den einzelnen Typen erklären. Wie die eigene Handlungsfähigkeit gesehen wird, hängt aber von der finanziellen Situation der Kommune ab. Auch hier scheint das subjektive Empfinden wesentlich wichtiger zu sein für das tatsächliche Agieren, als die objektive Messung. Zwar ist ein klarer Unterschied zwischen strukturschwachen und strukturstarken Kommunen auszumachen, der auf den objektiven Daten beruht, aber eben auch eine Diskrepanz zwischen den Akteuren aus strukturschwachen Gemeinden - selbst aus denselben Städten entwickeln sich unterschiedliche Meinungen heraus. Dies bestätigt die These, dass Menschen Menschen sind, die sich nicht umfassend empirisch analysieren lassen. Dennoch weisen die Typen wichtige Unterschiede und Tendenzen auf.

Die Haushaltslage hat demnach den entscheidenden Einfluss auf die Lernfähigkeit kommunaler Politiker. Hierin liegt ein bedeutender Unterschied zu Politikern der Landes- und Bundesebene, die von diesen Faktoren wesentlich weniger beeinflusst sind. Landes- und Bundesebene können sich in anderem Umfang verschulden und sind keiner Aufsichtsbehörde untergeordnet wie die Kommunen durch die Kommunalaufsicht.⁹¹⁵

⁹¹⁵ Holtkamp: Zur aktuellen Lage der kommunalen Selbstverwaltung; S. 84f.

Abbildung 29: Politiker-Typen strukturstarker Kommunen

	Typ C	Typ D
Gestaltungsmöglichkeiten	vorwiegend ja	ja
Haushaltssituation	angespannt, aber machbar	angespannt, aber machbar
kommunale Arbeit	vorwiegend Sachthemen	vorwiegend Sachthemen
Problemwahrnehmung	ja	ja
Netzwerke	kaum	vorwiegend OBs oder persönliche Kontakte
Bildungsangebote	nein	gering
Kreativität	nein	ja
Lernfähigkeit	gering ausgeprägt	ausgeprägt
Verteilung gesamt	2	4
Verteilung Partei	1x CDU, 1x FW	1x SPD, 2x Grüne 1x Freisinger Mitte
Verteilung OB	-	2x OB
Verteilung Größe	1x Großstadt	2x Großstadt
Verteilung regional	1x ostdeutsch	2x ostdeutsch

Eigene Darstellung.

Auch bei den strukturstarken Kommunen bewahrheitet sich Hypothese 1, wenn auch nur zum Teil. Die Ausstattung mit Ressourcen ist deutlich besser bei den hier untersuchten strukturstarken Gemeinden, jedoch ist das Lernpotenzial nur bei Typ D ausgeprägter vorhanden. Es ist also kein linearer Zusammenhang zwischen Vorhandensein von Ressourcen und dem Lernpotenzial zu erkennen.

Die untersuchten Städte sind finanziell relativ abgesichert, hervorragende Wirtschaftsstandorte und attraktiv - von „unsexy“ demnach weit entfernt. Die

Kommunalpolitiker, vornehmlich die Oberbürgermeister, weisen kreative Züge auf, aber „sexy“ im Sinne Wowereits - die permanente Entwicklung von innovativen Ideen und Konzepten - erreichen sie nicht. Der Mangel an Lernpotenzial auf kommunaler Ebene scheint fast unabhängig der Strukturstärke oder -schwäche der jeweiligen Gemeinde. Lediglich bei Typ D ist Lernpotenzial erkennbar.

9 Fazit

Lernprozesse auf kommunaler Ebene sind zwar nicht völlig unmöglich, zumindest aber sehr schwierig. Der „Vorentscheiderkreis“ hat nur ein geringes Lernpotenzial, wobei dies vor allem durch die Oberbürgermeister und die Verwaltung entsteht. Damit untermauern Lernprozesse empirische Befunde der letzten Jahre: Für Kommunen, denen es an finanziellen Ressourcen fehlt, ist es kaum möglich sozioökonomische Fortschritte zu verzeichnen. Stattdessen verharren sie in ihrer Schwäche.⁹¹⁶

Vor allem die Liquiditätsprobleme vieler Gemeinden blockieren das Lernpotenzial. Dies bestätigt die erste Hypothese, dass die Ausstattung mit Ressour-

⁹¹⁶ Bei den Untersuchungen der PROGNOSE AG in Zusammenarbeit mit dem Handelsblatt zur Zukunftsfähigkeit deutscher Kommunen belegten Gelsenkirchen und Halle (Saale) immer Plätze im hinteren Drittel. Das beste Ergebnis erreichten beide 2007 im Gesamttranking, als sie einen ausgeglichenen Chancen-Risiken-Mix prognostiziert bekamen. Bei der aktuellsten Untersuchung 2013 erhielt Gelsenkirchen hohe Zukunftsrisiken und Halle (Saale) Zukunftsrisiken bescheinigt. Die Ergebnisse des Gesamtrankings 2007 sind zu finden unter: http://www.prognos.com/zukunftsatlas/07/zukunftsatlas07_ranking.php; am 10.4.2014. Das Gesamttranking 2010 ist zu finden unter: [http://www.mainz.de/C1256D6E003D3E93/files/Gesamttranking_Zukunftsatlas_2010_Regionen.pdf/\\$FILE/Gesamttranking_Zukunftsatlas_2010_Regionen.pdf](http://www.mainz.de/C1256D6E003D3E93/files/Gesamttranking_Zukunftsatlas_2010_Regionen.pdf/$FILE/Gesamttranking_Zukunftsatlas_2010_Regionen.pdf); am 10.4.2014. Das Gesamttranking 2013 ist zu finden unter: http://www.prognos.com/fileadmin/images/publikationen/zukunftsatlas2013/Gesamttranking_Zukunftsatlas_2013_Regionen.pdf; am 10.4.2014. Der „Wegweise Kommune“ der Bertelsmann-Stiftung wiederholt ebenfalls seit mehreren Jahren seine Forschungen und ermöglicht damit Langzeitanalysen der Gemeinden. Für Völklingen und Hoyerswerda sind seit 2003 immer die selben Ergebnisse festgestellt worden: Völklingen gehört zum Typ 8 der Studie, dabei handelt es sich um kleine alternde Kommunen mit Anpassungsdruck. Hoyerswerda wurde seit 2003 dem Typ 9 der Studie eingeordnet: stark schrumpfende Kommunen mit besonderem Anpassungsdruck. Bei den beiden Typen handelt es sich um die zwei schlechtesten Einteilung hinsichtlich der kommunalen Stärke. Somit wurde beiden Kommunen seit mehr als 10 Jahren eine negative Prognose erteilt. Die Daten sind erhältlich auf der Internetseite der Studie unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/kommunaledaten/KommunaleDaten.action?redirect=false&gkz=10041519>; am 10.4.2014. Die Informationen zu den Demographietypen sind ebenfalls online abrufbar unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/demographietypen/Demographietypen.action?redirect=false&gkz=10041519>; am 10.4.2014.

cen im besonderen Masse das Lernpotenzial beeinflusst. Die Finanzen haben aber noch weitere Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der politischen Elite, da sie ihre eigene Gestaltungskompetenz als gering ansehen und danach agieren. Netzwerke und Bildungsangebote werden nicht genutzt, da sie als sinnlos erscheinen und kreatives Lernen, im Sinne von Deutsch und Popper, findet im minimalsten Umfang statt. Vor allem für strukturschwache Kommunen trifft dies zu. Damit beweist sich die dritte Hypothese als richtig, jedoch nicht wie durch Hypothese zwei vorgesehen: Die nicht vorhandenen Ressourcen schaffen bei strukturschwachen Kommunen keine Steigerung der eigenen Kreativität, sondern sorgen für eine zusätzliche Abwärtsspirale des eigenen Lernpotenzials.

Beide Typen kommunaler Handlungsträger aus strukturschwachen Regionen weisen diese Parameter auf. Lernpotenzial ist *de facto* nicht vorhanden. Lediglich Typ B weist eine leichte Lernfähigkeit auf. Dort sind es die Verwaltungsmitarbeiter, allen voran die Oberbürgermeister, die Potenzial für kreatives Handeln und kognitive Prozesse haben. Dies liegt an der Natur der Sache, dass die Oberbürgermeister in ihrer Doppelfunktion einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Kommunen nehmen können. Durch die wahrgenommene Gestaltungskraft kann die geringe Finanzkraft abgemildert werden. Darin begründet liegt der Unterschied zwischen den beiden Typen.

Ist die Ausstattung mit Ressourcen besser, vor allem der Geldmittel, zeigt sich auch eine höhere Fähigkeit zu Lernen. Dies zeigte der Exkurs mit den strukturstarken Kommunen. Die Handlungsfähigkeit wird größer eingeschätzt, auch von den Stadtratsmitgliedern, und daraus folgt eine höhere Bereitschaft Netzwerke und Bildungsangebote zu nutzen, um das eigene Wissen zu vermehren oder zumindest zu stabilisieren. Dennoch zeigt sich auch hier, dass die strukturellen Faktoren - die liquiden Mittel - den Handlungsrahmen aller Kommunen bestimmen und Lernprozesse zwar nicht vollständig blockieren, aber einschränken.

Daher konnte auch hier eine Unterteilung festgestellt werden hinsichtlich des Typs C, der nur geringes Lernpotenzial aufweist und des Typs D, der ein ausgeprägtes Lernpotenzial besitzt.

Die Ursache für die unterschiedliche Entwicklung deutscher Kommunen im Strukturwandel könnte daher das Lernpotenzial der jeweiligen Gemeinde sein. Sowohl strukturelle als auch individuelle Faktoren spielen hierbei eine Rolle. Wo das Lernpotenzial vorhanden ist, scheinen auch die sozioökonomischen Bedingungen besser zu sein. Wobei jedoch das eine das andere bedingt. Es bleibt die Frage nach dem Huhn und dem Ei. Was war zuerst da: Das Lernpotenzial oder die Strukturstärke?

Es bleibt aber auch festzuhalten, dass das Lernpotenzial strukturstarker Kommunen nur eingeschränkt vorhanden ist. Das kommunale System der Bundesrepublik Deutschland zeigt demnach eine blockierte Lernsituation für die Eliten ihrer Ebene auf. Also handelt es sich um *pathologisches Lernen*, eben die Form des Lernens, die in Kapitel 3 ausgeklammert wurde, da bei ihr kein oder nur geringfügiges Lernpotenzial im Sinne der Definition des *Kommunalen Lernens* auszumachen ist.

9.1 Pathologische Lernprozesse auf kommunaler Ebene

Karl Deutsch definierte „pathologisches Lernen“ als die Art von Lernen, die weiteres Lernen verhindert.⁹¹⁷ Es ist eine sehr allgemeine Definition von Pathologien politischer Lernprozesse, die erklärt warum Lernprozesse zu keinem Ergebnis führen oder sogar ganz ausbleiben.

Das besondere bei Deutschs Formulierung ist das völlige Ausbleiben von Lernprozessen. Im Gegensatz dazu formulierte Max Miller drei Formen des pathologischen Lernens, welche eher als degenerierte Formen von kollektivem Lernen zu bezeichnen sind. Er nennt das „autoritäre Lernen“, das „ideologische Lernen“ und das „regressive Lernen“. Bei „autoritären Lernen“ handelt es

⁹¹⁷ Vgl.: Deutsch: Politische Kybernetik; S. 240.

sich um Lernprozesse einer Autorität, welche dann auf alle anderen Mitglieder der Gesellschaft transferiert werden. Dabei können von den untergeordneten Individuen keine eigenen Lernprozesse fürs Kollektiv ausgehen. Individuelle Lernprozesse sind beim „ideologischen“ Lernen grundsätzlich denkbar, jedoch schränken hierbei politische oder moralische Denkmuster Lernprozesse ein. Werden diese durch Lernprozesse in Frage gestellt, werden sie abgebrochen. Lernprozesse jenseits dieser Wertemuster sind aber weiterhin in vollem Umfang möglich. Die letzte Form von Millers pathologischem Lernen ist noch am ehesten im Sinne von Deutschs Definition zu begreifen. Durch „regressives Lernen“ wird die gemeinsame Lebenswelt in Frage gestellt und negiert, so dass die Interaktion miteinander nicht mehr argumentativ gelöst wird, sondern durch andere Formen ersetzt wird.⁹¹⁸ Miller nennt das dann entstehende soziale System „absoluten Terror“.⁹¹⁹

Diese Formen sind allerdings nicht nutzbar für die vorliegende Arbeit, da sie nur bedingt ein Ausbleiben von Lernprozessen beschreibt. Auch wenn die Bürgermeister als Autoritäten zu bezeichnen sind, bestimmen sie in keinem Maße das Denken der Verwaltungsmitarbeiter, und erst recht nicht der Stadtratsmitglieder. Aufgrund der unterschiedlichen Herkunft, Sozialisation und politischen Verflechtung, kann die Kommune ebenfalls nicht als ideologisches System bezeichnet werden. Bei aller Kritik der kommunalen Eliten, die sie während der Befragung äußerten, stellten sie nie die gemeinsame Lebenswelt in Frage. Daher geben die drei Definition keine schlüssige Antwort auf das hier beschriebene kommunale Phänomen blockierter Lernprozesse.

Die vorliegende Arbeit schließt sich aus diesem Grund der Unterteilung von Klaus Eder und Fritz Scharpf an und übernimmt die Kategorien der „Systempathologien“ und der „Steuerungspathologien“ für politische Lernprozesse.⁹²⁰

⁹¹⁸ Zur Einführung und Erklärung der drei Formen des pathologischen Lernens bei Max Miller vgl.: Miller: Kollektive Lernprozesse; S. 428- 440.

⁹¹⁹ Vgl.: Ebd.; S. 436.

⁹²⁰ Vgl.: Jachtenfuchs, Markus: Ideen und Interessen: Weltbilder als Kategorien der politischen Analyse; in: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (Hrsg.): Arbeitspapier AB III/ Nr. 2; Mannheim 1993; S. 23. Gefunden unter: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp3-02.pdf>; am 7.4.2014.

Als „Systempathologien“ bezeichnete Eder Lernprozesse, welche abhängig von der Umwelt sind und dadurch objektiv. Das bedeutet, dass ein System nicht die Probleme lösen kann, da ihnen dazu die Ressourcen oder die Kompetenzen fehlen. Wird dem System eben diese gewährt, sind die Lernprozesse nicht mehr blockiert und es können wieder Lernprozesse vollzogen werden.⁹²¹ Demnach sind es exogene strukturelle Faktoren, welche Lernprozesse verhindern: Die fehlenden finanziellen Mittel hindern die Kommunen daran aktiv Wirtschaftsförderung zu betreiben. „Systempathologien“ umfassen demnach alle strukturellen Voraussetzungen des eingeführten Konzeptes des *Kommunalen Lernens*.

Endogene Lernblockaden des System nennt Scharpf „Steuerungspathologien“. Dieser Begriff geht davon aus, dass das politische System keine politischen Veränderungen durchführen will oder kann aufgrund des Zusammenspiels oder der Verflechtung der einzelnen Akteure im System.⁹²² Thomas Schelling spricht in diesem Zusammenhang von „Willensschwäche“ der politischen Eliten.⁹²³ Für das gleiche Phänomen benutzt Eder den Begriff der „gesellschaftlichen Pathologie“, bei der jedoch nicht das politische System handlungsunfähig wird, sondern die Gesellschaft als solche.⁹²⁴ Um bei oben genannten Beispiel zu bleiben, blockieren die Akteure die Freigabe von finanziellen Mittel, so dass Wirtschaftsförderung nicht möglich wird. „Steuerungspathologien“ umfassen demnach alle individuellen Voraussetzungen des *Kommunalen Lernens*.

Werden diese beiden Beschreibungen von pathologischen Lernprozessen auf das kommunale System herunter gebrochen, kann eine unterschiedliche Lernsituation der untersuchten Kommunen festgehalten werden. Für alle 4 oben eingeführten Typologien von kommunalen Handelns gilt, dass sie im Rahmen einer systempathologischen Lernsituation agieren müssen. Alle kommunalen Entscheidungsträger, die befragt wurden, äußerten, dass der finanzielle Druck

⁹²¹ Vgl.: Eder: Geschichte als Lernprozess? S. 32.

⁹²² Vgl.: Scharpf, Fritz W.: Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien der politischen Steuerung; in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 19); Opladen 1988; S. 61- 87; hier S. 63f.

⁹²³ Zitiert nach: Ebd.; S. 64.

⁹²⁴ Vgl.: Eder: Geschichte als Lernprozess?; S. 31.

zugenommen habe und daher die garantierte Selbstverwaltung wenigstens eingeschränkt oder sogar völlig hinfällig ist.⁹²⁵ Der Systemfaktor „Finanzen“ und damit verbunden der Systemfaktor „Gemeindeaufsicht“ besitzt so großen Einfluss auf die Entscheidungen der kommunalen Führungsorgane, dass im Grunde von einer Lernpathologie gesprochen werden muss. Für die strukturstarken Kommunen gilt dies nur eingeschränkt, aber sollte sich der Druck auf die Haushaltslage verstärken, wird auch dieser Effekt bei den strukturstarken Kommunen zunehmen.

Für die Typen A, B und C gilt darüber hinaus auch eine Lernsituation steuerungspathologischer Art. Dies geschieht dadurch, „dass die Reaktion einer Gesellschaft auf innere und äußere Probleme zunehmend ihre eigene Handlungsfähigkeit zerstört“.⁹²⁶ Wobei Gesellschaft im vorliegenden Fall die kommunale Entscheidungsträger bedeutet. Aufgrund der „Systempathologie“ kommt es bei den kommunalen Eliten zur inneren Überzeugung, dass die bestehenden Probleme nicht mehr von ihnen steuerbar sind und daher bleiben Lernprozesse aus. Es kommt daher zu einer Lähmung der kommunalen Handlungsfähigkeit.⁹²⁷ Wobei es auch bei dieser Pathologie unterschiedliche Ausprägungen gibt: Je geringer ausgeprägt die „Systempathologie“ ist, desto schwächer ist auch die „Steuerungspathologie“. Daher gilt diese Lernsituation in einem abgeschwächten Maße für die Typen B und C. Einen eindeutig linearen Zusammenhang zwischen den beiden Lernpathologien gibt es nicht, da die Kommunalpolitiker mit ihren Einstellungen, Werten und Charaktereigenschaften immer Individuen und nicht vollständig empirisch erfassbar sind. Dennoch sind sie eng miteinander verbunden.

Um diese Lernpathologien aufzuheben müssen demnach zunächst die strukturellen Bedingungen, in denen die Kommunen agieren, verändert werden und dann auch die individuellen Faktoren des *Kommunalen Lernens* gestärkt werden.

⁹²⁵ Vgl. exemplarisch: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 460. Siehe auch: Anhang 4: Interview 14; S. 612- 624; hier S. 617f.

⁹²⁶ Eder: Geschichte als Lernprozess?; S. 31.

⁹²⁷ Für Scharpf liegt gerade in dieser Lähmung die Ursache für Lernpathologien. Vgl.: Scharpf: Verhandlungssysteme; S. 81.

Abbildung 30: Lernsituation von Kommunen

	Kommune	Lernfähigkeit	Lernsituation
Typ A	strukturschwach	nicht ausgeprägt	systempathologisch, steuerungspathologisch
Typ B	strukturschwach	leicht ausgeprägt	systempathologisch, leicht steuerungs- pathologisch
Typ C	strukturstark	gering ausgeprägt	leicht system- pathologisch, leicht steuerungspathologisch
Typ D	strukturstark	ausgeprägt	leicht system- pathologisch, nicht steuerungspathologisch

Eigene Darstellung.

9.2 Kommunale Potenziale stärken

Die Analyse der Strukturschwäche (Kapitel 6) und der Strukturstärke (Kapitel 8.1 und 8.2) der untersuchten Kommunen haben gezeigt, dass es keinen einheitlichen Wirtschaftsraum Deutschland gibt und die Bedeutung lokaler Politik wird in den Vordergrund rücken, ohne dabei den deutschen Föderalismus in Frage zu stellen. Ein Umdenken innerhalb der Bundesstruktur wird aber wahrscheinlich notwendig.

Ähnliche Phänomene lassen dennoch unterschiedliche Folgen entstehen. Eine hohe Arbeitslosigkeit lies sich beispielsweise in Gelsenkirchen und in Hoyerswerda (siehe Abbildung 4 und Abbildung 16) feststellen, jedoch waren in Gelsenkirchen überdurchschnittlich viele Ausländer von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. In Hoyerswerda war dies nicht der Fall. Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen sind daher divergent und fordern auch andere politische

Lösungsansätze.⁹²⁸ Aus diesem Grund muss, insbesondere für den Strukturwandel, die kommunale Ebene bei der Lösungsfindung gestärkt werden.

Hierzu sind strukturelle Veränderungen notwendig, um die pathologischen Lernsituationen zu verbessern und das Potenzial kommunaler Eliten besser zu nutzen. Denn nur handlungsfähige Kommunen sind auch in der Lage, aktiv am Lösungsprozess teilzunehmen. Dies kann nur gewährleistet werden, wenn der Finanzbereich reorganisiert wird. Denn gerade die Haushaltssituation macht eigenständiges Handeln nur in einem Minimalumfang möglich.

Die Lücken in den kommunalen Haushalten sind natürlich auch auf Verschulden der Kommunen entstanden. Beispielsweise durch Bauvorhaben, bei denen die Folgekosten nicht bedacht wurden und einer großzügigen Beförderungspolitik früherer Jahre, auf deren Kosten die Kommunen immer noch sitzen.⁹²⁹ Die flächendeckende Zunahme von Gemeinden mit einem Haushaltssicherungskonzept zeigen aber auch, dass es sich bei der finanziellen Problematik nicht nur um kommunale Fehlentscheidungen handeln kann, sondern ihr strukturelle Faktoren zu Grunde liegen müssen.⁹³⁰

Die Reformvorschläge durch Wissenschaft und Politik sind zahlreich und höchst unterschiedlich.⁹³¹ Bei all den Reformvorhaben muss zusätzlich bedacht sein, dass auch Bundes- und Landesebene die Rezession der letzten Jahre in ihren Kassen spüren und eine Vergabe an weiteren Mittel kaum möglich ist.⁹³² Eine Mindestausstattung, wie sie der Deutsche Städtetag und einige der hier

⁹²⁸ Die Untersuchung „Deutschland 2020“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung bestätigte bereits 2004 jedem Bundesland verschiedene strukturelle Probleme, dazu reicht schon ein Bild auf den bunten Fleckenteppich des Gesamtergebnisses der Studie. Eine Ausnahme war diesbezüglich nur Baden-Württemberg, wobei auch hier zu wenig Kinder geboren werden - so die Studie. Seitdem wird der Prozess der Verstärkung weiter zugenommen haben: Schwache Regionen werden noch schwächer und die starken Regionen wachsen weiter. Vgl.: Kröhnert/ Olst/ Klingholz: Deutschland 2020; S. 22- 24.

⁹²⁹ Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 193 u. 197.

⁹³⁰ Zur Zunahme des kommunalen Haushaltssicherungskonzeptes vgl.: Ebd.; S. 194. Siehe auch: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik; S. 16.

⁹³¹ Vgl.: Scherf, Wolfgang: Die kommunalen Finanzen in Deutschland; in: Kost, Andreas u. Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung; Wiesbaden 2010; S. 367- 388; hier S. 388.

⁹³² Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 195f.

befragten Kommunalpolitiker äußerten, ist daher nicht durchsetzbar.⁹³³ Eine Umgestaltung der Einnahmen und Ausgaben jedoch schon.

Vor allem bei den Sozialausgaben müsste das Konnexitätsprinzip stringenter durchgesetzt werden. Die Sozialhilfe und die Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger sorgten für hohe Belastungen der kommunalen Haushalte und sind in den letzten Jahren immens gestiegen.⁹³⁴ Da die Bestimmungen über die Konnexität nur ungenügend festgelegt sind, setzen sich Bund und Land immer wieder über diese hinweg.⁹³⁵ Seit dem 1. Januar 2014 wird die Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung vollständig vom Bund übernommen, in wie weit das zu einer wirklichen Entlastung der kommunalen Haushalte führen wird, bleibt abzuwarten.⁹³⁶

Ein weiterer Reformbereich ist die Stabilisierung der kommunalen Einnahmen, in dem diese weniger von konjunkturabhängigen Steuern abhängig sind. Dies betrifft vor allem die Gewerbesteuer, die für große Ungerechtigkeit zwischen den Kommunen sorgt, da sie durch den Hebesatz in Konkurrenz miteinander treten und Teile des Wirtschaftslebens (Land- Forstwirtschaft, freie Berufe) nicht mit einbezogen werden. Zudem ist die Höhe der Einnahmen durch die Gewerbesteuer stark von der Konjunktur der Unternehmen abhängig. Die Ausgaben der Kommune bleiben allerdings konstant, so dass es dadurch leicht zu einem Defizit kommen kann.⁹³⁷ Wolfgang Scherf sieht als Lösung die sogenannte Wertschöpfungssteuer, die bereits 1982 durch den Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums gefordert wurde.⁹³⁸ Durch die Einbezie-

⁹³³ Vgl.: Deutscher Städtetag: Sorge über zunehmende Unterschiede bei der Finanzlage der Kommunen – finanzielle Mindestausstattung nötig; Berlin 10.10.2013. Gefunden unter: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/067331/index.html>; am 28.11.2013. Siehe auch beispielsweise: Anhang 4: Interview 2; S. 416- 430; hier S. 424f. Siehe auch: Anhang 4: Interview 6; S. 455- 473; hier S. 462f.

⁹³⁴ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 198. Siehe auch: Holtkamp: Kommunale Haushaltspolitik; S. 18.

⁹³⁵ Vgl.: Scherf: Die kommunalen Finanzen; S. 385f.

⁹³⁶ Zur schrittweisen Einführung der Kostenübernahme vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Bund entlastet Länder und Kommunen. Kabinett beschließt Übernahme der Nettoausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (1.8.2012). Gefunden unter: <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/bund-entlastet-laender.html>; am 10.4.2014.

⁹³⁷ Vgl.: Scherf: Die kommunalen Finanzen; S. 382f.

⁹³⁸ Vgl.: Ebd.; S. 383.

hung der entstehenden Einkommen der Kommune sowie die Einbeziehung aller wirtschaftlichen Bereiche (freie Berufe, staatliche Institutionen) erhält sie eine deutlich gerechtere Verteilung zwischen den Kommunen und ist auch weniger konjunkturabhängig.⁹³⁹

Darüber hinaus ist eine einfachere Vergabe von Fördermitteln sinnvoll. Strukturschwache Kommunen haben häufig Probleme den geforderten Eigenanteil zu finanzieren.⁹⁴⁰ Die Folge ist eine Unterstützung stabilerer Kommunen und schwächere Kommunen geraten zunehmend noch mehr unter Druck.

Dies zeigt, dass dieses Reformvorhaben dringend der politischen Umsetzung bedarf. Die Experteninterviews belegten nämlich, dass auch die strukturstarken Kommunen zunehmend den finanziellen Druck spüren und die kommunale Haushaltspolitik nicht mehr nur ein Problem einiger weniger ist, sondern vielmehr ein flächendeckendes Problem aller deutschen Gemeinden.

9.3 Individuelle Potenziale stärken

Die Lernpathologien auf kommunaler Ebene entstanden nicht nur aufgrund von strukturellen Bedingungen, sondern auch aufgrund der individuellen Faktoren. Dies hat die Unterscheidung zwischen „Systempathologien“ und „Steuerungs-pathologien“ gezeigt.

Die hohe Arbeitsbelastung von Kommunalpolitikern ist bereits angesprochen worden. Die Arbeitszeit der ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker, vornehmlich in Großstädten bei Funktionsträgern, ist denen von Berufspolitikern auf Landesebene nicht mehr so untypisch.⁹⁴¹ Die Aufgaben bestimmen einen Großteil des Alltags, zusätzlich zum eigentlichen Beruf und der Familie.⁹⁴²

Auch die Aufgaben, mit denen sich die Kommunalpolitiker auseinandersetzen müssen, sind vielfältiger. Doch auf kommunaler Ebene fehlt im Normal-

⁹³⁹ Vgl.: Scherf: Die kommunalen Finanzen; S. 383f.

⁹⁴⁰ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 71.

⁹⁴¹ Vgl.: Reiser: Ehrenamt und Berufspolitik; S. 97.

⁹⁴² Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 176f.

fall die wissenschaftliche Unterstützung für die Stadtratsmitglieder, von denen Landes- und Bundespolitiker profitieren können.⁹⁴³ Daher muss zwangsläufig eine größere Einflussnahme der lokalen Verwaltung folgen, da die einzelnen Ressorts als Spezialisten auf die Themen eingehen und diese behandeln können. Ein Überhang an eingereichten Vorlagen durch die Verwaltung verwundert daher nicht.⁹⁴⁴

Aufgrund des Zeitengagements, aber auch der Vergütung spricht Reiser von einer Professionalisierung der Kommunalpolitik.⁹⁴⁵ Gleichzeitig warnen Wissenschaftler vor einem Demokratieverlust auf kommunaler Ebene durch den übermäßigen Einfluss der Verwaltung, der Handlungseinschränkung durch die Haushaltssituation sowie der niedrigen Wahlbeteiligung.⁹⁴⁶

Aus diesem Dilemma muss zukünftig ein Weg heraus gefunden werden, ansonsten ist das demokratisch föderale Prinzip der Kommunen nicht mehr gewährleistet. Noch sind die Strukturen auf kommunaler Ebene demokratisch. Sollte jedoch das Haushaltsdefizit als bundesweites Phänomen weiter zunehmen, so wird das Selbstverwaltungsprinzip immer weiter ausgehöhlt und die kommunalen Eliten weiter beschränkt. Die kommunale Demokratie ist damit *ad absurdum* geführt.

Eine Professionalisierung der kommunalen Eliten, vor allem der Stadtratsmitglieder, auch rechtlich festzusetzen ist unumgänglich. Stadträte müssen in der Lage sein, die Probleme ihrer Kommunen zu bewältigen. Dies gilt hinsichtlich ihrer zeitlichen Möglichkeiten, aber auch der Qualifikationsmöglichkeiten.

⁹⁴³ Zur Spezialisierung auf kommunaler Ebene vgl.: Reiser: Ehrenamt und Berufspolitik; S. 97. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 215f. Zur Qualifizierung und Bildung der Mitglieder des Deutschen Bundestages vgl.: Burmeister, Kerstin: Die Professionalisierung der Politik am Beispiel des Berufspolitikers im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland (=Beiträge zum Parlamentsrecht; Bd. 25); Berlin 1993; S. 107ff.

⁹⁴⁴ Vgl.: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 215f u. 237.

⁹⁴⁵ Als dritten Indikator nennt Reiser die Aufwendungen für den Rat insgesamt. Zur Indikatoreneinführung vgl.: Reiser: Ehrenamt und Berufspolitik; S. 65- 69.

⁹⁴⁶ Vgl.: Bieker: Kommunale Sozialverwaltung; S. 18. Siehe auch: Naßmacher/ Naßmacher: Kommunalpolitik; S. 211. Siehe auch: Woyke: Stichwort Wahlen; S. 169f. Siehe auch: Schäfer, Armin: Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet; S. 6ff. Gefunden unter: <http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/jahrbuch-09-10-schaefer-280509.pdf>; am 25.07.2012.

Ihnen muss eine Umgebung geschaffen werden, bei der sie kommunalpolitische „Experten“ sind und Handlungsmöglichkeiten wahrnehmen können.

Kritik an der Professionalisierung von Politikern ist häufig genannt worden. Hierbei ist es vor allem die Abkoppelung der politischen Elite von den Bürgern, durch eine zunehmende finanzielle Besserstellung und dem Karrierestreben der Politiker.⁹⁴⁷ Diese Tendenzen sind natürlich auch für die kommunale Ebene zu erwarten und werden sich kaum vollständig verhindern lassen. Bei aller Kritik die Borchert an der Professionalisierung äußert, erkennt er aber auch die Notwendigkeit eben dieser.⁹⁴⁸

Um die Exklusivität der Ratsmitglieder, an der sich manche Wissenschaftler anstoßen, zu reduzieren und das ehrenamtliche Engagement zu stärken, bringt Reiser mehrere Vorschläge ein. Zum einen könnte die Ratsarbeit reduziert werden und die Verwaltung mehr Aufgaben übernehmen. Dies scheitert jedoch häufig an dem Widerstand der Kommunalpolitiker, die einen weiteren Ausbau der Verwaltung kritisch bewerten.⁹⁴⁹ Eine weitere Möglichkeit wäre, die Ratsmitglieder personell und sachlich zu unterstützen. Das bedeutet, dass mehr Fraktionsmitarbeiter für eine fachliche Zuarbeit sorgen und durch bessere Ausstattung der Fraktionen ein leichter Zugang zu diesen Informationen zu erhalten ist.⁹⁵⁰ Als letzten Vorschlag gibt Reiser eine Professionalisierung der kommunalen politischen Ämter oder zumindest einen Teil dieser (Fraktionsvorsitzende) an. Vorteile darin lägen im geringeren Zeitaufwand, einer möglicherweise besseren sozialen Balance der Ratsmitglieder und eine höhere Qualität der Ratsarbeit. Als Nachteile sind die Finanzierbarkeit und die fehlende Akzeptanz durch die Bürger, insbesondere durch die anfallenden Mehrkosten, zu nennen.⁹⁵¹ Eine Reform der Kommunalpolitik ist wichtig, unter welchen Voraussetzungen dies geschehen soll, bleibt abzuwägen. Auch die Kommunalpolitiker sind sich darüber nicht einig.⁹⁵²

⁹⁴⁷ Vgl.: Borchert, Jens: Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses; Frankfurt a. M. 2003; S. 214.

⁹⁴⁸ Vgl.: Ebd.; S. 223f.

⁹⁴⁹ Vgl.: Reiser: Ehrenamt und Berufspolitik; S. 200 u. 203.

⁹⁵⁰ Vgl.: Ebd.; S. 210ff u. 217ff.

⁹⁵¹ Vgl.: Ebd.; S. 221- 230.

⁹⁵² Vgl.: Ebd.; S. 231ff.

Neben diesen Umstrukturierungen muss das Rollenverständnis zwischen Politikern und Bürgern geklärt werden. Die Untersuchung von Maier/ Schmitt zeigte, dass die Vorstellungen der Politiker selber und ihrer Wähler über die Aufgaben stark voneinander abweichen können.⁹⁵³ Anhand einer besseren Kommunikation zwischen Bürgern und kommunalen Entscheidungsträgern, könnte diese Diskrepanz abgeschwächt werden und eine Politikverdrossenheit zumindest verringert werden.⁹⁵⁴ Für eine bessere Kommunikation müssen allerdings beide Seiten aufeinander zugehen.

Mit einer positiven Bewertung des Amtes durch die Öffentlichkeit und die Amtsträger selber, ist es sehr wahrscheinlich, dass auch die „Steuerungspathologien“ des kommunalen Lernpotenzials verringert werden würden. Kreative und innovative Ideen hätten wieder mehr Platz zum entstehen und einige Kommunen würden in ihren strukturellen Problemen davon profitieren können.

Dennoch wird es immer auch eine Gruppe von Kommunalpolitikern geben, die trotz Stärkung ihrer Rolle, kein gesteigertes Lernpotenzial aufweisen werden. Was die Untersuchung der strukturschwachen Gemeinden andeutete, hat der Exkurs (Kapitel 8) bewiesen: Individuelle Faktoren oder Eigenheiten sind elementar für das kommunale Lernpotenzial. Die Ausstattung mit Ressourcen erklärt nicht hinreichend den Zusammenhang zwischen strukturstark oder strukturschwach und dem Lernpotenzial. Es gibt demnach Faktoren jenseits der empirischen Messungen, die das Lernpotenzial beeinflussen. Diese Faktoren sind durch individuelle Charaktereigenschaften, Einstellungen und Mentalitäten gekennzeichnet. Hypothese 3, die Abhängigkeit des Lernpotenzials von individuellen Merkmalen, ist somit bestätigt.

⁹⁵³ Zum Rollenverständnis von den Aufgaben der Politiker und der Arbeit im Stadtrat unter Kommunalpolitikern und Bürgern vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 161- 172.

⁹⁵⁴ Borchert entwickelte diese Forderung für die bundesdeutsche Politik. Dennoch ist sie auch auf die kommunale Ebene übertragbar. Zwar sind hier die Kommunikationswege kürzer, aber dadurch noch lange nicht besser ausgeprägt. Vgl.: Borchert: Professionalisierung der Politik; S. 203ff.

9.4 Gesellschaftliche Potenziale nutzen

Der Exkurs hinsichtlich des Umgangs strukturstarker Kommunen mit dem sozioökonomischen Wandel wies eine Besonderheit auf: Gesellschaftliches oder bürgerliches Engagement kann das strukturelle Manko der Haushaltskonsolidierung zumindest abmildern. Beide strukturstarken Beispiele haben dieses Potenzial ihrer Einwohner genutzt, um Politiken durchzusetzen, durch Bürgerinitiativen gegen die geplante dritte Startbahn des Flughafen Münchens oder durch den Bürgerhaushalt.

Kann direkte Demokratie und Bürgerengagement damit zu einer Stabilisierung der Kommunen führen und die pathologischen Lernprozesse überwunden werden?

Formen der direkten Demokratie wurden in den 1990er Jahren in allen Gemeindeordnungen der Länder aufgenommen und sind mittlerweile fest verankert in der Kommunalpolitik.⁹⁵⁵ Zu den wichtigsten Implementierungen auf kommunaler Ebene - und direkte Demokratie findet hauptsächlich dort statt - gehörten das Bürgerbegehren oder der Bürgerentscheid sowie die direkte Wahl der Bürgermeister.⁹⁵⁶ Die Zugangsvoraussetzungen sind dabei durchaus unterschiedlich in den einzelnen Ländern geregelt: Unterschiedliche Beteiligungsquoten für Bürgerentscheide, die Pflicht der Kostendeckung oder auch die Themenbeschränkung - der sogenannte Negativkatalog.⁹⁵⁷ Aufgrund dieser Beschränkungen bleiben diese Formen der direkten Demokratie eher die Ausnahme und finden vornehmlich in Mittel- und Großstädten Anwendung.⁹⁵⁸ Auch das Instrument der Direktwahl bleibt hinter seinen Erwartungen zurück, da die Wahlbeteiligung meist unter 50% liegt.⁹⁵⁹

Dennoch kann bürgerliches Engagement ein innovatives Instrument sein, wenn man den Begriff weiter fasst als die politischen Reformprozesse der 1990er

⁹⁵⁵ Vgl.: Jung, Ottmar: Direkte Demokratie auf Landes- und Kommunalebene; in: Massing, Peter (Hrsg.): Direkte Demokratie. Eine Einführung; Schwalbach/ Ts 2005; S. 39- 66; hier S. 56.

⁹⁵⁶ Vgl.: Ebd.; S. 58. Siehe auch: Kost, Andreas: Direkte Demokratie; Wiesbaden 2008; S. 38ff.

⁹⁵⁷ Vgl.: Jung: Direkte Demokratie; S. 57.

⁹⁵⁸ Vgl.: Kost: Direkte Demokratie; S. 46. Siehe auch: Jung: Direkte Demokratie; S. 59f.

⁹⁵⁹ Vgl.: Kost: Direkte Demokratie; S. 54.

Jahre. Mit dieser Frage setzt sich auch zunehmend die Wissenschaft auseinander: Paul-Stefan Roß kommt zu dem Ergebnis, dass bürgerliches Engagement die Demokratie stärken kann, in dem sie durch ihre Bürger gestaltet wird und dadurch besser Probleme lösen kann und mehr Anerkennung der Einwohner erhält.⁹⁶⁰ Auch Brigitte Geißel stellt fest, dass kritikbereite Bürger demokratieförderlich sind, da sie integer sind, Mitspracherechte wahrnehmen und politisch aktiv sind.⁹⁶¹

Unter bürgerlichem Engagement oder bürgerschaftlichem Engagement können viele verschiedene Arten gefasst werden. Jegliche freiwillige, meist auch unentgeltliche, Tätigkeit von „gesellschaftspolitischer Bedeutung“ kann darunter gefasst werden: Die Arbeit im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Selbsthilfegruppen, lokalen Initiativen, etc.⁹⁶² Aber auch Engagements mit direktem politischem Hintergrund gehören dazu: Beiräte, Bürgerversammlungen, Bürgerbefragungen, Runde Tische, etc. sind Teile dessen, was häufig unter politischer Bürgerbeteiligung gefasst wird.⁹⁶³

Diese Arbeit wird um so bedeutender, da die Kommune in Zukunft nicht mehr alle Aufgaben erfüllen wird können. Entweder weil die Ansprüche der Einwohner gestiegen sind oder auch einfach weil die finanziellen Mittel hierfür fehlen.⁹⁶⁴ Auch die Kommunalpolitik sieht die Bürger mehr in der Verantwortung gesellschaftliche Pflichten zu übernehmen.⁹⁶⁵ Wie auch die eigene Untersuchung zeigte, ist dieses Engagement in strukturstarken Regionen wesentlich leichter abzufragen als bei strukturschwachen.⁹⁶⁶ Doch gerade für diese ist es von besonderer Bedeutung.

⁹⁶⁰ Vgl.: Paul-Stefan Roß: *Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune*; Baden-Baden 2012; S. 591f.

⁹⁶¹ Vgl.: Geißel, Brigitte: *Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie?* (=Studien zur Demokratieforschung; Bd. 12); Frankfurt a. M. 2011; S. 166f.

⁹⁶² Vgl.: Roß: *Demokratie weiter denken*; S. 48f.

⁹⁶³ Vgl.: Ebd.; S. 51 u. Fußnote 17 u. 18.

⁹⁶⁴ Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: *demographische Lage der Nation*; S. 102.

⁹⁶⁵ Vgl.: Aner, Kirsten; Karl, Fred u. Rosenmayr, Leopold: „Die neuen Alten - Retter des Sozialen?“ Anlass und Wandel gesellschaftlicher gerontologischer Diskurse; in: Aner, Kirsten; Karl, Fred u. Rosenmayr, Leopold (Hrsg.): *Die neuen Alten - Retter des Sozialen?*; Wiesbaden 2007; S. 13- 35; hier S. 20f.

⁹⁶⁶ Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: *demographische Lage der Nation*; S. 105.

Derzeit sind etwa 1/3 aller Deutschen ehrenamtlich engagiert, wobei der Anteil in den letzten Jahren nicht angestiegen ist, sondern stagnierte. Der Anteil derer, die jedoch bereit wären sich zu engagieren, hat zugenommen.⁹⁶⁷ Der durchschnittlich freiwillig engagierte ist männlich, zwischen 35 und 54 Jahren, berufstätig und gut ausgebildet. Wichtigster Grund für das Engagement ist der sogenannten „Familiengipfel“, bei dem sich Eltern für die Belange ihrer Kinder engagieren.⁹⁶⁸ Vor allem hinsichtlich der Bildung und der Berufstätigkeit fasst freiwilliges Engagement nur eine sehr kleine und spezielle Personengruppe. Empfänger von Arbeitslosengeld II, insbesondere mit geringem Bildungsgrad, weisen einen fast um die Hälfte geringeren Anteil von freiwilligem Engagement auf als andere Berufsgruppen.⁹⁶⁹ Dies birgt ein großes Risiko: Wenn kommunale Aufgaben mehr und mehr durch Bürgerengagement ersetzt wird, dann erhält nur eine sehr exklusive Gruppe von Einwohnern Mitspracherechte und Gestaltungskraft. Im Gegensatz zu den gewählten Kommunalpolitikern, die auch eine sehr exklusive Gruppe sind und nicht die Gesellschaft widerspiegeln,⁹⁷⁰ hat diese Gruppe der Engagierten keinerlei Legitimation für ihre Stellung. Neben dieser nicht legitimierten Machtfülle ist auch die fehlende Kontrolle über das Feld des Bürgerengagements durch die Politik ein Kritikpunkt an einer Ausweitung des Engagements.

Der Freiwilligensurvey hat zudem gezeigt, dass sich die Gruppe der Senioren seit 1999 stärker engagieren.⁹⁷¹ Gerade dieses Potenzial wird in Zukunft ausgeschöpft werden müssen. Die Generation des „Baby-Booms“ der 1960er Jahre

⁹⁶⁷ Laut der Freiwilligensurveys stieg von 1999 bis 2009 der Anteil, die bereit wären sich freiwillig zu betätigen von 26% auf 37%. Der Anteil der freiwillig Engagierten war 1999 bei 34% und 2009 bei 36%, so dass nicht von einem Anstieg gesprochen werden kann. Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009; Berlin 2010; S. 6 u. 8.

⁹⁶⁸ Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009; Berlin 2010; S. 5, 11, 17 u. 22.

⁹⁶⁹ Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009; Berlin 2010; S. 5f u. 22.

⁹⁷⁰ Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal; S. 75- 92.

⁹⁷¹ Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009; Berlin 2010; S. 17.

wird für einen Überschuss an Rentnern sorgen. Der Vorteil dieser Generation ist jedoch, dass sie sich des demographischen Wandels bewusst sind und dementsprechend agieren können.⁹⁷² Darüber hinaus sind diese zukünftigen Rentner meist gut ausgebildet, finanziell abgesichert, wollen eigene Ideen verwirklichen und suchen nach einer Sinn stiftenden Arbeit nach der Arbeit. Das Problem mit der sogenannten Gruppe der „Neuen Alten“⁹⁷³ ist, dass, aufgrund ihrer Mobilität und dem Wissen über die demographische Lage Deutschlands, von der Öffentlichkeit ein Zwang zum freiwilligen Engagement an sie herangetragen wird.⁹⁷⁴ Durch die Forderungen der Gesellschaft und Politik an die Senioren könnte es sich aber nicht mehr um freiwillige Arbeit im eigentlichen Sinne handeln. Trotzdem liegt in ihnen ein nicht zu unterschätzendes Potenzial für bürgerliches Engagement, welches aber auch eine andere Ausformulierung erfahren wird.⁹⁷⁵

Auf Grundlage dieser Erkenntnis und der Untersuchung mehrere strukturschwacher Regionen hinsichtlich ihres bürgerlichen Engagements, kommen die Autoren der Studie „Die demographische Lage der Nation“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zu mehreren Vorschlägen für eine Stärkung dieses Engagements:

1. Das freiwillige Engagement muss stärker von den Kommunen unterstützt werden. Weniger in finanzieller Hinsicht, sondern mehr dahingehend, dass engagierte Bürger nicht als Konkurrenten gesehen werden, sondern als Unterstützer lokaler Politik.

⁹⁷² Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: demographische Lage der Nation; S. 103.

⁹⁷³ Der Begriff wurde in den 1980er Jahren von den Medien erschaffen und durch eine Studie von Infratest/ Sinus-Studien in den 1990er Jahren empirisch unterfüttert. Erkenntnis der Studie war, dass die damals 55- bis 70-Jährigen stärker selbstbestimmt waren, wesentlich mobiler waren und häufig aus einem gesicherten Milieu stammten. Vgl.: Aner/ Karl/ Rosenmayr: „Die neuen Alten“; S. 13.

⁹⁷⁴ Vgl.: Ebd.; S. 20f.

⁹⁷⁵ Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: demographische Lage der Nation; S. 105.

2. Das Engagement muss sich den lokalen Traditionen und Gepflogenheiten anpassen und nicht andersherum. Ansonsten wird sich die ehrenamtliche Tätigkeit nicht fest verankern können.
3. Die Förderung von Projekten darf sich nicht an der öffentlichen Wahrnehmung ausmachen. Vor allem muss „normales“, alltägliches Engagement durch Stiftungen und Politik finanziell unterstützt werden.
4. Die Gruppe der Rentner muss vielmehr als freiwillig Tätige angesprochen werden anstatt als Zielgruppe des Engagements.⁹⁷⁶

Diese Umsetzungen sind wichtig, vor allem für die strukturschwachen Kommunen, da es dort weniger an Geld für ehrenamtliches Engagement fehlt, sondern vielmehr an „Initiatoren und Organisatoren mit kreativen Ideen“.⁹⁷⁷

Die Vorteile sind ganz klar benannt: Ehrenamtliches Engagement kann und wird in Zukunft auch die Tätigkeitsfelder, aus denen sich der Staat zurückzieht, kompensieren müssen. Für die kommunalen Eliten kann dieses Engagement natürlich auch Nachteile bringen, da sich diese Elemente der direkten Steuerung durch die Politik entziehen. Durch eine gute Netzwerkpolitik innerhalb der Kommune zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerengagement lassen sich diese Steuerungsverluste jedoch kompensieren. Dazu gehört aber eine Mitarbeit aller beteiligten Akteure. Gelingt dies, kann die Nutzung von gesellschaftlichem Potenzial nur fruchtbar für eine Kommune sein, wie der Exkurs der vorliegenden Arbeit gezeigt hat. Gerade solche Kommunen zeigten ein großes kreatives Handlungsspektrum und konnten die Lernpathologien fast ganz aufheben (siehe Typ D - Abbildung 30). Borchert weist sogar darauf hin, dass den direktdemokratischen oder gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten ein Legitimationsgewinn zugrunde liegt, der die Demokratie stärken

⁹⁷⁶ Dies ist nur eine Auswahl der wichtigsten Forderungen. Zur genauen Aufstellung und Begründung siehe: Vgl.: Ebd.; S. 134- 139.

⁹⁷⁷ Vgl.: Ebd.; S. 115.

wird und die Professionalisierung der Politiker im Sinne einer Abkoppelung von der Gesellschaft verhindern könnte.⁹⁷⁸

Darüber hinaus darf natürlich nicht vergessen werden, dass dieses Engagement nicht für alle Regionen der „Heilsbringer“ sein wird. Die Frage, ob ein Bürgerhaushalt bei Kommunen im Nothaushalt sinnvoll ist, bleibt natürlich bestehen: Über welche freiwilligen Aufgaben sollen die Bürger abstimmen, wenn die Kommune die meisten bereits gestrichen hat? Wie bei all diesen Überlegungen zur Stärkung strukturschwacher Kommunen, ist nicht zu verhindern, dass einige der kleinen Kommunen verschwinden werden.⁹⁷⁹

9.5 Ausblick

Um die deutschen Kommunen für die Zukunft zu stärken, müssen dringend Veränderungen in der Struktur vorgenommen werden: Die kommunalen Haushalte gestärkt, die Lokalpolitiker durch personelle und sachliche Hilfsmittel unterstützt und das gesellschaftliche Engagement vorangetrieben werden. Ansonsten werden die Kommunen, insbesondere die strukturschwachen, dem Wandel nicht mehr nachkommen können, da sich derzeit eindeutige Lernpathologien auf kommunaler Ebene zeigen. Dies trifft auch abgeschwächt auf strukturstarke Kommunen zu. Darum wird es sich dabei weniger um seltene Einzelfälle handeln, sondern mehr um strukturell bedingte Formen.

Für eine genauere Untersuchung der Lernpathologien wären weitere Forschungen zu den lokalen Entscheidungsträgern notwendig. Dabei wäre es sinnvoll, nicht nur Funktionsmitglieder des Rates zu befragen, sondern alle Stadträte sowie auch mehr Personal aus den Verwaltungen. Nur durch diese umfassende Analyse liesse sich zeigen, wie hoch der Reformbedarf wirklich ist und ob ein verändertes Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung eventuell aus dem Dilemma helfen könnte. Bisherige Forschungen haben sich nur wenig mit

⁹⁷⁸ Seine Analysen gelten für Bundespolitiken. Sind aber gerade durch das Spannungsverhältnis der Kommunen im Strukturwandel und den Umgang mit Lernpathologien auch auf sie anwendbar. Vgl.: Borchert: Professionalisierung der Politik; S. 223f.

⁹⁷⁹ Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: demographische Lage der Nation; S. 30.

Ansichten, Werten und Meinungen der lokalen Entscheidungsträger auseinanderzusetzen.⁹⁸⁰ Auch die Frage, wie Innovationspotenziale gefördert werden können bei unveränderten Strukturen, ist ein interessantes Forschungsvorhaben. Politische Strukturen ändern sich für gewöhnlich langsam und bis dahin brauchen strukturschwache Kommunen bereits Unterstützung.

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den eigenen Wahrnehmungen von Kommunalpolitikern wäre darüber hinaus auch hilfreich, um einen weiteren Aspekt der Professionalisierungsdebatte auf kommunaler Ebene zu beleuchten. Bisher wurden vor allem verschiedene Formen der Professionalisierung auf Bundesebene wissenschaftlich untersucht.⁹⁸¹ Eine wissenschaftliche Betrachtung der Kommunalpolitik ist bisher kaum geschehen.⁹⁸²

Des Weiteren muss eine detailliertere Erforschung von gesellschaftlichem Potenzial in den Kommunen erfolgen. Das Gros der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit diesem Thema behandelt bisher lediglich Formen der direkten Demokratie.⁹⁸³ Die Forschung zum Bürgerengagement steckt erst in den Kinderschuhen und benötigt dringend weitere Felderhebungen.⁹⁸⁴

Vor allem die drei Aspekte - Einstellungen der kommunalen Funktionsträger, Professionalisierung der Kommunalpolitik, Bürgerengagement - sind wichtige Forschungsinhalte für die Zukunft. Sie scheinen mit dem strukturellen Wandel zunächst nichts gemeinsam zu haben, dennoch können sie Auskunft darüber geben, in wie weit die Kommunen im sozialen Wandel noch handlungsfähig sind

⁹⁸⁰ Eine Ausnahme für die Thüringer Kommunen stellt das Buch von Maier/ Schmitt dar. Vgl.: Maier/ Schmitt: Kommunales Führungspersonal. Sowie die bundesweite Befragung von Dirk Schröder, deren Fragenkatalog durchaus ausweitbar ist. Vgl.: Schröder: Kommunalpolitikerinnen & Kommunalpolitiker.

⁹⁸¹ Vgl.: Borchert: Professionalisierung der Politik. Siehe auch: Burmeister: Professionalisierung der Politik. Siehe auch: Kuhn, Yvonne: Professionalisierung deutscher Wahlkämpfe? Wahlkampagnen seit 1953; Wiesbaden 2007.

⁹⁸² Als Vorreiter sind hier anzusehen: Reiser: Ehrenamt und Berufspolitik. Siehe auch: Waldheim, Stefan: Kommunalwahlkampf in Ost- und Westdeutschland. Oberbürgermeister- und Landratswahlkämpfe im Ost-West-Vergleich; Frankfurt a. M. 2013.

⁹⁸³ Vgl.: Kost: Direkte Demokratie. Siehe auch: Massing, Peter (Hrsg.): Direkte Demokratie. Eine Einführung; Schwalbach/ Ts 2005.

⁹⁸⁴ Erste dichte Analysen sind bei Roß und dem Berlin-Institut zu finden. Vgl.: Kröhnert/ Klingholz/ Sievers/ Großer/ Friesel: demographische Lage der Nation. Siehe auch: Roß: Demokratie weiter denken.

und bleiben. Eine handlungsfähige Demokratie, angefangen bei der untersten Ebene der Gemeinden, sollte das wichtigste Ziel der Politik sein.

Literaturverzeichnis

Monographien und Sammelbände:

1. Alemann, Ulrich u. Manch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Region; Wiesbaden 2006.
2. Aner, Kirsten; Karl, Fred u. Rosenmayr, Leopold (Hrsg.): Die neuen Alten - Retter des Sozialen?; Wiesbaden 2007.
3. Bandelow, Nils C.: Lernende Politik: Advocacy-Koalitionen und politischer Wandel am Beispiel der Gentechnologiepolitik; Berlin 1999.
4. Bandelow, Nils C.: Kollektives Lernen durch Vetospieler? Konzepte britischer und deutscher Kernexekutiven zur europäischen Verfassungs- und Währungspolitik (=Modernes Regieren. Schriften zu einer neuen Regierungslehre; Bd. 1); Baden-Baden 2005.
5. Bednorz, Peter u. Schuster, Martin: Einführung in die Lernpsychologie; München 2002.
6. Berger, Michael: Karl Marx; Paderborn 2008.
7. Best, Heinrich u. Holtmann, Everhard (Hrsg.): Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung; Frankfurt a. M. 2012.
8. Bieker, Rudolf: Kommunale Sozialverwaltung; München 2006.
9. Blanke, Bernhard; Bandemer, Stephan von; Nullmeier, Frank u. Wewer, Göttrik (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform; Wiesbaden 2005.

-
10. Blum, Sonja u. Schubert, Klaus: Politikfeldanalyse; Wiesbaden 2009.
 11. Bogner, Alexander; Littig, Beate u. Menz, Wolfgang (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder; Wiesbaden 2009.
 12. Bogumil, Jörg u. Holtkamp, Lars: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung; Wiesbaden 2006.
 13. Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried u. Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung; Opladen 2011.
 14. Borchert, Jens: Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses; Frankfurt a. M. 2003.
 15. Bovermann, Rainer; Koch, Stefan u. Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.): Das Ruhrgebiet - Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946- 1996 (=Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte; Bd. 7); Essen 1996.
 16. Brunkhorst, Hauke: Einführung in die Geschichte politischer Ideen; München 2000.
 17. Burmeister, Kerstin: Die Professionalisierung der Politik am Beispiel des Berufspolitikers im parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland (=Städte und Regionen in Europa; Bd. 15); Wiesbaden 2008.
 18. Cassens, Ina; Lug, Marc u. Scholz, Rembrandt D. (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende; Wiesbaden 2009.
 19. Csigó, Monika: Institutioneller Wandel durch Lernprozesse. Eine neo-institutionalistische Perspektive; Wiesbaden 2006.
 20. Deutsch, Karl W.: Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven; Freiburg im Breisgau 1969.
 21. Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005.

-
22. Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd: Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen; Wiesbaden 2006.
 23. Dolowitz, David P.: Learning from America: Policy Transfer and the Development of the British Workfare State; Sussex 1998.
 24. Dolowitz, David P.: Policy Transfer and British social policy. Learning from the USA?; Buckingham 2000.
 25. Drechsler, Hanno; Hilligen, Wolfgang; Neumann, Franz (Hrsg.): Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik; München 2003.
 26. Eder, Klaus: Geschichte als Lernprozess? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland; Frankfurt a. M. 1991.
 27. Farzin, Sina u. Jordan, Stefan (Hrsg.): Lexikon Soziologie und Sozialtheorie. Hundert Grundbegriffe; Stuttgart 2008.
 28. Faulstich, Peter: Menschliches Lernen. Eine kritisch-pragmatische Lerntheorie; Bielefeld 2013.
 29. Felten, Franz J. (Hrsg.): Städtebünde- Städtetage im Wandel der Geschichte (=Mainzer Vorträge 11); Stuttgart 2006.
 30. Fuchs-Heinritz, Werner; Lautmann, Rüdiger; Rammstedt, Ottern u. Wienhold, Hanns (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie; Wiesbaden 2007.
 31. Gabler Wirtschaftslexikon (Band Pf-S); Wiesbaden 2014.
 32. Geißel, Brigitte: Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie? (=Studien zur Demokratieforschung; Bd. 12); Frankfurt a. M. 2011.
 33. Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung; Wiesbaden 2011.

-
34. Gläser, Jochen u. Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse; Wiesbaden 2010.
 35. Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung; Opladen 2002.
 36. Göhlich, Michael: Lernen: ein pädagogischer Lernbegriff; Stuttgart 2007.
 37. Graff, Mario: Bildung durch Sinnlichkeit. „Vom Erkennen und Empfinden“ bei Johann Gottfried Herder (=Pädagogische Studien und Kritiken (PSK); Bd. VI); Jena 2008.
 38. Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.): Großstadt-Politik. Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie; Gütersloh 1972.
 39. Hall, Peter A. (Hrsg.): The political power of economic ideas. Keynesianism across nations; Princeton 1989.
 40. Hamm, Rüdiger u. Wienert, Helmut: Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich (=Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung; Heft 48); Berlin 1990.
 41. Hartmann, Jürgen; Meyer, Bernd u. Oldopp, Birgit: Geschichte der politischen Ideen; Wiesbaden 2002.
 42. Häußermann, Hartmut; Läßle, Dieter u. Siebel, Walter: Stadtpolitik; Frankfurt a. M. 2008.
 43. Heclo, Hugh: Modern Social Politics in Britain und Sweden: From Relief to Income Maintenance; New Haven/ London 1975.
 44. Heidemann, Ullrich (Hrsg.): Demographischer Wandel in Deutschland. Befunde und Reaktionen; Berlin 2010.
 45. Heinze, Thomas: Qualitative Sozialforschung. Einführung, Methodologie und Forschungspraxis; München 2001.

-
46. Hèritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 24); Opladen 1993.
 47. Heseler, Heiner u.a. (Hrsg.): Strukturwandel und arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf in Ostdeutschland. Fallstudien für die Region Rostock sowie Cottbus/ Senftenberg/ Spielberg und Königs Wusterhausen (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Bd. 161); Nürnberg 1992.
 48. Holtkamp, Lars: Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie; Wiesbaden 2008.
 49. Holtkamp, Lars: Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. Bestandsaufnahme, Konsolidierungsstrategien, Handlungsoptionen (=Modernisierung des öffentlichen Sektors, Bd. 33); Berlin 2010.
 50. Holzmann, Dieter: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich; Potsdam 2010.
 51. Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich; Wiesbaden 2006.
 52. Irmischer, Hans Dietrich: Johann Gottfried Herder; Stuttgart 2001.
 53. Jäger, Wieland u. Meyer, Hanns-Joachim: Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart; Wiesbaden 2003.
 54. Janning, Frank u. Tones, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen; Wiesbaden 2008.
 55. Junkernheinrich, Martin u. Zierold, Horst (Hrsg.): Bevölkerung, Finanzkrise und Gemeindefinanzreform (=Forum Öffentliche Finanzen; Bd. 8); Berlin 2004.
 56. Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation; Wiesbaden 2008.

-
57. Keuth, Herbert: Die Philosophie Karl Poppers; Tübingen 2000.
 58. Kilper, Heiderose; Latniak, Erich; Rehfeld, Dieter u. Simonis, Georg: Das Ruhrgebiet im Umbruch. Strategien regionaler Verflechtung (=Schriften des Institut Arbeit und Technik; Bd. 8); Opladen 1994.
 59. Kost, Andreas: Direkte Demokratie; Wiesbaden 2008.
 60. Kost, Andreas u. Wellig, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung; Wiesbaden 2010.
 61. Kroll, Lars Eric: Sozialer Wandel, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Die Entwicklung sozialer und gesundheitlicher Ungleichheiten in Deutschland zwischen 1984 und 2006; Wiesbaden 2010.
 62. Kuhn, Thomas S.: The Structure of Scientific Revolutions; Chicago 1970.
 63. Kuhn, Yvonne: Professionalisierung deutscher Wahlkämpfe? Wahlkampagnen seit 1953; Wiesbaden 2007.
 64. Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000; Bonn 2002.
 65. Lessenich, Stephan u. Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland eine gesplittene Gesellschaft; Frankfurt a. M. 2006.
 66. Long, Samuel L. (Hrsg.): The Handbook of Political Behavior. Vol. 2; New York/ London 1981.
 67. Lübking, Uwe u. Vogelsang, Klaus: Die Kommunalaufsicht: Aufgaben, Rechtsgrundlagen, Organisation; Berlin 1998.
 68. Maier, Jürgen u. Schmitt, Karl: Kommunales Führungspersonal im Umbruch. Austausch, Rekrutierung und Orientierungen in Thüringen (=Städte und Regionen in Europa; Bd. 15); Wiesbaden 2008.
 69. Maier, Matthias Leonhard u.a. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse; Opladen 2003.

-
70. Marin, Bernd u. Mayntz, Renate (Hrsg.): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations; Frankfurt a. M./ Boulder 1991.
 71. Marx, Karl u. Engels, Friedrich: Werke. Bd. 2 (1844-1846); Berlin 1981.
 72. Massing, Peter (Hrsg.): Direkte Demokratie. Eine Einführung; Schwalbsch/Ts. 2005.
 73. Merton, Robert K.: Social Theory and Social Structure; Glencoe 1957.
 74. Miller, Max: Kollektive Lernprozesse. Studien zur Grundlegung einer soziologischen Lerntheorie; Frankfurt a. M. 1986.
 75. Nachtwey, Jochen: Institutionelle Strukturen als Auslöser persistenter Arbeitslosigkeit. Eine Analyse für das Ruhrgebiet; Bochum 1997.
 76. Naßmacher, Hiltrud u. Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland; Wiesbaden 2007.
 77. Nohl, Arnd-Michael: Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis; Wiesbaden 2009.
 78. Peukert, Rüdiger: Familienformen im sozialen Wandel; Wiesbaden 2008.
 79. Reiser, Marion: Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten; Wiesbaden 2006.
 80. Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970-2000: Bonn 2003.
 81. Rose, Richard: Lesson-Drawing in Public Policy. A Guide to Learning across Time and Space; Chatham 1993.
 82. Rose, Richard: Learning from Comparative Public Policy: a Practical Guide; London/ New York 2005.
 83. Roß, Paul-Stefan: Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune; Baden-Baden 2012.

-
84. Roth, Rainer A.: Politische Landeskunde Freistaat Bayern; München 2008.
 85. Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland; Wiesbaden 2006.
 86. Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process; Boulder 1999.
 87. Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C. (Hrsg.): Policy Change und Learning. An Advocacy Coalition Approach; Boulder 1993.
 88. Sallor, Raymond: Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung der Kommunen und Regionen an den Entscheidungen der Europäischen Union (=Spektrum Politikwissenschaft; Bd. 10); Würzburg 1999.
 89. Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland; Stuttgart 2004.
 90. Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland; Konstanz/ München 2012.
 91. Scharpf, Fritz W.: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung; Opladen 2000.
 92. Schemmel, Lothar: Kommunale Steuerautonomie und Gewerbesteuerabbau (= Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler; Heft 94); Wiesbaden 2002.
 93. Scheuch, Erwin K.: Sozialer Wandel. Band 1: Theorien des sozialen Wandels; Wiesbaden 2003.
 94. Scheuch, Erwin K.: Sozialer Wandel. Band 2: Gegenwartsgesellschaften im Prozess des Wandels; Wiesbaden 2003.
 95. Schieren, Stefan (Hrsg.): Kommunalpolitik. Problem und Potentiale der „Wiege der Demokratie“; Schwalbach/Ts. 2010.

-
96. Schlieper, Andreas: 150 Jahre Ruhrgebiet. Ein Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte; Düsseldorf 1986.
 97. Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 19); Opladen 1988.
 98. Schneider, Volker u. Janning, Frank: Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentliche Politik; Wiesbaden 2006.
 99. Schubert, Klaus: Politikfeldanalyse. Eine Einführung (=Grundwissen Politik, Bd. 6); Opladen 1991.
 100. Schubert, Klaus u. Bandelow Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse; München/ Wien 2003.
 101. Schubert, Klaus u. Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0; München 2009.
 102. Schubert, Klaus u. Klein, Martina: Politiklexikon; Bonn 2006.
 103. Schuster, Franz u. Dill, Günter W. (Hrsg.): Kommunale Aufgaben im Wandel. Theoretische und empirische Grundlagen; Köln 1992.
 104. Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung; Konstanz 2007.
 105. Sieferle, Rolf Peter: Karl Marx zur Einführung; Hamburg 2007.
 106. Sontheimer, Kurt u. Bleek, Wilhelm: Grundzüge des politischen Systems Deutschlands; Bonn 2003.
 107. Stolleis, Michael u. Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Aktuelle Fragen zu politischer und rechtlicher Steuerung im Kontext der Globalisierung; Baden-Baden 2007.

108. Straßheim, Holger: Netzwerkpolitik. Governance und Wissen im administrativen Austausch (=Modernes Regieren. Schriften zu einer neuen Regierungslehre; Bd. 6); Baden-Baden 2011.
109. Thome, Helmut u. Birke, Christoph: Sozialer Wandel und Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich 1950 bis 2000; Wiesbaden 2007.
110. Überall, Frank: Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns; Bonn 2007.
111. Waldheim, Stefan: Kommunalwahlkampf in Ost- und Westdeutschland. Oberbürgermeister- und Landratswahlkämpfe im Ost-West-Vergleich; Frankfurt a. M. 2013.
112. Wegmann, Manfred: Die kommunalen Ebenen in Bayern: Kommunalordnungen und Wahlen; München 2007.
113. Wellig, Hans-Georg (Hrsg.): Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft; Wiesbaden 2004.
114. Woyke, Wichard: Stichwort Wahlen. Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten; Wiesbaden 2005.
115. Zillessen, Horst u. Kessen, Stefan (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel; Frankfurt a. M. u.a. 2007.

Aufsätze:

1. Alemann, Ulrich von u. Manch, Claudia: Einleitung - Steigerung der kommunalen Europafähigkeit; in: Alemann, Ulrich u. Manch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Region; Wiesbaden 2006; S. 16- 22.
2. Aner, Kirsten; Karl, Fred u. Rosenmayr, Leopold: „Die neuen Alten - Retter des Sozialen?“ Anlass und Wandel gesellschaftlicher gerontologischer

-
- Diskurse; in: Aner, Kirsten; Karl, Fred u. Rosenmayr, Leopold (Hrsg.): Die neuen Alten - Retter des Sozialen?; Wiesbaden 2007; S. 13- 35.
3. Bandelow, Nils C.: Policy Lernen und politische Veränderungen; in: Schubert, Klaus u. Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse; München/ Wien 2003; S. 289- 331.
 4. Bandelow, Nils C.: Lerntheoretische Ansätze in der Policy-Forschung; in: Maier, Matthias Leonhard u.a. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse; Opladen 2003; S. 98- 121.
 5. Bandelow, Nils C.: Politisches Lernen: Begriffe und Ansätze im Vergleich; in: Schubert, Klaus u. Bandelow Nils C.: Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0; München 2009; S. 313- 347.
 6. Bandemer, Stephan von: Benchmarking; in: Blanke, Bernhard; Bandemer, Stephan von; Nullmeier, Frank u. Wewer, Göttrik (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform; Wiesbaden 2005; S. 444- 451.
 7. Banner, Gerhard: Politische Willensbildung und Führung in Großstädten der Oberstadtdirektor-Verfassung; in: Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.): Großstadt-Politik. Texte zur Analyse und Kritik lokaler Demokratie; Gütersloh 1972; S. 162- 179.
 8. Benz, Arthur u. Fürst, Dietrich: Policy Learning in Regional Networks; in: European Urban and Regional Studies (21.9.2002); S. 21- 35.
 9. Best, Heinrich u. Holtmann, Everhard: Die langen Wege der deutschen Einigung: Aufbruch mit vielen Unbekannten; in: Best, Heinrich u. Holtmann, Everhard (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung; Frankfurt a. M. 2012; S. 9- 40.
 10. Biegelbauer, Peter: Ein neuer Blick auf politisches Handeln: Politik-Lernansätze im Vergleich; in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2007/ Nr. 36-3); S. 231- 247.

-
11. Bohnsack, Ralf: Dokumentarische Methode und praxeologische Wissenssoziologie; in: Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung; Konstanz 2007; S. 180- 190.
 12. Bohnsack, Ralf: Dokumentarische Methode; in: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried u. Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung; Opladen 2011; S. 40- 44.
 13. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag; Bonn 2009. Gefunden unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/>; zuletzt am 10.08.2010.
 14. Dolowitz, David u. Marsh, David: Who Learns What from Whom: a Review of the Policy Transfer Literature; in: Political Studies (1996/ XLIV); S. 343- 357.
 15. Dohmen, Dieter: Familien- und Bildungspolitik als kommunaler Standortfaktor im demographischen Wandel; in: Zillesen, Horst u. Kessen, Stefan (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel; Frankfurt a. M. u.a. 2007; S. 98- 114.
 16. Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd: Vorwort; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005; S. 7- 8.
 17. Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd: Globalisierung, Netzwerke, Gewerkschaften: Die Region als arbeitspolitische Arena - ein Einführung anhand empirischer Studien; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005; S. 10- 50.

-
18. Engels, Friedrich und Marx, Karl: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten; in: Marx, Karl u. Friedrich Engels: Werke. Bd. 2 (1844-1846); Berlin 1981; S. 3- 223.
 19. Etheredge, Lloyd S.: Government Learning. An Overview; in: Long, Samuel L. (Hrsg.): The Handbook of Political Behavior. Vol. 2; New York u. London 1981; S. 73- 161.
 20. Etheredge, Lloyd S. u. Short, James: Thinking about Government Learning; in: Journal of Management Studies (Nr. 20/1; 1983); S. 41- 58.
 21. Geis, Max-Emanuel u. Madeja, Sebastian: Verfassungsrechtliche und kommunalrechtliche Grundlagen der Kommunen; in: Schieren, Stefan (Hrsg.): Kommunalpolitik. Problem und Potentiale der „Wiege der Demokratie“; Schwalbach/Ts. 2010; S. 9- 31.
 22. Gläser, Jochen u. Laudel, Grit: Wenn zwei das Gleiche sagen... Qualitätsunterschiede zwischen Experten; in: Bogner, Alexander; Littig, Beate u. Menz, Wolfgang (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder; Wiesbaden 2009; S. 137- 158.
 23. Groß, Johanna u.a.: Arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf und Implementation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Schwerpunkten der Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern - untersucht in den Regionen Königs Wusterhausen und Cottbus-Senftenberg-Spremberg; in: Heseler, Heiner u.a. (Hrsg.): Strukturwandel und arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf in Ostdeutschland. Fallstudien für die Region Rostock sowie Cottbus/ Senftenberg/ Spielberg und Königs Wusterhausen (=Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Bd. 161); Nürnberg 1992; S. 163- 355.
 24. Große Starmann, Carsten u. Schmidt, Kerstin: Demographische Entwicklungen kommunal gestalten. Erfolgsfaktor: Prozessgestaltung; in: Zillesen, Horst u. Kessen, Stefan (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen?

- Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel; Frankfurt a. M. u.a. 2007; S. 131- 144.
25. Hall, Peter A.: Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policymaking in Britain; in: Comparative Politics (Vol. 25/ Nr. 3/ 1993); S. 275- 296.
26. Hoffmann, Jürgen: Deutschland - eine „Basarökonomie“? Globalisierung, das „Modell Deutschland“ und die Region als produktiver Anker; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005; S. 70- 89.
27. Hoffschulte, Heinrich: Kommunen in Europa - Die bürgernahe Basis in einem „Europa der vier Ebenen“; in: Alemann, Ulrich u. Manch, Claudia (Hrsg.): Europafähigkeit der Kommunen. Die lokale Ebene in der Europäischen Region; Wiesbaden 2006; S. 58- 76.
28. Holtkamp, Lars: Zur aktuellen Lage der kommunalen Selbstverwaltung. Demokratische Potentiale, einschneidende Haushaltskrisen und symbolische Politikangebote; in: Schieren, Stefan (Hrsg.): Kommunalpolitik. Probleme und Potentiale der „Wiege der Demokratie“ (=uni studien politik; Bd. 40); Schwalbach/Ts. 2010; S. 80- 102.
29. Hradil, Stefan: Wandel, sozialer; in: Farzin, Sina u. Jordan, Stefan (Hrsg.): Lexikon Soziologie und Sozialtheorie. Hundert Grundbegriffe; Stuttgart 2008; S. 319- 321.
30. Jachtenfuchs, Markus: Ideen und Interessen: Weltbilder als Kategorien der politischen Analyse; in: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (Hrsg.): Arbeitspapier AB III/ Nr. 2; Mannheim 1993. Gefunden unter: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp3-02.pdf>; am 7.4.2014.

-
31. Jann, Werner u. Wegrich, Kai: Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle; in: Schubert, Klaus u. Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0; München 2009; S. 75- 113.
 32. Jung, Ottmar: Direkte Demokratie auf Landes- und Kommunalebene; in: Massing, Peter (Hrsg.): Direkte Demokratie. Eine Einführung; Schwalbach/Ts. 2005; S. 39- 66.
 33. Junkernheinrich, Martin: Wege aus der kommunalen Finanzkrise, oder: Wie könnte ein zukunftsfähiges Gemeindefinanzsystem aussehen?; in: Junkernheinrich, Martin u. Zierold, Horst (Hrsg.): Bevölkerung, Finanzkrise und Gemeindefinanzreform (=Forum Öffentliche Finanzen; Bd. 8); Berlin 2004; S. 29- 39.
 34. Kersting, Norbert; Schmitter, Philippe u. Drechsle, Alexander: Die Zukunft der Demokratie; in: Kersting, Norbert (Hrsg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation; Wiesbaden 2008; S. 40- 62.
 35. Klimecki, Rüdiger; Laßleben, Hermann u. Altehage, Markus Oliver: Zur empirischen Analyse organisationaler Lernprozesse im öffentlichen Sektor. Teil 2: Methoden und Ergebnisse (=Management, Forschung und Praxis; Nr.13); Konstanz 1995. Gefunden unter: <http://kops.ub.uni-konstanz.de/volltexte/2000/373>; zuletzt am 26.5.2010.
 36. Maier, Matthias Leonhard u.a.: Einleitung: Kann Politik lernen?; in: Maier, Matthias Leonhard u.a. (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Wissenszentrierte Ansätze in der Politikanalyse; Opladen 2003; S. 7- 22.
 37. Marin, Bernd u. Mayntz, Renate: Introduction: Studying Policy Networks; in: Marin, Bernd u. Mayntz, Renate (Hrsg.): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations; Frankfurt a. M./Boulder 1991; S. 11- 23.

-
38. Marotzki, Winfried: Leitfadeninterview; in: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried u. Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung; Opladen 2011; S. 114.
 39. Mayntz, Renate: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen; in: Hèritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 24); Opladen 1993; S. 39- 56.
 40. Meuser, Michael u. Nagel, Ulrike: Experteninterview; in: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried u. Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung; Opladen 2011; S. 57- 58.
 41. Rehberg, Karl-Siegbert: Ost- West; in: Lessenich, Stephan u. Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland eine gespaltene Gesellschaft; Frankfurt a. M. 2006; S. 209- 233.
 42. Rellecke, Werner: Freistaat Sachsen; in: Wellig, Hans-Georg (Hrsg.): Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft; Wiesbaden 2004; S. 253- 270.
 43. Rentsch, Harald: Schleswig-Holstein im demographischen Wandel - Handlungsempfehlungen für die Kommunen; in: Zillesen, Horst u. Kessen, Stefan (Hrsg.): Wie gestalten wir Veränderungen? Herausforderungen für die Kommunen durch den demographischen Wandel; Frankfurt a. M. u.a. 2007; S. 162- 176.
 44. Sabatier, Paul A.: An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy- Orientated Learning Therein; in: Policy Sciences (Nr. 21/ 1988); S.129- 168.
 45. Sabatier, Paul A.: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik; in: Hèritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 24); Opladen 1993; S. 116- 148.

-
46. Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C.: The Dynamics of Policy Orientated Learning; in: Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C. (Hrsg.): Policy Change und Learning. An Advocacy Coalition Approach; Boulder 1993; S. 41- 56.
 47. Sabatier, Paul A. u. Jenkins-Smith, Hank C.: The Advocacy Coalitions Framework. An Assessment; in: Sabatier, Paul A. (Hrsg.): Theories of the Policy Process; Boulder 1999; S. 117- 166.
 48. Schäfer, Armin: Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Gefunden unter: <http://www.mpifg.de/aktuelles/themen/doks/jahrbuch-09-10-schaefer-280509.pdf>; am 25.07.2012.
 49. Scharpf, Fritz W.: Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien der politischen Steuerung; in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen (=Politische Vierteljahresschrift; Sonderheft 19); Opladen 1988; S. 61- 87.
 50. Scherf, Wolfgang: Die kommunalen Finanzen in Deutschland; in: Kost, Andreas u. Wellig, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung; Wiesbaden 2010; S. 367- 388.
 51. Schmid, Josef: Wirtschafts- und Sozialpolitik: Lernen und Nicht-Lernen von den Nachbarn; in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 18-19/ 2003); S. 32- 38.
 52. Schwarting, Gunnar: Der Deutsche Städtetag wird 100. Die organisierte Interessenvertretung der Kommunen im 20. Jahrhundert; in: Felten, Franz J. (Hrsg.): Städtebünde- Städtetage im Wandel der Geschichte (=Mainzer Vorträge 11); Stuttgart 2006; S. 89- 116.
 53. Stolleis, Michael u. Streeck, Wolfgang: Einleitung; in: Stolleis, Michael u. Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Aktuelle Fragen zu politischer und rechtlicher Steuerung im Kontext der Globalisierung; Baden-Baden 2007; S. 7- 14.

54. Strohmeier, Klaus Peter u. Kerstin, Volker: Sozialraum Ruhrgebiet - Stadträumliche Differenzierungen von Lebenslagen, Armut und informelle Solidarpotentiale; in: Bovermann, Rainer; Koch, Stefan u. Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.): Das Ruhrgebiet - Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946- 1996 (=Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte; Bd. 7); Essen 1996; S. 451- 475.
55. Weinberge, Bruno: Kommunalpolitik in den 90er Jahren. Befragung führender Kommunalpolitiker in zehn Städten; in: Schuster, Franz u. Dill, Günter W. (Hrsg.): Kommunale Aufgaben im Wandel. Theoretische und empirische Grundlagen; Köln 1992; S. 115- 138.
56. Wissen, Markus: Standortbündnisse und Modernisierungskoalitionen. Die Regulation ungleicher Entwicklung im „post-montanindustriellen“ Ruhrgebiet; in: Dörre, Klaus u. Röttger, Bernd (Hrsg.): Die erschöpfte Region. Politik und Gewerkschaften in Regionalisierungsprozessen; Münster 2005; S. 116- 131.
57. Yollu-Tok, Aysel u. Sesselmeier, Werner: Vollbeschäftigung: ein zeit- und gesellschaftskontingenter Begriff; in: APuZ (Nr. 14-15/ 2012); S. 13- 19.

Studien und Statistiken:

1. Bertelsmannstiftung (Hrsg.): Wegweiser Kommune; Berlin 2011. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de>; zuletzt am 18.8.2012.
2. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009; Berlin 2010.
3. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienatlas 2012. Regionale Chancen im demographischen Wandel sichern; Berlin 2012. Gefunden unter: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienatlas-2012,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>; am 3.4.2014.

4. Bundesministerium für Finanzen: Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen; Berlin 2013; S. 1. Gefunden unter: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/Eckdaten-zur-Entwicklung-2003-bis-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=1; am 28.11.2013.
5. Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012.
6. Deutscher Städtetag (Hrsg.): Gemeindefinanzbericht 2011. Gefunden unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/gemeindefinanzbericht/gfb2011_uebersicht_2_und_7.pdf; am 04.07.2012.
7. Jakszentis, Anja u. Hilpert, Ulrich: Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich. Differenzierungen in den neuen Bundesländern und Angleichungen an die alten Länder; Frankfurt a. M. 2005.
8. Köhnert, Steffen; Olst, Nienke van u. Klingholz, Reiner: Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation; Berlin 2004.
9. Kröhnert, Steffen; Olst, Nienke van u. Klingholz, Reiner: Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation; Berlin 2005.
10. Kröhnert, Steffen; Medicus, Franziska u. Klingholz, Rainer: Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?; München 2006.
11. Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner; Sievers, Florian; Großer, Thilo u. Friesel, Kerstin: Die demographische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet; Berlin 2011.
12. Prognos AG: Zukunftsatlas 2007; Berlin 2007. Gefunden unter: http://www.prognos.com/zukunftsatlas/07/zukunftsatlas07_ranking.php?what=rang; am 3.4.2014.

13. Prognos AG: Zukunftsatlas 2010 Regionen; Berlin 2010. Gefunden unter: <http://www.prognos.com/Zukunftsatlas-2010-Regionen.753.0.html>; zuletzt am 18.8.2012.
14. Prognos AG: Zukunftsatlas 2013; Berlin 2013. Gefunden unter: http://www.prognos.com/fileadmin/images/publikationen/zukunftsatlas2013/Gesamtranking_Zukunftsatlas_2013_Regionen.pdf; am 3.4.2014.
15. Regionalverband Ruhr (Hrsg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2004; Essen 2004.
16. Schröder, Dirk: Kommunalpolitikerinnen & Kommunalpolitiker in Deutschland. Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage 2009; Hildesheim 2009. Gefunden unter: <http://www.dirk-schröder.com/umfrage-kommunalpolitik/>; zuletzt am 14.11.2013.
17. Stadt Hoyerswerda (Hrsg.): Präsentation Stadtentwicklungsbericht. Wie wird Hoyerswerda 2025 aussehen?; Hoyerswerda 2011 (unveröffentlicht).

Zeitungsartikel:

1. Afhüppe, Sven: Kommunen in Not. Das stille Sterben der Städte; in: Handelsblatt-Online (29.12.2010). Gefunden unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kommunen-in-not-das-stille-sterben-der-staedte/3750752.html>; am 3.4.2014.
2. Beier, Thomas: Lobesorgien für die Eigenbetriebe im Jenaer Stadtrat; in: TLZ-Online (22.02.2012). Gefunden unter: <http://jena.tlz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/Lobesorgien-fuer-die-Eigenbetriebe-im-Jenaer-Stadtrat-1034518243>; am 2.2.2014.
3. Beier, Thomas: CDU und Linkspartei im Jenaer Stadtrat ganz nah beieinander; in: Thüringer Landeszeitung-Online (13.7.2012). Gefunden unter: <http://jena.tlz.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/CDU-und-Linkspartei-im-Jenaer-Stadtrat-ganz-nah-beieinander-1577172478>; am 27.9.2012.

-
4. Blaises, Tobias: Was vom Bergbau im Ruhrgebiet übrig bleiben soll; in: WAZ-Online (3.5.2014). Gefunden unter: <http://www.derwesten.de/wirtschaft/was-vom-bergbau-im-ruhrgebiet-uebrig-bleiben-soll-id9303363.html>; am 10.5.2014.
 5. Bühlchen, Stefanie: Jenaer Studenten protestieren gegen Wohnungsnot; in: TLZ-Online (10.2.2011). Gefunden unter: <http://www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Jenaer-Studenten-protestieren-gegen-Wohnungsnot-1109810226>; am 31.3.2014.
 6. Bunzeck, Gerd: Gewerbesteuer - es muss nicht nur die große Reform sein!; in: Handelsblatt-Online (13.9.2010). Gefunden unter: <http://blog.handelsblatt.com/steuerboard/2010/09/13/gewerbesteuer/>; am 31.8.2012.
 7. Crolly, Hannelore: Das Saarland hat seinen eigenen Minarett-Streit; in: Welt-Online (14.2.2010). Gefunden unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6382184/Das-Saarland-hat-seinen-eigenen-Minarett-Streit.html>; am 4.9.2012.
 8. Deckstein, Dagmar: Verdienst an Hochschulen: Die Doktoren wollen es nicht anders; in: Süddeutsche-Online (6.12.2009). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/karriere/verdienst-an-hochschulen-die-doktoren-wollen-es-nicht-anders-1.142617>; am 10.9.2012.
 9. Deiniger, Roman: Protest gegen Stuttgart 21. Die Trillerpfeifen verstummen nicht ganz; in: Süddeutsche-Online (29.1.2014). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/protest-gegen-stuttgart-die-triller-pfeifen-verstummen-nicht-ganz-1.1874734>; am 24.3.2014.
 10. Deutscher Städtetag: Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2013. Sorge über zunehmende Unterschiede bei der Finanzlage der Kommunen - finanzielle Mindestaustattung nötig (10.10.2013). Gefunden unter: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/067331/index.html>; am 3.4.2014.

-
11. Diering, Carsten: Deutsche Stahlindustrie rutscht in die Krise; in: Die Welt-Online (13.7.2012). Gefunden unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article108287724/Deutsche-Stahlindustrie-rutscht-in-die-Krise.html>; am 10.5.2014.
 12. Döpke, Doris: Einweihung des Minaretts auf Moschee in Völklingen-Wehrden wird gefeiert; in: Saarbrücker Zeitung-Online (17.2.2012). Gefunden unter: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/aufmacher/Voelklingen-Minaretts-Moschee-Voelklingen-Wehrden-tuerkisch-Islamischer-Kultur-verein-Saarland;art27856,4183909#.UEXyXUJFS-g>; am 4.9.2012.
 13. Dörfer, Tobias: Warum werden nur Münchner befragt?; in: Süddeutsche-Online (6.6.2012). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/buergerentscheid-zur-dritten-startbahn-wie-muenchen-zur-vetomacht-wird-1.1266593-2>; am 31.1.2014.
 14. Endres, Alexandra: Halle, die schrumpfende Stadt; in: Zeit-Online (9.11.2010). Gefunden unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-11/halle-saale-stadtumbau/seite-1>; am 31.8.2012.
 15. Frontal 21: Immer neue Steuern. Kommunen in Not; in: ZDF-Frontal 21. Gefunden unter: <http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/20/0,1872,8131732,00.html> am 22.1.2011.
 16. Goormann-Prugger, Birgit: Freising vor OB-Wahl: Freisinger Mitte; in: Süddeutsche-Online (13.9.2011). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/freising-vor-der-ob-wahl-freisinger-mitte-1.1142918>; am 27.9.2012.
 17. Manier, Ingo: Keine Entspannung. Selbst Deutschland ist vor der Euro-Krise nicht sicher; in: Focus-Online (12.11.2013). Gefunden unter: http://www.focus.de/finanzen/experten/mainert/keine-entspannung-in-sicht-auch-deutschland-ist-vor-der-euro-krise-nicht-sicher_id_3385984.html; am 9.5.2014.

-
18. O.V.: Ab wann man von Vollbeschäftigung spricht; in: Die Welt-Online (1.5.2012). Gefunden unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article1955723/Ab-wann-man-von-vollbeschaeftigung-spricht.html>; am 12.9.2012.
 19. O.V.: „Arm, aber sexy“. Wowereits Berlin-Slogan; in: Focus-online (19.10.2006). Gefunden unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/wowereits-berlin-slogan_aid_117712.html; am 11.12.2013.
 20. O.V.: CSU-Aussteiger siegt in Freising; in: Merkur-Online (25.3.2012). Gefunden unter: <http://www.merkur-online.de/lokales/freising/ob-wahl-finale-sonntag-welcher-trumpf-sticht-2249887.html>; am 27.9.2012.
 21. O.V.: Der langsame Tod Ostdeutschlands. Ökonomen hadern mit schwieriger Integration der neuen Länder. Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (6.10.2006.); S. 12.
 22. O.V.: Einkommenstabelle. Wo in Deutschland die Löhne am höchsten sind; in: FocusMoney-Online (17.4.2012). Gefunden unter: http://www.focus.de/finanzen/karriere/die-einkommens-tabelle-wo-in-deutschland-die-loehne-am-hoechsten-sind_aid_738960.html; am 14.9.2012.
 23. O.V.: Hartz IV-Aufstocker. Reguläre Jobs reichen immer seltener zum Leben; in: Spiegel-Online (8.5.2013). Gefunden unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/aufstocker-zahl-der-hartz-iv-empfaenger-mit-regulaeren-jobs-steigt-a-898656.html>; am 9.5.2014.
 24. O.V.: Historisches Ende. Letzter Kohlezug verlässt Bergwerk Saar; in: Focus-Online (29.06.2012). Gefunden unter: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/historisches-ende-letzter-kohlezug-verlaesst-bergwerk-saar_aid_774850.html; am 3.9.2012.
 25. O.V.: Kölner Bettensteuer macht Schule; in: Zeit-Online (25.3.2010). Gefunden unter: <http://www.zeit.de/reisen/2010-03/koeln-hotel-steuer>; am 22.1.2011.

-
26. O.V.: MeckPomm wird schwul; in: Bild (27.3.2006). Gefunden unter: <http://www.bildblog.de/1295>; am 3.6.2009.
 27. O.V.: OB Wahl Halle: Stichwahl mit Überraschungskandidat; in: MDR-Online (2.7.2012). Gefunden unter: http://www.mdr.de/sachsen-anhalt-heute/ob_wahl100_zc-2666fac6c_zs-355b056c.html; am 26.9.2012.
 28. O.V.: Städteranking. Wo es in Deutschland den höchsten Stundenlohn gibt; in: Welt-Online (17.4.2012). Gefunden unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article106194909/Wo-es-in-Deutschland-den-hoechsten-Stundenlohn-gibt.html>; am 3.9.2012.
 29. O.V.: Täglich zwei rechts-radikale Übergriffe. Bundesregierung legt Zahlen für 2006 vor; in: Tagesschau-Online (8.2.2007). Gefunden unter: <http://www.tagesschau.de/inland/meldung60348.html>; am 3.6.2009.
 30. O.V.: Wirtschaftsaufschwung. Brüderle glaubt an Vollbeschäftigung und Rentenanpassung; in: Focus-Online (28.7.2010). Gefunden unter: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/wirtschaftsaufschwung-bruederle-glaubt-an-vollbeschaeftigung-und-rentenanpassung_aid_535176.html; am 12.9.2012.
 31. Rautenberg, Thomas: Mahnwache für Nachtflugverbot am BER. Wie ein Fehllarm Nachtfluggegner ins Ministerium spült; in: RBB-Online (23.3.2014). Gefunden unter: http://www.rbb-online.de/politik/thema/Flughafen-BER/BER-Aktuelles/akteure_aktuell/wie-ein-fehllarm-nachtfluggegner-ins-ministerium-spueelt.html; am 24.3.2014.
 32. Rebhan, Christine: Wohnungspreise: Starkes Plus; in: Immobilien-Zeitung-Online (6.9.2012). Gefunden unter: <http://www.immobilien-zeitung.de/117295/wohnungspreise-starkes-plus>; am 10.9.2012.
 33. Rösman, Tobias: Gewerbesteuer und dann lange nichts; in: Frankfurter Allgemeine Rhein-Main (27.12.2010). Gefunden unter: <http://www.faz>.

-
- net/aktuell/rhein-main/frankfurt/frankfurter-finanzen-gewerbesteuer-und-dann-lange-nichts-1580911.html; am 31.8.2012.
34. Schäfers, Manfred: Grundsicherung für Kommunen. Der Bund gibt und nimmt, dass es den Kommunen nicht immer eine Freude ist; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.7.2012); S. 18/ 19.
35. Schäfers, Manfred: Belastete Steuerzahler. Heiße Progression; in: FAZ-Online (9.5.2014). Gefunden unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kommentar-kalte-progression-heisse-progression-12930219.html>; am 15.5.2014.
36. Schmeer, Oliver: Kommission empfiehlt: Neuer Kämmerer ruft zum Appell; in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung-Online (6.2.2010). Gefunden unter: <http://www.derwesten.de/staedte/gesenkirchen/neuer-kaemmerer-ruft-zum-appell-id3416027.html>; am 25.9.2012.
37. Schmidtke, Katja: Das grüne Gera genießen; in: Ostthüringer Tageszeitung Gera-Online (17.8.2012). Gefunden unter: <http://gera.otz.de/web/lokal/leben/detail/-/specific/Das-gruene-Gera-geniessen-203887581>; am 10.9.2012.
38. Schnarch, Petra: CSU in Freising. Auf verlorenem Posten; in: Süddeutsche-Online (6.9.2011). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/csu-in-freising-auf-verlorenem-posten-1.1139428>; am 27.9.2012.
39. Spiewak, Martin: Land ohne Leute. Mutterglück im Rentenalter; in: Zeit-Online (5/2003). Gefunden unter: http://www.zeit.de/2003/05/m-alte_m_9ftter; am 12.9.2012.
40. Stark, Florian: Das war die größte Dreckschleuder der DDR; in: Welt-Online (31.10.2013). Gefunden unter: <http://www.welt.de/geschichte/article121393564/Das-war-die-groesste-Dreckschleuder-der-DDR.html>; am 5.4.2014.

41. Völklein, Marco: Dritte Startbahn. Postkarten aus dem Erdinger Moos; in: Süddeutsche-Online (15.5.2012). Gefunden unter: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/dritte-startbahn-postkarten-aus-dem-erdinger-moos-1.1349058>; am 31.3.2014.
42. Zawatka-Gerlach, Ulrich: Sozialhilfe in Berlin wird immer teurer; in: Der Tagesspiegel-Online (8.8.2013). Gefunden unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/1-6-milliarden-euro-sozialhilfe-in-berlin-wird-immer-teurer/8609452.html>; am 28.11.2013.

Internetadressen:

1. Achim Trommen: Förderwerke im Ruhrgebiet: <http://www.foerdergerueste.de/>; zuletzt am 28.2.2010.
2. Aktionsbündnis AufgeMUCkt: <http://www.keine-startbahn3.de>; zuletzt am 31.1.2014.
3. Alte Duisburger Universität: <http://www.uni-due.de>; zuletzt am 29.08.2012.
4. Archiv Sachsen: <http://www.archiv.sachsen.de>; zuletzt am 26.9.2012.
5. Asphericon: <http://www.asphericon.net>; zuletzt am 10.9.2012.
6. Bayrisches Selbstverwaltungskolleg: <http://www.bsvk.info>; zuletzt am 30.1.2014.
7. Bernhard Bönisch: <http://www.bernhard-boenisch.de>; zuletzt am 26.9.2012.
8. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: <http://bmas.de>; zuletzt am 10.4.2014.
9. Bundesministerium für Finanzen: <http://www.bundesfinanzministerium.de>; zuletzt am 28.11.2013.
10. Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/>; zuletzt am 10.08.2010.

-
11. Campus Freising-Weihenstephan: <http://www.weihenstephan.de>; zuletzt am 13.9.2012.
 12. Carl Zeiss Stiftung: <http://www.zeiss.de>; zuletzt am 6.9.2012.
 13. Deutsche Rentenversicherung: <http://www.deutsche-rentenversicherung.de>; zuletzt am 15.5.2014.
 14. Deutscher Städtetag: <http://www.staedtetag.de/>; zuletzt am 5.4.2014.
 15. Erzbistum München: <http://www.erzbistum-muenchen.de>; zuletzt am 15.5.2014.
 16. Eurodistrikt Saar-Moselle-Est: <http://www.saarmoselle.org>; zuletzt am 28.3.2014.
 17. Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Halle: <http://www.ehk-halle.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 18. Fachhochschule Gelsenkirchen: <http://www.fh-gelsenkirchen.eu/>; zuletzt am 30.8.2012.
 19. Fachhochschule Jena: <http://www.fh-jena.de>; zuletzt am 6.9.2012.
 20. Flughafen München: <http://www.munich-airport.de>; zuletzt am 13.9.2012.
 21. Foucault Gymnasium Hoyerswerda: <http://www.foucaultgymnasium.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 22. Freising: <http://www.freising.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 23. Freisinger Mitte: <http://www.freisinger-mitte.de>; zuletzt am 4.2.2014.
 24. Freistaat Sachsen: <http://www.sachsen.de>; zuletzt am 5.9.2012.
 25. Friedrich-Schiller-Universität Jena: <http://www.uni-jena.de>; zuletzt am 6.9.2012.
 26. Gelsenkirchen: <http://stadt.gelsenkirchen.de>; zuletzt am 3.4.2014.

-
27. GENESIS-Online Datenbank des statistischen Bundesamtes: <https://www.genesis.destatis.de/>; zuletzt am 28.08.2012.
 28. Gabler Wirtschaftslexikon Online: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/>; zuletzt am 1.6.2012.
 29. Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt: <http://www.gwg-halle.de>; zuletzt am 26.9.2012.
 30. Göpel: <http://www.goepel.com>; zuletzt am 10.9.2012.
 31. Grimm: <http://www.mein-grimm.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 32. Halle: <http://www.halle.de>; zuletzt am 2.4.2014.
 33. Hanns-Seidel-Stiftung: <http://www.hss.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 34. Hochschule Weihenstephan: <http://www.hswt.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 35. Hoyerswerda: <http://www.hoyerswerda.de>; zuletzt am 26.9.2012.
 36. Industriepark Schwarze Pumpe: <http://www.industriepark.info>; zuletzt am 5.9.2012.
 37. Internationale Reformmonitor: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-D283BA81-6278B6DA/bst_engl/hs.xsl/54224_54233.htm; zuletzt am 10.08.2010.
 38. Jena: <http://www.jena.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 39. Jenaer Wirtschaft: <http://www.jenaerwirtschaft.de>; zuletzt am 10.9.2012.
 40. Jenapharm: <http://www.jenapharm.de>; zuletzt am 10.9.2012.
 41. Kommunalservice Jena: <http://www.ksj.jena.de>; zuletzt am 2.2.2014.
 42. Kunsthochschule Burg Giebichenstein: <http://www.burg-halle.de>; zuletzt am 1.9.2012.

-
43. Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen: <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/logon>; zuletzt am 29.8.2012.
 44. Lausitzhalle Hoyerswerda: <http://www.lausitzhalle-hoyerswerda.de>; zuletzt am 5.9.2012.
 45. Martin-Luther-Universität: <http://www.uni-halle.de>; zuletzt am 1.9.2012.
 46. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: <http://www.mpifg.de>; zuletzt am 25.07.2012.
 47. Metropolregion Mitteldeutschland: <http://www.region-mitteldeutschland.com>; zuletzt am 28.3.2014.
 48. Mitteldeutscher Rundfunk (MDR): <http://www.mdr.de>; zuletzt am 26.9.2012.
 49. Münchner Flughafengesellschaft: <http://muc-ausbau.de>; zuletzt am 31.1.2014.
 50. Neustadt: <http://www.neustadt-sachsen.de>; zuletzt am 5.9.2012.
 51. Regionaldatenbank Deutschland der statistischen Ämter der Länder und des Bundes: www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon; zuletzt am 18.8.2012.
 52. Regionalverband Ruhr: <http://www.metropoleruhr.de>; zuletzt am 28.2.2010.
 53. Ruhr-Universität Bochum: <http://www.ruhr-uni-bochum.de>; zuletzt am 29.08.2012.
 54. Saarland: <http://www.saarland.de>; zuletzt am 26.9.2012.
 55. Saarstahl AG: <http://www.saarstahl.com/>; zuletzt am 3.9.2012.
 56. Schott AG: <http://www.schott.com>; zuletzt am 6.9.2012.
 57. SPD Geislauntern: <http://spd-geislauntern.de/>; zuletzt am 4.9.2012.
 58. SPD Jena: <http://spd-jena.de>; zuletzt am 27.9.2012.

-
59. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de>; zuletzt am 26.9.2012.
 60. Technische Universität Dortmund: <http://www.tu-dortmund.de>; zuletzt am 29.08.2012.
 61. Technische Universität München: <http://www.tum.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 62. Tobias Eschenbacher: <http://www.tobias-eschenbacher.de>; zuletzt am 27.9.2012.
 63. Universität Konstanz: <http://www.uni-konstanz.de/>; zuletzt am 26.5.2010.
 64. Universität Potsdam: <http://www.uni-potsdam.de>; zuletzt am 5.9.2012.
 65. Völklingen: <http://www.voelkingen.de>; zuletzt am 4.9.2012.
 66. Völklinger Hütte: <http://www.voelklinger-huette.org/>; zuletzt am 3.9.2012.
 67. Wegweiser Kommune: <http://www.wegweiser-kommune.de>; zuletzt am 18.8.2012.
 68. Zukunftsatlas: <http://www.prognos.com/Zukunftsatlas-2010-Regionen.753.0.html>; zuletzt am 18.8.2012.

Anhang

Anhang 1: Statistische Indikatoren

Indikatoren der Ebene der Arbeitswelt:

Beschäftigtenquote Anteil aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der arbeitsfähigen Bevölkerung (15- bis 65-Jährige) in Prozent: $\text{Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort} / \text{Anzahl 15-65-Jähriger Bevölkerung} * 100$.

Bedeutung als Arbeitsort Verhältnis zwischen den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort und denen am Wohnort: $\text{Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort} / \text{Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort}$. Ergebnis < 1 bedeutet höhere Auspendleranzahl und geringere Bedeutung als Arbeitsort, Ergebnis > 1 bedeutet höhere Einpendleranzahl und höhere Bedeutung als Arbeitsort.

Beschäftigtenverteilung nach Wirtschaftszweigen Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der drei Wirtschaftszweige an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Prozent: $\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im 1. Sektor (2. Sektor und 3. Sektor)} / \text{Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort} * 100$.

Beschäftigte ohne Berufsausbildung Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Schulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten am Arbeitsort in Prozent: $\frac{\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Schulabschluss}}{\text{Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort}} \cdot 100$.

hochqualifizierte Beschäftigte Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Prozent: $\frac{\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss}}{\text{Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort}} \cdot 100$.

Teilzeitbeschäftigung Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Teilzeit beschäftigt sind an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Prozent: $\frac{\text{Anzahl der Teilzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten}}{\text{Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort}} \cdot 100$.

Frauteilzeitbeschäftigung Anteil der weiblichen in Teilzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Teilzeit beschäftigt sind in Prozent. $\frac{\text{Anzahl der weiblichen Teilzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten}}{\text{Gesamtanzahl der in Teilzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten}} \cdot 100$.

Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen Anteil der Arbeitslosen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Prozent: $\frac{\text{Anzahl Arbeitslose}}{(\text{Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigte} + \text{Anzahl Arbeitslose})} \cdot 100$.

Ausländerarbeitslosigkeit Anteil der arbeitslosen Ausländer an allen ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Prozent: $\frac{\text{Anzahl ausländische Arbeitslose}}{(\text{Gesamtanzahl ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter} + \text{Anzahl ausländischer Arbeitslose})} \cdot 100$.

Langzeitarbeitslosigkeit Anteil der Arbeitssuchenden, die über ein Jahr arbeitslos sind an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohn-

ort in Prozent: Anzahl Langzeitarbeitslose/ Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wohnort*100.

Frauenarbeitslosigkeit Anteil der weiblichen Arbeitslosen an allen weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Prozent: Anzahl weiblicher Arbeitslose/ (Gesamtzahl weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter+Anzahl weibliche Arbeitslosen)*100.

Jugendarbeitslosigkeit Anteil der unter 25-Jährigen Arbeitslosen an allen unter 25-Jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in Prozent: Anzahl unter 25-Jähriger Arbeitsloser/ (Gesamtanzahl unter 25-Jähriger sozialversicherungspflichtig Beschäftigter+Anzahl unter 25-Jähriger Arbeitslose)*100.

Indikatoren der Demographischen Ebene:

Bevölkerungsentwicklung 2003-2010 Prozentuale Veränderung der Gesamtbevölkerung innerhalb des Zeitraums: (Anzahl der Bevölkerung 2010-Anzahl der Bevölkerung 2003)/ Anzahl der Bevölkerung 2003*100.

Durchschnittsalter Durchschnittliches Alter der Gesamtbevölkerung im Jahr 2010: Arithmetisches Mittel der Alterswerte 2010.

Frauenanteil Anzahl der weiblichen Bevölkerung/ Anzahl der Gesamtbevölkerung*100.

Jugendquotient Verhältnis der unter 20-Jährigen zur Altersgruppe der 20-64-Jährigen: Bevölkerung unter 20 Jahren/ Bevölkerung 20-64 Jahre*100.

Altenquotient Verhältnis der über 65-Jährigen zur Altersgruppe der 20-64-Jährigen: Bevölkerung über 65 Jahren/ Bevölkerung 20-64 Jahre*100.

Ausländeranteil Anzahl der ausländischen Bevölkerung/ Anzahl der Gesamtbevölkerung*100.

Fertilitätsrate Prozentuale Abweichung der Geburten pro 15-49-Jährige Frau der Gemeinde vom Bundesdurchschnitt. Nicht selbst berechnet, Daten entstammen des Wegweisers Kommune.⁹⁸⁵

Geburten-Sterbesaldo Anteil der natürlichen Bevölkerungsentwicklung an der Gesamtbevölkerung: $(\text{Geburten-Sterbefälle}) / \text{Anzahl der Gesamtbevölkerung} \cdot 100$.

Wanderungssaldo Anteil der Wanderungsveränderungen über Gemeindegrenzen an der Gesamtbevölkerung: $(\text{Zuwanderung über die Gemeindegrenzen} - \text{Abwanderung über die Gemeindegrenzen}) / \text{Anzahl der Gesamtbevölkerung} \cdot 100$.

Bevölkerungsprognose 2009-2030 Prognostizierte prozentuale Bevölkerungsentwicklung innerhalb des Zeitraums: $(\text{Anzahl der Bevölkerung 2030} - \text{Anzahl der Bevölkerung 2009}) / \text{Anzahl der Bevölkerung 2009} \cdot 100$.

Durchschnittsalter 2030 Durchschnittliches Alter der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030: Arithmetisches Mittel der erwarteten Alterswerte 2030.

Indikatoren der Bildungsebene:

Schüler Grundschule Prozentualer Anteil der Grundschüler an allen Schülern: $\text{Anzahl Grundschüler} / \text{Anzahl Schüler gesamt} \cdot 100$.

Schüler Hauptschule Prozentualer Anteil der Hauptschüler an allen Schülern: $\text{Anzahl Hauptschüler} / \text{Anzahl Schüler gesamt} \cdot 100$.

Schüler Realschule Prozentualer Anteil der Realschüler an allen Schülern: $\text{Anzahl Realschüler} / \text{Anzahl Schüler gesamt} \cdot 100$.

Schüler Gymnasium Prozentualer Anteil der Gymnasiasten an allen Schülern: $\text{Anzahl Gymnasiasten} / \text{Anzahl Schüler gesamt} \cdot 100$.

⁹⁸⁵ Vgl.: Indikatoren-Erklärung des Wegweisers Kommune der Bertelsmannstiftung. Gefunden unter: <http://www.wegweiser-kommune.de/global/methodik/Methodik.action?renderIndikatoren&>; am 31.7.2012.

Frauenanteil Gymnasium Prozentualer Anteil der Schülerinnen an allen Gymnasiasten: $\text{Anzahl weiblicher Gymnasiasten} / \text{Gymnasiasten gesamt} \cdot 100$.

Ausländerabiturientenquote Prozentualer Anteil ausländischer Schulabgänger mit Abitur an allen ausländischen Schulabgängern: $\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife} / \text{Anzahl ausländischer Schulabgänger insgesamt} \cdot 100$.

Schulabgänger ohne Abschluss Prozentualer Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss an allen Schulabgängern eines Jahrganges: $\text{Anzahl Schulabgänger ohne Schulabschluss} / \text{Anzahl Schulabgänger gesamt} \cdot 100$.

hochqualifizierende Bildungsstätten Anzahl der hochqualifizierenden Bildungsstätten, wie Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten. Unabhängig ob privat oder staatlich geführt.

Studentenzahlen Gesamtanzahl der Studenten aller hochqualifizierender Bildungsstätten.

Indikatoren der Wohlstandsebene:

privates Nettoeinkommen Durchschnittliches Jahresnettoeinkommen aller privaten Haushalte in Euro: $\text{Summe aller privaten Nettoeinkommen} / \text{Anzahl aller Haushalte} \cdot 100$.

Schuldenstand pro Einwohner Schuldenstand der Gemeinde im Kernhaushalt pro Einwohner in Euro: $\text{Schuldenstand der Gemeinde} / \text{Anzahl Bevölkerung} \cdot 100$.

Schuldenveränderung Veränderung der Schulden der Gemeinde im Kernhaushalt pro Einwohner zum Vorjahr in Prozent. Nicht selbst berechnet. Daten dem statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden entnommen.⁹⁸⁶

⁹⁸⁶ Vgl.: Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (98. Jahrgang 2011); Berlin 2012; S. 490-510.

Steueraufkommen pro Einwohner Steuereinnahmen der Gemeinde pro Einwohner in Euro: $\text{Steuereinnahmen der Gemeinde} / \text{Anzahl Bevölkerung} \cdot 100$.

SGB II-Quote Anteil der Bevölkerung unter 65-Jahren die SGB II-Leistungen erhalten in Prozent: $\text{SGB II- Empfänger unter 65-Jahren} / \text{Anzahl der Bevölkerung unter 65-Jahren} \cdot 100$.

Haushalte mit geringem Einkommen Anteil der privaten Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1.000,- €: $\text{Anzahl Haushalte mit monatlichem Nettoeinkommen unter 1.000,- €} / \text{Anzahl aller Haushalte} \cdot 100$.

Haushalte mit hohem Einkommen Anteil der privaten Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 4.000,- € und mehr: $\text{Anzahl Haushalte mit monatlichem Nettoeinkommen über 3.999,- €} / \text{Anzahl aller Haushalte} \cdot 100$.

Anhang 2: Statistiken

Übersichtstabellen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Berichtsmonat Dezember 2010 - endgültige Daten mit Wartezeit von 3 Monaten
Deutschland

Merkmal	2010			Veränderung aktueller Monat zum Vorjahresmonat	
	Dezember	November	Oktober	absolut	relativ in %
	1	2	3	4	5
Bedarfsgemeinschaften					
Bestand	3.469.585	3.472.001	3.498.576	-108.204	-3,0
dar.: 55,9 % mit 1 Person	1.938.489	1.937.106	1.946.855	-26.665	-1,4
20,7 % mit 2 Personen	716.543	717.572	725.323	-33.778	-4,5
11,8 % mit 3 Personen	410.399	412.004	417.191	-26.613	-6,1
7 % mit 4 Personen	243.543	244.573	247.171	-14.996	-5,8
4,6 % mit 5 und mehr Personen	160.611	160.745	162.035	-6.152	-3,7
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	1,9	1,9	1,9	-0,02	-1,0
Zugang insgesamt	136.207	129.753	131.770	-6.857	-4,8
dar.: vorheriger SGB II Leistungsbezug (< 3 Monate)	43.577	35.597	36.758	+3.249	+8,1
Abgang insgesamt	138.414	155.881	162.860	+12.599	+10,0
dar.: erneuter SGB II Leistungsbezug innerhalb von 3 Mon.	40.445	42.333	34.590	+3.810	+10,4
Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft in Euro					
insgesamt	839.69	840,01	841,69	-13,98	-1,6
dav.: Arbeitslosengeld II ^a und ^b	335,97	336,37	336,64	-9,21	-2,7
Sozialgeld ^a	13,36	13,36	13,35	-5,00	-27,2
Leistungen für Unterkunft und Heizung ^a	323,27	323,61	325,61	-0,33	-0,1
Sozialversicherungsleistung ^a	162,13	161,44	161,02	+0,57	+0,4
sonstige Leistungen ^a	4,97	5,23	5,06	+0,00	+0,0
Personen in Bedarfsgemeinschaften					
Bestand	6.467.632	6.477.788	6.537.195	-268.037	-4,0
dav.: 72,7 % erwerbsfähige Hilfebedürftige	4.699.977	4.705.843	4.749.979	-206.939	-4,2
27,3 % nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige	1.767.655	1.771.945	1.787.216	-61.098	-3,3
Erwerbsfähige Hilfebedürftige					
Bestand	4.699.977	4.705.843	4.749.979	-206.939	-4,2
dav.: 51 % Frauen	2.395.862	2.399.879	2.423.656	-99.989	-4,0
49 % Männer	2.304.115	2.305.964	2.326.321	-106.950	-4,4
17,5 % unter 25 Jahre	822.410	824.245	835.589	-71.878	-8,0
56,6 % 25 bis unter 50 Jahre	2.662.182	2.669.839	2.698.118	-148.116	-5,3
25,9 % 50 bis unter 65 Jahre	1.215.385	1.211.758	1.216.271	+13.055	+1,1
20,2 % Ausländer	949.098	948.939	954.671	-18.966	-1,9
Zugang insgesamt	177.182	164.930	167.711	-11.746	-6,2
dar.: vorheriger SGB II Leistungsbezug (< 3 Monate)	66.837	54.816	56.427	+3.271	+5,1
dar.: vorheriger Arbeitslosengeld-Bezug (< 3 Monate)	16.222	16.742	17.303	-6.675	-29,2
gleichzeitig Arbeitslosengeld-Bezug (Aufstocker)	10.117	9.170	9.033	-4.090	-28,8
Abgang insgesamt	187.830	213.501	227.977	+17.278	+10,1
dar.: erneuter SGB II Leistungsbezug innerhalb von 3 Mon.	61.496	64.651	52.154	+4.521	+7,9
Nichterwerbsfähige Hilfebedürftige					
Bestand	1.767.655	1.771.945	1.787.216	-61.098	-3,3
dav.: 95,6 % unter 15 Jahre	1.690.278	1.695.103	1.710.491	-62.538	-3,6
4,4 % 15 bis unter 65 Jahre	77.371	76.838	76.723	+1.439	+1,9
14,8 % Ausländer	262.116	263.167	265.527	-15.368	-5,6
Zugang insgesamt	63.222	60.055	60.045	-1.891	-2,6
dar.: vorheriger SGB II Leistungsbezug (< 3 Monate)	22.352	18.407	18.472	+3.328	+17,5
Abgang insgesamt	61.554	69.056	66.253	+9.379	+18,0
dar.: erneuter SGB II Leistungsbezug innerhalb von 3 Mon.	21.236	22.062	17.288	+3.657	+20,8
Hilfequoten bezogen auf die Bevölkerung^c im jeweiligen Alter bzw. auf die Bevölkerung nach BG-Typ^c in Prozent/Prozentpunkten					
hilfebedürftige Personen insgesamt (0 bis 65 Jahre)	10,0	10,0	10,1	-0,4	.
erwerbsfähige Hilfebedürftige (15 bis 65 Jahre)	8,7	8,7	8,8	-0,4	.
Frauen (15 bis 65 Jahre)	9,0	9,0	9,1	-0,4	.
Männer (15 bis 65 Jahre)	8,5	8,5	8,5	-0,4	.
unter 25 Jahre	8,9	8,9	9,0	-0,8	.
25 Jahre bis unter 50 Jahre	9,2	9,3	9,4	-0,5	.
50 Jahre bis unter 65 Jahre	7,7	7,7	7,7	+0,1	.
Ausländer (15 bis 65 Jahre)	16,6	16,6	16,7	-0,3	.
nichterwerbsfähige Hilfebedürftige (unter 15 Jahre)	15,3	15,4	15,5	-0,6	.
Bedarfsgemeinschaften insgesamt					
Single	10,8	10,9	10,9	-0,3	.
Partner mit Kind	13,8	13,8	13,9	-0,2	.
Partner ohne Kind	7,8	7,9	8,0	-0,6	.
Alleinerziehende	4,1	4,1	4,2	-0,3	.
	40,1	40,2	40,5	-1,2	.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

^a Jeweils ermittelt auf Basis aller Bedarfsgemeinschaften im Berichtsmonat^b Arbeitslosengeld II - Regelleistung und Arbeitslosengeld Zuschlag (§ 24 SGB II); ohne Leistungen für Unterkunft^c Bevölkerungsdaten mit Stand 31.12.2009; Lebensformdaten des Jahres 2009; Quelle: Statistisches Bundesamt

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeitsort (AO)

Völklingen, Stadt
Stichtag: 30.06.2010

Ausbildung	Insgesamt	davon:	
		Vollzeitbeschäftigt	Teilzeitbeschäftigt
	1	2	3
Insgesamt	13.400	11.391	2.009
mit Berufsausbildung	8.774	7.339	1.435
ohne Berufsausbildung	2.255	1.963	292
Fach- und Hochschulabschluss	791	713	78
keine Zuordnung möglich	1.580	1.376	204

Erstellungsdatum: 02.08.2012, Statistik-Service Südwest, Auftragsnummer 142219

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bestand an Arbeitslosen
 Völklingen, Stadt
 Jahr 2010

Berichtsmonat	Insgesamt		davon nach Rechtskreis:			
	Insgesamt	darunter:	SGB III		SGB II	
			Insgesamt	darunter:	Insgesamt	darunter:
		Langzeitarbeitslose		Langzeitarbeitslose		Langzeitarbeitslose
	1	2	3	4	5	6
Januar 2010	2.124	645	515	43	1.609	602
Februar 2010	2.178	669	540	47	1.638	622
März 2010	2.108	685	485	45	1.623	640
April 2010	2.067	704	438	44	1.629	660
Mai 2010	1.939	685	370	46	1.569	639
Juni 2010	1.892	684	367	49	1.525	635
Juli 2010	1.928	664	383	45	1.545	619
August 2010	1.934	685	378	51	1.556	634
September 2010	1.898	697	360	52	1.538	645
Oktober 2010	1.823	693	336	49	1.487	644
November 2010	1.859	709	311	44	1.548	665
Dezember 2010	1.905	728	328	46	1.577	682
Jahresdurchschnitt 2010	1.971	687	401	47	1.570	641

Erstellungsdatum: 02.08.2012, Statistik-Service Südwest, Auftragsnummer 142219

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bestand an Arbeitslosen nach Strukturmerkmalen und Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Ausgewählte Regionen
Jahresdurchschnitt 2010

Datenrevisionen können zu Abweichungen gegenüber Auswertungen mit früherem Erstellungsdatum führen.

Kennzahl	Region	SGB Träger	Anzahl / Arbeitslosenquote in %	darunter:			
				Frauen	Jugendliche 15 bis unter 25 Jahre	Dauer der Arbeits- losigkeit: 1 Jahr und länger (LZA)	Ausländer
			1	2	3	4	5
Bestand an Arbeitslosen	09178124 Freising, Stadt	Insgesamt	861	396	79	130	251
		SGB III	590	266	68	38	167
		SGB II	271	130	11	91	84
	14625240 Hoyerswerda, Stadt	Insgesamt	2.956	1.366	270	1.127	55
		SGB III	754	363	84	270	9
		SGB II	2.202	1.002	186	857	46
Arbeitslosen- quote	09178124 Freising, Stadt	Insgesamt	3,4	3,3	2,6	x	6,4
		SGB III	2,3	2,2	2,2	x	4,3
		SGB II	1,1	1,1	0,4	x	2,2
	14625240 Hoyerswerda, Stadt	Insgesamt	15,7	15,7	13,4	x	17,6
		SGB III	4,0	4,2	4,2	x	2,8
		SGB II	11,7	11,5	9,2	x	14,8

Erstellungsdatum: 02.08.2012, Statistik-Service Südost, Auftragsnummer 142217

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2. August 2012
Az.: 9513.31-01/2162

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Hoyerswerda, Stadt
am 30. Juni 2010 nach ausgewählten Merkmalen
Gebietsstand: 2. März 2012

Merkmal	Insgesamt	Darunter Teilzeitbeschäftigte
Beschäftigte insgesamt	10.034	2.904
darunter ohne abgeschlossene Berufsausbildung	694	136

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeitsort (AO) nach ausgewählten Merkmalen

Ausgewählte Regionen

Stichtag: 30.06.2010 (vorläufiger Stand)

Daten der Beschäftigungsstatistik sind für drei Jahre nach dem Stichtag vorläufig und können revidiert werden.

Region	Arbeitszeit	Insgesamt	darunter	
			mit Berufsausbildung	ohne Berufsausbildung
09178124 Freising, Stadt	Insgesamt	38.589	20.820	6.349
	Vollzeitbeschäftigt	28.148	15.274	4.542
	Teilzeitbeschäftigt	10.439	5.546	1.807
14625240 Hoyerswerda, Stadt	Insgesamt	10.034	6.494	694
	Vollzeitbeschäftigt	7.129	4.467	558
	Teilzeitbeschäftigt	2.904	2.027	136

Erstellungsdatum: 01.08.2012, Statistik-Service Südost, Auftragsnummer 142217

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Zitierhinweis: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeitsort (AO) nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, August 2012

**Studierende: Deutschland, Semester, Nationalität,
Geschlecht, Hochschulen**

Statistik der Studenten
Deutschland
Studierende (Anzahl)

Semester Hochschulen	Deutsche			Ausländer			Insgesamt		
	männlich	weiblich	Insg.	männlich	weiblich	Insg.	männlich	weiblich	Insg.
WS 2010/11									
TU München (HS 1630)	14419	7068	21487	2967	1546	4513	17386	8614	26000
Techn. U München in Weihenstephan (ab 2001 HS1630)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
U Halle in Halle	7087	10333	17420	667	681	1348	7754	11014	18768
U Jena	8594	10813	19407	559	923	1482	9153	11736	20889
Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle	375	611	986	38	66	104	413	677	1090
Ev. H für Kirchenmusik Halle	31	23	54	3	4	7	34	27	61
FH Weihenstephan-Triesdorf in Weihenstephan	1723	1341	3064	66	52	118	1789	1393	3182
FH Gelsenkirchen in Gelsenkirchen	2795	840	3635	357	238	595	3152	1078	4230
FH Jena	2845	1692	4537	165	85	250	3010	1777	4787
FH für öffentliche Verwaltung NW in Gelsenkirchen	362	269	631	-	-	-	362	269	631

(C)opyright Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014
Stand: 19.09.2014 / 11:23:25

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen nach Geschlecht - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
30.06.2010

Deutschland Geschlecht			Sozialversicherungs- pflicht. Beschäftigte (Arbeitsort)	Einpendler(innen) über Gemeindegrenze (Arbeitsort)	Sozialversicherung spf. Beschäftigte (Wohnort)	Auspendler(innen) über Gemeindegrenzen (Wohnort)	Pendlersaldo (über Gemeindegrenze)
			Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
DG	Deutschland	männlich	14975593	x	14901247	x	74346
		weiblich	12734894	x	12698467	x	36427
		Insgesamt	27710487	x	27599714	x	110773
05	Nordrhein-Westfalen	männlich	3244564	1925057	3188587	1869080	55977
		weiblich	2575471	1285483	2543466	1253478	32005
		Insgesamt	5820035	3210540	5732053	3122558	87982
09	Bayern	männlich	2490679	1715801	2442192	1667314	48487
		weiblich	2077308	1239786	2066032	1228510	11276
		Insgesamt	4567987	2955587	4508224	2895824	59763
10	Saarland	männlich	197712	146368	182434	131090	15278
		weiblich	151829	98679	142674	89524	9155
		Insgesamt	349541	245047	325108	220614	24433
14	Sachsen	männlich	711248	.	748790	.	.
		weiblich	698577	.	704714	.	.
		Insgesamt	1409825	.	1453504	.	.
15	Sachsen-Anhalt	männlich	376566	218679	432909	275022	-56343
		weiblich	372536	183560	394934	205958	-22398
		Insgesamt	749102	402239	827843	480980	-78741
16	Thüringen	männlich	380477	247060	430836	297419	-50359
		weiblich	357544	197790	382987	223233	-25443
		Insgesamt	738021	444850	813823	520652	-75802
05513000	Gelsenkirchen, krsfr. Stadt	männlich	39066	22175	41732	24841	-2666
		weiblich	32694	15551	30533	13390	2161
		Insgesamt	71760	37726	72265	38231	-505
09178124	Freising, GKSt	männlich	19438	15874	9302	5738	10136
		weiblich	19151	14968	8256	4073	10895

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort sowie Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen nach Geschlecht - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
30.06.2010

Deutschland Geschlecht		Sozialversiche- rungspfl. Beschäftigte (Arbeitsort)	Einpendler(innen) über Gemeindegrenze (Arbeitsort)	Sozialversicherung spfl. Beschäftigte (Wohnort)	Auspendler(innen) über Gemeindegrenzen (Wohnort)	Pendlersaldo (über Gemeindegrenze)
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
10041519 Völklingen	Insgesamt	38589	30842	17558	9811	21031
	männlich	8885	6647	6966	4728	1919
	weiblich	4515	2903	4886	3274	-371
14264000 Hoyerswerda, Kreisfreie Stadt	Insgesamt	13400	9550	11852	8002	1548
	männlich	-	-	-	-	-
	weiblich	-	-	-	-	-
15002000 Halle (Saale), Stadt	Insgesamt	-	-	-	-	-
	männlich	39754	19397	37168	16811	2586
	weiblich	51872	22156	38000	8284	13872
16053000 Jena, krsfr. Stadt	Insgesamt	91626	41553	75168	25095	16458
	männlich	23280	11117	18152	5989	5128
	weiblich	25039	10961	18009	3931	7030
Insgesamt		48319	22078	36161	9920	12158

zu 'gesamte Tabelle':

Deutschland: Der Nachweis von Bundesergebnissen ist aus sachlogischen Gründen nicht möglich; gemeinde/kreisbezogene Pendlerströme sind auf Bundesebene nicht aggregierbar und deshalb nicht darstellbar.

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 2008-2010 Gebietsstand 01.01.2009; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011

Rheinland-Pfalz: ab 2011 Gebietsstand des Folgejahres.

Sachsen: Gebietsstand 01.01. des Folgejahres

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Stand: 16.09.2014 / 08:24:35

zu 'darunter Einpendler(innen) über Gemeindegrenzen':

Sachsen: Einpendler(innen) über die jeweilige Gebietsgrenze

zu 'darunter Auspendler(innen) über Gemeindegrenzen':

Sachsen: Auspendler(innen) über die jeweilige Gebietsgrenze zu 'Pendlersaldo'

Deutschland: Der Nachweis von Bundesergebnissen ist aus sachlogischen Gründen nicht möglich; gemeinde/kreisbezogene Pendlerströme sind auf Bundesebene nicht aggregierbar und deshalb nicht darstellbar.

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Beschäftigte am
Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschafts-
zweigen - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen (ab 2008)**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspf. Beschäftigte (Arbeitsort) (Anzahl)
30.06.2010

Deutschland WZ 2008-Abschnitte (Sozialvers. Beschäftigte)			Nationalität					
			Insgesamt			Ausländer		
			Geschlecht			Geschlecht		
			Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
DG	Deutschland	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	220759	149161	71598	29021	21700	7321
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	8414396	6519730	1894666	607976	492622	115354
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	6809286	5120747	1688539	498953	391212	107741
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	6256234	4676918	1579316	476820	372080	104740
		Baugewerbe (F)	1605110	1398983	206127	109023	101410	7613
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	19071837	8304559	10767278	1287624	667804	619820
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	6256932	3340073	2916859	546390	336816	209574
		Information und Kommunikation (J)	823763	530918	292845	44091	28140	15951
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	998424	437558	560866	26238	10774	15464
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	208800	101639	107161	8390	4403	3987
		Freiberufl.,wissenschaftl. techn. Dienstl.,sonst.DL	3411904	1804942	1606962	332456	185032	147424
		Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	6253400	1686081	4567319	244789	66638	178151
		Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush.,usw.	1118614	403348	715266	85270	36001	49269
		Insgesamt	27710487	14975593	12734894	1925024	1182401	742623
05	Nordrhein- Westfalen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	26727	17990	8737	6608	4972	1636
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	1729921	1384466	345455	148796	125893	22903
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	1427405	1119209	308196	124892	103588	21304
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	1289026	1002852	286174	116901	96225	20676
		Baugewerbe (F)	302516	265257	37259	23904	22305	1599
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	4062904	1841829	2221075	297331	159815	137516
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	1335857	744271	591586	125188	80420	44768
		Information und Kommunikation (J)	183624	122225	61399	9081	5814	3267
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	218899	99133	119766	4943	2070	2873
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	39868	19928	19940	1756	980	776
		Freiberufl.,wissenschaftl. techn. Dienstl.,sonst.DL	740538	401215	339323	78719	45029	33690
		Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	1309390	369542	939848	57329	16180	41149
		Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush.,usw.	234728	85515	149213	20315	9322	10993

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Beschäftigte am
Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschafts-
zweigen - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen (ab 2008)**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspf. Beschäftigte (Arbeitsort) (Anzahl)
30.06.2010

Deutschland WZ 2008-Abschnitte (Sozialvers. Beschäftigte)			Nationalität					
			Insgesamt			Ausländer		
			Geschlecht			Geschlecht		
			Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
09	Bayern	Insgesamt	5820035	3244564	2575471	452759	290690	162069
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	23433	14908	8525	4351	3251	1100
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	1579999	1200894	379105	116195	91376	24819
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	1314692	972450	342242	97019	73673	23346
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	1238736	911608	327128	92695	70055	22640
		Baugewerbe (F)	265307	228444	36863	19176	17703	1473
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	2964187	1274671	1689516	252373	125440	126933
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	1014238	526793	487445	109143	64547	44596
		Information und Kommunikation (J)	150096	93480	56616	10259	6444	3815
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	184014	80822	103192	5929	2375	3554
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	26290	12738	13552	1752	866	886
		Freiberufl.,wissenschaftl. techn. Dienstl.,sonst.DL	507506	259709	247797	62633	33665	28968
		Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	912157	237804	674353	47465	11424	36041
		Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush.,usw.	169886	63325	106561	15192	6119	9073
		Insgesamt	4567987	2490679	2077308	372944	220076	152868
10	Saarland	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	843	554	289	78	67	11
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	121365	99634	21731	13028	11035	1993
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	101855	82316	19539	11307	9375	1932
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	92574	74300	18274	10989	9094	1895
		Baugewerbe (F)	19510	17318	2192	1721	1660	61
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	227312	97513	129799	16571	8411	8160
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	73423	37388	36035	6640	3673	2967
		Information und Kommunikation (J)	8547	5906	2641	438	277	161
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	12383	5239	7144	228	70	158
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	1297	689	608	53	33	20
		Freiberufl.,wissenschaftl. techn. Dienstl.,sonst.DL	39851	21030	18821	5570	3242	2328
		Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	80840	23458	57382	2746	787	1959

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Beschäftigte am
Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschafts-
zweigen - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen (ab 2008)**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspf. Beschäftigte (Arbeitsort) (Anzahl)
30.06.2010

Deutschland WZ 2008-Abschnitte (Sozialvers. Beschäftigte)			Nationalität					
			Insgesamt			Ausländer		
			Geschlecht			Geschlecht		
			Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
14	Sachsen	Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush., usw.	10971	3803	7168	896	329	567
		Insgesamt	349541	197712	151829	29680	19515	10165
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	22057	14175	7882	312	205	107
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	416541	311251	105290	3348	2777	571
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	312592	219941	92651	1953	1492	461
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	281723	197307	84416	1832	1406	426
		Baugewerbe (F)	103949	91310	12639	1395	1285	110
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	971056	385729	585327	12503	6886	5617
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	291981	146844	145137	4548	2860	1688
		Information und Kommunikation (J)	31083	18871	12212	421	288	133
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	30109	8805	21304	103	30	73
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	14270	6727	7543	117	66	51
		Freiberufl., wissenschaftl. techn. Dienstl., sonst. DL	173354	91880	81474	2877	1571	1306
		Öff. Verw., Verteidig., Sozialvers., Erz.-u. Unterricht	364714	89034	275680	3335	1509	1826
15	Sachsen-Anhalt	Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush., usw.	65545	23568	41977	1102	562	540
		Insgesamt	1409825	711248	698577	16164	9868	6296
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	16056	11304	4752	241	178	63
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	213870	166640	47230	1680	1429	251
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	153477	112803	40674	935	725	210
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	130460	94890	35570	881	696	185
		Baugewerbe (F)	60393	53837	6556	745	704	41
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	519060	198566	320494	5855	3321	2534
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	160347	78710	81637	2190	1440	750
		Information und Kommunikation (J)	9319	5908	3411	95	63	32
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	13540	3946	9594	29	13	16
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	6787	3102	3685	31	19	12
		Freiberufl., wissenschaftl. techn. Dienstl., sonst. DL	93070	48373	44697	1648	847	801

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Beschäftigte am
Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschafts-
zweigen - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen (ab 2008)**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspf. Beschäftigte (Arbeitsort) (Anzahl)
30.06.2010

30.06.2010

Deutschland WZ 2008-Abschnitte (Sozialvers. Beschäftigte)		Nationalität						
		Insgesamt			Ausländer			
		Geschlecht			Geschlecht			
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	
16	Thüringen	Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	208369	50586	157783	1489	732	757
		Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush.,usw.	27628	7941	19687	373	207	166
		Insgesamt	749102	376566	372536	7776	4928	2848
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	16207	10739	5468	341	180	161
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	247776	183859	63917	1812	1478	334
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	187461	130390	57071	1108	826	282
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	172145	118742	53403	1069	795	274
		Baugewerbe (F)	60315	53469	6846	704	652	52
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	473952	185819	288133	5403	3117	2286
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	146013	72311	73702	1921	1241	680
		Information und Kommunikation (J)	11780	6970	4810	98	56	42
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	13837	4086	9751	17	7	10
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	5316	2527	2789	25	13	12
		Freiberufl.,wissenschaftl. techn. Dienstl.,sonst.DL	82034	44636	37398	1480	843	637
		Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	184874	45076	139798	1400	706	694
		Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush.,usw.	30098	10213	19885	462	251	211
05513	Gelsenkirchen, Krsfr. Stadt	Insgesamt	738021	380477	357544	7556	4775	2781
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	46	27	19	4	3	.
		Produzierendes Gewerbe (B-F)	20797	16481	4316	1630	1393	237
		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	16486	12647	3839	1149	933	216
		Verarbeitendes Gewerbe (C)	13795	10513	3282	1087	884	203
		Baugewerbe (F)	4311	3834	477	481	460	21
		Dienstleistungsbereiche (G-U)	50895	22540	28355	3498	1916	1582
		Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	14337	7782	6555	1453	931	522
		Information und Kommunikation (J)	1482	1058	424	27	13	14
		Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	1576	698	878	33	15	18
		Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	753	395	358	25	12	13

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Beschäftigte am
Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschafts-
zweigen - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen (ab 2008)**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspf. Beschäftigte (Arbeitsort) (Anzahl)
30.06.2010

Deutschland WZ 2008-Abschnitte (Sozialvers. Beschäftigte)		Nationalität					
		Insgesamt			Ausländer		
		Geschlecht			Geschlecht		
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
15002 Halle (Saale), Krsfr. Stadt	Freiberufl.,wissenschaftl. techn. Dienstl.,sonst.DL	10506	6121	4385	941	596	345
	Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	19127	5145	13982	768	212	556
	Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush.,usw.	3114	1341	1773	251	137	114
	Insgesamt	71760	39066	32694	5132	3312	1820
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	38	23	15	0	0	0
	Produzierendes Gewerbe (B-F)	11158	8631	2527	203	185	18
	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	6382	4388	1994	63	50	13
	Verarbeitendes Gewerbe (C)	4285	2981	1304	57	47	10
	Baugewerbe (F)	4776	4243	533	140	135	5
	Dienstleistungsbereiche (G-U)	80429	31099	49330	1121	650	471
	Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	16843	8432	8411	297	205	92
	Information und Kommunikation (J)	3131	2049	1082	58	41	17
	Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	2370	820	1550	5	.	.
	Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	1808	783	1025	10	.	.
	Freiberufl.,wissenschaftl. techn. Dienstl.,sonst.DL	16260	8107	8153	254	148	106
16053 Jena, krsfr. Stadt	Öff.Verw.,Verteidig.,Sozialvers.,Erz.-u.Unterricht	34363	8809	25554	376	182	194
	Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush.,usw.	5654	2099	3555	121	64	57
	Insgesamt	91626	39754	51872	1324	835	489
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	60	53	7	.	.	.
	Produzierendes Gewerbe (B-F)	11464	8491	2973	.	.	.
	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	9209	6460	2749	78	52	26
	Verarbeitendes Gewerbe (C)	8490	5939	2551	78	52	26
	Baugewerbe (F)	2255	2031	224	.	.	.
	Dienstleistungsbereiche (G-U)	36773	14720	22053	979	548	431
	Handel, Gastgewerbe, Verkehr (G-I)	7416	3399	4017	123	74	49
	Information und Kommunikation (J)	912	653	259	.	.	.
	Erbringung von Finanz- und Vers.leistungen (K)	868	305	563	.	.	.

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Beschäftigte am
Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschafts-
zweigen - Stichtag 30.06. - regionale Ebenen (ab 2008)**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspfl. Beschäftigte (Arbeitsort) (Anzahl)
30.06.2010

Deutschland WZ 2008-Abschnitte (Sozialvers. Beschäftigte)	Nationalität					
	Insgesamt			Ausländer		
	Geschlecht			Geschlecht		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	459	238	221	.	.	.
Freiberufl., wissenschaftl. techn. Dienstl., sonst. DL	8158	4442	3716	450	261	189
Öff. Verw., Verteidig., Sozialvers., Erz.-u. Unterricht	16738	4932	11806	359	194	165
Kunst, Unterhaltung, Erholung, Priv. Haush., usw.	2222	751	1471	37	11	26
Insgesamt	48319	23280	25039	1067	605	462

zu 'gesamter Tabelle':

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 1995-2010 Gebietsstand

01.01.1979; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011

zu 'Ausländer'

Hessen: In einigen Kreisen ist aus Geheimhaltungsgründen der
Abschnitt A im Bereich B-F bzw. B-E erfasst.

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,

mit Quellenangabe gestattet.

Stand: 16.09.2014 / 09:03:40

**Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen sowie
Arbeitslosenquoten - Jahresdurchschnitt -
regionale Ebenen**

Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

Jahr Deutschland	Arbeitslose	Arbeitslose				Arbeitslosenquote bez. auf alle zivile Erwerbsp.			
		Ausländer	15 bis unter 25 Jahre	55 bis unter 65 Jahre	lang- zeitar- beitslos		Frauen	Ausländer	15 bis unter 25 Jahre
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
2010									
DG Deutschland	3238421	500831	325378	532004	1129890	7,7	7,5	15,7	6,8
05 Nordrhein-Westfalen	779434	161132	77425	114223	322989	8,7	8,5	20	7,8
09 Bayern	299387	55900	30168	58661	74452	4,5	4,4	10	3,7
10 Saarland	37829	5369	3726	5965	12394	7,5	7,4	18,1	6,7
14 Sachsen	253135	9628	25961	51900	95316	11,8	11,5	23,9	10,8
15 Sachsen-Anhalt	151277	4279	14856	26824	54671	12,5	12,1	23,9	10,9
16 Thüringen	117065	3100	10758	24580	38718	9,8	9,8	20,2	8,1
05513 Gelsenkirchen, Krsfr. Stadt	17910	4110	1917	2203	8074	14,4	14,4	28,3	13,5
15002 Halle (Saale), Krsfr. Stadt	15060	1011	1402	2213	5452	13,4	12,1	26,9	11,1
16053 Jena, krsfr. Stadt	4121	207	342	808	1494	7,8	7	13,5	5,6

zu 'gesamte Tabelle':

Quelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).
Die Daten zur Arbeitslosigkeit basieren seit der Einführung des Sozialgesetzbuches II zum Jahresbeginn 2005 auf Informationen aus dem IT-Fachverfahren der BA, aus plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und - sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden - aus ergänzenden Schätzungen der BA.
Bestandsergebnisse sind nach soziodemografischen Merkmalen (Geschlecht, Altersgruppen, Nationalität) und regionalen Gebietsstrukturen (politisch bis auf Kreis-/Gemeindeebene, BA- und SGB II Gebietsstruktur) verfügbar.

Weitere Informationen zur Methode, Statistikverfahren, Datenqualität können dem entsprechenden Qualitätsbericht der BA entnommen werden:
<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/000200/html/qualitaetsberichte/statistik-arbeitslose-arbeitsuche%20nde.pdf>

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.
Stand: 16.09.2014 / 09:13:53

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach
Geschlecht, Nationalität und Art der Ausbildung
- Stichtag 30.06. - regionale Ebenen**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspf. Beschäftigte (Wohnort) (Anzahl)

Deutschland Art der Ausbildung			Nationalität					
			Insgesamt			Ausländer		
			Geschlecht			Geschlecht		
			Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
30.06.2010								
DG	Deutschland	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	3839455	2108483	1730972	523846	323251	200595
		Lehr-o.Anlernausb.,Abschl.a.e.Berufsfach-/Fachsch.	15988020	8447700	7540320	543722	332272	211450
		Abschl. a.e.höh. Fach-,Fachhoch-, Hochschule	2926279	1780251	1146028	152321	88140	64181
		Insgesamt	27599714	1,5E+07	1,3E+07	1854158	1131313	722845
05	Nordrhein-Westfalen	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	898790	531896	366894	131272	88857	42415
		Lehr-o.Anlernausb.,Abschl.a.e.Berufsfach-/Fachsch.	3140718	1685947	1454771	126446	79904	46542
		Abschl. a.e.höh. Fach-,Fachhoch-, Hochschule	581646	360299	221347	29382	16982	12400
		Insgesamt	5732053	3188587	2543466	443619	285116	158503
09	Bayern	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	695274	360377	334897	102210	59522	42688
		Lehr-o.Anlernausb.,Abschl.a.e.Berufsfach-/Fachsch.	2660237	1435757	1224480	110700	64817	45883
		Abschl. a.e.höh. Fach-,Fachhoch-, Hochschule	476405	307822	168583	33464	19954	13510
		Insgesamt	4508224	2442192	2066032	361272	211587	149685
10	Saarland	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	48987	27237	21750	4302	2930	1372
		Lehr-o.Anlernausb.,Abschl.a.e.Berufsfach-/Fachsch.	196769	108098	88671	5473	3540	1933
		Abschl. a.e.höh. Fach-,Fachhoch-, Hochschule	28927	18247	10680	1400	830	570
		Insgesamt	325108	182434	142674	16635	10855	5780
14	Sachsen	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	112833	63429	49404	1952	1197	755
		Lehr-o.Anlernausb.,Abschl.a.e.Berufsfach-/Fachsch.	933225	476625	456600	3594	2223	1371
		Abschl. a.e.höh. Fach-,Fachhoch-, Hochschule	193267	96400	96867	4241	2414	1827
		Insgesamt	1453504	748790	704714	15817	9845	5972
15	Sachsen-Anhalt	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	68346	38746	29600	807	512	295
		Lehr-o.Anlernausb.,Abschl.a.e.Berufsfach-/Fachsch.	555045	282966	272079	1749	1187	562
		Abschl. a.e.höh. Fach-,Fachhoch-, Hochschule	72198	36775	35423	1486	859	627
		Insgesamt	827843	432909	394934	7057	4663	2394
16	Thüringen	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	66568	37634	28934	721	458	263
		Lehr-o.Anlernausb.,Abschl.a.e.Berufsfach-/Fachsch.	557264	292489	264775	1713	1055	658
		Abschl. a.e.höh. Fach-,Fachhoch-, Hochschule	81632	42747	38885	1683	1015	668

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach
Geschlecht, Nationalität und Art der Ausbildung
- Stichtag 30.06. - regionale Ebenen**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Sozialversicherungspfl. Beschäftigte (Wohnort) (Anzahl)

Deutschland Art der Ausbildung		Nationalität					
		Insgesamt			Ausländer		
		Geschlecht			Geschlecht		
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
	Insgesamt	813823	430836	382987	6785	4275	2510
05513 Gelsenkirchen, Krsf. Stadt	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	11396	7117	4279	1894	1390	504
	Lehr- o. Anlernausb., Abschl. a. e. Berufsfach-/Fachsch.	39578	21968	17610	2132	1484	648
	Abschl. a. e. höh. Fach-, Fachhoch-, Hochschule	4359	2789	1570	188	105	83
	Insgesamt	72265	41732	30533	6940	4883	2057
15002 Halle (Saale), Krsf. Stadt	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	6763	3596	3167	191	120	71
	Lehr- o. Anlernausb., Abschl. a. e. Berufsfach-/Fachsch.	44662	20832	23830	320	228	92
	Abschl. a. e. höh. Fach-, Fachhoch-, Hochschule	11345	5915	5430	388	223	165
	Insgesamt	75168	37168	38000	1558	1049	509
16053 Jena, krsfr. Stadt	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	2550	1334	1216	45	20	25
	Lehr- o. Anlernausb., Abschl. a. e. Berufsfach-/Fachsch.	18761	8667	10094	92	51	41
	Abschl. a. e. höh. Fach-, Fachhoch-, Hochschule	10496	5793	4703	505	312	193
	Insgesamt	36161	18152	18009	813	482	331

zu 'gesamte Tabelle':

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 1995-2010 Gebietsstand
01.01.1979; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011
Berichtsstand der BA ab 2003: jeweils Dezember;
2002: Stand Februar 2003;
2001: Stand Mai 2002;
1999, 2000: Stand November 2001; Mecklenburg-Vorpommern,
Niedersachsen, Sachsen, Schleswig-Holstein:
Stand August 2001;

zu 'Ausländer(innen)':

Bremen (2003, 2004), Sachsen (bis 2004), Schleswig-Holstein
(2003): einschl. Staatenlose und Personen mit ungeklärter
Staatsangehörigkeit;
Hessen (2007): einschl. Staatenlose
(C)opyright Statistische Ämter des Bundes u. der Länder, 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.
Stand: 16.09.2014 / 09:00:52

Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht
- Stichtag 31.12. -
regionale Ebenen

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
 Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland		31.12.2010		
		Geschlecht		
		Insgesamt	männlich	weiblich
DG	Deutschland	81751602	40112425	41639177
05	Nordrhein-Westfalen	17845154	8711858	9133296
09	Bayern	12538696	6158439	6380257
10	Saarland	1017567	495206	522361
14	Sachsen	4149477	2031630	2117847
15	Sachsen-Anhalt	2335006	1144118	1190888
16	Thüringen	2235025	1103693	1131332
05513000	Gelsenkirchen, krsfr. Stadt	257981	125451	132530
09178124	Freising, GKSt	45223	22243	22980
10041519	Völklingen	39626	19261	20365
14264000	Hoyerswerda, Kreisfreie Stadt	-	-	-
15002000	Halle (Saale), Stadt	232963	110580	122383
16053000	Jena, krsfr. Stadt	105129	51964	53165

zu gesamter Tabelle :

ab dem Berichtsjahr 2011 nach dem Zensus 2011
 Beim Nachweis des Merkmals Geschlecht handelt es sich ab
 2011 um vorläufige Ergebnisse.

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 2008-2010 Gebietsstand
 01.01.2009; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011
 Baden-Württemberg: Berichtsjahr 2008-2010 Gebietsstand
 01.01.2009; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011
 Berlin: Gemeindetabelle liegt auch für Bezirke vor.
 Rheinland-Pfalz: ab 2011 Gebietsstand des Folgejahres.
 Sachsen: ab 2012 Gebietsstand 01.01. des Folgejahres.
 (C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014
 Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
 mit Quellenangabe gestattet.
 Stand: 16.09.2014 / 09:07:35

Geburten: Lebendgeborene nach Geschlecht - Jahressumme - regionale Ebenen

Statistik der Geburten

Lebendgeborene (Anzahl)

Deutschland		2010		
		Insgesamt	männlich	weiblich
DG	Deutschland	677947	347237	330710
05	Nordrhein-Westfalen	147333	75642	71691
09	Bayern	105251	53769	51482
10	Saarland	7066	3553	3513
14	Sachsen	35091	17920	17171
15	Sachsen-Anhalt	17300	8802	8498
16	Thüringen	17527	8900	8627
05513000	Gelsenkirchen, krsfr. Stadt	2148	1095	1053
09178124	Freising, GKSt	466	260	206
10041519	Völklingen	315	169	146
14264000	Hoyerswerda, Kreisfreie Stadt	-	-	-
15002000	Halle (Saale), Stadt	2185	1109	1076
16053000	Jena, krsfr. Stadt	1068	544	524

zu 'gesamte Tabelle':

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 2008-2010 Gebietsstand

01.01.2009; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011

Berlin: Gemeindetabelle liegt auch für Bezirke vor.

Rheinland-Pfalz: ab 2011 Gebietsstand des Folgejahres.

Sachsen: ab 2012 Gebietsstand 01.01. des Folgejahres.

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Stand: 16.09.2014 / 09:18:20

Sterbefälle: Gestorbene nach Geschlecht - Jahressumme - regionale Ebenen

 Statistik der Sterbefälle
 Gestorbene (Anzahl)

Deutschland		Geschlecht		
		Insgesamt	männlich	weiblich
2010				
DG	Deutschland	858768	409022	449746
05	Nordrhein-Westfalen	192137	91711	100426
09	Bayern	123089	58282	64807
10	Saarland	12296	5983	6313
14	Sachsen	50909	23874	27035
15	Sachsen-Anhalt	30729	14781	15948
16	Thüringen	26701	12938	13763
05513000	Gelsenkirchen, krsfr. Stadt	3464	1660	1804
09178124	Freising, GKSt	348	178	170
10041519	Völklingen	498	254	244
14264000	Hoyerswerda, Kreisfreie Stadt	-	-	-
15002000	Halle (Saale), Stadt	2926	1302	1624
16053000	Jena, krsfr. Stadt	927	426	501

Zu gesamter Tabelle :

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 2008-2010 Gebietsstand

01.01.2009; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011

Berlin: Gemeindetabelle liegt auch für Bezirke vor.

Rheinland-Pfalz: ab 2011 Gebietsstand des Folgejahres.

Sachsen: ab 2012 Gebietsstand 01.01. des Folgejahres.

Rheinland-Pfalz (2012): Eventuelle Abweichungen zu anderen

Veröffentlichungen ergeben sich durch nachträgliche

Korrekturen; diese sind auch nicht in das Bundesergebnis

eingeflossen;

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,

mit Quellenangabe gestattet.

Stand: 16.09.2014 / 09:21:54

**Zu- und Fortzüge nach Nationalität (über die
Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes)
- Jahressumme - regionale Ebenen**

Wanderungsstatistik

Deutschland Nationalität			Zuzüge - Wanderungen über die Gemeindegrenzen			Zuzüge aus dem Ausland - (über die Gemeindegrenzen)			Fortzüge - Wanderungen über die Gemeindegrenzen			Fortzüge ins Ausland - (über die Gemeindegrenzen)		
			Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
			Insgsmt.	männlich	weiblich	Insgsmt.	männl.	weiblich	Insgsmt.	männlich	weiblich	Insgsmt.	männl.	weiblich
			Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
2010														
DG	Deutschland	Deutsche	3294991	1629010	1665981	114752	64388	50364	3321078	1639971	1681107	141000	75443	65557
		Ausländer	1079634	630526	449108	683530	411187	272343	925679	550433	375246	529605	331113	198492
		Insgesamt	4374625	2259536	2115089	798282	475575	322707	4246757	2190404	2056353	670605	406556	264049
05	Nordrhein- Westfalen	Deutsche	589088	290984	298104	21335	11938	9397	605666	298908	306758	26486	13956	12530
		Ausländer	226942	132354	94588	141473	85543	55930	193040	116137	76903	108873	69787	39086
		Insgesamt	816030	423338	392692	162808	97481	65327	798706	415045	383661	135359	83743	51616
09	Bayern	Deutsche	550450	271802	278648	21329	12409	8920	544814	267714	277100	24485	13231	11254
		Ausländer	189352	111596	77756	118491	71947	46544	149373	89096	60277	80466	50603	29863
		Insgesamt	739802	383398	356404	139820	84356	55464	694187	356810	337377	104951	63834	41117
10	Saarland	Deutsche	38791	19076	19715	1647	915	732	40510	19995	20515	1901	1054	847
		Ausländer	10480	5865	4615	6369	3645	2724	8571	4922	3649	4115	2492	1623
		Insgesamt	49271	24941	24330	8016	4560	3456	49081	24917	24164	6016	3546	2470
14	Sachsen	Deutsche	147351	72721	74630	3016	1725	1291	151393	74359	77034	4700	2500	2200
		Ausländer	25373	15835	9538	17150	10761	6389	24886	16144	8742	15065	10076	4989
		Insgesamt	172724	88556	84168	20166	12486	7680	176279	90503	85776	19765	12576	7189
15	Sachsen- Anhalt	Deutsche	78935	39393	39542	1328	790	538	88168	43842	44326	2029	1098	931
		Ausländer	11104	6997	4107	7267	4641	2626	9681	6222	3459	4519	3104	1415
		Insgesamt	90039	46390	43649	8595	5431	3164	97849	50064	47785	6548	4202	2346
16	Thüringen	Deutsche	81290	39988	41302	1557	890	667	88776	43984	44792	2446	1295	1151
		Ausländer	10625	6424	4201	6556	3889	2667	8880	5450	3430	3864	2423	1441
		Insgesamt	91915	46412	45503	8113	4779	3334	97656	49434	48222	6310	3718	2592
05513	Gelsen- kirchen, Krsfr. Stadt	Deutsche	5659	2863	2796	334	230	104	6887	3408	3479	280	160	120
		Ausländer	3674	2306	1368	2294	1534	760	2896	1809	1087	1682	1163	519
		Insgesamt	9333	5169	4164	2628	1764	864	9783	5217	4566	1962	1323	639
15002	Halle (Saale),	Deutsche	9073	4245	4828	175	93	82	7882	3742	4140	277	149	128
		Ausländer	1700	962	738	1030	550	480	1509	899	610	752	449	303

**Zu- und Fortzüge nach Nationalität (über die
Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebietes)
- Jahressumme - regionale Ebenen**

Wanderungsstatistik

Deutschland Nationalität			Zuzüge - Wanderungen über die Gemeindegrenzen			Zuzüge aus dem Ausland - (über die Gemeindegrenzen)			Fortzüge - Wanderungen über die Gemeindegrenzen			Fortzüge ins Ausland - (über die Gemeindegrenzen)		
			Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
			Insgsmt.	männlich	weiblich	Insgsmt.	männl.	weiblich	Insgsmt.	männlich	weiblich	Insgsmt.	männl.	weiblich
			Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Krsfr. Stadt	Insgesamt		10773	5207	5566	1205	643	562	9391	4641	4750	1029	598	431
16053 Jena,	Deutsche		5230	2532	2698	143	71	72	4837	2372	2465	255	129	126
krsfr. Stadt	Ausländer		1397	636	761	1069	462	607	1249	589	660	827	364	463
	Insgesamt		6627	3168	3459	1212	533	679	6086	2961	3125	1082	493	589

zu 'gesamte Tabelle':

Berlin: Wanderungen über die Landesgrenze von Berlin; (1995 bis 2000): bezogen auf den Gebietsstand 01.01.2001.

Sachsen: ohne die im Hinblick auf das Herkunfts- bzw.

Zielgebiet innerhalb des Bundesgebietes ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe.

Sachsen-Anhalt (2010): 'Die Differenz zwischen dem Ergebnis für Deutschland und der Summe der Länder beruht auf unterschiedlichen Gebietsständen. Deutschland: Gebietsstand für Sachsen-Anhalt 31.12.2010, Sachsen-Anhalt 01.01.2011'

zu 'Zuzüge über die Gemeindegrenzen':

Baden-Württemberg (2006): einschl. der Wanderungen der bis zum 30.04.2006 ehemals selbständigen Gemeinden Tennenbronn und Schramberg.

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,

mit Quellenangabe gestattet.

Stand: 16.09.2014 / 09:26:04

**Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität
und Altersgruppen - Stichtag 31.12. -
regionale Ebenen**

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland Altersgruppe (unter 3 bis 75 u.m.)			Nationalität								
			Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
			Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
			Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
31.12.2010											
DG	Deutschland	unter 3 Jahre	2038965	1044863	994102	1932357	990267	942090	106608	54596	52012
		3 bis unter 6 Jahre	2060656	1057775	1002881	1959820	1005875	953945	100836	51900	48936
		6 bis unter 10 Jahre	2877844	1476245	1401599	2715237	1392961	1322276	162607	83284	79323
		10 bis unter 15 Jahre	3963736	2033008	1930728	3608853	1851588	1757265	354883	181420	173463
		15 bis unter 18 Jahre	2399688	1232112	1167576	2162051	1109877	1052174	237637	122235	115402
		18 bis unter 20 Jahre	1740706	891717	848989	1564441	800733	763708	176265	90984	85281
		20 bis unter 25 Jahre	4995991	2552434	2443557	4427182	2266623	2160559	568809	285811	282998
		25 bis unter 30 Jahre	4950586	2514459	2436127	4252772	2171549	2081223	697814	342910	354904
		30 bis unter 35 Jahre	4842566	2450907	2391659	4062478	2067022	1995456	780088	383885	396203
		35 bis unter 40 Jahre	4966844	2517194	2449650	4189608	2129807	2059801	777236	387387	389849
		40 bis unter 45 Jahre	6627575	3384140	3243435	5924238	3016679	2907559	703337	367461	335876
		45 bis unter 50 Jahre	7097725	3620581	3477144	6518331	3305435	3212896	579394	315146	264248
		50 bis unter 55 Jahre	6230975	3145882	3085093	5768121	2899751	2868370	462854	246131	216723
		55 bis unter 60 Jahre	5464015	2705046	2758969	5065973	2517532	2548441	398042	187514	210528
		60 bis unter 65 Jahre	4649437	2284990	2364447	4260283	2089466	2170817	389154	195524	193630
		65 bis unter 75 Jahre	9297533	4381169	4916364	8831417	4123621	4707796	466116	257548	208568
		75 Jahre und mehr	7546760	2819903	4726857	7309494	2704649	4604845	237266	115254	122012
		Insgesamt	81751602	40112425	41639177	74552656	36443435	38109221	7198946	3668990	3529956
05	Nordrhein- Westfalen	unter 3 Jahre	444091	227694	216397	416726	213629	203097	27365	14065	13300
		3 bis unter 6 Jahre	456123	234275	221848	428143	219845	208298	27980	14430	13550
		6 bis unter 10 Jahre	651121	333967	317154	605620	310425	295195	45501	23542	21959
		10 bis unter 15 Jahre	923694	473307	450387	817725	419421	398304	105969	53886	52083
		15 bis unter 18 Jahre	579781	297070	282711	510204	261405	248799	69577	35665	33912
		18 bis unter 20 Jahre	419191	214961	204230	368712	188955	179757	50479	26006	24473
		20 bis unter 25 Jahre	1083559	551923	531636	932793	476706	456087	150766	75217	75549
		25 bis unter 30 Jahre	1046973	527143	519830	874931	443209	431722	172042	83934	88108
		30 bis unter 35 Jahre	1024562	511829	512733	833676	418416	415260	190886	93413	97473

**Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität
und Altersgruppen - Stichtag 31.12. -
regionale Ebenen**

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland Altersgruppe (unter 3 bis 75 u.m.)		Nationalität									
		Insgesamt			Deutsche			Ausländer			
		Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht			
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	
09	Bayern	35 bis unter 40 Jahre	1079326	539148	540178	885583	445217	440366	193743	93931	99812
	40 bis unter 45 Jahre	1462103	739644	722459	1287176	650355	636821	174927	89289	85638	
	45 bis unter 50 Jahre	1533640	777380	756260	1386983	698330	688653	146657	79050	67607	
	50 bis unter 55 Jahre	1358296	681651	676645	1240278	619661	620617	118018	61990	56028	
	55 bis unter 60 Jahre	1165021	572104	592917	1063725	525621	538104	101296	46483	54813	
	60 bis unter 65 Jahre	1000331	489087	511244	896104	436882	459222	104227	52205	52022	
	65 bis unter 75 Jahre	1959962	917693	1042269	1827851	842994	984857	132111	74699	57412	
	75 Jahre und mehr	1657380	622982	1034398	1591411	590329	1001082	65969	32653	33316	
	Insgesamt	17845154	8711858	9133296	15967641	7761400	8206241	1877513	950458	927055	
	unter 3 Jahre	319189	163663	155526	307241	157543	149698	11948	6120	5828	
	3 bis unter 6 Jahre	325201	166670	158531	314638	161270	153368	10563	5400	5163	
	6 bis unter 10 Jahre	456769	233959	222810	438281	224510	213771	18488	9449	9039	
	10 bis unter 15 Jahre	639394	328487	310907	588748	302355	286393	50646	26132	24514	
	15 bis unter 18 Jahre	400081	205868	194213	363974	187102	176872	36107	18766	17341	
	18 bis unter 20 Jahre	286304	146784	139520	259348	132916	126432	26956	13868	13088	
	20 bis unter 25 Jahre	766736	390451	376285	674645	343550	331095	92091	46901	45190	
	25 bis unter 30 Jahre	769000	386600	382400	653209	330624	322585	115791	55976	59815	
	30 bis unter 35 Jahre	763593	383334	380259	628444	317751	310693	135149	65583	69566	
	35 bis unter 40 Jahre	793629	399539	394090	659331	333042	326289	134298	66497	67801	
	40 bis unter 45 Jahre	1043197	531482	511715	920808	467649	453159	122389	63833	58556	
	45 bis unter 50 Jahre	1085186	552724	532462	988041	500318	487723	97145	52406	44739	
	50 bis unter 55 Jahre	938888	474483	464405	860277	433242	427035	78611	41241	37370	
	55 bis unter 60 Jahre	791031	391163	399868	719468	358216	361252	71563	32947	38616	
	60 bis unter 65 Jahre	712511	349932	362579	642199	314662	327537	70312	35270	35042	
	65 bis unter 75 Jahre	1345889	638471	707418	1267196	595339	671857	78693	43132	35561	
	75 Jahre und mehr	1102098	414829	687269	1061424	395910	665514	40674	18919	21755	
		Insgesamt	12538696	6158439	6380257	11347272	5555999	5791273	1191424	602440	588984
10	Saarland	unter 3 Jahre	21236	10794	10442	20047	10203	9844	1189	591	598

**Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität
und Altersgruppen - Stichtag 31.12. -
regionale Ebenen**

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland Altersgruppe (unter 3 bis 75 u.m.)		Nationalität								
		Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
		Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
	3 bis unter 6 Jahre	21924	11317	10607	20737	10707	10030	1187	610	577
	6 bis unter 10 Jahre	31646	16258	15388	29769	15320	14449	1877	938	939
	10 bis unter 15 Jahre	47123	23922	23201	43000	21864	21136	4123	2058	2065
	15 bis unter 18 Jahre	30999	15819	15180	28223	14423	13800	2776	1396	1380
	18 bis unter 20 Jahre	22844	11719	11125	20720	10689	10031	2124	1030	1094
	20 bis unter 25 Jahre	59842	30701	29141	52684	27119	25565	7158	3582	3576
	25 bis unter 30 Jahre	57656	29682	27974	48923	25320	23603	8733	4362	4371
	30 bis unter 35 Jahre	54557	27618	26939	45550	23249	22301	9007	4369	4638
	35 bis unter 40 Jahre	55453	27924	27529	46874	23747	23127	8579	4177	4402
	40 bis unter 45 Jahre	77812	39299	38513	69693	35194	34499	8119	4105	4014
	45 bis unter 50 Jahre	89570	44714	44856	82848	41226	41622	6722	3488	3234
	50 bis unter 55 Jahre	85031	42811	42220	79120	39785	39335	5911	3026	2885
	55 bis unter 60 Jahre	75308	37555	37753	70231	34984	35247	5077	2571	2506
	60 bis unter 65 Jahre	62273	30946	31327	57883	28604	29279	4390	2342	2048
	65 bis unter 75 Jahre	119799	55209	64590	114757	52383	62374	5042	2826	2216
	75 Jahre und mehr	104494	38918	65576	100849	37268	63581	3645	1650	1995
	Insgesamt	1017567	495206	522361	931908	452085	479823	85659	43121	42538
14	Sachsen									
	unter 3 Jahre	103877	53323	50554	102230	52477	49753	1647	846	801
	3 bis unter 6 Jahre	98677	50580	48097	97057	49779	47278	1620	801	819
	6 bis unter 10 Jahre	127381	65104	62277	125131	63974	61157	2250	1130	1120
	10 bis unter 15 Jahre	146233	74812	71421	142514	72839	69675	3719	1973	1746
	15 bis unter 18 Jahre	70234	36118	34116	67421	34658	32763	2813	1460	1353
	18 bis unter 20 Jahre	56651	29204	27447	54242	27862	26380	2409	1342	1067
	20 bis unter 25 Jahre	263005	137179	125826	252546	131757	120789	10459	5422	5037
	25 bis unter 30 Jahre	266915	141606	125309	252508	134154	118354	14407	7452	6955
	30 bis unter 35 Jahre	250627	133864	116763	236779	126653	110126	13848	7211	6637
	35 bis unter 40 Jahre	229011	122200	106811	217576	116202	101374	11435	5998	5437
	40 bis unter 45 Jahre	293664	153600	140064	283209	147684	135525	10455	5916	4539

**Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität
und Altersgruppen - Stichtag 31.12. -
regionale Ebenen**

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland Altersgruppe (unter 3 bis 75 u.m.)		Nationalität									
		Insgesamt			Deutsche			Ausländer			
		Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht			
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	
15	Sachsen- Anhalt	45 bis unter 50 Jahre	343233	176694	166539	333521	170587	162934	9712	6107	3605
		50 bis unter 55 Jahre	314127	159054	155073	305574	153730	151844	8553	5324	3229
		55 bis unter 60 Jahre	320734	159141	161593	313390	154451	158939	7344	4690	2654
		60 bis unter 65 Jahre	241140	117259	123881	236259	114357	121902	4881	2902	1979
		65 bis unter 75 Jahre	565711	260275	305436	561072	257828	303244	4639	2447	2192
		75 Jahre und mehr	458257	161617	296640	454426	159904	294522	3831	1713	2118
		Insgesamt	4149477	2031630	2117847	4035455	1968896	2066559	114022	62734	51288
		unter 3 Jahre	52252	26732	25520	51225	26214	25011	1027	518	509
		3 bis unter 6 Jahre	50775	26072	24703	49740	25528	24212	1035	544	491
		6 bis unter 10 Jahre	67393	34851	32542	65917	34132	31785	1476	719	757
		10 bis unter 15 Jahre	81824	42183	39641	79616	41064	38552	2208	1119	1089
		15 bis unter 18 Jahre	41559	21398	20161	40116	20652	19464	1443	746	697
		18 bis unter 20 Jahre	33866	17523	16343	32616	16844	15772	1250	679	571
		20 bis unter 25 Jahre	148548	78717	69831	143128	75732	67396	5420	2985	2435
		25 bis unter 30 Jahre	139522	75617	63905	134149	72519	61630	5373	3098	2275
		30 bis unter 35 Jahre	125658	67733	57925	120734	65058	55676	4924	2675	2249
		35 bis unter 40 Jahre	122705	64939	57766	118497	62604	55893	4208	2335	1873
		40 bis unter 45 Jahre	172859	89319	83540	169069	87041	82028	3790	2278	1512
		45 bis unter 50 Jahre	207252	105640	101612	204094	103651	100443	3158	1989	1169
		50 bis unter 55 Jahre	193413	97108	96305	190824	95446	95378	2589	1662	927
		55 bis unter 60 Jahre	189365	94182	95183	187428	92928	94500	1937	1254	683
		60 bis unter 65 Jahre	142342	69224	73118	140935	68351	72584	1407	873	534
		65 bis unter 75 Jahre	320821	147770	173051	319385	146980	172405	1436	790	646
		75 Jahre und mehr	244852	85110	159742	243910	84659	159251	942	451	491
			Insgesamt	2335006	1144118	1190888	2291383	1119403	1171980	43623	24715
16	Thüringen	unter 3 Jahre	52002	26434	25568	51271	26067	25204	731	367	364
		3 bis unter 6 Jahre	49914	25784	24130	49066	25350	23716	848	434	414
		6 bis unter 10 Jahre	67151	34281	32870	66010	33695	32315	1141	586	555

**Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität
und Altersgruppen - Stichtag 31.12. -
regionale Ebenen**

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland Altersgruppe (unter 3 bis 75 u.m.)		Nationalität								
		Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
		Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
	10 bis unter 15 Jahre	80063	41003	39060	78259	40069	38190	1804	934	870
	15 bis unter 18 Jahre	39478	20336	19142	38102	19657	18445	1376	679	697
	18 bis unter 20 Jahre	31560	16104	15456	30390	15488	14902	1170	616	554
	20 bis unter 25 Jahre	142466	74718	67748	137819	72338	65481	4647	2380	2267
	25 bis unter 30 Jahre	139969	75645	64324	133993	72388	61605	5976	3257	2719
	30 bis unter 35 Jahre	128622	69456	59166	122547	65977	56570	6075	3479	2596
	35 bis unter 40 Jahre	123790	67025	56765	117837	63239	54598	5953	3786	2167
	40 bis unter 45 Jahre	163962	85580	78382	158529	82110	76419	5433	3470	1963
	45 bis unter 50 Jahre	196339	100703	95636	192093	97846	94247	4246	2857	1389
	50 bis unter 55 Jahre	186557	94819	91738	183187	92628	90559	3370	2191	1179
	55 bis unter 60 Jahre	181366	90910	90456	179008	89418	89590	2358	1492	866
	60 bis unter 65 Jahre	136204	66946	69258	134719	66036	68683	1485	910	575
	65 bis unter 75 Jahre	292596	135430	157166	291121	134596	156525	1475	834	641
	75 Jahre und mehr	222986	78519	144467	221931	78046	143885	1055	473	582
	Insgesamt	2235025	1103693	1131332	2185882	1074948	1110934	49143	28745	20398
05513 Gelsenkirchen,	unter 3 Jahre	6435	3258	3177	5811	2949	2862	624	309	315
Krsfr. Stadt	3 bis unter 6 Jahre	6526	3359	3167	5900	3023	2877	626	336	290
	6 bis unter 10 Jahre	9111	4692	4419	8177	4214	3963	934	478	456
	10 bis unter 15 Jahre	12935	6561	6374	10313	5245	5068	2622	1316	1306
	15 bis unter 18 Jahre	8254	4274	3980	6596	3405	3191	1658	869	789
	18 bis unter 20 Jahre	6182	3188	2994	5060	2640	2420	1122	548	574
	20 bis unter 25 Jahre	16235	8364	7871	13227	6906	6321	3008	1458	1550
	25 bis unter 30 Jahre	14590	7423	7167	11485	5888	5597	3105	1535	1570
	30 bis unter 35 Jahre	14630	7364	7266	10660	5288	5372	3970	2076	1894
	35 bis unter 40 Jahre	15879	8047	7832	11972	6044	5928	3907	2003	1904
	40 bis unter 45 Jahre	20103	10382	9721	16844	8602	8242	3259	1780	1479
	45 bis unter 50 Jahre	20746	10634	10112	18302	9303	8999	2444	1331	1113
	50 bis unter 55 Jahre	19897	10021	9876	17995	9046	8949	1902	975	927

**Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität
und Altersgruppen - Stichtag 31.12. -
regionale Ebenen**

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland Altersgruppe (unter 3 bis 75 u.m.)		Nationalität								
		Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
		Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
		Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
	55 bis unter 60 Jahre	17551	8586	8965	15938	7924	8014	1613	662	951
	60 bis unter 65 Jahre	14986	7418	7568	12954	6395	6559	2032	1023	1009
	65 bis unter 75 Jahre	27524	12699	14825	24830	11198	13632	2694	1501	1193
	75 Jahre und mehr	26397	9181	17216	25406	8693	16713	991	488	503
	Insgesamt	257981	125451	132530	221470	106763	114707	36511	18688	17823
15002	Halle (Saale), Krsfr. Stadt									
	unter 3 Jahre	6324	3217	3107	6051	3095	2956	273	122	151
	3 bis unter 6 Jahre	5685	2930	2755	5439	2800	2639	246	130	116
	6 bis unter 10 Jahre	6912	3537	3375	6617	3396	3221	295	141	154
	10 bis unter 15 Jahre	7557	3858	3699	7118	3653	3465	439	205	234
	15 bis unter 18 Jahre	3711	1829	1882	3475	1706	1769	236	123	113
	18 bis unter 20 Jahre	3905	1762	2143	3652	1645	2007	253	117	136
	20 bis unter 25 Jahre	19494	8895	10599	18452	8373	10079	1042	522	520
	25 bis unter 30 Jahre	18527	9420	9107	17316	8780	8536	1211	640	571
	30 bis unter 35 Jahre	14842	8006	6836	13642	7355	6287	1200	651	549
	35 bis unter 40 Jahre	12786	6779	6007	11899	6256	5643	887	523	364
	40 bis unter 45 Jahre	15924	8327	7597	15162	7862	7300	762	465	297
	45 bis unter 50 Jahre	17053	8620	8433	16374	8182	8192	679	438	241
	50 bis unter 55 Jahre	15309	7321	7988	14820	7027	7793	489	294	195
	55 bis unter 60 Jahre	16416	7570	8846	16082	7348	8734	334	222	112
	60 bis unter 65 Jahre	13939	6480	7459	13660	6292	7368	279	188	91
	65 bis unter 75 Jahre	31686	14249	17437	31375	14100	17275	311	149	162
	75 Jahre und mehr	22893	7780	15113	22672	7681	14991	221	99	122
	Insgesamt	232963	110580	122383	223806	105551	118255	9157	5029	4128
16053	Jena, krsfr. Stadt									
	unter 3 Jahre	3193	1638	1555	3090	1592	1498	103	46	57
	3 bis unter 6 Jahre	2599	1313	1286	2497	1263	1234	102	50	52
	6 bis unter 10 Jahre	3154	1566	1588	3066	1525	1541	88	41	47
	10 bis unter 15 Jahre	3157	1647	1510	2992	1534	1458	165	113	52
	15 bis unter 18 Jahre	1571	822	749	1437	757	680	134	65	69

Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen - Stichtag 31.12. - regionale Ebenen

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes
Bevölkerungsstand (Anzahl)

Deutschland Altersgruppe (unter 3 bis 75 u.m.)	Nationalität								
	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Geschlecht			Geschlecht			Geschlecht		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
18 bis unter 20 Jahre	1546	714	832	1450	657	793	96	57	39
20 bis unter 25 Jahre	10936	5110	5826	10040	4746	5294	896	364	532
25 bis unter 30 Jahre	10488	5543	4945	9351	4908	4443	1137	635	502
30 bis unter 35 Jahre	7850	4447	3403	6694	3674	3020	1156	773	383
35 bis unter 40 Jahre	6301	3525	2776	5316	2800	2516	985	725	260
40 bis unter 45 Jahre	6967	3773	3194	6277	3276	3001	690	497	193
45 bis unter 50 Jahre	7338	3837	3501	6949	3552	3397	389	285	104
50 bis unter 55 Jahre	6418	3237	3181	6163	3046	3117	255	191	64
55 bis unter 60 Jahre	6630	3106	3524	6455	2997	3458	175	109	66
60 bis unter 65 Jahre	5357	2503	2854	5233	2434	2799	124	69	55
65 bis unter 75 Jahre	12972	5981	6991	12826	5899	6927	146	82	64
75 Jahre und mehr	8652	3202	5450	8588	3173	5415	64	29	35
Insgesamt	105129	51964	53165	98424	47833	50591	6705	4131	2574

zu 'gesamte Tabelle':

Berichtsjahr ab 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011

Beim Nachweis der Merkmale 'Geschlecht', 'Nationalität' und 'Alter' handelt es sich ab 2011 um vorläufige Ergebnisse.

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 1995-2010 Gebietsstand

01.01.1979; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011

Berlin (1995 bis 2000): bezogen auf den Gebietsstand

01.01.2001;

Berlin: Kreistabelle liegt auch für Bezirke vor.

Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland: Kreistabelle liegt auch für Gemeinden vor.

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Stand: 16.09.2014 / 09:17:06

Allgemeinbildende Schulen: Schulen, Schüler nach Schulart
- Stichtag: Schuljahresbeginn -
regionale Ebenen

Statistik der allgemein bildenden Schulen

Deutschland Schulart (allgemein bildende Schulen)			Allgemein bildende Schulen	Schüler(innen) an allgemein bildenden Schulen			
				Geschlecht		Nationalität	Klassenstufe / Jahrgangsstufe / Schulbesuchsjahr
				Insgesamt	weiblich	Ausländer	7. Klassen- stufe 11. Jahrgangsstufe / Einführungsphase
			Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
2010							
DG	Deutschland	Grundschulen	16290	2837737	1392482	215061	x
		Hauptschulen	3730	703525	308785	136730	124989
		Schularten mit mehreren Bildungsgängen	1483	370852	173384	19177	65489
		Realschulen	2440	1166509	574996	96610	197305
		Gymnasien	3099	2475174	1305203	109180	312660
		Integrierte Gesamtschulen	1019	584770	290192	74803	92340
		Freie Waldorfschulen	207	80843	41725	1503	7106
		Insgesamt	x	8796894	4318391	727030	834009
							386089
05	Nordrhein- Westfalen	Grundschulen	3174	662965	326369	75799	x
		Hauptschulen	641	188382	80526	41582	32093
		Schularten mit mehreren Bildungsgängen	0	0	0	0	0
		Realschulen	563	311045	152770	31885	52631
		Gymnasien	626	596863	317508	27488	68069
		Integrierte Gesamtschulen	225	238043	120745	36140	32267
		Freie Waldorfschulen	40	15777	8084	212	1493
		Insgesamt	x	2141044	1054675	234948	194830
							85825
09	Bayern	Grundschulen	2420	445333	220165	26385	x
		Hauptschulen	1062	220001	99374	33679	39912
		Schularten mit mehreren Bildungsgängen	0	0	0	0	0
		Realschulen	443	265723	134612	13602	44161
		Gymnasien	413	387761	199691	15205	47156
							39452

Allgemeinbildende Schulen: Schulen, Schüler nach Schulart
- Stichtag: Schuljahresbeginn -
regionale Ebenen

Statistik der allgemein bildenden Schulen

Deutschland Schulart (allgemein bildende Schulen)		Allgemein bildende Schulen	Schüler(innen) an allgemein bildenden Schulen				
			Geschlecht		Nationalität	Klassenstufe / Jahrgangsstufe / Schulbesuchsjahr	
			Insgesamt	weiblich	Ausländer	7. Klassen- stufe	11. Jahrgangsstufe / Einführungsphase
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
10	Saarland	Integrierte Gesamtschulen	2	2038	970	261	345
		Freie Waldorfschulen	21	8020	4058	118	671
		Insgesamt	x	1390141	682160	95960	136470
		Grundschulen	161	31304	15264	3073	x
		Hauptschulen	1	265	130	15	35
		Schularten mit mehreren Bildungsgängen	51	19561	9420	2179	3338
		Realschulen	3	1333	762	42	229
		Gymnasien	35	27209	14221	1061	3530
		Integrierte Gesamtschulen	18	12383	6016	1286	2141
		Freie Waldorfschulen	4	1333	687	10	120
14	Sachsen	Insgesamt	x	98173	48322	8229	9393
		Grundschulen	838	121863	60202	2345	x
		Hauptschulen	0	0	0	0	x
		Schularten mit mehreren Bildungsgängen	339	84405	40245	1854	14854
		Realschulen	0	0	0	0	x
		Gymnasien	148	82571	43290	1886	12620
		Integrierte Gesamtschulen	0	0	0	0	0
		Freie Waldorfschulen	3	1363	712	15	121
		Insgesamt	x	311993	152907	6593	29642
		Grundschulen	552	65644	31876	1428	x
15	Sachsen- Anhalt	Hauptschulen	0	0	0	0	x
		Schularten mit mehreren Bildungsgängen	178	45603	21229	921	7498
		Realschulen	0	0	0	0	x

Allgemeinbildende Schulen: Schulen, Schüler nach Schulart
- Stichtag: Schuljahresbeginn -
regionale Ebenen

Statistik der allgemein bildenden Schulen

Deutschland Schulart (allgemein bildende Schulen)		Allgemein bildende Schulen	Schüler(innen) an allgemein bildenden Schulen				
			Geschlecht		Nationalität	Klassenstufe / Jahrgangsstufe / Schulbesuchsjahr	
			Insgesamt	weiblich	Ausländer	7. Klassen- stufe	11. Jahrgangsstufe / Einführungsphase
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
16 Thüringen	Gymnasien	85	47015	24890	757	6818	4797
	Integrierte Gesamtschulen	7	2704	1380	84	485	52
	Freie Waldorfschulen	3	685	345	4	67	46
	Insgesamt	x	175319	84948	3441	16187	4895
	Grundschulen	473	65929	32407	796	x	x
	Hauptschulen	0	0	0	0	0	x
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	245	45901	21660	643	8417	x
	Realschulen	0	0	0	0	0	x
	Gymnasien	99	47346	25043	834	7167	5112
	Integrierte Gesamtschulen	9	3323	1666	109	378	203
05513 Gelsenkirchen, Krsfr. Stadt	Freie Waldorfschulen	5	1161	585	8	121	52
	Insgesamt	x	173087	84943	2478	16961	5367
	Grundschulen	42	9283	4555	1618	x	x
	Hauptschulen	7	2072	941	756	400	x
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	0	0	0	0	0	x
	Realschulen	6	3370	1720	747	570	x
	Gymnasien	7	5880	3067	626	664	729
	Integrierte Gesamtschulen	5	6334	3142	1729	868	467
	Freie Waldorfschulen	0	0	0	0	0	0
	Insgesamt	x	30633	14992	6388	2658	1196
15002 Halle (Saale), Krsfr. Stadt	Grundschulen	36	6373	3119	320	x	x
	Hauptschulen	0	0	0	0	0	x
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	10	3149	1494	263	500	x

Allgemeinbildende Schulen: Schulen, Schüler nach Schulart
- Stichtag: Schuljahresbeginn -
regionale Ebenen

Statistik der allgemein bildenden Schulen

Deutschland Schulart (allgemein bildende Schulen)		Allgemein bildende Schulen	Schüler(innen) an allgemein bildenden Schulen				
			Geschlecht		Nationalität	Klassenstufe / Jahrgangsstufe / Schulbesuchsjahr	
			Insgesamt	weiblich	Ausländer	7. Klassen- stufe	11. Jahrgangsstufe / Einführungsphase
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
16053 Jena, krsfr. Stadt	Realschulen	0	0	0	0	0	x
	Gymnasien	10	5793	3028	208	809	659
	Integrierte Gesamtschulen	2	929	466	9	154	25
	Freie Waldorfschulen	1	283	142	0	30	24
	Insgesamt	x	19133	9288	875	1697	708
	Grundschulen	13	2729	1375	70	x	x
	Hauptschulen	0	0	0	0	0	x
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	6	879	400	27	151	x
	Realschulen	0	0	0	0	0	x
	Gymnasien	7	2811	1359	111	417	343
	Integrierte Gesamtschulen	4	1615	811	41	176	113
	Freie Waldorfschulen	1	283	148	1	29	19
	Insgesamt	x	8446	4145	253	779	475

zu 'gesamte Tabelle':
Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland: Kreistabelle liegt
auch für Gemeinden vor.

zu 'Grundschulen':
Berlin, Brandenburg: Nachweis der 1. bis 4. Klassenstufe an
Grundschulen, die in diesen Ländern sechsstufig sind;
Baden-Württemberg: ab 2012 einschl. Grundschulen im Verbund
mit einer Gemeinschaftsschule (GMS)

zu 'Anzahl der Schularten mit mehreren Bildungsgängen':
Baden-Württemberg: ab 2012 Gemeinschaftsschulen
Sekundarstufe I
Mecklenburg-Vorpommern (2005): Abweichungen zu anderen
Veröffentlichungen ergeben sich durch nachträgliche
Korrekturen.
NRW: Gemeinschaftsschule ab Schuljahr 2011/2012
Saarland: erweiterte Realschulen, Gemeinschaftsschulen.

Statistik der allgemein bildenden Schulen

Deutschland Schulart (allgemein bildende Schulen)	Allgemein bildende Schulen	Schüler(innen) an allgemein bildenden Schulen				
		Geschlecht		Nationalität	Klassenstufe / Jahrgangsstufe / Schulbesuchsjahr	
		Insgesamt	weiblich	Ausländer	7. Klassen- stufe	11. Jahrgangsstufe / Einführungsphase
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl

zu 'Schüler an Realschulen'

Allgemeinbildende Schulen: Schulen, Schüler nach Schulart
- Stichtag: Schuljahresbeginn -
regionale Ebenen

Statistik der allgemein bildenden Schulen

Deutschland Schulart (allgemein bildende Schulen)	Allgemein bildende Schulen	Schüler(innen) an allgemein bildenden Schulen				
		Geschlecht		Nationalität	Klassenstufe / Jahrgangsstufe / Schulbesuchsjahr	
		Insgesamt	weiblich	Ausländer	7. Klassen- stufe	11. Jahrgangsstufe / Einführungsphase
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl

zu 'Gymnasien':
ohne Abendgymnasien und Kollegs;

zu 'Integrierte Gesamtschulen':
Baden-Württemberg: Schulen besonderer Art, ab 2012 einschl.
Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule und
Gemeinschaftsschulen-Sekundarstufe I
Thüringen (1995 - 2001): einschl. Sekundarstufe I und II an
Jenaplan-Schulen (Schulversuch)
Thüringen (2002 - 2011): einschl. Jenaplan-Schulen
Thüringen (ab 2012): einschl. Gemeinschaftsschulen

zu 'Schüler in der 7. Klassenstufe an Integrierten
Gesamtschulen':
Saarland (2004): Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen
ergeben sich durch nachträgliche
Korrekturen.

Bayern (bis 1998): einschl. drei- und vierstufige
Wirtschaftsschulen sowie Schulversuch zweistufige
Wirtschaftsschule; ab 1999: einschl. Wirtschaftsschulen

zu 'Anzahl der Freien Waldorfschulen':
Deutschland: ohne Sonderschulen im Bereich der Freien
Waldorfschulen;
Nordrhein-Westfalen: bis Schuljahr 2005/06 einschl.
Förderschulen im Bereich der Freien Waldorfschulen; ab
Schuljahr 2006/07 allgemeinbildender Bereich der Freien
Waldorfschulen.

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.
Stand: 16.09.2014 / 11:34:42

**Allgemeinbildende Schulen: Absolventen/Abgänger
nach dem Schulabschluss - Schuljahr -
regionale Ebenen**

Statistik der allgemein bildenden Schulen
Absolventen/Abgänger (Anzahl)

Deutschland	Schulabschluss											
	Insgesamt		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulab- schluss		Realschulab- schluss		Fachhochschulreife		Allgemeine Hochschulreife	
	Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht	
	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich
2010												
DG Deutschland	857219	423916	53058	20707	173819	73577	349187	173759	13305	6971	267850	148902
05 Nordrhein- Westfalen	216136	107679	11982	4841	38685	16357	87742	43194	7625	3928	70102	39359
09 Bayern	137416	67954	7579	2879	34608	14601	59505	30993	36	21	35688	19460
10 Saarland	9841	4868	566	223	2703	1176	3392	1701	102	53	3078	1715
14 Sachsen	23938	11702	2341	929	2341	931	12034	5906	0	0	7222	3936
15 Sachsen-Anhalt	15021	7406	1844	743	2177	889	6315	3138	453	240	4232	2396
16 Thüringen	14836	7308	1266	495	2141	902	5979	2914	0	0	5450	2997
05513 Gelsenkirchen, Krsfr. Stadt	3470	1708	354	154	828	376	1175	572	179	90	934	516
15002 Halle (Saale), Krsfr. Stadt	1612	778	218	94	224	89	539	241	74	35	557	319
16053 Jena, krsfr. Stadt	675	327	36	16	72	28	186	86	0	0	381	197

zu 'gesamte Tabelle':

Berlin: Kreistabelle liegt auch für Bezirke vor.

Nordrhein-Westfalen, Saarland: Kreistabelle liegt auch für Gemeinden vor.

In der Regel am Ende des Schuljahres;

Baden-Württemberg: Berichtsjahr 1995-2010 Gebietsstand

01.01.1979; ab Berichtsjahr 2011 Gebietsstand 01.01.2011

Berlin (1995 bis 2000): bezogen auf den Gebietsstand

01.01.2001; bis 2000: ohne Schüler, die auf eine andere

Schulart überwechseln und damit im allgemein bildenden

Schulwesen verbleiben;

Deutschland: ohne Schulfremdenprüfung; 2007: das

zu 'Absolventen/Abgänger insgesamt (einschl.

Fachhochschulreife)':

Bayern (bis 1998): einschl. Schulentlassener aus mindestens dreistufigen Wirtschaftsschulen; ab 1999: einschl.

Schulentlassener aus Wirtschaftsschulen;

Berlin (1995, 1996): einschl. Abgänger des Zweiten

Bildungsweges mit Fachhochschulreife, die nur an beruflichen

Schulen und Volkshochschulen erworben werden kann; (1997,

1998): einschl. Abgänger des Zweiten Bildungsweges mit

Fachhochschulreife, die nur an beruflichen Schulen erworben

werden kann; ab 1999: ohne Abgänger mit Fachhochschulreife,

die nur an beruflichen Schulen erworben werden kann;

**Allgemeinbildende Schulen: Absolventen/Abgänger
nach dem Schulabschluss - Schuljahr -
regionale Ebenen**

Statistik der allgemein bildenden Schulen
Absolventen/Abgänger (Anzahl)

Deutschland	Schulabschluss									
	Insgesamt		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulab- schluss		Realschulab- schluss		Fachhochschulreife	
	Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht	
	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich
Bundesergebnis enthält das Landesergebnis Hessens aus dem Jahr 2006; Mecklenburg-Vorpommern (bis 2000): ohne Abendgymnasien; Hessen (2007): Es liegen keine Ergebnisse vor, da die Daten der Absolventen/Schulentlassenen der Landesschulstatistik 2007/2008 aus dem hessischen Schulverwaltungsprogramm quantitativ wie qualitativ nicht verwertbar waren					Niedersachsen (Schuljahr 2003/2004): einschl. Übergänger auf gymnasiale Oberstufe (Mehrfachzählung); Nordrhein-Westfalen: (bis Schuljahr 2005/06): einschl. Schulentlassener aus dem berufsbildenden Bereich an freien Waldorfschulen Bayern: einschließlich Schulentlassener aus Wirtschaftsschulen ab.					
zu 'Absolventen/Abgänger ohne Hauptschulabschluss': Berlin: (1995, 1996): einschl. Vorbereitungsklassen für ausländische Schüler der Mittelstufe und Ausländer-Förderklassen sowie Eingliederungslehrgänge für ausländische Jugendliche; (1997, 1998): einschl. Förderklassen für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache in der Mittelstufe sowie Eingliederungslehrgänge für ausländische Jugendliche; ab 1999: einschl. Förderklassen für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache in der Mittelstufe; ab Schuljahr 2003/04 einschl. Abgänger, die das 10. Jahr der allgemeinen Schulpflicht in Lehrgängen mit Berufsvorbereitung absolvieren (BB10/BV10 Lehrgänge, welche bis 2006/2007 an beruflichen Schulen angeboten werden); Thüringen (1995 - 2002): einschl. Schulabgängern der Klassenstufen 10 bis 13					zu 'Absolventen/Abgänger mit Hauptschulabschluss': Berlin: ab Schuljahr 2003/04 einschl. Absolventen von BB10/BV10 Lehrgängen, welche bis 2006/2007 an beruflichen Schulen angeboten werden; Sachsen: einschließlich qualifizierendem Hauptschulabschluss					
zu 'Absolventen/Abgänger mit Fachhochschulreife': Berlin, Sachsen: Eine Fachhochschulreife kann nur an beruflichen Schulen erworben werden.					zu 'Absolventen/Abgänger mit Realschulabschluss': Berlin: (1999, 2000): Schulabgänger, die in Fachgymnasien gewechselt sind, z.T. geschätzt; auf Bezirksebene erfolgt keine Schätzung, das Landesergebnis für Berlin entspricht somit nicht der Summe der Bezirke. Niedersachsen (Schuljahr 2003/2004): einschl. Übergänger der Gymnasien und Gesamtschulen in die gymnasiale Oberstufe (Mehrfachzählung)					
					zu 'Absolventen/Abgänger mit allg. Hochschulreife (ohne Fachhochschulreife)': Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt (2001): Einführung					

**Allgemeinbildende Schulen: Absolventen/Abgänger
nach dem Schulabschluss - Schuljahr -
regionale Ebenen**

Statistik der allgemein bildenden Schulen
Absolventen/Abgänger (Anzahl)

Deutschland	Schulabschluss									
	Insgesamt		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulab- schluss		Realschulab- schluss		Fachhochschulreife	
	Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht		Geschlecht	
	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich	Insgsmt.	weiblich

Hessen: schulischer Teil der Fachhochschulreife.

der 13. Jahrgangsstufe;

Sachsen-Anhalt (2007): Doppelabiturjahrgang (12. und 13. Jahrgangsstufe) wegen Wiedereinführung des achtjährigen Gymnasiums.

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.
Stand: 16.09.2014 / 11:36:31

Anhang 3: Fragebogen

Fragenkomplex I: Strukturwandel in

- Welche strukturellen Probleme oder Aufgaben, denken Sie, sind die bedeutendsten für die Stadt? Gab es Veränderungen?
- Was sind die Haupthindernisse für die Bewältigung dieser Probleme? Gibt es überhaupt welche?

Fragenkomplex II: in Land, Bund und EU

- Denken Sie, dass die politischen Instanzen deutscher Kommunen (also Stadtrat und OB) und der Stadt im Speziellen genug Gestaltungsspielraum haben, um eine erfolgreiche Politik zu machen?
- Gibt es Politikbereiche, in denen der Gestaltungsspielraum größer oder kleiner ist?
- Sind Sie der Meinung, dass dieser Gestaltungsspielraum ab- oder zugenommen hat in den letzten Jahren?
- Nimmt die Stadt an Förderprogrammen des Landes, Bundes oder der EU teil? Denken Sie, dass die Förderungen ausreichend beziehungsweise bedarfsgerecht ist?
- Kann der Eigenanteil für die Förderprogramme immer erbracht werden?
- Welche Ebene – EU, Bund oder Land – hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf deutsche Kreise und kreisfreie Städte?
- Welche Veränderungen müssten Ihrer Meinung nach gemacht werden, damit der Handlungsspielraum von Kommunen wieder größer wird oder ist das eventuell gar nicht notwendig? Vor allem in Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Gemeinden?

Fragekomplex III: Politisches Handeln in

- Kommt es im Stadtrat eher zu Kampfabstimmungen? Oder eher Sachpolitiken?
- Gibt es übliche Koalitionen oder wird je nach Politikfeld abgestimmt?
- Gibt es Netzwerke (innerhalb der Partei, aber auch außerhalb) stadtübergreifend die Sie nutzen, um sich 1. Auszutauschen, 2. Hilfe zu akquirieren und/ oder 3. Problemlösungen zu finden?
- Haben Sie Weiterbildungsmaßnahmen für Lokalpolitiker/ Bürgermeister genutzt? Z.B. politische Stiftungen?
- Welches Sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in?
- Wie würden Sie die finanzielle Situation der Stadt beschreiben?

Fragenkomplex IV: eigene Einschätzungen

- Was müsste die Stadt tun, um für die zukünftigen Herausforderungen gerüstet zu sein? Welche Mittel/ Ressourcen bräuchte die Kommune dafür?

Anhang 4: Interviews

Interview 1: Transkription des Interviews mit Frank Baranowski, dem Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen

- 23. Januar 2012, 14.00 - 14.45 Uhr

Interviewer: (Erklärung zum Fragebogen) Ähm, meine erste Frage: Was denken Sie sind die wichtigsten strukturellen Probleme Gelsenkirchens?

Baranowski: >räuspern< Die größte Herausforderung ist ähm die Weiterführung des Strukturwandels. Ähm, wenn man bedenkt, dass in Gelsenkirchen hier noch bis noch vor 10 Jahren, ähm, drei fördernde Schachtanlagen hatten, vor 20 Jahren waren es noch sieben. Ähm jede Schachtanlage zwischen drei- und fünftausend Menschen beschäftigt hat ähm und zwar auch Menschen die keinen Hochschulabschluss hatten. Diese Arbeitsplätze aber alle unwiederbringlich weg sind, auch die Ausbildungsplätze, die damit verbunden sind, stellt sich die Frage was gibt es denn an adäquater Nachfolgeökonomie. Ähm, und das ist eine unserer größten Herausforderung hier zu=zu Lösungen zu kommen und die nachhaltig sind. Und man sieht ja zur Zeit. Ähm, man=man hat das jetzt gesehen, zum Beispiel in Bochum: Ähm, Nokia war ein Stück Strukturwandel, dass aber dieser Strukturwandel schon wieder einen eigenen Strukturwandel erfordert, weil Nokia auch schon wieder weg ist und meine Befürchtung ist zur Zeit, dass wir eine ähnliche Situation haben im Bereich der Solarenergie. Dass aufgrund des Preisdrucks aus Asien die schlichten Arbeiten im Bereich der Solarzellenfertigung auch zunehmend unter Druck geraten. Und das auch wieder ein Stückchen Strukturwandel ist, der neuen Strukturwandel erfordert. Ähm, das=das macht es so schwierig auch zu sehen, in welcher der Bereiche ist eigentlich einer ähm der dann auch zukunftsfähig ist, ohne das er sich auch schon wieder in fünf bis zehn Jahren überholt hat.

Interviewer: Ich denke, das ist allgemein sehr schwierig fest- zu- legen, weil es ja auch ähm, in Gelsenkirchen oder überhaupt im Ruhrgebiet zwei Struk-

turwandel gleichzeitig abgelaufen sind. Einmal der Verlust der Kohle, den natürlich andere Regionen nicht betroffen, weil sie keinen Kohlebergbau hatten. Und zum anderen der norma-, normale in Anführungszeichen, Strukturwandel, den Gesamtdeutschland betrifft: Älter werdende Gesellschaft, fehlende Geburten. . .

Baranowski: Ja aber auch=auch die also wenn=wenn man einmal sich diese Entwicklung auf ner Zeit- au einem Zeitstrahl anschaut: Die ersten Zeichen das erste Zechensterben begann in den 60er Jahren. Damals meinte man adäquater Ersatz könnte die Textilindustrie sein, die sich dann angesiedelt hat, die dann aber auch nicht lange durchgehalten hat. Danach kam das Thema Glas, da findet aber auch die Massenfertigung nicht mehr in Europa Westeuropa statt, sondern findet jetzt auch in Asien statt. Also Glas war es dann auch nicht. Ähm, dann kam halt=dann kamen die regenerativen Energien, da findet jetzt aber auch die Massenfertigung schon wieder woanders statt. Ähm, deshalb äh ist in der Tat die Frage, was ist denn die was sind denn die Produktionsformen der Zukunft, die auch, die Menschen ähm den Menschen Arbeit gibt, die jetzt nicht alle den Hochschulabschluss haben. WEIL, das ist ja die zweite Herausforderung oder auch Benachteiligung in dieser Region, die erste Hochschule war- ist ja die Ruhruniversität in Bochum, relativ spät für=für=für vergleichbare Städte, wie in Münster gabs die Universität schon DEUTLICH länger. Die erste Hochschule halt in Bochum und in Gelsenkirchen die Fachhochschule jetzt mal grade 10 Jahre, das ist für eine Hochschule nicht wirklich lange. Ähm, das heißt auch das Thema Bildung in dieser Region war lange kein Thema. Und äh das sind so die äh das macht die Herausforderung, den=den Strukturwandel weiter anzugehen um so schwieriger.

Interviewer: Ähm, würden Sie also sagen, dass das Thema Bildung ein=eines der Themen ist, dass Gelsenkirchen aber auch wahrscheinlich das ganze Ruhrgebiet am meisten prägt?

Baranowski: Ja. Ja, absolut. Bildung=Bildung ist Thema Nummer eins und ist auch äh in einer Stadt wie Gelsenkirchen, aber auch im Ruhrgebiet, ist auch äh Wirtschaftspolitik, ist Strukturwandelpolitik. Ohne ein äh höheres Bildungsniveau wird die Zukunft nicht zu bewältigen sein, weil diese schlicht=schlichtest Arbeitsplätze eben nicht mehr in Deutschland stattfinden.

Interviewer: Ähm. Das heißt ja zum einen man muss sich mehr auf das „Know-How“ beschränken, was aber natürlich hochqualifizierte Arbeitskräfte ähm benötigt. Ähm Wie versuchen Sie die also wie versuchen Sie die Sch=Schere zu schaffen, weil ähm Gelsenkirchen hat immer noch eine hohe Schulabbrecherzahl im Verhältnis zu anderen Städten. Ähm von dem ein Großteil auch ähm, ähm Ausländer sind. Das sind natürlich Probleme, die es in anderen Städten so vielleicht nicht gibt.

Baranowski: N=Ne, nicht nur vielleicht, sondern es gibt sie in anderen Städten nicht. Zum einen, weil äh sie ne ganz andere Vorgeschichte haben. Sie haben das vorhin selber gesagt. Äh in=in Süddeutschland konnte man relativ konsequent das an Industrie fortsetzen, was es da schon immer gegeben hat: Automobilindustrie. Da hats diese Brüche nie gegeben. Äh, in Bayern auf=auf von Landwirtschaft auf Hightech umzusteigen war relativ ohne Brüche möglich. Ähm, das ist hier anders. Ähm. Und das zweite ist, ähm dass in der TAT die Zusammensetzung der Bevölkerung auch eine eine deutlich het=heterogene ist als in anderen Landesteilen. Das bietet allerdings auch Chancen. W=W=Wir stellen zum Beispiel fest, ähm, dass in einem nicht unerheblichen Teil der=der=der Kinder der Schulabgänger mit Migrationshintergrund durchaus das Potenzial angelegt ist ähm, auch äh eine adäquate Hochschulausbildung zu erlangen. Es scheitert allerdings an dem, an dem es auch in den 60er- 70er Jahren teilweise gescheitert ist bei den Kind- Arbeiterkindern: Mangelnde Voraussetzung von aus dem Elternhaus, ähm, keine keine Hochschulkultur in der Familie ähm, und äh eine=eine mangelndes=eine mangelndes=

eine mangelnde Natur-, insbesondere naturwissenschaftliche Fähigkeiten vermittelt durch die allgemeinbildenden Schulen, so dass sie dann in den ersten zwei Semestern scheitern. Und das erinnert mich so ein bisschen an die Zeit als ich zur Uni gegangen bin, ähm, dass äh, dass ähm auch so war, dass viele ja=aus=aus meiner Generation - ich bin 1962 geboren - auch die ersten in einer Familie waren, die eine Hochschule von innen gesehen haben.

Interviewer: >fällt ins Wort> Die gibt es in meiner Generation auch noch<

Baranowski: Genau, und b=bei diesen Migranten=Migranten=Migranten äh Ge=gesellschaft, dass ist schon für viele nicht selbstverständlich an eine Hochschule zu gehen. Ähm. Also, das Potenzial ist da. Und das ist so unser Ansatz zu sagen, wir müssen nicht wir dürf- wir brauchen nicht drauf hoffen, dass wir irgendwie qualifiziertes=qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland hierher bekommen - warum sollten die gerade nach Deutschland kommen? Warum sollten sie gerade ins Ruhrgebiet kommen? >holt Luft< Sondern wir haben das Potenzial hier und wir müssen diese Potenziale nehmen.

Interviewer: Jetzt ist Bildungsache Ländersache. Ähm, wie sehen Sie denn den Handlungsspielraum einer Kommune im >stockt kurz< Bereich Bildung, aber auch äh in anderen Bereichen, um den S- also sei es jetzt Wirtschaftsförderung oder überhaupt Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik um attraktiv zu sein für neue Industrien oder überhaupt für Firmen?

Baranowski: Ähm zum einen: In der Tat Bildung ist Ländersache, ABER man kann als Stadt schon einiges tun insbesondere, wenn man Bildung als einen sehr umfassenden Begriff betrachtet. Ähm, es beginnt bei uns zum Beispiel in der Stadt, ähm in=in dem wir bereits die Eltern von Neugeborenen besuchen und ihnen einfach die Möglichkeiten darlegen der Förderung für ihr Kind. Ja, in dem wir ein einheitliches Sprachförderkonzept haben für alle Kindergärten, egal ob katholisch, evangelisch

oder städtisch. Die haben alle das gleiche, ja sogar dasselbe Sprachförderkonzept und die Grundschule weiß, worauf sie aufbauen kann. Und da lässt sich schon einiges tun und wir=wir=wir sehen auch erste Erfolge, was die Sprachfähigkeit von Grundschulkindern angeht. Ähm. Das zweite ist ähm, wie kann man Unternehmen hierherholen? Was immer noch für Unternehmen zumindest ähm attraktiv ist, dass es ein=ein äh ja=ja, in neudeutsch würde man sagen, „Human Resources“, also es gibt noch immer ein=ein Arbeitskräftepotenzial in dieser Region, das deutlich höher und deutlich größer ist als das was zum Beispiel in=in Ostdeutschland der Fall ist. Das was uns eine Ansiedlung häufig sehr schwi=schwer macht sind die unterschiedlichen Fördermittel. Das wir konkurrieren mit äh Landstrichen in äh Ostdeutschland, die eine höhere EU-Förderung bekommen und oftmals sind es die unterschiedlichen Prozentpunkte, die dann für Unternehmen doch ausschlaggebend sind sich nicht hier anzusiedeln, sondern dann nach Ostdeutschland gehen.

Interviewer: Ähm. >Feuerwehrsirenen< Bei der ähm=ähm, jetzt habe ich den Faden verloren, achso, ähm, weil sie meinten, dass ähm Sie versuchen direkt nach der Geburt anzusetzen mit den Bildungs- ähm=ähm angeboten. Wie sieht es denn in Gelsenkirchen mit Kindergartenplätzen aus? Also besteht da die Möglichkeit, dass auch jeder ähm, weil es ja bewiesen ist, dass es äh Kinderga- also der Kontakt mit anderen Kindern für Kinder ganz ganz wichtig ist. Ähm und ich weiß, dass aus anderen Regionen ist das so, dass man >räuspert sich< ähm 60% arbeiten muss, um überhaupt Anrecht auf einen Kindergartenplatz zu haben?

Baranowski: Also Kindergartenplatz haben wir ähm wir haben einen Rechtsanspruch, die Vollversorgung bei der Versorgung der 3- von 3 bis 6 Jahren. Da haben wir für jedes Kind einen Kindergartenplatz. Ähm, was bei uns noch nicht erreicht ist, ist die 32%-Quote für unter 3-Jährige. Wir haben aber die äh das- w- das erklärte Ziel bis 2013 möglichst Nahe w- also möglichst Nahe ranzukommen, wenn nicht die 32% auch zu errei-

chen, weil wir davon ausgehen, dass die 32% nicht reichen werden, das es mehr sein (unverständlich). Ähm also das Ziel verfolgen wir schon und es hat auch Priorität, äh im Moment sind wir sogar in einer Situation in der wir sagen, aufgrund der knappen KASSEN ähm akzeptieren wir, dass die ein oder andere Straße nicht saniert wird, Hauptsache äh wir bauen die Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren aus.

Interviewer: Das würde mich zu meiner nächsten Frage bringen: Ähm, das Ruhrgebiet, Gelsenkirchen ist bei ähm ja ein sogenanntes C-Fördergebiet, dass heißt es fl=fließt natürlich nur ein geringer Anteil, im Verhältnis zu anderen Regionen, an Fördermitteln hierher. Ähm, das kostet ja auch alles Geld dieses Bildungsprogramm, (unverständlich) es gehört ja auch zu diesen sogenannten freiwilligen Aufgaben einer Kommune, wo die Kommune ja aam weitesten Spielraum hat, denke ich. Und wo sie auch den wahrscheinlich größten Einfluss hat auf die Attraktivität einer Stadt. Ähm, es nutzt einer Kommune nichts, wenn sie Industrie hat, aber keiner dorthin will in einer gewissen Weise, weil ähm die Betreuungsplätze nicht da sind oder keine Sport- keine Freizeitmöglichkeiten. Ähm, wenn der Haushalt jetzt natürlich das nicht hergibt, wie versuchen sie da...

Baranowski: >räuspert sich< Ja, es ist das=das Bild von der=von der Bettdecke die zu kurz ist und (unverständlich) welches Ende man gerade zieht, man doch die nass- äh die kalten Füße bekommt. Ähm, das geht nur durch Prioritätensetzung, sowie ich es gerade gesagt hab. Ähm, in dem Bildung bei uns Priorität hat sind andere Bereiche nachrangig. Dazu gehört die öffentliche Infrastruktur, die Situation unserer Gebäude, der Straßen. Äh, es gibt ein paar Essentials, (unverständlich) wir sagen, die=die braucht eine Stadt: Wir leisten uns zum Beispiel ein Musiktheater, dass wir jährlich mit äh 15 Millionen fördern. Und wir sagen auch ähm dieses Angebot bedarf eine- äh also auch dieses Angebot muss=muss eine Stadt vorhalten. Ähm, andere Infrastruktureinrichtungen. Aber es fällt uns zunehmend schwer ähm und das weniger, weil wir diese Schwer-

punktsetzung im Bereich Bildung ähm getroffen haben, sondern weil uns einfach andere äh Ausgaben be=belasten. Wir geben allein, um mal eine Größenordnung Ihnen zu geben, wir geben alleine 50 äh 60 Millionen jedes Jahr für die Eingliederungshilfe von behinderten in den Regelalltag aus. Und- notwendige Aufgabe, aber eigentlich keine kommunale, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und diese 60 Millionen und äh plus die 10 Millionen für den Aufbau Ost äh plus das Geld, was wir für Hilfen zur Erziehung ausgeben, sind so gut um die 100 Millionen, die unser jährliches Defizit umfasst. Also sind eigentlich keine äh Dinge, wo wir uns die goldenen Gullideckel leisten, sondern es ist schlichtweg al=al=also schlichtweg äh Sozialaufwendungen, die ähm eigentlich von=von anderen Ebenen ähm mitfinanziert werden müssten, aber die=die wir alleine finanzieren.

Interviewer: Jetzt werden voraussichtlich 2013 vor allem die EU-Mittel noch einmal gekürzt. Ähm, denken Sie, dass die weitere Förderung ausreicht, um ähm ja, nicht äh noch mehr Enden sparen zu müssen?

Baranowski: Ein klares nein! Ähm, ich halte das für falsch. Ich halte es auch für falsch, dass es Diskussionen gibt ähm jetzt mehr dieser Mittel in den ländlichen Bereich ähm ähm zu stecken und weniger hier in den Ballungsraum. Grade das was an EU-Mitteln- grade das was das ZIEL der EU-Mittel ist, ähm nämlich gleiche Lebensverhältnisse anzustreben, ähm wird aus meiner Sicht durch diese Kürzung, auch durch eine andere Gewichtung äh=äh ins Gegenteil umgewandelt.

Interviewer: Ähm. Was sind die wichtigsten Netzwerke, die Sie als Kommune ähm benutzen?

Baranowski: Im Wesentlichen- Also einmal ist es der Städtetag. Ähm, und dann gibt es natürlich auch fachliche Netzwerke, je nachdem über welchen ähm welchen Bereich wir gerade reden: Wie die Städt=Stadtplaner sind im Städtenetzwerk 2030 ähm sehr eng vernetzt. Ähm, und dann gibt es

natürlich auch noch Netzwerke ähm auf parteipolitischer Seite, das=das ist zum Beispiel, äh das äh trifft jetzt hier nicht zu, mich da sehr eng Abstimme mit sozialdemokratischen Oberbürgermeistern in der ganzen Bundesrepublik, aber insbesondere auch in Nordrhein-Westfalen. Also je nach dem grade, obs= obs auf der politischen Ebene parteipolitischen Ebene ist oder obs auf einer fachlichen Ebene ist, (unverständlich) sind das ganz unterschiedliche Netzwerke.

Interviewer: Wie eng ist das Netzwerk „Ruhrverband“ oder Ruhrregion?

Baranowski: Äh. Das ist neben dem deutschen- nordrhein-westfälischen Städtetag wahrscheinlich mit das, ein=ein Abstimmungsform informeller Abstimmungsform, das am intensivsten ist mit den=mit den anderen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern hier im Ruhrgebiet. Ähm. Es führt aber NICHT dazu, ähm dass wir jetzt äh alles das was das Ruhrgebiet betrifft in trauter äh Einmütigkeit gemeinsam organisieren. Da ist noch immer eine-, trotz=trotz dieses=dieser=dieses Abstimmung im Bereich des Ruhrgebiets, noch eine Menge Kirchturm im Wald.

Interviewer: Ähm. Wozu nutzen Sie die Netzwerke? Äh also vor allem äh zum Beispiel diese- ähm Ruhrverband? Ist es mehr zum ähm zum Abstimmen von gemeinsamen Positionen oder zum ähm Austauschen oder vielleicht auch zur Problemlösungsfindung? Oder ist es mehr als ähm ja, Kommunikationsforum?

Baranowski: Es ist beides. Zum einen ist der Regionalverband Ruhrgebiet Umlageverband, er erfüllt einige Aufgaben nach Gesetz. Die=die macht er dann auch für uns, dafür bezahlen wir auch. Dann übernimmt er- hat er einige freiwillige Aufgaben übernommen, die die Städte ihm übertragen haben. Dazu gehört zum Beispiel die Fortsetzung der Kulturhauptstadt, ähm von Aktivitäten zur Kulturhauptstadt, dafür zahlen wir auch eine Sonderumlage. Ähm, das=das ist das eine. Natürlich findet da auch Abstimmung statt, aber man darf das auch nicht überbewerten, weil äh

das natürlich auch ein schon als Umlageverband ähm ein Verband ist der eine gewisse Eigendynamik hat. Daneben gibt es, dass ist eher informell, eine=eine Runde der Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebietes. Ähm das ist ein sehr informeller Abstimmungskreis, wo man dann auch mal überlegt, wie positioniert man sich gemeinsam gegenüber der Landesregierung oder wem auch immer. Ähm das ist eigentlich eine sehr schöne Ergänzung zum dem=zu dem Regionalverband.

Interviewer: Ähm. Noch eine Frage zur kommunalen Alltagspolitik: Jetzt hat die SPD im Stadtrat die absolute Mehrheit, deswegen brauchen Sie keine Kol=Koalition. Gibt es trotzdem ähm ja, so gewisse Abstimmungskoalitionen oder ists mehr das es je nach Thema wechselt?

Baranowski: W- Erstmal ist es so das, ähm nachdem die SPD die absolute Mehrheit gewonnen hat, sie klar signalisiert hat und das äh auch mit mir sehr eng abgestimmt hat, dass es kein durchregieren gibt. Das könnte man ja auch meinen, da hat man die absolute Mehrheit und dann wird das alles durchge= äh durchgezogen. So ist das nicht. Man bemüht sich, ähm das tun wir auch als Verwaltung für unsere Vorschläge äh einen GROßEN Konsens zu bekommen, das gelingt nicht bei jedem Thema, aber eigentlich bei den wichtigen Entscheidungen äh ist das bisher immer gelungen eine das man eine größere Mehrheit bis eine ganz große Mehrheit zusammen bekommt. Ähm, das ist auch für eine Verwaltung nötig eigentlich ähm bei wichtigen Dingen möglichst breite Rückendeckung zu haben. Ahm, und aus meiner Sicht ist das auch ganz=ganz erfolgreich.

Interviewer: Ähm ich kenn das aus Jena, da sieht das anders aus...

Baranowski: Das war hier auch anders. Äh, bevor die SPD äh 1998 die Wahl verloren hat, da hat man durchregiert. Äh, und das war dann ein äh heilsamer Schock. Und seitdem wissen wir, dass äh dass es keine Arroganz der Macht geben darf.

Interviewer: Seitdem gibt es in Jena keine Mehrheiten mehr... >lacht<

Baranowski: Ja. Ja, dass hat=hatten wir die letz=in der letzten Periode auch >hustet< keine eigene Mehrheit, da waren die Grünen plus SPD plus meine Stimme war genau die Hälfte. Das heißt man musste sich immer irgendwo was s=suchen. Das geht auch, aber es ist natürlich auch für mich deutlich angenehmer zu wissen es gibt auf jeden Fall eine Mehrheit. Von da ausgehend kann man gucken, obs=obs auch eine noch breitere gibt.

Interviewer: Ähm. Sie hatten es gerade schon erwähnt mit der Europäischen Kult- ähm Kulturhauptstadt. Gibt- Merken Sie da selber einen gewissen Imagewandel von=v- ich nehme mal eher an von außen? Weil Gelsenkirchen natürlich immer noch sehr Vorurteilsbelastet mit „grau in grau“.

Baranowski: Ja, ja ich weis. Man kriegt die Klischees ganz schwer aus den Köpfen. Ähm das ist=das ist eher ähm da ist der Fortschritt schon eher eine Schnecke. Was auch Wahrnehmung angeht. Ähm die Kulturhauptstadt hat dazu geführt, dass es eine größere Aufmerksamkeit gab, dass äh, das zeigen jedenfalls die Übernachtungszahlen, das die angestiegen sind seitdem. Auch hier in Gelsenkirchen. In=in den Hotels. Es führt dazu auch, dass der ein oder andere Kulturkritiker auch aufmerksamer geworden ist. Es führt vor ALLEN Dingen aber dazu, dass, insbesondere durch diese großen Ereignisse „Day of Song“ und=und äh äh „Schachtzeichen“ und äh das Stilleben auf der A40, dass die Menschen im Ruhrgebiet gelernt haben, es macht Spaß und Freude Dinge gemeinsam zu machen. Äh, und dafür war das ein guter Katalysator. Ähm. Ob man in München überhaupt wirklich, außer in gewissen feuilletonistischen Kreisen, wahrgenommen hat, dass es die Kulturhauptstadt gab und was=was die dann als=als Thema hatte, das mag ich mal ein bisschen zu bezweifeln. Aber das ist vielleicht auch zuviel erwartet.

Interviewer: Aber Image spielt ja durchaus auch eine Rolle für das Anwerben für Investoren?

Baranowski: Das ist- Wir merken da schon den=den auch ein= eine Unterschied, ob es Menschen sind, die aus dem Ausland kommen und die nicht diese klischeehafte Vorbelastung haben. Die kommen DEUTLICH äh unbelasteter ins Ruhrgebiet und auch nach Gelsenkirchen als zum Beispiel diejenigen, die regelmäßig äh äh Süddeutsche Zeitung und so lesen und da mal wieder ein großer Überschrift ist: „Gelsenkirchen, ähm der Osten im Westen“ - oder so was. Ähm, was aus unserer Sicht eigentlich ähm auch nicht mehr gerechtfertigt ist.

Interviewer: >fällt ins Wort< Obwohl das ja auch einen positiven Aspekt hat. Ich habe in meiner Ma=Magisterarbeit ähnliche Fragestellung gehabt ähm weil die Berichterstattung immer noch, wenn man mal wirklich nur Ost und West anguckt, „Osten ist schlecht, Westen ist gut“, aber ähm wenn man zeigt, dass es ja auch durchaus Regionen in Westdeutschland gibt, die durchaus vielleicht noch s- ähnliche oder sogar schlimmere Problemlagen haben, macht das ja auch aufmerksam für...

Baranowski: >fällt ins Wort< Ja, das ist=das=das ist wahr. Es kommt nur kein- Es siedelt sich nur kein Unternehmen aus äh aus=aus Mit=Mitleid an. Sondern die=die=die erwarten schon ganz klar ähm Vorteile an diesem Standort. Und äh was noch schwieriger ist, ist ähm Führungskräfte hierher zu bekommen, die dann, was weis ich, aus dem Süden D- aus=aus=aus München oder woher hierher ziehen. Da haben wir einen=einen großen Ingenieurdienstleister, der seine äh Fachkräfte eigentlich aus dem=dem Münchner Bereich ab- äh rekrutieren möchte und das ist=das ist ziemlich schwer. Ähm obwohl wir versuchen das indem wir jetzt so Paketlösung anbieten, äh dass sie hier ein Baugrundstück bekommen, wenn sie es finanzieren, dann zahlen sie für das Baugrundstück inklusive Haus deutlich weniger, maximal aber genau so viel, wie sie in München für eine ordentliche Mietwohnung zahlen. So das wir sagen:

„Du kriegst bei uns ähm die Hausfinanzierung plus Betreuungsplatz für dein Kind äh zu dem Preis für den du in München gerade mal dir deine Mietwohnung bezahlen kannst im Monat.“ Ähm, also das sind=das wir so die weichen Faktoren, (unverständlich) ins Felde führen. Und in der Tat wir haben Flächen, äh wir haben erschwingliche ähm Miet- und=und Grundstückspreise, ähm und ich glaub, dass sich das ein Stückchen weit auch irgendwann auszahlt.

Interviewer: Ähm. Was denken Sie oder welcher Meinung sind Sie, welche sind die wichtigsten Wirtschaftszweige in Gelsenkirchen mittlerweile? Weil die Solartechnik n=nimmt ja-

Baranowski: >fällt ins Wort< Es sind=es sind die Regenerativen, aber also nicht nur also Solar ist=ist sicherlich kritisch (unverständlich). Es sind die Regenerativen, dazu gehört dann auch der Bereich der Geothermie, äh der Windkraft, also äh da auch insbesondere Zulieferung. Ähm es sind im Wesentlichen Nischenprodukte: Also hochspezialisierte Produkte im Bereich der Energie, im Bereich der metallverarbeitenden Industrie, ähm im Bereich der Chemie und das sind nach wie vor Schwerpunkte. Aber anders als früher, wo man Massenproduktion hier gemacht hat, ist es jetzt=sind es jetzt speziell- Spezialprodukte und Nischenprodukte. Äh, Glas nach wie vor, aber auch da hochspezialisiertes Brandschutzglas, das eben nicht ähm in den Billiglohnländern produziert werden kann.

Interviewer: Ähm, diese also äh hochqualifizierte Arbeitsplätze und sogenannte „Think Tanks“ werden ja immer wichtig. Ähm. Jetzt hat Gelsenkirchen, bitte nur in=in Anführungszeichen, äh „nur“ eine FH, aber ähm Bochum ist ja jetzt nicht sehr weit entfernt und auch die anderen Universitäten sind doch relativ schnell zu erreichen. Profitieren Sie da auch davon oder sehen Sie das schon als Problem trotz allem, dass ähm dass es keine unmittelbare Universität gibt? Weil natürlich eine Uni=Universität immer nochmal ein anderes Potenzial meistens hat als eine FH.

Baranowski: Also im Vergleich zu den Universitätsstädten ist es sicherlich ein=ein=ein Nachteil. Ähm auch was Bevölkerungssituation angeht. Wir stellen gerade fest, dass es an den Universitätsstädten (unverständlich) eine relativ stabile Bevölkerungsschicht jüngeren Alters gibt. Ähm das hilft zum Beispiel der Stadt Münster: Wenn die die Universität nicht hätten, wär die genauso überaltert wie wir.

Interviewer: >fällt ins Wort< Jena wächst deswegen.

Baranowski: Genau. Das=das ist so. Ähm. Die Fachhochschule ist eher eine Fahrhochschule, äh wo die=wo die= wo die Studierenden äh morgens kommen und abends wieder fahren. Ähm, sie ist aber auf jeden Fall ähm eine Bereicherung, weil es dort auch diese kritische Masse gibt an=an äh an äh Potenzial, insbesondere auch im Bereich der Energie. Ähm auch im Bereich von=von äh das=das äh das Energieinstitut, da gibts ganz viele Professionen, die diese, dass was wir hier auch als=als wirtschaftlichen Faktor haben darauf fortsetzen auch die Verknüpfung zwischen den Fachhochschulen und der=der Ruhruniversität sind da ziemlich stark. Ähm deshalb also im Vergleich zu den Universitätsstädten sicherlich ein NACHteil, aber im Vergleich zu den Städten die gar keine Hochschule haben, die es auch im Ruhrgebiet gibt, äh allemal äh noch ein Vorteil.

Interviewer: Ähm, man sieht ja auch an den Zahlen, dass die äh Fachhochschule stark gewachsen ist, dafür dass sie in nur 10 Jahre ähm existiert.

Baranowski: Ja, die haben, was kaum einer weiß, ein ganz gro=großartig nachgefragten Studienbereich für Marketing und äh PR und Marketing. Äh, wo Studierende aus= aus der ganzen Bundesrepublik hier sind. Ähm auch kooperieren mit äh drei großen Werbeagenturen, eine aus Hamburg, eine aus Frankfurt, eine, glaub ich, aus Köln. Ähm also das=das=das ist schon, man muss nur genauer hingucken, also es gibt da schon ganz=ganz spannende Ausbildungsgänge, die auch zukunftsfähig sind und das schö-

ne daran ist ja auch die enge Verzahnung mit der Wirtschaft. Was ja bei einer wissenschaftlichen Hochschule nicht unbedingt eingegeben ist.

Interviewer: Ähm, ich denke, der die äh Herausforderung für Gelsenkirchen wird wahrscheinlich sein die eigene das eigene „Human Ressource“ (unverständlich) zu nutzen. Da es natürlich auch, wenn man sich die Studenten anguckt, die kommen hauptsächlich aus Gelsenkirchen und Umgebung. Natürlich kommen auch welche aus dem ganzen Bundesgebiet, aber das ist natürlich immer nur SEHR, sehr geringe Masse im Verhältnis zu den anderen. Ähm, sehn=sehen Sie das auch so, dass Sie ei- vor allem versuchen müssen ähm die Jugendlichen vor Ort ähm da zu behalten? Ähm es gibt natürlich immer noch eine große Zuwachsrates nach Gelsenkirchen, aber ähm das sind na=natürlich weniger hochqualifizierte Fachkräfte ähm...

Baranowski: Ja gut. Also die Analyse ist absolut=absolut zutreffend. Deshalb, (unverständlich) grad schon angedeutet, ähm müssen wir es schaffen, dass insbesondere bei den Menschen mit Migrationshintergrund - jedes zweite in Gelsenkirchen geborene Kind hat Migrationshintergrund - müssen wir es schaffen ähm, dass die einen Zugang bekommen auch zur=zur Hochschulausbildung. Ähm, dann mache ich mir da keine Sorgen. Ähm, aber das muss uns gelingen und das versuchen wir zur Zeit zusammen mit der Fachhochschule, indem wir schon ähm in die Berufskollegs und die=die=die=die Gymnasien reingehen und da schon beginnen m=mit Stützkursen und ähnlichem. Dass es dann funktioniert beim Übergang ähm Schule-Hochschule. Also man=man muss einen anderen Ansatz wählen. (Unverständlich) als das jetzt noch der übliche ist.

Interviewer: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Faktoren, dass es diese Unterschiedlichkeit gibt - doch auch selbst im Ruhrgebiet - ähm äh einige Städten, hat der Strukturwandel iauch betroffen, aber n- deutlich in einer abgeschwächten Form. Ist das nur die Tatsache des verzögerten

Strukturwandels in Gelsenkirchen oder gibt es, ihrer Meinung nach, auch noch andere?

Baranowski: Zum einen gibt es ja eine=eine geographische Spaltung: Die der Hellweg war schon immer eine=eine eine stärkere Schiene als äh das nördlichere Ruhrgebiet. Äh und da passt es dann auch, dass in der Hellwegzone - also Essen, Bochum, Dortmund - der Rückzug der Koh- von der Montanindustrie früher war. Ähm, wie gesagt in Gelsenkirchen hat vor fünf Jahren, ja, die=die=die letzte Zeche erst zugemacht. In Dortmund schon vor, weis ich gar nicht, 15 Jahren, in Essen bestimmt auch, ach Bochum noch noch viel früher. Ähm, und das ist ganz einfach dann auch zu sagen, äh damals konnten sich diese Städte, wo=wo=wo Kohle und Stahl schon früher weggegangen war eigentlich noch recht großzügig aussuchen, was ist denn mein=meine Alternative. (Unverständlich) Indem Dortmund dann auf Informatik gesetzt hat, Essen auf Dienstleistung. Was bleibt aber für die, bei denen sich jetzt der=der Rückzug jetzt darstellt: Bottrop in 2018, macht da-. Was bleibt DA noch? Ähm und deshalb fällt das umso vieles schwieriger in dieser Region äh diesen Rückzug zu gestalten. Dann waren die ersten- es ist ja kein Zufall, dass die ersten ähm Universitäten in der Hellwegzone angesiedelt wurden: Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund. Es gibt keine EINZIGE im nördlichen Ruhrgebiet! Ähm. Also das ist strukturell sicherlich ähm äh auch so nicht ganz ohne Zufall passiert. Möglicherweise war die Lobby des nördlichen Ruhrgebietes eine=eine schlechtere, auch in Düsseldorf. Äh, es gab immer auch Landesminister im=im Kabinett in Düsseldorf, die aus Dortmund kamen, die aus Duisburg kamen, die aus Bochum kamen. Es hat NIE einen Minister gegeben, bis einen einzigen, der dann aber zurück getreten ist, der aus dem nördlichen Ruhrgebiet gekommen ist. Das soll=soll man nicht überschätzen, aber man darf es auch nicht unterschätzen, was es heißt, wenn man so jemanden da hat, der auch äh zu Zeiten, als die Kassen noch nicht so leer waren, das ein oder andere Infrastruktur dann auch in seine Stadt geholt hat.

Interviewer: Was denken Sie sind dann Ihre wichtigsten Aufgaben für Gel-senkirchen in den nächsten Jahren?

Baranoswki: >holt Luft< Das- die wichtigste=wichtigsten Aufgaben sind diese, ich finde drei großen Herausforderungen übereinander zu kriegen. Das eine ist das=das Thema Strukturwandel ähm inklusive Infrastruktur. Da, wo jetzt die großen Zechen zum Beispiel weg sind, die hinterlassen ja Narben in einer Stadt, die wieder äh, bildlich gesagt, äh äh zu verheilen verheilen zu sehen. Das ist das eine. Das zweite ist das Thema Bildung, Qualifizierung. Und das alles übereinander zu kriegen mit der Finanzsituation, dass ist so das magische Dreieck. In der Hoffnung, dass man das irgendwie zusammenkriegt und es zusammenbleibt. Das fällt mir (unverständlich) immer schwieriger >lacht auch<, aber es=es hilft ja nichts.

Interviewer: Gut. Dann danke ich Ihnen. Das wars schon.

Interview 2: Transkription des Interviews mit Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann, Leiter des Fachbereiches 2 (Finanzen, Personal und Organisation, Feuerwehr) der Stadt Gelsenkirchen

- 23. Januar 2012, 11.30-12.15 Uhr

Interviewer: (Erklärung des Fragebogens) Ähm. Meine erste Frage wäre, was Sie meinen sind die wichtigsten strukturellen Probleme in Gelsenkirchen? Ähm. In=in Hinblick auf was=was muss in Gelsenkirchen an erster Stelle bearbeitet werden oder was sind die herausstechendsten Probleme für die Gesellschaft, für die Finanzkraft Gelsenkirchens? Ähm, ich denke da auch daran, dass im Jahr 2001 äh dieses Memorandum der Ruhrgebietsstädte ähm rausgegeben wurde zur ähm Gemeindefinanzierung und die ist ja immer noch nicht durch. Ich denke da wird Gelsenkirchen wahrscheinlich immer noch gewisse Probleme einfach haben. >Unverständlich< In diesem Zusammenhang.

Dr. Lunemann: Also man kann das >räuspert sich< Oder es sind zwei unterschiedliche Dinge, die man da besprechen muss. Zum einen was sind die strukturellen Hauptaufgaben oder Hauptprobleme, die diese Stadt hat. Diese Stadt äh ist äh mit dem=mit dem Strukturwandel äh, das ist nach wie vor ein laufender Prozess. Hier hat man über viele Jahre hinweg ähm, vielleicht auch die Dimension dieses Strukturwandels unterschätzt. Die ähm Hauptaufgaben liegen aktuell darin die mittlerweile seit vielen, vielen Jahren freiliegenden Industrieflächen, die man wieder zur Ansiedlung von Gewerbe, von Industrie oder von anderen ähm, wenn man so will, ähm arbeitsplatzbringenden Unternehmen hier hat, die endlich, oder was heißt endlich, aber die an den Markt zu bringen. Und das geht JETZT erst, weil wir jetzt in=in der Situation sind, die entsprechenden ähm Liegenschaften und Gewerbegebiete auch auszuweisen und bereit zu stellen. Ein ganz wichtiger Aspekt ist in dem Zusammenhang ähm >räuspert sich< die Attraktivität für Beschäftigte hier ihren Wohnsitz zu nehmen, zu erhöhen. Das heißt über Maßnahmen der Stadtentwicklung,

Stadterneuerung äh Sorge dafür zu tragen, dass der Einwohnerrückgang den wir haben nicht zu ähm größer V-, wenn man so will, Vernachlässigung oder Fehlentwicklung im Bereich des Wohnraums geht. Sprich Leerstandsquoten. Ähm, und der dritte wesentliche Aspekt an dem wir einfach arbeiten müssen ist, dass wir ähm das strukturelle Problem, was wir hier über einen relativ hohen Bestand an Langzeitarbeitslosen haben, die sich in einer überproportional - im Vergleich zu anderen Städten - starken Anzahl an Bedarfsgemeinschaften, die wir hier haben, haben- in den Griff bekommen. Sprich, dass sich (unverständlich) dieses Thema Langzeitarbeitslosigkeit so schnell wie möglich durch irgendwelche Formen verbessert und verringert. Denn ähm grade das sehe ich als großes Problem für die Zukunft, den diejenigen die jetzt in Langzeitarbeitslosigkeit verweilen und uns mit (unverständlich) Teil der sogenannten Kosten der Unterkunft ähm bei uns zu Buche schlagen, unseren Haushalt belasten, werden diejenigen sein, die, wenn sie ab 2014 in die Grundsicherung im Alter fallen. Sprich, bis dahin nicht genügend äh Geld erwerben aus eigenen Rentenansprüchen beziehungsweise erwerbslos sind. Das diese Menschen dann die Altersarmut von morgen darstellen. Und das sind so, denke ich mal, die drei Hauptfaktoren: Einmal die Ansiedlung von Gewerbe ermöglichen, die Stadtbild- Stadtraumerneuerung durchzuführen und den Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit in den Griff bekommen. Ein Thema was auch sehr wichtig ist, aber wo, glaube ich, Gelsenkirchen auf einem sehr guten Weg ist, ist den Bereich der ähm, wenn man so will, Kinder, Jugend, Bildung, Schule - dieser ganze Bereich der Jugendförderung, den voranzutreiben äh der mit dem Ausbau der U3-Quoten verbunden ist, äh ist der äh auf 32% in 2013 laufen muss. Der ähm daran ansetzt, dass wir neue Schulformen entwickeln, dass wir mehr Kinder bekommen, die nach der Grundschule die Gym=Gymnasialreife bekommen und dass wir die große Problematik der Jugendarbeitslosigkeit ähm, grade bezogen auf Jugendliche, die ohne Schulabschluss dann irgendwo ähm die Schule verlassen. Dass man das in den Griff bekommt, aber wie

gesagt, dieses, wenn man so will, 4. Feld, da ist man momentan schon sehr weit. Auch auf einem guten Weg. Da gibts mittlerweile auch eine ganze Menge an Hilfen, die über Land und Bund bereit gestellt werden. Aber das sind, wenn man so will, die 4 Aukt=Hauptaufgabenfelder, die eigentlich diese Stadt äh bearbeitet beziehungsweise auch mittelfristig zu bearbeiten hat.

Interviewer: Ähm. Denken Sie, dass Gelsenkirchen da finanziell in der Lage ist, diese Aufgaben zu bewältigen?

Dr. Lunemann: Also, ich mach da keinen Hehl draus: Ähm, Gelsenkirchen wird äh ohne signifikante Unterstützung von Land UND Bund nicht in der Lage sein die eigenen Probleme zukunftsweisend zu lösen. Der Hintergrund ist relativ einfach, ähm durch die Berechnungen für die gemeindlichen für=für=für den gemeindlichen Finanzausgleich wird seit vielen Jahren dokumentiert, dass der Finanzbedarf, den Gelsenkirchen hat, dass dieser wesentlich größer ist als das, was Gelsenkirchen durch seine eigene Steuerkraft erwirtschaften kann. Das heißt, wir sind auf Landeszuweisungen ANgewiesen, diese Landeszuweisungen müssen in bestimmten Bereichen noch zielführender nach Gelsenkirchen gelenkt werden. Insbesondere ähm durch den hohen Bereich an sozialen Belastungen, die wir hier haben, durch die, gemessen an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, aber das kann man nicht darauf reduzieren, da jede Bedarfsgemeinschaft einen ganzen Strauss von weiteren sozialen Problemen mit sich bringt, bis hin in das Thema Altersarmut hinein, aber auch signifikante Steigerung sind im Bereich Hilfe zur Pflege, im Bereich der=der Hilfe zur Erziehung, so dass man ähm schon sagen muss, ähm wir werden selber oder wären vermessen zu sagen, wir würden das Thema allein in den Griff bekommen. Wir leisten unseren Eigenanteil - so gut es geht - da äh sind wir auch in vielen Untersuchungen eigentlich immer sehr führend, wo wir abschneiden. Ähm gerade was die Wirtschaftlichkeit der bestimmten Prozesse und die Wirksamkeit der Prozesse angeht. Aber faktisch gese-

hen brauchen wir Unterstützung vom Bund und vom Land, um dieses Thema weiterhin zi=zukunftsweisend in den Griff zu bekommen.

Interviewer: Ähm, jetzt sollen ja ab 2013 auch noch mal die EU-Förderung äh reduziert werden. Trifft das Gelsenkirchen auch noch mal zusätzlich?

Dr. Lunemann: Also, ich will mal so sagen: Die ähm Reduzierung von Förderprogrammen, egal ob beim Land, beim Bund oder auf der EU, treffen uns natürlich an jeder Stelle. Ähm, die Hauptproblematik, die man bei vielen Förderprogrammen immer im Kopf haben muss, ist sämtliche Förderprogramme besagen in der Regel, dass sie Förderung erlangen, aber keine 100% Förderung, sondern nach der Haushaltssituation immer entweder 10%, 20% oder 30% an Eigenanteilen erbringen müssen. Und die Grundproblematik ist für Gelsenkirchen schon diese Eigenanteile zu erbringen. Das ist auch haushaltswirtschaftlich äh in vielen Bereichen kaum darstellbar. >räuspert sich< Und äh ein=ein Rückfahren von struktureller Förderung trifft natürlich eine Region, die im Strukturwandel noch drin steckt im erheblichen Umfeld. Und dann- ich weis jetzt nicht genau auf welchen Bereichen äh die=die ähm EU-Hilfe ab 2013 genau zurückgeführt werden soll, da sich das natürlich auch transformiert über verschiedene Töpfe von Bund und Land, aber da wo wir bisher an einigen Stellen partizipiert haben im Bereich der Wirtschaftsförderung, des Strukturwandels, des Rückbaus, da wäre schon verheerend, wenn diese Prozesse hier eingestellt würden.

Interviewer: Ähm. Denken Sie denn, dass mit Hilfe- also dass die Förderung ausreicht? Um die-

Dr. Lunemann: >fällt ins Wort< Nein, es gibt=gibt in der Förderung bei allen Förderprojekten gibt es, wenn man so will, für eine Kommune, die ähm seit vielen, vielen Jahren in der Haushaltskonsolidierung steckt und ähm immer so an der Grenze ist ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu bekommen - also sprich irgendwann mal darstellen

zu können, dass der Haushaltsausgleich erreicht wird - ähm handwerkliche Probleme ähm und ähm, wenn man so will, grundsätzliche Probleme. Die grundsätzlichen Probleme bestehen darin, was ich vorhin sagte, dass die entsprechenden ähm Fördertöpfe a bereit gestellt werden müssen und aus- ähm reichend dotiert sein müssen. Und der zweite Punkt ist ähm, dass man aufgrund der haushaltswirtschaftlichen Situation handwerklich überhaupt, wenn man so will, äh die Möglichkeit hat sich zu bewerben. Und bewerben kann man sich immer nur, wenn man die wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten hat, die geforderten Eigenanteile selbst zu stemmen. Und das ist eigentlich mit das Problem, was WIR hier in Deutschland auf Bunde=auf Bundesebene, auf Länderebene in den Griff bekommen müssen: Das eine Kommune, ähm die sich für ein Projekt bewirbt, wo auch gesagt wird: „Ihr seid in einer Situation drin, wo ihr aus diesem Förderkopf=topf Geld bekommen könnt, weil einfach die Ausgangssituation dafür da ist.“ Diese Kommune vielleicht dann NICHT teilnehmen kann, weil sie die entsprechenden EIGENMITTEL nicht aufbringen kann. Und das ist eigentlich äh eine Schizophrenie, dass man ähm das Fördermöglichkeiten für „benachteiligte Bereiche“ bereit gestellt werden, uns dadurch nicht zugeteilt werden können, weil bestimmte Voraussetzungen es von uns verlangen Mittel aufzubringen, die wir aufgrund dieser Problematik - sonst würden wir ja die Förderung äh kommen - eigentlich gar nicht erbringen können. Das sind so die zwei-

Interviewer: >fällt ins Wort< Kann man überspitzt sagen: Gelsenkirchen ist quasi zu pleite, um Fördermittel zu bekommen?

Dr. Lunemann: Na, ich will nicht sagen „zu pleite“, weil das Wort äh „pleite“ ist in dem Zusammenhang eher Missverständnis. Ich will mal so sagen, dass wir äh in vielen Bereichen, aufgrund der=der Haushaltssituation in der wir sind, wir nicht alles machen können was wünschenswert ist. Und äh wir natürlich neben den Bereichen, die gefördert werden auch noch Pflichtaufgaben haben, die wir auch bearbeiten und bewältigen müs-

sen. Und das bedeutet, dass wir, wenn wir an Fördervorhaben teilhaben MÖCHTEN >räuspert sich< die wichtig sind, das wir an anderer Stelle an Maßnahmen- auf wichtige Maßnahmen verzichten müssen. Und das passt nicht ineinander. Also wir können schon was machen, aber wir sind da eben nicht so ganz frei.

Interviewer: Man muss sich entscheiden. Ähm. In diesem Memorandum von 2001 ist zu lesen, dass vor allem, neben der Haushaltsdefizite, ähm vor allem das Problem der geringen Selbstverwaltung Ursache ist für die ähm ähm für die finanzielle Lage vieler Städte im Ruhrgebiet oder trifft ja auch nicht nur-

Dr. Lunemann: >fällt ins Wort< Darf ich mal kurz, welches Memorandum von 2001?

Interviewer: Das heißt ähm Memorandum d- also der Ruhrgebietsstädte zur Gemeindefinanzierung.

Dr. Lunemann: Also ist schon relativ alt das Papier. Weil seitdem >räuspert sich< gibt es eine ganze Menge an neuen Vorhaben, wo ähm darum ist der Begriff Memorandum ein bisschen zwiespältig, weil er aktuell im Wesentlichen unter dem Stichwort ähm „Städtebündnis - raus aus den Schulden“ ähm unterwegs ist.

Interviewer: Ähm, ich hatte mich auch darauf bezogen, weil es so dieses äh sehr plakativ quasi gezeigt hat. Also es ist natürlich schon klar, dass es in der Phase auch weitergeht und das es ja auch die ähm R=Ruhrgebietsstädte ja auch ähm in einer gewissen Weise auch ein Netzwerk zusammen darstellen. Ähm, was ja auch notwendig ist ähm. Worauf ich mehr hinaus wollte ist, dass es ähm immer wieder auch in dieser Debatte daz=z zu diesem Thema der geringen Selbstverwaltung der Kommunen ähm genannt wird. Ist das wirklich so ein großes Problem? Sehen Sie das auch, dass der Gestaltungsspielraum, gerade in dieser ähm finanziellen ähm ja Selbstbestimmung ähm ein=ein Problem ist?

Dr. Lunemann: Also die ähm >räuspert sich< finanzielle Situation spielt für äh, ich sag mal, den Grad der kommunalen Selbstverwaltung eine wahn-sinnig große Rolle. Ähm, Kommunen, die nicht auf Drittmittel angewiesen sind, also wenn man den Finanzbedarf einer Kommune nimmt und der Steueraufkommen einer Kommune überschreitet den Finanzbedarf, haben Kommunen ganz andere Handlungsmöglichkeit äh Dinge durchzuführen. Und diese Handlungsmöglichkeiten beziehen sich insbesondere auf denjenige Aufgaben, die nicht per Gesetz äh vorgeschrieben sind äh wie man sie macht und was dort zu tun ist, sondern sie beziehen sich im wesentlichen auf die Aufgaben, die eben eine Kommune durchführen kann, ich sag mal, die eine Kommune so ein bisschen attraktiv und lebenswert macht: Äh im Kulturbereich, im Sportbereich, an vielen anderen Themen. Ähm, man spricht ja so ein Stück weit von freiwilligen Aufgaben. Und wenn man sich die Papiere, die es hier gibt, zur Haushaltsbewirtschaftung anschaut, äh insbesondere für Kommunen, die keinen Haushaltsausgleich darstellen können, die ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen beziehungsweise die das auch dauerhaft nicht hinbekommen, also dann sogenannten im Nothaushalt ähm verbleiben. Für diese Kommunen gibt es einen, wenn man so will, Sparkatalog, der von der Aufgabenform, absteigend bis zu den Aufgaben geht, die diese- unter den Tatbestand der sogenannten freiwilligen Leistungen fällt. Freiwillig, weil es Leistungen sind, die dem Grunde nach zwar erbracht werden müssen, aber wo es einfach keinen genauen Messwert für die Höhe gibt. Dazu gehören ähm >räuspert sich< kulturelle Einrichtungen, sportliche Einrichtungen. Und äh klar ist, äh wir haben das für uns noch mal erhoben: >räuspert sich< Wir haben alle Aufgaben, die wir letzten Endes haben, momentan auch durchführen in=n unterschiedlicher ähm Kalibrierung und Wertigkeit einfach aufgelistet und sind dazu gekommen, dass wir nur bezogen auf den Gesamtbestand der Aufgaben die wir machen, noch mal 9% der Aufgaben sind, viel weniger also, bei den Ausgaben sinds noch viel weniger, die wir eigentlich im weitesten Sinne äh als kommunale

Selbstverwaltungsaufgaben noch definieren können. Alle anderen Aufgaben sind mittlerweile Aufgaben, die ähm durch Land, durch Bund, teilweise auch durch EU (unverständlich) etwas weniger, aber auch teilweise, einfach festgeschrieben sind, wo wir keinen Ermessensspielraum haben. Wo wir in geringem Umfang sagen können, wie gestalten wir die Prozesse der Aufgabenerbringung, aber wo beispielsweise der Art=die Art und Umfang der Transferleistungen feststeht, die gezahlt werden müssen. Und wo wir mehr oder weniger nur noch im Aufgabenvollzug unterwegs sind. Und ähm Fakt ist natürlich, dass sich dieses äh diese finanzielle Situation, die dann über den wahrzunehmenden Aufgabenumfang sich natürlich widerspiegelt auch in der Art und Weise, wie Politik, wie Verwaltung letzten Endes hier noch vor Ort agieren kann und in welchem Umfang, wenn man so will, kommunale Selbstverwaltung überhaupt noch gelebt werden kann.

Interviewer: Ähm. Also würden Sie sagen, dass wenn Sie sparen, sparen Sie vor allem an diesen freiwilligen Aufgaben?

Dr. Lunemann: >räuspert sich< Also, wir haben die freiwilligen Aufgaben auf ein Maß heruntergefahren, wo ich auch als=als Kämmerer sage, ähm wenn man diese freiwilligen Aufgaben NOCH weiter einschränkt, >räuspert sich< verliert man das, was eigentlich die Zukunftsaufgabe der Stadt für die=für die nächsten Generationen ist: Die Stadt als lebenswert zu erhalten, die Stadt ähm als Wohnort, als Lebensort, der kulturellen Begegnung, der sportlichen Begegnung überhaupt interessant zu haben. Und wenn wir diese Themen, die jetzt noch hier bestehen, weiter einschränken, wird man weder Investoren hierher bekommen noch Menschen hier ansiedeln können. Und die Menschen, die dann „hier“ geboren werden, werden sich mittelfristig auch einen anderen Wohnort suchen. Und das gilt es zu verhindern. Und um diesen=diese=diese äh diesen Zustand einfach ähm, wie er jetzt ist, nicht an dieser Stelle weiter einbrechen zu lassen, kann man an dem Thema oder darf man keine weiteren Abstriche

(unverständlich) machen. Dafür ist Gelsenkirchen an diesen Bereichen, auch im Vergleich zu vielen Kommunen hier im Umfeld, sowohl im Ruhrgebiet als auch in anderen Bereichen, einfach zu weit schon heruntergefahren.

Interviewer: Was denken Sie sind Lösungsansätze für dieses „Haushaltsdilemma“?

Dr. Lunemann: >räuspert sich< Also die=die Lösungsansätze sind aus meiner Sicht relativ einfach zu beschreiben: Man wird hier, ähm d=da fangen wir bei uns selber an, mit dem Konsolidierungskurs so weitermachen müssen. Also wir werden uns NIE großartig äh über die Themen die wir jetzt bearbeiten, was Haushaltsplanung und -bewirtschaftung angeht, hinaus bewegen können. Man wird vom Land einfordern müssen, dass sich das Land im Bereich des gemeindlichen Finanzausgleiches mehr engagiert, insbesondere eine finanzielle Mindestausstattung für Kommunen definiert. Damit man einfach äh auch mal festhalten kann, was braucht eine Kommune. Ähm und der dritte Bereich ist - und ohne den geht es ganz und gar nicht - dass der Bund sich in finanziellen Bereichen noch weiter, gerade im Sozialbereich, engagiert. Wir haben gerade eine große Untersuchung ähm auf den Tisch bekommen, die vor einem guten Jahr die- vom Innenministerium und Finanzministerium des Landes in Auftrag gegeben wurde, wo das eigentlich relativ schön beschrieben ist: Wir haben hier >räuspert sich< in vielen Bereichen Bundesgesetze zu vollziehen, ähm die bei uns unmittelbar in den Haushalt eingreifen, teilweise aber auch über Umlagen, wie beispielsweise die Behindertenhilfe, die wir als Umlage bei uns im Haushalt als Ausgabe wiederfinden. Wo man ähm bestimmte Gesetze im=im Sozialbereich geschaffen hat zu einer Zeit, nämlich den 60er Jahren, als es keine Fallzahlen gab. Und seitdem hat=haben sich die Standards in diesen Bereichen weiterentwickelt und es ist eben auch ein großer Teil an=an Fall=Fällzahlen an Fällen, an Menschen dazu gekommen, die vorher gar nicht da waren. Man hatte Vollbeschäftigung,

es gab keine Arbeitslosen um mal ein Beispiel zu nennen, und man hatte aufgrund der Euthanasiediskussion im Dritten Reich auch keine behinderten Menschen, die mittlerweile auch durch medizinischen Fortschritt aber durchaus auch alt und lange Zeit gesund bleiben können. Und diese Kosten können wir bei uns im Haushalt so nicht auffangen und DA muss der Bund sich finanziell anders engagieren beziehungsweise Modelle darstellen, wie wir sie aktuell im Bereich der, oder was heißt aktuell, mit den 90er im Bereich der Pflegeversicherung haben, dass man bestimmte soziale Leistungen einfach ANDERS finanziell absichert.

Interviewer: Ähm, wissen Sie was die wichtigsten Steuereinnahmequelle in Gelsenkirchen ist?

Dr. Lunemann: (Unverständlich) ist die Gewerbesteuer.

Interviewer: Ähm. Was=was denken Sie müsste getan werden, um=um ähm die Attraktivität Gelsenkirchens zu steigern? Können=kann man das im Moment mit dem Haushalt? Ähm oder?

Dr. Lunemann: Also die Attraktivität der Stadt äh äh liegt äh uneingeschränkt darin, dass wir zwar nicht die großen Leuchtturmprojekte haben, aber einen bestimmten Grundbestand an sozio- an=an=an kultureller, an äh sportlicher und an sozialer Grundausstattung haben, von dem wir eigentlich alle der Meinung sind, von dem darf man nicht abgehen. Der große Vorteil der Stadt liegt darin, dass sie Unternehmen/ Investoren eine Möglichkeit gibt sich hier ähm Platz zu verschaffen. Was in Zeiten, wo Gewerbeflächen immer geringer werden ein großer Wettbewerbsvorteil ist. Ähm wir haben für diese Bereiche eine relativ gute Ausgangssituation was die logistischen Verhältnisse angeht. Sowohl was die Erreichbarkeit angeht über Autobahnen, aber auch über ähm Zugverbindungen, wie auch über Wasserwege. Äh Flughafen sind nicht weit. Und das sind, wenn man so will, die=die Kernelemente, die man ähm als=als Ausgangsvoraussetzungen hat, um in absehbarer Zeit auch hier

Investoren nach Gelsenkirchen zu holen, die letzten Endes DANN Arbeitsplätze mitbringen. Und da hoffen wir natürlich, dass ein Teil dieser Arbeitsplätze uns zu gute kommt bei den Langzeitarbeitslosen, die wir aktuell haben. Ähm und auf der anderen Seite, ähm denke ich, dass wir mit den Programmen, die wir gerade für Kinder, äh junge Familien, aber auch für Schüler machen ähm diesen zum einen einen guten Chance einräumen einen vernünftigen Bildungsabschluss zu bekommen, ähm wo man durchweg auch Nachholbedarf aus den vergangenen Jahren hat, aber da ist man auf einem ganz guten Weg. So dass man letzten Endes sagen kann, wir versuchen die Stadt attraktiv zu machen äh für durch für Investoren, wir versuchen sie attraktiv zu halten durch Maßnahmen der Stadtentwicklung und letzten Endes den eigenen Nachwuchs zu fördern. Das sind so.

Interviewer: Aber ist das nicht auch ein bisschen endlich? Weil Gelsenkirchen ist nun einmal schon dicht besiedelt, ähm das Ruhrgebiet als solches ist dicht besiedelt. N=natürlich hat jetzt Gelsenkirchen mit den vielen Zechen, die hier ähm existierten und mit den dadurch brachliegenden ähm Liegenschaften noch=noch einen gewissen Spielraum, aber auch die sind ja nicht für jede Branche oder für jede Wirtschaftszweig einfach nutzbar. Ist das nicht auch=auch ein gewisses Problem?

Dr. Lunemann: Also die Problematik sehe ich aktuell und akut nicht mehr so ganz. Sie war da. Man hatte über viele Jahre ähm das Image der=der Arbeiterstadt, die dann den Strukturwandel nicht so hinbekommen hat, äh äh wie man sich das vielleicht vorgestellt hat. Wir haben große Industrieanlagen gehabt, diese Industrieanlagen sind mittlerweile alle beseitigt. Ähm Gelsenkirchen, würde ich einmal sagen, hat mehr Grün als sich die meisten drunter vorstellen. Gelsenkirchen-

Interviewer: Das ist aber, glaube ich, im ganzen Ruhrgebiet so.

Dr. Lunemann: Ja. Also Gesen=Gelsenkirchen hat nur den Nachteil, dass es eben so ein Klischee hat, >Interviewerin stimmt zu< was über der Stadt liegt. Und äh >räuspert sich< diesem Klischee entgegen zu arbeiten, dass ist auch mit Hauf=Hauptaufgabe, wenn man so will, als Querschnittsaufgabe, was wir alle ähm mit uns betreiben müssen. Weil viele die den Namen hören, denken an Bilder, die in dieser Stadt nicht mehr in der Realität zu betrachten sind, sondern irgendwo aus äh vielleicht Entwicklungen der Anfang der 80er Jahre/ Ende der 70er Jahre sind - als wirklich das Zechensterben auf äh seinem Höhepunkt war, die Stahlindustrie hier zurück gegangen ist. Und ähm vor dem Hintergrund ähm gibt es mit Sicherheit eine ganze Menge an Themen die zu bearbeiten sind, aber Fakt ist, dass Gelsenkirchen ähm hier auch im Umfeld ausgerichtet war mal auf eine 400.000 Einwohner Stadt, wir sind jetzt bei 260.000 Einwohnern. >räuspert sich< Wir haben eine Stadt die, wenn man so will, wie so ein Kreuz aufgesponnen ist, wo in der Mitte eigentlich nicht so das Zentrum ist, sondern man v- Norden- praktisch den Himmelsrichtungen entsprechend eigene Stadtzentren. Und ähm ich denke schon, dass man hier eine Menge an Potenzial mittlerweile hat, um für Industrie und, dass ist das wichtige eigentlich dazu, auch für die Menschen die dort leben und arbeiten wollen äh den Wohnraum zu haben. Und da=da unterscheiden wir uns eben von einigen Ruhrgebietsstädten durchweg, aber sind, glaube ich, auf einem guten Weg.

Interviewer: Ähm. M=Meine Frage tendierte dahin, dass es ja gewisse, meines Wissens nach, gewisse Auflagen gibt für diese Neu- ähm gestaltung von alten ähm Zechengebieten und da ist meine Frage eher dahingehend, ob es für jede Industrie einfach möglich ist dort Standort hin zu bauen? Oder ob es da gewisse Auflagen gibt, die das einfach ähm erschweren könnten?

Dr. Lunemann: Also ich glaube die Ansiedlung von industriellen ähm Bereichen hat sich mehr und mehr an Rahmenbedingungen zu orientieren,

die man früher einfach nicht hatte. Also Themen wie=wie Umwelt ähm spielt da eine ganz, ganz große Rolle, ob das Emissions- äh bereiche sind, ob das letzten Endes auch ähm Schallschutzmaßnahmen sind, an denen man sich orientieren muss. >räuspert sich< Das ähm Verhältnis bei einem Großteil der Bevölkerung ist eigentlich eher Industrieaffin, so dass man eigentlich sagen kann, es wird schon unterstützt, äh dass sich hier Unternehmen ansiedeln. Die Möglichkeiten, die wir hier aktuell haben bieten eigentlich vielen oder sehr, sehr unterschiedlichen Industriezweigen, aber auch, wenn man so will Dienstleistungsbereichen Möglichkeiten sich hier anzusiedeln. Also wir haben sowohl was Büroraumbereiche angeht oder auch Flächen, wo Büroräume entsteht, Möglichkeiten das anzusiedeln, aber natürlich auch ähm im Bereich der Schwerindustrie, der stahlverarbeitenden Industrie auch hier die Möglichkeit mit anzubieten, der Chemieindustrie, die wir an einigen Stellen haben. So dass man eigentlich sagen kann, ähm unabhängig vom=von=von der=von der Herkunft von der Branche bestehen eigentlich schon Möglichkeiten für sämtliche Investoren hier tätig werden zu können.

Interviewer: >räuspert sich< Ähm. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Faktoren für die extremen Unterschiede auch im Ruhrgebiet? Ist es, dass Gelsenkirchen diesen verzögerten Strukturwandel hat in einer gewissen Weise? Weil sie, im Gegensatz zu äh Städten im=im südlicheren ähm Ruhrgebiet, ähm viel später die letzte Zeche geschlossen hat, also viel=viel länger von der Montanindustrie geprägt waren. Oder gibt es vielleicht auch noch andere Faktoren, die dafür eine äh die da eine Rolle spielen?

Dr. Lunemann: Also ich glaube, dass Gelsenkirchen, ähm insbesondere im Zeichen der=der=der Zechenhochkultur eine Stadt war - wir hatten hier die=die Bahnhofstraße, (unverständlich) die stärksten frequentiertesten Einkaufsstraße in ganz Deutschland mal eine Zeit lang - wo man sehr, sehr stark von diesem Mitnahmeeffekt Bergbau profitiert hat. Man hat ähm

- vielleicht ZU lange - gezögert eine Strategie zu entwickeln, wie man mit dem Rückgang des Bergbaus umgeht. Man hat - vielleicht - die ein oder andere strukturpolitische Möglichkeit oder Chance nicht genutzt, vielleicht weil man es auch nicht so gesehen hat. Äh indem man vielleicht die ein oder andere oder F- Fachhochschule, die wir haben, eben sehr an den Ortsrand gedrängt hat und nicht mehr ins Zentrum integriert hat. Man hat ähm - vielleicht auch - eine Chance nicht aufgetan im Rahmen der regionalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen hier ähm Gelsenkirchen selber etwas größer zu machen. Und ähm das ist mit ein Hauptproblem, was vielleicht in der ein oder anderen Stadt, die eine Universität bekommen hat, sich dem offen gegenüber dargestellt hat, ähm aktuell noch ein Nachteil darstellt. Aber ich glaube, also da=da=da sehe ich schon Defizite drin, dass man solche Din=Dinge nicht mitgenommen hat und äh das sich der der Rückgang der Montanindustrie hier einfach sehr zeitverzögert darstellt. Ähm. Daran muss man arbeiten, das ist ein Unterschied zu manch anderer Stadt, ob man hier die Hellwegzone nimmt ähm man kann aber auch ähm ein bisschen weiter ins Rheinland gucken, wo man sich anders aufgestellt hat. Ähm da gibt es durchweg Unterschiede, die aber auch teilweise in unterschiedlichen Ursachen liegen. Aber ich glaube der=der Hauptgrund wirklich dafür, der oder den Gelsenkirchen schon unterscheidet ist, dass - und da gehört nicht nur Gelsenkirchen mit dazu, ich möchte mal sagen, da gehört die Emscher-Lippe-Region mit dazu, also sprich auch der Kreis Recklinghausen, auch die Stadt Bottrop - dass man sagen muss, dass man hier an einigen Stellen ähm sehr, sehr spät, der Bergbau hat ja noch bis in die 80er Jahre hinein (unverständlich) eine Nordwanderung vollzogen, vielleicht dort gehofft hat, dass diese Nordwanderung auch weiterhin hier auch präsent bleibt ähm und als man dann irgendwann den Ausstieg aus den Bergbau beschlossen hat, einfach, nachdem im Süden die Städte automatisch sich immer mehr vom Bergbau abgenabelt haben, weil ei-

gentlich alles (unverständlich) sich mehr ins Münsterland verzögert hat, einfach jetzt aktuell Nachholbedarf hat.

Interviewer: Dann habe ich eigentlich nur noch eine Frage: W=Wie sehen Sie die Zukunftsaussichten? Wie versuchen Sie die finanzielle Notlage auszugleichen? N=für die kommenden Jahre? Ich glaube Gelsenkirchen hat das Ziel bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren. Wie möchten Sie das erreichen?

Dr. Lunemann: Dieses=dieses Erreichen hängt im Wesentlichen von=von drei Bereichen ab: Das eine ist, wir werden weiterhin unseren Sparkurs beibehalten. Ähm der zweite Bereich ist, wir hoffen auf die Möglichkeiten, dass wir über, wenn man so will, Industrieansiedlungen, über Arbeitsplatzbeschaffung, über die Folge der Wirtschaftsförderung in die Lage versetzt werden unsere eigene Steuerbasis zu erhöhen. Ähm und der dritte wesentliche Punkt ist, dass wir eigentlich sagen: Wir werden unsere Hausaufgaben machen, ABER wir werden auch ohne weitere Unterstützung von Land und Bund nicht auskommen. Die ähm pflichtigen Aufgaben, die wir in unserem Haushalt haben, überschreiten bei Weitem das, was wir an eigener Ertragskraft über Steuern erzielen können. So dass wir einfach ähm darauf angewiesen sind - und da sehe ich aber Gelsenkirchen aber im Schulterschluss mit eigentlich allen anderen Städten bis auf ein paar wirklich große, die sehr, sehr umfangreiche Gewerbesteuererträge haben und sich selbst finanzieren können - dass einfach hier die Forderungen, gerade im Sozialbereich, ähm auf Seiten oder gegenüber dem Bund weiter vorangetrieben werden muss, um auch mittelfristig dieses Ziel zu erreichen.

Interviewer: Vielen Dank.

**Interview 3: Gedankenprotokoll des Interviews mit Stadtrat
Joachim Hampe, Leiter des Vorstandsbereiches 1
(Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Recht, Ordnung und
Bürgerservice) der Stadt Gelsenkirchen
- 23. Januar 2012, 10.00-11.30 Uhr**

Interviewer: An wen richtet sich die Wirtschaftsförderung vor allem in einer Stadt wie Gelsenkirchen?

Hampe: Wir müssen uns auf kleine und mittelständische Unternehmen konzentrieren und diese fördern. Etwas anderes können wir hier auch nicht tun. Eine Stadt wie Gelsenkirchen entscheidet nicht mehr, sondern internationale Großkonzerne tun das mittlerweile. Wir sind als Kommune da in eine Abhängigkeit geraten. Wenn jemand in Paris entscheidet, dass das deutsche Werk in Gelsenkirchen geschlossen wird, haben wir da keine Chancen entgegenzuwirken.

Interviewer: Welches sind die wichtigsten Ziele für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung?

Hampe: Bildungsarbeit. Wir haben in Gelsenkirchen einen starken Fachkräftemangel, der in den kommenden Jahren auch noch zunehmen wird. Daher muss Bildungsarbeit geleistet werden, um auch die kommunale Wirtschaft zu fördern. Gelsenkirchen hatte zu Spitzenzeiten 67 Zechen gehabt, in denen 60.000 Arbeiter beschäftigt waren. Mittlerweile gibt es keine Zeche mehr und damit sind alle diese Arbeitsplätze weggefallen. Das Bildungsniveau ist bei den ehemaligen Bergleuten gering, damit sie aber trotzdem eine neue Beschäftigung finden, müssen sie geschult werden. Neben der Weiterbildung sind aber auch Bildungs- und Erziehungsangebote ab der Geburt ein Schwerpunkt unserer kommunalen Politik. Direkt nach der Geburt gibt es einen Besuchsdienst der Stadt bei den jungen Eltern, in dem alle Bildungs- und Erziehungsangebote vorgestellt werden sowie weitere Möglichkeiten für junge Familien in der Stadt.

Interviewer: Werden diese Bildungsangebote angenommen? Gerade auch im Hinblick auf den hohen Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund?

Hampe: Ich habe keine konkreten Zahlen, aber ja, die Bildungsangebote werden angenommen. Auch von den Gelsenkirchenern mit Migrationshintergrund. Immerhin hat jedes zweite Kind, das hier geboren wird einen Migrationshintergrund. Aus diesem Grund ist uns bewusst, dass wir hier gerade einen Schwerpunkt setzen müssen.

Interviewer: Was denken Sie sind die größten Probleme für die Wirtschaftsförderung in Gelsenkirchen?

Hampe: Der Arbeitsplatzverlust etwa. Ein Großteil der jungen Menschen kann nicht angenommen werden bei den Unternehmen. Zudem haben wir das Problem der ehemaligen Zechen. Gelsenkirchen war eine Ansammlung von dörflichen Gemeinden, außer Buer, das war eine schon größere Stadt. Als die Industrialisierung einsetzte wurden die Arbeitersiedlungen direkt an die Zechen gebaut in unmittelbarer Umgebung. Nach dem Niedergang der Zechen lassen sich dort nie wieder Industriestandorte ansiedeln. Aufgrund neuer Umweltbestimmungen, dem Arbeitsrecht, etc. sind Industrien so nah an Wohnort heutzutage kaum durchführbar. Diese Gebiete müssen anderweitig entwickelt werden. Gewerblich- Industrielle Neubauten sind in Gelsenkirchen schwierig, da die Stadt sehr dicht bebaut ist und die Grünflächen auch nicht völlig verschwinden sollen.

Interviewer: Worin sehen Sie dann die notwendige Stadtentwicklung für die alten Zechengebiete?

Hampe: In der ehemaligen Zeche Holland werden zur Zeit außergewöhnliche Luxuswohnungen gebaut. Die haben auch schon eine rege Nachfrage, alle bisher geplanten Wohnungen sind bereits verkauft. Aber man kann natürlich nicht nur Luxuswohnungen machen. Der Nordsternpark ist ein weiteres Beispiel für den Umgang mit alten Zechen. Zum einen wird er

gewerblich genutzt als Büros oder kleinere Technologiellabore. Zum anderen ist er Landschaftspark, der zu Spaziergängen einlädt aber durch das Amphitheater natürlich auch Kulturstätte ist. Es muss versucht werden diese Gebiete einfach wieder attraktiv zu machen, indem sie Orte der Begegnung werden, die von möglichst vielen genutzt werden. In der Zeche Consol ist ein Jugendmusikzentrum geschaffen worden, in dem sich unterschiedlichste Musiker treffen und musizieren. Ohne dabei als Ruhestörung empfunden zu werden. Hier liegt ein großer Vorteil der Zechen.

Interviewer: Sehen Sie im Image ein Problem für Gelsenkirchen?

Hampe: Auf jeden Fall. Dieses Imageproblem von außen ist länger bekannt. Durch die Klischees durch außen stellen wir aber fest, dass auch die Einwohner ein Imageproblem mit ihrer Stadt haben. Dies versuchen wir durch eine individuelle Imagekampagne zu verbessern. Ziel ist es auf jede Anfrage schnell und freundlich zu antworten. Informationen zügig weiterzugeben und es gibt ein persönliches Scoutingprogramm. Bei dem wird individuell auf die jeweilige Nachfrage oder Interesse eingegangen und ein persönlicher Rundgang durch Gelsenkirchen geplant. Für neue Einwohner gibt es persönliche Beratung in allen Lebenslagen, so dass sie sich schnell zu Recht finden können.

Interviewer: Welche Rolle spielt die finanzielle Lage Gelsenkirchens? Immerhin klagen alle Kommunen um Löcher in ihrem Haushalt.

Hampe: Die Finanzausstattung ist das bestimmende Problem. Wir rechnen mit einem Defizit 2012 von 95 Millionen. Bis 2020 wollen wir einen ausgeglichenen Haushalt geschafft haben. Das macht jegliche politische Arbeit sehr schwer, da die Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist. Es ist eine gezwungene Untätigkeit, wir hätten nämlich schon Lust etwas zu tun. Bis 2013 beispielsweise sollen wir laut Vorgabe des Bundes 7 neue Kindertagesstätten gebaut haben. Natürlich wollen wir das und versuchen es auch, aber es ist eigentlich kaum machbar. Wir können die Folgekosten

an Personal und Unterhaltung kaum zahlen. Zumal sich auch die Kirchen immer mehr ausklinken. Wirtschaftsförderung ist damit natürlich auch nicht möglich. Die Fördergelder die wir bekommen sind marginal. Wir können keine kommunalen Subventionen machen, da wir es einfach nicht bezahlen können. Damit locken wir aber auch keine neuen Investoren an.

Interviewer: Welches sind die Ziele für die Zukunft?

Hampe: Bildung und Stadtentwicklung sind die wichtigsten Schwerpunkte unserer Kommunalpolitik. Wir müssen die Infrastruktur anpassen, an ein immer weniger, immer älter und immer bunter werdendes Gelsenkirchen. Dabei dürfen wir nicht vergessen die Attraktivität zu heben. Um für die Zukunft stark zu sein hat Gelsenkirchen bereits Zukunftsforscher unterschiedlichster Fachrichtungen eingeladen. Wir müssen auf den sogenannten Light-Märkten attraktiver werden. Die Gesundheitsbranche, die erneuerbaren Energien sowie Metallverarbeitung und Elektronik sind die Branchen auf die wir uns konzentrieren müssen. Daneben sind aber auch das Freizeit- und Sportangebot von immenser Wichtigkeit.

**Interview 4: Schriftlicher Fragebogen von Peter Tertocha, dem
Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Stadtrat der Stadt
Gelsenkirchen.**

- 25. November 2012 per Mail

Frage: Welche strukturellen Probleme oder Aufgaben, denken Sie, sind die bedeutendsten für die Stadt? Gab es Veränderungen in den letzten Jahren?

Tertocha: a) Fortsetzung des Strukturwandels: nur geringe Fortschritte und
b) Sanierung der Kommunalfinanzen: sehr geringe Fortschritte, viele Unwägbarkeiten

Frage: Was sind die Haupthindernisse für die Bewältigung dieser Probleme? Gibt es überhaupt welche?

Tertocha: Zu a) Konkurrenz vieler Städte, Image der Stadt Gelsenkirchen.
Zu b) Abwälzung überregionaler Kosten auf die Städte.

Frage: Denken Sie, dass die politischen Instanzen deutscher Kommunen (also Stadtrat und OB) und Gelsenkirchen im Speziellen genug Gestaltungsspielraum haben, um eine erfolgreiche Politik zu machen?

Tertocha: Nein, das Problem ist die mangelhafte Finanzausstattung der Stadt GE.

Frage: Gibt es Politikbereiche, in denen der Gestaltungsspielraum größer oder kleiner ist?

Tertocha: Keine nennenswerten Unterschiede, da es für die Stadt Gelsenkirchen auch bei einer prozentualen Beteiligung von Bund und Land häufig schwierig bis unmöglich ist, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen.

Frage: Sind Sie der Meinung, dass dieser Gestaltungsspielraum ab- oder zugenommen hat in den letzten Jahren?

Tertocho: Der Gestaltungsspielraum ist kleiner geworden, da sowohl das Land NRW aber auch in besonderem Maße die Bundesregierung immer wieder neue kommunale Aufgaben formulieren ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen.

Frage: Welche Veränderungen müssten Ihrer Meinung nach gemacht werden, damit der Handlungsspielraum von Kommunen gestärkt wird oder ist das eventuell gar nicht notwendig? Vor allem in Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Gemeinden?

Tertocho: Siehe Antwort zu Frage 3: Schaffung einer entsprechenden Finanzausstattung für übertragene Aufgaben.

Frage: Nimmt die Stadt Gelsenkirchen an Förderprogrammen des Landes, Bundes oder der EU teil? Denken Sie, dass die Förderungen ausreichen beziehungsweise bedarfsgerecht sind?

Tertocho: siehe Antwort zu Frage 3: soweit wie möglich

Frage: Kann der Eigenanteil für die Förderprogramme immer erbracht werden?

Tertocho: Siehe Antwort zu Frage 3: soweit wie möglich

Frage: Welche Ebene – EU, Bund oder Land – hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf deutsche Kreise und kreisfreie Städte?

Tertocho: Bund.

Frage: Kommt es eher zu Kampfabstimmungen im Stadtrat? Oder handelt es sich um themenorientierte oder sachpolitische Entscheidungen?

Tertocho: Sowohl als auch. Es gibt viele sachliche Entscheidungsprozesse, trotzdem kommt es immer wieder zu Kampfabstimmungen. Insbesondere dann, wenn es überregional unterschiedliche Ziele der Parteien gibt.

Frage: Gibt es bei Abstimmungen üblicherweise die Konstellation Koalition gegen Opposition oder wird auch je nach Politikfeld abgestimmt?

Tertocho: Es gibt je nach Thema sehr unterschiedliche Konstellationen.

Frage: Wie würden Sie die „Stimmung“ oder die Arbeitsatmosphäre im Stadtrat beschreiben?

Tertocho: Zwischen den Parteien SPD, CDU, GRÜNE und FDP von Ausnahmen abgesehen sachlich. Schlechte Atmosphäre zu anderen Parteien (MLPD, Pro NRW, usw.).

Frage: Gibt es Netzwerke (innerhalb der Partei, aber auch außerhalb) die Sie stadtübergreifend nutzen, um sich 1. auszutauschen, 2. Hilfe zu akquirieren und/ oder 3. Problemlösungen zu finden?

Tertocho: Ja, parteiinterne Netzwerke.

Frage: Haben Sie Weiterbildungsmaßnahmen für Lokalpolitiker genutzt? Z.B. durch politische Stiftungen, Gewerkschaften oder ähnliches? Wenn ja, welche?

Tertocho: Nein.

Frage: Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Gelsenkirchen?

Tertocho: Perspektivisch die Gesundheitswirtschaft und die erneuerbaren Energien.

Frage: Wie würden Sie die finanzielle Situation der Stadt Gelsenkirchen beschreiben?

Tertocho: Weiterhin am Rande des Existenzminimums.

Frage: Was müssten die politischen Kräfte in Gelsenkirchen tun, um für die zukünftigen Herausforderungen gerüstet zu sein? Welche Mittel/ Ressourcen bräuchte die Kommune dafür?

Tertocho: Weiterentwicklung des Strukturwandels, Schaffung eines eigenen Profils und keine weiteren Kürzungen bei der Infrastruktur, damit Stadt Gelsenkirchen für die Bewohner attraktiv bleibt.

**Interview 5: Transkription des Interviews mit Dagmar Szabados
(SPD), der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)**

- 26. Juli 2012, 13.30-14.00 Uhr

in Anwesenheit des Pressesprechers der Stadt Halle Steffen Drenkelfuß

Interviewer: Und zwar geht es bei meinem Fragebogen eigentlich wirklich weniger um Fakten, sondern mehr um ihre persönliche Einschätzung der Situation, der politischen Situation oder auch der wirtschaftlichen, strukturellen Situation in Halle. Ähm, meine erste Frage würde mehr allgemein den Strukturwandel in Halle betreffen und zwar welche strukturellen Probleme oder (Aufgaben, um es mal wertfreier zu sagen, denken Sie, sind die bedeutendsten für die Stadt Halle? Und gab es da Veränderungen? Oder gibt es überhaupt strukturelle Probleme Ihrer Meinung nach?

Szabados: Auf wann beziehen Sie sich? Auf den Moment oder in die Vergangenheit?

Interviewer: Ähm, momentan, also sowohl als auch. Welche strukturellen Probleme gibt es derzeit und haben die sich vielleicht verändert in den letzten 10 Jahren? Also sind es andere strukturelle Probleme geworden?

Szabados: Also, >atmet laut aus< es äh 1990 hatten wir natürlich ganz andere strukturelle Probleme als wir heute haben. 1990 äh äh war äh die hatten wir äh 320.000 Einwohner. Ähm eine ähm marode Bausubstanz, Wohnungsnot, ähm eine Industrie, die zwar da war, nicht nur in der Stadt, aber im Umland vor allen Dingen, Monoindustrie, nämlich vor allen Dingen von der chemischen Industrie geprägt und vom Bergbau. Ähm diese im im wirklich Sch=Sch=Sturzflug nach unten also mit Personalabbau in=in sowas von Größenordnungen, die sicherlich äh eigentlich in=in=in der Vergangenheit es nie gegeben hat. Äh Freisetzung von=von Arbeitskraft, Arbeitslosenquoten äh die hoch geschneit sind auf 25, 28 Prozent. Äh mit ähm Kurzarbeit null, die eben gar nicht zu Arbeitslosen gezählt

wurden. Mit ähm in Massenentlassungen äh mit einem, was aber auf eine völlig unorganisierte äh Gesellschaft betroffen ist. Die Arbeitsverwaltungen mussten aufgebaut werden, die ähm ganzen Verwaltungen mussten umstrukturiert werden, die Unternehmen mussten auf eine s=sich auf eine wirtschaftliche Grundlage stellen. Also die ganzen Treuhandabwicklungen, Privatisierungen, ähm el=l=l- wir=wir haben damals nicht über demographischen Wandel geredet, >lacht< obwohl es der Anfang vom größten demographischen Wandel war. Die Geburten sind von neunzehnhundert und vor 1990 hatten wir in der Stadt 4000 Geburten, 1991 1400. Also es wurden keine Kinder mehr geboren, ähm die Menschen gingen der Arbeit nach, Abwanderungen, wir können Ihnen ja da mal Statistiken vorlegen, die Abwanderung in den ersten Jahren äh äh zu Zehntausenden haben wir, 10000 haben wir da innerhalb eines Jahres verloren. Wohnungen standen leer, ähm in=in in Neustadt, wo k=f äh äh wurde rausgezogen, wurde weggezogen. In der Innenstadt äh gabs nicht genug Wohnungen, weil hier viele Ruinen standen von den alten Häusern, die einfach vernachlässigt worden sind. Also das waren die Probleme damals. Äh, viel zu viel Kindergärten, viel zu viel Schulen ähm zu wenig Plätze in Altenheimen. Ähm mal von der Qualität ganz zu schweigen. Das waren die Probleme, die damals standen. Ähm in der Problemstellung hat sich eine eine riesen Veränderung gegeben. Wir haben auch heute noch Probleme, aber heute ähm s- haben wir f- schon so langsam die Probleme, wie in ganz Deutschland. Wir haben also Fachkräftemangel, wir müssen schon gucken, dass Fachkräfte da sind. Wir haben äh immer noch zu wenig Geburten, es sind immer noch mehr Sterbefälle als Geburten. Aber, wir haben >lacht auf< sehr, sehr viel positives zu vermerken. Äh seit 2 Jahren wächst die Stadt Halle wieder, dass heißt es sind es äh wandern schon länger mindestens 5 Jahre mehr Menschen zu als wegwandern, aber jetzt haben wir auch ein absolutes Wachstum in den letzten 2 Jahren. Zwar gering, so mit 1500 etwa, aber es ist sichtbar äh wir haben eine prosperierende äh Wissenschaftslandschaft. Äh das ist aber auch

nicht vom Himmel gefallen, sondern da haben wir sehr daran gearbeitet. Wir haben nämlich Anfang der 90er Jahre, als alle noch auf Kernindustrie gesetzt haben, ähm ist hier, wenn auch vielleicht nicht im großen Leitlinien, in großen Masterplänen festgelegt, aber rein intuitiv haben wir auf das Pferd Wissenschaft gesetzt. Wir haben 1992 ein Technologie- und Gründerzentrum gegründet und zwar an einem Standort, der sich hinter her als äh der Topstandort äh herausgestellt hat. Nämlich an=in äh am Weinberg. Wo die Universität ihren naturwissenschaftlichen äh Fakultäten schon vor der Wende konzentriert hatte. Die Stadt Halle hat äh von der Treuhand das Kasernengelände in Heide Süd, was sich unmittelbar anschließt, gekauft und wir haben das äh wirklich zu einem W=Wissenschafts-, Forschungs-, Innovations- und Wohnstandort entwickelt, so dass dort ähm Unternehmen sich ansiedeln von außen, Ausgründungen aus der Universität, die diese äh dieses Umfeld diese Netzwerke, diese Wissenschafts- und Innovationsnetzwerke brauchen. Und ähm die die Weichen sind richtig gestellt und wenn Sie jetzt von Problemen, die wir die ganze Zeit hatten und die unsere Entwicklung äh schwer behindert haben und das es fast ein Wunder ist, dass wir trotz=trotzdem dort angekommen sind, wo wir sind. Äh wir sind eine Stadt, die immer noch und mit Magdeburg zusammen die einzige in Sachsen-Anhalt, die in ihren Grenzen geblieben ist. Die Gebietsreform hat nicht gegriffen, dass heißt, dass was eigentlich zu Halle gehören würde, nämlich der Speckgürtel, wenn man die Verflechtungsbeziehungen was so die Theorie da alles sagt äh äh diese Verflechtungsbeziehungen sind nicht in politische ähm äh in politisches Handeln äh seitens des Landes eingeflossen. Dass heißt man hat keine Eingemeindung vorgenommen, das heißt die Gewerbesteuern werden außerhalb unserer Stadtgrenzen bezahlt und wir sind die Stadt mit den niedrigsten Gewerbesteuereinnahmen pro Kopf in Deutschland und aber den höchsten Kulturausgaben pro Kopf der Bevölkerung. Das die Kulturausgaben so hoch sind ähm das hat Gründe, da haben wir versucht gegen zu steuern. Wir sind dort erheblich runter gekommen, aber

äh die Ausgaben sind immer noch groß, aber die Kultur als Standortfaktor ist wichtig. Man kann keine Wissenschaftsstadt und Universitätsstadt sein ähm in dem man nur äh ein=ein privat betriebenes Kino anbietet, sondern hier gehört die Kultur dazu. Also, das war ein Haupthindernis für unsere Entwicklung und äh dann die finanzielle Ausstattung äh der Großstädte. In Sachsen-Anhalt ist man mehr Land orientiert. Ähm verschiedenste Gutachten haben ausgesagt, dass wir nicht entsprechend unserer Aufgaben finanziell ausgestattet sind deswegen hat diese Stadt sich verschuldet. Ähm wir haben zwar seit 19- seit 2006 einen Masterplan und sind auch von unseren Schulden schon ein ganzes Stück runter aber gegenläufig, wir wären schon viel weiter, aber gegenläufig war immer die ganze Tarifentwicklung, gegenläufig war das wir zusätzlich Aufgaben bekommen haben und so das wir immer noch eine Altschuldenstand haben, der uns sehr, sehr drückt. Der natürlich Zinsen verursacht, Sie kennen das alles. Ähm also diese diese=diese=diese Punkte nicht die aufgabengerechte Ausstattung mit Finanzen und eine äh nicht für die Großstadt gut wirkende Gebietsreform, das waren die Haupthindernisse deswegen wir nicht jetzt schon weiter sind als wir sind.

Interviewer: Ähm, denken Sie denn, dass Sie als Oberbürgermeisterin oder auch im=im Stadtrat dann ähm als=als Stadt genug Handlungsspielraum haben um Kommunalpolitik auch noch erfolgreich zu mach=machen zu oder gestalten zu können? Oder würden Sie sagen, dass die Einflüsse von äh außen, also von den oberen politischen Ebenen immer mehr zugenommen hat?

Szabados: Ja, dass ist ganz eindeutig. Ähm sie haben nur, wenn sie ausgeglichene Haushalte haben, haben sie äh Handlungsspielraum. Wenn die Haushalte nicht ausgeglichen sind äh da kommen Restriktionen äh über die Kommunalaufsicht und äh die behindern sehr, denn dann werden sie begrenzt: Sie dürfen keine Kredite mehr aufnehmen, das ist ja noch ganz vernünftig. Aber äh sie kriegen auch keine sogenannten positiven

kommunalaufsichtlichen Stellungnahmen, um Fördermittel einwerben zu können, weil man ihnen abspricht, dass sie den Eigen- äh den Eigenanteil mitbringen können. Ich will mal so sagen, wenn dieses Konjunkturpaket 2 nicht gekommen wäre ähm äh stünden wir wesentlich schlechter da. Das Konjunkturpaket 2, was richtig in unsere Linie gepasst hat, nämlich äh Schulen und Kindergärten zu sanieren vor- zu verbinden mit energetischer Sanierung. Das passt in unsere Linie, wir müssen eine gute Bildungslandschaft haben, Bildung von Anfang an, möglichst international. Äh wenn die Unternehmen äh die sich hier ansiedeln und das sind die Unternehmen in der Biotechnologie, Nanotechnologie, also alles was wissensbasiert ist und in der Kreativwirtschaft, also Multimediazentrum äh das sind unsere das sind unsere unsere Standbeine, wenn ich mal absehe von unseren Stadtwerken, die normale technische Infrastruktur zu haben, die ganze soziale Infrastruktur mit Krankenhäusern und und und Altenheimen und was weiß ich, sind viele Arbeitsplätze ähm haben wir qualitativ hochwertige Angebote, auch im ganzen Kultursektor, aber die die Wachstumsbranchen bei uns sind ähm die wirklich auch eine eine Wertschöpfung äh bringen, aus ihrer eigenen Produktion heraus, aus ihrer eigenen Produktion heraus, dass sind schon die, die ich eben genannt habe also die Medienindustrie und ähm also diese Medizintechnik, Pharmazie äh äh die kleine auch angewandte Forschung machen, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, aber auch Produktion. Die dann was wirklich die Wertschöpfungsketten (unverständlich) werden. Ich kann Ihnen ja nachher nochmal mitgeben, wir sind gerade am Ende von einem Strategiedialog und wir haben ein Strategiepapier mit einem räumlichen Leitbild jetzt gerade soweit, dass es in den Stadtrat geht zur Verabschiedung, wenn Sie das vielleicht dann sich mal durchlesen, da ersch=erschließen sich Ihnen auch einige Dinge vielleicht ein bisschen deutlicher. Also wie gesagt, Handlungsspielraum eingeengt, nur denen, den es wirklich gut geht, die vielleicht gar nicht mal so sehr den Handlungsspielraum brauchen äh die haben ihn und die und das sind die

meisten, die aus solchen Situationen, die selber gar nicht zu verantworten haben. Ich habe nicht zu verantworten, dass die Gebietsreform falsch gelaufen ist, ich habe nicht zu verantworten, dass wir in der Stadt Halle eben mal die ganzen Menschen, die in Buna und Leuna und Bitterfeld gearbeitet haben, jedenfalls sehr viele von denen, haben hier in Halle gelebt. Die sind haben keine Arbeit mehr gehabt, sind entweder in Sozialhilfe gefallen, was eine Stadt belastet oder sie sind weggegangen und sie haben uns die Wohnungen hier hinterlassen, die wir abreißen mussten. Natürlich kriegst du da Fördermittel, aber du musst immer einen Anteil zahlen. Und wenn man dann noch sieht, dass wir uns zum Beispiel mit Leipzig zusammen ähm äh engagiert haben damit dieser Flugplatz sich entwickelt. Wir haben da über die Jahre hin, weil wir mit beteiligt waren und das lief alles über Gesellschafterdarlehen äh mit den Ländern äh aber die Kommunen, wir alleine als Stadt Halle haben 45 Millionen Euro in diesen Flughafen gesteckt. Aber die Landkreise rundum, die kleineren Städte haben da genauso und sogar vielleicht noch mehr davon, wenn man es mal prozentual sieht. Und das sind so alles diese Ungerechtigkeiten und wenn man dann auch noch immer vorgehalten kriegt, dass man konsolidieren muss und sparen muss und machen muss. Aber du musst immer an der richtigen Stelle sparen. Also es ist äh und deswegen, wenn schon die Gebietsreform nicht kommt dann hätte wenigstens die aufgabenbezogene Finanzaufweisung vom Land, das sogenannte Finanzausgleichsgesetz, dass hätte wenigstens kommen müssen. Ist aber auch bis jetzt nicht gekommen. Jetzt liegt ein neues Gutachten vor und jetzt sind wir hoffnungsvoll. Es ist wieder in einem Gutachten nachgewiesen, dass wir zu wenig Geld kriegen. Aber es liegt im Landtag ein=ein=ein Gesetzentwurf. Tja, aber ob der Landtag denn dann so beschliesst, das wissen wir immer noch nicht.

Interviewer: Ähm das heißt, Halle hat äh arge Probleme den Eigenanteil für die Förderprogramme überhaupt aufzubringen?

Szabados: Naja, wir könnten die schon aufbringen. Äh indem wir umschichten, in dem wir Schwerpunkte setzen, aber wir dürfen es gar nicht, weil man äh nach dem Buchstaben des Gesetzes, wenn man keinen ausgeglichenen Haushalt hat, muss man erst mal seine Schulden abbauen und erst dann darf man investieren.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass sie Förderungen durch Land, Bund, EU ausreichend beziehungsweise ähm da wird wahrscheinlich keine Stadt sagen >kurzes auflachen< ja. Aber denken Sie, dass sie anders verteilt werden müssten? Vielleicht ähm n- im= im Hinblick auch auf Eigenanteil beziehungsweise auch auf Aufgaben- ähm Spezialisierung? Weil viele Förderprogramme ja wirklich speziell nur einen Gegenstand fördern.

Szabados: Also die Investitionspauschale, da wollen Sie wahrscheinlich drauf hinaus. Das war eine gute eine gute Lösung äh da konnte und das hat wieder was mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun, dann konnten die Kommunen selber Schwerpunkte setzen. Und äh die werden dort Schwerpunkte setzen, äh wo sie den meisten Mehrwert haben. Das war eine gute Lösung in den 90er Jahren. Äh sicher muss es Förderprogramme geben ähm damit äh man auch ein bisschen lenkt und ich war ganz glücklich darüber, dass bei dem Konjunkturpaket 2 man gesagt hat Kindergärten, Schulen, in die Bildungsinfrastruktur. Denn sonst, wenn man so im Stadtrat sitzt, da sind natürlich die Schlaglöcher über die sich die Leute beschweren sind immer das dominierende. Und eh sich mal Eltern beschweren äh das in der Schule äh, was weiß ich, die Toiletten nicht funktionieren, Toiletten geht noch, aber wenn die Fachkabinette nicht ordentlich sind oder äh wenn die Isolierung nicht vernünftig ist und wir müssen viel Geld bezahlen äh äh f- um die zu beheizen. Da wird's sogar kaum mal äh eine Beschwerde geben. Deswegen ist es schon richtig, dass es da Vorgaben gibt. Aber man darf nicht zu sehr einengen. Also Kommunalaufsicht tja ist so eine ist so ein zweiseitiges Schwert. Ich würde ich sage manchmal flapsig, ich würde mir wünschen, dass die Herr-

schaften, die dort in der Kommunalaufsicht äh sitzen, Daumen hoch oder Daumen runter machen, das die wirklich mal in der Position sind, dass sie etwas lenken, dass sie etwas zu gestalten, etwas entscheiden müssen. Ähm äh äh, da sieht die Welt nämlich schon ein bisschen anders aus, denn wenn du gar nicht, w=w man kann sich ja zurücklehnen und man sagt eben einfach wir haben kein Geld, wir machen gar nichts mehr. Äh das wäre aber das falscheste, denn da geht man immer weiter den Bach runter. Man muss also gegensteuern und muss dann ähm auch noch den Rat hinter sich bringen äh denn da gibt's ja auch die unterschiedlichsten Interessen und Schwerpunkte und ähm das man dann so eine Linie beibehält. Und es ist immer, der Alltag ist immer ein hoch und runter. Also im Großen und Ganzen wüsste ich jetzt nicht, wo wir Fehlinvestitionen hätten, gehabt hätten. Wo wir etwas gebaut hätten, was hinterher sich nicht rechnet, was man wieder abreissen müssen oder was wir irgend-also alles im Großen und Ganzen, ob die Reihenfolge immer die Richtige war, ob die Konzerthalle da unten wichtiger war als äh vielleicht ähm Schulen zu sanieren. Nur damals ist das so entschieden worden und war auch per se erst mal richtig, denn unsere Konz- uns=unser Orchester hatte eigentlich keinen Sp- keine=keine Spielstätte. Und zu einer Kulturstadt gehört eigentlich so eine=eine Konzerthalle. Allerdings, ähm da fängts dann wieder an, da kommt eine Kommunalaufsicht und sagt: Nur Konzerthalle, bitte Schluss aus. Man hätte aber noch ein bisschen dazu gebraucht damit man mehr Konferenzen hier nach Halle holen kann, aber das ist dann wieder gestrichen worden, weil das wär eben nicht nötig. Genauso, wir schlagen und jetzt mit dem Land rum, es ist ein Stadion gebaut worden. Äh da schlagen wir uns jetzt mit dem Landesrechnungshof rum, da wäre eben, wie heißt es? Beruhigungsbecken, Sauna oder sowas. Wir waren damals noch in der vierten Liga, äh da stand das nicht im was weis ich, dass das dafür da ist. Und, aber man baut doch nicht ein neues Stadion und=und lässt dann solche Sachen weg. Jetzt sind wir in die dritte aufgestiegen, jetzt brauchen wir das wieder. >Pressesprecher

wirft etwas ein - aber unverständlich< Aber als wir damals gebaut haben, nach dem Buchstaben des Gesetzes und an sowas halten sich dann diese Landesrechnungshöfe mit zehn Mann hoch äh und über=über, ich weis nicht wie viele (unverständlich) die da prüfen, machen und tun. Die prüft ja keiner, wie lange sie verbrauchen und wie effektiv ihre äh ihre Arbeitskraft eingesetzt ist, aber das bitte nur am Rande. Das war jetzt nur ein Sto=Stoss sozusagen.

Interviewer: Ähm, welche Veränderungen müssten Ihrer Meinung nach gemacht werden, damit die Kommunen wieder mehr Handlungsspielraum haben?

Szabados: Die Rahmenbedingungen vom Land müssten geschaffen werden. Was ich vorhin gesagt habe-

Interviewer: >fällt ins Wort< In finanzieller Hinsicht oder auch?

Szabados: Solche Zuschnitte, dass die Kommunen sich selber aus dem Sumpf ziehen können. Äh wenn wir die Gewerbesteuer also, wenn wir die Einnahmen und Ausgaben von dreizehn Gemeinden, die eigentlich zu uns gehören, wenn wir die hätte, hätten wir ein Saldo jedes Jahr, Einnahmen und Ausgaben betone ich, 30 Millionen mehr. Und wenn das von Anfang an gewesen wäre, wären wir nie in die Schuldenfalle getappt. Und diese Rahmenbedingungen hat das Land nicht geschaffen. Die=dafür=dafür ist das Land da! Das es die Verteilung steuert, dass es so steuert, dass das die Kommunen handlungsfähig äh bleiben. Und das ist nun mal, auch wenn manche Kommunen eben arme sind, weil sie eben äh keine Einnahmen haben dafür ist das Land dann da, den Ausgleich zu schaffen: Von den Reichen zu nehmen und den armen zu geben. Das steht im Grundgesetz schon drin.

Interviewer: Ähm, dann ist ihrer Meinung nach die Landesebene die Ebene, die auch den meisten Einfluss auf Kommunalpolitik ausübt?

Szabados: Ja. Die Bundesebene noch über bestimmte Gesetzgebungen im Sozialbereich. Aber äh irgendwie hängt da im Endeffekt doch immer das Land mit drin. Aber auf der Bundesebene sind wir eigentlich in der Gesetzgebung gut oder relativ gut präsent über den deutschen Städtetag. Obwohl ich mir da auch wünschen würde, dass der deutsche Städtetag nicht immer am Katzentisch sitzt, wenn Länder und Bund verhandeln, sondern das sie mit Sitz und Stimme in einem Gremium sitzen. Äh das ist eine alte Forderung des deutschen Städtetages, wird aber nicht umgesetzt, weis ich nicht, dass hat man vielleicht zu viel Angst davor? Und auf Landesebene haben wir den Städte- und Gemeindebund, aber äh ha das ist so eine Schwierigkeit, weil Städte und Gemeinden haben unterschiedliche Interessen. Die großen Städte haben ja auch noch die Funktion des Landkreises, haben andere Interessen als die mittleren Städte und die wieder andere als die kleinen. Und das ist so ein Verband über alle und der muss dann einen Ausgleich schaffen. Und das sind dann oft faule Kompromisse.

Interviewer: Ähm. Nun zur aktiven Arbeit des Stadtrates. Aufgrund der relativ gleichen Stärke von CDU, Linken und SPD ähm würden Sie sagen, dass es da häufig zu Kampfabstimmungen zwischen den Fraktionen kommt oder ist es mehr an Sachpolitik=politiken orientierte Arbeit im Stadtrat?

Szabados: >atmet aus< Puh, das ist=ist natürlich ähm wir haben das jetzt grade das letzte Mal gehabt. Da ist ein Investor da, wir haben ein=einen alten Hufeisen See, ein Berg- äh Tagebau, der schon ewig als See genutzt wird. Das war früher mal eine Deponie, die haben wir saniert damit das Wasser einigermaßen vernünftig ist und das ist alles ungeordnet dort. Ähm man kanns, man badet zwar, aber eigentlich ist es ja kön=kann ist da auch schon viel passiert. Und jetzt kommt da ein Investor, der sagt: Pass auf, ich würde hier ein Golfplatz machen und würde gleich auch alles mit ordnen. Da äh gibt es die Grün- die Linken, die da sagen: Golfplatz,

so was ist doch nur für die Reichen, so was brauchen wir nicht. Ähm, da gibt's die Grünen, die da sagen: Das ungeordnete ist grad das schöne. Und das war mal eine, sagen wir mal, so bisschen typisch parteilinientreue Abstimmung, dass dann die CDU, die SPD und die und die FDP, die haben gesagt: Aber natürlich, es geht ja nur erstmal um die Aufstellung eines Bebauungsplanes, wir stellen ihn auf und dort klären wir alles, was wir wollen, wie viel ungeordnet bleiben soll, wie viel da äh auch an Kommerz sein soll und wie viel auch noch an freien Flächen sein soll. Das klären wir dann alles innerhalb der Aufstellung des B-Planes. Ähm, dann haben wir noch eine Fraktion der Mitbürger äh puh, die gucken dann nur so ein bisschen, w=was sagt denn da die Bürgerschaft dazu. Und da die so meistens aus den Bereichen eher so Kultur und Soziales kommen äh haben die, glaube dann gesagt, naja, Aufstellungsbeschluss kann man ja erstmal machen. Und da wars mal so eine Abstimmung, die sich zie=ziemlich entlang der Parteiprogramme nachvollziehen lies. Aber sie haben sehr, sehr, sehr, sehr viele Abstimmungen äh da ist innerhalb die=die Fraktion stimmen auch nicht äh äh einheitlich ab, es gibt ja auch kaum Fraktionszwang. Denn die Leute sind ja alle direkt gewählt, hier gibt's ja auf kommunale Ebene gibt's ja keine Listen, sondern die sind als Personen gewählt und da legen sie auch große Wert drauf. So dass man doch meistens, ist zwar sehr mühsam und man muss sehr fleißig sein, aber meistens hat man Chancen mit guten Argumenten auch äh dann die Entscheidungen zu finden. Aber, wie gesagt, ich sage nicht immer - meistens. Es ist nur oftmals dann ganz komisch wabernde Interessen, da haben sind eben Stadträte, die werden von denen angesprochen, andere werden von denen angesprochen. Da gibt's dann auch manchmal Allianzen, da fragt man sich wie die zustande kommen, aber da verweise ich immer auf den Alt-Oberbürgermeister Rive in den 20er Jahren, der hat nicht unterschieden zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und Zentrumsparterie oder was es damals gab, sondern der hat gesagt: Wir haben Fraktionen der Hausbesitzer und Fraktionen der Nicht-Hausbesitzer.

Wenns zum Beispiel um die Müllabfuhr geht, wie man sowas regelt. Also ent-ent >Interviewer fällt ins Wort< Bitte?

Interviewer: Nach=nach Ihrer Meinung würde also das Politikfeld entscheiden, wie die Abstimmung verläuft? Also äh der Gegenstand der Abstimmung?

Szabados: Der Gegenstand. Die einzigs- die einzelne Vorlage die=das einzelne Probleme äh äh beim Herangehen, zum Beispiel mit dem Stadion äh die Grünen, das war wieder so eine Geschichte, die Grünen waren aus ideologischen Gründen dagegen und die Mitbürger, die haben gesagt, weil sie meistens aus dem Kulturbereich kommen: Oh Gott im Himmel, was geben wir für Geld für ein für ein Stadion aus, für den Sport? Und die Kultur. Und da habe ich ihnen immer gesagt: Einmal geben wir 17 einhalb Millionen aus ansonsten kostet uns das im Jahr 300000. Wenn ich Oper und die Theater und das Orchester zusammen rechne, da geben wir jedes Jahr 32 Millionen aus. Äh das muss man, da muss man mit Argumenten kommen. Also man muss sehr fleißig sein die Verwaltung und sehr argumentativ sehr stark, dann geht's einigermaßen.

Interviewer: Gibt es spezielle Netzwerke, die Sie als Oberbürgermeisterin oder auch die Verwaltung nutzt? Sie hatten ja schon den deutschen Städtetag genannt, gibt es aber auch außerhalb ähm vielleicht Netzwerke, die sie als ja als Stadt nutzen?

Szabados: Naja, das sind so. Sie bezeichnen das als Netzwerke, es sind zwar Netzwerke, aber es sind eigentlich unsere Spitzenverbände. Das sind ganz deutlich Lobby-Verbände, der deutsche Städtetag ist ganz im positiven Sinne ein L=Lobby-Verband äh für äh für die Städte. Städte- und Gemeindebund das gleiche, also es sind Interessenverbände. Ähm äh die müssen dann sehen, dass sie mit ihren unsere unsere Positionen auf Bundes- und Landesebene vertreten. Es ist für mich ein bisschen was anderes als Netzwerke, ähm äh die sich so für unterschiedliche Themen

finden. Wir haben zum Beispiel Met=Metropolregion Mitteldeutschland. Ähm da sind wir drin, ganz bewusst um dieses Mitteldeutschland ähm gemeinsam zu entwickeln und die=die Initiative geht von den Städten aus, von den großen Städten. Ähm wir sind in der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland. Unternehmen und Städte (unverständlich). Das sind so die Netzwerke, die man sich so selber sucht, wo auch andere Interessen mit rein kommen. Bei den Städten sind wir nur die Städte, äh hier das ist die äh Landesebene mit drin, da sind Unternehmen mit drin. Äh wir haben ein Regionalforum Halle mit unseren uns umgebenden Landkreisen. Ähm mit den mit den Unternehmen, mit den mit der Universität. Wir haben hier in der Stadt ähm äh Lenkungsgruppe Stadtumbau, wo die äh die Wohnungsunternehmen alle drin sind, wo die Versor- also die Stadtwerke, die Versorgungsunternehmen und die Mieter, der Mieterbund mit drin ist. Also diese Netzwerke, die sich mit einem Thema beschäftigen, wo wir unterschiedliche Interessengruppen sind, die man miteinander verbindet, um möglichst Win-Win-Situationen raus zu holen. Und äh das ist äh=äh=äh die haben wir eine ganze Menge und da bin ich auch ein ganz, ganz großer Verfechter. Also Netzwerke das ist eigentlich ähm das Thema der Zukunft. Man kann nicht mehr alleine und nur als Lobbyist und Lobbyvertreter erreichen, ähm jetzt- also unbenommen, die muss es auch geben, wie den deutschen Städtetag. Aber äh auf der Ebene der Stadt äh hilft mir der deutsche Städtetag überhaupt nicht. Da helfen eher äh diese Netzwerke äh um dann innerhalb der Stadt etwas nach vorne zu bringen.

Interviewer: Nutzen Sie die hauptsächlich um sich ja mit den anderen ähm Netzwerkmitgliedern, sag ich mal, weil es nicht nur Städte sind, sondern halt auch Unternehmen und so, sich einfach auszutauschen oder äh findet da auch etwa s=s=so etwas wie Problemlösungen statt?

Szabados: Also sehr problemlösend. Schauen Sie sich das Netzwerk Lenkungsgruppe nennen wir das, nicht Netzwerk, sondern Lenkungsgruppe, ist

aber auch ein Netzwerk, Stadtumbau. Natürlich dort wird=wird im Einvernehmen mit Für und Wider und jeder muss ein bisschen hier was zugeben damit er dort was hat. Damit das alle ein bisschen gerecht ist, wie rei- äh wie v- äh=äh=äh reißen wir Wohnungen ab, also wie lassen wir unsere Stadt ähm geplant und strukturiert schrumpfen. Das ist geben und nehmen und aushandeln. Also das die Netzwerke sind sehr, sehr problemlösungsorientiert und äh die Interessenvertretungen ähm die ja da sind die Probleme auf anderen Ebenen, im Gesetzgebungsverfahren im deutschen Bundestag über den deutschen Städtetag einzuwirken. Gesetzgebungsverfahren im Landtag über den Städte- und Gemeindebund einzuwirken. Ähm das ist dann, wie soll ich mal sagen, so ein bisschen wäre den Anfängen. Man muss gucken, dass die Gesetze so sind, dass man einigermaßen zurecht kommt. Aber wenns um wirklich Umsetzungen von Problemen vor Ort geht, sind das ganz andere Netzwerke.

Interviewer: Ähm, denken Sie, dass Halle immer noch ein Imageproblem hat hinsichtlich ja auch als alte Montanstadt?

Szabados: Also. Äh, ich denke nein, ein Imageproblem haben wir nicht mehr. Ähm zumindest hat sich das, ich will nicht sagen nicht mehr, aber es hat sich wesentlich geändert. Und es hat sich vor allen Dingen dadurch geändert, dass die Bevölkerung sich mehr mit ihrer Stadt identifiziert. Ich kann mich erinnern, das war in den 90er Jahren, wir machen immer so eine Umfrage mit Professor Sahner ähm äh, wie nennt sich das Ding?

Drenkelfuß: Da, äh, dass ist die Reihe Graureiher, das sind- >Oberbürgermeisterin unterbricht ihn<

Szabados: Nein, nein. Aber die Umfrage heißt ähm hat einen Namen. Geht seit Anfang der 90er Jahre. Immer mit den glei- ein Teil der gleichen Fragen, zum Beispiel: Welche Verbundenheit hatten sie mit ihrer Stadt? Das war immer die Frage, die immer dabei war. Und da lagen wir mal bei, ich glaub 35%, und wir sind mittlerweile bei über 70%, 75%. Hat

eine wahnsinnig positive Entwicklung gegeben. Und die Hallenser sind mittlerweile auch so, dass sie nach draußen ihre Stadt gut verkaufen. Sagen, es ist eine schöne Stadt und ich fühl mich hier wohl. Das hat lange, lange gefehlt. Und ähm äh äh so viele Hochglanz Broschüren können sie gar nicht machen ähm, wenn die Bevölkerung miesepetrig ist ähm die also die=die=die Bürger als Lobbyisten, wenn die positiv über ihre Stadt nach außen reden, das hat meistens eine viel, viel größere Wirkung. Allerdings ähm es ähm äh eine=eine Lokalpresse, eine begleitende Presse äh das ist in den Städten auch unterschiedlich. Ich meine klar, Presse brauch immer so ein bisschen Geschichten und nur eine schlechte Nachricht oder meistens ist nur die schlechte Nachricht eine gute Nachricht. Ähm äh das deswegen äh, wenn jemand die Lokalpresse liest, der könnte auf den Gedanken kommen: Oh Gott, was ist denn hier in Halle nur los? Ähm äh da haben wir noch dran zu arbeiten, aber Presse lässt sich ja da äh und will man ja auch nicht beeinflussen. Aber ich würde mir, es wär schon gut, wenn=wenn da mal ein bisschen das die Objektivität ein bisschen deutlicher rüber käme. Aber gut.

Interviewer: Dann hätte ich jetzt noch als letzten Fragenkomplex oder als letzte Frage: ähm Was ist Ihrer Meinung nach oder was müsste Halle als Stadt tun um den für die zukünftigen Herausforderungen ähm gerüstet zu sein? Inwieweit müssten sich dann auch die Rahmenbedingungen vielleicht ändern?

Szabados: Äh ich glaube, dass habe ich vorhin schon=schon=schon gesagt. Also äh die=die Rahmenbedingungen, dieses=dieses Finanzausgleichsgesetz setze ich jetzt darauf, dass sich das dass ich das ändert. Mit der Gebietsreform wird's sich da nichts mehr tun, aber das wir über diese Schiene ähm eine Finanzierung äh kriegen, das wir von unserem Schulden, werden wir alleine nicht so schnell runter kommen. Da setze ich auch darauf, dass es da ein Entschuldungsprogramm äh geben wird und geben muss. Und wir müssen weiter auf dem Weg bleiben, alles das zu

tun äh was Unternehmen, äh die sich hier ansiedeln und das werden vor allen Dingen Unternehmen sein, die die Wissenschaft äh brauchen. Ähm äh, dass wir da den rot- den roten Teppich ausrollen, dass wir die Rahmenbedingungen schaffen. Ähm ich glaube, da haben wir die Weichen richtig gestellt. Aber wir geben Ihnen mal dieses Strategiepapier mit. Da werden Sie das erkennen.

Interviewer: Ähm, noch eine kurze allerletzte Frage. Wie lange sind Sie politisch aktiv? Also, jetzt nicht nur als Oberbürgermeisterin, ich mein, dass weis ich, sondern überhaupt? Innerhalb der Partei oder auch außerhalb der Partei?

Szabados: Naja, also ich äh bin äh 1989 habe ich die SPD hier mit gegründet und bin in die SPD eingetreten. Und äh seitdem bin ich politisch aktiv äh in der Wendezeit äh wenn sie, äh ich glaube das war das Größte und auch das, na, wie soll ich mal so sagen, ähm wo es auch mit=mit hätte mit großen Sch=Schwierigkeiten verbunden sein können. Das damalige aktiv sein. Ich war schon immer ein politisch interessierter Mensch, aber äh ich war vor 1989 nicht politisch aktiv, sondern ähm in der Wendebewegung, wie sicherlich viele hier im Osten, haben wir gesagt, man kann nicht nur wissen wogegen man ist, sondern muss dann auch mal sagen, so jetzt setze ich mich ein, dass das wofür ich bin, damit=damit da möglichst viel realisiert werden kann. Seit dieser Zeit bin ich ja äh naja Bürgermeisterin hier und dann seit 19- 2006 Oberbürgermeisterin.

Interviewer: Mhm. Dann danke ich Ihnen nochmals für das Gespräch.

**Interview 6: Transkription des Interviews mit Dr. Bodo Meerheim,
dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Stadtrat der Stadt Halle
(Saale)**

- 26. Juni 2012, 10.00-10.30 Uhr

Interviewer: >Erklärung zum Fragebogen< Ähm Dann erstmal so zum Einstieg ein paar allgemeine Fragen zu=zu Halle. Was denken Sie sind die wichtigsten strukturellen Probleme für die Stadt oder also seit 89/ 90? Ähm gab es da Veränderungen oder würden Sie sagen, dass sind kontinuierlich die gleichen Probleme gewesen?

Dr. Meerheim: Äh nein. Wir hatten schon seit 1990 mehrere Umbrüche oder struk=strukturelle Änderungen. Ich sag mal in den 90er Jahren waren es vorwiegend natürlich der ich sag mal Fast-Zusammenbruch der Industrie, Gesellschaft hier in der Region und dazu auch in Halle. Äh der bewältigt werden musste, dadurch hatten wir natürlich eine relativ hohe Arbeitslosigkeit. Die äh, man könnte sagen, Anfang der 90er Jahre stabil so bei 15% manchmal mehr Prozent lag. >holt tief Luft< Das hat sich etwas gegeben, aber insgesamt äh haben wir immer noch eine Arbeitslosigkeit, die über 10% liegt. Das ist ein strukturelles Problem, was also bis zum heutigen Tag noch nicht äh bewältigt werden konnte. Wir hatten ein zweites strukturelles Problem war natürlich die=die die Abstimmung mit den Füßen. Wenn Industrie zusammenbricht und Arbeitsplätze wegfällt wegfallen, dann gehen die- vor allen Dingen ja auch die jungen Leute-

Interviewer: >fällt ins Wort< Ja, natürlich.

Dr. Meerheim: Natürlich dorthin, wo die Arbeitsplätze sind. Dass heißt, wir ha- haben hier einen sagenhaften Bevölkerungsverlust von etwa 80.000 Einwohnern gehabt innerhalb von knapp 10 Jahren oder 15. Jetzt hat sich's etwas stabilisiert die letzten Jahren, die letzten 5 kann man sagen. Äh und der dritte Umbruch, der quasi jetzt aber nichts mit dem- mit der Wende an sich äh zu tun hat. Obwohl vielleicht auch das äh mit

ein Grund sein kann. Ist natürlich der Rückgang der Geburtenzahlen, gleichzeitig verbunden mit dem demographischen Wandel. Das heißt also zunehmende Alterung der Bevölkerung, dass heißt der Lebensbaum hat sich stark verändert im Vergleich äh von vor 20 Jahren. Äh das sind die drei, würde ich jetzt nennen, großen strukturellen Probleme die es hier in der Re- die in der Region und dann auch in der Stadt Halle politisch bewältigt werden müssen.

Interviewer: Was denken Sie sind die Haupthindernisse?

Dr. Meerheim: Ach so, im- mit mit dem Bevölkerungs- äh Weggang oder äh Rückgang ist natürlich ein riesiger Leerstand verbunden gewesen.

Interviewer: >fällt ins Wort< Ja, klar. Gerade in Halle-Neustadt denke ich. Mmh.

Dr. Meerheim: Nicht nur Halle-Neustadt, sondern auch äh in der in der Innenstadt. (Unverständlich) Innenstadt, jetzt in der Innenstadt haben wir quasi jetzt die Tendenz das dort zunehmend junge Leute ihre Wohnung nehmen und aus den Peripherien sozusagen in die Innenstadt zuwandern. Ähm. Hätten wir damals oder hätten wir dieses Stadtumbauprogramm, was der Bund aufgelegt hat, äh nicht gehabt, dann hätten wir heute ähm einen vehementen Leerstand. Wir haben ihn immer noch, so etwa zwischen 15 und äh ja 15% etwa in der Stadt. Äh, die Gefahr besteht jetzt, wenn dieses Programm nicht fortgeführt wird, aber inzwischen ja nicht nur für den Osten, sondern auch äh viele westliche Gemeinden haben zunehmend dieselben Probleme, äh dann wird der Leerstand wieder rapide anwachsen. Das deutet sich jetzt schon an und äh das macht natürlich vielen Wohnungsgesellschaften und privaten Vermietern immer wirtschaftlich schwer zu (Unverständlich).

Interviewer: Heißt das die Mieten sind auch besonders niedrig, weil-? >Dr. Meerheim fällt ins Wort<

Dr. Meerheim: Nein! Das ist komischerweise nicht so.

Interviewer: Okay.

Dr. Meerheim: Äh, sie sind, denke ich, im äh in Halle vergleichsweise hoch im Osten. Mit solchen Städten wie Dresden oder=oder Leipzig, glaub ich, da sind wir sogar noch drüber was Mieten betrifft. Und äh woher das (unverständlich) kann ich ihnen jetzt nicht mal aus dem Stehgreif beantworten welche Ursachen dafür vorliegen. Aber wir haben ein vergleichsweise hohes Mietniveau >atmet aus< das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass äh doch eine ganze Menge, Gott sei Dank, geschafft wurde an Sanierung der Altbaubestände. Sowohl in der Innenstadt oder der erweiterten Innenstadt wie natürlich auch in den Großwohnsiedlungen haben es die Wohnungsgesellschaften geschafft also ihre Bestände doch äh, die die nicht dem Abriss, sozusagen, anheim gefallen sind, stark zu sanieren. Und äh viele sind da- einige sind sogar schon durch mit der Sanierung ihrer Bestände. Und wenn ich modernisiere und saniere kommt eine Umlage, ja? Da steigen die Mieten. Äh dann habe ich alle drei Jahre die Chance bis zu 20% mehr zu nehmen, das tun die im Regelfall. Und äh dadurch sind enorm hohe Mieten möglich zur Zeit. Und dann ist es so, in diesen sanierten, wir haben zunehmend ein starkes Gefälle, es gibt mehr und mehr, sag ich mal, Leute, die es sich leisten können auf der anderen Seite, aber in der auf der anderen Seite sozusagen gibt es zunehmend Leute, die es sich nicht mehr leisten können, ja? Weil diese die Ausdifferenzierung nimmt enorm zu. >atmet tief ein<

Interviewer: Die Schere wird-

Dr. Meerheim: >fällt ins Wort< Die Schere wird also wirklich größer. Gibt zunehmend Haushalte, die äh also alimentiert werden müssen durch den Staat. Und äh, da fallen natürlich die Kosten auch dann oft auch beim Staat dann zusätzlich mit an. Auf der anderen Seite gibt es aber eben durchaus auch ein Bürgertum, sag ich mal, welches sich das leisten kann. Ja. Das sind vielleicht so die die Schwerpunkte, mit denen wir auch in Zukunft leben müssen. Und da muss die Stadt sehen, wie sie das Gemein-

wesen so gestaltet, dass diese Schere nicht noch weiter auseinander geht und daraus soziale Probleme erwachsen, die nicht gut sind. Die vielleicht dann nicht mehr steuerbar sind.

Interviewer: Ähm. Was denken Sie sind die Haupthindernisse für die Bewältigung dieser Probleme oder sehen=sehen Sie überhaupt welche? Oder denken Sie, dass es dass Halle das ähm ja ich sag mal in Anführungszeichen einfach schaffen wird äh diese Probleme zu lösen?

Dr. Meerheim: Na, einfach ist es äh ist sowas nie. Ich meine wir, die Kommunen untereinander, die alle mit diesen Problemen beschäftigt sind äh die leben, ich sag mal, auch im Wettbewerb. Es=es gibt ja nicht nur einen Wettbewerb äh im Markt sozusagen, also in der Wirtschaft, sondern den gibt es natürlich auch unter den Kommunen. Und äh, da ist jeder bestrebt seine Kommune am Besten darstellen zu lassen und äh oder darstehen zu lassen. Das heißt man muss auch hier das Kernproblem weiter angehen und das ist wirklich sehr schwierig. Das heißt um=um die Stadt äh ja um die Stadt weiter zu entwickeln braucht vor allen Dingen wirtschaftliche Entwicklung. Das ist die Grundbasis. Dafür daran mangelt es, meiner Meinung nach, noch. Sonst äh könnte manches Problem vielleicht besser gelöst werden. Äh >holt tief Luft< bei den anderen Dingen, die ich jetzt vorgetragen habe, da braucht natürlich auch die Kooperation der der Subjekte die am Markt, sozusagen, sei es der Wohnungsmarkt, äh äh die da agieren äh gemeinsam mit der Stadt Stadtentwicklung äh zu betreiben und manchmal vielleicht auch eigene Interessen im Interesse des Gemeinwesens zurückzustecken. Da sind wir so schlecht gar nicht aufgestellt, was das betrifft äh da sind ja sozusagen eine Vorzeigekommune, wo das geklappt hat, dass sich die Akteure am Wohnungsmarkt zusammengesetzt haben bis hin zu auch den Privaten, die sich dann natürlich durch ihre Organisation (unverständlich) vertreten lassen. Das wir da doch einiges erreicht haben. So schlecht nicht. Äh, aber die Probleme bleiben insgesamt trotzdem also äh das ist alles erst

mal nur noch äh, ich sag mal, im Moment sind wir in einer Situation, wo es ruhig ist. Aber, wie gesagt, wenn dieses Programm zum Beispiel auf nicht weiter fortgeführt wird, was die Wohnungs- den Wohnungsmarkt unterstützt, werden wir ein riesiges Problem bekommen. Und da kann kommunale Politik nicht all zu viel machen. Da sind ihr finanziell die Hände gebunden.

Interviewer: Das heißt, Sie sind oder die Stadt vielmehr natürlich ist abhängig durch die Förderung von Land, Bund und EU?

Dr. Meerheim: Um dieses strukturelle Problem zu bewältigen auf jeden Fall. Weil äh wir können es selber nicht schultern aus unserer finanziellen Situation heraus nicht. Wir sind ja im Moment so muss mans sagen äh >lacht kurz auf< pro Kopf verschuldete Kommune. Wir leben von der Hand in den Mund und äh müssen vorsichtig so agieren, dass wir die Strukturen, die das Gemeinwesen ein bisschen regulieren nicht völlig aufgeben vor dem Hintergrund der finanziellen Not.

Interviewer: Das heißt das gilt dann auch nicht nur für den Wohnungsbau, sondern wahrscheinlich auch Wirtschaftsförderung und andere Bereiche?

Dr. Meerheim: Genau. Ja, ja, ja.

Interviewer: Ähm. Das heißt jetzt sollen 2013 einige Förderprogramme, gerade die europäischen, zurückgefahren werden. Das heißt Halle wird davon auch stark betroffen sein, weil natürlich gehen die meisten Zuweisungen übers Land, aber das Land kriegt ja die Gelder ganz einfach von Bund und von der EU.

Dr. Meerheim: Das kann schon passieren. Ich meine wir haben heute schon Not die normalen Förderprogramme, die das Land auflegt, äh zu=kofinanzieren. Weil unsere finanzielle Schwäche sehr markant ist. Und vor dem Hintergrund ist es dann halt schwierig auf solche Probleme zu bewerkstelligen, ne?

Interviewer: Das heißt Ihnen fehlt häufig der Eigenanteil, den Sie leisten müssen? >Dr. Meerheim nickt< In Anbetracht dessen denken Sie, dass Sie als Stadtratsmitglied - also politisch Aktiver - in der Gemeinde ähm genug Gestaltungsspielraum haben? Denken Sie, dass Sie, Ihre Partei oder überhaupt die Politiker vor Ort noch ähm genug Freiraum haben um eigenständig Politik zu machen, oder?

Dr. Meerheim: >holt Luft< Das ist ein zweischneidiges Schwert. Äh die Finanzen drücken natürlich auf der einen Seite und damit wird der Spielraum, den Kommune hat und damit auch die Politik äh unterschiedlicher Akteure, ich sag mal der Parteien oder Vereinigungen auf kommunaler Ebene ja auch, äh wird natürlich geringer. Das muss man einfach äh, äh feststellen. Die >prustet Luft aus< sogenannte verbrieft kommunale Selbstverwaltung wird durch den finanziellen Druck auf die Gemeinden im Prinzip ad absurdum geführt. Weil wir verwalten uns nicht mehr selber, sondern fremdgesteuert. Und äh >holt Luft< selbst wenn es so aussieht, dass wir es tun, aber de facto werden hier nur die Zuweisungen gesteuert, was möglich ist in der Politik hier vor Ort und was nicht. Und der Druck nimmt auch zunehmend- wird zunehmend größer und das merken auch die politischen Akteure in der Stadt, dass da nicht mehr all zu viel Spielraum ist. Wobei es ja, ich sag mal, auf kommunaler Ebene immer noch ein anderes Agieren gibt von Politik als auf Landes- oder Bundesebene. Da sind manchmal die seltsamsten Konstellationen vorstellbar, die sonst auf Bundes- und Landesebene wahrscheinlich überhaupt nicht funktionieren würden. >holt Luft<

Interviewer: Das ist wahr. Ähm, denken Sie, dass es denn Politikbereiche gibt oder Handlungsbereiche, äh, von kommunalen Aufgaben, wo der-wo man noch mehr gestalten kann als in anderen? Oder würden Sie sagen, dass es mittlerweile ähm die finanzielle Lage durch den Nothaushalt so ist, dass es für alle Bereiche eigentlich nur noch auf-

Dr. Meerheim: >fällt ins Wort< Ne, ne, ne! So-Ganz so trübe sehe ich es nicht. Die Not ist schon groß, auch der Druck durch die äh missliche finanzielle Lage. Aber es gibt schon noch äh Spielräume, wo Politik äh eingreifen kann. Auch=auch ins Besondere im im Finanzhaushalt, sprich alles was Investitionen betrifft. Da ist es schon trotz alledem möglich noch äh politische Akzente zu setzen. Also es gibt ja schon einen Unterschied, ob ich meine Eigenmittel, die ich dann noch habe äh ich sag mal nur für Brücken und Strassenbau ausbebe oder ob ich das in die Kita- und Schulsanierung stecke. Oder in die Sanierung von Radwegen oder oder, da könnte man noch hundert andere Beispiele dafür bringen. Also das geht schon noch, ne. Also das funktioniert. Wo der Spielraum immer kleiner wird, ist äh in dem sogenannten Ergebnisplan oder was früher der Verwaltungshaushalt war. Wir haben jetzt die Doppik eingeführt seit diesem Jahr äh, da wird der Haushalt also da wird der Spielraum wirklich zunehmend klein. Ist fast nicht mehr vorhanden. Weil äh die Pflichtaufgaben müssen wir realisieren, da ist es dann immer ne Frage in welcher Qualität äh. Auch da gibt es einen Ermessensspielraum. Äh, aber da sind wir, denke ich, schon ziemlich weit frei=freiwillige Leistung, richtig freiwillige Leistung, haben wir nicht mehr all zu viel im Etat. Ja <holt Luft<, insofern, also diesen Unterschied würde ich schon noch sehen zwischen äh, äh (unverständlich) Haushalt und dem reinen Verwaltungshaushalt.

Interviewer: Ähm. Würden Sie sagen, dass der Gestaltungsspielraum eher abgenommen hat in den letzten Jahren oder gleichgeblieben ist?

Dr. Meerheim: Ne, ne. Der hat schon abgenommen. Wir hatten auch schon Zeiten >lacht kurz auf< kann ich mich erinnern, wo man sich=sich tatsächlich drum gestritten hat, das verfügbare Geld auszugeben und äh >nochmaliges kurzes auflachen< wofür es denn ausgegeben werden soll und da muss man einfach heute feststellen, da ist die Streitbasis nicht mehr all zu groß. Jedenfalls alles was den Verwaltungshaushalt betrifft.

Oder heute Ergebnisplan. Denn ich sag mal, jeder Antrag der im Stadtrat quasi gestellt wird, egal durch welche Fraktion ist immer dann verbunden, dass haben wir uns selber auferlegt sozusagen, zu sagen, wenn da irgendwelche Kosten entstehen, woher soll es denn kommen. Von daher ist ein politisches Agieren schon relativ eingeschränkt. Denn wenn sie einen nicht ausgeglichenen Haushalt haben, ist es schwer vorstellbar noch mal Geld irgendwoher zu zaubern, ja? Insofern ist natürlich auch das politische Agieren äh durch eigenständige Anträge, die doch Kosten verursachen äh ziemlich schwierig.

Interviewer: Welche Veränderungen müssten Ihrer Meinung nach gemacht werden, um diese ja ähm diese Schere zwischen Selbstverwaltungsrecht und Fremdbestimmung durch die finanzielle Knappheit auszugleichen?

Dr. Meerheim: Tja. Da gibt's nur eine Möglichkeit, dass die Kommunen ich sag mal aufgabenbezogen ausreichend Geld zur Verfügung gestellt bekommen durch Bund und Land. Das heißt theoretisch müsste man wahrscheinlich eine Reform der Gemeindefinanzierung generell in der Bundesrepublik durchführen. Das heißt vor allem auch Konjunkturunabhängige äh Finanzierung der Kommunen, wie das jetzt im Detail aussehen soll, dass kann ich Ihnen von hier unten aus nicht sagen. Aber ich kann mir gut vorstellen, dass äh der Staat, der ja doch in den letzten Jahren auf vielerlei Einnahmen verzichtet hat durch bestimmte Gesetzgebungen dass man die zum Teil rückgängig machen muss, um eigene Einnahmen wieder zu erzielen. Die dann auch den Kommunen zur Verfügung gestellt werden können. Ich meine, die Länder stehen am Ende vor denselben Problemen, wenn man sich das anschaut, ja? Äh, sowohl im Osten, aber auch im Westen haben wir welche, die über den Länderfinanzausgleich äh, äh immer noch Nehmerländer sind und äh ich sag mal, bis auf drei, vier glaube ich, dass sind Bayern, Baden-Württemberg, wer ist es noch? Rheinland-Pfalz und >Interviewerin wirft Hessen ein< Hessen. Alle anderen sind ja Nehmerländer. Äh, dass ist schon, da muss man

sich halt etwas überlegen. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Zumal wir ja auch den Anspruch haben, dass in Deutschland, ich sag mal, wenigstens den Anspruch, die Lebensverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger dieses Land (unverständlich) gleich sein sollen und äh ich sehe zunehmend eine Schere nicht zwischen Ost und West, sondern Nord und Süd.

Interviewer: Zumal es ja auch so ist, dass es eigentlich, vom Grundgesetz her, weder Land noch die Kommunen und Gemeinden ähm Konkurs anmelden können. Aber wenn sich eine Gemeinde über Jahre hinweg im nicht ausgeglichenen Haushalt befindet, ist dann halt die Frage-

Dr. Meerheim: >fällt ins Wort< Wann ist der Punkt, wenn er-wenn sie trotzdem überschuldet sind, ja? Ich meine äh in der Doppik wird es nun langsam sichtbar. Da kann sich den Punkt ausmalen, das ist wie beim Unternehmen. Wenn ich nichts mehr habe, womit ich die Schulden sozusagen sichern kann an Vermögen. Dann sieht es ziemlich mau aus. Da denke ich, sind wahrscheinlich schon einige, wenn man es jetzt vergleichbar machen würde, tatsächlich an dem Punkt, wo sie überschuldet sind.

Interviewer: Ich denke die kleinen Gemeinden, die ländlichen Gemeinden, die werden schnell, schnell an die Grenzen stossen.

Dr. Meerheim: Nicht nur die Kleinen, auch die großen Städte. (Unverständlich) große Städte, ich meine, wir sind jetzt verschuldet mit fast 500 Millionen Euro (2), So, davon haben wir etwa 250 Millionen ich sag mal Investitionskredite als Schulden und etwa 240 Millionen über den Verwaltungshaushalt, macht also knapp eine halbe Millionen-halbe Milliarden Euro Schulden. Äh, wenn ich jetzt das Vermögen dem=den=den in den Verwaltungshaushalt oder sagen wir jetzt den Finanzhaushalt schaue, da mü=wir es noch nicht bilanziert haben, also wir haben noch keine Eröffnungsbilanz, kann ich dazu jetzt nicht sagen wie hoch, >kurzes auf-lachen< das Vermögen das bilanzierte ist. Äh aber da müsste ich jetzt

noch einmal gucken, ob ich da noch eine Reserve habe, wenn=wenn die nicht mehr bedienbar ist, sozusagen, dann wird's ja irgendwann dünn. 500 Millionen eigenes Vermögen, dass muss=muss=dass muss man erstmal haben, zeichnen können. Da bin ich gespannt auf die Eröffnungsbilanz.

Interviewer: Jetzt ein bisschen zur politischen Arbeit in der Stadt Halle. Ähm, dadurch dass die Linken, die CDU und die SPD, ich sag mal, relativ gleichstark sind. Ähm würden Sie sagen, dass die Arbeit im Stadtrat eher durch Kampfabstimmungen sind oder ist es eigentlich eher so, dass es um ja, Sachpolitiken geht. Dass man ähm unterschiedliche kurzzeitige Koalitionen bildet, um dann auch ähm ja gemeinsam durch die Fraktionen hinweg.

Dr. Meerheim: Es gibt=gibt alles von dem, was sie genannt haben. >lacht auf< Es gibt Kampfabstimmungen, es gibt aber auch über die Fraktionen hinweg gemeinsame Anträge. Zum Beispiel für den Stadtrat. Äh, es, äh, aber wirklich Querbeet. Von der FDP bis zu den Linken sozusagen und dazwischen alles andere auch. Sowas gibt es. Es gibt auch, dass man, es gibt auch Lageanträge, ich sage mal, dass sich das linke Lager äh sagen wir mal das Mitte-Links Lager sich zusammen findet und dann gemeinsame Anträge stellt. Äh ja, es ist alles möglich. Wobei man ja immer davon ausgehen muss, äh ich sag mal so zwischen 75% und 80% dessen was im Stadtrat abgestimmt wird ist mehr oder weniger äh wird=wird mit großer Mehrheit beschlossen. Und äh natürlich gibt es auch Beschlusslagen, wo dann richtig auch gekämpft wird sozusagen, aber >atmet aus< ich finde die Konstellation, so wie sie in Halle ist, eigentlich nicht verkehrt äh man=manche bemängeln das und sagen: okay, es gibt keine feste Koalition. Das macht das Regieren für den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin in dem Falle etwas schwieriger äh dem ist so! Das heißt ich habe nicht 100% den Durchritt äh das macht aber auch mehr Spaß.

Interviewer: Es gibt aber, glaube ich, nur noch sehr wenige Kommunen, wo das tatsächlich der Fall ist. Wo die Mehrheitsverhältnisse wirklich so eindeutig sind.

Dr. Meerheim: Man versucht schon äh. Na gut, es geht ja nicht darum, dass man mehr=also was weis ich eine 50% Mehrheit hat, sondern dass sich Koalitionäre finden.

Interviewer: Ja, das meine ich. Das ist, glaube ich, nur noch sehr selten auf kommunaler Ebene. Also würden Sie sagen, dass es-

Dr. Meerheim: >fällt ins Wort< Für mich belebt das sogar dieser Zustand. Weil dann man wirklich auch äh gezwungen wird an den Sachfragen sich zu orientieren und dass ist in sehr vielen Fällen auch so und wird auch so praktiziert.

Interviewer: Also würden Sie sagen, dass das Politikfeld oder die=die der Abstimmungsgegenstand entscheidet, wie wie äh ja ich sag mal die Bündnisse aussehen?

Dr. Meerheim: Ja, klar! Natürlich hat jeder seine eigenen politischen Werte und Grundsätze äh trotz alledem auch in der Kommunalpolitik aber ich denke, da ist es einfach auf einander zuzugehen. Wissen sie? Und das äh das lässt dann halt manchmal die merkwürdigsten Koalitionen zu. Bei uns ist es halt zum Beispiel in der=im Rat so, dass wir auch häufig gemeinsam mit der CDU stimmen. Oder mit anderen also unbe- weniger zum Beispiel mit der SPD. Weil die SPD steht, ich sag mal, hinter ihrer Oberbürgermeisterin und wenn die eine Vorlage bringen=bringen will, die von uns eigentlich kritisch betrachtet wird oder sagen wir mal von dem Rest des Rates, äh dann ist klar wie die sich verhalten und wie wir uns verhalten. Obwohl man politisch vielleicht eigentlich näher ist. Da ist es der Zwang sozusagen äh seine Oberbürgermeisterin nicht fallen zu lassen, jedenfalls in der Öffentlichkeit, bringt da manchmal kuriose Abstimmungen zustande.

Interviewer: Ähm, gibt es Netzwerke, die Sie persönlich oder die Ihre Fraktion nutzt ähm oder auch Parteiintern über- also ich sage mal im regionalen Rahmen aber auch außerhalb der Partei, ich sag mal, durch parteinahe Stiftungen fort- oder politische Bildungsangebote etcetera die sie nutzen? Oder würden Sie sagen, dass Sie eigentlich solche Foren kaum nutzen?

Dr. Meerheim: Do=doch wir machen das schon. Es gibt ja in unserem Land dieses äh gegründete kommunalpolitische Forum. Das wird auf Landesebene also äh geführt und dieses kommunalpolitische Forum organisiert schon den Erfahrungsaustausch unter Kommunalpolitikern der Linken. Das findet auch regelmäßig statt. Wir haben außerdem einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Fraktionsvorsitzenden der Landkreise und kreisfreien Städte. Das ist immer so Quartalsweise, wo so wichtige Themen gemeinsam besprochen werden. Wo man dann auch versucht ein bisschen vielleicht auch paralleles Agieren äh zu organisieren. Was haben wir- Wir haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung hier, die machen natürlich auch Angebote. (unverständlich) Nun nutzt das nicht jeder, wir müssen ja auch noch arbeiten gehen nebenbei und äh deswegen sind so=solche Veranstaltungen ja auch immer äh zum Großteil äh Wochenendveranstaltungen und ein bisschen Privatleben hat man auch noch. Und außerdem auch noch andere Funktionen neben der Politik, man ist in Vereinen organisiert und dort auch engagiert tätig äh diese Netzwerke nutzt man natürlich auch. Also wenn dort Angebote kommen dann gehen wir auch zu solchen Schulungen, das ist=ist gar kein Thema. Weil man will ja immer auf dem- wenigstens versuchen annähernd auf dem neuesten Stand zu sein. Und da muss man natürlich auch, ich sag mal, Angebote anderer Akteure, sei es der Wirtschaft sei es im sozialen, kulturellen oder sonstigem Bereichen zusehen das man die nutzt. Und das wird auch, denke ich, in Anspruch genommen.

Interviewer: Ähm, welche sind, Ihrer Meinung nach, die wichtigsten Wirtschaftszweige in Halle?

Dr. Meerheim: Na, zunehmend ist es das=das Dienstleistungsgewerbe. >atmet aus< Was haben wir noch? Die Uni ist ein riesen Wirtschaftsbetrieb, die eigene Stadtverwaltung, die Stadtwerke. KSB, also Pumpen- und Verdichter. Was haben wir noch? Dienstleistung hatte ich gesagt. Ja, es ist auch zunehmend die Medien- und Kreativwirtschaft. Da sind wir ganz gut aufgestellt in der Stadt. Ja, und dann natürlich all das, was wir im=im Weinbergcampus draussen äh in Halle haben. Das ist ja der zweitgrößte Technologie- und Gründerpark in Ostdeutschland. Kann man schon als Erfolgsgeschichte bezeichnen. Und äh da sind natürlich vor allem die Bereiche der Bio- Technologie und Forschung, Nano- äh Physik, Mechanik etcetera was dort von=von=von >schnalzt mit der Zunge< na ich komm nicht drauf die haben mehrere Institute hier. Mensch, Max-Planck, Fraunhofer - genau! Die jetzt auch zunehmend in die Solarforschung mit äh einsteigen. Ähm, dass sind so die Hauptfelder die wir haben. Große, schwere also Schwermaschinenbau, Zulieferer von=von leicht=au=Automobilbau oder sowas gibts bei uns hier in der Stadt Halle nicht, dass sind ja die, die auch sagen wir mal Konjunktur tragen. Oder umgekehrt natürlich dann auch Schwäche zeigen relativ schnell. Wie gesagt, das Dienstleistungsgewerbe ja, die Bereiche, die ich genannt hatte: Medien, Kreativwirtschaft, das sind wirklich so-

Interviewer: Durch die Uni gibt es nun viele Studenten, die Studentenzahlen steigen ja auch, meines Wissens nach in Halle. Ähm, würden Sie sagen, dass es die Stadt auch schafft diese Studenten auch vor Ort zu halten nach ihrer Ausbildung oder sehen sie, dass die Studenten sich hier ausbilden lassen und dann eigentlich fortgehen?

Dr. Meerheim: Ich denke mal die Situation ist ein bisschen besser geworden, aber natürlich äh immer noch nicht so, dass man sagt, jeder der hier studiert, der kriegt hier auch sofort irgendwo einen Arbeitsplatz, Anstellung etcetera. Äh >atmet aus< schwierig das zu beantworten. Weil jeder hat ja auch eine andere Lebensperspektive für sich. Manche kommen hier

her um zu studieren und sagen von vornherein ich will nicht hierbleiben. Andere wollen äh sesshaft äh werden, weil ihnen die Stadt und das Umfeld gefällt. Äh dann hängt das natürlich auch immer davon ab, was habe ich äh für eine Studienrichtung und wie sind äh in dieser Studienrichtung hier Arbeitsplatzangebote wenn überhaupt vor=vorhanden. Das ist durchaus unterschiedlich. Wir bilden im großen Maße hier Lehrer aus in der Stadt Halle, aber die Landeskinder werden uns wahrscheinlich zu 90% verlassen, weil das Land keine Lehrer einstellt. Und das trotz Lehrernot! Äh, dass ist zum Beispiel so ein Zweig, wo ich sage, da schmeisst das Land das Geld zum Fenster raus. Sie braucht eigentlich diese Lehrer, die wir ausbilden und in den zukünftigen Jahren werden wir sogar mehr Lehrer benötigen eigentlich als wir selber ausbilden und die laufen uns dann auch noch weg. Das ist doch krank! Äh ja, dass ist so ein Problem. Ich denke in den=in den naturwissenschaftlichen Bereichen ist es sicherlich etwas einfacher, grade eben auch durch die Ver=Verknüpfung zwischen Universität, Fraunhofer, Max-Planck, Helmholtz was wir da draußen, dann das TGZ selber. Äh, da gibt es doch eine Reihe von Angeboten, wo sich Studenten, die sich wirklich engagieren und die äh da Lust und Laune haben, denke ich, auch äh die Möglichkeit haben dort einen Arbeitsplatz zu finden auch gemeinsam, dann vielleicht auch äh dort äh ein Start-Up-Unternehmen zu gründen mit einer mit anderen Leuten zusammen. Und da ist das TGZ ja ein guter Platz. Äh dort auch über Startzeitraum, Startfenster äh eine Förderung zu bekommen und sich dann wirtschaftlich am Markt behaupten zu können. Äh wir haben das Multimediazentrum wo das geht. Äh ich denke so schlecht sind die Aussichten nicht. Und wir haben ja auch im Umfeld von Halle äh, ja durchaus auch Unternehmen die äh relativ gut aufgestellt sind. Ja, ich meine gut jetzt die Solarbranche krankt gerade. Aber ich denke mal das ist auch nur vorübergehend, das wird sich wieder erholen und äh irgendwann wird der Zug wieder anfahren. Äh, jetzt vielleicht nicht grad die nächsten zwei drei Jahre, aber ich denke, da ist Sachsen-Anhalt insge-

samt nicht verkehrt aufgestellt. Äh und natürlich bleibt nach wie vor auch für uns die=die=die=die chemische Industrie wichtig hier im Ballungsraum Mitteldeutschland, ja? Alles was in Leuna und Buna steht sind immer noch wertvolle und große Arbeitgeber und äh wie gesagt, wir haben dort=äh=al- wer sich in Ingenieurberufen oder Verfahrenstechnik sich ausbilden lässt äh, ich denke, der hat durchaus gute Chancen in den nächsten Jahren. Trotzdem werden wir immer noch viele haben die weggehen.

Interviewer: Ja. Aber Sie würden schon sagen, dass ähm ein Maß an hochqualifizierten Jobs in Halle vorhanden ist?

Dr. Meerheim: Ja klar. Das merkt man, wie gesagt, ja auch dadurch, dass eine Nachfrage nach entsprechenden Gütern äh steigt. Ja.

Interviewer: Ähm, Halle versucht sich als Kulturstadt zu=zu >Dr. Meerheim wirft "definieren< definieren. Jetzt wurde gestern das Thalia-Theater geschlossen - gestern? Ich glaube ja. Ähm, das ist natürlich ein bisschen schwierig sich als Kulturstadt zu profilieren, wenn der Finanzplan eigentlich, weil das ja hauptsächlich in diese freiwilligen Aufgaben fällt, ähm sehr minimal ausfällt. Ähm >Telefon klingelt, Dr. Meerheim geht kurz ran< Würden Sie trotzdem sagen, dass diese Kulturarbeit noch möglich ist oder sehen sie da Probleme?

Dr. Meerheim: >atmet tief ein< Ja, auch hier spielt natürlich der finanzielle Rahmen schon eine Rolle, den kann man nicht außer Acht lassen. Das ist völlig klar. Äh wir sind äh vor, wann war denn das, drei vier Jahren den Schritt gegangen und haben die Kultureinrichtung der Stadt Halle, also die Hochkultur, äh zusammengefasst in einer GmbH und äh um dadurch gewisse Effekte zu erzielen, Kosten einzusparen - logischer Weise. Das ist uns teilweise auch gelungen. Wir haben trotz alledem ein Problem weil die Kosten steigen insbesondere natürlich im Personalbereich durch entsprechende Tarifabschlüsse logischer Weise. Und das obwohl wir

im Haustarifvertrag mit Teilbereichen der sogenannten TOO, Theater, Orchester und Oper GmbH Halle äh abgeschlossen haben für die Mitarbeiterinnen dort äh lässt sich das nicht mehr denken, dadurch, dass das Land seine Zuschüsse nur stabilisiert. Dass heißt sie werden nicht dynamisch angepasst, sondern sie bleiben gleich und auch dann=in dem Moment, wo sie nur gleich bleiben haben wir ein Problem. Also hat man versucht nach Wegen zu suchen, die Kultur möglich bleiben lassen und äh ich sag jetzt mal optimistisch, obwohl ich ähm na da ziemlich zwiegespalten bin. Kinder- und Jugendtheater ist immer noch in der Stadt möglich, obwohl die Spielstätte geschlossen wurden. Ja? Ich sehe schon die Tendenz und eine Gefahr, dass äh die selbstständige Zweig (unverständlich) TOO am Ende hinten runter fallen wird. Im Moment ist es so, dass äh mit der Schließung der Spielstätte, des Thalia-Theaters, des Kinder- und Jugendtheaters, ähm puh das Ensemble ja noch nicht weg ist. Es ist ja noch da. Bloß wenn der finanzielle Druck noch auf die diese Kultur-GmbH noch größer wird vermute ich irgendwann das dieser Zweig wegfällt. Das ist überhaupt nicht schön. Das wird damit begründet, dass die anderen Theater das ja auch alle Kinder- und Jugendarbeit machen. Das ist sicherlich zum Teil auch richtig, aber den Anspruch eines eigenen Kinder- und Jugendtheaters so einfach aufzugeben ist schon ziemlich schwierig. Muss ich ganz ehrlich sagen. Äh >atmet aus< ich bin auch nicht dafür, dass zu tun, aber gleichwohl sehe ich die Gefahr das es passieren kann.

Interviewer: Ähm, die Problematik ist ja, wenn man, ich sag mal, diese sogenannten „soft“ Bereiche einer Stadt immer mehr kürzt, verliert sie auch an Attraktivität für die äh Einwohner.

Dr. Meerheim: Korrekt.

Interviewer: Das heißt dieser Wegzug, den vor allem ostdeutsche Städte a=nicht nur, mittlerweile auch westdeutsche Städte, aber ostdeutsche Städte noch mal stärker davon betroffen sind, könnte sich ja noch mal ähm verstärken.

Sehen Sie das Halle diesbezüglich auch immer noch ein gewisses Imageproblem hat, weile naja Industrie-, Chemieort der DDR oder würden Sie sagen, das ist eigentlich nicht mehr so ist?

Dr. Meerheim: Na gut, ich meine äh das mag für viele die noch nie hier gewesen sind dem Hören und Sagen nach, dem Sagen oder Hören nach äh so sein. Ähm, das gilt für die Menschen, die Halle von vor 20 Jahren und früher vielleicht kennen. Da mag dieses Bild existieren. Oder eben auch, die die noch nie hier waren. Äh und der Hallenser ist mit sich selbst sehr kritisch, sag ich jetzt mal und äh nimmt die Dinge wahrscheinlich noch nicht mal so wahr das ein Außenstehender, der hier nach Halle kommt äh betrachtet. Viele von denen, die hier die dann wieder wegfahren, sagen: Okay ich komme gerne noch mal wieder, die=die Stadt hat hat was, was mich begeistert hat. Hat einen eigenen Charme und äh hier ist eine ganze Menge passiert und äh das kann man auch überhaupt nicht negieren. Es ist sehr, sehr viel geschehen was auch am positiven (unverständlich) im Stadtbild äußert. Ähm, wir haben eine ganze Menge, ich hatte das ja anfangs schon gesagt äh auch geschaffen, was Stadtumbau betrifft etcetera. Ich denke, da ist uns eine ganze Reihe interessanter Sachen auch gelungen und äh trotz alledem bleiben natürlich die vorgenannten Probleme äh immer noch bestehen und äh sind nicht äh endgültig gelöst, im Gegenteil die Entwicklungstendenzen die anfangs aufgezeichnet haben sind ja da. Da muss man sich also weiter darum kümmern, dass die sich nicht verschärfen, sondern dass man sie in den Griff bekommt, also. So sehe ich das.

Interviewer: Dann habe ich jetzt eigentlich nur noch eine größere Abschlussfrage: Ähm welche Faktoren sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für diese wirklich extrem unterschiedliche Entwicklung deutscher Kommunen? Ähm, es ist ja jetzt dass man selbst Kommunen innerhalb Sachsens=Sachsen-Anhalts kaum mehr miteinander ja vergleichen kann oder in=in einen Topf"werfen kann? Denken Sie, dass ist einfach aufgrund der wirtschaft-

lichen Lage oder der=halt denken Sie, dass da noch andere ähm ähm Gründe eine Ursache spielen und in welcher Weise müsste da ja für die Zukunft ähm ja, welche zukünftige Herausforderungen st=ent=ergeben sich daraus?

Dr. Meerheim: Ich würde nicht mal sagen, dass das so große Unterschiede sind also. Die Probleme haben wir alle. Egal ob in Ost, in West, in Nord oder Süd. Äh es mag sein also, dass da oder dort auch mal eine größere Fehlentscheidung gegeben hat kommunalpolitischer Art, die vielleicht zu einer Belastung geführt hat, aber grundsätzlich ist es so dass es also zu wenig Ausgleich gibt zwischen ich sag mal wirtschaftlich schwach aufgestellten Kommunen und denen die wirtschaftlich stark sind. Äh das ist ein Punkt und zweitens grundsätzlich, dass haben Sie natürlich Recht, äh erste Ursache sind die wirtschaftlichen Faktoren und daraus ableitend natürlich auch finanzielle Ausstattung der Kommune. Eine Kommune die, ich sag mal, äh ein Großkonzern bei sich auf dem Territorium sitzen hat äh der geht's durch möglicherweise durch st=schöne sprudelnde Steuereinnahmen relativ gut. Da haben wir hier bei uns in der Region auch eine=einige Kommunen denen es da relativ gut geht äh oder in=mit dem Norden von Magdeburg. Da ist eine Kommune die hat soviel Steuereinnahmen in den letzten Jahren eigenommen mit, was weis ich 3000 Seelen wie die Stadt Halle. He, wo sind wir denn? So und da fehlt dann irgendwo so=so ein die können sich dann, sagen wir mal, goldene Pflastersteine in die Straße legen äh das gleiche haben wir hier in=in=in der Nähe von=von Halle in Spergau, also so=so ein Örtchen von Bruna äh da siehts total, mein Gott, als sie eingemeindet wurden haben sie vorher noch ne Stiftung gegründet, um ihr Geld zu sichern. Äh die wussten nicht wohin mit dem Zeug und wir schlagen uns hier mit äh doch wirklich äh großen, ja nicht nur äh wirtschaftlichen, sondern dann auch in Folge sozialen Problemen rum und äh sind äh damit natürl= haben natürlich auch riesige Belastungen im Sozialbereich im Etat wie die umliegenden Gemeinden nicht eine einzige im Verhältnis gemessen

an ihrer Bevölkerung hat. Und äh ich mein, das ist überall so, dass die Großstädte die besonderen sozialen Probleme zu schultern haben, aber umso mehr bedarfs also da, denke ich, auch einer Regulierung untereinander beziehungsweise insgesamt, dass=da kom=da sind wir wieder bei dem Punkt, wo Sie mich vorhin gefragt haben. Ja, wir brauchen eine Gemeindefinanzreform. Generell, die den Ausgleich unter den Kommunen, aber generell für die Kommunen eine solide Basis schafft. Äh nur deshalb kommen äh Kommunen in solche schwierige Lagen. Da bin ich fest davon überzeugt. Das es mal eine Fehlentscheidung geben kann, okay. Da gibt's mal einen kritischen Bericht vom Landesrechnungshof oder vom Bundesrechnungshof oder was weiß ich von wem und dann wird darüber geschimpft und gemeckert, aber das ist=sind nicht die tiefen Ursachen für die schwierige Lage, in der sich Kommunen Deutschlandweit ja befinden. Mit Ausnahmen natürlich.

**Interview 7: Transkription des Interviews mit Bernhard Bönisch,
dem Fraktionsvorsitzenden der CDU im Stadtrat der Stadt Halle
(Saale)**

- 20. Juli 2012, 12.30-13.30 Uhr

Interviewer: Und zwar, meine erste Frage wäre, ob es ähm bedeutende strukturelle Probleme oder welche die bedeutenden strukturellen Probleme und Aufgaben sind, mit denen sich Ihrer Meinung nach die Stadt Halle in den letzten Jahren, aber auch zukünftig beschäftigen muss?

Bönisch: Strukturell? Unter welchem Aspekt? Es gibt so viele verschiedene Strukturen?

Interviewer: Was Sie meinen sind die wichtigen politischen Ziele, die die Stadt erreichen muss? Sei es jetzt ähm ich will keine, also=w=w sei es jetzt Bildung oder sei es Wirtschaft. Was meinen Sie sind dort die großen Probleme, die=die Halle hat und welche oder gibt es überhaupt welche? Und welche ähm müsste die Politik in der Zukunft beziehungsweise hat in den letzten Jahren vor allem beschäftigt?

Bönisch: Ja, also wir haben vor allem das Problem (unverständlich) politischen Aspekt, dass wir zu unselbstständig sind in der Stadt was die Finanzen angeht. Wir haben eine ungewöhnlich niedrige Gewerbesteuer-einnahmen das ist also deutlich weniger als alle anderen vergleichbaren Großstädte haben. Ähm mit dem Speckgürtel vielleicht zu erklären. Aber ja, wer weiß, vielleicht gibt es auch ganz andere Gründe. Dazu haben wir eine Ballung von ähm sozialen Problemfällen, dass äh hängt ganz wesentlich mit dem=mit der Geschichte der Stadt zusammen. Wir hatten als die Chemiarbeiterstadt für diese Großkombinate Buna Leuna, die ständig, weil sie nicht innovativ waren ständig Arbeitskräftemangel hatten. Ähm mussten immer Leute angelockt werden und die zogen nach Halle. Und die kamen aus der ganzen DDR und zogen nach Halle. Und als dann die Kombinate schlossen nach der Wende zogen die mobilen und leistungsfähigen wieder weg und die anderen blieben. Und ähm das beschert uns

mehrere Probleme: Erstens einen immensen Wohnungsleerstand und zum anderen eben dann dass die immobilen Leute, die (unverständlich) Leute, die wenig Antrieb hatten noch mal was neu zu starten, dass wir die eben auch in übergroßer Zahl hier bei uns haben. Ähm an letzterem können wir sicher nichts ändern, das ist wirklich eine Frage von ja, äh Vererbung. Das wir jetzt so das wir jetzt heftig daran arbeiten müssen, dass sich dieses diese Mentalität nicht vererbt und das ist enorm schwierig und das ist auch bei unseren naja bei unserer Herangehensweise (unverständlich) der Sozialpolitik der Stadt leider aus meiner Sicht nicht absehbar, dass das wirklich demnächst gelingen kann da richtig einen Fuß in die Tür zu kriegen. Weil wir immer nur oben rum bessern und nicht in die Materie gehen und nicht irgendwie an=an die Leute rangehen, nicht in die Familien gehen, sondern hinterher versuchen irgendwo die Kinder zu betreuen und so weiter. Das ist ein großes Problem. Das Problem des Wohnungsleerstandes ist außerdem ein großes Problem für sich. Wir sollten also versuchen die Stadt ein bisschen effektiver zu gestalten, effizienter zu gestalten, das wir eben sagen: Die riesen- großen Flächen, die wir da in den Neubaugebieten jetzt äh bekommen durch Abriss von Häusern, das ist nicht so, dass wir dadurch eine effizientere Struktur bekommen, sondern dem das wird dann eben alles nur ein bisschen dünner und letztendlich bleibt es dann auch ein bisschen teurer die Stadt zu bewirtschaften was Straßen und Wege angeht und genauso wie äh die Energieversorgung, Wasser, Abwasser und all diese Dinge. Das wäre also schon was wichtiges, was wir in Angriff nehmen müssen. Darüber hinaus sind wir eine alte Industriestadt, die Brachen, die Industriebrachen haben wir bis heute nicht wirklich aufgearbeitet. Da ist noch eine ganze Menge zu tun. Wir jetzt gerade mit einem guten Förderprogramm n=eine Möglichkeit bekommen in Halles Osten, dass ist so diese diese Gewerbeintensivere Gebiet, da ein bisschen was aufzuholen, so dass wir dann wieder (unverständlich) mal wirklich attraktivere=attraktivere Wirtschaftsstandorte anbieten können. Das äh kommt (unverständlich) nicht all zu oft vor,

dass Leute immer noch vor die Tore der Stadt ziehen oder, also Firmen oder auch aus Halle raus zum Beispiel sogar, wenn sie vor die Tore der Stadt ziehen. Und das ist fatal! Also Arbeitsplätzenmäßig ist das nicht so sehr wichtig, weil die Leute halt dann schon das Stückchen fahren, aber die Gewerbesteuerereinnahmen beispielsweise, und dann das Image insgesamt das muss sich dadurch das muss sich unbedingt verbessern, also wir müssen wir müssen (unverständlich) nach Außen den Eindruck vermitteln, dass wir hier ein Industriestandort oder auch Gewerbestandort im Allgemeinen sind, der gut ist und der gute Bedienungen bieten. Und das ist momentan nicht so sehr der Fall. Das ist also etwas woran man täglich arbeiten müssen, das sind wir nicht hinterher gekommen weil unsere Straßenreparatur, also das lässt sich ja eigentlich relativ leicht ausrechnen. Bei einer mittleren Lebensdauer einer Straße von x Jahren und bei einem Straßennetz das man hat von y Jahren, das ist ganz klar, dass man dann bestimmte Quote jedes Jahr schaffen muss. Grundsätzlich (unverständlich) das haben wir nie geschafft, in keinem Jahr seit der Wende, vor der Wende schon gar nicht. Und äh daran werden wir eine ganze Menge=ganze Weile krank. Und das ist alles, das macht das Leben teuer, weil wir naja arme Leute leben teurer. Das ist eine alte Weisheit und es trifft auch für eine Stadt wie Halle zu. Also wir sind ja nicht wirklich arm, vom=Geld her sind wir sogar recht wohlhabend, aber haben zu wenig liquide Mittel. Also das ist was=das ist ganz wesentlich, das wir da was tun müssen. Bei den anderen Infrastrukturen beispielsweise Bildungsinfrastruktur, das ist ganz toll eigentlich äh aber es mangelt auch da wieder an=an Gebäude. Also wir sind=wir haben tolle Schulen, ausreichend viele Schulen, perspektivisch natürlich sogar zu viele Schulen, aber aber die sind noch nicht in dem Zustand, indem wir sie gerne hätten. Wie=wie die öffentlichen Gebäude insgesamt. Das ist also soviel Schindluder betrieben worden in den letzten Jahren, da wird immer Geld für dieses und jenes ausgegeben, die Verwaltung ist viel zu groß, viel zu teuer die Verwaltung bei uns. Müsste ein bisschen runter

gefahren werden äh bemüht sich aber keiner wirklich drum das ernsthaft zu tun. Also da wurde in den 90er Jahren eine ganze Menge abgebaut an Personal und seitdem stagniert's furchtbar. Und äh wir haben immer noch viel zu viel, und wenn jetzt der nächste Geburtenknick auf uns zukommt wird das noch ein bisschen deutlicher werden, weil wir dann noch weniger Geld haben, ja? Die Zuweisungen und so weiter, was immer so alles pro Kopf kommt das fällt alles aus und der Knick der kommt, das ist unaufhaltsam. Was wir jetzt machen können ist uns ein bisschen attraktiv äh gerieren für die Leute die im Umland leben und älter sind. Wo es keine Ärzte gibt, das ist die Ärzte-dünnste Gegend Deutschlands, glaube ich. Und bei uns gibt's das eben in ausreichender Weise, wo Infrastruktur sonst so da ist, wo man einkaufen kann, was erleben kann, sich bewegen kann ähm das wir da vielleicht versuchen ein paar Leute wieder zurückzuholen, die zwar möglicherweise ihr Häuschen da stehen haben, aber sich trotzdem nicht wohlfühlen. Also bei diesen Siedlungen vor der Stadt sind schon etliche Häuser leer. Also auch die erst gerade 20 Jahre alten Einfamilienhäuser stehen schon wieder leer, weil die Leute entweder nicht bezahlen konnten, aber auch nicht verkaufen konnten, weil niemand mehr dort hinziehen will. Und äh das Leben in der Stadt das floriert. Es wird immer attraktiver, denke ich. Und da müssen wir noch gezielter dran arbeiten, dass es tatsächlich so ist.

Interviewer: Ähm, also würden Sie sagen, dass die=die Hindernisse um diese Probleme zu lösen eher politisch bedingt sind und weniger in der allgemeinen ähm Struktur der Stadt?

Bönisch: Sowohl als auch. Wir haben halt die Schwierigkeiten, wie ich eingangs sagte, dass wir eben dann tatsächlich hohe Sozialkosten haben die wir nicht unbedingt selber zu verantworten haben. Aber ähm insofern ja schwierige Bedingungen, aber außerdem eben auch ähm dumme Politik, die gemacht wurde in der Stadt. Ja. Es war grad jetzt äh, wir hatten gerade Oberbürgermeisterwahl. Ich war Kandidat, hab verloren. Für al-

le überraschend sozusagen. Wirklich keiner, auch selbst der Gegner hat nicht dran geglaubt, dass er gewinnt. Es ist trotzdem so gekommen und jetzt ist das große Zähneknirschen, die Leute, die sich hier in der Stadt vernünftig bemühen, die wissen jetzt überhaupt nicht wie es weitergehen soll, weil einer, einer an die (unverständlich) gekommen ist der überhaupt keine Ahnung hat. Der war mal eine Weile Verwaltungsbeamter, das ist alles. Ignoriert auch alles. Hats aber geschafft so eine Anti-Bewegung aufzumachen, Anti-Establishment, Anti-CDU und jetzt kommt das Establishment blöd aus der Wäsche. Und ja, es wird schwierig. Mal gucken wie das jetzt geht, ob er seine Klientel bedient oder ob er bereit ist vernünftig Politik zumachen. Das ist eine schwierige Frage, aber es war auch in den letzten Jahren ganz eindeutig Politikfehler. Ganz eindeutig. Wir haben da mal als CDU-Fraktion versucht das Richtige gegen zu steuern bei Haushaltsberatungen, aber wir haben nie mehr geschafft als einen Tropfen auf den heißen Stein. Hier nochmal eine Millionen loszueisen für Straßenreparaturen oder sowas, aber >atmet tief aus< die wilden Horden hier, die sind eben drauf und dran das Leben schwer zu machen für die, die sich selber ein bisschen leichter machen, es ist eben so.

Interviewer: Würden Sie denn sagen, dass die Kommunen - deutsche Kommunen - natürlich Halle im Speziellen genügend Spielraum haben oder Gestaltungsmöglichkeiten haben, um erfolgreiche eigene Politik zu gestalten?

Bönisch: Sie brauchen eben ein bisschen Zeit dazu. Also, ich sage ja, die Verwaltung ist viel zu groß. Wenn man die Verwaltung wirklich so reduzieren könnte, wie man es eigentlich können müsste. (unverständlich), es gibt ja diesen Städtevergleich, Kennzahlen aus deutscher Großstädte, wenn man sich da mit dem Westen vergleicht. Die Verwaltung betreibt diesen Vergleich überhaupt nur, weil ich immer wieder insistieren diesen Vergleich endlich mal heran (unverständlich), also für Einzelbereiche nicht

für die ganze Verwaltung. Was die machen- >Telefon klingelt< Ich muss da kurz rangehen. >Interviewpartner telefoniert< Entschuldigung.

Interviewer: Kein Problem. Ähm >räuspert sich< meine Frage zielte darauf hin, ob ein der Stadtrat genügend Handlungs- ähm Spielraum hat, um um wirklich eigene politische Entscheidungen zu treffen. Oder würden Sie sagen, dass Land und Bund immer mehr Einfluss haben auf die=auf die Kommunalpolitik? Oder sehen Sie es mehr, dass die Kommunalpolitik durchaus eigene Schwerpunkte setzen kann?

Bönisch: Ja, in der Kommunal kann die Kommunalpolitik natürlich viele Schwerpunkte setzen. Es ist aber eben so, dass der Stadtrat im Prinzip der Spielball der Verwaltung ist. Wenn wenn die Verwaltung es nicht schafft selbst effizienter zu werden, dann kann der Stadtrat sich auf seine Hinterbeine stellen, wie er will. Dann hat er eben kein Geld, dann kann er insofern mit Geld nicht weiter spielen. Ne? Das äh Organisationsrecht, die Organisationshoheit liegt beim Oberbürgermeister und wenn der nicht aus dem Knick kommt, ein Haufen Personal beschäftigt, dass man wieder bezahlen muss in Sachkosten, (unverständlich) und so weiter und so weiter. Dann, dann kann der Stadtrat da natürlich nicht viel machen. Er kann immer nur da mitspielen, was was übrig bleibt. Und das ist verdammt wenig, dass muss man sagen. Aber er (unverständlich) trotzdem noch Möglichkeiten hier und da Schwerpunkte zu setzen oder oder eben äh Dinge so oder so zu entscheiden. Also momentan, das liegt jetzt aber weniger an den Regeln, das liegt weniger an der, na gut, man kann sagen, wenn die Stadt mehr Geld hätte, dann könnte man. Es liegt weniger an den Regeln, es liegt mehr an der momentanen Situation das wir eben, jetzt zum Beispiel, in der Stadt wirklich wenig Spielräume haben, weil wenig Masse zu verteilen ist an Geld. Und das meiste läuft ja schon über Geld. Und es gibt ja dann ein paar Dinge, die die, ich sag mal, ohne Geld äh organisiert werden können. (Unverständlich), klar das es da Regeln gibt, die die uns da irgendwo beschränken. Aber

da bleib- aber da bleibt eine ganze Menge an eigener Gestaltungsmöglichkeit ja. Bei der Ve=Vergabe von =von= von Fördermitteln, bei der Vergabe von Aufgaben, freiwilliger Aufgaben oder Pflichtaufgaben, die wir an an (unverständlich) Träger dann äh vergeben. Oder es gibt Dinge, da gibt's schon Möglichkeiten, wo man halt selbst was machen könnte oder zum Beispiel, da der Rat ist ständig dran beziehungsweise der Jugendhilfeausschuss, die=die Strukturen der Jugendhilfe neu zu sortieren. Ein Hanebüchener Unsinn, ständig werden Strukturen verändert, aber man guckt gar nicht nach der Wirkung wird gar nicht gemessen was man da tut. Aber das interessiert auch keinen, Aktion ist wichtig. Das ist eben auch so eine Crux an so einem Stadtrat, das eben der Stadtrat wird öffentlich nicht wahrgenommen, der Stadtrat wird häufig äh belächelt und=und=und verachtet, verächtlich gemacht und so. Und äh wenn ich bloß daran denke, ich bin jetzt seit 18 Jahren im Stadtrat, wenn ich daran denke, wer heute im Stadtrat sitzt und wer damals im Stadtrat saß, dass war noch eine andere Nummer, das waren andere Leute, da waren die Kandidatenlisten ellenlang, (unverständlich) viele wollten Stadtrat werden. Heute da muss man sich schon bemühen, dass man so viele Kandidaten kriegt, wie man Sitze hat. Das ist schon (unverständlich) weil der Stadtrat eben, wie gesagt nach außen nicht ordentlich wahrgenommen wird. Der kommt in der Presse kaum vor. Nach der Ratssitzung, vor der Ratssitzung werden irgendwelche Entscheidungen irgendwie kommentiert, meist (unverständlich). Die Presse selbst, die Leute sind sehr schlecht informiert, recherchieren schlecht und dann, ja dann, stehts eben so da: Ja, die arme Oberbürgermeisterin der dumme Stadtrat, was der ihr alles (unverständlich) hat. Das der Stadtrat aber auch vieles macht, also ich selber zum Beispiel, da geht es (unverständlich) und da wird einfach so behauptet: Was hat er gemacht? Nichts hat er gemacht! Er ist nicht Teil des nicht Teil der Lösung, er ist Teil des Problems und solche Sprüche. Das ist sehr ärgerlich, das liegt eben auch genau daran, dass der Stadtrat in der Außenwahrnehmung fast nicht vorkommt, bei normalen

Leuten schon gar nicht, bei der= und bei den Medien nicht. Und äh ja, das dann eben auch die Attraktivität des Stadtrates, denn wir haben ja immer mehr solche-es wird ja immer moderne ehrenamtlich tätig zu sein und dann wird da ein Ehrenamt- äh Ehrung gemacht und da wird ein Preisverleiher gemacht. Stadträte kommen nie vor. Nee. Und das ist ein schwerer Systemfehler, w=und ich fürchte das wird uns allen noch mal ganz furchtbar auf die Füße fallen.

Interviewer: Aber das ist wahrscheinlich ein gesamtdeutsches Problem und weniger ein spezielles von Halle.

Bönisch: Und die Wahlbeteiligung ist immer grottenschlecht und da sieht man eben, dass sind dort die Medien dann entsprechend die Wahlbeteiligung ist grottenschlecht, weil es nicht in der Tagesschau kommt. Ne? Und was nicht in der Tagesschau kommt, das äh findet nicht statt. Zeitungsleser, können Sie gucken, die Umsatzzahlen der Zeitungen hier bei uns, schlecht so schlecht wie die Zeitungen. Das ist ja so eine Todesspirale, ne: Weniger Auflage, weniger Qualität - weniger Qualität, weniger Auflage. >holt Luft< Und dann hat man das alles so hin. Also die jetzige Oberbürgermeister der ist made by Bildzeitung, dass kann man deutlich so sagen. Er hat sich mit der Vorgängerin einmal gestritten und das haben die schön ausgequetscht und immer auf seiner Seite, immer auf seiner Seite. Und da ist er so populär geworden, dass er jetzt, da es (unverständlich) wird, ins Rathaus einzieht. Es ist so böse, also Viele denken, dass ist jetzt von mir arrogant oder so was, aber das hat mit Arroganz nichts zu tun, das ist einfach Unbedarftheit und er und die freuen sich jetzt, dass sie mal der=d=der Szabados, das ist unsere jetzige Oberbürgermeisterin, eins ausgewischt haben. Das sie sich selber richtig ins Knie schießen - möglicherweise das ist eine andere Geschichte. Das ist sozusagen, ja der Stadtrat hat Gestaltungsmöglichkeiten im Prinzip schon, aber er ist eben doch Spielball der Verwaltung und wenn man sich bloß mal anguckt >räuspert sich< die Verwaltungsvorlagen, das sind ja die, die das meiste

an (unverständlich) bewegen sollen, so solls ja auch so sein. Ähm, von den Verwaltungsvorlagen Minimum, Minimum 90% gehen ohne substantielle Veränderungen durch den Rat. Das heißt also da findet sich immer wer und wens denn mal die Verwaltung ein bisschen schwerer hat, weil sich im Rat jemand auf die Hinterbeine stellt, dann sitzen die das aus. Dann kommt nochmal Trick und nochmal und zum Schluss kommt dann die Keule: Und wenn ihrs jetzt nicht macht, dann geht's den Bach runter, dann sind die Fördermittel weg. Ja, also das äh das Verhältnis von Verwaltung und Rat das ist mies, das ist ganz mies also, ich meine jetzt nicht äh das Binnenverhältnis, sonder das Machtverhältnis. Die Verwaltung ist einfach, die Verwaltung hat das sagen und der Stadtrat ist Stadtrat. Das ist ähm das ist wirklich so.

Interviewer: Würden Sie sagen, dass dieser Gestaltungsrahmen in den letzten Jahren abgenommen hat oder ist es eigentlich gleich geblieben?

Bönisch: Nö, eigentlich ist es gleichgeblieben bei uns. Also unsere Finanzlage ist schon immer schlecht. Jedenfalls schon ganz lange. Und ähm mhm nein, ich glaube das hat sich nicht verändert. Das ist so.

Interviewer: Ähm, >räuspert sich< denken Sie, dass die Förderungen durch Land, Bund und EU ausreichen für die Stadt Halle ähm oder m=m=müssten sie anders verteilt werden? Oder sind sie ausreichend Ihrer Meinung nach? Kann sich also kann Halle immer diesen Eigenanteil für die Förderprogramme aufbringen oder?

Bönisch: Nein. Kanns nicht. Das ist wirklich das interessante. Wir dürfen ja nicht mal, selbst wenn wir könnten. Diese kommunalaufsichtigen Gebaren hier, die sind einfach nur krank. Ich bin nun auch Landtagsabgeordneter und versuche auf der Landesebene dagegen anzukämpfen. Aber das ist unglaublich mühsam, weil dort immer wieder die Beamten das sagen haben und dann irgendwelche Sprüche machen und meine Kollegen Landtagsabgeordnete überzeugen, dass nicht ich Recht habe, sondern die.

Dabei steht im Gesetz drin, Paragraph 90 bei uns in der Gemeindeordnung Absatz 1: Kommunale Haushaltswirtschaft ist auf Dauer auszurichten, also mh Nachhaltigkeit und so. Absatz 2: Wirtschaftlich vernünftig muss es sein und Absatz 3: äh muss in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Und was eine Kommunalaufsicht bei uns macht ist nur das dritte prüfen. Nur das dritte prüfen. Weil da kann zum Beispiel mal, ich habe heute gerade mit jemanden gesprochen, wie ich das vielleicht mal unterlaufen kann, aber mal sehen, ob es gelingt. Also beispielsweise: Hatten wir jetzt gerade ein Problem bei einer Baumaßnahme in einer sehr dicht bebauten Straße, die sehr kompakt, ein bisschen separat liegt. Ähm die Leute dort wissen jetzt überhaupt nicht, wo sie parken sollen, wenn=wenn gebaut wird. Und die haben au- aber schon lange das Problem gehabt, dass sie immer dort durch Fremdparker, weil dort keine (unverständlich) stattfindet dort durch Fremdparker zugeparkt werden und selber dann Knötchen zahlen müssen und so. >räuspert sich< Die Verwaltung sagt dann, wenn solche Einwürfe gegen die Verwaltung gerichtet werden an die werden fast immer nur gegen die Verwaltung gerichtet, der Stadtrat wird der von den Leuten gar nicht wahrgenommen als potenzieller Helfer. Ähm dann sagt die Verwaltung: Ja, wir haben da unser=unsern Plan und wir geben von, was weis ich, von Norden nach Süden äh die Stadt durch und wir können da jetzt nicht überall so was ma=machen, wir haben das Geld nicht. Das Geld für Parkautomaten. Parkautomaten amortisieren sich, ich hab mir das zeigen lassen, spätestens nach eineinhalb Jahren. Spätestens nach eineinhalb Jahren sind die amortisiert. Die Kosten einfach nur die Anschaffung. Inklusive Betriebskosten. >holt Luft< Ähm und wir kriegen von der Kommunalaufsicht verboten welche zu kaufen, das ist doch krank. Ich meine, dass ist doch einfach krank. Wir weil wir kein Geld haben dürfen wir kein Geld einnehmen. Das ist eine Ausgabe, das sind eine wirtschaftlich vernünftige Investition und wir dürfen die nicht tätigen, weil der Paragraph 90 Absatz 3 für die so wichtig ist. Rede ich mit dem Chef der Kommunalaufsicht,

dann sagt der: Ja, ich habe doch gar nicht die Kompetenz im Einzelfall die Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Dann musst du sie dir beschaffen, du bist dazu da als Kommunalaufsicht die Einhaltung der Gesetze zu prüfen. Und wenn du uns zwingst, gegen Wirtschaftsgebot zu handeln eigentlich also wäre der letzte Landesverwaltungsamtchef, den hätte ich (unverständlich) verklagt und jetzt muss ich mal sehen, wie ich damit umgehe. >holt Luft< Die zwingen uns zur Unwirtschaftlichkeit und das ist so krass. Und wenn die dann hören auf=auf der Bundesebene wird eine Schuldenbremse eingezogen was sollen wir machen, aber, wenn sie denken, dass sie damit gut fahren, aber ähm auf der kommunalen Ebene stimmt das einfach nicht pauschal. Es gibt immer, da kann man sagen: Ja, ihr müsstet das Geld sparen, dann bräuchtet ihr keine Kredite aufnehmen dafür, aber mein Gott aber Kredite sind doch in der Welt, ich hab auch Kredite, ich weiß nicht, ob sie auch welche haben, man hat doch Kredite, dass ist doch nichts a priori schlechtes. Kredite nimmt man dann auf, wenn es sich nützlich macht, wenn es nützt und wenns=wenns okay ist Kredite aufzunehmen. Gut, es gibt auch mal Leute die im Engpass mal Liquiditätsproblem haben und (unverständlich) Kredite aufnehmen müssen. Aber normalerweise nimmt man Kredite auf für Investitionen, die man sich leisten kann, um sein Leben zu gestalten und so weiter und so weiter. Genau so sollte die Kommune auch agieren dürfen, dürfen wir aber nicht. Weil die Regel einfach so einseitig interpretiert wird. Und das ist ein- >atmet ein< ein ewiger Kampf und ein elender Krampf. Ähm insofern wird uns dann eben auch noch Gestaltungsspielraum genommen, weil wir einfach nicht dürfen oder im letzten Jahr hatten wir keinen bestätigten Haushalt, wir kriegen aber hier über den Finanzausgleich eine extra Zuweisung, Investitionspauschale genannt, und die Investitionspauschale müssen wir dann natürlich gucken, wenn wir dieses Geld haben, dass wir das möglichst sinnvoll einsetzen, nämlich da, wo die meisten Fördermittel gibt. Also als Gegenfinanzierung für die für die Projekte, wo es den meisten höchsten Fördermittelanteil gibt. Und da ist ja bei uns

die Städtebauförderung beispielsweise im vergangenen Jahr ausgefallen, weil man uns nicht gestattet hat >sarkastisches Lachen< weil man uns nicht gestattet hat, weil wir keinen ausgeglichenen Haushalt haben, dürfen wir Förder=Städtebaufördermittel nicht beantragen, weil das nicht zwingend notwendig ist Städtebauförderung zu betreiben, Städtebau zu betreiben ist nicht zwingend erforderlich. Dient nicht dazu in kürzester Zeit den Haushalt zu konsolidieren und die Schulden abzubauen. So verkürzt wird argumentiert und solchen Leuten müsste man das Handwerk legen, aber das geht nicht, die sind zu mächtig. Und diejenigen, die es interessiert, die sind zu faul sich mal rein zu hängen und mal laut zu werden und mal auf den Tisch zu hauen. Gibt's hier einen großen Wirtschaftsprofessoren, die diskutieren dann für sich und fassen sich an den Kopf, aber die machen nichts. Und äh unsereiner ist dann=steht dann ziemlich auf verlorenem Posten. Also meine Fraktion steht voll hinter mir, aber dann hats sich's auch schon. Also das ist ein schwieriges Problem. Ein wirklich schwieriges Problem. Das man da mal eben Geld in die Hand nehmen muss, um irgendwie zu gesunden. Das geht nicht >wird immer leiser und unverständlicher<

Interviewer: Das heißt sie sind der Meinung, dass der finanzielle die finanzielle Ausstattung oder die finanzielle Handhabung ähm der Kommunen geändert werden müsste, um auch besser oder effizienter Politik zu betreiben und wahrscheinlich auch einen größeren Gestaltungsrahmen zu haben?

Bönisch: Naja. Die=die=diejenigen die aufpassen müssen und das ist ja durchaus, in kleinen Kommunen ist das ja völlig in Ordnung, wenn dann eben in einer kleinen Gruppe von zufällig zusammengesetzten Leuten äh die=die häufig (unverständlich) im Ehrenamt tätig sind oder fast kein Hauptamt (unverständlich), wenn da kein Profi mit drauf guckt, >holt Luft< dann, das da eine Kommunalaufsicht da ist und guckt, dass die nicht ihre Gemeinde gegen die Wand fahren ist völlig in Ordnung. Aber so ein Apparat wie Halle, wir haben unsere eigenen Leute hier, wir=wir

brauchen die Kommunalaufsicht nicht, wir sind Manns genug für uns selber zu denken und zu entscheiden. Aber das äh, da sitzen dann eben irgendwelche Leute drin, die überhaupt keine Ahnung von von Kommunalpolitik haben, die nie Kommunalpolitik gemacht haben, die sozusagen nach dem Buchstaben des Gesetzes, so wie sie es interpretieren, dann uns die Spielräume nehmen. Das ist sehr ärgerlich, wir müssten da schon mehr Freiheit haben als Stadt insgesamt und nicht nur der Stadtrat, sondern die Stadt insgesamt. Wir sind als große Stadt potent genug für uns selber zu entscheiden und, gut wenn wir uns mal gegen die Wand setzen sollten, was auch vorkommen kann, für Demokratie(unverständlich) ist ja nicht auszuschließen. Na gut, dann müssen wir eben gemeinsam auch durch. Dann kriegen wir eben die Zwangsverwalter und dann wird's eben hässlich, aber man muss uns erstmal machen lassen und nicht von vornherein sagen das dürft ihr, das dürft ihr nicht. Und zwar, wenns eben qualifizierte Leute wären, die da säßen, würde ich ja noch akzeptieren, dass die erfahren sind und mh, aber ich erlebs ja tagtäglich das da eben irgendwelche Unbedarftheit regiert und und das leider schon sehr, weils in der Sache so schädlich ist, ne.

Interviewer: Ähm, >räuspert sich< ich käme jetzt zu meinem dritten Fragenkomplex über das politische Handeln an=in, speziell in Halle. Ähm, aufgrund der relativ gleichen Stärke von CDU und SPD im Stadtrat würden Sie sagen, dass es häufig zu Gegenüberstellungen dieser beiden Fraktionen kommt oder ist es mehr die Politik durch Sachpolitiken ähm gekennzeichnet. Also das es übergreifende Koalitionen gibt beziehungsweise Abstimmungen?

Bönisch: Also, wie die kommunalpolitischen Themen ebenso gestrickt sind. Überwiegend äh geht's sachlich zu und äh die (unverständlich) sind nicht etwa SPD und CDU, sondern die Linke sind die stärkste neben uns. Die Linke.

Interviewer: Dann habe ich das irgendwie falsch, >schaut in Unterlagen< ja stimmt, stimmt. Natürlich.

Bönisch: Aber das ist äh trotzdem die SPD hat auch eine starke Fraktion und auch da gibt's die gleichen Erscheinungen. Also ähm es wird relativ wenig verabredet. Äh nur bei in selteneren Ausnahmen, wo man mal was äh mal was stricken kann, wo man sagen kann: Wir machen jetzt mal sowas wie einen Deal ähm, ihr stimmt hierzu, wir stimmen dazu oder so. Das passiert aber relativ selten. In der Regel ist es schon so, die SPD kriegt Recht in Halle kriegt die SPD fast immer Recht. Mal mit der Linken und dem Rest der sich sortiert und mal mit uns und dem Rest der sich sortiert. Da gibt's noch die FDP, das sind die Mitbürger-Fraktion und die Grünen. Ein Kapitel für sich in Halle. Ganz=ne ganz verrückte Truppe. Aber Th- da=da finden sich die Mehrheiten meistens wenn sich zwei Fraktionen zusammenschließen sozusagen oder zwei Fraktionen, zwei von den drei großen, einer Meinung sind, dann gehen diese Meinungen in der Regel durch und das ist wirklich so, die SPD sagt irgendwas sozusagen oder findet irgendwas richtig und das findet entweder auch die CDU akzeptabel oder oder die Linke. Je nachdem, wo die SPD grade sozusagen sich hinwendet. Die SPD ist ja flexibel, die (unverständlich) das eben drauf, die haben das drauf zu sagen, dass das Bildungs- und Teilhabepaket, dass äh von der Bundesregierung das ist immer noch nicht ausreichend und den einen Euro, der am Mittagessen noch fehlt, den geben wir als Stadt dazu, wir haben kein Geld, aber wir geben den als Stadt dazu. Da macht die SPD auch mal mit, mit den Linken dann und so weiter. Und andererseits äh äh, erhöhen wir kurz vor der Kommunalwahl die=die Kita-Gebühren. Weils einfach äh mal wieder dran ist und=und wir da unterm Durchschnitt liegen und so weiter und es also schon einen Handlungsbedarf gibt. Dann macht sie zusammen mit der CDU die Kita-Gebühren hoch äh die SPD ist da sehr flexibel. Aber die vielen anderen Probleme, die sozusagen wenig ideologisch bedingt oder wenig ideologisch tangiert sind, da=da läufst auch mal, wir haben auch

schon mal zusammen mit=mit der Linken die SPD-Oberbürgermeisterin mal richtig ausgebremst in einer ganz speziellen Angelegenheit. Das war dann eine sehr verlässliche Absprache zwischen Links und CDU. Also solche ideologischen Grenzen werden da eigentlich selten deutlich, nun es kommt immer mal was hoch. Klar. Bei der Strassenumbenennung zum Beispiel. Wenn ein alter Kommunist unbenannt werden soll, da sind die Linken wie die Tiere dagegen und finden da (2) x und zwanzig Ausreden. Letztendlich äh geht das sogar so weit, dass sie die Interessen der Unternehmer schützen müssen, die dann bei einer Strassenumbenennung Ihre Kopffelder ändern. >Lacht< Also=also das ist schon richtig lächerlich. Aber so geht's dann eben zu, wenn es konkret an der Sache ist. Ähm, in der Regel parteiübergreifend Mehrheitsbildung, hier mal da, mal da. Eine dauerhafte Koalition gibt's in der Stadt Halle nicht. Gibt's überhaupt nicht.

Interviewer: Ähm, welche sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Halle?

Bönisch: >Holt tief Luft< Baugewerbe, Dienstleistung- Sektor allgemein, mal abgesehen von den wissenschaftsnahen Einrichtungen, dass ist natürlich auch ein riesen ein riesen Bereich, was bei uns wissenschafts- äh also Forschung und=und innovative Produktion. Das ist natürlich in Halle auch ein großer Zweig. Das sind so, denke ich, die drei größten äh Bereiche. Ein bisschen Metallverarbeitung. Aber Dienstleistung, der Dienstleistungssektor ist schon ziemlich stark ausgeprägt also Call-Center und=und was weis ich, große Reinigungsfirmen. Alle möglichen Sachen, was da so äh-Gesundheitswirtschaft ist natürlich auch nicht uninteressant als Faktor. Ich mein die Universitätsklinik, das ist schon ein zentrales Ding und äh ist ein riesen Wirtschaftsfaktor auch. Die=die anderen großen Krankenhäuser, das=das äh, na wie heißt das gleich? Berufsgenossenschaften, ja. Berufsgenossenschafts so heißt das glaub ich ne. Die die Arbeit zu organisieren ist, ja genau Berufsgenossenschaften, dann die haben da das

zentrale Klinikum, eins der zentralen Klinika auch damals groß gebaut, also riesen Krankenhaus, auch das Ave-Marie als Großkr- Also es gibt, also mehrere große Krankenhäuser mit tausenden von Beschäftigten, da sind die auch nicht zu unterschätzen. Ähm, das sind so die wichtigsten, die wichtigsten, denke ich mal.

Interviewer: Wie würden Sie die ähm die finanzielle Situation der Stadt Halle bezeichnen? Oder beschreiben?

Bönisch: Na, sehr schwierig. Sehr schwierig. (unverständlich) Westbau, wir haben ganz gute Konstrukte, wir haben ähm städtische Untehrnehmungen, die sehr gut geführt sind und sehr gut wirtschaften und mit denen zusammen wir äh ganz gute Konzepte aufgestellt haben. Wir haben ähm, auch auf mein Betreiben hin sozusagen, auch aus dem Stadtrat inspiriert, und das ist mal so von=von der Kategorie mal sozusagen äh ein Beteiligungsmanagement aufgebaut, das ist vorbildlich. Wirklich vorbildlich, wir werden, wir schulen inzwischen andere. Und unterrichten von den, von unseren guten Methoden hier. Das wir jetzt sagen, wir sind tatsächlich dabei Konzernstadt zu werden. Ähm und im Zusammenwirken mit den Unternehmen, ja, die für uns auch wichtige Einnahmequelle sein könne, aber stadtgestalterisch mitwirken. >hustet< Haben wir ganz gute Langfristpläne aufgestellt, dass wir eben zum Beispiel bis 2025 unsere Altschulden abbauen wollen. Das gefällt niemanden, alle sagen, wie sollen das viel früher machen, aber das wäre dumm das früher zu machen solange die Zinsen sind, wie sie sind. Ne? Wenn wir jetzt Geld haben und setzen das ein, um einen Kredit zu tilgen, der mit 0,8% finanziert ist, dann wären wir ja blöd anderwärts, was weis ich, 10, 50, 100 bei Fördermitteln Prozent Rendite erzielen können. Um das mal so platt auszudrücken, aber das ist immer so schwer zu sagen, was ist den eine, macht es Spaß, eure Werte sind so schlecht in der Bilanz äh. Wir haben bisher noch keine Bilanz. Die Leistungsbilanz wird mit der Doppikumstellung erst jetzt gemacht. Ein Jahr früher als wir mussten, auch wieder

Druck auf den Stadtrat. Die Verwaltung wollte das natürlich nicht von selbst, also da hat der Stadtrat schon gedrückt. Äh die wollten blocken, die hätten blocken können, wenn sie gewollt hätten. Aber die Unternehmen haben auch gedrängt und gesagt: Komm, komm, komm. Ihr macht hier eure Wirtschaft immer alleine. Wir wollen mal ein bisschen das wir das gemeinsam sehen und dann gemeinsam in der Bilanz erkennen, was es eben heißt aus einem Unternehmen Geld ab zu ziehen. Für uns ist das ja immer sonst wie ins=wie ein Sterntaler, für viele stellt (unverständlich) einfach Geld dar. Das wir dann mit den Unternehmen sprechen, wenn wir ihnen das Geld wegnehmen würde, wird bisher in den Papieren nie deutlich. Und äh darauf haben sie auch mal bestanden zu sagen: Guckt euch mal unsere Bilanzen an, da machen wir mal eine gemeinsame Bilanz und wenn ihr uns das Geld wegnehmt, dann sehen wir, wie sich unsere Bilanz veränd- dabei verhält und wenn die Bilanz sich verschlechtert unter den Kriterien, die wirklich (unverständlich), dann ist das irgendwas schlechtes gewesen, das Geld jetzt raus zu ziehen und das ist ähm das ist=bau=bei uns ein besseres Bewusstsein inzwischen ausgeprägt. Und ich, dass das dann auch nachhaltig wirkt und wir ein bisschen mehr zu Potte kommt, ein bisschen besser klar stehen irgendwann über kurz oder lang. Aber momentan ist die Situation nicht gut. Und es wird immer nur lamentiert, wir kriegen zu wenig Geld von Dritten. Freilich wäre es schöner, wenn wir mehr Geld kriegten, aber wenns denn so ist, muss man sich damit arrangieren und muss gucken, wie man selbst seine Reserven flott macht.

Interviewer: Befindet sich Halle im Nothaushalt, im sogenannten oder?

Bönisch: Ne. Wir werden jetzt wahrscheinlich sogar einen richtig genehmigten Haushalt haben. Aber einen den man mit Fug und Recht Nothaushalt nennen müsste, weil so viele Dinge, die eigentlich anstehen, einfach ausgeblendet werden und von Jahr zu Jahr verschoben werden. Wir schieben da so eine Bugwelle vor uns her, ob das die Ausstattung mit Rechentechnologie

nik ist, ob das die Gebäudeinstandhaltung ist und so weiter. Und wir haben eben alles, einfach alles weggelassen, was sich irgendwie weglassen lies, um einen äh schmucken Haushalt zu kriegen. Aber das ist so eine Sache, dass muss einfach eine Kommunalaufsicht erkennen, dass das nicht gut ist, was wir da machen. >holt Luft< aber, die sind zufrieden >immer leiser werdend<, wenn wir einfach das Geld nicht ausgeben. Also insofern befinden wir uns schon in einem akuten Nothaushalt, der aber erst einmal nicht so heißt.

Interviewer: Mhm. Ähm, denken Sie, dass Halle immer noch ein Imageproblem hat?

Bönisch: Ja. Ganz eindeutig. Ja.

Interviewer: Mehr intern in Halle oder mehr von außen auf Halle?

Bönisch: Sowohl als auch. Also, ich sag mal, äh aus der Fernwahrnehmung hat kein Image. Von daher kennt keiner, von daher ist es ähm nicht so schlimm. Und im Lande hat Halle eigentlich ein ziemlich schlechtes Image, durchwachsen, also die Leute gucken schon sozusagen mit Neid auf das was wir in Halle so machen und was wir so haben und so weiter. Aber die Außenwahrnehmung der Stadt speziell ist natürlich katastrophal gewesen in letzter Zeit, da haben sich eben die Oberbürgermeisterin gestritten und das war das was nach Außen kam: In Halle wird gestritten. Wir haben grade im letzten Jahr bei den Beigeordnetenausschreibungen ähm kaum noch Bewerbungen gehabt. Es will keiner mehr zu uns. Das ist ein deutliches Indiz dafür, wie das Image der Stadt ist. Also früher hatten wir wenigstens 100 Bewerbungen bei jeder Ausschreibung eines Beigeordneten und jetzt haben wir mal grad ein Dutzend oder so. Und ja, das Imageproblem hat die Stadt Halle ganz eindeutig. Also >holt Luft< ja, und auf speziellen Gesichtspunkten mags gehen, also das Vermarkten der Händelfestspiele das läuft inzwischen einigermaßen gut, weil man weis, wo die Zielgruppen sitzen. Die geht man schon ziemlich kon-

konkret gezielt an, aber das ist schon alles. Darüber hinaus ist hier ein Wald und Wiesen Image und und äh wird immer wieder, wenn man mal was gutes macht, wird's hintenrum wieder eingeschubst. Mpf, also das Imageproblem ist aus meiner Sicht da, ja.

Interviewer: Ähm. >räuspert sich< Gibt es Netzwerke, die Sie persönlich ähm nutzen für die, also stadtübergreifend nutzen für ähm ja, vielleicht für Problemlösungen zu finden, ähm sich auszutauschen innerhalb der Partei oder aber auch außerhalb der Partei als Stadtratsmitglied?

Bönisch: Kaum. Kaum. Also wir haben ja, wir haben ein Netzwerk. Das heißt kommunalpolitische Vereinigung der CDU. Und da gibt's einen Arbeitskreis "große Städte und da treffen wir uns mehr oder weniger regelmäßig also mindestens einmal im Jahr ein Wochenende. Nur reicht das eigentlich nicht aus und bleibt auch immer an der Oberfläche und konkreten Austausch mit Einzelnen kann man relativ schwer betreiben, weil weil man die Akteure wenig kennt und dort nur zufällig Leute dabei sind, die den gleichen Horizont haben, wie man selbst, die also wirklich, dass was ich fragen will auch mit=mit diskutieren können. Das sind häufig andere Spezialisten oder oder überhaupt Generalisten, die eher Fraktionsvorsitzende sind als als Fachleute in irgendeinem Bereich. Was ja auch seine Legitimation hat, soll so sein bei denen, aber insofern findet man relativ wenig eine Gesprächsebene die=die wirklich was bringt. Wenig. Also es gibt den prinzipiellen Austausch, aber es ist nicht sehr ergiebig.

Interviewer: Okay. Ähm. >Interviewpartner fällt ins Wort<

Bönisch: Was=was allerdings funktioniert ist unser Zahlenaustausch. Der ist gut. Also die ostdeutschen Großstädte, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, die ostdeutschen Großstädte die liefern ihre bestimmten Kennzahlen jährlich ab. Und dieser diese Zahlen, dass ist schon nicht schlecht. Man, die sind zwar nicht ausreichend gegeben erst mal nur trennt wieder, weil sie viel zu (unverständlich) sind, man nicht genau weiß, was dahin-

ter steckt. Aber sie können Inspiration sein für weiteres Arbeiten was aber eben leider auch nicht in dem Maße stattfindet. Und wenn dann von Verwaltung und die Verwaltung sind da in der Regel nicht offen. Also das hängt wirklich damit zusammen, dass in solchen Geschichten die KGST oder=oder Städte- und Gemeindebund oder Städtetag das sind nur die Verwaltungen immer nur untereinander und und=und=und wenn die dann mit Erkenntnissen wieder kommen dann sagen die: Ohh, was für mich nicht so gut ist, dass werde ich doch hier nicht an die große Glocke hängen. Das verschweige ich doch dann lieber. Wenn ich jetzt höre, dass andere das und das besser machen, kann ich mich vielleicht bemühen, aber wenn es mir erstmal nicht passt, muss ichs nicht. Es weis ja keiner. Also die äh diese=die=diese Netzwerke sind alle verwaltungsorientiert. Das Stadträte sich irgendwie treffen, das ist eher zufällig und ja von daher. . . Auch nach meiner jahrelangen Praxis, dann hat man mal jemanden kennen gelernt und wusch ist der weg. Dann kommt wieder jemand neues und es ist schwierig.

Interviewer: >räuspert sich< Ähm, nutzen Sie irgendwelche Weiterbildungsmaßnahmen speziell für Lokalpolitik oder Kommunalpolitiker? Also ich weis, dass zum Beispiel die Konrad-Adenauer-Stiftung a- häufig Seminare anbietet in für=für Sachsen-Anhalt weis ichs jetzt nicht >Interviewpartner unterbricht<

Bönisch: Da machen wir (unverständlich). >Interviewer lacht< Ich sag mal so, in Kommunalpolitik muss mir keiner was erzählen. Natürlich kann ich hier und da was lernen, mach ich auch gerne, aber das sind dann eben die äh spezifische Lösung vor Ort. Also das System und das Prinzip das äh das kennt man. Schwachpunkte kennt man, prinzipielle Stärken kennt man und dann gu- mal zu profitieren von anderen ist wirklich darauf beschränkt, wo die ihre Ideen mal eingebracht haben und mal was anderes was neu machen. >holt Luft< Und wie gesagt, dass passiert zu wenig systematisch.

Interviewer: Also würden Sie sich m=m=m ja eine Ne=Netzwerkverbindung unter Stadträten wünschen? Oder eine intensivere?

Bönisch: Also wenn mans genau nimmt eigentlich nicht. Ähm, weil weil das wäre auch wieder mit viel Aufwand verbunden und die Stadträte in so einer großen Stadt wie Halle sind eigentlich am Limit, also jedenfalls, na gut, ich sag mal so, ich als Fraktionsvorsitzender äh ich=ich könnte nicht sowas auch noch machen. Also das geht gar nicht. Die Zeit reicht nicht vorne und nicht hinten. Ähm, wenn man so Spezialisten hat und die sich mal treffen in bestimmten Belangen, dass wäre sicherlich sinnvoll. Ja, dass muss man sagen. Wenns sowas gäbe, speziell auch Arbeitsgruppen, die bestimmte Themen mal ganz spezifisch behandeln. Und wirklich mal in die Tiefe gehen und nicht bloß immer oben drüber plätschern. Das könnte ich mir durchaus vorstellen, da wäre allerdings aus meiner Sicht mehr mehr gefragt, jemand der es veranstaltet als das es (unverständlich) funktionieren muss. Also da ist die Inspiration häufig nicht groß genug sozusagen der Leidensdruck nicht groß genug, dass man möglicherweise was nicht weiß, was andere machen. Ähm, da wäre eben das wirklich wünschenswert wenn eben Städte- und Gemeindebund beispielsweise mal sowas anböten. Aber dann hat man immer wieder das Problem, dass die Leute, der die Problemfälle (unverständlich) nicht so gut vergleichbar sind. Das müsste man eben dann wirklich für Käte=Kategorien von Gemeinden machen, also jetzt mal für die großen Städte, die die auch gleichzeitig Kreise sind. Ja? Wo habt ihr eure Probleme, wie ausgeprägt? Und wir kennen eine tolle Lösung und bieten wir euch mal an. Guckt mal wie ihrs durchsetzen könnt. Das wäre schon ganz wünschenswert, ist mir aber kaum bekannt, dass es sowas gibt.

Interviewer: Ähm, >räuspert sich< Meine letzte Frage wäre was Sie denken, was müss- sind die zukünftigen Herausforderungen der Stadt Halle beziehungsweise wie müsste versucht werden die finanzielle Situation zu verbessern? Oder auszugleichen? Was müsste dafür getan werden?

Bönisch: Also in erster Instanz ganz klipp und klar die Effizienz der Verwaltung zu steigern. Wir haben einfach zu viel Personal. Das die Personalkosten sind so immens, jetzt habe wir eben ja, ich habe ich habe eine Arbeitsgruppe angeregt, das w=war mein Wunsch an den Innenminister, ich bin auch Mitglied im Innenausschuss im Landtag, Arbeitsgruppe Kommunal- also Kommunal финанzen, also die Stadt für die Stadt Halle, Haushaltskonsolidierung für die Stadt Halle. Mit dem Blick natürlich darauf, dass ich selbst Oberbürgermeister sein würde und dann wirklich mal dort äh mal mitreden könnte und ein bisschen Tacheles reden könnte. Nun hats diese Arbeitsgruppe hat sich diese Arbeitsgruppe gebildet und was ich immer gerne wollte, war, dass die Kommunalaufsicht selbst konstruktiver an der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle mitarbeiten soll. Bisher, dass müssen Sie sich vorstellen, wir machen einen Haushalt, den beschließen wir, die Verwaltung schickt ihn weg, nach 6 Wochen, wirklich nach 6 Wochen, häufig dann abends um 19 Uhr per Fax oder sowas kommt dann von der Kommunalaufsicht äh ja und dann fangen wir wieder von vorne an zu überlegen. Dann überlegen wir wieder einen Monat oder zwei und dann schicken wir das wieder weg und dann wird wieder von der Kommunalaufsicht, nach 6 Wochen, so oder so. In den letzten Jahren hatten wir nie einen bestätigten Haushalt und wenn dann im Oktober. Das ist also praktisch kein Haushalt gewesen, mit dem wir arbeiten konnten. Und ähm und das sollte eben mal durch konstruktives Mitwirken müssen, das also die Kommunalaufsicht, die soll ja den Kommunen helfen den Haushaltsausgleich wieder hinzukriegen und so weiter und vernünftig zu arbeiten. Machen die aber nie, weil sie immer nur hinterher beurteilt was wir gemacht haben. Die werden nie (unverständlich) macht doch mal das. Jetzt haben sie irgendwann, nach Jahren, haben sie jetzt geschrieben: Macht doch mal ein Personalentwicklungskonzept. Na Bingo! Das haben wir schon lange und äh das hätten sie uns nicht sagen müssen. Aber das die mal selbst so einen Hinweis geben, das würden wir akzeptieren können. Das nicht. Aber denkt doch mal hier drüber nach,

das wär ein gutes Signal oder- Sowas, das findet einfach nicht statt. Das soll die Arbeitsgruppe leisten. Die Arbeitsgruppe hat sich nun entschieden: Ja, wir können doch für euch nicht die Arbeit machen. Nehmt ihr mal auf eure Kosten eine Berater. Das ist dann der, den ihr freiwillig bezahlt und der macht, was ihr wollt und der nicht das sagen hat. Kein äh Notverwalter oder Zwangsverwalter, sondern eben einer, den ihr euch nehmt. Ja, dass ist wieder die Beratung, die habe ich mir genauSO wie immer gewünscht. Na gut, jetzt haben wir dann die Inspiration einen Berater zu nehmen, wir hatten schon zweimal einen Berater, wir hatten einen ganz namhaften, also hatte jemanden geschickt, so weis ich bis heute nicht, was wirklich rausgekommen ist, weils nie richtig ausgewertet worden ist, was sich in der Verwaltung verändert hat durch diesen Mann, der lange hier war, also teuer. Und dann hatten wir vorher diese Supertruppe hier, wie heißen die denn? Deutschlandweit die berühmteste Beratungsfirma mhh ist egal, jedenfalls so eine ganz ganz renommierte Be- Roland Berger. Roland Berger. >seufzt< Effekt schwer abzuschätzen, weil wir nie die Resonanz aus der Verwaltung gekriegt haben, was hat sich denn jetzt wirklich aufgrund der äh Aussagen geändert. Und jetzt kriegen wir wieder einen, der kommt jetzt von der KGST, die haben ja inzwischen eine neue Qualität, kann man vielleicht so sagen. Aus der Ferne liest sich das so. Und dann hoffe ich, dass der wirklich ähm einerseits seriös ist und fleissig und andererseits eben tatsächlich auch kompetent Wissen und gute Lösungen anderenorts, das=dass was bei uns nicht selbst passiert diese Benchmarkvergleiche, dass der damit kommt. Dass der also wirklich diese best-practice Lösungen, wie man das immer so sagt, das der die kennt und dann auch uns genau daraufhin prüft, was wir da machen können. Das müssen wir jetzt wieder extern machen lassen das ist die Hilfe die uns die Kommunalaufsicht aufdrückt. Und dann gibt's jetzt große ZweifLER, nämlich bei der Linken. Zum Beispiel die also sagen, oder bei den Grünen, dass sind bei uns die, die sind linker als die Linken: Ähm, das brauchen wir alles nicht, wir können das selber,

die wollen uns nur unser schönes Halle kaputt machen. Äh, weil der bis zu 200.000 Euro kosten könnte. Mein Gott, findet der Mann eine einzige Stelle, die wir sparen können, hat sich das nach fünf Jahren schon gelohnt sozusagen. Also, und der wird mit Sicherheit mehr finden als eine. Also insofern, da die Verwaltung das aus eigene Kraft nicht tut, der neue Oberbürgermeister denkt gar nicht dran sowas zu machen, der äh gut. Also, dann ist es gut, wenn wir jemanden von außen uns kaufen, wenigstens der Effekt ist eingetreten, aber das ist schon die ganze große Hilfe der Kommunalaufsicht. Wir sind in harten Zeiten, die bleiben absehbar hart.

Interviewer: Ja, dann danke ich vielmals für das Gespräch.

**Interview 8: Transkription des Interviews mit Klaus Lorig (CDU),
dem Oberbürgermeister der Stadt Völklingen**

- 7. März 2012, 10.00-11.00 Uhr

Interviewer: Also die wird sich auch bestimmt noch widerspiegeln, weil es ist also man ich stelle halt jetzt fest, um Lernprozesse zu vollziehen, muss man halt einen gewissen Gestaltungsspielraum haben. Und bis jetzt ist es halt so, dass mir alle äh so sei es aber von der Verwaltung a=als auch politische ähm also Ra- Stadtratsmitglieder gesagt haben, dass der Spielraum mittlerweile so eingengt ist, dass sie sich mehr als ausführendes Organ empfinden. Und ähm dann muss ich natürlich sagen: Okay, wenn man wirklich nur noch Landes- und Bundesrecht umsetzt, dann kann es s- schwer ist es nur noch in einem ge- sehr, sehr gewissen Rahmen möglich ähm, ja, eigene=eigene Ideen einzubringen. Und natürlich der finanzielle Rahmen sch- ähm engt das natürlich, das Ganze auch unge- enorm ein. Deswegen ähm muss man gucken, inwieweit man das noch ähm weil rein vom=vom Gesetzestext die Selbstverwaltung, also rein daher müsste es eigentlich Spielraum geben. Und die freiwilligen Aufgaben, die es ja immer noch gibt, ähm bieten auch diesen Gestaltungsspielraum. Aber aufgrund der finanziellen Lage ähm, gerade in Kommunen in Nordrhein-Westfalen merkt man das ähm, die äh, ja, beschweren sich darüber.

Lorig: Ja, da ist es noch ein bisschen schlimmer als bei uns.

Interviewer: Ja.

Lorig: Das muss man fairerweise zugeben. Ja, e=es über die finanzielle Lage kann man also stundenlang reden.

Interviewer: >Lacht< Das ist wahr. Ähm ich hatte ja Ihnen so diesen Fragebogenüberblick geschickt.

Lorig: Ja.

Interviewer: Ähm, ich will das-

Lorig: Ich weiß gar nicht, warum ich den jetzt nicht habe. Aber ist egal, machen wir mal.

Interviewer: Ich kann, also-

Lorig: >fällt ins Wort<Nee, machen Sie mal.

Interviewer: Ich will Ihnen eigentlich nicht die genauen Fragen geben, weil ich die sowieso immer-

Lorig: >fällt ins Wort< Nee, fragen Sie einfach und ich gebe Ihnen Antworten.

Interviewer: Genau.

Lorig: Und Sie können es nachher zuordnen.

Interviewer: Ähm was denken Sie, sind die wichtigsten Probleme oder Aufgaben für Völklingen, auch im g- Sinne des strukturellen Wandels? Ähm natürlich auf der einen Seite der Verlust vieler Arbeitsplätze durch ähm den, ja, Untergang oder den Be=Bedeutungsverlust der ähm des Bergbaus. Aber sehen Sie auch andere Probleme oder Probleme, die darauf sich entwickelt haben?

Lorig: Also m=man kann das auffächern in vielleicht vier Komponenten: Äh der Niedergang war ja das Ergebnis erstens mal der Entwicklung im Bergbau, die ja schon in den 60er Jahren begonnen hat. Wo die erste Bergbaukrise im Saarland war. Die sich durchgezogen hat und für Völklingen Auswirkungen hatte, aber die man auch äh handeln konnte, weil äh im anderen Standbein der Montanindustrie, also im Stahlwerk, ja zunächst alles relativ positiv zu laufen schien. Und dann hat sich in dieser Niedergang der Stahlindustrie 1986 hat sich dann massiv ausgewirkt, negativ ausgewirkt. Äh dort ist dann die Arbeits-äh-Platz- der Arbeitsplatzverlust von rund ehemals 17.000 Mitarbeitern auf rund 4.000 gekommen. Der=der Konkurs des Unternehmens, der bis Anfang dieses Jahrhunderts gedauert hat. Und äh das hat natürlich dazu geführt, dass erstens

Arbeitsplätze abgebaut worden sind – auf einen Schlag haben die Menschen in der Stadt gefehlt, die dort äh nach der A- Schicht eingekauft haben. Äh die hier äh gegessen und getrunken haben. Ähm diese logische Konsequenz, dass damit auch Geschäfte keinen Umsatz mehr gemacht haben und damit auch in die Pleite gingen. Der zweite Punkt war, dass dieser Arbeitsplatzverlust bei vielen Menschen, die hier in der Region leben, zu sozialen äh Problemen geführt hat. Ähm deshalb sind wir auch nach wie vor eine Stadt mit erhöhter Arbeitslosenzahl im Saarland und mit vielen sozialen Verwerfungen in der Folge dieser Entwicklung. Der dritte Punkt: Die äh Migrantenproblematik, die sich ergeben hat. Die hat sich insofern doppelt äh verschärft, weil viele Migranten ähm hier in Völklingen natürlich beschäftigt waren. In dem Irrglauben damals, dass die ja wieder zurückgehen, und man viel zu spät erkannt hat, dass diese Menschen dort eine neue Heimat gefunden haben und sich eigentlich hier auf Dauer niederlassen. Und dass man dann jetzt von Bundesebene dieses Thema überhaupt nicht behandelt hat, das Thema Integration, sondern über Jahrzehnte versch- verpennt hat, sage ich mal. So. Das- äh die Nachwirkungen haben wir heute auch noch. Und dann in der Folge all dieser Dinge äh, dass die Stadt dann finanziell Probleme bekam - Gewerbesteuer - und aufgrund der sozialen Entwicklungen auch geringere Anteile an Umsatzsteuer und Einkommenssteuer. Und damit kamen wir äh in dieses Dilemma rein, dass die Einnahmeseite bei uns weggebrochen ist. Und praktisch hängen wir am Tropf von= von Saarstahl, das muss man einfach mal so sehen: Eines großen Gewerbesteuerzahlers. So, das ist die=die Ausgangsposition. Dann kamen in der Folge dieses Niedergangs zwar zu Beginn der 90er Jahre das Weltkulturerbe, was für uns damals eine heiße Diskussion war. Ich war damals im Stadtrat und im Regionalverband, also im jeweiligen Landkrei- äh im früheren Landkreis, heute im Regionalverbandstag, wäre das. Und wir hatten eine heiße Diskussion zwischen den sogenannten Plattmachern, das heißt, die alles niederwalzen wollten und dann ein super Einkaufszentrum, so wie in Neunkirchen.

Oder denen, die gesagt haben, das ist kulturwirtschaftlich die Zukunft. Und da haben wir also intensiv gekämpft, äh dieses Weltkulturerbe auch- oder diese=diese Hütte zu erhalten. Und das ist nachher bestätigt worden durch die Erhebung zum Weltkulturerbe. Das war für uns insofern ein Problem, dass wir nur teilweise Einfluss nehmen konnten auf dieses äh auf die Entwicklung des Weltkulturerbes, äh ist ja auch eine Landesgesellschaft. Aber es hat sich relativ gut äh bis heute entwickelt und ist für die Stadt ein Zukunftsfaktor. Das muss man einfach so sehen. Äh erstens durch die Arbeitsplätze, zweitens durch die Menschen, die in die Stadt kommen, oder ich sage mal, ins Weltkulturerbe kommen. Ich muss das differenzieren. Ins Weltkulturerbe kommen. Und ähm die dann auch immer eine=eine gewisse Summe vor Ort lassen. Das ist- sind statistische Erhebungen, wo man weiß, wenn ein- wenn jemand kommt, der lässt einen Betrag X immer in der Stadt hängen. So, und jetzt haben wir genau dieses Problem: Auf der einen Seite hat die Stadt diesen Niedergang der Stahlindustrie in den 90er Jahren praktisch ohne Gegenwehr zur Kenntnis genommen. Man hat wie das Kaninchen vor der Schlange da gestanden und hat keine Gegenstrategie richtig entwickelt. Äh es gab Ansätze ähm, was die Revitalisierung der=der Brachflächen äh angeht. Es gab Ansätze in der Stadtentwicklung, aber es gab keine konsequente Umsetzung. Und das hat natürlich äh das „Leiden“ verzögert: Es gingen noch mehr Geschäfte kaputt. Äh der Umsatz war nicht mehr da, es waren nicht mehr genug Leute da. Und die Gegen- wie gesagt, die Gegenstrategie hat gefehlt. So, und jetzt stellen wir uns vor, auf der einen Seite entwickelt sich ein Weltkulturerbe, wo die Busse hinfahren, aber der Weg in die Stadt ist nicht da. Unglückseligerweise steht genau, praktisch wie so ein Staatsgefängnis, der Globus in der Mitte. Und diese=diese Bausünde von damals, ich will da keinem einen Vorwurf machen, auch nicht den Ratsmitgliedern, die damals die Hand gehoben haben. Man hat geglaubt, man saniert damit die Stadt. Aber man hat eine=eine riesen Mauer gebaut zwischen dem Weltkulturerbe und der=und der Stadt, wo

die Bewegung einfach gehemmt ist. Und in der Straßenverkehrsführung ist es dann so gewesen, dass man praktisch den Eingang in die Stadt bis heute nicht so richtig erkennt. Und wenn man vom Bahnhof hochfährt, fährt man links rum und ist eh man sich verguckt in Bous.

Interviewer: Das stimmt auch, ja. >Lacht<

Lorig: So, genau diese Problematik, die haben wir immer wieder vor Augen gehabt. Wir haben gesagt, wir müssen dort auch anfangen. Aber bei der Vielzahl der Projekte, die wir hier haben: Aus finanziellen Gründen kann man nicht alles machen. Man muss also schrittweise vorgehen. Aber was wir erkannt haben: Wir müssen in der Stadt eine Sanierung vorantreiben, damit die Menschen, die ins Weltkulturerbe gehen, einen Grund haben, auch in die Innenstadt zu gehen. Überhaupt mal den Grund zu schaffen. Eine Stadt mit 40.000 Einwohnern hat kein Hotel. Wir haben relativ wenig Gastronomie im Innenstadtbereich. Wir haben keine Attraktionen zu bieten, wo die Leute nachher noch hingehen sollen. Wohin sollen sie gehen, wenn sie nicht mal Eis essen können, wenn sie keinen Platz haben, wo sie sich hinsetzen können und so weiter. Und das war äh, jetzt damals rede ich nur von meiner Zeit, für mich so der Ansatz zu sagen, wir müssen äh strategisch die Stadt neu ordnen, die Innenstadt attraktiver zu machen, um diese Dinge umzusetzen. Und da haben wir gesagt, wir brauchen ein Hotel, wir brauchen wieder ein- eine Belebung der Innenstadt. Dem Globus muss wieder ein anderer Pol zugeordnet werden. Dieses City Center, das Sie hier jetzt gerade im Bild sehen, das praktisch am anderen Ende der Straße steht.

Interviewer: Und da- wo der Kaufhof war?

Lorig: Richtig. Genau. Und dann sollen dieses Einkaufszentrum hinkommen.

Interviewer: Okay.

Lorig: So. Da fangen wir am 2. April jetzt mit dem Abriss dieses Kaufhof-Gebäudes an. Die Philosophie dahinter ist, dass wo diese zwei Pole dann

sind, die Menschen sich i- im Zwischenbereich bewegen wieder. Und dadurch halt eben auch die Rathausstraße aufgewertet wird. Und wenn das der Fall ist, wird es wieder dazu kommen, dass zusätzliche Geschäfte kommen, dass sich die Gastronomie belebt. Und wir wieder was haben, wo jemand, der im Weltkulturerbe ist, er sagt, wir fahren noch gerade in die Stadt oder gehen noch in die Stadt und äh können dort noch ein bisschen sitzen, können noch ein bisschen bummeln, können noch ein bisschen Eis essen oder=oder zum Mittag essen oder sonst irgendwas. Das äh ist der=der Gesamtansatz, den wir eigentlich verfolgen und der für uns so praktisch der Ursprung äh ist von allem, was wir in der Innenstadt machen. Und hinten dran äh, also praktisch hier hinten dran äh, ist eigentlich die Wiege unserer Stadt, von 822, und dort haben wir gesagt, dort wollen wir eigentlich so ein, ja, ein=ein=ein Licht-äh-Zeichen setzen, indem wir diesen Platz neu gestalten. Dort denkmalartig das Ganze äh aufwerten. Da sind wir im Moment in der Planung. Äh das heißt, die Planung ist abgeschlossen, wir warten nur auf die Zuschussprogramme. Dann könnte man eine Verbindung schaffen von diesem Platz hinten dran, könnte hier außen rum gehen, durch dieses äh neue Einkaufszentrum die Straße runter zum Weltkulturerbe und hätte dann rund 1.000 Jahre überbrückt. Ja? Denn hier steht die Eligius-Kirche noch als sehenswerte äh=äh Ereignis von 822. Praktisch von äh der Gründung der Stadt Völklingen bis zum äh Weltkulturerbe, zur Gründung der Stahlindustrie.

Interviewer: Aber kommen dann nicht die Bahnlinien?

Lorig: Die müssen wir unterqueren. Die läuft hier hinten dran vorbei. Und hier=hier unten, oder praktisch Moment, ich kann es Ihnen genau zeigen, ich habe ja- Wenn man das City Center hier betrachtet, jetzt gucke ich mal gerade hier, hier sieht man es am besten. Etwa hier. Diese St- neue Straße, wenn man die weiter führt, die geht hier runter, und hier unten ist ein=eine Unterführung.

Interviewer: Okay.

Lorig: Und hier hinten dran, genau dort, liegt dieser Platz der ehemaligen Martinskirche. Und dort war praktisch der, vermutet man, der sogenannte Kaiserhof damals, wo die=wo die äh Stadt praktisch sich entwickelt hat. An der Saar direkt als erste Siedlung. Und dann ist sie hier hochgewachsen.

Interviewer: Okay.

Lorig: Das hier, wo das alte Rathaus jetzt steht, das war außerhalb der Stadt damals. Das ist ganz interessant. Als das Rathaus gegründet worden ist, hat man das gebaut, weil die Stahlindustrie schon die ersten Wirkungen hat: Hier unten lag die alte Stadt. Und dann ist dieses alte Rathaus gebaut worden an einem neuen Platz und die Stadt hat sich dann hier hoch entwickelt.

Interviewer: Okay.

Lorig: So. Und äh=äh von daher geht die ganze strategische Überlegung dahin, zu sagen: Diese Straße hier, diese, das ist die Rathausstraße, die endet unten am Globus, wo wir den neuen Kreisel gebaut haben.

Interviewer: Ah, da parke ich.

Lorig: Ja. So, und wenn man diesen Kreisel betrachtet, der ist wichtig und korrespondiert dann, weil von dort alle äh=äh Wege abgehen. Auch diese neue Straße, die wir jetzt bauen, die Planstraße, geht nur bis hier hin. Die biegt dann hier ab und geht hier runter. So. Und das wird alles überbaut, deshalb bauen wir die neue Straße hier runter äh, als=als neue Verbindung praktisch von einem Kreisel zum anderen.

Interviewer: Dann würden Sie sagen, dass ähm die=die, ich sage mal, extreme Situation in Völklingen dem geschuldet ist, dass zu spät gemäß etwas, also entgegengewirkt wurde dem=dem Verlust der=der Stahl- und Kohleindustrien? Oder denken Sie, dass es andere Gründe hat?

Lorig: Nein, äh, ich=ich denke schon, dass wir äh zu spät mit einer konsequenten Planung angefangen haben – äh in den 90er Jahren. Aber dazu kam natürlich auch die äh starke finanzielle Situation, dass man geglaubt hat, wir können oder wir müssen nur einsparen, statt äh=äh auch zu sagen, wir müssen auch Geld ausgeben. Wir müssen in die Stadt investieren, weil das auf Dauer äh finanziell besser ist. Dann kriegen wir auch einen=einen Rückfluss. Das sind zwei Komponenten, die sich äh entwickelt haben. Dann gibt es noch eine Entwicklung, weil Sie ja auch gefragt haben, wo man vielleicht die Hemmnisse in der Stadtentwicklung sieht: Aus meiner Sicht ist das Sanierungsrecht im Baugesetzbuch nicht ausreichend. Ich trete ganz eindeutig für einen klare Enteignungs- schnelle, klare Enteignungsmöglichkeit ein. Diese Initiative haben wir als Stadt auch schon mal ergriffen. Die ist bis in den Bundesrat gekommen und dort gescheitert. Ich war damals wie heute auch Präsident vom Städtetag hier im Saarland und habe über den Städtetag ähm das englische Modell eigentlich propagiert, da gibt es einen Compulsory Purchase. Und damit haben die Engländer äh Städte wie Liverpool, Birmingham und so weiter relativ gut saniert. Das funktioniert jetzt ganz simpel nach dem Prinzip: Äh man sieht eine- ein=ein Problem in der St- Innenstadt und sagt zu dem Hauseigentümer, pass auf, du hast drei Jahre Zeit und dann hast du saniert nach den Vorgaben der Stadt. Wenn der sagt, ich kann nicht oder ich will nicht, dann wird er enteignet. Und damit wird nach dieser Zeit oder sofort die Enteignung ausgesprochen. Die Stadt wird Eigentümer und ist verpflichtet, innerhalb dann einer bestimmten Zeit diese Sanierung zu vollziehen. Und dieses Zugriffsrecht, diese Schnelligkeit im Zugriff, hat in England dazu geführt, dass man sehr flott äh=äh strukturelle Veränderungen in Gang setzen konnte. Bei uns geht das nicht. Bei uns gibt es so ein sogenanntes Modernisierungsgebot, das aber ein stumpfes Schwert ist. Mit dem kommen wir nicht weiter. Ist auch nirgendwo in der Bundesrepublik wirksam umgesetzt worden, weil die Möglichkeiten der Verweigerung einfach da sind. Und ich möchte auch sagen, Enteignung

heißt ja immer zum Gutachterpreis. Das heißt, nicht einfach wegnehmen und da gibt es nichts.

Interviewer: Ich denke, Enteignung hat halt auch in Deutschland noch häufig diesen negativen Beigeschmack aufgrund der Enteignungen in- im äh ehemaligen DDR.

Lorig: Richtig. Ja. Aber ich weiß=ich weiß, dass jetzt eine Initiative äh auf Bundesebene läuft, im Bauministerium, weil man – vielleicht ist das der- die Saat, die langsam aufgeht – weil man jetzt erkannt hat, dass man dort einfach stärkere Zugriffsmöglichkeiten braucht. Das hindert einen, weil die Leute ja versuchen, im Sanierungsgebiet zunächst mal (unverständlich). Die sagen, das Sanierungsgebiet, da passiert was, also ist mein Haus zunächst mal Spekulationsobjekt und dann fordern wir.

Interviewer: Ja.

Lorig: Ich kann das jetzt bremsen, indem ich sage: Du darfst zwar dein Haus verkaufen, aber den Preis bestimmt die Stadt – über den Gutachterpreis. Dann sagen die, dann verkaufe ich nicht. Und genau jetzt stehe ich wieder am Anfang. (Unverständlich). Und genau an diesem Punkt muss man sagen, und du wirst verkaufen. So viel- so lange hast du Zeit und dann verkaufst du. Und diese Sache ist damals wie gesagt gescheitert, eher an den Juristen, nicht an den Bauleuten. Die erkannt haben, äh meine Partner in Gelsenkirchen und andere dort oben, äh mit denen wir im Stadtumbau West (unverständlich) immer unterwegs waren. Die haben das sehr wohl gesehen und nur Bremen und das Saarland waren im Bundesrat dafür, die anderen haben abgelehnt – leider. Aber ich sage, das ist ein Hemmnis äh, dass man – nur im Sanierungsgebiet – äh mit den Zugriffsmöglichkeiten noch ein bisschen, ja, was arbeiten muss, ein bisschen verschlafen.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass die deutschen Kommunen- ähm oder dass Sie als Oberbürgermeister in der Gemeinde Völklingen äh genug Hand-

lungsspielraum haben, um ähm, ja, beispielsweise die Stadtsanierung nach eigenen oder nach besten Vorstellungen für Völklingen zu gestalten? Oder denken S- oder auch in anderen Bereichen.

Lorig: Also ich beziehe es jetzt nicht auf die auf das Organ Bürgermeister, sondern auf die Stadt, also mit=mit dem Rat.

Interviewer: Ja?

Lorig: Ähm im Grundsatz ja. Aber wenn es um Fragen von Zuschüssen geht, wird es schon ein bisschen enger, ein bisschen problematischer, weil dann bin ich gebunden an Vorgaben des Bundes und des Landes. Und diese Vorgaben des Bundes sind sehr pauschal einerseits, aber auch andererseits zu konkret in der Umsetzung. Wir erleben oft, dass uns Zuschüsse verweigert werden, weil wir bestimmte Komponenten nicht berücksichtigen. Wir streiten dann darüber, was für die Stadt sinnvoll ist. Entscheidend ist oft das Ministerium, das sagt, das macht ihr nicht. Das heißt, da ist unsere Gestaltung äh zumindest (unverständlich). Da können wir auch nicht mehr in vollem Umfang selber gestalten. Da wäre mir ein bisschen mehr Freiheit lieber. Mir wäre auch bei der Zuschussgewährung ein bisschen mehr Freiheit lieber, weil das oft die Zeitspanne hemmt. Bis wir da mal in äh oft einen Zuschuss bekommen oder bis der genehmigt ist, bis der durch die Verfahren durchgeht, hätten wir schon längst gebaut. Äh da haben wir mehrere Beispiele, die die Stadtentwicklung hier gehemmt haben. Ich will Ihnen eines nennen. Dieses Gebäude, Kaufhof-Gebäude: Der ursprüngliche Eigentümer, den habe ich zu einem Gespräch gebeten am 1. Mär- am 2. März 2003. Mein Amtsantritt war 1. Mai 2003. Ich habe ihn gebeten und habe gesagt, wenn ich jetzt im Mai anfangen, wie gehen wir mit Ihrem Gebäude um? Ich hätte das gerne erworben. Der Erwerb war für ihn gar nicht denkbar aufgrund der finanziellen Situation, aufgrund der Zahlen, die wir ihm auf den Tisch gelegt haben. Und er hat dann gesagt, er ist bereit, da mit uns gemeinsam was zu machen. Wir haben dann geplant. Im Jahre 2006 habe ich ihm gesagt, ich kaufe Ih-

nen das Ding dort ab. Dann haben wir dieses- diesen ganzen Komplex für 600.000 Euro gekauft, plus einen Parkplatz, der noch neben dranliegt, am alten Rathaus, den haben wir auch noch als Zugabe bekommen, auch für 600.000 Euro. Und er wollte ein Mehrfaches von dem im Jahre 2003. Drei Jahre verloren. Dann haben wir Investorensuche betrieben. Wir waren dann im Jahre 2007 soweit und haben Investoren gehabt. Und dann gab es 2008, glaube ich, war das, ja, ich meine, 2007 oder 2008, ein Urteil des Oberlandesgerichtes Düsseldorf äh, das gesagt hat: Eine Stadt darf keine Baukonzession an Private vergeben ohne europaweite Ausschreibung. Genau in dieser Phase hatten wir einen Investor, der gesagt hat, ich baue Ihnen das Ding. Wir waren uns einig. Da haben wir gesagt, wir brechen ab, wir müssen europaweit ausschreiben. Hat uns eineinhalb Jahre gekostet. Der gleiche Investor ist jetzt da und baut. Aber es waren wieder rund zwei Jahre verloren. So, und wenn man das also betrachtet, sieht man, wo Hemmnisse plötzlich auftauchen mit denen kein Mensch rechnet. Und äh das könnte durch diese Sache, die ich eben genannt habe, massiv verkürzt werden. Wir kämen schneller in der Sanierung voran. Und der dritte Punkt (unverständlich): Äh im Fokus steht jetzt äh ein Artikel, in dem ich auch zitiert bin. Ich bin massiv dafür, den Soli auf die Bundesrepublik zu verteilen und nicht auf den Osten. Keine Förderungen nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf. Äh und das ist für mich eine Frage, ob man die deutschen Kommunen, die überall – Sie haben treffenderweise Nordrhein-Westphalen genannt – äh in Niedersachsen ist es teilweise auch so, manchmal in Hessen, und im Süden vielleicht nicht gerade so schlimm. Aber äh dort muss man einfach sehen, dass es unseren Städten hier teilweise wesentlich schlechter geht, als einigen Kommunen oder Ländern im=im Osten. Man braucht ja nur zu sehen, äh wie sich die Haushaltsentwicklungen dort zeigen. Da wäre es gerechter zu sagen, dort, wo der Bedarf ist, ob Ost oder West, ob Süd oder Nord, dort wird das Geld ausgegeben, und den Soli auch beizubehalten und nicht abzuschaffen. Das ist mein Credo, weil ich glaube, nur damit kann man auch

die Kommunen als der Lebensort und Erfahrungsort äh der Menschen äh stärken und das ist für unsere Demokratie äh wichtig. Wenn man ein Grundverständnis von Demokratie das beginnt in der Kommune dort vor Ort, wo die Menschen entscheiden können und wollen. Und wenn sie dort frustriert sind, weil nichts vorwärtsgeht, überträgt sich das auf die Sicht der Politik insgesamt. Und äh von daher meine ich, man muss viel mehr Augenmerk auf die Entwicklung unserer Kommunen richten, weil die Menschen dort leben und arbeiten.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass diese Förderung ausreicht? Ich meine, Völklingen ist wie gesagt, hatten Sie ja gerade angesprochen, „nur“ ein C-Fördergebiet. Und Jena, wo ich wohne, ja zum Beispiel immer auch noch A-Fördergebiet ist ähm, obwohl sie es in dem Sinne gar nicht brauchen. Ähm denken Sie, dass die Förderung trotzdem für Sie ausreicht? Wünsch- würden Sie sich also äh, nur eine andere Förderung wünschen in dem Sinne? Ähm was aus vielen Kommunen zu hören ist, dass sie sich, und zwar egal, wo die Kommunen liegen, ist, dass sie sich wünschen, dass sie eine=eine Fördersumme kriegen, beantragen können, die (unverständlich) so explizit an ein gewisses Aufgabengebiet bezogen ist, sondern dass sie halt sagen können: Okay, wir haben jetzt- wir haben gute Straßen, wir brauchen jetzt nicht im November/Dezember, wie man das ja gerne noch sieht, das letzte Geld rauszuhauen, sondern würden das gerne für was anderes verwenden. Oder vielleicht auch mal zwei Jahre sparen oder so was. Sehen Sie das ähnlich?

Lorig: Gut, vielleicht ist das eine Erfahrung aus Jena, dass man sagt, wir haben gute Straßen. Das ist hier- >lacht<

Interviewer: >fällt ins Wort< Nee, das ist >Lachen< auch keine Erfahrung aus Jena.

Lorig: Also ähm ich sage mal so: Ich stimme vollkommen zu, dass wir, wenn wir ein Sanierungsgebiet beschreiben, und auch den Zweck für die Ver-

wendung der Gelder in einem gewissen Umfang beschreiben, wir einfach das Geld bekommen sollten und am Schluss nachweisen sollten, dass wir es zweckgebunden verwendet haben. Und nicht im Vorfeld diese=diesen engen Rahmen mitbekommen und sogar die=die Einsprache und Mitsprache des Ministeriums bis ins Detail einer=einer Fassadengestaltung äh=äh, die uns einengt in der Planung und der Entwicklung und die viel Zeit kostet. Insofern äh, denke ich, ist das richtig, dass wir einen Freiraum hier brauchen. Ich glaube, wenn alle Faktoren, die ich Ihnen eben genannt habe, in=in dem Sinne auch geregelt werden, wie=wie ich mir das vorstelle, dann hätten wir wesentlich mehr Spielraum, wesentlich mehr Spielraum, und könnten viel freier äh gestalten. Insofern ähm ist es ein Bündel von Punkten. Man kann es nicht an einem festmachen, warum wir in Kommunen äh Schwierigkeiten haben. Es gibt eine ganze Menge von denen. Ich kann auch sagen, wir können die Finanzlage dadurch lösen, dass die Sozialkosten insgesamt vom Bund getragen werden, der das ja verursacht, dann wären alle Kommunen raus aus dem Projekt. Alle. Also äh da gibt es äh ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Es ist ganz klar, wenn Zuschüsse kommen, muss darauf geachtet werden, dass die ordnungsgemäß und zweckentsprechend verwendet werden. Da gibt es keine Diskussionen. Man muss den Freiraum suchen, dass wir mit dem Geld frei gestalten können.

Interviewer: Ähm scha=schaffen Sie es denn, immer den nötigen Eigenanteil, um ähm, ja, mit einzubringen oder scheitern daran auch häufiger die Förderungen?

Lorig: Bis jetzt hatten wir in dieser Frage Glück. Ich muss also sagen, dass die Landesregierung im Hinblick auf die besondere historische Entwicklung der Stadt Völklingen immer ähm bestrebt war, hier auch einen Förderungsschwerpunkt zu sehen und entsprechend die Entwicklung zu unterstützen. Von daher hatten wir äh auch die Möglichkeit, unseren eigenen Anteil zu finanzieren, bekamen ausreichend Zuschüsse, muss ich sagen, für die Pro-

jekte, die wir umgesetzt haben. Aber das wird jetzt knapp. Erstens: Der Bund hat die Zuschüsse gekürzt, was ich für ganz problematisch halte. Zweitens-

Interviewer: >fällt ins Wort< Und das wird sich ja 2013 noch mal verschlimmern-

Lorig: >fällt ins Wort< Richtig.

Interviewer: Durch die- oder durch das F- Ende dieser europäischen Fonds für regionale Entwicklungen unter anderem.

Lorig: Richtig. Also es=es wird problematisch. Auch w- wir=wir sind dabei, die Access-Strategie für=für die soziale Stadt äh in Gang zu setzen. Äh wir kriegen die Fördermittel nicht mehr nach unseren Projekten, sondern wir müssen uns dem Wettbewerb stellen. Ist vielleicht auch nicht schlecht, das äh erfordert von uns ein bisschen mehr Gehirnschmalz, dass wir auch sagen: Hier, wir wollen ähm die Besten sein. Da- Das lasse ich noch alles offen, aber insgesamt der Topf wird kleiner. Und das ist ein riesen Problem, mit dem wir zu kämpfen haben. Äh dann die finanzielle Situation der Kommunen, die wir jetzt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geraten sind. Äh das engt unseren Spielraum ein und könnte dazu führen, dass wir in der Tat unseren eigenen Anteil nicht mehr finanzieren können.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass der Gestaltungsspielraum in allen Bereichen ähnlich ist? Oder denken Sie, dass das in manchen einfach noch leichter ist oder in manchen vielleicht sogar schwieriger - in manchen Politikbereichen?

Lorig: Meinen Sie das jetzt innerh- innerhalb der Kommunen?

Interviewer: Ja. Sei es jetzt Wirtschaftsförderung oder Stadtplanung.

Lorig: Also ich sehe ich sehe Stadtplanung/Stadtentwicklung immer zugleich als Wirtschaftsförderung. Von daher spielen die ineinander. Äh wenn

wir in der Stadt eine Sanierung vornehmen, haben wir immer im Auge: Können wir dort ausreichend Handel oder Gewerbe ansiedeln? Äh von daher kann ich die Gelder nicht so in=in Sanierungsbereich nicht so ganz trennen. Ich glaube, für die Wirtschaftsförderung haben wir im Moment Gelder genug, außer es geht um die Entwicklung von Flächen, von Gewerbeflächen. Da wird es eng. Da haben wir eine eigene Gesellschaft gegründet äh bei den Stadtwerken, die Gewerbeansiedlungsgesellschaft Völklingen, die ein großes Gewerbegebiet äh entwickelt und dort ja ihre Fischzucht baut. Ähm das zum Beispiel hat uns geholfen, dass wir sagen, wir haben es ausgegliedert. Sonst hätten wir es mit eigenen Mitteln gar nicht machen können, weil wir sofort den Restriktionen der Kommunalaufsicht unterliegen. Also von daher haben wir dort uns den eigenen Spielraum ein bisschen geschaffen, aber die Gewerbeansiedlungsgesellschaft hat ebenfalls finanzielle Probleme logischerweise, weil sie das stemmen muss. Und wir zahlen dann einen gewissen Zuschuss über eine Bürgschaft.

Interviewer: Okay. Ähm welche Ebene, meinen Sie, hat den größten Einfluss auf die Kommune Völklingen? Der Bund, das Land oder S- dieser Stadtverbund Saarbrücken? Ist von der Alltagspolitik-

Lorig: Ja, also in der Alltagspolitik eher das Land. Äh Bund äh=äh d- wenn man ganz unten anfängt, der=der Regionalverband, also der- die Kreisebene ist ja nur für uns negativ präsent, weil die Umlage uns praktisch äh kaputtmacht, sage ich mal. Dafür kann aber der Kreis weniger was, weil es eben zu über 90 Prozent die Sozialkosten sind, die er zu tragen hat. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen: Wir rechnen mit so jährlich mit einem äh jahresbezogenen Defizit von 25 Millionen Euro. Genau die gleiche Summe überweisen wir als Umlage an den Regionalverband. Und dann sehen Sie den direkten Zusammenhang zwischen Defizit und=und Sozialkosten. Der- das Land hat insofern einen großen Einfluss, weil das Land für uns Zuschussgewährer ist. Weil das Land die äh Planungen mit-

gestaltet und weil das Land auch die Kommunalaufsicht ist. Von daher ist diese Entscheidungsebene für uns die wichtigste. Der Bund hängt zum Beispiel im K- im Krippenausbau äh hat er für uns erhebliche Bedeutung, weil er uns zu wenig Geld gibt.

Interviewer: Ähm um jetzt auf die Alltagspoliti- oder auf die Politik in Völklingen zu sprechen zu kommen ähm, die CDU und SPD haben im Stadtrat fast dieselbe Stärke. Ähm kommt es dadurch häufig zu Blockadehaltungen oder sagen- würden Sie sagen, dass es eigentlich mehr nach Sachpolitiken geht? Also dass es Koa- Koalitionen auch durchaus zwischen CDU und SPD und auch anderen Parteien gibt, je nach äh Inhalt, der gerade diskutiert wird.

Lorig: Das muss man differenzieren. Die Kommunalwahl war im Jahre 2009 und wir hatten äh im Jahre 2010 OB-Wahl. Von daher würde ich diese Phase von 2009 bis zur OB-Wahl deutlich unterscheiden von der, die sich im Anschluss ergibt. Die war geprägt von teilweise Frontalpositionen äh=äh CDU und der- und alle anderen. Weil klar war, dass ich als CDU-Vertreter im OB-Wahlkampf und auch mit dem „Amtsbonus“ antrete. Und die Oppositionsgruppen in dieser Situation natürlich sich eine äh, ja, sich frontal gegen mich äh gestellt haben in vielen Bereichen, um halt eben auch eine bestimmte Ausgangsposition zu finden für eigene Kandidaten. Anschließend hat sich aus meiner Wertung heraus eine Versachlichung der Diskussion ergeben äh, die sich im Jahre 2011 schon direkt angedeutet hat: CDU und SPD haben im letzten Jahr den Haushalt gemeinsam beschlossen. Auch miteinander kommuniziert. Im letzten Jahr hat es äh hab ich eine kleine Arbeitsgruppe eingesetzt, einen Fünferausschuss, um den Haushalt 20 äh 12 vorzubereiten. In dieser Arbeitsgruppe waren jetzt nur noch CDU und SPD drin, weil nach dem (unverständlich) -System wären auch die Linken drin gewesen. Aber die haben sich verweigert, weil sie sagen, wenn die anderen Kleinen nicht reinkommen, kommen wir auch nicht. Und diese Arbeitsgruppe hat ei-

gentlich ein Ziel gehabt, alle, wirklich bis ins Detail jede einzelne Position unseres Haushaltes zu untersuchen. Das kann ich mit einer großen Gruppe nicht machen. Deshalb war- äh habe ich gesagt, die Haushaltsexperten sollen da rein. Ähm in dieser Arbeitsgruppe ist sehr viel geleistet worden, mit dem Ergebnis, dass auch in diesem Jahr der Haushalt mit den Stimmen von CDU und SPD nach entsprechenden Absprachen äh wohl auch verabschiedet worden ist. Und angeschlossen haben sich zwei weitere Gruppen in diesem Jahr, nämlich die FDP und Pro Völklingen. Diese äh, ja, neu entstandene Gruppe in diesem Stadtrat. Die Grünen haben sich enthalten, was schon mal ein=ein weiterer Schritt war und die, und ich glaube, die NPD hat sich enthalten. Nur die Linken haben eigentlich definitiv dagegen gestimmt. Von daher, glaube ich, hat sich insgesamt die Situation versachlicht und es gibt unterschiedliches Abstimmungsverhalten. Ich kann nicht immer kalkulieren, wie nun eine Vorstellung der Stadt ausgeht. Ich persönlich empfinde es als schwierig, wenn die Verwaltung keine Sicherheit hat, wie nachher auch die Umsetzung ist. Weil es frustriert auch die Mitarbeiter, wenn man sagt, man plant etwas und am Schluss wird es einfach weggeschossen. Von daher wäre ich natürlich äh froh, wenn wir eine klare Koalition hätten. Äh im Stadtrat könnte im Moment nur CDU und SPD sein. Die sagen, wir verpflichten uns äh in einem bestimmten Zeitabschnitt zur Sanierung, zur Entwicklung der Stadt. Das hemmt vielleicht ein bisschen, war aber nicht entscheidend. In allen großen Entscheidungen äh hat der Stadtrat mitgezogen. Auch hier, bei diesem Ding, äh gab es einstimmige Beschlüsse.

Interviewer: Ähm gibt es Netzwerke, sie Sie als Gemeinde nutzen? Ähm also Deutscher Städtetag ist natürlich einer. Aber gibt es vielleicht auch andere regionale oder auch überregionale, die Sie zum Austausch nutzen?

Lorig: Ja. Also Städtetag ist klar. Erstens äh sind wir äh=äh unmittelbares Mitglied im Deutschen Städtetag. Äh im saarländischen Städtetag äh bin ich geborenes äh Präsidiumsmitglied. Und als Präsident oder stellvertre-

tender Präsident ist praktisch seit meinem Amtsantritt äh sind natürlich da die Verbindungen. Des weiteren haben wir hier den Eurodistrikt, in dem wir mitarbeiten, sodass wir auch die Komponente nach Frankreich äh haben, mit den französischen Kommunen. Wir haben unsere Partnerstadt Forbach direkt auf der anderen Seite, äh was den Austausch ungeheuer erleichtert und wir auch dann, sage ich mal, direkten Zugang äh sagen wir mal Verständniszugang zum französischen System haben. Äh da brauchen wir nicht lange zu diskutieren, sondern wir kommen oft zusammen, haben also sehr viele Verbindungen zueinander äh und können und können uns austauschen. Ähm dann gibt es natürlich regionale Besonderheiten. Wir sind im Kooperationsrat äh drin per Gesetz äh beim Regionalverband, sodass wir einen Austausch haben. Wir haben die Kreisgruppe der Bürgermeister, äh die wir nutzen. Also von daher sind wir schon äh relativ gut eingebunden und äh was den Austausch hier in=in der Kommune auch mit dem Land gibt. Wir haben jetzt über den Städtetag auch erreicht, dass das Ministerium eine Gruppe eingerichtet hat, Kommune 2020, äh in der der Landkreistag und der Städtetag drin sind. Und da können wir natürlich auch jetzt die Verlinkung mit meiner Person äh=äh schaffen, um da eben direkt beim Land äh mit drinzusitzen in dieser Planungsrolle.

Interviewer: Nutzen Sie die Netzwerke hauptsächlich um auszutauschen oder auch um sich anzugucken, wie andere Kommunen es machen oder beispielsweise als, ich sage mal, Meinungsmacher, um gemeinsam als größere Gruppe ähm, na ja, versuchen, gewisse Politiken durchzusetzen?

Lorig: Also beides. Gibt beides. Also äh wir müssen mal grundsätzlich davon ausgehen, äh dass nicht einer den Stein der Waisen findet. Sondern dass wir in der Kommunikation untereinander Wege suchen äh aus dem Dilemma, das wir alle teilen. Und dass es immer so ist, wenn jemand eine Idee hat, wir auch sagen können, aha, äh so was könnten wir in ähnlicher Weise auch bei uns machen. Wobei ein wichtiger- oder zwei

wichtige Punkte zu beachten sind: Wir müssen in der Tat wegkommen vom Kirchturmdenken. Wir müssen kommunal übergreifend denken. Sei das bei Schwimmbädern, sei das bei äh Bauhöfen und so weiter, sei das bei Sportanlagen und Hallen. Ja, dass wir nicht sagen, wir bauen auf die Grenze zwischen zwei Kommunen gleich zwei Sportanlagen. Das eine ist meine und das ist deine. Äh also diese=diese äh in der kommunalen Zusammenarbeit ist ein Gebot der Stunde, das wir nutzen. Und ich glaube, da sind wir auch einen guten Schritt weitergekommen. Dann, meine ich, muss man aufpassen, dass wir uns in der Konsequenz nicht gegenseitig Konkurrenz machen. Äh wenn wir interkommunal zusammenarbeiten, dann muss es auch Sinn machen äh insofern, dass wir wirkliche Ersparnisse auch plötzlich nachweisen können. Und trotzdem die Erreichbarkeit der entsprechenden Angebote für die Bürger gesichert ist. Und das, denke ich, ist ein Ergebnis dieser Gespräche, die wir auch untereinander führen. Äh im- in diesem kleinen Land ist ja das Präsidium des Städtetages ganz eng miteinander verflochten äh, aber auch die anderen Bürgermeister, die nicht im Präsidium sind, da gibt es schon einen guten Austausch und man äh redet miteinander. Zum Beispiel in der- in einer ganz wichtigen Frage für unser Land: Die Nutzung der=der Brachflächen nach dem Bergbau.

Interviewer: Ja.

Lorig: Das Land hat eine Gruppe eingerichtet, ich vertrete die- in dieser Gruppe den Städtetag und wir sind ja auch bergbaubetroffene Kommune. Von daher muss es auch dort einen Austausch geben. Wir können nicht jede Bergbaubrache genau gleich entwickeln, sondern wir müssen unterschiedliche Akzente setzen. Der eine kriegt eher die kulturelle Seite, der andere macht die wirtschaftliche Seite, der dritte macht die Landwirtschaft äh die Landwirtschaft oder die=die forstwirtschaftliche Seite oder Naherholung oder sonst was. Äh man muss die Gelder, die wenigen Gelder,

die da sind, sinnvoll äh verteilen. Und da zeigt sich die interkommunale Zusammenarbeit auch an diesem Beispiel.

Interviewer: Ähm was sind Ihrer Meinung nach die wirtschaft- wicht- oh Gott, langsam, die wichtigsten Wirtschafts-äh-Zweige in Völklingen? Also ich nehme mal an, das eine ist natürlich St- die Saar das Saarstahl?

Lorig: Richtig. Saarstahl ist äh absolut dominierend, wir sind aber auch im Dienstleistungsbereich mittlerweile relativ stark geworden. Ähm-

Interviewer: >fällt ins Wort<In welchen Bereichen dort? Vor allem Gesundheit, oder?

Lorig: Gesundheit ist der Wichtigste äh will ich mal sagen. Äh wir haben ja hier die SHG-Klinik, die praktisch zweitgrößter Arbeitgeber ist hier in Völklingen. Und äh wir haben eine Struktur äh, wir sind ein Schulstandort, das muss man auch sehen. Mit einem Berufsbildungszentrum im Kaufmännischen und im Technischen. Wir haben vier Gymnasien. Also drei Gymnasien und ein Oberstufengymnasium. Wir haben Gesamtschulen, wir haben Realschulen, äh wir haben praktisch noch in fast jedem Stadtteil eine Grundschule. Also wir sind äh gerade im Bildungsbereich mit der großen VHS, die zweitgrößte im Saarland, sind wir also noch relativ stark, gerade im Bildungsbereich. Und das ist für uns natürlich wichtig, äh die Bildungsstruktur entsprechend auszubauen.

Interviewer: Haben- Hier gibt es ein gewisses äh Bildungsförderungsprogramm?

Lorig: Ja, also s- äh sagen wir mal, wo wir zuständig sind, äh ist es ja im Bereich der Kitas, der Krippen und der Grundschulen. Und da haben wir in den letzten Jahren massiv äh ausgebaut äh, was die äh Schulen angeht. Ich behaupte jetzt mal wir haben die besten Grundschulen im Saarland. Ähm i=i=ich glaube, das ist auch nachweisbar im Übrigen. Äh wenn Sie sich mal Grundschulen in Völklingen angucken. Ähm, ich meine, das ist vom Baulichen her. Die pädagogische Arbeit werde ich um

Gottes willen nicht bewerten wollen. Äh und wir sind auch dabei ähm im äh Krippenbereich und im Kindergartenbereich haben wir Unsummen von Geld ausgegeben in den letzten Jahren, um halt eben hier die Grundlage zu schaffen äh, dass wir von=vom Kleinkind an zumindest mal die baulichen Voraussetzungen schaffen. Und ich glaube, das ist uns auch gelungen. Äh wir müssen auch Wert drauf legen, dass wir die technische Ausbildung hier in=in Völklingen haben. Wir haben auch die=die ehemalige (unverständlich) Bildung bei uns, also TÜV Nord. Ein ganz, ganz wichtiges äh wichtige Bildungseinrichtung, weil ein Unternehmen wie Saarstahl oder weil der Energiebereich, äh den wir hier noch haben, einfach Nachwuchskräfte braucht. Und die müssen gut und qualifiziert sein. Und von daher äh sind diese Einrichtungen von Kind an äh ganz wichtig.

Interviewer: Ähm hat Völklingen ein großes ähm qualifiz- also Fachper- äh Kräfteproblem? Weil ich kenne das aus anderen Regionen, die haben ein ähm eklatantes Problem, Fachkräfte ähm auf, ich sage mal, der mittleren Ebe-, also mit Ausbildung zu bekommen. Gar nicht mal so die hoch qualifizierten, sondern-

Lorig: >fällt ins Wort< Jein, würde ich sagen. Also ich glaube, Saarstahl hat Probleme. Eindeutig. Äh es ist teilweise offensichtlich auch so bei=bei mittelständischen Betrieben, zum Beispiel bei Elektrofirmen oder so was, äh die keine qualifizierten Leute bekommen. Äh ich sehe das daran äh, dass die bestimmte Aufträge nicht mehr annehmen können, weil sie einfach keine Leute haben, um=um, die sie einstellen können, die auf dem Markt nicht da sind. Also da glaube ich, gibt es hier und da äh einen Mangel an qualifizierten, gut ausgebildeten Leuten auf dem Markt. Das=das würde ich auch so sehen, ja.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass Völklingen ein Imageproblem hat?

Lorig: Ja. Ja. Äh wir haben ein Imageproblem seit e=e=es ist paradox. Sagen wir mal- i=i=ich möchte mal so sagen: Völklingen war die Stadt im Saarland, was ähm was die Innenstadt angeht, was die Geschäfte angeht. Alles ist nach Völklingen gefahren zum Einkaufen. Da war Saarbrücken, ja, ich würde fast sagen, zweitrangig, in den 60er Jahren. 50er, 60er, Anfang 70er Jahre. Mit dem Niedergang hat sich Folgendes ergeben: Die Kommunen in der Umgebung haben aufgerüstet, haben ihre Innenstadt schick rausgeputzt, haben schöne Geschäfte wie Püttlingen, äh wie Saarlouis, wie andere Städte. Und die Leute haben natürlich sich umgedreht und sind in diese Richtung gefahren. Völklingen ist dann zurückgeblieben als die schmutzige Stadt. Wo man vorher immer eingekauft hat und gesagt hat, mein Gott, da kriegt man alles. Dann war Völklingen nur noch schmutzig und die anderen haben sich rausgeputzt. Und dadurch haben wir natürlich ein Negativimage bekommen. Äh in Völklingen geht gar nichts mehr, nach dem Motto. Und deshalb versuchen wir auch, dieses Image ähm äh ja, wie soll ich sagen, äh aufzubessern. Wir hab- machen eine Imagekampagne im Saarland jedes Jahr mit Großplakaten, wir haben ein sehr breit gefächertes Kulturprogramm, geben sehr viel Geld für Kulturveranstaltungen aus. Das ist, glaube ich, hier in der Region jetzt äh wirklich in der Breite das Größte. Nicht in der Spitze, also was Theater angeht und so weiter. Aber in der Breite. Ähm wir versuchen halt eben im Bildungsbereich äh ein Beispiel zu setzen und versuchen durch unsere Innenstadtentwicklung nach außen deutlich zu machen: Hier passiert was, hier entwickelt sich eine Stadt oder definiert sich eine Stadt neu. Und ich glaube, das Image verbessert sich so langsam. Aber wir leiden noch drunter, dass man sagt: Ach, du grüne Neune, Völklingen. Jetzt sage ich mal so am Rande: Es gibt natürlich auch unqualifizierte Dinge, die das Image beeinflussen: Äh ja, Völklingen ist ja eine Stadt mit lauter Ausländern. Das ist natürlich ähm ein Problem, das man uns immer wieder ankreidet. Wobei ich sage, das kommt daher, dass viele im Saarland das MigrantInnenproblem nur vom=von Ferne kennen - im nörd-

lichen Saarland -, weil dort keine Immigranten gewohnt haben, sondern die alle hier waren. Und die Integration ist deshalb um so wichtiger, dass wir versuchen hier also auch die Menschen in die Gesellschaft mit einzubeziehen äh, um auch das wirtschaftliche Potenzial zu heben, das bei den Leuten steckt.

Interviewer: Ähm als abschließende Frage noch: Was müsste Völklingen tun, um für die Zukunft gerüstet zu sein?

Lorig: Gut, eigentlich implizit habe ich das schon beantwortet. Also was wir brauchen äh ist nach wie vor Völklingen als Bildungs- und Gesundheitsstandort und Stahl- (unverständlich) zu erhalten. Wir wollen eine Stadt sein, die innovative Wege geht, siehe Thema Fischzucht. Etwas was bisher weltweit einmalig ist. Wir müssen darauf achten, dass die Stadt äh ihre Lebensfähigkeit erhält, dadurch, dass wir auch äh vernünftige Wohngebiete haben und äh unser kulturelles Eigenleben äh nicht verlieren. Äh dann, glaube ich äh, ist mir eigentlich so bange nicht. Ich bin fest überzeugt, dass wir den Weg der Umstrukturierungen und der Neupositionierung der Stadt bis 2016/2017 auch geschafft haben. Es sei denn, finanziell fällt der Himmel runter.

Interviewer: Ja, dann-

**Interview 9: Transkription des Interviews mit Stefan Rabel, dem
Fraktionsvorsitzenden der CDU im Stadtrat der Stadt Völklingen**

- 9. März 2014, 10.00-10.30

Interviewer: Und zwor=zwor äh erst mal so als ersten Überblick so allgemeine Fragen zum=zu Völklingen. Was sehen Sie als die wichtigsten strukturellen Probleme oder die wichtigsten Aufgaben für ähm für die Gemeinde?

Rabel: Die größten Probleme, die in Völklingen bestehen äh, resultieren aus dem Strukturwandel, aus den Strukturveränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, äh vor allem aus der Montanindustrie. Betrifft äh zum einen war Völklingen ein=ein Bergbaustandort: Äh wir hatten ein=ein eigenes Bergwerk - Luisenthal -, später dann ein Verbundbergwerk - Warndt/Luisenthal -, das 2005 äh zumachte. Und das hat äh zum einen natürlich Auswirkungen auf=auf die Arbeitsplatzsituation. Der Bergbau hatte aber auch Auswirkungen auf äh einige Stadtteile in Form von teilweise massiven Bergschäden. Da war zum Beispiel im Stadtteil Fürstenhausen äh die=die Bausubstanz zu mehr als 90 Prozent beschädigt, teilweise in Form, dass man Totalschäden mit der Folge des=des Abrisses der (unverständlich). Alleine das macht das dann schon notwendig, äh vor allem in diesem einen betroffenen Stadtteil äh, das ganze Stadtteil noch mal aufzubauen – auch von der Infrastruktur her. Noch größere Auswirkungen hatte der=der Arbeitsplatzrückgang in der=in der Stahlindustrie. Ähm als positive Folge, wenn man es so bezeichnen will, haben wir jetzt einen Weltkulturerben, was gleichzeitig eine Chance ist. Wir sind aber nach wie vor zu einem großen äh Teil abhängig von der äh Konjunktur den Stahlbereich betreffend, weil das=das Stahlwerk und auch die Saarschmiede nach wie vor das größte Unternehmen in Völklingen ist und damit der größte Gewerbesteuerzahler. Da hat Ihnen der Oberbürgermeister mit Sicherheit schon einiges davon erzählt. Und in guten Jahren äh kommen wir dann halt gut weg mit der Gewerbesteuer und in schlechten Jahren fehlt uns einiges. Und das hat natürlich Auswirkungen

auf den Gestaltungsspielraum und äh dieser=dieser=dieser Arbeitsplatzrückgang verbunden dann auch mit=mit einem Bevölkerungsrückgang, mit einer deutlich stärkeren Überalterung, auch im Vergleich zu anderen Kommunen, äh ist=ist ein Problem. Die äh Sozialstrukturen in Völklingen sind aufgrund dieser äh industriellen Vergangenheit durchaus auch problematisch, auch verbunden mit einem äh, ich würde sagen, (unverständlich) überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass zu spät eingegriffen wurde, um die Folgen des Niedergangs der Montanindustrie zu bewältigen?

Rabel: Ganz grundsätzlich äh wurde die Entwicklung verschlafen, was die=den=den Niedergang der Montanindustrie betrifft. Äh aus meiner Sicht, vor allem im Bereich des Bergbaus, wo man zu lange geglaubt hatte oder zumindest den=den Schein aufrechterhielt, dass es mit dem Bergbau weitergeht. Hätte man da früher äh den Realitäten ins Auge geblickt, hätte man früher können positive Veränderungen erzielen. Das betrifft das Saarland insgesamt, aber innerhalb des Saarlandes Völklingen besonders. Also eine ver=vergleichbare äh Industriestadt wie Neuenkirchen hat die Dinge früher angepackt und äh war dann auch früher etwas weiter.

Interviewer: Was denken Sie sind die Haupthindernisse für die Bewältigung dieser Probleme für Völklingen?

Rabel: Die Haupthindernisse, die sind sicherlich im finanziellen Bereich. Wir sind da abhängig von Hilfen und auch äh Förderprogrammen von außerhalb, die wir (unverständlich) bekommen, aber sehr viel einsetzen aus meiner Sicht, vor allem in den=in den letzten Jahren. Äh und das sage ich jetzt äh=äh nicht nur, weil ich äh Fraktionsvorsitzender der CDU bin, aber unter Oberbürgermeister Klaus Lorig hat sich deutlich mehr getan, wurden mehr Chancen genutzt, aber auch Risiken eingegangen - das gehört dazu -, als in den Jahren davor.

Interviewer: Würden Sie sagen, dass Sie als Mitglied des Stadtrates oder als Stadtrat im=als Gesamtkorpus genügend Spielraum haben, um Politik ähm gestalten zu können in Völklingen? Oder sehen Sie sich mehr als ausführendes Organ von Bundes- und Landesrecht?

Rabel: Wir haben nach wie vor die Möglichkeit zu gestalten, aber im Rahmen immer kleiner werdender Möglichkeiten äh, was=was die finanzielle Verfügungsmasse betrifft. Wir haben Auflagen aus der Schuldenbremse (unverständlich). Das ist derzeit äh, dass wir die Aufgaben aufgetragen bekamen, jährlich 700.000 Euro im städtischen Haushalt einzusparen. Unter dieser Maßgabe laufen alle Haushaltsberatungen und Haushaltsbeschlüsse. Und da besteht ein sehr kleiner Spielraum, hier noch äh größere Investitionen oder Veränderungen anzugehen. Wir versuchen das trotzdem immer mit den Möglichkeiten, die man hat, Prioritäten setzen. Wir haben in den vergangenen Jahren äh auch dank der Möglichkeiten, die sich über städtische Gesellschaften wie die Stadtwerke ergeben, genutzt. Und wir haben halt auch die=die Förderprogramme und Möglichkeiten genutzt, die äh Kommunen (unverständlich) zur Verfügung stellen. Der Stadtrat selbst kann=kann für einen wesentlichen, außer, dass er Einsparungen vornimmt äh, Investitionen in eine bestimmte Richtung locken oder auch steuern. Das Ganze funktioniert um so besser, je besser halt auch die Zusammenarbeit zwischen=zwischen Verwaltung, zwischen Oberbürgermeister und dem Stadtrat und zumindest der Mehr=Mehrheit des Stadtrates.

Interviewer: Ähm gibt es=denken Sie, dass es Politikbereiche gibt, in denen der Gestaltungsspielraum größer ist, oder würden Sie sagen, dass der Gestaltungsspielraum eigentlich in allen Politikbereichen gleich ist? Man hört auch-

Rabel: >fällt ins Wort< Es gibt=es gibt natürlich Unterschiede, ob das=ob das äh die sogenannten freiwilligen Aufgaben sind oder Pflichtaufgaben, und all die freiwilligen Aufgaben einen=einen relativ geringen Teil aus-

machen. Ähm bei den=bei den äh Pflichtausgaben und vor allem bei=bei den Personalausgaben ist es schwierig. Äh dennoch haben wir es jetzt mit=mit dem diesjährigen Haushalt auch erstmals in einem größeren Maßstab geschafft, auch im Personalbereich einzusparen – was aus dem Rat kam und nicht vom Oberbürgermeister. Äh wir haben das in einer durchaus annehmbaren Höhe geschafft, was dann angerechnet wird auf die 700.000 Euro. Das eröffnet uns Spielräume in anderen Bereichen, aber es ist insgesamt äh schwierig. Veranstaltungen für einen Schulbereich sind keine großen Summen, die man einsparen könnte. Man muss sich auch dann immer überlegen, inwieweit die=die Stadt an Attraktivität verliert, wenn man zu sehr in=in diesem Bereich spart. Und wir wollen ja attraktiv sein, weil wir auch äh Neubürger nach Völklingen locken oder auch Unternehmen nach Völklingen locken wollen und da muss halt auch eine=eine Infrastruktur vorhanden sein, die Völklingen attraktiv macht.

Interviewer: Von anderen Kommunen hört man häufig, dass es, gerade was die Wirtschaftsförderung betrifft, sehr, sehr schwierig ist, eigenständig noch Politik zu betreiben. Weil man >atmet ein< entweder abhängig ist von=von Förderungen des Bundes, um attraktiv zu bleiben für die Unternehmen beziehungsweise auf der anderen Seite halt abhängig ist von großen Unternehmen. Und deren Unterscheidungen meistens nicht vor Ort getroffen wird, sondern irgendwo anders.

Rabel: Also bei den=bei den großen Unternehmen hält sich das bei uns ohnehin in Grenzen. Das=das ist äh (unverständlich) Saarschmiede ansonsten (unverständlich), äh äh Baumärkte äh (unverständlich) seinen Hauptsitz in Völklingen. Äh die SHG-Kliniken, das ... und=und größere Unternehmen nach Völklingen zu bekommen, das=das ist einfach schwierig. Wir versuchen Wirtschaftsförderung zu betreiben, aber das=das=das sind kleine Beträge, mit denen man vor allem dann auch versucht, in der Innenstadt Lehrstände zu beseitigen.

Interviewer: Also handelt es sich vor allem: Wirtschaftsförderung für klein- und mittelständische Unternehmen?

Rabel: Ja. Und das andere können wir versuchen, im=im=im über halt Verhandlungswege äh äh zu Erfolg zu verhelfen. Wir haben auch etliche Gewerbeflächen im Angebot, die wiederum auch äh daraus resultieren, dass sich äh vor allem das Bergwerksunternehmen aus der Stadt zurückgezogen hat, Brachflächen hinterlassen hat, die wir jetzt versuchen zu vermarkten.

Interviewer: Ähm im welchen- welche Rolle spielt dabei die Förderung? Jetzt ist das Saarland ähm als gesamtes Fördergebiet C für das ähm sowohl bei den Bund- als auch den EU-Förder- äh-Geldern. Das bedeutet natürlich, das ist ein geringerer Anteil. Würden Sie sich aussprechen für eine andere Verteilung? Sei es jetzt, dass äh gewiss- also dass gewisse Regionen, darunter dann wahrscheinlich auch Völklingen ähm auch größeren=einen größeren Anteil bekommen können äh? Oder wären Sie der Meinung, dass es ein anderes Förder- ähm eine andere Fördervergabe geben sollte in dem Sinne, dass es eine gewisse Fördersumme gibt, um die man sich bewerben kann, deren Einsatz ein wenig breiter gefasst ist? Weil häufig ist es ja so, dass die Förderung an ein=ein ganz, ganz, ganz gewisses konkretes Sachziel ähm gebunden ist und für andere Bereiche man nur sehr schwer Förderungen bedarf.

Rabel: Ja, man sollte vielleicht die Förderkriterien insgesamt äh innerhalb Deutschlands überdenken und das Ganze wirklich auf die, ich sage mal, auf die Öffentlichkeit ausrichten. Und das haben Sie selbst am Anfang gesagt: Es ist halt nicht mehr so einfach, wie man das in der Vergangenheit äh gemacht hat. Im=im Süden ist es besser als=als im Norden und im Osten ist es besser als im Westen. Dass wir wirklich dann an=anhand=anhand von=von Einzelfallbetrachtungen künftig verteilen, wo halt äh der Mitteleinsatz voll und=und vor allem notwendig ist, um äh Arbeitsplätze äh zu schaffen und Ansiedlung zu unterstützen.

Interviewer: Welche Ebene hat na- Ihrer Meinung nach auf den Stadtrat den größten Einfluss? Die Bundes- oder die Landesebene oder eventuell sogar die Kreisebene oder das ist ja kein also dieser Stadt verbunden.

Rabel: Also für uns ist der=der wesentliche der wichtigste Ansprechpartner aus meiner Sicht nach wie vor das Land. Äh natürlich kümmert man sich auch in dem einen oder anderen Fall auch äh über Kontakte in=in=in Brüssel um Unterstützung, wobei hier im Zweifelsfall auch das Land äh=äh hilfreich zur Seite steht oder stehen muss. Etwa über=über=über Kontaktabahnung durch die Landesvertretung in Brüssel, die Teil meiner Abteilung ist. Äh und gegebenenfalls werden wir auch direkt in Berlin vorstellig. Wenn es zum Beispiel um=um Fragen geht äh, über die=die=die=die Saar, den Fluss (unverständlich).

Interviewer: Welche Veränderungen müssten Ihrer Meinung nach oder müssten überhaupt Veränderung ähm gemacht werden, um den Gestaltungsspielraum von deutschen Kommunen wieder zu stärken?

Rabel: Für?

Interviewer: Auch im Hinblick auf vielleicht die finanzielle Ausstattung?

Rabel: Letzt=letztlich äh=äh glaube ich schon, dass=dass es für die Kommunen hilfreich wäre, wenn man in irgendeiner Form die Entschuldung der Kommunen unterstützen würde. Durch Entschuldungsfonds oder=oder Ähnliches. Weil die Schuldenlast die Spielräume enorm einschränkt. Und lässt sich natürlich auch (unverständlich) verhindern. Ich bin äh sehr dafür, dass man=dass man versucht, äh die Verschuldung zurückzufahren und künftigen Generationen keine äh Schuldenstände hinterlässt, die die Spielräume noch kleiner werden lassen, als sie jetzt schon sind. Aber äh ich glaube nicht, dass dann, außer es äh kommt jetzt äh konjunkturell wirklich zu enormen Verbesserungen, dass man aus eigener Kraft äh äh=äh diese Schuldenstände als Kommune abarbeiten können. Also wir sind jetzt ganz am Anfang der Umsetzung der Schuldenbremse.

Noch gelingt es uns, da jährlich die 700.000 einzusparen, aber wir sind im zweiten Jahr. Und das Ganze geht noch einige Jahre und äh irgendwann hat man alles ausgereizt. Wir können nicht die Grundsteuer ins Unendliche erhöhen und selbst aber überhaupt nichts mehr ausgeben für Kultur. Äh in Völklingen das Schwimmbad zumachen und die Sportstätten nicht mehr pflegen und dann, ja, irgendwann ist man halt am Ende angelangt.

Interviewer: Ähm gibt es einen Zeitplan, bis wann Völklingen schuldenfrei sein möchte?

Rabel: Ich glaube, dass äh dass=dass=dass die=dieses äh diese Vorgaben der Schuldenbremse bis 2021 dauert (unverständlich). Ich habe jetzt die Unterlagen leider noch nicht gelesen, dass ich nachgucken kann.

Interviewer: Ähm hat Völklingen Probleme bei der Beschaffung dieser eigen ähm Anteils für die Förderung, oder?

Rabel: Also bislang ist es uns äh im=immer gelungen äh, die=die Mittel zusammenzubekommen, um auch die Programme in Anspruch nehmen zu können.

Interviewer: Ähm nun zur Arbeit des Stadtrates konkret: Ähm jetzt haben SPD und CDU fast die gleiche äh Stärke im Stadtrat. Äh heißt das, es kommt häufig zu Kampfabstimmungen oder ist es doch eher, dass man sagt, es geht um Sachpolitiken? Das heißt, ähm es wird auch durch die Koaliti- oder nicht Koalitionen, sondern durch die Parteien, durch die Fraktionen weg abgestimmt?

Rabel: Ja. Um jetzt ein paar Jahre äh zurückzuschauen: Wir hatten in der vergangenen Wahlperiode eine absolute Mehrheit der CDU – erstmals in der Geschichte Stadt. Vorher war die CDU äh immer in der Opposition. Äh das ergibt sich auch aus der=aus=aus der Sozialstruktur der Stadt einfach heraus.

Interviewer: Natürlich.

Rabel: Ähm es ragt aber halt eben Ende der 90er, Anfang äh der äh dieses äh des letzten Jahrzehnts äh eine=eine positivere äh=äh Grundstimmung für die CDU auf Bundesebene und auf Länderebene. Das hat dazu geführt, dass wir Oberbürgermeister erstmals stellen konnten, immer noch stellen, und dann, wie gesagt, diese absolute CDU-Mehrheit hatten. In der Zeit haben wir sehr viel umgesetzt. Und die absolute Mehrheit war nach der letzten Kommunalwahl 2009 wieder=wieder weg. Äh und äh in der=in der ersten Zeit äh äh der aktuellen Wahlperiode war es dann erst mal so, dass man der früheren CDU-Mehrheit (unverständlich) gezeigt hat, dass sie nicht mehr Herr im Haus sind. Das heißt, es war vieles konfrontativ, zumal dann auch noch äh die=die=die Oberbürgermeisterwahl auf dem Programm stand. Äh und es hat dann teilweise wechselnde Mehrheiten gegeben. Aber zunächst der Versuch, eine linke Mehrheit zu installieren aus SPD-Linken, äh Grünen, äh und ich sage mal, der=der Hälfte der damaligen freien Wähler, die sich mittlerweile als Fraktion aufgelöst hat. Das wurde dann zusehends konstruktiver, nachdem die=die Oberbürgermeisterwahl äh vorbei und vor allem der amtierende Oberbürgermeister mit einer äh praktisch Zweidrittelmehrheit äh durchaus so nicht erwartet, aber dann wiedergewählt war. Ähm es hat sich einfach gezeigt, dass=dass man für die Stadt am meisten erreichen kann, wenn die zwei großen Parteien zusammen zu a=arbeiten. Wir haben keine Große Koalition, aber wir haben jetzt in den vergangenen Monaten, äh vor allem auch im Zuge der Haushaltsberatungen vieles äh zwischen CDU und SPD im Einvernehmen geregelt und auch den Haushalt gemeinsam äh erarbeitet und verabschiedet. Gemeinsam nicht nur zwischen äh CDU und SPD, das waren auch mit dem Oberbürgermeister (unverständlich) die Frontstellung eher war CDU und SPD auf der einen und die Verwaltung auf der anderen Seite. Und das zeichnet sich derzeit ab, dass=dass wir uns (unverständlich) formale Große Koalition eingegangen ist. Aber äh doch im=im Sinne eines Weiterkommens für die Stadt hier versucht, konstruktiv und äh ideologisch zusammenzuarbeiten.

Interviewer: Dann: Gibt es Netzwerke, die Sie als Stadtratsmitglied nutzen, um die Politik in Völklingen, ja, mit anderen Kommunen vielleicht zu diskutieren. Ich meine auf Verwaltungsebene gibt es dann zum Beispiel den Deutschen Städtetag, aber das betrifft ja wirklich hauptsächlich die Verwaltung.

Rabel: Also Netzwerk ähm: Sie kennen das ja vielleicht so weit, dass Sie wissen, dass in einem kleinen Bundesland die Wege kürzer sind.

Interviewer: Das ist-

Rabel: Äh dass=dass=dass man sich hier äh vielleicht eher kennt, als das in=in=in einer Großstadt der Fall ist oder auch in größeren Bundesländern. Also Netzwerke gibt's in=insofern, als dass man über die persönlichen Kontakte, die man hat, das zum Teil auch parteiübergreifend äh vieles schneller und unbürokratischer bewegen kann, als dass sonst äh der Fall wäre. Natürlich nutzt man erst mal die=die eigenen Parteikontakte, aber die Kontakte sind zum Teil dann auch parteiübergreifend. So, dass man=dass man gut miteinander reden kann, also zwischen der Stadt und dem Regionalverband zum Beispiel, oder äh auch zwischen Stadt- und Landesregierung. Da ergeben sich einfach äh=äh=äh personelle Konstellationen, die die Sache vereinfachen. Das betrifft mich selbst, ich bin Fraktionsvorsitzender im Stadtrat und äh Abteilungsleiter im=im hier im Ministerium. Man=man=man kennt sich=man kennt sich schon lange, man=man weiß, mit wem man reden muss, um hier was zu erreichen und das=das=das nutzt man dann allseits.

Interviewer: Ähm gibt es Verbindungen mit anderen altindustriellen Standorten? Ich weiß, dass es eine Zeit lang ähm also allerdings schon wirklich länger her, zum Beispiel saarländische Bauarbeiter auch nur ins Ruhrgebiet gegangen sind. Ähm gibt es solche Verbindungen immer noch, oder?

Rabel: Wenig. Also es ist e=erst mit Blick auf äh die=die Beschäftigten des saarländischen Bergbaus so, dass äh wenn ja, es ist ja dieses Jahr der Fall,

irgendwann im Frühsommer, glaube ich, das letzte Bergwerk dann endgültig schließt, dass äh Teile der Belegschaft dann ins Ruhrgebiet wechseln müssen. Äh aber mir wären jetzt keine Kon=Kontakte auf=auf kommunaler Ebene bekannt jetzt, die jetzt wirklich äh so wären, dass man sagt, man profitiert da äh davon. Über das Bergwerksunternehmen selbst gibt es natürlich Kontakte äh in dem Fall äh zum=zum Stammsitz oder zum=zum Hauptsitz der RAG. In Essen und in Herne also mein Kollege, äh Fraktionsvorsitzender von der SPD zum Beispiel, der ist Beschäftigter der=des äh des=des Berg-äh-bauunternehmens der RAG. Und äh wenn es dann darum geht, äh=äh bei der Vermarktung oder bei der Übernahme früherer Bergbauflächen ins Geschäft zu kommen, dann ergibt es sich zwangsläufig, dass dann dieser Kontakt einfach zum=zum Bergbauunternehmen hat. Ansonsten haben wir uns v=vor=vor=vor einigen äh Jahren mal äh auch im Rahmen einer=einer=einer ja Informations- (unverständlich) des Stadtrates (unverständlich) umgeschaut, wie man den Strukturwandel dort bewältigt hat. Vor allem auch unter dem Aspekt äh der=der Nutzung der Industriekultur. Also mit Blick auf äh unser Weltkulturerbe, was hat man äh=äh im=im=im Ruhrgebiet äh gemacht, um das zu attraktivieren, kulturell, touristisch zu nutzen. Aber mittlerweile geht man wohl zumindest davon aus, dass man (unverständlich) auch=auch selbst gesehen, was man da machen muss. Ein sogenanntes (unverständlich).

Interviewer: Ähm welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Völklingen? Ich meine, das eine ist natürlich Stahlindustrie immer noch.

Rabel: Stahlindustrie äh steht da immer noch ganz vorne. Äh Völklingen ist ansonsten ein=ein=ein wichtiger äh Gesundheitsstandort durch die SHG-Kliniken, die äh auch in den letzten Jahren investiert haben, auch um über den heimischen Krankenhausbereich äh als=als äh äh Kongressstandort äh attraktiv zu werden. Wir sind für die=für die Region

nach wie vor ein wichtiger Schulstandort durch zahlreiche weiterführende Schulen in Deutschland, ein großes berufliches Bildungszentrum. Das wirkt sich auch halt so aus, dass=dass viele äh morgens als=als Schüler nach Völklingen einpendeln, und da ergeben sich natürlich auch Verbindungen äh zur Stadt, die für den Einzelhandel wichtig sind. Wir haben einiges unternommen, um die Innenstadt attraktiver zu machen. Äh da hat sich einiges getan, da wird sich auch noch einiges tun. Wir werden ein größeres Einkaufszentrum in die Stadt bekommen in den nächsten zwei Jahren. Verbunden natürlich mit der Hoffnung, dass auch aus den umliegenden Gemeinden wieder äh mehr Käuferströme in die Stadt kommen. Und Völklingen war da früher ein=ein=ein=ein=ein Einkaufs-äh-Schwerpunkt für die umliegenden Gemeinden. Wir hoffen, dass das wieder stärker der Fall wird. Und das Weltkulturerbe äh darf man natürlich nicht vergessen, dass das unter touristischen und kulturellen Aspekten äh=äh von großer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt ist.

Interviewer: Ähm versucht man da auch mehr, ich vermute mal, dass das jetzt mittlerweile eher oder zu dem jetzigen Zeitpunkt vor allem Tagestouristen sind?

Rabel: Das=das=das sind derzeit eher Tagestouristen, die äh vor allem wegen des Weltkulturerbes kommen. Sei es, um die Industrieanlagen äh zu besuchen, zu besichtigen, aber auch, um die äh wechselnden Ausstellungen und=und sehr gut besuchten äh Ausstellungen zu besuchen. Also im vergangenen Jahr die=die Keltenausstellung, jetzt ist die Asterix-Ausstellung. Wir hatten in der Vergangenheit immer äh ein Problem damit, dass die Besucher äh halt anreisen, eine Weltkulturerbe-Ausstellung besuchten und wieder abreisten, auch weil keine Übernachtungsmöglichkeiten gegeben waren. Und das wissen Sie auch wahrscheinlich vom Oberbürgermeister, dass momentan ein=ein größeres Hotel im Entstehen ist. Dass das jetzt im=im Rohbau weitgehend fertig ist und dann auch äh ermöglicht, ganze Busladungen von Besuchern in Völklingen dann auch

äh übernachten zu lassen. Wir haben noch nicht äh hinreichend erreicht, dass sich äh Touristen (unv. 00:26:16.6) des Weltkulturerbes nach dem Besuch äh desselben dann auch in der Innenstadt aufhalten. Mit Sicherheit auch deshalb, weil das bislang nicht attraktiv genug war. Und da haben wir ein Stück weit dann Hoffnung, wenn zumindest mal das Einkaufszentrum den Betrieb aufgenommen hat, und die Innenstadt in dem Zusammenhang auch weiter attraktiv gemacht wird, dass man dann ja von profitieren kann.

Interviewer: Ähm gibt es ein Problem v= von Fachkräftemangel in Völklingen? Oder würden Sie sagen, als Schulstandort und ähm die Stahlindustrie braucht ja vor allem auch ähm, ich sage mal, im Mittelzweig gut ausgebildete Schu- ähm Sch- ja, Schulabsolventen.

Rabel: Ja. Nein, ich sehe da=ich sehe da eigentlich äh keine Defizite. Äh im Gegenteil: Gerade diejenigen, die auch in der Vergangenheit in der Montanindustrie gearbeitet haben, die sind=die sind äh durchaus vielseitig einsetzbar. Es waren in der Vergangenheit zum Beispiel Bergleute auch umgeschult zu Krankenpflegern, weil sie die körperliche Arbeit, harte Arbeit gewohnt waren, weil sie Schichtdienst gewohnt waren. Äh ich glaube, dass=dass auch die=die=die äh Hochschulen hier im Saarland äh, wenn zum Beispiel Ingenieure in der Stahlindustrie gebraucht werden, ausreichend ausbilden. Und ansonsten äh, wenn Arbeitskräfte gesucht werden: Wir profitieren hier in der Vergangenheit mehr, als=als jetzt aktuell, aber es gibt nach wie vor äh große Pendlerströme auch aus Lothringen und Saarland.

Interviewer: Okay.

Rabel: Die v- die in der Vergangenheit vor allem dann auch in der=in der Industrie beschäftigt waren, und hier ist die Mobilität immer noch gegeben.

Interviewer: Und wie sieht das aus mit ähm jetzt hat Völklingen f=für saarländische Verhältnisse, würde ich sagen, einen relativ hohen Ausländeranteil.

Rabel: Den höchsten.

Interviewer: Wie sieht-

Rabel: >fällt ins Wort< Es gibt nur eine Gemeinde mit höherem Ausländeranteil, das ist (unverständlich). Das ist an der Mosel, an der Luxemburger Grenze. Und das ist deshalb, weil aufgrund der hohen Immobilienpreise in Luxemburg sich da mittlerweile fast 30 Prozent Luxemburger (unverständlich).

Interviewer: Ach so. Okay.

Rabel: Aber ansonsten hat=hat Völklingen den höchsten Ausländeranteil einer Kommune im Saarland - mit rund 15 Prozent. Während im Saarland insgesamt die Italiener die größere Ausländergruppe ausmachen, sind das in Völklingen die Türken. Und das hat halt mit der industriellen Vergangenheit zu tun. Man hat Industriearbeiter äh in den 60er und 70er Jahren in der Türkei äh, vor allem in Anatolien, im Osten der Osttürkei angeworben, die dann auch nach dem Niedergang in Völklingen geblieben sind.

Interviewer: Ähm würden Sie da sagen, dass es da auch ähm spezielle- oder gibt es spezielle Programme, um ähm die Bevölkerungsgruppen auch ähm, ja, um au- umzuschulen? Oder ist das einfach automatisch in diesen Um-ähm-Schulungsplan eingefallen für die ehemaligen Bergleute?

Rabel: Also es gibt äh jetzt keine speziellen Umschulungsprogramme, die sich an die Bevölkerungsgruppe richtet. Man versucht von=von kommunaler Seite, Emigration zu unterstützen. Es gibt auch ähm ein=ein=ein eigenes Emigrations-äh=äh-Programm der Stadt, erarbeitet von der=von

der Emigrationsbeauftragten der Stadt, die es äh erstmals unter Oberbürgermeister Klaus Lurig gab. Ähm die Stadt versucht über die Volkshochschule auch die Sprachkompetenz, die deutschen Sprachkenntnisse zu verbessern. Ja, ansonsten ist es oft mit der Arbeitsmarktsituation nach wie vor schwer, für=für=für schlecht ausgebildete Bevölkerungskreise Arbeit zu finden. Und äh schlecht ausgebildete finden Sie halt leider in der ausländischen Bevölkerung immer noch überdurchschnittlich.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass Völklingen immer noch unter einem schlechten Image zu leiden hat?

Rabel: Völklingen hat aus der Vergangenheit ein=ein schlechtes Image als=als Industriestadt. Äh was dann von=von=von den Assoziationen äh im=immer verbunden ist mit=mit=mit schmutzig, mit laut, mit=mit wenig grün. Es gab vor einigen Jahren da immer so=so einen Bericht im Privatfernsehen, da wurde Völklingen als schmutzigste Stadt Deutschlands ausgezeichnet. Und ich gebe zu, wenn Sie in Völklingen als Fremder am Bahnhof ankommen, und steigen aus, dann hat man auf den ersten Blick gleich keinen so tollen Eindruck. Aber äh erstens hat man hier in der Innenstadt in der Vergangenheit viel getan, zum anderen aber besteht Völklingen aus zehn Stadtteilen. Äh und die=und die Stadt hat einen Waldanteil von 57 Prozent. Das ist weit überdurchschnittlich auch im Saarland. Ähm ja, was mit Sicherheit Imageprobleme und jetzt ganz aktuell im Zusammenhang mit äh den Brandanschlägen, die, ist ja immer noch nicht aufgeklärt, aber möglicherweise einen rechtsextremen politischen Hintergrund haben könnten. Und die Tatsache, dass die=die=die NPD in Völklingen immer überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse erzielt hat bei den vergangenen äh Kommunalwahlen, und jetzt auch die zweite Wahlperiode in Folge dem Stadtrat angehört, das macht die Stadt jetzt auch nicht sonderlich attraktiv.

Interviewer: >Räuspert sich< Zum Abschluss noch ein paar Fragen zu Ihrer ganz persönlichen Bewertung: Was, würden Sie sagen, müsste Völklingen

tun in der Zukunft, um ähm für, ja, die anstehenden Herausforderungen gerüstet zu sein?

Rabel: Wir müssen äh gucken, dass wir unsere Inst- Infrastruktur auf=auf einen Stand bringen, der die Stadt attraktiv macht für äh die Ansiedlung von Unternehmen, genau so wie die- äh für Privatileute, die Völklingen als Wohnort wählen. Attraktiv macht für äh Kunden unseres Einzelhandels, die auch aus den umliegenden Gemeinden äh kommen. Attraktiv durch ein Kulturangebot, das vielfältig ist. Vor allem aber auch die (unverständlich). Und attraktiv bleibt als Schul- und äh Gesundheitsstandort.

Interviewer: Nutzen denn auch Völklinger das Weltkulturerbe?

Rabel: Es gab=es gab äh nach der Stilllegung der=der=der äh des Stahlwerkes, der=der=der Hütte, der Hochöfen Ende der 80er äh kontroverse Diskussionen, was man aus dem Gelände machen soll. Ich habe die in meiner eigenen Partei damals als äh=äh=äh junger Mann, sage ich mal, mit=mit älteren Herrschaften in meiner Partei geführt. Die meinten, das muss man alles abreißen, abräumen, das ist alles Schrott. Da kriegen wir ein bisschen Schrottgeld und dann machen wir da schöne Werbeflächen draus. Das hat damals aber noch äh äh daran geglaubt, dass man größere Unternehmen äh in Völklingen wieder ansiedeln könnte. Heute, denke ich, ist jeder froh, dass äh dass das Kulturerbe da ist. Und auch diejenigen, die sich, vielleicht weil sie auch ihr Arbeitsleben äh dort äh mit harter Arbeit verbracht haben, dann eher mit dem Ganzen abschließen wollten, sind jetzt froh, dass man diese Möglichkeit hat. Und führen dann auch Besuch und Familienmitglieder von außerhalb des Saarlandes gerne dort hin.

Interviewer: Wunderbar. Das war es dann eigentlich auch schon.

Rabel: Gut.

**Interview 10: Transkription des Interviews mit Stefan Skora, dem
Oberbürgermeister der Stadt Hoyerswerda**

- 23. Februar 2012, 10.00-11.00 Uhr

in Anwesenheit des Büroleiters des Oberbürgermeisters Olaf Dominick

Interviewer: Ähm um kurz so das noch zu erklären, was ich machen möchte bei meiner Arbeit, ist ähm eigentlich wollte ich eher so der klassischen Frage nachgehen: Es gibt politische Lernprozesse, ob das überhaupt auf Kommunen möglich ist. Ich habe jetzt ein paar Interviews schon gemacht und muss leider feststellen, dass die Antworten mir >lacht< völlig gegen mein Konzept laufen.

Skora: >Lacht< so schlimm?

Interviewer: Ja.

Skora: Das kann ja auch ein Ergebnis darstellen, ne.

Interviewer: Das stimmt. Und ich habe jetzt auch gemerkt, dass ich mehr so auf diese Gestalt- also in den Lernkonzepten ging es auch schon um Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen. Weil ähm diese Lernprozesse immer gewisse Voraussetzungen sehen, um Lernprozesse anzuschieben. Und ähm es stellt sich halt heraus, dass Gem- Kommunen oder vor allem s=strukturechwache Kommunen ein extremes Problem haben, diese Voraussetzungen grundsätzlich überhaupt erst mal zu erfüllen.

Skora: Mhm (bejahend).

Interviewer: Ich möchte halt jetzt untersuchen, ob ähm diese strukturschwachen Regionen oder Kommunen ähm beim Strukturwandel in dem Sinne ähm du=durch diese Vermischung von Landesrecht, Bundesrecht und natürlich auch EU-Recht überhaupt noch selbstständig gestalten können. Da ich denke, dass dies besonders wichtig ist, da man Kommunen nicht miteinander so eins zu eins gleichsetzen kann. Hoyerswerda ist was völlig anderes als Dresden zum Beispiel, und obwohl das ja auch noch Lausitz

ist, aber ähm allein schon wegen der Größe. Genau. Und das möchte ich halt jetzt so.

Skora: Dann mal zu.

Interviewer: Ähm was, denken Sie, sind die wichtigsten Probleme im Strukturwandel für Hoyerswerda? Die größten=größten Probleme oder die größten Aufgaben?

Skora: Na, die größten Aufgaben sind, dass man die=die Lebensverhältnisse und die Angebote äh ähm A-, ich sage mal, im >atmet ein< Bereich der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung, aber auch äh im Bereich der Dienstleistungen, dass man diese Angebote erhalten=erhalten kann. Also dass man schon ein ge- äh dass man ein Niveau, was man hat, erhalten kann. Also ich spreche nicht von Ausbauen äh, sondern einfach, dass man auch ein Niveau halten kann. Also gerade im Dienstleistungsbereich, bei uns ist es äh Klinikum und Kulturbereich, unsere Lausitzhalle, äh ÖPNV-Angebot in der Stadt, Familienbad in der Stadt. Das sind alles Einheiten ähm, die da sind, die wir aus der Historie übernommen haben, aber d=die weiterhin auch da sind, das gleiche An- also ähm das Angebot noch haben und auch teilweise mittlerweile auch ausgebaut werden können. Also das ist ja völlig äh, würde man ja in einer Stadt mit so einem Strukturwandel und S- und Strukturumbruch gar nicht erwarten, also, dass man-

Interviewer: Aber es ist ja auch wichtig, die Stadt attraktiv zu erhalten.

Skora: Das=das ist=das ist nämlich der Punkt. Denn man kann bei aller äh Haushaltskonsolidierung und Sparwillen und Sparnotwendigkeit, kann man ja auch d=das Leben in der Stadt kaputtmachen und kaputtsparen. Und das ist einfach die Aufgabe, die wir haben, dass das nicht passiert. Dass wir zwar sparen müssen oder manche Dinge hinterfragen, aber dieses- diese Dinge, die das Leben in der Stadt, ein=einer in einer Kommune ausmachen, das Miteinander und das Angebot, das Wohnangebot,

das Dienstleistungsangebot in allen Bereichen, ob das Sport, Kultur äh ist, dass das auch bleibt. Weil das macht ja eine Kommune interessant. Wichtig ist natürlich, dass die Menschen in der Stadt, aber im Wesentlichen auch in der Region, natürlich äh ihrer Arbeit nachgehen können und ihr Einkommen erzielen können. Das ist natürlich eine Voraussetzung. Und das kann man nur- das kann man nicht so- als Kommune nicht so hundert=hundertprozentig beeinflussen, weil da gehören ja viele Rahmenbedingungen, die Sie auch genannt haben, vom Land, vom Bund, von der EU mit dazu.

Interviewer: Ich denke, es ist halt auch schwierig, bei der jetzigen finanziellen Lage der Kommun-, die ja eigentlich jede Kommune in Deutschland betrifft, diese ähm ja, ich sage mal, Softbereiche äh, die man zum alltäglichen Leben ja nicht hundert- äh nicht=nicht zwingend braucht ähm. Aber die ja- werden ja immer wichtiger. Und es sind ja eigentlich gerade diese Bereiche, bei denen ja zunächst gespart wird.

Skora: Ja, weil das von der=von der Anforderung immer so ist, so die pflichtigen Aufgaben zu erledigen, und alles andere, was darunter nicht zu fassen ist, das=da soll man eigentlich sparen. Aber das macht ja gerade das Leben aus, ja? Und deswegen kann man dort zwar äh a=andere Wege finden und suchen und=und neue Lösungen finden, aber man kann das eben nicht auf null fahren. Also das=das=das=das soziale Leben in der Stadt kann man ja nicht totmachen. Also das macht ja die Stadt aus, das Miteinander. Soll ja auch Lebens=Lebenswert für die Menschen haben.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass Sie als Kommune genug Handlungsspielraum h- oder Gestaltungsspielraum haben, um das ähm mja das wirtschaftliche Leben hoch- also sei es den Dienstleistungsbereich oder auch den Arbeitsmarkt zu konsolidieren ähm, dass Sie da genug Gestaltungsspielraum haben oder dass Sie da eher ausführende Akteure sind?

Skora: In vielen Bereichen sind wir Ausführende. Wir haben viel=viel zu wenig Freiräume. Ist viel=viel zu viel vorgeschrieben. Also ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, wenn man jetzt rein von=von den, wenn man jetzt mal das Finanzielle nimmt, wenn man die finanziellen Mittel so zur Verfügung stellt, dass wir auch selbst bestimmen können, was wir machen. Dann wäre das an manchen Punkten wesentlich besser. Aber vieles ist eben vorgeschrieben und reglementiert.

Interviewer: Ähm in=in westdeutschen Städten hört man häufig den Ruf nach einer ähm Gemeindefinanzierung, also die- dass die Gemeindefinanzierung neu organisiert wird, neu strukturiert wird. Würden Sie dem zustimmen, oder?

Skora: Also f- ja, wenn man das bundesweit sieht, haben wir ja die große Diskussion zwischen den Ländern äh. Aber so wie=wie- ich sage mal, man wird bestimmt auch im Freistaat Sachsen über den äh Finanzausgleich im Freistaat Sachsen drüber reden. Aber so, wie er strukturiert ist äh, einvernehmlich zwischen den Spitzenverbänden und dem Freistaat äh, über die Jahre hat der sich bewährt. Aber ich sage mal, die demografische Entwicklung und die=die Zentrenentwicklung äh, die geht natürlich nicht vorüber. Da muss man das äh an dieser äh diesen Entscheidung vorüber. Da muss man halt sch- auch mal gucken, ob=ob diese Ausgleichsme=mechanismen äh zwischen dem Land und den einzelnen Ebenen äh Kreisen, kreisfreien Städten äh, kreisangehörigen Städten noch=noch so=so richtig ist in der Größenordnung. Und dann natürlich auch auf der Ebene, wo wir uns bewegen unter den Kommunen.

Interviewer: Ähm wie, denken Sie, ist die finanzielle Ausstattung der Kommune Hoyerswerda oder der Gemeinde Hoyerswerda ähm?

Skora: >Lacht< dadurch, dass wir eine Konsolidierungskommune sind, äh muss man natürlich sagen, haben wir natürlich zu wenig Geld. Das ist ganz klar, ne. Also das ist- >atmet ein< aber- das ist ja=das ist ja

auch der Grund, deswegen konsolidieren wir ja auch. Äh Einsparungen in vielen=vielen Bereichen und Verän=Veränderungen. Aber w=wir wollen eben nicht=nicht einsparen auf Teufel komm raus, sondern das Geld, das wir haben, was wir durch den Freistaat bekommen und durch den Bund äh und natürlich die eigenen Steuereinnahmen, dann so=so sinnvoll und nachhaltig wie möglich einsetzen. Es ist=es ist schwierig, weil=weil man muss über vieles nachdenken und in vielen Bereichen muss man auch wirklich kürzen.

Interviewer: Bis wann hoffen Sie, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben?

Skora: Also wir haben jedes Jahr einen ausgeglichenen Haushalt, aber wir haben >atmet ein< durch die=durch die vorhergehenden Jahre sind Fehlbeträge aufgelaufen und die müssen wir ja ab- äh äh abarbeiten. Und das ist nach der Planung im Jahre 2014- mit dem Jahr 2014 erreicht.

Interviewer: Na, das ist ja schon bald.

Skora: Ja, das ist bald. Aber es ist trotzdem jedes Jahr immer wieder ein Kraftakt. Das, was man sich im letzten Jahr vorgenommen hat, durchzuhalten. Weil ja eben, man muss auch ganz einfach sagen, die=die- es sind ganz einfache Sachen äh. Die Tarifsteigerungen im Personal fressen vieles auf. Wenn die über- exorbitant sind oder sich nur verändern, dann haben wir schon wieder ein neues Loch. Da=da kann man- kommt man ja nicht raus. Das muss man ja bedienen äh=äh=äh=äh=äh in=in diesen Sachen und die- was=was die Betriebskosten betrifft, was die Bewirtschaftungskosten betrifft, die Medien, Prei- also weiß man ja, ob das Strom, Gas ist. Diese Preise verändern sich ja auch, Fernwärme und damit-

Interviewer: Hoffen Sie auf einen warmen Winter 2013.

Skora: Ja, wir ja. Aber wenn ich die Unternehmen, die zu uns gehören, die das erwirtschaften, dann wünsche ich mir einen kalten Winter.

Interviewer: Ja, natürlich.

Skora: >Lacht< Damit wir andere Sachen wieder lösen können.

Interviewer: Denken Sie, dass die Förderung von Land und ähm beziehungsweise von Bund und EU natürlich vor=vornehmlich ausreichen? Immerhin ist Hoyerswerda C-Fördergebiet, was ja einen höheren Satz an Fördermöglichkeiten bedeutet. Oder würden Sie sich da trotzdem mehr oder andere Förderung eventuell wünschen?

Skora: Also bei uns werden ja die=die, ich glaube, die EU-Förderprogramme ja im Wesentlichen durch den Freistaat mit äh=äh ausgereicht. Das ist ja nicht- landet ja nicht direkt bei uns, da werden ja andere Förderprogramme im Freistaat äh kofinanziert in der=der Richtung äh. Ja, was erwarten Sie denn, ein Bürgermeister wird immer sagen, das Geld reicht nie. Weil er ja die Wünsche äh=äh der Bürgerinnen und Bürger kennt und dann auch die Not sieht an vielen Stellen. Gerade bei uns ist das im Straßenbau, im Wegebau, im Radwegebau, da sieht man in dieser Infrastruktur, da haben wir einen absoluten Nachholbedarf. Dafür reicht das Geld nie, was wir bekommen äh in der Richtung. Auch wenn wir uns schon in unserer Stadt durch den Stadtumbau ja schon angepasst haben, also schon abgerissen haben, verändert haben, aber es reicht trotzdem nicht, ja. Also deswegen würde ich sagen, ja, und dann, ja. Mir=mir persönlich ist alles, was von der EU kommt, egal, wer noch was draufsattelt, ist mir alles zu kompliziert. Zu langwierig und zu kompliziert.

Interviewer: Okay. Mhm (bejahend). Also würden Sie sich einfache-

Skora: >fällt ins Wort< Ja, viel einfacher. Aber ich- man wird ja immer- die EU sagt ja immer, ich war vor Kurzem in Brüssel. Dort wird ja immer gesagt, die Programme sind alle einfach und das Geld- das sind immer die Mitgliedsstaaten, die immer noch eins draufsetzen, also bei der-

Interviewer: >fällt ins Wort< Verteilung.

Skora: Zuteilung und wie die Mittel verwendet werden können und den ganzen Bürokratismus. Aber äh die Mitgliedsstaaten behaupten dann immer, das ist die- das ist Brüssel. Also ich bin da so sehr zurückhaltend.

Interviewer: Wahrscheinlich eine Mischung aus beidem.

Skora: Da wird beides stimmen, ja.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass diese ähm Zuweisungsebenen die ähm Handlung einer Kommune eher einschränken? Oder würden Sie sagen, dass sich das auch im Verhältnis zu den letzten zehn Jahren nicht, indem die EU stärker eingegriffen hat, auch auf kommunaler Ebene? Oder würden Sie sagen, dass sich das eigentlich nicht verändert hat?

Skora: Doch, das hat sich schon geändert. Also das ist, wie schon gesagt, das ist in vielen Sachen komplizierter geworden. Also ich sage mal, die gewisse Anforderung, die jetzt auch bei Ausschreibungen ist das, glaube ich, im Wesentlichen: Bei Ausschreibungen, egal w=von der EU kommt, die finde ich schon bremsend. Und vor allen Dingen muss man ja auch sehen, wenn ich gezwu=gezwungen bin, durch die Gesetzlichkeiten europaweit auszuschreiben, das ist- muss nicht für eine Kommune unbedingt gut sein. Ich sehe das nicht unbedingt- ähm ich will nicht darüber richten, welche=welche Dinge dazu geführt haben, aber für eine Kommune ist das eine ganz schöne Belastung. Weil das a) absoluter Zeitverlust ist von den Fristen, dann die Möglichkeit der Firmen, die eben nicht zum Zuge kommen, dass sie eben äh Einsprüche einlegen können. Also v=verzögert den ganzen Prozess. Und es dient nicht unbedingt dazu, die=die Wertschöpfung in der Region. Gerade in strukturschwachen Regionen sind wir ja angewiesen, dass wir die Unternehmen in der Region, also nicht städtischer nur- auf städtischen Fokus, sondern in der Region äh. Das ist ja aktive Förder=Wirtschaftsförderung äh, mit den Möglichkeiten über=über öffentliche Ausschreibungen, aber auch über beschränkte Ausschreibungen äh Dinge z=zum gestalten. Das ist uns dann genommen. Und- also ich

finde es nicht, das ist jetzt meine persönliche Meinung, ich finde es=ich finde es nicht so optimal. Das wird bei=bei großen Einheiten, bei Ballungsgebieten, wird das alles, muss d- muss man das trennen. Aber in Strukturschwachen ist das einfach- wenn- ich soll jetzt meinen Firmen, die in der= in der Region sind, erklären, warum wir sie nicht genommen haben, obwohl sie diesen Auftrag leisten können. Sie sind ja vor Ort und wir haben ja die Arbeitskräfte aus der Region. Ich nehme dann irgendwann dann gezwungen, durch die europaweite Ausschreibung dann jemand anderes zu nehmen. Das- da habe ich ein Erklärungsdefizit. Also ich=ich kann es nicht erklären. Ich kann mich da nur auf die Gesetzlichkeit zurückziehen, aber das kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern und bei den Unternehmern der Region nicht gut an. Aber ich kann nicht anders, ich bin ja verpflichtet.

Interviewer: Ja. Denken Sie, da ist ein Kommunikationsleck, sage ich mal, zwischen EU und den einzelnen Bürgern.

Skora: Ja. EU wird nicht immer als, in dem Falle nicht immer so als Beglückung angesehen.

Interviewer: Das ist bundesweit so. Ähm gibt es spezielle Netzwerke, die vor allem regional geprägt sind, die Sie nutzen? Also ich sage mal, der Städtetag ist jetzt sehr überregional.

Skora: Ja. Ja.

Interviewer: Aber ich äh kenne das auch aus anderen Regionen, dass es halt, um ähm die Reg- weil man als einzelne Stadt relativ wenig immer handeln kann als ähm, ich sage mal, Regionalverbund ähm versucht, ja, politisch auch äh präsenter zu sein. Gibt es das für Hoyerswerda auch?

Skora: Ja. Das haben wir ja bei uns- äh im Landesentwicklungsplan ist das so vorgesehen. Das haben wir schon seit vielen Jahren oder Jahrzehnten schon. Bei uns gibt es ja den oberzentralen Städteverbund, weil wir ja

in Ostsachsen keine- kein reines Oberzentrum haben zwischen der Stadt Görlitz, Bautzen und Hoyerswerda. Die sind als oberzentraler Städteverbund zusammengefasst, erfüllen- sind zwar Mittelzentren nach der Landesplanung, aber haben auch oberzentrale Funktionen. Und da machen wir Funktionsteilung. Also wir stimmen uns ab und wir werden auch im äh=äh im Verfahren im Freistaat Sachsen werden wir auch angehört dazu als oberzentraler Städteverbund. Und damit sind wir ja schon gezwungen, uns als drei Städte zusammenzusetzen.

Interviewer: Das heißt, Sie sprechen sich auch vorher intern ab.

Skora: Wir sprechen uns vorher ab, ja, ja. Wir sprechen uns vorher ab, um Stellungnahmen abzugeben. Dessen ungeachtet haben wir diese Strukturen mit dem äh Städtetag, also wir haben, wie gesagt, unseren=unseren- wir haben auch einen Kreisverband des äh sächsischen Städte- und Gemeindetages. Landesverband, aber dann auch ein Kreisverband. Im Landkreis Bautzen, da sitzen auch regelmäßig die Bürgermeisterkollegen zusammen und da werden eben auch Netzwerke schon geschaffen. Und natürlich die umliegenden äh Städte und Gemeinden sowieso. Weil wir=weil wir erkannt haben, dass, wie Sie schon gesagt haben, dass- zu bestimmten Themen, da nützt es nichts, wenn ich was sage oder=oder=oder allein etwas sage. Da ist es schon anders, wenn drei, vier Bürgermeister der etwas größeren Städte oder auch der Gemeinden, die uns umgeben, wenn wir sagen als Region, wir wollen das. Dann findet das schon ganz andere Geh- anders Gehör. Solche Netzwerke werden auf jeden Fall genutzt.

Interviewer: Nutzen Sie die Netzwerke hauptsächlich zum Austausch oder auch eventuell für=für Hilfestellungen? Also ich meine jetzt nicht irgendwie >atmet ein< finanzieller oder w- ähm personeller Art, sondern einfach ideeller Art vielleicht? Dass man sich anguckt, Kommune B hat das so gemacht, vielleicht ist das hilfreich für uns.

Skora: Da sind wir ja eher diejenigen, dass die Kollegen zu uns kommen äh=äh und gucken, wie habt ihr den Stadtbau gemeistert äh, wie sind eure Wirtschaftsunternehmen aufgestellt, wie habt ihr zum Beispiel im Bereich äh der Kultur äh das organisiert. Da haben wir jetzt eine neue GmbH gegründet im vergangenen Jahr äh. Wie könnt ihr noch euer, wie gesagt, eure Lausitzhalle erhalten wie euer Familienbad, euren Zoo? Wir haben ja auch noch einen Zoo in Hoyerswerda äh, alles so was. Trotz des Strukturwandels, des großen Einwohnerverlustes, wie geht das? Also da kommen sie eher zu uns. Aber deswegen mache ich=machen wir die Runden. Also ich fahre zu den Kollegen, die Kollegen kommen zu mir und- Ich glaube schon, dass es bei uns im Landkreis Bautzen schon eine große äh große Runde ist und natürlich im=im Landesverband, das muss man auch sagen äh. Ich nutze natürlich auch diese Gremien, in denen ich da bin. Ob das im Sächsischen Städte- und Gemeindetag oder im Deutschen Städtetag ist. Das gehört ja alles mit dazu.

Interviewer: Ja, klar. Deswegen frage ich, ob- und meis- es hat sich halt in- es gibt eine gewisse Forschung zu diesen Netzwerken und es zeigt sich, dass sich vor allem regionale Netzwerke als besonders, ja, ergiebig, wenn man das so nennen möchte.

Skora: Ja, also wenn- das sind die, wie Sie schon gesagt haben- wie Sie schon gesagt haben, also das sind=sind wirklich diese- die- am Rande dieser offiziellen Netzwerke, die sie=die sie- äh die dann entstehen. Und dann muss man natürlich sagen, muss ja auch äh, na gut, das ist ja so ein etwas äh=äh=äh bevölkerungsarmen und ländlichen Gebieten, wie=wie das bei uns ist in Ostsachsen. Da kennt man sich ja auch unter Bürgermeisterkollegen, und da hat man über Jahre dann auch eine persönliche Komponente, die darf man ja auch nicht unterschätzen. Da kriegt man schnell mal einen Anruf oder fährt hin und trifft sich.

Dominick: Das ist teilweise=teilweise auch industriell und historisch bedingt, dass auch die Zusammenarbeit über die Ländergrenzen, also zwischen Brandenburg und Sachsen, ganz konkret zwischen Spremberg und Hoyerswerda, tatsächlich auch ganz konkret da ist. Weil Schwarze Pumpe mit der industriellen Entwicklung, historischen Entwicklung, wir beide als Städte, also Hoyerswerda und Spremberg, natürlich unheimlich eng damit verbunden sind und natürlich auch insgesamt ein gemeinsames Interesse haben, dass sich d- regional dieser Industriestandort ja äh entsprechend entwickelt hat und weiter entwickeln wird.

Interviewer: Ja, weil es die Grenzen in dem Sinne ja auch äh unter ähm d- äh un- während der DDR-Zeit ja auch nicht gegeben hat in dem Sinne.

Skora: Nein, da gehörten wir ja zu einem anderen Bezirk. Also wir gehörten ja mit Spremberg zusammen zu einem äh=äh Bezirk.

Interviewer: Ich weiß. Die Großeltern meines Mannes kommen aus Spremberg, deswegen.

Skora: Ach so, ja, dann kennen Sie sich ja aus.

Interviewer: Ähm zur quasi Alltagsarbeit im Stadtrat: Ähm jetzt hat die CDU keine Mehrheit im Stadtrat. Sie haben sich durch diese Wahlplattform wählen lassen damals. Gibt es die auch, also wenn man-

Skora: >fällt ins Wort< CDU ist bei uns die größte Fraktion.

Interviewer: Ja, aber nicht die Mehrheit. Also die Mehr- a- im Sinne von, sie hat keine alleinige Mehrheit.

Skora: Ja, wo gibt es das noch?

Interviewer: Doch, da gibt es tatsächlich noch einige >lacht< Städte.

Skora: Soll es noch geben so was? Soll es so was noch geben, wo man eine absolute Mehrheit hat, wo man machen kann, was man will?

Interviewer: Ja, doch. Ich kenne aber leider nur SPD-Beispiele >lacht<.

Skora: Ja, das ist ja (unverständlich).

Interviewer: Ähm worauf ich hinauswollte, ist ähm, existiert diese Zusammenarbeit, die es bei der Wahlplattform damals gab, auch im Stadtrat oder gibt es dort eher wechselnde Koalitionen, also je nach Themeninhalt?

Skora: Das, ich sage mal, das war- mit der Wahl, das war eine andere Geschichte damals. Also mit dem Stadtrat hat das nie eine Rolle gespielt äh. Dort gab es immer- geht es immer nach Thema.

Dominick: Richtig. Auch quer durch die Fraktionen.

Skora: Quer durch die Fraktionen, also äh da habe ich nicht immer die Unterstützung die volle Unterstützung meiner Fraktion. Also da habe ich manchmal auch die Unterstützung der gesamten Linksfraktion oder der SPD. Die zwei großen sind ja die Linksfraktion und die CDU ähm. Oder von den Freien Wählern. Also das geht quer=querbeet, das kommt immer auf das Thema drauf an. Also ich bin immer darauf angew=wiesen, mit äh=äh und das macht es ja auch=macht es ja auch so spannend äh und das macht ja auch den Spaß aus bei dieser Arbeit äh, mit den Fraktionen äh um Mehrheiten zu ringen oder bei den Themen mit den Fraktionen um Mehrheiten zu ringen. Aber es ist eigentlich selten, dass wir so eine richtige Kampfabstimmung machen. Also ich kann mich da eigentlich- da muss ri- da m=muss ich richtig schwer nachdenken, wann das mal war. Weil das immer im Vorfeld besprochen wurde, und wenn man- wenn ich dann merke, dass wirklich manche Wege oder manche Beschlüsse oder Zielrichtungen dann nicht=nicht funktionieren, dann äh suchen wir nach einem Komprom=Kompromiss, der (unverständlich), ja.

Interviewer: Ähm werden die Sitzungen des Stadtrats zum Teil im örtlichen Fernsehen übertragen?

Skora: Die- es wird gefilmt, aber es wird- gibt keine Tonaufnahmen. Die Stadträte haben das abgelehnt.

Interviewer: Okay. Weil ich das aus Jena kenne, dass das auch-

Skora: >fällt ins Wort< Aber=aber filmen ja, es läuft aber- das=das haben sie definitiv abgelehnt, weil sie gesagt haben äh, das ist dann i- ist gesetzlich nicht mehr abgedeckt, dass man diese äh Pfl- dieser Pflicht nachkommen. Aber das Fernsehen hat auch selber, unser Stadtfernsehen, (unverständlich) Bildbericht. Die machen dann immer Live=Live-Interviews dann direkt (unverständlich) mit einem Bildbericht ohne Ton. Also da lä- steht nicht die ganze Sitzung die Kamera.

Interviewer: Nee, ich kenne das halt aus Jena, da wird die- da werden einige Sitzungen im Monat halt live übertragen, und das ist auch manchmal besser, wenn es keinen Ton gäbe. Ähm wie schwer fällt es Ihnen, sich kulturell vor allem zu profilieren? Ich denke, jetzt ist Dresden nicht allzu weit weg. Ähm gut, Cottbus ist dann schon noch mal ein Stück weg, aber ähm sich quasi zu profilieren als Kulturstadt. Sie haben zwar den Zoo, aber ich denke, das ist trotzdem schwierig ähm, sich in einer gewissen Weise auch- also Kultur, finde ich, gehört immer zu einer lebenswerten Stadt dazu ähm und man muss ja da auch ein=eine gewisse Besonderheit sch- fast schon bringen.

Skora: Die haben wir=die haben wir bei uns. Wir haben bei uns die Soziokultur über die (unverständlich) e. V. Im soziokulturellen Bereich äh sind=sind wir- also, ich sage mal, das ist absolut einzigartig. Das- ich glaube, so in der Qualität in der Region gibt es das gar nicht. Ob es das in Cottbus oder in Dresden, da wird es kleinere Einheiten geben vergleichbare.

Dominick: Gibt es auch, ja, aber-

Skora: >fällt ins Wort< Aber im ostsächsischen Raum ist das wirklich absolut top. Das Zweite ist: Wir haben ja unsere Lausitzhalle, die ja von der

Qualität, also ich sage mal, was die was=was=wa- was Akustik betrifft und auch die Qualität der Halle mit der Drehbühne, was alles dazugehört - sind auch 820 Plätze -, vergleichbar ist mit der Semperoper. Natürlich äh, wir haben=wir haben äh da ein=ein Ganzjahresprogramm also von der Akustik habe ich gesagt, nicht von der- Das ist ja eine ganz andere Zeit, als=als die Halle in den 80er Jahren entstand, aber sie ist noch top in Ordnung. Sie wird jetzt auch noch äh noch mal aufgehübscht durch den Eigentümer, durch die Wirtschaftsbetriebe. Und da sind viele Programme, die sind eben ausgerichtet für den, ich sage mal, für=für=für unseren ostsächsischen Raum, weil für eine vergleichbare Halle gibt es nirgends. Deswegen gerade das Beispiel mit der Semperoper. Ich hätte auch das Staatstheater in Cottbus nehmen können und dort- die wird ja auch bespielt von äh von der Neuen Lausitzer Philharmonie äh und von Orchestern aus Dresden, aus=aus=aus Cottbus, von Theatern. Kontakt auch mit der Neuen Bühne in Senftenberg und, ich glaube, mit dem Staatstheater, aber das ist ja, oder mit den Landesbühnen ähm. Und da ist ein reges Leben. Also wir=wir sind ja die die Einzigen, die das hier anbieten, und nicht jeder aus unserer Region, die ja nun durch den Tagebau geprägt ist, sind ja die Wege weit, weil geradlinige Verbindungen gibt es auch nicht mehr durch den Tagebau. Nicht jeder hat die Zeit und das Geld und die Möglichkeit, äh=äh=äh nach Dresden zu fahren oder nach Cottbus.

Interviewer: Und die Lausitzhalle ist ausge- also was heißt ausgebucht, aber gut gefüllt, o-?

Skora: Die ist gut gefüllt, die Lausitzhalle. Wir sind äh zufrieden. Also der=der Zuschuss, den wir jetzt, sage ich wieder, Gott sei Dank nicht selbst aus dem städtischen Haushalt zu tragen haben äh, der wird auch jährlich reduziert. Also das läuft gut. Auch die Vermietung der restlichen Räumlichkeiten. Weil das ist ja ein großer Gebäudekomplex in der Stadt, der ja jetzt auch für die Volks- äh, ja, Volkshochschule und Musikschule ge-

nutzt wird und für andere Tagungen und andere Dinge. Also bin ich schon sehr zufrieden. Also das ist so ein Alleinstellungsmerkmal. Dann, weil Sie jetzt kulturell gesagt haben, dann kommt noch der Zoo als Ergänzung dazu. Auch im Zoo wird jetzt investiert, wir bauen dieses Jahr eine neue Bärenanlage. Äh der Z- der Zoo wurde nach einem Zookonzept, was voriges Jahr verabschiedet wurde, schrittweise umgestaltet. Er ist jetzt Teil einer=einer g- äh gemeinnützigen GmbH, wo wir Museum, Zoo, Bibliothek, Musikschule, Volkshochschule, alles zusammengefasst haben äh, mit einem sch=städtischen Zuschuss, aber auch g- weil wir natürlich auch etwas, ich sage mal, selber tragen. Also der Zuschuss wird schon bleiben ähm und dadurch ist dieses Angebot eben erhalten. Also das sind alles solche Dinge, was ich am Anfang gesagt habe, was man eigentlich von einer Stadt mit solchen Aufgaben und solchen Strukturumbrüchen nie erwartet hätte. Das ist alles noch da. Und teilweise auch- wird das auch mit der Zeit der neuen Zeit angepasst, so. Deswegen bin ich da auch relativ optimistisch.

Dominick: Es ist ja auch - ergänzend - was den kulturellen Bereich betrifft, natürlich auch so, dass ja die sorbischen Traditionen auf der einen Seite ja in den Ortsteilen äh entsprechend auch gelebt werden. Klassisches Beispiel immer wieder genannt, Krabat-Mühle, die ja hier auch über die Jahre auch durch eine Initiative eines Vereins ja entstanden sind, jetzt auch mit Unterstützung vieler Aktiver in der Stadt. Und auf der anderen Seite ähm natürlich auch der ganze Bereich, der historisch ja auch viel bedingt ist. Die Industriekultur äh auf dem Territorium der Stadt, nicht mehr durch uns betrieben beziehungsweise nicht mehr drin, aber die Energiefabrik Schwarze P-, äh nicht Schwarze Pumpe, (unverständlich) ähm die natürlich dort ja auch äh sich nicht nur als Museum, sondern auch als Veranstaltungsort über viele Jahre jetzt schon etabliert hat und auch steigende Besucherzahlen hat.

Skora: Das ist eben unsere Aufgabe, dass wir das erhalten, weil das macht ja die Stadt aus. Das hat sie schon immer ausgemacht, also nicht nur der Wohnstandort se- zu sein, sondern der, wie ich schon sagte, Dienstleistungsstandort, was man alles darunter- Dann dürfen wir auch nicht vergessen den=den sportlichen Bereich. Da sind ja sehr, sehr viele Vereine in der Stadt tätig. Also wir haben (unverständlich) Möglichkeiten, wo man alle Vereine- das sind ja ein paar hundert Vereine, die wir in der Stadt haben. Die zwar jetzt sich auch verändern äh, wo=wo Vereine zusammengelegt werden, weil die Mitgliederzahlen sich verändert haben, die Strukturen sich verändert haben. Es sind ja weniger=weniger Kinder, Jugendliche und Ältere da. Also auch da muss man, deswegen sage ich- da- und deswegen kommen auch die Menschen zu uns oder die Kollegen und sagen, wie habt ihr das denn gemacht, diesen Prozess? Und wir sagen, da sind wir eigentlich immer schon durch und die=die Vereine sehen das und machen das von sich aus und dadurch bleibt das Angebot. Weil wir immer gesagt haben, das Angebot muss erhalten werden. Die Qualität muss erhalten werden und das Angebot muss erhalten werden. Und das ist uns bisher sehr gut gelungen.

Interviewer: Ein weiterer wichtiger Punkt für die Qualität einer Stadt ist das Bildungsangebot. Ähm gibt es da spezielle Bildungsprogramme? Ich denke, ein großes Problem f- oder ein Grund für den Wegzug ist natürlich das Problem, der- also dass man sich hier nur schwer hoch qualifiziert ausbilden kann in Ostsachsen. Da muss man natürlich schon ein Stück weit wegfahren, um einfach eine FH oder auch eine Uni anzufinden. Versuchen Sie da trotzdem irgendwie dagegenzuwirken durch andere Maßnahmen beispielsweise?

Skora: Also a) haben wir sehr viel in die- äh in den schulischen Bereich investiert, was die Gymnasien betrifft. Wir haben ja zwei städtische Gymnasien und ein christliches Gymnasium. Dann haben wir einen gymnasialen Bereich im Berufsschulzentrum. Träger ist dort der Landkreis, also diese

Berufsschulausbildung noch. Das Zweite ist, wir haben in den- das ist (unverständlich), gerade im=im Grundschulbereich auch inv=investiert, weil die Hülle muss auch ein bisschen stimmen. Dafür sind wir ja als Kommune verantwortlich. Mittelschulbereich steht demnächst auf der Agenda, dass wir da etwas tun. Und das Zweite ist, wir haben äh mit=mit Partnern zusammen im Jahre 2006, Beginn dann 2007, in der Weinheimer Initiative haben wir dieses Projekt aufgelegt bei uns in Hoyerswerda „Fit fürs Leben“. Das werden wir jetzt demnächst qualifizieren und umwandeln a- Bildungs- als=als (unverständlich), bin ich überfragt.

Dominick: Übergang von (unverständlich)

Skora: Ja, nein, das heißt ja jetzt irgendwie anders. Wir wollen nicht mehr „Fit fürs Leben“, die Übergänge, sondern ich sage mal lebenslanges Bilden, dass wir diesen=diesen Schwerpunkt. Weil wir gemerkt haben, es muss ja- betrifft ja nicht nur diese Übergänge da von Kita in Schule, von Schule in- äh in den schul=schulischen Bereichen, und dann später in die Berufsausbildung. Sondern es be=betrifft ja auch die Generation, die jetzt vielleicht nicht mehr im Arbeitsprozess ist. Auch die äh muss man ja wied- holen wir ja mit diesem Prozess wieder äh zurück. Vor Jahren war das ja anders, da hat man sie ja alle in den Vorruhestand geschickt. Jetzt=jetzt=jetzt können Sie sogar Gruftis werden, ne. Da ist auch keine Altersgrenze da in der Richtung. Also das legen wir auf, natürli- und dann haben wir, das habe ich vergessen, eine private Initiative, die Zuse-Akademie, Zusak, äh die universitäre Ausbildungsgänge bei uns in der Stadt anbietet. Das ist aber jetzt zusammen mit Mittweida, mit der Hochschule, aber natürlich haben wir in der Regi- äh also bei uns in der Stadt haben wir keine Uni, keine Hochschule, also. Wir haben die nächste enger Kontakt, den werde ich jetzt demnächst noch mal besprechen, mit der Hochschule Lausitz. Da ist ja jetzt auch die Diskussion, ob sie die zur Energie-Uni zusammenlegen mit Cottbus, aber der Direktor kommt jetzt die Tage zu mir. Der ist bei mir auch im Wirtschaftsbeirat. Also

deswegen haben wir immer schon den Kontakt gesucht. Das wird- traditionell Energie, das war früher die=die=die=die=die=die Fachschule in Senftenberg, was jetzt die Hochschule Lausitz ist, und zur Bergakademie, die Freiburger so. Und- aber wir haben eben auch über=über das Klinikum wieder Kontakt zur äh=äh zur TU äh Quatsch, zur Uni in Dresden über das Universitätsklinikum, weil wir Lehrkrankenhaus dafür sind. Also diese Kontakte haben wir äh in der Richtung, aber klar war der Wunsch immer mal da in den letzten 20 Jahren, auch so was an den Standort zu bekommen. Aber Sie wissen ja selber, wie die Situation ist. Die Claims sind abgesteckt und die Unis sind verteilt und die Hochschulen und Fachschulen- äh jetzt müssen wir uns- müssen wir sehen, dass wir mit=mit Görlitz und Zittau zusammen das intensivieren. Aber unser Hauptspielfeld zurzeit ist der Kontakt über die Landesgrenze zur Hochschule Lausitz.

Interviewer: Wie versuchen Sie speziell, Fachkräfte vielleicht nach Hoyerswerda zu locken oder zu ziehen? Weil ich denke, Hoyerswerda wird ein ähnliches Problem haben wie andere Kommunen, dass es einfach ein eklatanter Mangel an Fachkräften ähm gibt.

Skora: Also die=die, a) durch diese, wie Sie gesagt haben, diese- weichen Standortfaktoren. Und b) ist natürlich, dass die Betriebe, die äh in der Region sind, aber jetzt speziell auch in der Stadt, die sich neu aufstellen äh, dass=dass diese Betriebe einfach da sind. Also das hatten wir ja v-vorher nicht so sehr. W-wir waren ja auf die Region angewiesen, auf den Standort Schwarze Pumpe. Haben über viele, viele Jahre auch versucht, in der Stadt Hoyerswerda Ansiedlungen hinzubekommen, was sehr schwierig ist, weil wir im Wesentlichen ja Gewerbegebiete haben, wo man eingeschränkt nur Dinge realisieren kann. Und mittlerweile haben wir äh Unternehmen äh äh, ob das Stahlunternehmen sind äh oder jetzt die- das Unternehmen Yados, die gerade, was erneuerbare Energien betrifft und sch- Blockheizkraftwerke und Steuerelemente ähm äh, dass die si-

dass die groß expandieren. Und=und das ist ja- bei uns ist ja ein Betrieb, der über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, das ist ja für mich ein Großbetrieb. Und über diese Schiene, dass wir- dass- dass wir sagen a) wir haben die- das Arbeitsplatzangebot, wo du ausbilden, ausgebildet werden kannst oder w- a) wo du dann auch arbeiten kannst, b) das Wohnumfeld stimmt und das Kulturelle, was alles dazugehört. Und dann noch das äh s- entstehende- noch heißt es ja immer noch entstehende Lausitzer Seenland, wo man sagt: Auch das haben wir noch, das wird im Tourismusbereich Arbeitsplätze schaffen. Aber das ist nicht der primäre Bereich. Der Primäre ist mehr alles, was mit Ener- also unsere Wurzeln, was mit Energie zu tun hat.

Interviewer: Ähm dann ist Ihrer Meinung nach die Energiewirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig in Hoyers-?

Skora: >fällt ins Wort< Bei uns in unserer Region ja, das wird auch so bleiben.

Interviewer: Gibt es noch weitere wichtige sch- Wirtschaftszweige in Hoyerswerda oder in der Region?

Skora: Also was=was=was b- was bei uns im Wesentlichen, alles, was irgendwie etwas mit Energie zu tun hat. Und da passt ja dann alles drunter. Ob das die Steuerungstechnik ist, ob das Softwarefirmen sind, ob das Metall verarbeitende Firmen sind, alles in der Richtung. Aber Energie ist das A und O. Wenn man die Region nimmt, die ganzen äh Tagebauer und Betriebe von Vattenfall, da ist natürlich- dort is- und die dann daraus sich ergebenden Zulieferbetriebe oder so. Also im Wesentlichen ist es der Energiesektor.

Dominick: Dienstleistung.

Skora: Und Dienst- na ja, und, na ja und Dienstleistungen also im weitesten Fach. Ob dass das Klinik- äh Klinikum ist, ob das im Handel ist, ob das äh, ich sage mal, im sozialen Bereich ist, das=das nimmt ja alles immer mehr zu, nicht.

Interviewer: Ich denke, Dienstleistungen vor allem im ähm Bereich Gesundheits-

Skora: >fällt ins Wort< Ja, Gesundheits- (unverständlich).

Interviewer: >fällt ins Wort< Da Hoyerswerda ja auch immer älter wird.

Skora: Genau, und da können wir das. Und deswegen f- f- fange ich dann immer auch mit Stadtumbau an, weil ja dann auch die Wohnungsunternehmen und die Unternehmen an sich und wir selbst ja äh äh ein-, ich sage mal, ein- die Stadt generationengerecht umbauen äh äh. Musst=musst ja alle Generationen beachten und ich- deswegen wird ja immer wieder diskutiert aufgrund der Altersstruktur so nach dem Motto: Hoyerswerda wird ja nur noch Senioren und wir sollten uns doch zur Seniorenhauptstadt küren lassen oder- (unverständlich) Vorschläge, wo ich sage: Nee, nee, das muss schon ein Mix zwischen Alt und Jung sein. Nur=nur dadurch kann eine Stadt leben. Man kann sich nicht nur auf junge Menschen ausrichten, man kann sich auch nicht nur auf ältere Menschen ausrichten. Das muss schon auf alle, auf Mehrgeneration ausgerichtet sein, sonst funktioniert das nicht.

Interviewer: Ähm großes Problem von Hoyerswerda ist die Abwanderung. Gibt es da, mal ab=abgesehen von diesen ähm äh ja von diesen weichen Standortfaktoren ähm aber auch spezielle Programme, um das zu stoppen oder um neue Leute ranzuziehen? Ich erinnere mich an dieses ganz äh heiß diskutierte Leipziger Aktion, die ähm reiche westdeutsche Senioren ranziehen wollte.

Skora: Das wollten die Görlitzer. Nein, also wir haben speziell gar keine also extra Programme. A) könnten wir das gar nicht und b) sage ich mal, es ist=es ist, wie ich sage, wie sich die Wirtschaft in der Region und in der Stadt entwickelt, im Wesentlichen schwerpunktmäßig erst mal in der Region, aber auch in der Stadt. Nur dadurch kann man diese Abwanderung stoppen. Die Abwanderung ist bei uns schon, wenn man sich die Zahlen

anguckt, Zuzüge und- es gab ja immer Zuzüge und Fortzüge. Äh Zuzüge und Fortzüge halten sich ja mittlerweile, die nähern sich ja so an, dass sie sich schon fast die Waage halten. Das negative Saldo entsteht einfach durch die Alt=Alterspyramide. Dass mehr Sterbefälle sind, als zuziehen oder geboren werden, in der Richtung. Es- die Kurve flacht ab äh, aber wir haben kein spezielles Programm aufgelegt, sozusagen. Also ich werde mich nicht hinsetzen und werde mit Eierschecke irgendjemanden oder mit=mit Leinöl irgendjemanden äh zurückholen wollen. Also das=das haben wir nie gemacht. Wir haben gesagt, wir mit diesen=diesen Dingen, die wir gerade besprochen haben, mit diesen Dingen müssen wir punkten. Äh und natürlich, wenn Unternehmen da sind und=und die ihre Zulieferbetriebe oder Partner mitbringen, und das passiert jetzt in dem Maßstab, ich sage mal, äh dann ist das was Gutes. Oder- und für mich ist das Gute, dass- zum Beispiel komme ich auf das Klinikum: Wenn man so einen Stand hat, so einen Betrieb, so ein Schwerpunktkrankenhaus mit fast 1000 Beschäftigten, wenn man das erhält und ausbaut, das hat alles F- F- Folgewirkung und auch Ausstrahlung. Wenn man das er=erhält, dann ist das ja schon, sage ich immer, eine Superleistung. Weil in anderen Regionen denkt man vielleicht drüber nach oder Klinikbetreiber oder kommunale Häuser, zu sagen: Ja, eigentlich müsste man sie zumachen oder zusammenschließen oder verlagern oder so. Und das sind alles so Themen, über das brauch- brauch- über das brauchten wir nie- bisher nie nachdenken, weil uns immer wieder gelungen ist, da äh eine gute Lösung zu finden.

Interviewer: Wie versuchen Sie, neue Unternehmen ähm nach Hoyerswerda zu bringen? Da das Problem ist, denke ich, dass Hoyerswerda jetzt, was die Infrastruktur betrifft, nicht optimal liegt, dadurch dass die Autobahn, egal jetzt, in welche Richtung, doch relativ weit entfernt und die Unternehmen ja immer gucken, dass sie relativ zügig- ähm

Skora: Unternehmen äh Unternehmen, die=die=die=die auch- die darauf nicht angewiesen sind, sprechen wir natürlich an. Aber wenn der Standort an sich attraktiv ist, und ich sehe das gerade bei der Firma Yados, die einen großen Teil unseres Gewerbegebietes belegen wird und auch noch Hallen in einem anderen Gewerbegebiet, auch die brauchen Zulieferer. Die brauchen- wenn sie sagen: Der Standort ist uns wichtig, wir kriegen hier die beste Unterstützung. Das kann- das können wir natürlich als Verwaltung leisten, dass wir sagen, also alles, was Genehmigungsverfahren betrifft, egal ob das ein Bebauungsplanverfahren ist, ob das ein Baugenehmigungsverfahren ist. Wenn man natürlich äh schnell ist und äh weitestgehend im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten den Betrieben entgegenkommen kann, das spricht ja auch für sich. Auch die Firma Yados ist auf Zulieferer angew- äh angewiesen und auf Straßenverbindungen. Wie gesagt, dieses Manko, was wir haben Ich sage mal, wir haben ja zwei Bundesstraßen, ist ja nicht so, dass=dass wir nicht angeschlossen sind. Aber es gibt Teile dieser zwei Bundesstraßen, die sind eben noch nicht optimal ausgebaut und die liegen dummerweise auf sächsischer Seite. Die Brandenburger waren da ein bisschen pfiffiger äh, was das betrifft. Aber dadurch sind auch unsere Wege an die Autobahn, ob das da Cottbus ist, sehr kurz geworden und sehr schnell geworden. Die (unverständlich) 13 über Senftenberg geht auch schnell und über (unverständlich) schneller. Gut, wenn man in Dresden auf die Autobahn will oder Richtung Dresden, muss man ein bisschen mehr Zeit in Kauf nehmen.

Interviewer: Ja, das habe ich gerade festgestellt.

Skora: Aber wenn man über Bautzen nach Dresden fährt über die Autobahn, ist man natürlich noch schneller da, als wenn man über die Staatsstr- äh die Bundesstraße fährt. Kommt immer auf die Zeiten drauf an, muss man wissen. Also da ist manchmal ein Stück von Dresden wegfahren besser, da ist man schneller in Dresden als wenn man (unverständlich). Das

ist, ja klar. Deswegen hat ja auch- hab=habe ich ja auch eine Initiative gestartet mit den Kollegen, die entlang der B97 in Richtung Dresden sind. Dass wir uns zusammengeschlossen haben und beim=beim Wirtschaftsministerium gesagt, wenn man schon keinen Autobahnzubringer nichts, dann ertüchtigt wenigstens die B97. Weil das ist einfach auch der Punkt. Da kommt man von Dresden, v-von diesem Großraum, in Richtung Cottbus sowieso, aber auch an den Sch- äh Wirtschaftsstandort Schwarze Pumpe, aber auch in das Lausitzer Seenland. Äh. Und=und wir=wir brauchen ja die Re- die Region Dr-. Wir wollen ja die Touristen von Berlin und von Dresden haben. Die Berliner kommen schon gut zu uns über die Autobahn, über das Seenland. Aber die Dresdner haben es ein bisschen komplizierter. Vor allen Dingen wollen wir sie ja nicht unbedingt durch die- über die Autobahn. Die sollen ja auch unsere schöne Landschaft kennenlernen.

Interviewer: Ähm wissen Sie rein zufälligerweise, wie viel Wohnraumleerstand es in Hoyerswerda gibt?

Skora: Das ist sehr unterschiedlich. Ich weiß jetzt nicht äh, müsste ich jetzt nachgucken, ob das noch- Also im=im sanierten Wohnraum gibt es fast k- äh keinen, da liegen wir vielleicht bei einem Prozent oder so. Und bei den Unternehmen selber, ob das zehn Prozent sind? Mü=Müsste ich nachgucken, also da bin ich jetzt auch nicht. Also es- wir haben ihn eklatant nach unten gesenkt durch den- Wir mussten ja jetzt schon das Abriss-tempo in der Stadt mit beiden Unternehmen, also Wohnungsgesellschaft, sch- städtisches Unternehmen äh der Genossenschaft drosseln. Weil wir müssen ja auch für die und sagen: Bitte schön, euer Haus wird abgerissen, wir wollen euch etwas bieten. Und das ist natürlich dann schon komplizierter, weil es muss a) Geu- Geldbeutel passen, der Zustand muss passen, die Wohnlage muss passen. Da kommt man gar nicht so schnell hinterher und deswegen haben wir gesagt, wir drosseln das etwas. Aber es sind noch ein paar Hausaufgaben zu machen.

Interviewer: Aber ich nehme an, der Abbau findet vor allem in der Neustadt statt.

Skora: Vor allem in der Neustadt. In der Altstadt sehen Sie ja, wenn Sie durch die Altstadt gehen, das ist ein Selbstläufer.

Interviewer: Das glaube ich gerne, ja. Ähm zum Abschluss noch ein paar allgemeine Fragen: Was sind Ihrer Meinung nach die F- entscheidenden Faktoren für die unterschiedliche Entwicklung von Kommunen in der Region hier in Ostsachsen, aber auch in= in Sachsen allgemein? Ist es das Problem, dass ähm au- dass gerade hier Hoyerswerda, aber auch Spremberg natürlich die Probleme haben einfach mit dem Wegfall des=des Bergbaus oder g- kommen da auch noch andere Faktoren hinzu?

Skora: Ja, das ist a) a- also diese=diese, ich sage mal, diese Monokultur oder Monowirtschaft, die war durch den Bergbau, die s- das hat sich ja drastisch verändert, (unverständlich), b) es ist natürlich auch die Lage im Raum, d= die verkehrstechnische Erschließung. Aber wesentlich ist es ja äh äh diese Geschichte aus der- aus=aus dem Bergbau. Man hat eine Funktion gehabt als Dienstleistungs- und Wohnstandort für diese Tausenden, die hier gearbeitet haben. Die sind ja auf einen Schlag weggefallen, diese Arbeitsplätze, die Menschen haben sich umorientieren müssen. Damit hat die S- die Stadt auch eine ganz andere Aufgabe. Wir sind= wir sind ja auch jetzt dabei, die Stadt ganz neu aufzubauen, auch zu- neu zu defi=definieren, haben uns voriges Jahr ein neues Leitbild gegeben und gesagt dann: Kunst und Technik. Sie sehen, Kultur und Kunst spielt bei uns eine große Rolle, vernachlässigen aber unsere Wurzeln nicht, was die Technik betrifft, in der Richtung äh, um z- um zu sehen, welche Aufgaben haben wir? Aber es ist wirklich äh auch die=auch die Lage im Raum, das muss man ganz einfach sehen. Äh dadurch, dass wir ja nicht das Glück haben in diesem Dreieck zwischen Leipzig, Chemnitz und Dresden zu liegen wie andere- oder an den großen Verkehrsachsen äh, müssen wir

uns das alles selbst=selbst erarbeiten, also- oder selbst steuern diesen Prozess.

Interviewer: Was denken Sie, sind die großen Heraus=Herausforderungen für die nächsten Jahre für Hoyerswerda?

Skora: Na, a) den=den=den Stadtumbau und den Wandel der Stadt weit=weiter zu organisieren. Dann auf die neuen Gegebenheiten zu reagieren, was die Bevölkerung in der Region betrifft. Äh ich sage mal, das=das Schrumpfen oder äh die weniger Einwohner ist ja nicht nur- äh betrifft ja nicht nur die Stadt, betrifft ja den richtig ländlichen Raum. Wir liegen zwar=zwar im ländlichen Raum, aber den richtig ländlichen Raum. Und da muss man natürlich- Herausforderung wird auch sein, dass man mit den=mit den äh Bürgerinnen und Bürgern, die uns umgeben, auch die Dienstleistungen weiterhin anbieten können. In der Richtung. Dass wir ihnen natürlich auch Hilfestellungen geben. Weil in diesem äh Schrumpfungsprozess oder Veränderungsprozess habe ich, das ist meine persönliche Meinung, aus diesem Prozess kommen diese Mittelstädte wie Hoyerswerda wesentlich heiler heraus oder mit weniger Blessuren als jetzt ein wirklich- ein wirkliches Dorf, sage ich mal, wirklich ländliche Gemeinde. Weil da äh, das stelle ich mir schon sehr schwe=schwer vor. Da wollen wir gerne Hilfestellung geben, also in der Richtung.

Interviewer: Wunderbar, das war es.

**Interview 11: Transkription des Interviews mit Ralf Zeidler, dem
Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler im Stadtrat der Stadt
Hoyerswerda**

- 23. Februar 2012, 13.00-14.00 Uhr

Interviewer: Wunderbar. Und zwar ähm als erste Frage: Was denken Sie, sind die wichtigsten Aufgaben oder die größten Probleme für Hoyerswerda, für die Stadtpolitik, in Bezug auf den Strukturwandel?

Zeidler: Na ja, einerseits ist es natürlich so, man muss ein bisschen, ich will es jetzt nicht zu sehr ausführen, in die Historie der Stadt zurückgehen. Hoyerswerda ja mal ein 7.000 Einwohner Ackerbaustädtchen bis in die 50er Jahre, dann durch die Industrieansiedlung Schwarze Pumpe zu DDR-Zeiten hier mit Neustadtplattenbausiedlung bis 70.000 Einwohner bis zur politischen Wende. Und inzwischen befinden wir uns jetzt wieder im Schrumpfungsprozess, weil das wissen wir aus der Geschichte: Nicht die Arbeit kommt zu den Menschen, sondern die Menschen gehen zur Arbeit. Äh und so wie damals äh, als die ganzen Braunkohlegeschichten hier waren, die Leute hierher gekommen sind. Jetzt durch den Wegfall, wir haben ja nur noch 5-Tage-Bau hier in der Lausitz, äh sind äh allein in der Kohle fast 18.000 Arbeitsplätze weggefallen hier in der ganzen Lausitz und das hat sich natürlich auch auf Hoyerswerda niedergeschlagen. Das heißt, wir haben sehr viele Wegzüge. Wir haben derzeit noch ungefähr 37.000, knapp 37.000 Einwohner von einmal 70.000. Prognose ist, in den nächsten zehn Jahren werden wir noch mal 10.000 verlieren. Das heißt also einerseits Bevölkerungsrückgang, das heißt aber auch demografischer Wandel. Weil natürlich gerade die ähm, sag ich mal, die Altersgruppen, die eben äh hier Arbeitsplätze ähm eigentlich vorfinden müssten, die sie nicht haben, die ... gerade die jungen Leute, die nach der Schule, gerade die Abiturienten, die gehen natürlich zur Ausbildung und zum Studium weg, und die wenigsten kommen wieder zurück. Äh das heißt also, wir haben hier wenig ähm wenig junge Menschen, die

auch entsprechend hier ein Einkommen finden. Das heißt aber, dass wir andererseits eben einen sehr hohen äh ähm eine sehr hohe Altersstruktur haben, also mit vielen älteren Mitbürgern und deren Durchschnitt. Also unser OB hat letztens, voriges Jahr, gesagt, ich bin jetzt 50 und damit bin ich genau der Durchschnitt. Also wir haben momentan einen Altersdurchschnitt von 50 Jahren, der wird wahrscheinlich sogar noch ein bisschen ansteigen die nächsten Jahre. Also das sind natürlich alles Herausforderungen, die vor der Stadt stehen mit dem demografischen Wandel, mit dieser, ja, dieser ganzen Entwicklung, die ich gerade versucht habe kurz zu skizzieren. Zum anderen ist es so, dass natürlich Hoyerswerda in den letzten, ich sage mal, zehn Jahren ein bisschen über seine Verhältnisse gelebt hat. Ähm das heißt äh, man mehr ausgegeben hat, als man sich eigentlich hätte leisten können. Also der ganze Bereich der freiwilligen Aufgaben ähm wurde doch hier sehr äh großzügig gehandhabt, ohne das jetzt hier kommentieren zu wollen. Ähm Fakt ist, dass wir also, uns jetzt das zweite Jahr in der Haushaltskonsolidierung befinden. Immer noch ein Fehlbetragsabbau von, ist jetzt egal, ob das sechs oder sieben oder acht Millionen sind, sind immer noch eine ganze Menge. Das heißt, damit natürlich auch äh Fragen ähm, wie der Haushalt aufgestellt werden kann, welche Einsparmöglichkeiten noch sind, um eben diese strukturellen Fehlbeträge erst einmal abzubauen und damit natürlich dann auch Gestaltungsmöglichkeiten zu haben für Investitionen. Äh weil so sind letztendlich immer die Sachen gegeben äh es gibt zwar sicherlich die Möglichkeit, immer wieder über äh Fördermittel und so weiter, aber dann müssen wir halt Eigenmittel einbringen. Und wenn die Stadt eben dort wenig Spielraum hat, finanziell, dann hat man auch nicht die Möglichkeit, trotz Fördermöglichkeiten eben Projekte zu realisieren, weil einfach die Eigenmittel fehlen. Also das ist so der zweite Schwerpunkt, äh die finanzielle äh Gesundung, sage ich jetzt mal. Äh und dann ist es natürlich auch so, dass wir hier trotzdem auch natürlich auch für die Zukunft investieren müssen, auch im Bildungsbereich. Nicht nur weil

ich aus dem Bildungsbereich komme, sondern weil generell Hoyerswerda muss sich weiter als Bildungsstandort etablieren. Wir haben jetzt gerade in der politischen Diskussion, nicht bei uns hier in der Stadt direkt, sondern im Landkreis, äh die Fortschreibung der Schulnetzplanung. Weil das ja jetzt . . . wir sind ja seit 2008 nicht mehr kreisfreie Stadt, sondern kreisangehörige Stadt, sodass wir jetzt also die Fortschreibung Schulnetzplanung dem Landkreis ähm äh Aufgabe ist. Und äh jetzt ist gerade der Entwurf gekommen für diese Fortschreibung und, na ja, das sind dann halt so Geschichten, die ohne jetzt ins Detail zu gehen, ähm die werden wir hier diskutieren müssen, beachten müssen, damit Hoyerswerda als Schulstandort äh eben auch wirklich gerade für seine Umlandfunktion äh letztendlich erhalten bleibt. Und vielleicht noch ein vierter Aspekt ist natürlich auch der ähm ich will noch mal ganz kurz zum Dritten sagen: Also Bildung, ich hatte vorhin schon gesagt gehabt, diese Abwanderung. Ich meine, mit den Abiturienten, das ist halt so, dass die zum Studium dann meist weggehen und die wenigsten dann in, weiß ich was, Ingenieur- oder wissenschaftlichen Berufen wieder zurückkommen. Aber deswegen müssen wir gerade die Mittelstände, die Mittelschulen hier fördern, weil die Schüler, die Schulabgänger der Mittelschulen, das sind eigentlich diejenigen, die in erster Linie in der Region bleiben. Das heißt, wir müssen die fit machen für äh für die Berufsausbildung, dass sie also hier in der Region bleiben äh, Lehrstellen und Ausbildung und danach dann halt auch Arbeitsplätze dann hier finden. Und deswegen müssen wir gerade, was den Bildungsbereich betrifft, eben den schon qualitativ hohen Stand, wir haben ja drei Gymnasien hier in der Stadt ähm, das natürlich weiter äh zu erhalten, das ist richtig. Aber vor allem eben die beiden jetzigen Mittelschulen. Und da habe ich, was ich gerade angesprochen habe, mit der Schulnetzplanung, die sieht ja vor, dass es dann bloß noch eine Mittelschule sein soll, und das halte ich für eine falsche Entscheidung. Äh deswegen müssen wir also als Stadt, als Schulträger, dafür alles tun, die Mittelschulen zu stärken, damit die eben hier entsprechend äh

dann die äh als=als Schulstandorte halt doch für diesen Bereich. Ja, und einen vierten Bereich würde ich halt dann, wo es doch immer wieder heißt, Hoyerswerda als Herz des Lausitzer Seenlandes, also die touristische Entwicklung, die sich jetzt hier noch weiter vollziehen wird. Die Anfänge sind ja in den letzten Jahren schon gemacht worden, gerade hier auch im Umland am Geierswalder See. Aber wir haben ja hier auch einen Haussee, sage ich jetzt mal, vor der Haustür der Stadt, der Scheibensee. Und auch wenn der Oberbürgermeister da schon vor eineinhalb Jahren gesagt hat, er will das zu seiner Chefsache machen, die Entwicklung, aber da geht kaum was voran. Also das sind natürlich alles Geschichten, ob es jetzt die Anbindung Radwegenetz ist und so weiter und so fort. Äh öffentlicher Nahverkehr, da sind noch so viele Geschichten, die dann äh hier natürlich noch wichtig sind. Und ein fünfter Bereich, und das soll jetzt keine=keine Reihenfolge sein, die ich genannt habe, aber bloß mal eine Aufzählung, ein fünfter Bereich ist natürlich auch, äh die Wirtschaftskraft letztendlich zu erhalten. Und da muss man ganz realistisch sein aus meiner Sicht. Wir werden hier also nie etwas mit BMW oder eine Mercedes-Ansiedlung oder irgendwas herkriegen. Ähm das war auch noch nie so gewesen, Hoyerswerda war noch nie Industriestandort. Industriestandort war Schwarze Pumpe. Und die Entwicklungen, die dort äh jetzt auch in den letzten Jahren sich positiv vollzogen haben ähm, das ist natürlich eine Geschichte, wo dann Hoyerswerda auch von partizipieren kann äh partizipieren kann dann eben als die Stadt, wo die Arbeiter und ihre Familien dann letztendlich leben. Deswegen Bildungsstandort, Kulturstandort, Einkaufsmöglichkeiten, Tourismus, touristische Möglichkeiten, kulturelle Möglichkeiten. Diese Funktion muss Hoyerswerda haben, aber selber als Industriestandort nicht. Deswegen muss dann das Augenmerk hier sein, äh die mittelständische Wirtschaft zu fördern, das gerade auch Ausbildungsmöglichkeiten für die junge Bevölkerung, die dann hier in den Betrieben übernommen werden können, äh das gerade auszubauen. Äh und denke ich mal, da ist noch ein Feld. Und das na-

türlich auch in Verbindung dann mit der touristischen Entwicklung, äh touristischen Erschließung des Seenlandes. Aber das ist eine=eine realistische Geschichte. Und alles andere halte ich für äh nicht realistisch, wenn man hier von großen Industrieansiedlungen, was manche immer wieder fordern, das ist für mich nicht realistisch. Also, ja, ich würde es mal vielleicht auf die fünf Bereiche äh letztendlich, dort demografischer Wandel, äh stadt=städtische Finanzen, Bildung, Tourismus, Wirtschaft, das sind, denke ich mal, die, ja, würde ich jetzt mal sagen, die fünf Schwerpunkte.

Interviewer: Ähm nebenher noch eine kleine Frage: Sind Sie auch der Meinung, dass die Schulen auch dann an den Kreis abgegeben werden? Weil bis jetzt ist es ja so, dass die Instandhaltung der Schulen ja noch immer Stadtsache ist, oder.

Zeidler: Also wir haben ja hier im Landkreis Bautzen die Tatsache, dass es eben ähm Schulen gibt, die in Sch- Trägerschaft der Gemeinden sind, Städten und Gemeinden und Schulen Trägerschaft des Landkreises. Ähm dort gibt es jetzt innerhalb auch des Kreistages, weiß ich, äh entsprechende Diskussionen, ob man jetzt nicht vielleicht, sage ich mal, alle Mittelschulen, alle Gymnasien in Trägerschaft des Kreises nehmen sollte oder nicht. Ob man das dann über die Kreisumlage dann- weil das Problem- ich will es mal vielleicht so deutlich machen: Wir haben ja drei Gymnasien in der Stadt, und äh das Foucault-Gymnasium, das Lessing-Gymnasium in=in städtischer Trägerschaft. Das Johanneum ist ja in freier Trägerschaft von einem freien Träger. Das Johanneum ist ein bisschen eine andere Geschichte. Aber die beiden städtischen, ja. Da ist es also so, dass ungefähr, ungefähr 40, 45 Prozent der Schüler aus der Stadt Hoyerswerda kommen. Noch einmal etwa 40, 45 Prozent kommen aus den Umlandgemeinden, sagen wir mal, Halbkreis Hoyerswerda. Und dann haben wir noch mal ungefähr knapp zehn Prozent, die aus Südbrandenburg kommen, Senftenberger Ecke, Spremberger Ecke. Was zum einen eben damit zusammenhängt, dass generell äh die Brandenburger sagen, das

sächsische Abitur hat vielleicht doch einen höheren Stellenwert, also wir wollen, dass unsere Kinder ein sächsisches Abitur ablegen und kein brandenburgisches. Hängt aber auch damit zusammen, dass die Gymnasien hier, gerade dessen, weil es eben drei sind und hier auch ein großer Wettstreit zwischen den drei Gymnasien ist, dass sie eine sehr hohe Qualität entwickelt haben, alle drei, äh und sie aber auch sehr unterschiedliche Sachen anbieten.

Interviewer: Qualifizierung.

Zeidler: Während also das Foucault-Gymnasium gerade im künstlerischen Bereich, im sportlichen Bereich Sachen anbietet, mit Sportklassen und Kultur- äh Kunstleistungskurs, und das Lessing-Gymnasium im Bereich der Kultur, der Musik, ist ja (unverständlich) -Schule äh dort. Und das sind natürlich alles dann Sachen, die attraktiv werden für die Südbrandenburger, und deswegen eben das Ganze als Schulstandort zu fördern. Ähm deswegen sind wir mit den Gymnasien ganz gut aufgestellt. Ähm ob das jetzt günstiger ist, das in Trägerschaft des Landkreises zu überführen, äh das äh ist äh fraglich, sage ich mal. Weil man muss natürlich auch mal sehen, dadurch, dass wir sehr viele auswärtige Schüler haben, gibt es auch entsprechende Zuschüsse vom Freistaat und so weiter. Also das muss man wirklich mal mathematisch durchrechnen, was dort finanziell günstiger wäre. Ansonsten ist natürlich immer, je näher die Kommunal- äh je näher die Verantwortung als Schulträger ist, an der - zur Basis hin wird es immer günstiger. Also insofern wäre natürlich die Nähe, wenn die Stadt Schulträger bleibt, schon für die qualitative Entwicklung meiner Meinung nach besser, als wenn es der Landkreis machen würde. Ähm Mittelschulen sind- sollen ja eigentlich auch den Einzugsbereich der=der Stadt darstellen und ähm. Ich will es mal anders noch formulieren: Es gab im Zuge der äh Haushaltskonsolidierung, also des HSK, vor zwei Jahren beschlossen, auch einen Punkt, der vom damaligen Gutachter (unverständlich) vorgeschlagen wurde, die beiden städtischen Gymnasien, also

in städtischer Trägerschaft, und die beiden Mittelschulen dem Landkreis zu übertragen als Maßnahme zur Sanierung der Finanzen. Aber, wie gesagt, das muss man erst mal mathematisch durchrechnen, ob das wirklich äh unterm Strich dann der Stadt äh Vorteile bringt ähm. Aber letztendlich ist es ja eine Sache des Kreistages, das zu entscheiden. Äh wenn ich auf der anderen Seite den aktuellen Entwurf sehe der Schul- und Bildungsplanung oder Vorstellung der Schul- und Bildungsplanung, dort ist ja äh wird gesagt, also Grundschulen in Hoyerswerda: Wir haben vier Grundschulen, okay, Berufsschulen sind sowieso Trägerschaft des Landkreises. Äh die=die beiden städtischen Gymnasien und das Johanneum haben Perspektiven auch für die nächsten zehn Jahre, schülerzahlenmäßig alles okay. Und dann schlägt man vor, dass aus den jetzigen zwei Mittelschulen eine eine (unverständlich) gemacht werden soll. Wenn man sich aber die jetzigen beiden Schulstandorte anschaut, erste und zweite=also die=die beiden Mittelschulen, Altstadt und Neustadt, die sind eigentlich beide nur zweizügig ausgelegt. Das heißt also, wenn ich sage, ich will jetzt hier, oder der Landkreis will hier aus zwei eine machen und die soll eine Dreizügige sein, dann geht das weder an dem einen noch an dem anderen Standort. Es müsste also umgebaut werden. Da hat aber die Stadt die nächsten Jahre kein Geld. Oder es müsste, was ja auch schon seit Jahren geplant ist, das ehemalige Zuse-Gymnasium (unverständlich) umgebaut werden zu einem Mittelschulzentrum, was dann auch dreizügig planbar wäre. Aber das wäre ja auch eine Umbau-/Neubaugeschichte. Also all diese Sachen sind eigentlich nur möglich mit umfangreichen Umbaumaßnahmen, da hat die Stadt aber kein Geld. Also entweder, wenn der Landkreis das will, dann muss er die Mittelschulen übernehmen, dann muss er das selber finanzieren. Dazu muss sich aber erst einmal der Kreistag positionieren. Grundsätzlich bin ich immer dafür, sollte die Trägerschaft bei der Gemeinde bleiben. Beziehungsweise natürlich, äh was hier auch noch ein Thema die nächsten Jahre sein wird, Stichwort Inklusion. Der Freistaat Sachsen hat sich auch bekannt, das umzusetzen.

Und das würde natürlich bedeuten, dass damit aber auch noch mal umfangreiche Kosten auf die Kommunen zukommen. Was jetzt dann die äh teilweisen Umbaumaßnahmen- muss ja dann entsprechend behindertengerecht, die Schulgebäude, sein, äh was die Ausstell- äh die Ausstattung mit Unterrichtsmaterialien, speziellen Unterrichtsmaterialien ist. Aber auch zusätzliche pädagogische Kräfte, Betreuungskräfte und so weiter. Also dieses ganze Thema, das hat hier noch gar keiner so richtig auf der Rechnung. Äh das kommt dann auch noch hinzu. Man sollte das wahrscheinlich in diesem ganzen Kontext sehen. Also die Frage Gymnasien, Mittelschulen, aber auch vor dem Hintergrund eben, was ist finanziell möglich. Und vor dem Hintergrund der noch in den nächsten Jahren erst umzusetzenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Inklusion.

Interviewer: Ähm was denken Sie, wie groß ist der Gestaltungsspielraum für den Stadtrat oder für Ihre (unverständlich) für Ihre Fraktion, aber auch für den gesamten Stadtrat bei der Kommunalpolitik? Oder denken Sie, dass der sehr, sehr eingeschränkt ist durch Bundes- und Landesrecht?

Zeidler: Also, äh mal ganz allgemein gesprochen, jetzt nicht auf Hoyerswerda bezogen, sondern generell, von mir aus Gemeinden in Sachsen: Es ist ja so, ich kann es jetzt nicht mit Zahlen belegen, man kann das wahrscheinlich auch nicht mit Zahlen belegen, aber ich würde mal sagen, der Gestaltungsspielraum für die Kommunen beträgt in etwa zehn Prozent. Alles andere wird letztendlich über Bund, Länder, also andersherum Länder, Bund und EU-äh-Sachen festgelegt, äh die äh, wo die Stadt eben kaum Gestaltungsmöglichkeiten hat. Sei es jetzt im Rahmen der Finanzen, sei es im Bereich der Investitionen, Baurecht und so weiter und so fort. Das sind so viele Sachen äh eben schon. Und ähm über diese Ebene kommt noch hinzu der Landkreis ja auch noch. Viele Aufgaben, gerade Kinder- und Jugendarbeit sind jetzt dem Landkreis übertragen, seitdem wir nicht mehr kreisfrei sind. Also, ich würde fast sogar eher noch sagen, dass es unter zehn Prozent sind. Also es ist einfach zu wenig. Und äh die meis-

ten Sachen hat man einfach dann nur, klar, wie soll man sich anders entscheiden im Stadtrat, weil sonst würde man ja geltendes Recht und Gesetz brechen.

Interviewer: Ja.

Zeidler: Und das funktioniert nicht, also. Deswegen habe ich ja vorhin schon einmal im einleitenden Gespräch gesagt, dass also äh das eine Grundforderung der Freien Wähler generell ist, in Deutschland äh eben mehr Gestaltungsspielraum den Kommunen zu geben, für die kommunale Selbstverantwortung, für das Subsidiaritätsprinzip. Nur ein einfaches Beispiel: Fördermittel. Also wenn- unabhängig davon, dass Hoyerswerda im Moment in der Haushaltskonsolidierung ist, aber unabhängig davon, wenn man es also nicht wäre, was ja auch viele Kommunen sind. Wenn ich jetzt Schulneubau oder Schulsanierung oder Kita oder irgendwas anderes machen will, da hat die Gemeinde, die Stadt, nicht in der Regel vier, fünf Millionen aufzubringen. Das heißt, das wird dann gefördert. Also ist man letztendlich von den Fördertöpfen abhängig und damit aber auch von den Entscheidungen anderer. Das heißt, die Kommune kann ich selber gestalten. Ich bin der Meinung, man sollte dann den Kommunen entsprechende Geldsummen zur Verfügung stellen und sollte den Kommunen auch die Möglichkeit geben, zu sagen: Wir sparen jetzt mal was ein, zwei Jahre an und machen dann mal wieder eine größere Geschichte. Aber entscheiden eben selber über die Bürgerschaft. Was wollen wir machen? Wollen wir jetzt ein Kulturhaus neu bauen? Wollen wir eine Kita neu bauen? Wollen wir eine Schule machen? Wollen wir Radwege machen? Wollen wir Gehwege machen? Was wollen wir hier machen? Dass das die Kommunen allein entscheiden können, aber eben auch allein über die finanziellen Mittel entscheiden können. Und nicht immer von Fördertöpfen abhängig sein und sagen, ja, wir würden ja gerne ein äh Radwege neu bauen, aber dafür gibt es im Moment kein Förderprogramm. Wir würden gern einen Sportplatz sanieren, da gibt es im Moment aber keine

Fördermittel. Wir würden gerne die Schulen mit neuer medialer Technik, aber das (unverständlich) -Programm ist im Moment ausgelaufen vom Freistaat, gibt es keine Förderung. Und das ist für mich ein Grundübel der gesamten Kommunalpolitik in Deutschland.

Interviewer: Also ähnlich wie beim Arbeitslosengeld II. Man gibt eine gewisse Summe und die Kommune entscheidet selber, für was brauche ich es jetzt, wann kann ich es einsetzen.

Zeidler: Das wäre dann äh ein Modell, was eben generell ähm für die Kommunalpolitik gelten sollte. Also den Kommunen einfach hier mehr Gestaltungsspielraum zu lassen äh und nicht halt äh das anderen Entscheidungsträgern zu überlassen, die dann vielleicht auch noch parteiengesteuert sind. So nach dem Motto: Ihr habt einen CDU-Bürgermeister, dann kriegt ihr Geld. Ihr habt einen SPD-Bürgermeister, dann kriegt ihr im schwarzen Freistaat nichts.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass der Gestaltungsspielraum in den letzten Jahren eher zu- oder abgenommen hat? Oder gleich geblieben ist?

Zeidler: Mhm (überlegt). Also gefühlt abgenommen. Gefühlt abgenommen, also ähm.

Interviewer: Es geht ja auch um die subjektive Meinung.

Zeidler: Ja, es ist letztendlich. Ja, doch. Also gefühlt, aber ich kann es nicht belegen. Aber gefühlt, würde ich sagen, abgenommen. Weil man spürt doch schon eine gewisse Ohnmacht, wo man einfach sagt, würden wir gerne, können wir nicht.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass also die Gestal- der Gestaltungsspielraum vor allem mit den finanziellen Mitteln steht und fällt, oder spielen da auch noch andere Faktoren mit rein für den Gestaltungsspielraum?

Zeidler: Sicherlich fängt es schon an bei der Gemeindeordnung, die ja nun mal äh ein Landesgesetz ist. Und äh dort sind halt schon bestimmte Re-

geln festgelegt, die natürlich auch äh die Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen äh=äh dann äh natürlich auch schon beeinflussen. Das heißt also, wenn wir- wenn es das Ziel, wirklich das Ziel der Landespolitik sein soll, den Kommunen in Sachsen mehr Gestaltungsspielraum zu machen, dann darf man nicht bloß die Förderpolitik oder die Finanzpolitik ändern. Dann muss man eben auch grundsätzliche Sachen ändern wie zum Beispiel bestimmte Regelungen in der Gemeindeordnung, die dann eben den äh Städten und Gemeinden dort mehr die eigenen Entscheidungen überlassen, und dass nicht erst die Rechtsaufsicht oder die Landesdirektion oder irgendwas (unverständlich) reingeholt werden muss.

Interviewer: Also dass die sogenannten freiwilligen Aufgaben quasi ausgeweitet werden?

Zeidler: Ja, ausgeweitet, wenn die finanziellen Möglichkeiten da sind, natürlich. Äh das ist natürlich dann immer äh eine Entscheidungssache, die vor Ort ist, aber die ist eben auch nicht=auch nicht frei, weil wenn ich sage- freiwillige Aufgabe ist ja zum Beispiel Förderung von Kinder- und Jugendprojekten, so. Okay, da kann die Stadt jetzt sagen, wir leisten uns eben 500.000 Euro im Jahr, oder sie sagen, wir leisten uns 700.000 Euro im Jahr oder 300.000 Euro im Jahr. Das kann sicherlich die Gemeinde äh oder die Stadt entscheiden und dann muss sie eben den entsprechenden Posten im Haushalt abbilden, und wenn das passt, dann passt das halt. Allerdings ist es dann eben wieder- heißt es dann wieder, ja, dann muss aber auch erst einmal der Landkreis das entsprechend abnicken. Oder dass der Landkreis eben Sozialraumteams bildet, wie jetzt hier im Landkreis Bautzen: Da wurden vier Sozialraumteams gebildet und die wurden dann eben zugeordnet. So, und die Gemeinden sagen, ja, schön, aber wir hätten das gerne selber beeinflusst beziehungsweise hätten auch stärker berücksichtigt, wo ist der größere Bedarf. Also Hoyerswerda hat nun mal einen größeren Bedarf äh für Sozialarbeiter ähm als jetzt der ländliche

Raum zum Beispiel. Und da müsste man doch stärker differenzieren und müsste doch den Kommunen dort mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben.

Interviewer: Und nun zur Arbeit im Stadtrat an sich: Ähm die Verteilung der Mandate ist ja, ich sag mal, relativ ausgeglichen unter den vier größten Fraktionen. Ähm würden Sie sagen, dass es je nach Thema wechselnde Koalitionen gibt? Oder gibt es gewisse Standards, auf die man sich verlassen kann? Oder wird auch je nach dem äh durch die Fraktionen gestimmt?

Zeidler: Ja gut, so ganz ausgeglichen ist es ja nicht. Wir haben zwei große Fraktionen im Hoyerswerdaer Stadtrat, die CDU-/FDP-Fraktion mit gegenwärtig elf Stadträten, und die linke Fraktion mit neun. Und dann eben wir als Freie Wähler fünf und die SPD vier und die NPD, na gut, der=der sagt ja nichts.

Interviewer: Das ist auch gut so.

Zeidler: Bei der Abstimmung hat der OB ja noch eine (unverständlich) Stimme. Der ist auch CDU. Dann muss man wissen, wenn man ähm, dann muss man also wissen, wenn man jetzt eine Mehrheit haben will, braucht man 16 Stimmen. Wenn ich eine Beschlussvorlage einbringen will, laut Geschäftsverordnung müssen mindestens sechs Stadträte unterschreiben. Das heißt also, um eigenständig Beschlussvorlagen im Stadtrat Hoyerswerda einzubringen, kann im Moment nur die CDU-/FDP-Fraktion und die linke Fraktion. Sowohl die Freien Wähler als auch die SPD äh, weil wir Freie Wähler als auch die SPD als=als=eigenständige Fraktion können das nicht, weil wir nur fünf und vier sind, und sechs ähm. Ich will das mal an einem praktischen Beispiel vielleicht festmachen. Wir hatten 2010 im August die Haushaltskonsolidierung beschlossen gehabt und äh, ja gut, was ja auf dem damaligen Gutachter (unverständlich) basierte und der hatte ja vorgeschlagen gehabt, den Bereich äh Eigenbetrieb Kultur und Bildung ähm umzuwandeln in eine äh GmbH und eventuell auch

den (unverständlich) Zoo dann dort mit zu umzuwandeln. Das hatte er ja vorgeschlagen gehabt. So, und da haben wir Freie Wähler uns dann mal ähm Anfang November 2010 haben wir eine Fraktionsklausur gemacht. Wir haben uns da ein paar kompetente Gesprächspartner eingeladen und haben dann ganz konkrete Vorstellungen entwickelt und haben gesagt, jawohl, so muss das umgesetzt werden, Zoo, Kultur und Bildung GmbH. Das wollten wir als Beschlussantrag im November 2010 einbringen. Wir haben ja bloß fünf Unterschriften gehabt, also habe ich mal bei meinem Fraktionskollegen, Fraktionsvorsitzender SPD, nachgefragt und ja, dann haben wir einen gemeinsamen Beschlussantrag gemacht, Freie Wähler/SPD und da haben wir ja die mindestens sechs Unterschriften gehabt. Den Beschlussantrag haben wir eingebracht im November 2010 und der wurde mit der Mehrheit von CDU und Linke abgelehnt. Ein halbes Jahr später im Juni 2011 hat der Oberbürgermeister eine Beschlussvorlage eingebracht zur Bildung einer Zoo, Kultur und Bildung GmbH, also genau das gleiche Modell, und in diesem Fall war es ein fast einstimmiger Beschluss gewesen, fraktionsübergreifend. Ähm was lehrt uns das? Äh letztendlich ist entscheidend, äh wie man Mehrheiten im Stadtrat zusammenbringt. Deswegen ist für mich ein Unterschied, ob ich jetzt hier Kommunalparlamentarier wie in Hoyerswerda oder von mir aus im Landtag oder im Bundestag. Also Koalitionspolitik in dem Sinne findet nie statt, sondern äh man muss halt sehen, wenn man etwas erreichen will, wenn man etwas verändern will, dass man dann Mehrheiten bekommt dafür. Und wenn wir als Freie Wähler eben nur fünf Stadträte haben, dann brauchen wir eben noch mal mindestens elf andere Stimmen. Die kriegen wir nicht bloß von einer Fraktion, die brauchen wir von mindestens noch zwei anderen Fraktionen oder eben von einer größeren, würde ja auch noch reichen. Na gut, jedenfalls äh, wir haben- da könnte ich jetzt in die Geschichte seit 2004 zurückgehen. Ob das jetzt äh=äh damals schon Privatisierung der Wirtschaftsförderung war, ob es die Einrichtung eines Bürgeramtes war, ob das die Installation eines Jugendstadtrates war, ob

das jetzt die Zoo, Kultur und Bildung GmbH war. Das waren alles Vorschläge, die von uns Freien Wähler seit 2004 eingebracht wurden, und wo es uns immer gelungen war, dann auf- wenn auch manchmal mit einem halben Jahr Verzögerung, dann eben entsprechende Mehrheiten, dann also die anderen zu überzeugen. Und ich denke mal, das ist das Entscheidende und dafür stehen wir auch als Freie Wähler. Wir sind, und das betonen wir auch immer als Freie Wähler, wir sind parteiunabhängig. Und deswegen ist es eben auch so, dass, wenn wir eine Sache für gut befinden, dann versuchen wir, entsprechend dort Argumente zu finden und versuchen eben, Mehrheiten im Stadtrat zu finden. Und da spielt es jetzt keine Rolle, ob am Ende dann unserem Vorschlag die CDU oder die Linke oder die SPD oder alle zustimmen. Uns ist wichtig, dass wir unsere Ziele, unsere Ideen um- durchsetzen können und dafür Mehrheiten zu finden. Und deswegen würde ich hier nicht von Koalition sprechen. Aber es ist schon, deswegen habe ich das eine Beispiel vorhin erzählt, schon zu beobachten, dass wenn Ideen, Anträge von den beiden kleinen Fraktionen kommen, dass die dann gerne erst einmal von den beiden großen blockiert werden, um sie dann als eigene Vorschläge einzubringen äh, um dann, so würde ich es mal politisch deuten äh=äh, zur nächsten Stadtratswahl hin zu sagen, also wir haben ja beschlossen und so weiter und so fort. Das sind also die-

Interviewer: >fällt ins Wort< Wobei grundsätzlich CDU und Linke ja nicht die engsten Freunde sind.

Zeidler: Eigentlich nicht, nee. Aber wenn man eben sieht, dass eben ein äh Herr Joachim Lossack, der noch 2003, glaube ich, war das, wo die ähm damals die OB-Wahlen waren, der noch gegen (unverständlich) angetreten ist als Kandidat der CDU, der jetzt seit 2009 für die Linke im Stadtrat sitzt und auch für die Linke im Kreistag sitzt. Also da gibt es dann schon mal Wandlungsmöglichkeiten, ja. Also das ist dann schon mal=schon mal=schon mal beachtlich, aber grundsätzlich äh ist es schon

so, dass es dort ähm manchmal auch ein paar Schlagabtausche gibt. Unser Landtagsabgeordneter, der Herr (unverständlich), der Fraktionsvorsitzender der CDU ist, und der Stadtrat Ralf Büchner von den Linken, der ja auch äh die Absicht hat, vielleicht nächstes Jahr oder übernächstes Jahr in den Landtag zu kommen, da gibt es auch schon mal so ein bisschen Wahl- und Landtagsgeplänkel im Stadtrat. Äh aber ansonsten ist doch eigentlich die Arbeit im Stadtrat von Sachpolitik geprägt und weniger von Parteipolitik, auch wenn eben gerade die CDU immer versucht, immer vieles dann so darzustellen, dass es also von ihnen ausgeht und so weiter. Aber grundsätzlich würde ich das schon so beschreiben wollen, dass das äh keine festen Koalitionen gibt und dass es eigentlich auch keine festen Absprachen gibt. Wobei natürlich die Fraktionen an sich dann auch noch mal einzeln zu betrachten sind. Während also Freie Wähler und so glaube ich, auch die SPD einzuschätzen, doch dann eher ihren Leuten sagen, ihr habt ein freies Mandat. Also es kann auch schon mal durchaus sein, dass bei Abstimmungen unsere fünf Stadträte, zwei sagen Ja, zwei sagen Nein, einer enthält sich. Also wir haben da keinen Fraktionszwang oder Fraktionsdisziplin in dem Sinne. Äh was bei den Linken sehr stark zu beachten ist, also da muss man dann wirklich im Vorfeld arbeiten und versuchen, einzelne zu überzeugen, die dann ihre Fraktionen überzeugen und die stimmen dann schon geschlossen ab. Die CDU ist da auch sehr, da gibt es auch ein paar Eigenbrötler, könnte ich jetzt sogar Namen nennen, äh da weiß der Fraktionsvorsitzende auch nicht immer, ob die dann auch äh geschlossen abstimmen. Also das ist schon sehr heterogen, die Zusammensetzung des Stadtrates, denke ich mal.

Interviewer: Das ist ja auch nicht in jeder Kommune so, von daher.

Zeidler: Nee, also das würde ich jetzt mal so sagen. Also sehr heterogen, sehr äh sachthemenorientierte Abstimmungen. Und da- deswegen haben wir da eigentlich auch relativ viel Gestaltungsspielraum, aber äh Spielraum,

aber es ist eben sehr mühselig, eben dann dort Mehrheiten zu finden. Aber es ist machbar. Es ist also nicht so, dass generell alles, was jetzt von den kleinen Fraktionen kommt, immer abgeschmettert wird. Das würde ich nicht so beschreiben.

Interviewer: Ähm welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Hoyerswerda?

Zeidler: Ich habe es vorhin ja schon angedeutet. Also große Industriebetriebe werden wir hier auch nicht mehr herkriegen. Ich denke, der Mittelstand ist das Entscheidende. Und dann natürlich auch ähm die entsprechenden Angebote im Bereich der Dienstleistungen, im Bereich der Kultur, ähm die hier natürlich dann auch mit eine Rolle spielen, gerade auch im Hinblick auf die Entwicklung des Lausitzer Seenlandes. Das heißt, gerade Angebote zu schaffen, wenn eben mal im Sommer schlecht Wetter ist und die Urlauber im Seenland mal zwei Regentage haben. Was machen wir da, dass die dann eben: Ah, in Hoyerswerda. Da ist jetzt das und da kann ich das machen. Da kann ich ein bisschen Wellness machen, ein bisschen Massage machen, da kann ich mal ins Kino gehen, da kann ich mal dieses und jenes machen. Ich denke mal, das sind so diese, Mittelständische und Dienstleistungen.

Interviewer: Die mittelständischen Unternehmen dann mehr im Handwerk oder auch, ich sag jetzt mal, Gesundheit und Tourismus?

Zeidler: Das geht ja schon eher in den Dienstleistungsbereich rein.

Interviewer: Ja, das stimmt.

Zeidler: Das geht ja dann schon eher in den Dienstleistungsbereich rein. Also dann eher in=in=in dem Bereich des Dienstleistungssektors. Aber natürlich auch ein paar- Wir haben ja auch, gerade die Firma (unverständlich) zum Beispiel, die jetzt sich sehr sprunghaft entwickelt hat, die äh Handytechnik herstellen. Die ähm hatten erst ein (unverständlich) Industriegelände, die jetzt also ähm (unverständlich) dort eine größere Fläche

jetzt von der Stadt gekauft haben und dort ein Gewerbe machen, weil die auch expandieren. Und ich meine, das sind so ein paar zarte Pflänzchen, die=die man eben pflegen muss. Und deswegen, wir haben gestern Abend erst hier wieder in der Fraktionssitzung diskutiert. Nächste Woche haben wir ja Stadtrat. Da ist unter anderem eine Beschlussvorlage, dass auf einem erschlossenen Gebiet im Industriegebiet im Gewerbebereich in (unverständlich), dort soll ein Solarfeld aufgestellt werden. Also es ist vollkommen erschlossen (unverständlich). Da kann also, wenn ein Unternehmer kommt und sagt, ich will hier ein mittelständisches Unternehmen, eine kleine=kleine Produkt- äh, dem könnte man das sofort anbieten. Da soll jetzt ein Solarfeld hingestellt werden. Wo ich sage: Hallo, gibt es da nicht andere Flächen, wo man Solarfelder aufstellen kann? Hier haben wir- zumal das eine Fläche ist, die äh erschlossen wurde, damals vor Jahren, ohne dass Fördermittel geflossen sind. Das heißt, hier hat die Kommune nicht den Zwang zu sagen, wir müssen für 20 Euro den m² verkaufen. Hier haben wir mal Gestaltungsmöglichkeiten. Hier haben wir mal auch die Möglichkeit zu sagen, wenn du jetzt hier was ansiedelst, das erste Jahr brauchst du keine Gewerbesteuer bezahlen, oder was weiß ich. Also so. Und gerade so eine- so=so ein Filetstück jetzt hier für ein Solarfeld herzugeben, also das sind dann so ne Sachen, wo wir dann sagen, hey, Leute, das kann doch nicht sein. Und deswegen werden wir da auch (unverständlich) opponieren im Stadtrat dagegen.

Interviewer: Ähm Sie hatten es ja schon mehrfach angesprochen: Bildung ist einfach, was Strukturwandel betrifft, ein elementares Feld, wo eine Kommune sich etablieren muss. Ähm Hoyerswerda hat ja auch einen ähm großen Mangel an Fachkräften. Ähm sehen Sie es als sehr großen Nachteil an, dass es halt, ich sag mal, für Abiturienten, die ja zumeist das Studium anstreben, keine=keine Zukunft hier gibt? Weil viele würden vielleicht doch gerne zurückkommen, aber sehen die Möglichkeit halt einfach nicht. Oder was ist Ihrer Meinung nach- s=Gibt es da vielleicht Möglichkeiten in irgendeiner Weise?

Zeidler: Ich weiß nicht, woran Sie das jetzt festmachen, Mangel an Fachkräften? Was- wer=wer wer beklagt sich, dass Mangel an Fachkräften ist?

Interviewer: Ähm aus der Statistik des Am- der Arbeitsagentur ähm habe ich das gelesen, dass es gewisse- einfach Fachkräftemangel gibt. Das heißt aber nicht nur hoch qualifizierte, sondern einfach in=in jedem Bereich.

Zeidler: Ja, eben. Wollte ich gerade sagen. So, und in dem Facharbeiterbereich, und das ist das, was ich vorhin schon angesprochen habe, deswegen müssen wir unbedingt die Mittelschüler fit machen, dass sie also äh ihre Ausbildung so optimal äh abschließen an der Mittelschule, dass sie eben äh für weniger Industrie, mehr Handwerk eben halt geeignete Kräfte sind. Die dann eben zu Facharbeitern ausgebildet werden können, damit eben äh für mittelständische Unternehmen hier entsprechend äh dann auch die Fachkräfte da sind. Aber ähm Fachkräftemangel, das ist ja ein Problem, was jetzt nicht bloß Hoyerswerda betrifft.

Interviewer: Nee.

Zeidler: Also aufgrund des demografischen Wandels, also äh das ist den Leuten noch gar nicht so richtig bewusst: Wir werden in=in fünf bis=fünf bis zehn Jahren werden wir nicht nur einen personellen Mangel haben hier in unserer Region, was Fachkräfte in der Produktion betrifft und dann auch im Bereich bis hin zur Verwaltung. Also äh das ist einfach äh dieser=diesem=diesem demografischen Wandel geschuldet. Und, wie gesagt, wenn Sie also ansprechen Fachkräfte im produzierenden Bereich, dann müssen wir halt- deswegen müssen wir eben Mittelschüler fit machen. Deswegen gibt es ja auch äh das entsprechende Programm „Fit fürs Leben“, was ja hier auch beim OB jetzt angesiedelt ist äh mit dem kommunalen Übergangsmanagement. Äh wo dort also ähm eben Maßnahmen durchgeführt werden, um eben die Mittelschüler, ja, fit fürs Leben zu machen. So heißt ja, wie gesagt, das Konzept. Äh und das ist der Ansatz. Was jetzt die ähm Schulabgänger mit Abitur betrifft, da ist es natürlich

so, dass die in erster Linie dort in die großen Städte gehen, wo die großen Universitäten sind. Ich will aber verweisen, wir haben aber auch hier in Senftenberg auch eine Fachhochschule Lausitz, die ja nicht so weit weg ist, die auch eine sehr gute Ausbildung macht. Und selbst hier in der Stadt haben wir die Zuse-Akademie, äh die ja auch in bestimmten Medienbereichen und so weiter dort Ausbildungen vornimmt zusammen mit der Fachhochschule Mittweida. Also äh dort sind ja hier auch schon Möglichkeiten. Aber ähm ich denke mal, das ist hier weniger das Problem, sondern eher eben die Möglichkeiten, dann hinterher sich eine berufliche Existenz aufzubauen. Und äh wenn es da äh mutige, junge Menschen gibt, die sagen, ich will mich selbstständig machen und hier investieren ähm, dann sind, denke ich mal, hier auch alle Möglichkeiten gegeben.

Interviewer: Das heißt, Wirtschaftsförderung muss vor allem bei kleinen Firmen anfangen?

Zeidler: Ja, eindeutig.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass wenn 2014 tatsächlich der konsolidierte Haushalt, also die Konsolidierung des Haushaltes, so rum, äh funktioniert hat, dass dann der Handlungsrahmen der Stadt Hoyerswerda besser wird, größer wird?

Zeidler: Also einerseits glaube ich nicht, dass das (unverständlich) 2014 schon der Haushalt schon konsolidiert ist, dass alle Fehlbeträge abgebaut sind. Ich denke mal eher, das wird noch bis 2015, bis 2016 dauern. Außerdem ist noch die=die große Unbekannte, äh die Einführung (unverständlich). Wir haben ja ab 01. Januar 2013 hier auch in der Stadt heuer die doppelte Haushaltsführung eingeführt und da wissen wir noch gar nicht, was das für Auswirkungen genau hat ähm, wie sich das auch auf die Haushaltskonsolidierung auswirken wird. Ähm das ist erst einmal noch eine große Unbekannte und deswegen bin ich da noch ein=ein bisschen vorsichtig mit Spekulationen, wann dann die Fehlbeträge abgebaut sein werden.

Wenn das aber mal der Fall sein sollte, dann ähm müssen wir natürlich äh sehen, dass wir da natürlich auch wieder Möglichkeiten haben, eben äh mehr eigenständige Entscheidungen zu treffen, gerade im investiven Bereich. Äh und deswegen sollte es das Ziel sein, unabhängig von dieser großen Unbekannten (unverständlich) äh natürlich so schnell wie möglich den Fehlbetrag. Deswegen müssen wir endlich mal alle Maßnahmen, die eben den Beitrag dazu leisten. Und wie ich gestern erst gelesen habe, hier im Bericht zum Haushalt 2011 zum vierten Quartal, dass wahrscheinlich im Jahr 2011 wir zwei Millionen Mehreinnahmen haben durch Steuern. Also das ist natürlich dann auch schon ein Aspekt, der dann diesen Fehlbetragsabbau noch beschleunigen kann, aber >atmet laut aus< (unverständlich), was in zwei, drei Jahren ist (unverständlich). Ich meine, man muss es abwarten. Aber zusammengefasst: So schnell wie möglich Fehlbetrag abbauen, damit die Kommune wieder mehr äh Handlungsspielraum hat. Das muss schon das Ziel sein. Und da vielleicht auch erst mal mal für eine kurze Zeit auch mal vielleicht auf ein paar lieb gewonnene Sachen verzichten.

Interviewer: Das bedeutet?

Zeidler: Na, gerade auch im Bereich der=der freiwilligen Aufgaben. Wir hatten ja dort im letzten Jahr noch heftige Diskussionen im Zusammenhang mit der Förderung Kinder- und Jugendprojekte. Äh was die Vereinsförderung betrifft, die Sportförderung betrifft, da muss man einfach immer sehen, wie kann man da (unverständlich) Quellen auch erschließen, andere Fördermöglichkeiten, ähm Sponsoring und so weiter, dass hier städtische Zuschüsse erst mal etwas vorübergehend etwas reduziert werden, um eben äh den Haushalt zu entlasten und damit äh die Haushaltskonsolidierung erst mal zu machen zu können. Wenn, das heißt ja auch nicht, dass das dann für ewig sein muss. Ich denke mal, so ne Verhältnisse, die man manchmal in Fernsehberichten liest, hier ähm, Sie sagen ja, Gelsenkirchen haben Sie auch mit drin und Essen und so weiter (un-

verständlich), also N=NRW sind ja- sehen ja die Finanzen noch=noch düsterer aus als in Sachsen, also die äh die wissen noch gar nicht so richtig, was auf die zukommt. Äh und wenn man dort sieht, dass dort also Schwimmbäder dort schon auf äh=äh zugemacht werden, weil sie eben baufällig sind und so weiter und die Kommunen dort jammern, dass dort die nächsten Jahre nichts passieren wird. Also so düster würde ich die Entwicklung für uns nicht sehen, weil wir uns, glaube ich, als=als Stadt Hoyerswerda, äh gerade, was die städtischen Unternehmen betrifft, ganz gut aufgestellt haben. Mit Strukturen, die in den letzten vier, fünf Jahren geschaffen wurden, mit der SWH als äh Muttergesellschaft, Städtische Wirtschaftsbetriebe, äh um dann entsprechend über die, die, ich sage mal, nicht druckreif Geld produzieren, die Versorgungsbetriebe, dann eben auch defizitäre Unternehmen wie das Lausitzbad, die Lausitzhalle dann auch entsprechend unter die Arme zu greifen. Was natürlich nicht heißt, dass diese Unternehmen aber trotzdem auch die Aufgabe haben, natürlich ihre Einnahmen-/Ausgabenseite zu verbessern, damit die Zuschüsse von der Muttergesellschaft dann auch in den nächsten Jahren reduziert werden. Und äh ich denke mal, da sind wir von der Struktur her einfach sehr gut aufgestellt, sodass ich ähm solche Entwicklungen, wie sie zum Teil in anderen Städten und Gemeinden auch in anderen Bundesländern, gerade auch in den alten Bundesländern ähm, das sehe ich nicht so negativ, die Entwicklung.

Interviewer: Okay.

Zeidler: Ich denke mal, da sind wir im Strukturwandel, also auch mal jetzt außerhalb des Protokolls, das ist immer so mein Lieblingsswitz, mei=mein Lieblingsswitz: Was unterscheidet den Ossi vom Wessi? Na, der Ossi hat die Wende schon hinter sich. Also das sind-äh vie=viele Sachen sind im Westen noch gar nicht angekommen, die natürlich schon in den 90er Jahren eingeleitet durch die Globalisierung, aber auch durch den Strukturwandel jetzt. Ich denke mal, da haben wir hier im Osten schon mehr

durchgemacht als die im Westen. Und äh wir sind dort eigentlich meiner Meinung nach besser aufgestellt grundsätzlich äh als viele, nicht alle. Viele Kommunen, gerade in strukturschwachen Gebieten in den alten Bundesländern, äh die haben die Wende erst noch vor sich, bin ich fest von überzeugt.

Interviewer: Gut, das war es eigentlich auch so weit.

**Interview 12: Gedankenprotokoll des Interviews mit Ralf Haenel,
dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Stadtrat der Stadt
Hoyerswerda**

- 23. Februar 2012, 11.30-12.00 Uhr

Interviewer: Seit wann sind Sie in Hoyerswerda politisch aktiv?

Haenel: Seit 1973, damals noch in der SED.

Interviewer: Welches sind die wichtigsten Strukturprobleme, die Hoyerswerda zu bewältigen hat?

Haenel: Nicht die Verkehrsanbindung, wie sie in letzter Zeit häufig diskutiert wird, ist das wichtigste Problem, sondern die verschwundenen Arbeitsplätze. Hoyerswerda wurde gebaut für den Arbeitsmarkt und nicht andersherum. Ohne die Kombinate Schwarze Pumpe und Chemie Lautau wäre Hoyerswerda nicht auf die maximale Größe von etwa 70.000 Einwohnern angewachsen.

Interviewer: Welches sind die größten Hindernisse bei der Bewältigung dieser Strukturprobleme?

Haenel: Es wird nie wieder eine solche Anzahl von Arbeitsplätzen in und um Hoyerswerda geben. Da bin ich nicht Pessimist, sondern Realist. Hoyerswerda wird häufig als Goldgräberstadt bezeichnet und jetzt ist der Boom vorbei und die Arbeitskräfte ziehen weiter. Ich wehre mich gegen die Bezeichnung Goldgräberstadt, aber es stimmt schon teilweise.

Interviewer: Sind Sie der Meinung, dass der Stadtrat Hoyerswerda einen Gestaltungsspielraum bei seiner Politik hat oder ist er vor allem ausführendes Organ?

Haenel: Ausführendes Organ ist eine gute Bezeichnung. Es gibt einen geringen Spielraum, aber der ist wirklich sehr eng gefasst. Vor allem bei der Wirtschaftsförderung haben wir keinen Einfluss, da die Mittel beim Land

oder Bund sind und von dort verteilt werden. Und das Bundesland Sachsen hat 2 Jahrzehnte lang eine Leuchtturmpolitik betrieben und dabei die ländlichen Gebiete vernachlässigt. Die Lausitzer Seenlandschaft müssen wir auf jeden Fall nutzen, aber das wird nur einen geringen Ausgleich geben zu dem, was vorher war. Wir hoffen auf Gäste und neue Investoren, die Geld und Arbeitsplätze mitbringen.

Interviewer: Denken Sie, dass es in einzelnen Politikbereichen unterschiedlichen Handlungsspielraum für den Stadtrat gibt?

Haenel: Der Spielraum ist in allen Bereichen sehr eng. Da Hoyerswerda nicht mehr kreisfreie Stadt ist, hat sie beispielsweise nicht mehr das Schulrecht. So dass die Gebäude der Schulen noch Stadteigentum sind und auch von dieser bezahlt werden müssen, aber inhaltlich haben wir als Kommune nichts mehr mitzureden. Der erste Entwurf für den Schulnetzplan des Kreises ist jetzt veröffentlicht worden und anstatt 2 bisherige Mittelschulen sieht dieser nur noch 1 vor. Eigentlich sollte es so sein, dass die Schüler aus den umliegenden Bezirken in die Stadt kommen, aber nun soll es andersherum sein.

Interviewer: Denken Sie, dass der Gestaltungsrahmen in den letzten Jahren abgenommen hat, zugenommen hat oder gleich geblieben ist?

Haenel: Durch den Einfluss der EU hat keine weitere Einschränkung stattgefunden, da EU-Recht ja immer in deutsches Recht umgewandelt wird. Im Stadtrat ist es letztendlich egal, ob EU-, Bundes- oder Landesrecht durchgesetzt wird. Eingeschränkt ist der Handlungsrahmen durch die finanzielle Lage. Man muss immer gucken, ob die Vorhaben auch überhaupt machbar sind. Durch den Status als kreisfreie Stadt konnten einige Dinge erhalten bleiben, wie etwa Lausitzhalle oder das Familienbad. Der Kreis Kamenz hat sich dann aus der Finanzierung der Halle beispielsweise zurückgezogen und die Stadt musste dies selber übernehmen. Damit spielen Finanzen immer eine große Rolle für den Gestaltungsspielraum.

Interviewer: Nutzen Sie bei der Arbeit als Stadtrat Netzwerke?

Haenel: Als Stadtrat selber weniger, aber vor allem über die Partei – den Kreisverband. Das läuft dann aber spontan, als Austausch über die Arbeit in den einzelnen Gremien und Parlamenten. In der Fraktion treffen wir uns 2x im Monat und vor allem bei den zweiten Treffen ist ein Austausch mit Externen möglich. So laden wir manchmal Gäste ein, die uns über ein bestimmtes Thema informieren oder es gab Anfragen aus der Bevölkerung, die mit uns gerne sprechen würden. Für so etwas nehmen wir uns dann Zeit. Das Bildungswerk Sachsen der Partei organisiert auch häufig Bildungsveranstaltungen zu aktuellen Themen Sachsens. Dort ist auch immer ein informativer Austausch möglich.

Interviewer: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Hoyerswerda?

Haenel: Wenn man das nach den Arbeitsplätzen ausmacht, dann die Kliniken, die Versorgungsbetriebe SWH und deren Töchter. Yados sollte noch genannt werden. Dort werden für den internationalen Markt Heizungsanlagen. Also kleine Blockheizkraftwerke, nicht für den normalen Hausbedarf. Das Unternehmen hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt und da wird von uns alles möglich gemacht damit sie bleiben. Herberger, die Bäckerei, dagegen konnten wir nicht halten. Trotz vieler persönlicher Gespräche und unterschiedlichster Angebote.

Interviewer: Was sollte getan werden, um Hoyerswerda zukunftsfähig zu machen?

Haenel: Finanziell muss Hoyerswerda bis 2014 unbedingt Schuldenfrei werden. Danach können wir wieder selbstbestimmt arbeiten. Zur Zeit müssen wir für jeden Euro beim Kreis nachfragen. Wir müssen außerdem die Illusionen von einstiger Größe und Wirtschaftskraft begraben. Die Einwohnerzahlen werden unter 30.000 sinken und es werden sich keine Großinvestoren mehr ansiedeln. Wir müssen uns viel mehr auf mittel-

ständische Unternehmen konzentrieren. Das ist auch das Vorgehen der Linken, wir sehen diese Unternehmer nicht als Kapitalismusfluch an. Natürlich sind wir gegen Hedgefonds und die ganze Bankenspekulation auf Kosten der Bürger. Aber Unternehmer die Arbeitsplätze schaffen, müssen wir unterstützen. Der Staat wird nie wieder als Hauptarbeitgeber fungieren können. Mittelständische Unternehmer, die natürlich auch Geld verdienen wollen, sind daher die einzige Möglichkeit wie etwas für den Arbeitsmarkt getan werden kann.

Interviewer: Sie sind also der Meinung, dass mit einem ausgeglichenen Haushalt mehr Gestaltungsspielraum existieren wird?

Haenel: Direkt gesehen: Ja! Aber: Grundsätzlich muss über die Handlungsebene der Kommunen nochmal nachgedacht werden. Die Kreise müssen besser finanziell ausgestattet werden. Selbstverwaltung muss wieder möglich werden und zwar nicht nur auf dem Papier. Über den Kreis müssen die finanziellen Mittel, per Kreisumlage, an die Kommunen verteilt werden. Damit ist der Spielraum für Kreise und Kommunen wesentlich größer. Kommunen brauchen Geld um selbst entscheiden zu können, wo sie dieses ausgeben wollen/ müssen, wofür es gebraucht wird. Damit würde wieder mehr Freiheit entstehen. Fördergelder sind wichtig, aber durch sie erreicht man nur in bestimmten Feldern/ Aufgaben etwas. Diese Aufgaben stehen aber vielleicht nicht an oberster Ebene und für die Dinge die am wichtigsten sind können keine Fördermittel beantragt werden. Ein eigenverantwortlicher Einsatz der finanziellen Mittel ist notwendig. Dazu benötigt es aber auch ein bisschen Vertrauen in die Politiker der Kommunen.

**Interview 13: Transkription des Interviews mit Uwe Blazejczyk,
dem Fraktionsvorsitzendem der SPD im Stadtrat der Stadt
Hoyerswerda**

- 23. Februar 2012, 15.00-16.00

Interviewer: Und zwar grundsätzlich, was denken Sie als Lokalpolitiker sind die größten strukturellen Probleme Hoyerswerda oder was sind die größten Aufgaben, denen man sich jetzt stellen muss?

Blazejczyk: Also=also zunächst, ich sage mal, d=die strukturellen Probleme ergeben sich aus den Gesamtproblemen. Und das Gesamtproblem der Stadt Hoyerswerda ist letztlich die absolut gravierendste Einwohnerreduzierung, die es, glaube ich, in der in ganz Deutschland gibt. Also beginnend davon, dass wir bei den Geburtenzahlen gegenüber der Wende eine Reduzierung um 70 Prozent haben, was absolut untypisch ist. Also eine Reduzierung um die Hälfte ist normal, aber um 70 Prozent ist schon untypisch. Und das geht eben seit '92, '93 so. Und damit geht aber einher, was das Ganze nochmalig verstärkt, dass letztendlich v=von den Schulabgängern seit '92, '93 jeweils ca. 80 Prozent >atmet ein< die Stadt Hoyerswerda oder die Region verlassen haben. Und wir jetzt nach 20 Jahren später eine Elterngeneration haben, die um ein Vielfaches kleiner als=als vor 20 Jahren. Und mit dem Wissen der später Geburt der Kinder bei jü- nicht mehr so jungen Müttern und der Reduzierung der Geburten - ich sage mal, nenne das mal Geburtenquote. Also ich wenn ich es richtig weiß, haben wir so eine Quote jetzt in Deutschland von 1,37 >atmet ein< und waren mal bei, weiß nicht, 1,89 oder 2,0, was weiß. Äh das alles potenziert sich und macht die Stadt so klein, dass wir=dass wir ein grundsätzliches Umdenken haben müssen. Das Problem ist, dass die Stadt Hoyerswerda oder viele Menschen in der Stadt Hoyerswerda dieses M=Umdenken für sich selber überhaupt nicht annehmen. Und da sind wir dann bei den Strukturproblemen und landen bei der Wirtschaft zuletzt. Also zu sagen, dass Bildung in kleinerem Maße stattfinden muss,

dass Kultur in kleinerem Maße stattfinden muss, dass gesellschaftliches Leben in kleinerem Maße stattfinden muss. Also wenn ich dann sage, natürlich ist es toll, eine große Lausitzhalle zu haben mit 835 Plätzen. Aber wird eine Stadt, die 2025 noch knapp 20.000 Einwohner hat, was ja eine Kleinstadt ist, sich so eine Halle leisten können? Parallel dazu ein Bad, >atmet ein< äh ein großes Berufsschulzentrum. Also wir leben in Gedanken immer noch in dieser 70.000-, 73.000-Einwohner-Stadt. Und das=das wird, glaube ich, nicht begriffen. Das ist so das=das Eine runtergebrochen. Und das Zweite, ähm dass man für- in einer 20.000-Einwohner-Stadt sich eine neue Wirtschaft ausdenken muss. Also was heißt Wirtschaft ausdenken muss? Also ich glaube, der Gedanke, dass wir hier noch mal so etwas wie Schwarze Pumpe hinbekommen, ich weiß nicht, ob Ihnen der Begriff was sagt?

Interviewer: Nein.

Blazejczyk: Also diese Kohleindustrie mit 60.000, 63.000 Mitarbeitern.

Interviewer: Ja, der Opa meines Mannes hat dort gearbeitet.

Blazejczyk: Okay, also dann. Das ist doch ein Märchen von. Also kann ich sicherlich sagen: Natürlich wird es Betriebe geben, die mal hier entstehen. Also kann ich heute von der Erfolgsstory, ich weiß nicht, ob Sie die kennen, (unverständlich), haben, ob Sie mal davon gehört haben? So, ich hatte heute Mittag gerade eben das Glück gehabt, den Geschäftsführer in so einem Vortrag kennenzulernen > atmet ein<. Das ist cool, dass der vor äh jetzt vor knapp zweieinhalb Jahren mit fünf Mitarbeitern begonnen hat. Hat jetzt den 100sten Mitarbeiter zum 01. Februar eingestellt. Und das wird weitergehen. Oder ich gucke 20 Kilometer weiter nach Lauta, also ein ah äh ehemalige Industrie-äh-gemeinde. Da gibt es so etwas Ähnliches noch, eine ähnliche Erfolgsstory: Glas- und Vitrinenbau Reier, werden Sie noch nie gehört haben. Das ist mittlerweile weltweit der größte Vitrinenbauhersteller. Weltweit. Der hat mit einem Mitarbei-

ter anfangen, der wird 80, und stellt mittlerweile, also hat wirklich in der ganzen Welt, also der macht äh in=in Moskau, in Petersburg, in=in London, in Ägypten hat, macht der die Vitrinen. Also ist ein ist ein Weltladen, hat annähernd 20 Konstrukteure. Das sind aber kleine Storys. Aber nur solche Storys funktionieren. Punkt. Und da denke ich, das ist also die Herausforderung, dass=dass wir, also die gesellschaftlich Verantwortlichen, und runtergebrochen bis zum letzten Bürger, begreifen, klein, und wenn es schön wäre, fein.

Interviewer: Aber nun muss man nicht auch was gegen diese Verkleinerung tun, oder? Es- >atmet aus< also es geisterte ja vor ein paar Jahren, das trifft natürlich nicht auf so eine Stadt, die dann doch zu groß ist, wie Hoyerswerda zu. Aber ähm wenn Hoyerswerda diesen hohen Verlust hat, wie geht es erst den ländlichen Gebieten? Und da ging es ja, dieses von sterben, also Regionen sterben lassen.

Blazejczyk: Also das- dem muss ich indem- in=insofern widersprechen, dass=dass die ländlichen Regionen hier rings herum ähm davon in dem Maße so nicht betroffen sind. Wir sind eine- d=der Opa Ihres Mannes so ähnlich. Äh wir haben hier- d=d interessant ist doch, dass die Stadt- dass die Bürger der Stadt Hoyerswerda in=in den Einkommensverhältnissen in Sachsen nicht am letzten Platz sind, sondern die sind weit oben. Weil die Rentner einen hohen Verdienst haben, das sind die Bergbaurentner. Und von denen haben auch viele vor 20 Jahren auch sich Häuschen gebaut, äh haben über Kinder, Enkelkinder- Also die Region um Hoyerswerda im ländlichen Bereich ist im Gegenteil >atmet ein< stark geworden. Weil da war nämlich Stücke- ein Stück weit finanzielles Hinterland da. Das sieht oben in Meck-Pomm, sieht das ganz anders aus. Da ist- darf man nicht durchfahren, das ist wie „Kriegsgebiet“. Das ist das Eine. Das Zweite, wo ich Ihnen deutlich widersprechen will, mhm, wenn ich=wenn ich verstehe, dass diese Stadt Hoyerswerda und die Region vormals, bis zum äh Zweiten Weltkrieg eine dünn besiedelte Region war, mit, ich weiß nicht,

ob Sie es wissen, mit 5400, was weiß ich, Einwohnern. Und wir landen mal wirklich bei 20, 25, dann haben wir eine Verfünffachung. Das heißt, damit kann man doch ganz gut leben. Natürlich ist es schwer- natürlich ist es schwer zu akzeptieren, weil es ja unser Leben unmittelbar betrifft, so nach oben und so (unverständlich). Aber ein=ein ein Mensch ist ja in der Lage, auch eine gewisse, ich sage mal, v- Blick- einen gewissen Blick nach vorne und einen gewissen Blick nach hinten zu entwickeln, und da kann man ja schon mal sagen: Wo waren wir denn 1919 oder 1920? Und wo stehen wir denn 2025? Das muss ja möglich sein. Und dann relativiert sich doch eine eigene Sicht.

Interviewer: Ich denke, Hoyerswerda hat auch so ein kleines Imageproblem noch immer. Ähm ich meine jetzt gar nicht die Ereignisse '91, sondern ich denke eher noch immer wegen ähm, gerade wegen der Schwarzen Pumpe und äh schmutzig, dreckig. Oder denken Sie, dass das keine Auswirkungen mehr hat? Ich denke halt a-, das macht eine attrakt- also >atmet ein< ähm wenn man sich überlegt, wo ziehe ich hin, würde man sich vielleicht m- eher für äh die Randbezirke Hoyerswerda entscheiden, als für Hoyerswerda direkt, oder?

Blazejczyk: Ja, aber das ist ja genau das Gute. Also ich meine, das gehört ja zum neuen Begreifen von Hoyerswerda dazu. Also ich meine, wir sind, ähnlich wie Leipzig, sind wir hier mal Europas kün- größter künstlicher Seenpark, also Lausitzer Seenland. Äh ich muss nur begreifen, wo sich Hoyerswerda da reinsetzt. Und wenn wir den Begriff Zentrum oder Herz vom Lausitzer Seenland begreifen, dann habe ich- dann muss ich- dann müssen da nicht alle wohnen, sondern die können alle ringsherum wohnen, also an Nähten, an Drähten, an pf- äh ist egal, was. Ich muss nur dafür sorgen, dass die den Weg zu mir finden. Das heißt also, ich habe also für ein attraktives Angebot, genau dafür zu sorgen. Ich mache es mal ganz einfach: Also wir haben diese Lausitzhalle. Wir haben eine äh da mittendrin jetzt eine Musikschule mit drin. Und da muss ich eben d-

genau gucken, dass ich nicht gerade am letzten Schultag vor den Sommerferien mit meinen Kulturangeboten aufhöre und am ersten Schultag nach den Sommerferien wieder beginne. Sondern genau in der Zeit dazwischen der Sommertourismus an einem Seenland eben stattfindet. Und da ist natürlich wieder so eine L=Lausitzhalle kontraproduktiv, denn ich kriege ja nicht jeden Tag 850 zahlende Gäste rein, die jeden Tag das und das bezahlen, sondern dann muss ich eher wieder klein denken. Also da ist in der Altstadt das Schloss eigentlich exzellent geeignet, was ja Gott sei Dank zum Beispiel zum Eigenbetrieb dazugehört in Kultur und Bildung. Ähm und dann habe ich dafür zu sorgen, dass also in der Stadt diese Angebote sind, dann muss ich gucken, dass ich im kommerziellen Bereich ein paar Angebote habe, also über Einkaufs-äh-sachen, Lausitz-Center. Und dass ich als Drittes dann natürlich die Verkehrswege optimiere, dass ich also sage, also der moderne Tourismus oder der zahlende Tourismus ist heute durchaus der Radtourismus. Also heute die Radtouristen sind die, >atmet ein< die heute das Geld haben, weil die können sich das Auto mit dem Gepäckanhänger hinten leisten, die haben die zwei Kinder und dann. Ich denke, das ist gesellschaftlich oder das ist wirtschaftspolitisch, glaube ich, klar, die bringen dann an dem Tag das und das Geld in die Stadt. Das geht los mit Einmal-durchs-Center-Laufen- >Unterbrechung< Und das ist ja statistisch immer nachgewiesen, dass ein Tourist vom Gaststättenbesuch über Shopping, über Kultur durchschnittlich das und das bringt. Und da müssen Sie nicht in Hoyerswerda wohnen, sondern die Hoyerswerder müssen begreifen, dass das ihre Zukunftschance ist. Braucht man nur nach Österreich gehen. Gucken Sie mal nach Osttirol.

Interviewer: Das stimmt. Aber dann wäre das ja wieder diese weichen Faktoren ja doch wichtig. Also dann wäre eine Lausitzhalle ja doch unter Umständen-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Nein, genau eben nicht, genau eben nicht. Weil 850 Leute kriege ich nicht regelmäßig bespaßt.

Interviewer: Also eine kleine Lausitzhalle.

Blazejczyk: Immer klein, immer klein, aber kontinuierlich. Das=das- also ich meine- ich weiß nicht, ob Sie die=d=den Senftenberger See? Das ist ja=das ist ja Richtung Autobahn. Ich meine, die haben im=im Jahr jetzt irgendwelche Zahlen von 750.000, 800.000 Übernachtungen. Wenn ich die habe, die- ich weiß nicht, die haben ein ganz kleines Amphitheater gebaut. Haben Sie das mal kennengelernt?

Interviewer: Nein.

Blazejczyk: Da passen vielleicht 150 oder 200. Die machen drei, vier Abende in der Woche machen die ein, und da ist das Ding auch voll.

Interviewer: Klar.

Blazejczyk: Aber 800, es ist ja auch immer- ist ja ein Kostenfaktor. Also ich meine, wenn ich für 850 mir einen Künstler vorne hinstelle, kostet der mich, ich sage jetzt mal, 10.000 Euro. Also muss ich auch 10.000 Euro einspielen. Also muss ich doch sehen, dass ich sage: Ich brauche bloß 1000 in die Hand nehmen und muss für 1000 nur akquirieren. Also einfach auf ein=auf ein Niveau runtergebrochen. Das ist immer wieder das gleiche=die gleiche Denken. Das gleiche Denken.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass Sie als Stadtratsmitglied oder als Stadtrat insgesamt genug Sch=Gestaltungsspielraum haben, um Politik in Hoyerswerda betreiben zu können und auch, ja >ausatmen<, um so plakativ mal zu sagen, um etwas verändern zu können? Oder denken Sie, dass es einfach nur noch Durchsetzungsorgan ist oder ausführendes Organ ist?

Blazejczyk: (Unverständlich) ja, ganz genau, ja. Also ich denke, dass die gestaltende Kraft in der Verwaltung liegt. Die gestaltende Kraft in der Verwaltung liegt, damit meine ich nicht das Wort „liegt“ betont >lacht<.

Und so ist es eigentlich auch richtig. Ähm der Stadtrat kann teilweise initiieren, kann anmahnen, kann kontrollieren, kann entscheiden und das passiert aber nicht immer von beiden Seiten nicht immer in genügender Qualität. Also die Verwaltung ist für meine Begriffe nicht innovativ genug. Und der Rat ist nicht ähm ist in vielen Fällen nicht mutig genug. Ich nenne ein Beispiel. Haben Sie sich in Hoyerswerda ein bisschen umgesehen? Lausitz-Center, dann diese- das Lausitz-Center. Dann da die Musikschule dran und dann ist der neue Park entstanden. Kostenpunkt 1,6 Millionen. Ist eine ordentliche Summe. 80, 90 Prozent Fördermittel, kann man gelten lassen. Setze ich mich hin, sage ich mal, als Stadtrat ganz konkret, ein Stück irgendwo ein bisschen vielleicht innovativ oder egal was, und habe gesagt: Lasst uns doch das so denken, wie heute moderne- wie ein moderner Sommer läuft: Sommerkino, äh Fanmeile. Also diesen Park irgendwo so ermöglichen, das macht man ganz einfach. Da gibt es eine Schiene, da sind diese äh Parkflächen für Autos. Alle fünf bis zehn Meter Dockingstation für Wasser hin, Wasser ab, Strom hin, Gas hin, fertig. Können Buden hingestellt werden. Und dort, wo die Flachfläche ist, als Fanmeile, egal, ob das jetzt äh Beton ist oder, ich will das nicht übertreiben, und irgendwo ein Sideboard hin, wo es möglich ist, mal eine Wand hochzufahren. „Wir sind doch nicht in New York“, das war die Botschaft. Und es gab eine Untersuchung dafür, es hätte dann statt 1,6, 1,9 Millionen gekostet. Ja?

Interviewer: Ja.

Blazejczyk: Und was wäre jetzt das Schlimme? Und ich meine, die Gesellschaft in Deutschland, aber auch- ich sage mal, ich bin ein Wien-Fan zum Beispiel. Also wir versuchen immer, mal nach Wien zu kommen. Ich weiß nicht, erkennen Sie das Wiener Rathaus?

Interviewer: Ich war selber noch nicht in Wien.

Blazejczyk: Aber da=da ist, genau das ist es da. Die machen dort für acht bis zehn Wochen haben die ein System entwickelt am Rathaus, eine Leinwand, die ist 20 mal Meter groß. Da läuft jeden Abend läuft, da läuft Oper, da läuft äh irgendwas so ein Musical, eigentlich als, ich sage mal, Umrahmung. Und dann ist eine Fläche von hier bis drüben zu diesem Block etwa, und zwar regelrecht offensichtlich durch eine Gesellschaft gebaut, also Hütten richtig gebaut, dazu Zwischenräume. Und da sind Nationalitäten drin, das wechselt alle=alle Jahre auch wieder. Das ist abends der Treff. Und das ist heute mittlerweile gesellschaftlich so, dass die Leute in Wohnungen wohnen wollen, aber abends sagen, ich sitze nicht vor dem Fernseher, sondern ich gehe noch mal raus. Und das kann auch eine Stadt Hoyerswerda machen, aber da ist die Verwaltung nicht mutig und innovativ genug, das vorzudenken. Dass diese Angebote nicht immer angenommen werden, aber ich kann ja mit drei Wochenenden anfangen und kann mal ein bisschen eine Kinoaktion machen und die kann ja sogar kostenlos sein. Aber der Umsatz an den Pommesbuden bringt mir doch das Geld ein.

Interviewer: Ja, auf jeden Fall, der bringt wahrscheinlich sogar mehr ein als der- äh die Eintritte.

Blazejczyk: Richtig. So.

Interviewer: Also wir machen, um nur das Beispiel aufzugreifen, immer eine Party umsonst, und wir haben dort jedes Jahr neue Rekorde an der Bar.

Blazejczyk: Ne, so. Und dann kann ich doch von dem, der an der Bar (unverständlich) sagen, pass auf, du zahlst nicht 200 Euro Miete, du gibst 800 ab. Wumm. Und das meine ich. Und da ist die Verwaltung nicht innovativ genug zu sagen, da wagen wir uns mal einen Schritt voraus. Das ist so ein ganz sy- also symptomatisches, Pardon, symptomatisches Beispiel dafür.

Interviewer: Ich meinte das so im Kontext dessen, dass es ja auch einfach immer mehr, das=das Bundesrecht und das Landesrecht immer mehr Einfluss nimmt auf das K- äh auf die Kommune.

Blazejczyk: Ja. Ja, ich m- da m- (unverständlich), dass ich Schulleiter bin. Ähm ich=ich suche nicht- ich suche nicht die Gesetze danach ab, wo sie mich einschränken, sondern ich suche den Gestaltungsraum. Und das ist das Glas voll und das halb voll und halb leer. Und da sage ich, auch als Schulleiter einer staatlichen Schule kann ich eine Schule exzellent äh wirklich gestalten. Also nicht bildnerisch gestalten, sondern (unverständlich) ausgestalten. Und das kann auch eine Verwaltung. Ich kann da tausend andere Beispiele sagen, die man machen könnte. Und=und das passiert aber nicht, weil Verwaltung sich so nicht versteht.

Interviewer: N=Nein, das müsste dann eher die Politik leisten, wahrscheinlich.

Blazejczyk: Ja, und Verwaltung müsste es aufgreifen. Und das=das muss ich sagen, gelingt in Hoyerswerda, ich vermute aber in den meisten Städten auch nicht, nicht.

Interviewer: Wahrscheinlich nicht, nein.

Blazejczyk: Da sind wir dann bei der Bundespräsidentenfrage. Oder bei der Frage, wer übernimmt welche Funktionen, ne. Also sind das die Leute, die- das ist aber- das ist eine Systemfrage: Wer bekommt welche Funktionen?

Interviewer: Also würden Sie sagen, um ab=attraktive Politik in Hoyerswerda zu machen, reicht der Gestaltungsspielraum, den man hat hier, auf jeden Fall aus?

Blazejczyk: Ja. Ja. Ja. Ja.

Interviewer: >Lacht< Da sind Sie der Erste, der das sagt. Nicht nur in Hoyerswerda übrigens.

Blazejczyk: Ja, gucken Sie sich die Schule an. Gehen Sie durch die Schule durch und sagen Sie: „Oh.“ Da kommen Leute her und sagen, „Ist das ein Hotel?“ Ich sage, „Wir sind eine normale staatliche Schule in einer Stadt, die relativ arm ist“. Ich kann trotzdem was machen. Jetzt, j- Sie können ein Häkchen machen und können sagen, das ist ein Spinner. Aber mir ist das egal. Ich habe auch den Handballverein übernommen, da war er pleite. Und jetzt kommen die Leute und sagen: Oh, kann ich im Vorstand mitarbeiten? Oder Sie sagen es von Ihrem Festival.

Interviewer: Ja, auf jeden Fall. Nein, das=das meinte ich auch gar nicht so, sondern >lacht< ich musste eher daran denken, dass meine Schule gerade wahrscheinlich geschlossen wird wegen äh totaler S=Baufälligkeit. Ähm gibt es irgendwelche Netzwerke, die Sie in der- also in der Funktion als Stadtrat nutzen?

Blazejczyk: Können Sie das Wort Netzwerk noch- also ich meine ver-

Interviewer: >fällt ins Wort< Ja, so was wie=wie d- auf Verwaltungsebene zum Beispiel oder auf- eher auf Bürger- Oberbürgermeisterebene, den Städtetag.

Blazejczyk: Den Ältestenrat (unverständlich).

Interviewer: Genau. Ob Sie- also ob Sie- ein gewisser Austausch stattfindet mit anderen Städten?

Blazejczyk: Nein, nein. Das scheint eher nicht der Fall zu sein.

Interviewer: Würden Sie sich das wünschen?

Blazejczyk: Also ich würde mir das- also wenn ich jetzt mal perspektivisch gucken könnte für Politik, würde ich mir das schon wünschen. Wenn wir gucken nach Bautzen, nach Görlitz gucken, nach Spremberg gucken, dass man dort manches, was dort passiert. Ich sage immer in dem Sinne des Satzes: Ein Fahrrad muss nicht zweimal erfunden werden >räuspert sich<. Dann würde ich mir das schon wünschen, Herangehensweise

an manchen Sachen, an Bürgerbeteiligung, an Durchsetzung von bestimmten Konzepten, an Erbringung von Fördermitteln, also weil das sind immer die gleichen Muster. Also Fördermittel in Deutschland gehen Fördermittel geht am besten. Also ich kann die Kommune kann blank sein, Hauptsache, ich habe irgendwo die zehn Prozent als Anteil, Eigenanteil von. Und wenn ich dann- ich sage mal, wir haben das in Polen. Wir haben eine polnische Partnerstadt, Sroda Wielkopolska, die haben, das nennt sich bei denen regelrecht so, die haben eine Außenministerin. Die ist dafür zuständig, EU-Fördermittel zu organisieren. Die ist nur dafür zuständig. Die=die hat uns Brücken gezeigt, die hat uns Computer gezeigt, die hat uns das Krankenhaus gezeigt, das Arbeitsamt gezeigt, was alles bei der EU an Fördermitteln abrufbar ist. Da drüben war gerade die Dame von der Schulverwaltung oder jetzt Stadtverwaltung: Woher soll denn die wissen, was bei der EU ist? Und so was kann man natürlich woanders stibitzen und sagen, und da mache ich jemanden fit. Und dann ist der Austausch positiv. Nur die=die Denkart in Deutschland ist ja die, ich zeige nichts von mir, da könnte ja. Aber worin besteht denn die Konkurrenz zwischen Hoyerswerda, Görlitz, Bautzen oder Dresden? Die gibt es doch vom Grunde her nicht.

Interviewer: Sollte auf jeden Fall eigentlich nicht.

Blazejczyk: Na gut, aber-

Interviewer: >fällt ins Wort< Aber es wird ja häufig suggeriert, dieses nach- zum Beispiel beim Fördergeld, dass ähm, ja der, die Stadt B nimmt mir das Geld quasi weg, wenn ich denen einen guten-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Ja gut, aber.

Interviewer: Gute Idee gebe.

Blazejczyk: Ja, ich sehe es so nicht. Ne, also von der Warte aus. Wenn ich wenn ich Ihnen noch was anderes zum Netzwerk sagen kann. Also zum

Beispiel der Stadtrat, da bin ich relativ froh, wir versuchen- es gibt häufig Entscheidungen im Stadtrat, die parteipolitisch unabhängig gefasst werden. Häufig gibt es ja den Begriff der Partei- oder Fraktionsdisziplin und so was. Und was in dieser Stadt, was ich zumindest für mich persönlich als gut empfinde, ist, dass du über die Fraktion hinaus mit anderen Fraktionen zumindest im Vorfeld auch über bestimmte Projekte und Konzepte reden kannst und sagst, wir unterstützen das mal über die Fraktion hinaus. Das findet durchaus ganz gut statt. Und wenn Sie das als Netzwerk bezeichnen, dann gibt es das, aber das ist nicht im, teilweise bei manchen Politikern nicht mal erwünscht. Aber es ist häufig eine Mehrheit da für bestimmte Projekte. Das scheitert an manchen Projekten auch. Also es gibt auch manchmal diese=diese Fraktionsdisziplin, aber es- in meiner Wahrnehmung, ich mache das jetzt so, weiß nicht, so zehn Jahre oder so was, ähm war es noch nicht die Mehrheit gewesen, dass=dass an Parteidisziplinen oder Fraktionsdisziplinen dort Projekte gescheitert sind.

Interviewer: Das heißt, es wird eher sachpolitikmäßig orientiert und dann fraktionsübergreifend.

Blazejczyk: Ja, ja. Nicht immer in der Stadtratsarbeit selber sichtbar, sondern eher auch im=im=im Vorfeld. Auch, wie=weil es einfach weil=weil die Stadt auch, ich sage mal, Gott sei Dank, so klein ist, dass man auch mal den=den Kollegen von der anderen Fraktion anrufen kann und sagt: Pass mal auf, können wir mal hier eventuell- würden wir hier einen Konsens finden in der und der Sache. Das findet ganz gut statt in dieser Stadt. Da bin ich auch sehr froh drüber.

Interviewer: Okay. Das klappt nicht in allen Städten so gut.

Blazejczyk: Es klappt nicht bei allen Themen so. Aber ich würde mal sagen, 75 bis 80 Prozent der Themen gehen damit ganz gut. Und da ist nicht gemeint, ob es immer pro Bürgermeister, Oberbürgermeister oder pro

Verwaltung ist, sondern das ist ganz egal. Es kann pro Verwaltung, es kann auch kontra Verwaltung sein, also pro Vorschlag.

Interviewer: Ja, ja. Schon.

Blazejczyk: Okay, da wissen Sie. Insider dann oder Kenntnis tragende >räuspert sich<.

Interviewer: Ähm >räuspert sich< Bildung gehört s-, denke ich, auch zu einem der wichtigeren Themen, wenn es um Strukturwandel geht. Ähm Sie hatten es ja schon angesprochen, dass 80 Prozent der Schulabgänger Hoyerswerda verlassen haben.

Blazejczyk: Mhm (bejahend). Das wird jetzt nicht mehr so sein. Also es wird jetzt so sein, dass jeder eins zu eins annähernd hier eine Ausbildung bekommt.

Interviewer: Okay. Ähm aber das trifft ja nicht für das Gymnasium zu.

Blazejczyk: Richtig, genau.

Interviewer: Ähm denken Sie, da muss man ein Umdenken haben, dass man sagt, okay wir können einfach die Hochqualifizierten nicht halten oder die sch-also zukünftig Hochqualifizierten nicht halten? Mu=muss man sich da anderes?

Blazejczyk: Nein, nein. Nein, ich sehe das anders. Ich sehe das so, hm, ich bin nicht so ein Fan amerikanischer Bildungspolitik, ohne, dass ich die amerikanische Bildungspolitik näher kenne. Das ist auch so eine schöne Doppelung. Ähm für mich heißt hm Bildung hm also wir können ja von Bildung ausgehen und sagen, Bildung und Erziehung, ne, also Kenntnisse vermitteln, Werte vermitteln. Aber wenn dann noch dazu kommt, Identifikation, äh schätzen eigene Region, eigene Schule, dann=dann kann der Bogen gelingen, dass ein junger Mensch, so wie Sie, rausgeht in die Welt, möglichst weit weg. Also was weiß ich, Berlin, Hamburg, München, am besten noch mal zwei, drei Jahre ins Ausland und dann zurückkommt.

Und dann klug genug ist, Mut genug hat zu sagen, ich mache hier eine Sache. Und das kann Schule rum, ein gutes Gymnasium wiederum leisten. Das kann eine gute Schule leisten. Das d=d- weil das ist ja die Zeit, wo Sie als Kind reinkommen. Mit zehn Jahren sind Sie ein kleines Kind und Sie gehen mit 18 raus, sind Sie erwachsen. Und auf dem Weg begleiten wir Sie, das ist ein- deswegen ist das ein relativ cooler Job. Ähm und da nehmen Sie ganz viel mit. Also Schulzeit bleibt für jeden Menschen in seiner Wahrnehmung, glaube ich, ein sehr wichtiges äh eine sehr wichtige Zeit. Und das empfinden Sie als teilweise sehr positiv, war die coolste Zeit meines Lebens. Und das koppelt sich immer an Erlebnisse in der Schule, natürlich auch klar mit Freunden, den Querverbindungen zu anderen Schulen und so was. Oder aber es ist ähm mit Negativem verbunden. Da habe ich- da bin ich bis zum Begriff Mobbing hin. Ich war immer der schwarze Kater in der Klasse. Ich musste die Taschen der anderen tragen. Mich haben sie gestriezt. Wenn ich eine Eins hatte, dann war ich bestraft. Und was weiß ich, was man alles verwenden kann. Aber wenn das andere gelingt, dass das positiv ist, und dafür gibt es gute Beispiele, wenige Beispiele sicherlich in dieser Region, dann kann es dazu beitragen. Solche Gegenden wie Jena oder Erfurt sind dafür m=mehr als prädestiniert, weil das das=weil da das wirtschaftliche Hinterland dafür geeignet ist. Und wenn ich mich dann entscheiden kann, mache ich in=in Amerika eine kleine Firma auf oder in Jena, und dann habe ich dieses Hinterland, nicht nur die Eltern, sondern Freunde und Erlebnisse, dann ist das. Also ich bin schon immer bei Gymnasiasten oder Abiturienten für den Bogen weit raus. Weil Sie nehmen ganz viel dort mit, also Weltoffenheit und so weiter.

Interviewer: Gar keine Frage. Nichtsdestotrotz ähm w=w=würde ich sagen, dass Hoyerswerda da ja schon aufgrund dessen, dass Hoyerswerda jetzt nicht das w=wirtschaftliche Backup hat wie zum Beispiel Jena und Erfurt-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Genau, richtig. Genau.

Interviewer: Diese Leute wirklich wieder ranzuziehen. Ähm, weil ähm ich denke schon, dass viele Leute mit der Region verbunden sind, wo sie herkommen.

Blazejczyk: Ja, ja.

Interviewer: Aber wenn natürlich nicht die Perspektive da ist, dann wird=wird es natürlich sehr schwer.

Blazejczyk: Das ist richtig. Ja, ist richtig. Genau. Ganz gen- das ist richtig. Nein, aber=aber wenn- aber zumindest, wenn sie die Chance haben, entscheiden zwischen. Also nehmen wir- ich sage so kleine Beispiele: Ein kleiner äh Optiker, so, der ist aus der, war auch an dieser Schule, so, der ist in Bernsdorf, hat sich in Bernsdorf niedergelassen - neuen Laden aufgemacht. Oder ein=ein=ein ein anderer Abiturient von uns, ähm s- ich weiß nicht, ob Sie das kennen, es gibt ähm also diese Sturzhelme für Fahrräder und fü=für Skifahren, da gibt es ein System mit Mützen drüber. Hat eine Firma. Ist ein- es sind zwei, drei Abiturienten von uns, die haben sich jetzt mit der (unverständlich) zusammengetan. Die haben mittlerweile einen relativ straffen Markt in=in Asien dafür. Die haben sich hier niedergelassen. Das hätten sie- das kannst du an jedem Ort der Welt machen, ja?

Interviewer: Ja.

Blazejczyk: Also die haben eine lokale Verbundenheit und machen das hier. Punkt. Und das sind so kleine Beispiele. Äh ich meine, wenn ich sage, ich habe da ein S- bin da Spezialist in der Mikrobiologie, ja, Humangenetik oder Mathematik, da brauche ich nicht drüber zu reden, den=den kriege ich hier bei den Wirtschaftsbetrieben nicht unter, ne.

Interviewer: Also, das hat ja jede Region, das Problem, äh also.

Blazejczyk: Ja, genau. Ja. Sondern ich meine wirklich für diejenigen, die sagen, ich kann und will ein Stück weit was in die Hand nehmen, ob dann jetzt Mutter, Vater oder ein paar coole Ideen, das (unverständlich), aber ich habe die Chance und wenn ich dann- dann wäre es schön, wenn derjenige sagt, und die acht Arbeitsplätze schaffe ich hier.

Interviewer: Wie denken Sie, kann man das erreichen, außer durch Sch=Schulbildung?

Blazejczyk: Na ja, mit dem, was ich vorher gesagt habe, dass die Stadt klein und fein ist. Dass es=dass es lebenswert ist, dass die weltoffen ist, ja. Also dass es- dass für Sie, wenn Sie hier wohnen würden, w- Ihre Freunde kommen her und sagen, so, lasst uns heute an den Geierswalder See fahren, da ist abends ein Event. Und morgen sind wir beim- am=am anderen See und dort ist morgen ein Motorbootrennen und da können wir mal vielleicht in so ein Ding einsteigen. Dass die Gegend für Sie und die Freunde attraktiv ist. Wäre ja möglich.

Interviewer: Ich denke, das gibt es durchaus.

Blazejczyk: Na, genau.

Interviewer: >Räuspert sich< Ähm wie denken Sie, ist die finanzielle Lage Hoyerswerda?

Blazejczyk: Schlecht. Die=die finanzielle Lage der Stadt Hoyerswerda ist so, dass wir überproportional Schulden haben, wie fast alle Kommunen. Ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen ein bisschen kennen?

Interviewer: Äh.

Blazejczyk: Haben Sie sich damit ein bisschen beschäftigt?

Interviewer: Ja, aber ich muss ehrlich sagen, die Zahlen kann ich nicht auswendig. Also.

Blazejczyk: Also das sind 45 Millionen Nasse, das ist äh=äh so viel wie der Landkreis und so was, alles ein bisschen überproportionalisiert. Hängt

natürlich auch damit zusammen, dass die Schulden letztendlich normal sind, weil sie Verwaltungsschulden sind, weil sie sich beziehen auf das und das und das, auf Straßenbau und so weiter. Aber es bezieht sich dann auch nur auf die Hälfte noch der Einwohner, und damit ist es natürlich wieder eine Verschiebung der=der Relation. Aber das sei dahingestellt. Was dazugekommen ist, ist in den letzten Jahren, mhm diese=diese zusätzlichen Schulden, die entstanden sind, äh dass wir teilweise pro Jahr noch sechs, acht Millionen Nasse zusätzlich gemacht haben. Und da sind wir gerade, da ist die Stadt Hoyerswerda gerade in diesem sogenannten HSK, also Haushaltssicherungskonzept. Und das ist so eine Sache, w=wo es- also das ist auch das, wo ich der=der Mahner an der Wüste bin, äh wo es nach wie vor nicht verstanden wird. Also wo einfach- ich habe jetzt- ich hatte hier Neujahrsrede SPD-Fraktion. Ich sage, also das Sparen muss wirklich begriffen werden. Also ich muss- und sparen heißt für mich, da habe ich dann gesagt, ich=ich würde Sie bitten, intelligente Lösungen zu finden. Also ich kann mich hinstellen mit einem Rasenmäher und sagen, jede Abteilung spart fünf Prozent. Das ist doch sinnlos, ja. Wa=was wird gemacht? Äh Schulen sind ein weicher Faktor, ach, dann nehmen wir pro Schüler zwei Euro weniger. Wumm, aus, haben wir schon gespart. Ist doch an der falschen Stelle gespart, würde ich sagen. Wenn ich dann weiß im Gegenzug, wir haben in der Stadt Hoyerswerda - das hat sich- das hat HSK gezeigt, die Untersuchung -, wir haben bei 300 und wie viel Mitarbeitern haben wir 83 Dienst-Handys, die komplett bezahlt werden. Erschließt sich mir nicht. 130.000 Euro. Ich kann ja nachvollziehen, dass bestimmte Abteilungen, die für Sicherheit und Havarie und von mir aus noch jeder Amtsleiter ein Dienst-Handy brauchen. Aber warum jeder vierte Mitarbeiter in der Verwaltung? Erschließt sich mir nicht. Und da gibt es mit Sicherheit- oder warum jede Abteilung dort, ich be- sch- sage mal, Bestimmtes an Literatur braucht oder an Zeitschriften. Das sind- ist jetzt ein bisschen ähm imaginäres Beispiel. Aber ich würde denken, dass es da überall noch Einsparpotenziale gibt, die sind sicherlich auch ein

Stück weit endlich. Also die Kurve ist dann immer eher so. Aber=aber das muss man machen. Und dass man dann noch guckt, was- in diesem Aufgabenbereich, wo kann ich- wo ich- wo kann ich was zusammenlegen. Also wo kann ich wirklich äh, ich sage mal, eine Stadt, eine Verwaltung, fit machen für Kleinere. Dann ergeben si- ergibt sich und das ist eben bei uns nicht so. Und das=das macht mich ein Stück weit traurig. Das heißt, wi=wir werden immer rumkrepeln an dieser Situation. Wir sind froh, also wir sanieren ja im Augenblick gerade zwei Schulen. Äh wir haben Gott sei Dank ein=einen relativ starken Wirtschaftsbetrieb, also diese städtischen Wirtschaftsbetriebe oder Versorger hier, die=die=die Geld übrig haben. Wir sind froh, dass wir das Konjunkturpaket haben, dass wir damit scheinbar richtig investieren können, aber eigentlich mögen wir uns da was in die Tasche. Oder wir bauen jetzt demnächst, ich weiß nicht, ob Sie das gehört haben, das Konrad-Zuse-Museum. So, zwei Komma Millionen: Boa, ist schon klasse. Aber ich meine, das macht auch Sinn bei Konrad Zuse. Aber jetzt mal ganz ehrlich gesagt, würden Sie das finden in Berlin? Wenn Sie in Berlin wären, würden Sie auf die Idee kommen, nach Hoyerswerda kommen ins Konrad-Zuse-Museum?

Interviewer: >Atmet aus< nein.

Blazejczyk: Genau, sehe ich auch so. Das heißt also, ich kann- muss doch nur sehen, ich muss Sie hierher in die Region kriegen. Und dann besteht eine Chance, dass Sie eventuell sagen: Ach wisst ihr, das Wetter ist heute nicht so gut, wir fahren mal über das Lausitz-Center und da ist ja das Konrad-Zuse-Museum. Und da ist wieder die Frage, sind da 2,4 Millionen dafür dann gerechtfertigt? Oder wären es nicht eher 600.000 und die 2 Millionen schaffe ich für vernünftige Radwege?

Interviewer: Aber ist das nicht auch ein Problem, dass die Fördermittel, die man ja akquirieren kann, einfach gewissen Pötte zugeteilt ist?

Blazejczyk: Ja. Ja. Ja, ganz genau. Ja, gebe ich Ihnen recht, ja.

Interviewer: Bestes Beispiel finde ich immer, ähm okay, das war jetzt letztes Jahr: Durch den harten Winter waren die Straßen wirklich kaputt und man musste sie wirklich reparieren. Aber ich wei=weiß halt, dass es ja gewisse Töpfe gibt für die Infrastruktur, und die- äh man sieht im Dezember, November immer wahnsinnig viele Baustellen, weil die Straßen noch schnell, obwohl die fast (unverständlich).

Blazejczyk: Die Restmittel der Haushalte werden ausgegeben, ja genau. Genau, genau.

Interviewer: Genau, weil man halt die gleichen Mittel ja fürs nächste Jahr auch haben möchte.

Blazejczyk: Genau, genau. Ja.

Interviewer: Und das ist für mich immer so ein bisschen, ähm ja ich möchte nicht s=sagen, schizophren, aber schon ein bisschen merkwürdig, weil ich immer der Meinung bin, das Geld kann man an anderer Stelle wahrscheinlich wesentlich besser nutzen. Aber man-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Ja, wir machen es ja viel intelligenter. Wissen Sie, wann wir letztes Jahr den Haushalt für 2011 hatten? Am 29. Welchen Monat? Dezember.

Interviewer: Okay.

Blazejczyk: Alles klar. Dann müssen wir über Gestaltung nicht reden, oder?

Interviewer: >Lacht< Nein.

Blazejczyk: Also da- das ist natürlich auch ein Weg, der Verwaltung zu sagen: Och, wir haben auch für dieses Jahr noch keinen Haushalt. Und s- meine=meine Anfrage war im Januar gewesen: Wann gibt es einen Zeitplan zum Erstellen des Haushaltes? Und dann kriege ich doch wirklich im=im Februar eine Antwort, da steht drin: „Einen derzeitigen Zeitplan für die Erstellung des Haushaltes 2012 können wir Ihnen noch nicht geben.“ Der

Gesetzgeber sagt aber eigentlich, mit Beginn des ersten Tages des Jahres gibt es einen Jahresplan. Das ist eine gute Methode, um Geld zu sparen, um nicht investieren zu müssen oder zu können. Aber das wäre ja auch eine Sache, wo man Bürger mitbeteiligen könnte.

Interviewer: Ja, auf jeden Fall. Ähm-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Also die Geldsituation ist prekär, aber sie stört uns nicht. Also, damit meine ich die Verwaltung.

Interviewer: >Lacht auf<

Blazejczyk: Es=es- da müssen Sie das „uns“ rausstreichen.

Interviewer: Ähm würden Sie sagen, dass man den Kommunen helfen kann, indem man die Geldmittel anders verteilt? Ich sage mal, in einem- platt gesagt, wie in dem Modell Arbeitslosengeld II, man bekommt eine gewiss- also die Summe X und kann sie dann verwenden, für was auch immer man sie möchte. Also es gibt keine Zuweisungen.

Blazejczyk: Ja, ja, also das funktioniert dann, wenn der Begriff Eigenverantwortung groß geschrieben ist. Dann funktioniert es. Dafür bin ich ein ganz großer Streiter. Also das ist uns gelungen im Schulbereich, gebe ich auch zu, mit dem Bürgermeister der Stadt Hoyerswerda, dem Herrn Delling, äh dass wir eine Schulbudgetierung haben. Das heißt also, wir haben einen Topf - bezogen auf Kind - runtergerechnet, und ich habe dann irgendeine Summe, und die kann ich gestalten, mit der kann ich gestalten. Genau das ist so ein Geheimnis für Schule. Also ich muss nicht unbedingt jetzt alle Flure bemalern, und brauche aber eigentlich Bilderrahmen, sondern das kann ich jetzt selbst entscheiden. Und ich mach- und ich gebe das weiter. Das ist ein Grundverständnis. Ich entscheide nicht für den Bereich Kunsterziehung oder Mathematik, was die brauchen, sondern sage, ihr habt einen Gestaltungsraum. Ich breche das runter und sage, jeder Fachbereich hat soundso viel, mache das als Vorschlag, wir beschließen

das dann, sie können selbst gestalten. Ich habe mit dem Geld nichts zu tun, ich bin nur zuständig, dass ich ranorganisiere. Und wenn die Eigenverantwortung dann da ist, dann kommt so ein Ergebnis wie hier zum Beispiel raus.

Interviewer: Also würden Sie sich äh auch schon ein Stück weit mehr Eigenverantwortung für die Kommunen wünschen?

Blazejczyk: Ganz genau. Richtig, das=das wäre ein Schlüssel zum Glück, aber dann muss Eigenverantwortung auch wahrgenommen und gelebt werden. Also das=das ist dann immer eine Einheit, also zum einen das Mittel in die Hand geben, aber sich dann dahinter zu verstecken, ist schwierig.

Interviewer: Ja, man muss das dann auch ausgestalten.

Blazejczyk: Ausgestalten wollen und können, ganz genau.

Interviewer: Sehen Sie da Probleme in der Politik?

Blazejczyk: Ja, da sind wir wieder beim ersten Thema, bei der Verwaltung, keine Ideen. Nicht in-

Interviewer: >fällt ins Wort< Aber dann wäre ja dann schon äh von der Politik der Ideengeber.

Blazejczyk: Dann=dann könnten wir als Stadträte schon sagen: Passt mal auf, also wir wollen schon, dass dieses Jahr das und das gemacht wird, ne. Das wäre nötig.

Interviewer: Also es hätte dann eine höhere Kompetenz (unverständlich).

Blazejczyk: Ja. Ganz genau, richtig. Das wäre schon ziemlich cool, ja.

Interviewer: Mhm (bejahend). Ähm. Noch als abschließende ähm Frage: Was meinen Sie, sind die zukünftigen Herausforderungen für Hoyerswerda? Sie hatten es ja schon mal ein bisschen angesprochen. Was muss Hoyerswerda tun, um fit zu bleiben für das 21. Jahrhundert?

Blazejczyk: Ähm also da ist der Begriff des Lausitzer Seenlandes, glaube ich, der primäre Begriff. Hm. Das muss in die Köpfe rein bei uns, das muss in der Verwaltung beginnen. Und wenn ich den Begriff- wenn ich das verstehe, kommt als nächster d- Begriff der Begriff Öffnung. Hoyerswerda ist eine vormal, vorvormals eine kreisangehörige Stadt gewesen. Es gab einen Landkreis Hoyerswerda. Äh der hat- den nennen wir den Altkreis, und das ist eine- nach wie vor noch eine bürgerschaftliche Institution. Also die Leute fahren noch in ihre Stadt Hoyerswerda, also vom Umland. Und das ist eigentlich fast so was wie das Gebilde des Seenlandes, also zumindest ein Großteil davon. Ähm das heißt, dann sind wir kreisfrei geworden in den 90er Jahren bis vor drei, vier Jahren. Und jetzt sind wir wieder Kreisangehörigkeit- geh=gehörig, aber gehören zum Landkreis Bautzen. Jetzt gucke ich gar nicht so sehr auf Bautzen, weil das- da bin ich immer der Meinung, hilf dir selber. Aber wir müssen den Weg schaffen, sowohl in der Verwaltung, als auch im Bürgerver=verständnis, zu sagen, ich gehe wieder an die Umlandgemeinden heran. Und diese Zusammenarbeit, die kann genau das befördern, dass sich der Bürgermeister aus Hoyerswerda mit dem aus Spreetal zusammensetzt und sagt: Du, pass mal auf, wir haben dort ein Stück Radweg und wir haben dort ein Stück Radweg. Wie gelingt es uns, dieses Stück zu verbinden? Und dann partizipieren beide. Und dann ist da plötzlich eine Zukunft für die Stadt Hoyerswerda auch sichtbar. Und das betrifft dann wieder alle Bereiche. Das=das- es ist zum Beispiel wirklich sichtbar, so ein Wegeproblem. Sichtbar ein Problem Schulen, Zusammenarbeit von Schulen, von wirtschaftlicher Förderung. Wenn der Weg gut ist- also Hoyerswerda könnte sich auch als exzellente Vorstadt vor Dresden etablieren. Also eines der größten Probleme dieser Stadt, also Hirnrissigkeit. Seit=seit 15 Jahren bin ich immer der Meinung, wir brauchen keine Anbindung an die Autobahn A13. Die interessiert uns überhaupt nicht. Die Berliner kommen, fahren bis zum Spreewald und werden sich möglicherweise über

den Spreewald zum Seenland verirren. Ich brauche eine Anbindung nach Dresden. Sind Sie mal die Strecke nach Dresden gefahren?

Interviewer: Ich bin heute von dort gekommen.

Blazejczyk: Ist=ist das scharf?

Interviewer: >Lacht< ja.

Blazejczyk: Dann sagen- jetzt machen wir es mal ganz einfach. Was hat- ich bin ja SPD. Ministerpräsident ist CDU, Landrat ist auch CDU. Oberbürgermeister ist?

Interviewer: Auch CDU.

Blazejczyk: Und der Landtagsabgeordnete ist?

Interviewer: Auch CDU.

Blazejczyk: Was haben die für eine Zusammenarbeit. Gucken Sie sich mal die Straße an. Und jetzt fahren Sie mal, wenn Sie es wirklich drauf haben, fahren Sie von Hoyerswerda nach Cottbus. Dazwischen liegt die Landesgrenze. Sind Sie die mal gefahren die Strecke?

Interviewer: Ich kenne nur-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Dort hat man=hat man die Schwarze Pumpe und Spremberg innerhalb von ein, zwei Jahren exzellent umbaut.

Interviewer: Ich wollte gerade sagen, Spremberg kenne ich, weil da halt wie gesagt-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Da fahren Sie nicht mehr durch. Sie fahren nur noch Chaussee.

Interviewer: Ach so. Okay.

Blazejczyk: Sie sparen zehn Minuten annähernd. Das ist eine exzellente Straße. Da gibt es drei, vier Ampeln, hätte man Kreisverkehre machen können, kann man sich streiten, aber ohne, dass da geredet wurde, ist da ganz still von Hoyerswerda bis nach D- Cottbus zur Autobahn, ist eine exzellente Verbindung. Die ist zur A15 nach Polen offen. Da sind Sie in 12, 15 Minuten auf der A13. Aber unsere wirkliche Verbindung nach Dresden, weil wir könnten exzellente Wohnstadt für den Randgürtel, Speckgürtel von Dresden sein, weil es sind ja wirklich bloß 40 Kilometer.

Interviewer: Das stimmt, ja.

Blazejczyk: Die fahren Sie heute bei einer guten Anbindung, fahren Sie die heute in 30 Minuten. Die brauchen Sie - ich habe ja in Dresden studiert, habe viele Freunde in Dresden -, die brauchen Sie in Dresden auf jeden Fall von einem Teil zum anderen Teil, früh zur Arbeit zu kommen. Das sind so die Sachen.

Interviewer: Ja, aber da darf kein Lkw vor Ihnen fahren und auch-

Blazejczyk: Nicht. Sie müssen sich mal die Straße angucken. Die s- gibt es aber seit 100 Jahren schon, die B97. So, warum ist denn da nicht mal- Also der Zustand der Straße ist katastrophal. Sie ist eng. Und dann f- machen Sie es mal, fahren Sie von hier nach Cottbus. Die ist breiter, ja. Und das schafft doch die Bedingungen. Und das ist so. Und da sind wir: Nein, wir brauchen jetzt unser Konrad-Zuse-Museum. (Unverständlich) 2,4 Millionen.

Interviewer: Ja gut, aber da kann ja Hoyerswerda auch relativ wenig machen, was die Straße, weil das ja nicht nur-

Blazejczyk: >fällt ins Wort< Die=die- der=der Slogan des Oberbürgermeisters hieß: Ich hole Dresden auf unsere Seite. Ich wollte ja nur noch mal sagen. Also Sie=Sie beschäftigen sich ja damit. Also wenn der Oberbürgermeister, der Landtagsabgeordnete, der Landrat und der >lacht< der

Minister alle einer Partei angehören, dann müsste es doch möglich sein, dass die alle vier, die sich gut kennen, mal ein Bier trinken und sagen: Das scheint schon mal relativ wichtig zu sein. Zumal ja Schwarze Pumpe, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, sich mittlerweile als ganz, ganz attraktiver Industriestandort wieder entwickelt hat.

Interviewer: Ja, das stimmt.

Blazejczyk: Ja, nach Brandenburg und nach Polen. Ja, verdammt noch mal, warum denn nicht nach Hoyerswerda und nach Dresden? Das sind doch einfache Dinge des Lebens, oder? Dass das fünf oder zehn Jahre dauert, darüber will ich ja nicht reden, das ist ja in Ordnung. Aber wir sitzen alle wieder da und sagen, wieder kommt der Zubringer zur A13 nicht. Den braucht keiner. Nach meiner Einschätzung braucht den keiner. Weil die Schwarze-Pumpe-Leute sind in 12, 15 Minuten auf der A15. Da gucken wir heute mal nach Mitteleuropa oder Osteuropa. Das ist viel besser, attraktiver. Unser Partner sitzt in Dresden, zumal wir uns zu Sachsen geschlagen haben. Ich hoffe, ich habe Ihnen nicht die Welt zu sehr verwirrt.

Interviewer: Nein, überhaupt nicht.

Blazejczyk: Gut. Okay. Und dass ich immer ein bisschen äh anders denke als die anderen, das kann ich auch nicht ändern.

Interviewer: Das ist ja nicht schlimm.

Interview 14: Transkription des Interviews mit Dr. Albrecht**Schröter, dem Oberbürgermeister der Stadt Jena**

- 28. August 2012, 14.30-15.30 Uhr

Interviewer: Und zwar ähm mein erster Fragenkomplex ist so überhaupt die allgemeine strukturelle Situation in Jena. Ähm was denken Sie, sind die wichtigsten strukturellen Probleme oder wenn man es nicht Probleme, aber Au- nennen möchte, aber Aufgaben, denen sich Jena stellen muss oder >einatmen< gestellt hat vielleicht in den letzten Jahren. Gab es da vielleicht auch einen Wandel?

Dr. Schröter: Also ich stelle mal eine These an den Anfang. Nämlich die These, dass man tatsächlich durch kluge Strukturen sehr viel wirtschaftliche Effekte erzielen kann. Das ist eine tiefe Überzeugung ähm, mit der ich hier auch Politik mache. Ich mache es mal im Telegrammstil, die Entwicklung Jenas und Sie fragen dann einfach noch mal konkret nach. Äh Umbruch äh durch die Friedliche Revolution, eine typisch sozialistische Stadtverwaltung wird konfrontiert mit bundesdeutschen Bedingungen. Es gab im Grunde zwei Umbruchphasen äh, die ich sehe. Die eine Phase beginnt tatsächlich '90 mit der Übernahme im Einheitsvertrag äh die Übernahme bundesdeutscher Strukturen. Da haben wir erst mal sehr viel nachgemacht, Ämter gebildet äh, Gesetzhkeiten übernommen. Das Personal entsprechend auch äh geschult, Modellprojekte übernommen. Zum Teil durch Fördermittel mehr Personal bezahlt, als notwendig äh - im Nachhinein. Es gab mal eine Zeit mit elf Dezernenten, jetzt sind es drei plus (unverständlich). Ähm so. Das lief ganz gut ähm bis Ende der 90er Jahre etwa. Und dann äh bin ich damals Dezernent geworden und noch äh zwei andere äh und einer davon ist heute noch in=in mit in ähm der Stadtspitze (unverständlich). Und wir haben damals angefangen, auf dem Hintergrund der gewachsenen Strukturen nach der Wende zu überlegen, was kann Jena eigentlich noch=noch mehr machen. Kluge Ideen, weil wir hatten damals tatsächlich auch eine sehr schwierige Haushaltssi-

tuation. Und ab 2000 äh ist dann äh umgesetzt worden ein Konzept, das da hieß, Ausgliederung von Aufgaben ähm, nicht in private Bereiche oder so, sondern in Eigenbetriebsstrukturen. Einen Eigenbetrieb gab es schon seit 1991/92, der Kommunalservice Jena und wir haben schrittweise ab 2003 ähm drei weitere Eigenbetriebe gegründet. Und sie haben also heute die Struktur Kernverwaltung plus vier Eigenbetriebe. Dazugekommen ist 2003 äh Eigenbetrieb kommunale Immobilien. Das ist ein hochinteressantes Beispiel für >einatmen< Strukturen. Das kann ich vielleicht nachher noch mal vertiefen. Es ist 2005 ein Eigenbetrieb für Kultur dazugekommen mit einem auf fünf Jahre gedeckelten Zuschuss. Das gibt es in Deutschland meines Wissens auch kaum sonst wo. Und ein vierter Eigenbetrieb 2004 folgend ähm und zwar äh für die Langzeitarbeitslosen. Der äh äh. Das heißt, wir haben im Grunde auf der Basis von bundesdeutschen Strukturen ab 2000 versucht, eigene Wege zu gehen, eigene Jenaer Ideen zu entwickeln. Und das ist, glaube ich, ähm sehr, sehr gut gelungen. Als ich dann 2006 Oberbürgermeister wurde, bis dato war ich nur Dezernent für Soziales und Kultur, ähm habe ich dann diesen Prozess insofern fortgesetzt, als ich ähm diese klassische Amtsstrukturen umgelenkt habe in eine Struktur von Fachbereichen, Fachdiensten und -Teams mit einer flacheren Hierarchie. Ich habe die Stabsstelle Wirtschaftsförderung in eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft überführt. Ich habe die den noch in der Verwaltung befindlichen sehr investitionsstarken Bereich des Tiefbaus in einen Eigenbetrieb mit überführt, weil wir da gute Erfahrungen gemacht haben. Und die (unverständlich) eingeführt. Und damit jetzt sozusagen die Struktur der Verwaltung in eine Form gebracht wie sie heute besteht und, glaube ich, zukunftsfähig ist. Und ähm ja, wenn Sie wollen, könnte ich jetzt mal am Beispiel des Eigenbetriebes kommunale Immobilien erläutern, wie man mit guten Ideen Effekte erzielen kann. Ist das?

Interviewer: Mhm (bejahend). Ja.

Dr. Schröter: Ja? Also als ich Sozialdezernent wurde, war ich der größte Häus- Häuserbesitzer hier in der Stadt. Ich hatte 40 Schulgebäude, 50 Kita-Gebäude und äh einen Haufen anderer Liegenschaften. Äh und vielen Ämtern ging es so, dass dieser ähm äh Dinge, also im äh Ämterbestand war und jedes Amt hatte eine eigene Liegenschaftsverwaltung und eigene Hausmeister, eigene Beantragung von Fördermitteln für Sanierungen und so weiter. Und wir haben dann gesagt, also meine Kollegen und ich, Dezernenten, ähm lasst uns Strukturen schaffen, wo wir das alles bündeln. Das ist zunächst noch nichts Neues. Wir haben also alle kommunalen Immobilien äh in einen Eigenbetrieb gepackt. Wir haben kostendeckende Mieten eingeführt, das gab es vorher auch noch nicht. Da war alles frei irgendwie, ja, Vereine und so weiter. Haben äh die Kosten im Haushalt ermittelt, die versteckt waren für Immobilien in allen Bereichen und haben aus diesem Budget, da kamen acht Millionen zusammen, gesagt, jetzt werden also Sch- äh Mieten bezahlt und die schrittweise erhöht. Und haben gleichzeitig Vereine unterstützt, dass die auch ähm Mieten bezahlen können. Also wir haben im Grunde eingeführt, dass kostendeckende Mieten bestehen. Und das hat bei relativ geringen Ressourcen, sowohl Verwaltung als auch Vereine und anderen, dazu geführt, dass ein Druck auf Verknappung von Flächen da war. Wir haben also im Grunde seit dieser Zeit ein Drittel der gesamten Flächen eingespart, verkauft, abgeschafft. Ein Verein überlegt sich, wenn er nur 200 Euro hat, mietet er einen Raum mit 1.000 Eu- äh Quadratmeter oder mit 50 Quadratmeter. Ähm und haben gleichzeitig Folgendes gemacht, wir haben die städtische Wohnungsgesellschaft verkauft. Nicht wie in Dresden, das kann jeder. Sondern wir haben sie nicht an einen Hedgefonds verkauft, sondern wir haben sie >einatmen< an unsere eigenen Stadtwerke verkauft. Haben sie sozusagen im städtischen Kreislauf gelassen und haben aus dem Verkaufserlös 40 Millionen Euro neben der Entschuldung, die war zusätzlich noch ein finanzieller Effekt, haben wir z- äh äh f- Zehnjahrestanchen auf vier Millionen gebildet. Und haben

diese vier Millionen pro Jahr als zusätzliche Eigenmittel in diesen Eigenbetrieb, kommunale Immobilien, reingegeben, der dann mit diesen zusätzlichen Eigenmitteln und eigenen Eigenmitteln mehr Fördermittel vom Land generieren konnte. Und dieses System hat dazu geführt, dass wir im Grunde die Schulen wesentlich schneller durchsanieren konnten, als jede andere Stadt das konnte. Und wir werden beneidet. Als ich damals anfang 2000 als Sozialdezernent, wäre, wenn alles so weitergegangen wäre, die Schulsanierung etwa 2025 abgeschlossen worden, jetzt sind wir übernächstes Jahr durch. Und bauen dann noch dazu drei neue Schulen. Das heißt, wir haben in der Hälfte der Zeit das gigantische Werk der Sanierung aller Jenaer Schulen geleistet. Und das geht nur, ähm we- und alle auf dem modernsten Stand. Wenn Sie in die Schulen gehen, das ist also wirklich absolut faszinierend, äh Schüler haben beste Lernbedingungen. Das eben mit zusätzlichen Eigenmitteln durch den Verkauf der Wohnungsgesellschaft mit besseren Fördermöglichkeiten. Denn wer mehr Eigenmittel hat, kriegt mehr Fördermittel. Und natürlich Planungsvorlauf. Und ähm dieses System wird beneidet. Also die Stadt München, mein Kollege Christian Ude, hat ein paar Leute geschickt, um sich dieses System anzugucken, und äh wird also zum Beispiel in München auch für das Schulfacility-Management übernommen – und die nennen das auch das Jenaer Modell intern. Und als ich OB wurde, 2000, kam mal einer von so einem Hedgefonds hier vorbei und erkundigte sich, was er im Jenaer Modell alles kaufen kann. Wir haben gesagt, wir verkaufen nichts, keine Stadtwerke, keine Wohnungsgesellschaft, und haben ihm das alles erläutert. Und hat er beim Rausgehen gesagt, „toll, Sie müssten ja blöd sein, wenn Sie das verkaufen“. >Lacht< Also ich will nur sagen, dieses=dieses äh also die Botschaft heißt ähm, dass man mit klugen Ideen und guten Strukturen, natürlich auch mit Leuten, die das leisten können, die also die notwendige Intelligenz und das Know-how mitbringen, tatsächlich sehr starke wirtschaftliche Effekte erzielen können. Und nebenbei hat der (unverständlich) kommunale Immobilien pro Jahr etwa 30 Millionen In-

vestitionsprogramm. Und das ist also nebenbei auch noch ein schönes Wirtschaftsförderungsprogramm, weil über die Hälfte der Aufträge gehen an die einheimische Wirtschaft. Aber ich habe mich jetzt vielleicht vom Thema zu sehr entfernt. Ich weiß nicht-

Interviewer: >fällt ins Wort< Ähm das heißt, Sie würden sagen, es gibt keine strukturellen Probleme mehr in Jena?

Dr. Schröter: Also das kann ich so nicht sagen. Das Jena wäre der ideale Ort, wenn es überhaupt keine strukturellen Optimierungsmöglichkeiten im Sinne Ihrer Frage würde ich sagen, es gibt keine strukturellen Probleme mehr aus städtischer Sicht. Eigenbetriebe also Kernverwaltung, vier Eigenbetriebe und eigene Gesellschaften, Wirtschaftsförderung und Stadtwerke und so weiter sind meines Erachtens optimal strukturell aufgestellt. Äh was aber nicht heißt, dass es nicht auch kleineren Nachbesserungsbedarf immer wieder mal gibt. Ähm nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Also ich würde sagen, die Strukturen sind so aufgestellt, dass man darauf stolz sein kann und gut mit arbeiten kann.

Interviewer: Ähm was waren die Haupthindernisse bei der Bewältigung der Veränderung nach 1990 und aber auch nach ähm 2000?

Dr. Schröter: Na ja >räuspern< äh also nach der=nach der f- Friedlichen Revolution war es so, dass äh natürlich äh im Mitarbeiterbestand auch viele Personen waren, die sozusagen DDR-Mentalität mitgebracht haben. Ich will gar nicht mal sagen, politisch im alten Fahrwasser geblieben. Aber die gab es auch. >Niesen< Entschuldigung.

Interviewer: Gesundheit.

Dr. Schröter: Danke. Ähm aber ähm noch so ein Verwaltungsdenken mitgebracht haben. Die Bürger >lacht< dort und ich hier und äh ich König und äh der Bürger ist der Bittsteller. Das war eine Schwierigkeit, wir mussten auch viel kündigen. Also die Verwaltung war hatte etwa 4.500 Mitarbeiter einschließlich aller Kindergärtnerinnen. Heute sind wir bei etwa 1.800

mit allen Drum und Dran. Äh da lagen Probleme und natürlich auch in einer völlig veralteten Infrastruktur. Also es war ja von moderner Technik nicht viel da. Kein Computer und (unverständlich) und so weiter. Und nach der nach 2000 und bis jetzt lagen die Haupthindernisse bei Strukturreformen ähm im Beratungsvermögen von Mitarbeitern, die es betraf (unverständlich). Beispiel (unverständlich) des Tiefbaus in den kommunalen Service. Da muss man im Stadtrat und in der Belegschaft erst mal Überzeugungsarbeit leisten und auch Widerständler überwinden. Weil es immer wieder Ängste gibt, äh dass äh man mit Strukturreformen dass die zulasten von Mitarbeitern gehen. Und man merkt erst nach und nach, dass das nicht der Fall ist. In einigen Betrieben ist eine höhere Flexibilität als in einer Verwaltung und mehr Motivation. Also da gibt es auch eine Menge Vorteile, aber die erkennt man nicht sofort.

Interviewer: Ähm mein zweiter Fragenkomplex würde Jena quasi im ähm Geflecht von Bund, Land und, ja, auch EU ein bisschen ähm erleuchten wollen. Und zwar ähm, denken Sie, dass die politischen Instanzen einer Kommuni- Kommune, insbesondere natürlich Sie als Oberbürgermeister, genug Spielraum oder Gestaltungsmöglichkeiten haben, um eigene Politik zu machen? Oder würden Sie sagen, dass Sie da schon immer äh in m- in einer Abhängigkeit von Land und Bund sind?

Dr. Schröter: Also es gibt äh sicher f- eine Menge Gestaltungsmöglichkeit sozusagen in kleinen Bereichen (unverständlich), ganz aktuelles Beispiel oder Nachrüstung von Spielplätzen mit äh Geräten in sch- gewissen Umfang. Das Geld ist da, damit kann ich das einfach anordnen und sagen, das will ich jetzt, ist Bürgerwunsch und Punkt. Ähm man ist also die Handlungsmöglichkeiten sind äh natürlich eingeschränkt und ein Stück gelenkt durch die Förderszenarien. Die haben ja jeder- jedes Bundesland hat das ein bisschen anders, äh während es in Brandenburg, wenn ich das richtig sehe, (unverständlich) gibt. Die Stadt bekommt also das Geld und kann es im Grunde frei verwenden. Es ist in Thüringen eher

der goldene Zügel. Man stellt also einen Förderantrag sehr konkret mit Finanzierungsmodell und muss dann drauf hoffen, dass man dafür Geld bekommt. Das schränkt natürlich die Gestaltung etwas ein. Wenn es gut läuft, ist es gut, dann kann man dort gestalten, wenn nicht ähm. Also insofern wäre es schon nicht schlecht, dass man auch in Thüringen vielleicht eher das Geld zur Verfügung gestellt bekommt, und kann damit machen, was man will. Ansonsten viele kommunale Selbstverwaltung ähm. Die Kommunen haben das Recht von der Verfassung her, äh ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst zu klären, zu entscheiden. Es gibt Bereiche, da darf (unverständlich). Also es geht beides.

Interviewer: Ähm es geht ja auch die F- die Frage zielte darauf, dass häufig in den Medien, aber auch von ähm Oberbürgermeistern zum Teil gesagt wird, dass dieses das Recht auf Selbstverwaltung zwar verfassungsmäßig besteht, aber de facto ausgehöhlt ist. Ähm würden Sie dem zustimmen oder würden Sie sagen, dass der Gestaltungsspielraum eigentlich nicht wesentlich abgenommen hat in den letzten Jahrzehnten?

Dr. Schröter: Na ja. Also diese Klage, dass äh Gestaltungsmöglichkeiten ausgehöhlt werden oder reduziert werden, die ist schon nicht von der Hand zu weisen. Ähm es gibt ähm viele Kommunen, die hoch verschuldet sind oder die nicht so gute Einnahmen haben wie Jena. Jena ist immer noch eine positive Ausnahme in vielen Dingen. Und äh insbesondere das Fehlen des Konnexitätsprinzips ähm macht es vielen Kommunen schwer. Wenn sich der Bund dann wieder neue Wohltaten ausdenkt und Sozialgesetze schafft, etwa ein Behindertenrecht oder auch ein Jugendrecht oder so weiter ähm, und die Kommunen müssen es im Grunde für die Kosten aufkommen, schränkt das natürlich deren Möglichkeiten erheblich ein. Das gibt es schon.

Interviewer: Ähm Jena nimmt ja auch an Förderprogrammen teil. Kann da der Eigenanteil immer erbracht werden oder ist das ein Problem für die Stadt?

Dr. Schröter: Also wenn Sie nach Jena fragen, so sind wir mit dem Erbringen des eigenen Anteils in aller Regel relativ gut an. Es also wir können nicht für alles Eigenanteile erbringen, was wir uns wünschen, aber gerade der (unverständlich), also bei den Schulsanierungsprogrammen haben wir es ja geschafft, sozusagen den Eigenmittelanteil auch noch ein bisschen zu erhöhen. Also der Wohnungsgesellschaft und den Stadtwerken eine Struktur geschaffen haben, die übrigens auch sehr gut zusammenwirkt. Also wir haben immer noch im Bereich von Jenawohnen relativ bezahlbare Mieten. Das Ranking ist=ist gut innerhalb der Wohnungsgesellschaften. Ich weiß, in Jena ist das (unverständlich). Das Ansehen von Jenawohnen ist relativ hoch, die Zufriedenheit (unverständlich) mit 80 Prozent erstaunlich gut. Und das alles ähm klappt eigentlich recht gut in der Zusammenarbeit mit=mit den Stadtwerken. Die Eigenkapitalquote ist sehr hoch und die Entschuldung schreitet kräftig voran. Also es hat auch wirklich Vorteile gebracht.

Interviewer: Ähm welche Ebene hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf Kommunalpolitik? Also EU, Bund-

Dr. Schröter: >fällt ins Wort< Von den drei Genannten?

Interviewer: Genau, oder Land. Was würden Sie so-

Dr. Schröter: >fällt ins Wort< Also wahrscheinlich das Land. (Unverständlich).

Interviewer: Ähm müsste Ihrer Meinung nach Veränderung äh vollzogen werden, damit die Kommunen mehr Gestaltungsspielraum haben können? Vielleicht auch in finanzieller Aus-äh-Stattung. Sie hatten ja gerade das Beispiel mit der Förderprogramm angesprochen ähm, vielleicht auch noch andere oder ist das so der Hauptpunkt?

Dr. Schröter: Also erster wichtigster Punkt für mich ist ähm Bund und Land müssen sich wirklich an das Grundprinzip der Konnezi- Konnexität hal-

ten. Also ähm es muss gestoppt werden, dass äh man uns Lasten aufbürdet und sich um die Bezahlung nicht kümmert. Das ist der allerwichtigste Punkt. Äh zweitens, jetzt denke ich erst mal an die hoch verschuldeten Kommunen: Äh=äh der Staat muss und sollte sehen, dass äh Entschuldungsprogramme die Kommunen unterstützen. Wobei man das sicher hier differenziert sehen muss. Es gibt Kommunen, die aufgrund von schwachen Strukturen in Schieflage geraten. Es gibt äh Kommunen, die sich einfach Dinge geleistet haben und sich hoch verschuldet haben und dann ähm das ist ein wesentlicher Punkt ähm. Ähm dann darf es nur nicht an die Gewerbesteuer ran. Ich glaube, das ist jetzt auch aber vom Tisch. Es gab ja mal in der schwarz-gelben Regierung die Idee äh, Gewerbesteuer abzuschaffen und es über Einkommensteuer zu schaffen. Das ist ein falscher Weg. Ja, das sind die vielleicht die drei Punkte.

Interviewer: Ähm jetzt zu- politischen Alltag quasi in Jena. Ähm jetzt haben SPD, die Linke und CDU eigentlich eine relativ gleich große Fraktionsstärke im Stadtrat. Würden Sie sagen, dass es aufgrund dieser Situation und der Tatsache, dass ja auch ähm relativ viele Gruppierungen im Stadtrat sind, es häufig zu Kampfabstimmungen kommt, oder ist es trotzdem eher eine Sachpolitik, die vorherrscht?

Dr. Schröter: Na ja, wir haben ja, das wissen Sie ja wahrscheinlich, ähm eine Koalition und eine Opposition.

Interviewer: Ja.

Dr. Schröter: Und äh da gibt es natürlich immer Kampfabstimmungen zwischen Koalition und Opposition. Ganz selten gibt es auch mal sozusagen äh ein freigegebenes Abstimmungsverhalten. Es kommt natürlich auch vor, dass gro- es=es große Mehrheiten gibt bei Beschlussvorlagen, die jetzt nicht so strittig sind oder ... also Wohltaten (unverständlich). Aber ansonsten äh ist es so, dass aufgrund ähm der Koalitionsgespräche, die 2009 begonnen worden sind, eine rot-schwarz-grüne Koalition entstan-

den ist, die auch sehr stabil ist und gut zusammenarbeitet. Und äh die anderen drei arbeiten äh zusammen, auch wenn sie ideologisch gar nicht so zusammen- zu passen sei. Also gerade die FDP und die Linken, das äh ist eigentlich wie Feuer und Wasser, aber ich spreche immer zärtlich von meiner ähm freibürgerlichen Linken. Ja.

Interviewer: Ähm gibt es Netzwerke, die Sie als Oberbürgermeister nutzen?

Ähm ich denke da unter anderem an ähm den ähm Deutschen Städtetag, aber es gibt den natürlich auch auf Thüringer also auf Landesebene. Ähm aber vielleicht auch andere Netzwerke innerhalb der Stadt, aber auch außerhalb der Stadt, um sich auszutauschen und vielleicht auch andere Problemlösungen zu finden?

Dr. Schröter: Also mal abgesehen von persönlichen Netzwerken, die ich ähm ständig bilde und pflege, also mit Freunden, Politikern aller Parteien. Also das ist äh (unverständlich) äh gibt es natürlich wichtige Netzwerke, in denen wir drin sind. Der Deutsche Städtetag, auf Thüringer Ebene der Stadt- und Gemeindebund, auf mitteldeutscher Ebene die Metropolregion Mitteldeutschland, da bin ich Chef gerade. Äh=äh und das von mir gegründete Forum Mitteldeutscher Städte, seit 2007 besteht das. Ähm das sind wichtige kommunale Netzwerke. In Thüringen gibt es noch die Impulsregion, Erfurt, Weimar, Weimarer Land und Jena als interkommunale Arbeitsgemeinschaft. Ähm natürlich gibt es in der Stadt auch wichtige Netzwerke äh der Wirtschaft zum Beispiel oder eine sehr enge Verbindung mit der Universität, Fachhochschule, äh oder auch das Bündnis für Familie und Bündnis für Integration. Ähm oder auch Bündnis für Fernverkehr oder Bündnis für ähm äh für ähm die Fragen ähm, na, ist weg vor lauter Schreck. Ähm für=für äh Fachkräfte ähm. Ein ganz wichtiger Punkt sind für mich zivilgesellschaftliche Bündnisse, die will ich wenigstens erwähnen, auch wenn sie jetzt vielleicht nicht so wichtig sind ähm für Sie möglicherweise. Das sind Bündnisse gegen Rechtsextremismus und für Zivilcourage. Da gibt es ja sehr, sehr starke Bündnisse

in Jena ähm. Und ich bin ein glühender Verfechter von zivilgesellschaftlichem Engagement als Politiker. Also Sie sehen, ich befinde mich da in einem ganz großen (unverständlich) von Netzwerken, die ich auch sehr intensiv nutze.

Interviewer: Würden Sie sagen, Sie nutzen sie eher zum Austausch oder auch vielleicht um Pro- also Lösungen zu ähm, ja, etablieren oder zu finden?

Dr. Schröter: Beides. Also vielleicht noch stärker um Lösungen zu finden und um Dinge auf den Weg zu bringen. Es gibt auch Austauschnetzwerke, ich habe zum Beispiel ein Format nach Jena geholt, was es auch in Dresden und Leipzig gibt, die sogenannten Ratsgespräche, wo man sich alle Vierteljahr trifft. Die miteinander bespricht, aber jetzt keine Handlungs- äh Optionen folgen. Ähm die sonstigen Bündnisse, da trifft man sich natürlich auch zur Konsultation, aber auch, um die Dinge voranzubringen.

Interviewer: Ähm welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Jena?

Dr. Schröter: Also äh ich würde sagen, ohne jetzt ähm sie gegeneinander auszuspielen oder eine falsche Priorisierung zu machen, auf alle Fälle die optische Industrie mit OptoNet, mit Zeiss, ähm und weiteren großen Unternehmen auf die Optik äh optische Industrie. Medizintechnik ist ein wichtiger Bereich. Dann äh Analysetechniken haben wir hier ganz große Player. Von Analytik bis zu (unverständlich) – großes Spektrum. Feinmechanik ist ein wichtiger Zweig. Ähm äh zu den optischen Industrien gehört eigentlich auch die Opto- äh die optronischen oder optoelektrischen oder photonischen Technologien. Äh ein wichtiges Feld ist auch äh E-Commerce. Wir haben hier also Jena ist (unverständlich) E-Commerce-Hauptstadt in Deutschland. Das wissen wenige. Ähm ein weiteres Feld ähm sind ähm also alle Produkte, die so mit=mit auf Weltraumforschung und äh da haben wir also auch große Player hier. Also Jena ist sehr vielseitig aufgestellt.

Interviewer: Wie würden Sie die finanzielle Situation der Stadt beschreiben?

Dr. Schröter: Die ist verhältnismäßig gut. Also wir haben ähm aufgrund des Wegfalls von ähm Verlustverträgen, äh eine Gewerbesteuersteigerung von 2006 etwa 20 Millionen auf jetzt etwa 55 Millionen. Dadurch ist die Stadt deutlich hat deutlich mehr Spielraum. Ich habe aber auch gesagt, ich möchte die Stadt, wenn ich mal nicht mehr OB bin, entschuldet übergeben. Ich möchte, dass die Kinder, die Enkel, unsere Kinder und Enkel äh nicht die Schulden haben, die wir haben. Deswegen habe ich ein Entschuldungskonzept auf den Weg gebracht, mit dem wir 2020 völlig entschuldet sein können, wenn jetzt nichts Großes passiert. Das heißt, diese wirtschaftliche Kraft haben wir. Aber wir müssen trotzdem auch äh nicht dürfen nicht übermütig sein und müssen immer wieder auch sehr genau rechnen und planen, um auch Spielräume zu haben, die dann auch im sozialen und kulturellen Bereich das eine oder andere äh möglich machen. Aber insgesamt ist die finanzielle Situation der Stadt eher stabil, gut. In den letzten Jahren immer ausgeglichene Haushalte oder fast ausgeglichene Haushalte. Und äh Entschuldungskonzept, das können nicht viele Kommunen.

Interviewer: Als letzte Frage: Was müsste äh Jena oder was muss die Stadt tun, um zukunftsfähig zu bleiben und für die (unverständlich) kommenden Herausforderungen gerüstet zu sein?

Dr. Schröter: Also das ist eine wichtige Frage. Ähm ganz wichtig ist ähm, eine Politik zu fahren, die ähm es reizvoll macht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Stadt zu leben und zu arbeiten. Dazu gehören die sogenannten weichen Standortfaktoren, die werden immer wichtiger, weil Städte äh in der Konkurrenz ähm die besseren Karten haben, die eben gute Betreuungsangebote äh, eine exzellente Bildungslandschaft, Kulturangebote, eine gute äh landschaftliche Umgebung aufweisen können. Damit verbunden sind wir beim nächsten Punkt. Also weiche Standortfaktoren das eine. Eine kluge ökologische und klimaori-

enterte Politik wird sich auch auszahlen. Wer etwas für seine Umwelt tut ähm, der wird auch Standortvorteile haben. Ähm äh gute Wirtschaftsförderungspolitik. Also damit meine ich, wo wir uns wirklich bemühen, ähm der Wirtschaft ähm durch Serviceangebote es leicht zu machen, sich hier zu entwickeln. One-Stop-Agency-Prinzip bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, äh VIP-Angebote, Betreuungsangebote und so weiter. Ähm eine kluge Strukturpolitik ähm führt auch zu Zukunftsfähigkeit. Wir werden also in Thüringen in den nächsten Jahren Gebietsreformen erleben. Jena muss kreisfrei bleiben und ich möchte auch, dass das Stadtgebiet wächst und dass wir mehr Möglichkeiten haben für (unverständlich) und Gewerbeflächen. Ähm eine kluge Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Gewerbeflächen. Man kann natürlich auch viel ähm Flächen verbrennen, in dem man sagt: Okay, kommt ein Logistikunternehmen mit 80 Bussen, aber vielleicht nur 40 Mitarbeitern. Ähm bringt nicht viel. Wir müssen also wirklich die hoch wirtschaftenden, innovativen Bereiche hier ansiedeln. Das heißt, ähm, ja, und im Dienstleistungsbereich muss natürlich auch das Angebot stimmen. Dass ähm Handelskonstruktionen und so weiter, dass also der Bürger und die Bürgerin hier auch den Schal kaufen können oder die Schuhe oder den die sie sich wünschen. Das gehört alles >Störung<.

Interviewer: Gut. Wunderbar. Das war es auch.

**Interview 15: Schriftlicher Fragebogen von Tilo Schieck, dem
Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Stadtrat der Stadt Jena.**

- 23. Februar 2013 per Mail

Frage: Welche strukturellen Probleme oder Aufgaben, denken Sie, sind die bedeutendsten für die Stadt? Gab es Veränderungen in den letzten Jahren?

Schieck: Ich nenne die drei wichtige, ohne auf Vollständigkeit zu bestehen:

1. demografische Entwicklung und Flächenbedarf: Jena ist eine wachsende Stadt, von den Einwohnerzahlen und der wirtschaftlichen Entwicklung. Da hat einen Flächen- und Investitionsbedarf zur Folge, der nicht ausreichend befriedigt werden kann. Die Verdichtung und der Druck auf grüne Randbereiche wächst, die Wohnungsnachfrage kann nicht gedeckt werden, städtische Investitionen wie Schulneubauten und Kitas sind notwendig. 2. Erhalt und Ausbau weiche „Standortfaktoren“, besser gesagt die Lebensqualität (Familienfreundlichkeit, Kulturangebot, sozialer Zusammenhalt, Bildungsangebot, Erhalt stadttökologischer Gegebenheiten) steht als politische Aufgabe stärker im Fokus. 3. Nachhaltigkeit muss stärker vom Schlagwort zur Handlungsmaxime werden, dies betrifft alle Ressourcen (Finanzen, Energie, Wasser, Boden, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit).

Frage: Was sind die Haupthindernisse für die Bewältigung dieser Probleme? Gibt es überhaupt welche?

Schieck: Auch wieder drei Anstriche, die aber auch eher Aufgaben sind: 1. Geringere Einnahmen (u.a. Landeszuweisungen) und steigende Ausgaben (Personalkosten durch Tarifierhöhungen, soziale Pflichtenaufgaben, notwendige Investitionen) verkleinern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune. 2. Die geografische Situation Jena beschränkt notwendige freie Ressourcen (Fläche etc.). 3. Dadurch kommt es zu einem höheren Konfliktpotential einander widersprechender Interessen und einer Verteilungs-

kampf. Hier sind neue Modelle des Interessenausgleiches, der Konfliktbearbeitung, der Kommunikation in der städtische Gesellschaft und der Bürgerbeteiligung gefragt.

Frage: Denken Sie, dass die politischen Instanzen deutscher Kommunen (also Stadtrat und OB) und Jena im Speziellen genug Gestaltungsspielraum haben, um eine erfolgreiche Politik zu machen?

Schieck: Nur zum Teil. Eingeschränkt wird die Handlungsfähigkeit z.B. durch Finanzzuweisungen, Aufteilung Pflicht- und freiwillige Aufgaben, übertragene Wirkungskreise gesetzliche Rahmenbedingungen wie Baurecht etc. Andererseits gibt es spezielle Jenaer Modelle, mit denen sich die Stadt Handlungsfähigkeit sichert z.B. als Optionskommune bei ALGII, durch die Eigenbetriebslösungen für die Kommunalen Immobilien (KIJ) oder Kultur (JenaKultur), kommunale Mehrheit bei den Stadtwerken und eigener Einnahmenpolitik (kommunale Steuern). Und der Stadtrat ist selbstbewußt genug, die ThürKO auszuschöpfen und in der Sache hart miteinander zu diskutieren und zu entscheiden. Und wir haben Bürgerbeteiligungselemente wie Bürgerhaushalt, Bürgerbeteiligung an Großprojekten (Jury, Befragungen) und Konzepterarbeitungen (z.B. Kulturkonzept) ausgebaut.

Frage: Gibt es Politikbereiche, in denen der Gestaltungsspielraum größer oder kleiner ist?

Schieck: Bei den freiwilligen Leistungen mehr als bei den Pflichtaufgaben, bei den kommunalen Aufgaben wie Bauplanung mehr als im übertragenen Wirkungskreis (z.B. Verkehrsregelungen).

Frage: Sind Sie der Meinung, dass dieser Gestaltungsspielraum ab- oder zugenommen hat in den letzten Jahren?

Schieck: Finanziell abgenommen, rechtlich unverändert.

Frage: Welche Veränderungen müssten Ihrer Meinung nach gemacht werden, damit der Handlungsspielraum von Kommunen gestärkt wird oder ist das eventuell gar nicht notwendig? Vor allem in Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Gemeinden?

Schieck: Veränderungen in finanziellen Hinsicht sind in den nächsten Jahren mit der erfolgten Neugliederung des kommunalen Finanzausgleich in Thüringen nicht zu erwarten. Darauf muss man sich einrichten. Entlastungen können Überlegungen zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen und ihrer Betriebe und eine Veränderung des kommunalen teurerrechtes sein. Rechtlich wünsche ich mir stärkere Kommunalisierungsmöglichkeiten im Bildungsbereich (Jena hat schon in Versuchsprojekten den Hort und zwei Gemeinschaftsschulen kommunalisiert), mehr Optionsmöglichkeiten im sozialen Bereich (Modell Grundsicherung), mehr Entscheidungsfreiraum bei Planungsprozessen und mehr gesetzliche Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten.

Frage: Nimmt die Stadt Jena an Förderprogrammen des Landes, Bundes oder der EU teil? Denken Sie, dass die Förderungen ausreichen beziehungsweise bedarfsgerecht sind?

Schieck: Ja. Bei Programmen wie Aufbau Ost, Städtebauförderung, Straßenkoffinanzierung ist dies kein Problem und auch ausreichend. In den Bereichen Kultur und Soziales besteht ein Nachholebedarf in Informations Ausnutzung der Möglichkeiten.

Frage: Kann der Eigenanteil für die Förderprogramme immer erbracht werden?

Schieck: Nein.

Frage: Welche Ebene – EU, Bund oder Land – hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf deutsche Kreise und kreisfreie Städte?

Schieck: 1. Land, 2. Bund, 3. EU. Das kann sich in der Zukunft ändern.

Frage: Aufgrund der fast gleichen Stärke von SPD, Linken und CDU, kommt es da zu Kampfabstimmungen im Stadtrat? Oder handelt es sich eher um sachpolitische Entscheidungen?

Schieck: Die Konstellation in Jena ist eine Koalition aus SPD, CDU und Bündnisgrünen gegenüber einer Opposition aus Linke, Bürger für Jena, FDP und zwei Fraktionslosen. Es kommt oft zu Kampfabstimmungen, die aber in der Sache begründet sind – d.H. Unterschiedliche Lösungsansätze für das jeweilige Thema. Es gibt aber auch viele konsensuale, ausdiskutierte Entscheidungen z.B. Schulnetzplan, Gedenkkonzept.

Frage: Gibt es bei Abstimmungen üblicherweise die Konstellation Koalition gegen Opposition oder wird auch je nach Politikfeld abgestimmt?

Schieck: Siehe letzte Frage. Ich denke hinzu kommen Unterschiede zwischen Stadtratsitzungen und Ausschussarbeit. Bei letzterem erfahre ich mehr eine sachliche Zusammenarbeit als in der eher öffentlichen Ebene Stadtrat.

Frage: Wie würden Sie die „Stimmung“ oder die Arbeitsatmosphäre im Stadtrat beschreiben?

Schieck: Kommt auf das Thema an. Bei Streithemen wie Eichplatz, Haushalt oder Stadion eher Streitbar bis polemisch, bei anderen Themen wie Schulnetzplan sachbezogen, bei Themen wie Gedenkkonzept nachdenklich.

Frage: Gibt es Netzwerke (innerhalb der Partei, aber auch außerhalb) die Sie stadtübergreifend nutzen, um sich 1. Auszutauschen, 2. Hilfe zu akquirieren oder 3. Problemlösungen zu finden?

Schieck: Ja. Im Kreisverband gibt es z.T. Lebhaftige Diskussionen zu einzelnen Themen (z.B. Eichplatz, Stadion, Kitagebühren), ich z.B. kenne mich als Kulturpolitiker in der Kulturszene hier gut aus und suche da den fachlichen Austausch. Und Jena ist so klein, dass sich Engagierte immer wieder begegnen und austauschen.

Frage: Haben Sie Weiterbildungsmaßnahmen für Lokalpolitiker genutzt? Z.B. durch politische Stiftungen, Gewerkschaften oder ähnliches? Wenn ja, welche?

Schieck: Ja, z.B. zum kommunalen Haushalt und Doppik sowie Rhetorik bei DAKT e.V.

Frage: Welches Sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Jena?

Schieck: Optische Industrie, Bioinstrumentebau – überhaupt forschungsintensive Unternehmen, die sich auf Netzwerke in der Stadt (z.B. Optonet), Uni und FH sowie Institute der Fraunhofer und Leibnizgesellschaft stützen können. Unterschätzt werden sollten aber nicht die Handwerksbereiche, Dienstleister und die Kreativwirtschaft. Universität und FH sind zwar keine Wirtschaft an sich, aber unverzichtbar und nebenbei gesagt der größte Arbeitgeber Jenas.

Frage: Wie würden Sie die finanzielle Situation der Stadt Jena beschreiben?

Schieck: Zunehmend schwierig. Wir werden bis 2017 ein strukturelles Defizit in Millionenhöhe ausgleichen müssen (s.o.). Die wird nur durch schmerzhafte haushaltskonsolidierende Maßnahmen im Ausgaben- (Personal, Investitionen, Leistungen) und Einnahmebereich (Steuern, Gebühren) ausgleichen lassen. Daran arbeiten wir, der gegenwärtige Doppelhaushalt 2013/14 ist ein erster Schritt. Die bisherige Entschuldigungspolitik müssen wir dabei fortführen.

Frage: Was müssten die politischen Kräfte in Jena tun, um für die zukünftigen Herausforderungen gerüstet zu sein? Welche Mittel/ Ressourcen bräuchte die Kommune dafür?

Schieck: Ist in den vergangenen Antworten schon gesagt: Wiedergewinnung finanzieller Spielräume, Stärkung des Nachhaltigkeitsgedanken, Stärkung der kommunalen Bildungslandschaft, Erhalt und Ausbau der kulturellen

und sozialen Lebensqualität, geschicktes Flächen- und Ressourcenmanagement, intelligente Konfliktbearbeitung und Interessenausgleich, Förderung des Zusammenhaltes in der Stadt, Bürgerbeteiligung, im Stadtrat Respekt voreinander, gesetzliche Freiräume und eine Gebietsreform bei Erhalt der Kreisfreiheit.

**Interview 16: Schriftlicher Fragebogen von Benjamin Koppe, dem
Fraktionsvorsitzenden der CDU im Stadtrat der Stadt Jena.**

- 18. Januar 2013 per Mail

Frage: Welche strukturellen Probleme oder Aufgaben, denken Sie, sind die bedeutendsten für die Stadt? Gab es Veränderungen in den letzten Jahren?

Koppe: Zunächst muss ich feststellen, dass Jena im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften respektive Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen eine enorm positive wirtschaftliche Entwicklung genommen hat. Allein die Einnahmen aus der Gewerbesteuer haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Die Steuerkraft der Stadt Jena ist nicht zuletzt durch die positive wirtschaftliche und auch demographische Entwicklung gestiegen. Zudem nimmt Jena überproportional die Anreize des Landes auf, eigeninitiativ stabile Einnahmen im städtischen Haushalt zu generieren. Aber im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung liegen auch die größten Hürden und strukturellen Probleme, die die Stadt Jena lösen muss. Hier sind vor allem die politischen Mandatsträger, allen voran der Oberbürgermeister, das Finanzdezernat und der Stadtrat gefragt. Die haushälterischen Einnahmen entwickeln sich zwar positiv, laufen aber den laufenden Ausgaben hinterher. Vor allem die Personalausgaben sind in den letzten Jahren durch Stellenaufwüchse und die letzten Tarifabschlüssen um 20 Prozent gestiegen. Die Landeszuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich sinken bis zum Jahr 2019 drastisch, so dass die Stadt nicht zuletzt auch deutlich sichtbar durch die doppelte Haushaltsführung auf eine finanzielle Schieflage zusteuert. Diese wird die Liquiditätsreserven der Stadt verbrauchen, so dass auch notwendige Investitionen, vor allem im Bildungsbereich (Schulneubauten laut fortgeschriebenen Schulnetzplan), gefährdet sind. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt sehe ich vor allem die begrenzt zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen. Jena muss in den nächsten Jahren

neue Gewerbeflächen erschließen und ggf. auch mit Nachbarlandkreisen zusammenarbeiten. Ein weiteres Problem ist die Wohnraumentwicklung. Die Stadt braucht dringend neuen Wohnraum für Fachkräfte, Studenten, junge Familien etc.

Frage: Was sind die Haupthindernisse für die Bewältigung dieser Probleme? Gibt es überhaupt welche?

Koppe: Die Haupthindernisse sind die unterschiedlichen Vorstellungen aller Stadtratsfraktionen, vor allem die Entwicklung des drohenden Haushaltsdefizits langfristig zu lösen. Hier gibt es auch in den Koalitionsfraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen unterschiedliche Auffassungen, ob man den städtischen Haushalt über Einnahmeerhöhungen (Steuern, Gebühren, Abgaben) oder über Einsparungen (Standards hinterfragen, Personalabbau, Projekte aufgeben, globale Minderausgaben) konsolidiert. Hinsichtlich der Schaffung neuen Wohnraums versuchen alle Fraktionen im Stadtrat an einem Strang zu ziehen.

Frage: Denken Sie, dass die politischen Instanzen deutscher Kommunen (also Stadtrat und OB) und Jena im Speziellen genug Gestaltungsspielraum haben, um eine erfolgreiche Politik zu machen?

Koppe: Ja, es sind genügend Gestaltungsspielräume vorhanden.

Frage: Gibt es Politikbereiche, in denen der Gestaltungsspielraum größer oder kleiner ist?

Koppe: Hohe Gestaltungsspielräume haben die Kommunen vor allem bei ihren freiwilligen Aufgaben, beispielsweise bei der Kultur, im Jugendhilfebereich, bei freiwilligen sozialen Zuschüssen bspw. für den ÖPNV oder der Unterstützung kommunaler Arbeit, Umweltprojekten, Städtepartnerschaften, Zuschüsse an Schüler und Studenten etc. Weniger Gestaltungsspielraum hat man den Pflichtaufgaben, bspw. bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, bei verschiedenen Bauleitverfahren, im Ka-

tastrophenschutz, im Schul- und Kitabereich, im Ordnungsdienst. Allerdings bestehen auch hier ausreichende Gestaltungsspielräume, indem die Kommune und damit das Kommunalparlament bspw. entscheidet, an welchem Standort eine neue Schule gebaut wird, wieviele Züge diese haben soll etc.

Frage: Sind Sie der Meinung, dass dieser Gestaltungsspielraum ab- oder zugenommen hat in den letzten Jahren?

Koppe: Weder noch. Die Gestaltungsspielräume haben sich nicht signifikant verändert. Lediglich durch Minderzuweisungen des Landes im kommunalen Finanzausgleich wird deutlich, dass die Kommunen vor allem im freiwilligen Aufgabenbereich angehalten sind, Standards zu überdenken und diese ggf. zu senken.

Frage: Welche Veränderungen müssten Ihrer Meinung nach gemacht werden, damit der Handlungsspielraum von Kommunen gestärkt wird oder ist das eventuell gar nicht notwendig? Vor allem in Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Gemeinden?

Koppe: Die öffentlichen Haushalte befinden sich in einer Krise. Das wird auch durch die viel diskutierte Schuldenkrise in Europa deutlich. Das ist auch in den Kommunen spürbar, da die Bundesländer unter Sparzwang stehen und ihre kommunalen Zuweisungen signifikant zurückfahren. Veränderungen sind meiner Meinung nach nicht nötig, da die Kommunen – nach meiner Erfahrung in Jena – immer noch ausreichende Handlungsspielräume besitzen. Auch die Verteilung der Aufgabenlast würde hieran nichts ändern. Eher müssen die Kommunen lernen, mit einer geringeren finanziellen Ausstattung auszukommen.

Frage: Nimmt die Stadt Jena an Förderprogrammen des Landes, Bundes oder der EU teil? Denken Sie, dass die Förderungen ausreichen beziehungsweise bedarfsgerecht sind?

Koppe: Ja, die Stadt Jena nimmt regelmäßig an entsprechenden Förderprogrammen in unterschiedlichen politischen Sektoren teil. Ich denke, dass die Förderungen ausreichen und bedarfsgerecht für Jena sind.

Frage: Kann der Eigenanteil für die Förderprogramme immer erbracht werden?

Koppe: Ja, da die Stadt mit der Beantragung von Mitteln aus Förderprogrammen immer einen Eigenanteil einrechnet.

Frage: Welche Ebene – EU, Bund oder Land – hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf deutsche Kreise und kreisfreie Städte?

Koppe: Die Landesebene.

Frage: Aufgrund der fast gleichen Stärke von SPD, Linken und CDU, kommt es da zu Kampfabstimmungen im Stadtrat? Oder handelt es sich eher um sachpolitische Entscheidungen?

Koppe: Sowohl als auch. Da die CDU und die SPD mit den Grünen eine Mehrheitskoalition bilden, finden hier im Koalitionsausschuss die sachpolitische Debatte und die Einigung im Vorfeld der finalen Abstimmung eines Beschlusses im Stadtrat statt. Im Stadtrat und seinen Ausschüssen wird zwar auch debattiert, letztlich läuft es aber bei unterschiedlichen politischen Bewertungen von Sachverhalten meist auf eine „Kampf“abstimmung zwischen Koalitions- und Oppositionsfraktionen hinaus. Durch die Koalitionsmehrheit findet die augenscheinliche Stärke der Linkspartei meist keine Beachtung.

Frage: Gibt es bei Abstimmungen üblicherweise die Konstellation Koalition gegen Opposition oder wird auch je nach Politikfeld abgestimmt?

Koppe: Alle Entscheidungen werden durch die Koalition vorbereiten. Daher gibt es üblicherweise jene Konstellation, die sich durch sämtliche Politikfelder zieht.

Frage: Wie würden Sie die „Stimmung“ oder die Arbeitsatmosphäre im Stadtrat beschreiben?

Koppe: Die Arbeit im Stadtrat ist belebt durch für ein Kommunalparlament vergleichbar überproportionale intensive und für alle Politikfelder kompetente Debatte. Die Stimmung ist gut, bei wichtigen Sachverhalten und Entscheidungen aber auch sehr angespannt.

Frage: Gibt es Netzwerke (innerhalb der Partei, aber auch außerhalb) die Sie stadtübergreifend nutzen, um sich 1. Auszutauschen, 2. Hilfe zu akquirieren oder 3. Problemlösungen zu finden?

Koppe: Ja, die gibt es. Ich tausche mich bezüglich aller drei Punkte vor allem mit unserem Parteivorsitzenden auf Kreisebene aus, der zugleich Stadtrat ist; mit meinem stellv. Parteivorsitzenden, der zugleich Dezernent und Bürgermeister ist; mit dem zweiten stellv. Kreisvorsitzenden, der zugleich Stadtrat und stellv. Landesvorsitzender der Jungen Union ist. Weiterhin mit sämtlichen Mitgliedern meiner Partei, die über kommunalpolitische Fach- und Sachkenntnis und entsprechende kommunalpolitische Erfahrung verfügen. Darüber hinaus auch mit Parteimitgliedern, die in Thüringen anderen Kommunalparlamenten angehören. Aber auch innerhalb der Koalitionsfraktionen gibt es ein Netzwerk, um die 3 in der Frage genannten Punkte abzuarbeiten.

Frage: Haben Sie Weiterbildungsmaßnahmen für Lokalpolitiker genutzt? Z.B. durch politische Stiftungen, Gewerkschaften oder ähnliches? Wenn ja, welche?

Koppe: Nein.

Frage: Welches Sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Jena?

Koppe: Die optische Industrie, der Bereich E-Commerce und der Bereich Biotechnologie.

Frage: Wie würden Sie die finanzielle Situation der Stadt Jena beschreiben?

Koppe: Angespannt, aber im Gegensatz zu den anderen Thüringer Kommunen äußerst komfortabel, gerade mit Blick auf die anhaltend erfolgreiche Entschuldungspolitik der Stadt Jena.

Frage: Was müssten die politischen Kräfte in Jena tun, um für die zukünftigen Herausforderungen gerüstet zu sein? Welche Mittel/ Ressourcen bräuchte die Kommune dafür?

Koppe: Die politischen Kräfte müssen daran arbeiten, den städtischen Haushalt weiter zu konsolidieren, eigenverantwortlich zu sparen und Verwaltungsstrukturen verschlanken, Aufgaben effizienter wahrnehmen und vor allem den erfolgreichen Entschuldungskurs erfolgreich bis zu einer gänzlichen Entschuldung im Jahr 2022 konsequent weiterverfolgen. Weiterhin müssen sich die politischen Kräfte darauf einstellen, dass das Land seine kommunalen Zuweisungen bis zum Jahr 2019 (Auslaufen Solidarpakt II etc.) weiter zurückfährt. Die Kommunen sollten Personalentwicklungs- und Haushaltskonsolidierungskonzepte zur Bewältigung dieser Probleme erarbeiten. Sollten eigene Mittel und Ressourcen hierbei nicht ausreichen, sollte man auch externe Hilfe bspw. von entsprechenden Beratungsunternehmen einkaufen und in Anspruch nehmen. Auch eine engere Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und der hiesigen Universität ist denkbar. Weiterhin sollte der Dialog und Austausch mit den hier ansässigen Unternehmen vertieft werden.

**Interview 17: Transkription des Interviews mit Tobias
Eschenbacher, den Oberbürgermeister der Stadt Freising**

- 23. August 2012, 14.00-15.00 Uhr

in Anwesenheit der Pressesprecherin der Stadt Freising Christl Steinhart

Interviewer: Ähm meine erste Frage würde so allgemein betreffen, was denken Sie, sind die wichtigsten strukturellen, ich möchte es nicht Probleme nennen, aber Aufgaben, die Freising so für die Zukunft oder äh b- bewältigen muss? Gibt es überhaupt welche? Beziehungsweise hat sich das vielleicht auch geändert so in den letzten Jahren oder Jahrzehnten?

Eschenbacher: Also was äh natürlich unsere größte Herausforderung ist äh, ist das Thema Wohnraumsituation. Also das ist ja so, dass die (unverständlich) in einer vermeintlich strukturstarken Region sind, aber natürlich entsprechend dann auch unsere Probleme dazu haben. Das heißt äh, wenn man wächst und wächst schneller, als es gesund ist, dann muss man natürlich auch entsprechende Infrastruktur schaffen. Äh sprich Wohnraum eben für Familien zum Beispiel oder Studenten. Wir sind auch Hochschulstandort und unsere Studenten haben zu Semesterbeginn oft keine Wohnmöglichkeit. Das heißt, da haben wir ein massives Problem. Andererseits können wir auch nicht einfach äh Neubaugebiete ausweisen noch und nöcher, ohne irgendwelche äh Steuerungsmechanismen, weil uns das sonst äh aus dem Ruder gerät. Äh weil nämlich, wenn wir zu schnell wachsen, dann (unverständlich) sprich wir müssen auch entsprechende Kindergärten, Schulen und so weiter auch mit in äh ins=ins Boot reinnehmen. Das heißt, zu schnelles Wachstum ist für uns sehr schwierig. Und wir haben einen unheimlichen Siedlungsdruck äh eben im Großraum München, weil der Stadt München geht es genau so. Das heißt, die Leute wan- äh=äh weichen aufs Umland aus und je näher man an der S-Bahn ist, desto stärker ist der Druck, der Siedlungsdruck. Äh demzufolge haben wir auch ein Problem mit dem Verkehr: Wir sind eine äh sehr historische Stadt, die schon über 1.300 Jahre alt ist und eine ent-

sprechend auf äh Kutschenfuhrwerke ausgerichtetes äh Basisverkehrsnetz hat. Und mittlerweile an äh der stärkst befahrenen Stelle in Freising in der Stadt drin über 30.000 Fahrzeugbewegungen am Tag hat, was eigentlich einer Großstadt entspricht - äh obwohl wir eine Mittelstadt sind. Äh und entsprechend haben wir dort äh eine sehr starke Herausforderung, weil wir topografisch sehr eingengt sind, also es ist nicht leicht, also wir sind keine Reichs- (unverständlich) -Stadt und müssen aber mit äh den modernen Themen da zurechtkommen. Äh.

Steinhart: Thema Flughafen.

Eschenbacher: Genau. Das ist das sind natürlich genau die S- das Nächste äh, was jetzt akutes Problem ist. Was sich auch, sage ich mal, äh jetzt in den letzten Jahren äh verstärkt hat, ist, dass wir zu diesen Problemen, die wir eigentlich haben und mehr oder weniger einigermaßen bewältigen können, dann eben solche äh Geschichten haben wie das Thema Flughafenerweiterung. Äh Thema dritte Startbahn. Äh wo wir ein städtebauliches Problem haben zum einen, weil das nämlich auf unserem Grund liegt und entsprechend unsere Stadtentwicklungsmöglichkeiten äh beeinträchtigt. Also sprich in dem Bereich, wo man eigentlich eher noch entwickeln könnte, weil es flaches Land ist äh im Süden. Im Norden sind wir ja begrenzt durch den (unverständlich), man kann es eigentlich schön auf dem Flächennutzungsplan auch sehen. Und im Süden würde die dritte Startbahn hinkommen. Das heißt, genau in dem Bereich, wo wir eigentlich entwickeln, besser entwickeln können, äh werden wir quasi in der Entwicklung eingeschränkt. Gleichzeitig bedeutet die dritte Startbahn aber 10.000 neue Arbeitsplätze. Und mit einer Region, die quasi fast Vollbeschäftigung hat, heißt es, dass diese Arbeitnehmer komplett äh von außen kommen müssen. Was jetzt grundsätzlich mal, sage ich mal, kein Problem ist, wenn es sich in einem gewissen Rahmen hält, was das eben=eben das Thema Wachstum hat. Aber eben als Metropolregion München äh haben wir schon ein=ein Basiswachstum, was gerade so

an der Grenze ist. Und 10.000 Arbeitsplätze heißt 25.000 Menschen, also mit Familienzuzug und so weiter. Bei einer Stadt mit 46.000 Einwohnern ist das für uns äh nicht machbar. Also das würde uns völlig überfordern.

Interviewer: Sie haben ja auch schon zahlreiche Einpendler.

Eschenbacher: Ja, genau. Wir haben= wir haben äh im Prinzip genau so viele Einpendler wie Auspendler. Muss man sagen. Das ist da- das wäre vielleicht auch gleich ein Thema, was das Thema äh Verhältnis Kommune zu Land angeht. Aber ich weiß nicht, ob man da schon drauf eingehen soll. Aber können wir ja nachher machen.

Interviewer: Genau. Ähm würden Sie denn sagen, dass die politischen Instanzen der Kommunen, also vor allem Stadtrat und der äh Oberbürgermeister genug Gestaltungsspielraum haben, um Kommunalpolitik durchführen zu können? Oder würden Sie sagen, dass je- dass das eigentlich eher eingeschränkt ist oder eingeschränkter wurde in den letzten Jahren?

Eschenbacher: Also ich muss sagen, den Gestaltungsspielraum haben wir auf alle Fälle. Also wir sind eine Große Kreisstadt, die hat ja eine=eine Sonder-äh-Funktion in äh in Bayern. Kommt ja aus der Gebietsreform. Ist quasi so eine für die ehemals kreisfreie Stadt das wissen Sie natürlich alles. Da hat man natürlich schon einen=einen gewissen Gestaltungsspielraum. Gerade was die mittel- bis langfristigen Gs- Geschichten angeht, Stadtplan und so weiter. Und dann gibt es natürlich äh viele Dinge, die man auf äh sogar äh ohne viele Geld mit einer auf einer emotionalen Ebene äh machen kann mit seinen Bürgern, äh zu motivieren oder äh=äh ja, entsprechende Geschichten zu machen. Also Sie haben ja die Gestaltungsmöglichkeiten, die sind äh sehr vielfältig.

Interviewer: Könnten Sie da Beispiele nehmen- nennen, für das ohne viele Geld in die Hand zu nehmen?

Eschenbacher: Ja, zum Beispiel, ich meine, das wäre zum Beispiel so ein Thema, wie- was der Bürgerentscheid zur dritten Startbahn war. Da haben

wir=haben wir ja quasi das Münchner Bündnis unterstützt und insgesamt waren Geld von 80.000 Euro gegen eine äh professionelle Werbekampagne der Flughafen München GmbH in einer Höhe von über einer Million. Und letztendlich haben wir mit unseren Mitteln äh das Bündnis so unterstützt, dass nachher >lachen< am Ende dann äh die Mehrzahl der Münchner gegen den Ausbau des Flughafens gestimmt haben. Und das war halt eine sehr emotionale äh=äh Bindung, also hier war quasi so eine Art Schicksalsgemeinschaft der Freisinger Bürgerinnen und Bürger. Die dann zusammengehalten haben, sich gegenseitig unterstützt haben. Einfach das äh emotionale Thema gespielt haben. Da haben viele ihre Fähigkeiten eingebracht, ohne Geld dafür zu nehmen. Äh viele junge Leute, die zum Beispiel Filmprojekte gemacht haben, die dann auf YouTube gegangen- äh gegangen sind oder-

Steinhart: >fällt ins Wort< Die eine Postkartenaktion gestartet haben.

Eschenbacher: Postkartenaktionen, genau. Äh wo quasi Freisinger Münchner Bekannte angeschrieben: (unverständlich) du meine Münchner Stimme. Also ganz kreatives Potenzial hat das äh=äh freigesetzt. Und äh eben wie gesagt, also letztendlich war das, was wir dann an Geld eingesteckt haben, eigentlich mehr oder weniger die=die Feierlichkeiten, die wir dann danach als Dankeschön für die Münchner angeboten haben.

Interviewer: Okay.

Eschenbacher: Und selbst das hat dann wieder innerhalb der Region äh für eine Art Vernetzung gesorgt. Also mit Münchner Bürgern, die dann ganz begeistert waren-

Steinhart: >fällt ins Wort< Mit der Stadt München an sich.

Eschenbacher: Mit der Stadt München an sich. Der Oberbürgermeister Ude war äh quasi da und das erste Mal äh so richtig als Gast der Stadt, Öff- der Öffentlichkeit da. Also war schon eine sehr interessante Geschichte.

Und was haben wir noch für Gestaltungsmöglichkeiten? Natürlich im in der Stadtentwicklung äh haben wir sehr starke Gestaltungsmöglichkeiten. Wir haben die Gestaltungshoheit als äh Kommune. Wir können sagen, dort soll Baugebiet entstehen, dort soll Gewerbegebiet entstehen, äh hier wollen wir äh das und das bauen. Und das äh muss nicht immer die Stadt bauen. Also das heißt, man muss nicht unbedingt Geld haben. Man braucht natürlich jemanden, der es baut. Das ist ganz klar. Das heißt, wenn man natürlich äh ne eine Wegzugsregion ist, dann äh fällt das relativ schwer. Aber wenn man natürlich so unter so einem Siedungsdruck leidet wie wir, dann hat man eigentlich auch, sage ich mal, so ein bisschen die Freiheit, das äh relativ äh subjektiv auch zu steuern, sage ich mal. Also wir können es uns äh tatsächlich auch so ein bisschen leisten zu sagen, äh nein, wir wollen hier nicht dieses Industriebetrieb da haben. Weil hier einfach so wahnsinnig beeinträchtigen Verkehr und Dreck, dass wir sagen äh, unser Bereich geht eigentlich eher in eine andere Richtung. Obwohl wir natürlich das Geld gerne hätten, ganz klar, brauchen wir auch, wir brauchen auch das Geld, äh reich sind wir nicht. Aber wir haben in gewisser Weise dort eine Gestaltungsmöglichkeit, dass wir sagen, wir müssen nicht alles nehmen.

Steinhart: Wie Herr Eschenbacher eingangs sagt, man stößt dann eben doch an seine Grenzen, siehe wieder Flughafen: Wo plötzlich die Landesplanung die kommunale Planung doch überschattet.

Eschenbacher: Richtig, genau.

Interviewer: Okay. Ähm dann würden Sie sagen, vor allem die Landesebene hä- hat den größten Einfluss auf Ihre Kommunalpolitik, oder?

Eschenbacher: Also je höher man geht von= von der Ebene, desto abstrakter werden die Rahmenbedingungen. Das heißt, äh der Landesentwicklungsplan, der jetzt gerade drin ist, der äh der äh=äh sagt nicht viel aus über das Stadtgebiet. Der sagt uns nicht, wo jetzt der Wald ist oder wo sonst

irgendwas ist, sondern der=der sagt halt, äh es zählt Innen- vor Außenentwicklung. Konkret wieder d- beim Thema dritte Startbahn, das ist da äh das schreibt der Landesentwicklungsplan äh rein. Da sind wir gerade ein bisschen am Kämpfen, dass das wieder rausgestrichen wird. Aber äh ich sage mal, je näher man in=in die vor Ort kommt, desto detaillierter wird das Ganze. Das heißt, äh wir haben schon den konkreten Gestaltungsspielraum äh zu sagen, hier kommen kommt eine Wohnbebauung im Einfamilienbereich hin, hier kommen dreistöckige, mehrgeschossige Bauten hin, hier bauen wir ein Studentenwohnheim hin, äh hier bauen wir äh eine Gaststätte oder eine Diskothek oder sonst irgendwas. Also ich sage mal, das, was die Leute täglich wahrnehmen, das kommt auf das wird auf kommunaler Ebene entschieden. Wir haben insofern eine Sondersituation, weil der=der Freistaat nicht nur den Flughafen hat, der quasi auf unserem Gebiet ist, aber von dem betreut wird, sondern wir haben zum Beispiel auch den Wissenschaftsstandort Weihenstephan äh auf der quasi mitten in unserem äh=äh Stadtgebiet ist. Das Stadtgebiet auch sehr stark prägt, auf den wir aber relativ wenig Einfluss haben. Also da ist quasi der die Landesebene direkt vor Ort als eine Art äh zweite äh Bau- äh oder Stadtentwickler mit tätig. Wobei da die Zusammenarbeit gut läuft. Also da sprechen wir uns auch gegenseitig ab, das heißt, wir haben da schon auch insofern mit Einfluss. Keinen Rechtlichen, aber äh dort äh entwickeln wir das gemeinsam.

Interviewer: Okay.

Eschenbacher: Aber im übrigen Stadtgebiet sind wir quasi die Entscheider, wie es weiter läuft.

Interviewer: Ähm gibt es andere Bereiche, wo Sie sagen würden, dass der Gestaltungsspielraum niedriger ist? Oder wo es schwerer fällt, ähm selbstständige Politik zu betreiben als Kommune?

Eschenbacher: Mei, das ist so ein bisschen, sage ich mal, das=das vielleicht das Umfeld, auf was wir wenig Einfluss haben. Also wir haben natürlich jetzt zum Beispiel, wenn ich das Thema Landkreis anschau ähm und gerade das Thema äh sozialer Bereich: Je größer eine Stadt oder je urbaner sie wird, desto mehr sind auch die Probleme dem im sozialen Bereich auch da. Das heißt, desto höher sind dort auch die Kosten. (unverständlich) das heißt, als äh die Große Kreisstadt im Landkreis Freising decken wir ein sehr breites Spektrum/Angebot an sozialen Leistungen und teilweise freiwilligen sozialen Leistungen eben auch ab. Was natürlich vom restlichen Landkreis auch mitgenutzt wird. Wo wir aber dann, sage ich mal, monetär keine Vorteile haben, sondern natürlich nur den Nachteil, dass wir entsprechend äh=äh dort, ja, Besucher kriegen aus dem, was weiß ich, Musikschule: Landkreis-äh-Kinder gehen zu uns in die Musikschule. Die sollen ja natürlich auch ein Instrument lernen, aber die Kommunen beteiligen sich da nicht dran, ähm geringfügig. Solche Themen. Aber im Großen und Ganzen muss ich sagen, ist der Gestaltungsspielraum, den eine bayerische Kommune hat, schon äh ausgesprochen gut.

Interviewer: Ähm nimmt die Stadt Freising an Förderprogrammen v- des Landes, Bundes, der EU teil)?

Eschenbacher: Ja.

Interviewer: Ähm wie sieht das da immer mit dem erfordernten ähm Eigenanteil aus? Ist das ein Problem oder ist das kein Problem?

Eschenbacher: Jaja, es ist schon natürlich schon also wir müssen unsere äh unsere Kosten, die wir zu tragen haben, oft sogar vorfinanzieren auch, bis Zuschüsse kommen. Das kann manchmal Generationen dauern in=in unserer Zeit. Äh das heißt äh, wir haben das äh Geld nicht locker sitzen, also so ist es nicht. Wir haben einen gewissen Investitionsspielraum, wo natürlich das Meiste, sage ich mal, für Pflichtaufgaben drauf geht, das ist ganz klar. Bleibt aber noch ein äh ein=ein geringer Gestaltungs-

spielraum für Neuinvestitionen, die aber halt teilweise dann doch auch von den äußeren Rahmenbedingungen vorgegeben werden. Wir haben ein großes Straßenprojekt am Laufen, äh wo wir die Gesamtkosten von circa 80 Millionen haben. Wo wir sagen, das äh das ist unser Gesamthaushaltsvolumen fast, ja? Das übersteigt natürlich unsere Finanzkraft. Also da sind wir ganz stark angewiesen. Aber da kriegen wir auch gute Unterstützung vom Land. Oder Förderprogramm-äh-Thema, unser (unverständlich) -Gebäude, was da gegenüber ist, das große grüne. Das muss äh=äh grundsaniert werden, generalsaniert. Kostenschätzung 40 Millionen. Schaffen wir auch alleine nicht. Also das ist muss da muss natürlich das Land Bayern auch ein bisschen die kulturhistorische Bedeutung entsprechend unterstützen. Werden sie aber auch machen, gehe ich davon aus.

Interviewer: Ähm würden Sie sagen, dass die Förderungen bedarfsgerecht verteilt werden oder sehen Sie da Probleme bei der ähm-

Eschenbacher: >fällt ins Wort> Subjektiv oder objektiv? >Lachen<

Interviewer: Sowohl als auch. >Lachen<

Eschenbacher: Also su- subjektiv bekommen wir immer zu wenig Geld vom Freistaat. >Lachen<

Interviewer: Gut. Ja. Ich möchte die Kommune sehen, die sagt, ach ja, es reicht. Also-

Eschenbacher: Jaja. Nee, also ich muss sagen, es gibt Förderprogramme äh im so- wie gesagt, im sozialen Bereich, finde ich, könnte die äh Verursacher-äh das Verursacherprinzip doch ein bisschen stärker sein, als jetzt gerade, was das Thema Kindergärten und Kinderkrippen angeht. Da fühlen wir uns schon an ein bisschen äh schwach unterstützt äh von den übergeordneten Instanzen als Kommune. Äh was jetzt das Thema Stadtentwicklung und so weiter angeht äh, finde ich jetzt in Ordnung. Da kriegen wir

immer Zuschüsse. Thema Kinderkrippen ist wirklich ein=ein ganz massives Problem, auch wenn das ein hehres Ziel ist, was man, jetzt sage ich mal, grundsätzlich unterstützt, dass jedes Kind einen Anspruch auf einen Krippenplatz hat. Letztendlich äh sind=sind wir äh der Prozessgegner für die Mütter, die keinen Platz kriegen, weil wir nicht hinterherkommen. Also es wird auf=auf Bundesebene entschieden und äh es werden ein paar Zuschüsse durchgereicht. Am Ende bleiben wir auf Mehrkosten äh hängen als Kommune und müssen quasi den Bedarf abdecken. Also auch wenn ein Richtwert von 35 Prozent Belegung äh, das ist ein Durchschnittswert, ja? Es kann sein, dass in manchen Kommunen äh bloß 20 Prozent Belegung ist. Und in Kommunen wie in Freising, wo quasi äh durch die=durch die hohe äh Lebenshaltungskosten beide Elternteile arbeiten gehen müssen, äh ist dann vielleicht der Anteil bei 50 Prozent. Und selbst wenn er bei 100 Prozent wäre, wenn alle Freisinger Mütter ihre oder Eltern ihre Kinder in die Krippe schicken wollen, müssen wir herhalten.

Steinhart: Und unser Problem ist eben diese Hochpreisregion: Wir tun uns unglaublich hart, Fachpersonal zu akquirieren.

Eschenbacher: Kommt auch noch dazu, ja. Also das sind diese-

Interviewer: >fällt ins Wort< Ähm in Jena schicken sie die Kinder schon an die umliegenden Gemeinden.

Eschenbacher: Mhm. Jaja, ich sag-

Interviewer: >fällt ins Wort< Weil in Thüringen gibt es wir haben schon Anrecht auf einen Platz ab einem Jahr.

Eschenbacher: Ja. Ja. Ja, ich sag ich sage mal, das ist das=das würde uns auch nichts anderes übrig bleiben, als hier irgendwo untereinander ein bisschen umzutauschen und so. Äh ist dann halt immer eine=eine Frage, wie viel ... weit weiten Weg kann man zumuten und wie hoch ist

der Anspruch, den man tatsächlich machen müsste. Also da müssen wir auch auf Landkreisebene sehr gut zusammenarbeiten mit den anderen Bürgermeistern. Ja.

Interviewer: Ähm sind Sie der Meinung, dass sich die finanzielle Ausstattung von Gemeinden ähm ändern müsste oder denken Sie, dass Sie, dass sie als bayrische Kommune, weil das bayrische System noch mal ein bisschen anders ist, ähm genü- ja, nicht genug ist das falsche Wort, aber ähm, ich möchte mal bedarfsgerecht ähm finanziert werden. Was ich damit meine, ist, dass ähm es häufig so ist, dass es für v- besch- verschiedene Bereiche einen gewissen Pot gibt. Und wenn am Ende des Jahres in dem Bereich noch äh Geld offen ist, ich sage mal Thema Straßenbau, dann wird halt noch mal eine Straße saniert ähm. Wobei man das Geld vielleicht auch in andere Sachen investieren könnten. Sehen Sie da ähnliche Probleme oder würden Sie sagen, eigentlich können wir das Geld, was wir haben, auch relativ frei nutzen?

Eschenbacher: Das Geld, was wir haben, das können wir relativ frei nutzen. Es ist halt äh=äh leider zu wenig. Also ich sage mal, wenn man das ja, ist so.

Steinhart: Ja.

Eschenbacher: Also ich sage mal so, wenn man das=das normale Tagesgeschäft, einfach nur um die Stadt zu verwalten, um äh Straßen zu reparieren und so weiter äh, da würde es ausreichen. Um den äh Anforderungen äh der s- und den erhöhten Anforderungen unserer speziellen Situation in der Metropole München äh gerecht zu werden äh, da ist zu wenig da. Also da ist einfach wirklich auch zu wenig Unterstützung von den übergeordneten Instanzen, gerade was das Thema Straßenbau zum Beispiel angeht. Oder eben Kindergartenplatz oder so ein äh Wohnungsbaubeteiligung, was die Sozialwohnung und städtisch geförderter Wohnungsbau und so weiter angeht. Das heißt, in den äh in den Bereichen, die der

überregionalen äh Entwicklung geschuldet sind, äh ist zu wenig Geld da. Was das eigentliche Tagesgeschäft der Kommune angeht, muss ich sagen, durch die Einkommenssteueranteile und die Gewerbesteuer, die wir bekommen, äh sehe ich ausreichend gedeckt – ausreichend äh Finanzspielraum. Das sind eigentlich nur die großen Investitionsprojekte, die uns eigentlich dann wirklich äh den=den Haushalt vermiesen eigentlich.

Steinhart: Was es für uns im Alltag aber eine Zeit lang auch schwierig gemacht hat, waren eben diese Steueranteile, die du gerade angesprochen hast. Die uns gezwungen haben, eine Zweitwohnungssteuer einzuführen.

Eschenbacher: Jaja, das ist richtig.

Steinhart: Nicht nur wegen der Steuer, sondern wegen der Tatsache, dass Universitätsstadt, ungefähr 7.000 Studierende aktuell: Die meisten melden sich nicht um. Was äh was uns ja im Grunde genommen nicht wehtäte, wenn wir nicht wirklich dafür bluten müssten. Wir halten die Infrastruktur vor, für alle Menschen, die hier leben, ob mit Erst- oder Zweitwohnsitz, mit dem Erlass der Zweitwohnsitzsteuer, um möglichst viele Erstwohnsitze zu akquirieren.

Eschenbacher: Jaja, ist richtig. Genau. Nicht, um die Steuer erzwingen-

Steinhart: >fällt ins Wort< Ziehst als Erstes den Hass der Studenten zu, weil die sagen, die wollen uns ausnehmen. Wollen wir überhaupt nicht.

Interviewer: Sondern das Geld quasi vom Staat-

Steinhart: >fällt ins Wort< Wir brauchen diesen Erstwohnsitz.

Eschenbacher: Wir kriegen Schlüsselzuweisung äh auf für-

Interviewer: >hilft< Nach=nach Einwohnern.

Eschenbacher: Auf für nach Einwohnern, nach Erstwohnsitz, haben aber äh fast über 7.000 Studenten hier und letztendlich nutzen die auch die ganze Infrastruktur und alles. Also die verursachen quasi auch Schäden an

den Straßen und so weiter. Und äh das sollen auch nicht die Studenten bezahlen selber, sondern sie sollen sich nur hier anmelden, dass wir quasi dann vom Freistaat entsprechend-

Steinhart: >fällt ins Wort< Weil wir vom Freistaat anders nicht begünstigt werden können sozusagen.

Interviewer: Jaja, klar.

Eschenbacher: Also das System ist insgesamt schon ein bisschen äh=äh-

Steinhart: >fällt ins Wort< Sehr ausbaufähig.

Eschenbacher: Reformierungsbedürftig, könnte ich mir vorstellen. Also es wird immer komplizierter. Also ich sage mal so, das ist ja wie in jedem anderen äh=äh bürokratischen System auch. Wenn irgendwo jemand mal Problemfall einfällt, dann wird es zusätzlich geregelt, aber nicht grundsätzlich.

Steinhart: Ja, genau.

Interviewer: Ja. Ähm vom politischen Alltag in Freising: Äh jetzt haben die Grünen, die Freisinger Mitte und ähm die Freien Wähler relativ gleiche Stimmverteilungen im äh Stadtrat. Würden Sie sagen, dass es da zu Kampfabstimmungen kommt, oder ist es eher sachpolitisch orientiert?

Eschenbacher: 95 Prozent ist sachpolitisch orientiert. Muss man sagen. Also der Stadtrat ist ja Kollegialorgan und außer in den Wahlkampf in den Hochphasen des Wahlkampfes äh muss man ganz klar sagen, dass äh wirklich eine sachliche und zielorientierte Diskussion im Vordergrund steht. Auch mit den kleineren Parteien oder mit solchen, die kleiner geworden sind, ähm muss man sagen, kann man äh wirklich ganz gut arbeiten. Es ist eh so eine=eine Vielfalt an Gruppierungen da, dass selbst zwei Gruppierungen miteinander äh keine Mehrheit haben, um es durchboxen können. Aber die Themen sind eigentlich so eindeutig in Freising, dass es manche große Themen gibt, die sehr ideologisch behandelt werden,

da gibt es dann Kampfabstimmungen. Aber äh die gibt es quer durch alle Fraktionen. Und ansonsten äh ist eigentlich das Meiste wirklich eine Vernunftpolitik auch.

Interviewer: Das heißt, es gibt keine klassischen Koalitionen, sondern die wechseln durchaus nach Politikfeld?

Eschenbacher: Es gibt klassische Themen, wo man im Vorfeld relativ gut einschätzen kann, wer wie abstimmt. Aber es gibt keine äh keine festen Koalitionen, die jetzt immer Opposition sind oder immer mitstimmen. Und das hat sich auch verändert in den Jahren.

Interviewer: Ähm gibt es Netzwerke, die Sie als Oberbürgermeister nutzen ähm, um sich auszutauschen oder eventuell um Problemlösungen zu finden, so was? Ich meine Bayerischer Städtetag oder auch der Landesstift?

Eschenbacher: Beides: Gemeindetag, Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag. Es gibt äh=äh Bürgermeisterdienstbesprechung im Landkreis, auf Landkreisebene, es gibt äh Bezirksebenen äh, also es gibt alle möglichen Netzwerke.

Steinhart: Auch=auch Innerstädtische.

Eschenbacher: Auch=auch Innerstädtische.

Steinhart: Weihenstephan (unverständlich).

Eschenbacher: Genau. Es gibt (unverständlich), also wo wir uns mit den=mit den Kirchen austauschen, die ja nicht nur religiöse Identitätsstifter sind, sondern teilweise auch wirklich äh wichtige Grundstücks-äh-Eigentümer.

Steinhart: Bei Kinderbetreuung wichtiger Partner.

Eschenbacher: Kinderbetreuung äh wichtige Partner sind. Also eben Weihenstephan (unverständlich), wo wir die ganzen äh=äh Vernetzungen mit Weihenstephan, mit den Instituten, Universitäten und so weiter machen.

Steinhart: Wo eben diese positive Grundstimmung entsteht, sondern miteinander planen und nicht gegeneinander, was=was Herr Eschenbacher eingangs sagte.

Eschenbacher: Ja, genau. Da gibt es sehr viele thematische Netzwerke. Also wir haben zum Beispiel Runder Tisch äh zum Fahrrad fahren, Energie, äh Rechtsextremismus ist Gott sei Dank kein großes, aber es ist ein Thema in Freising auch. Asyl, gut, das ist nicht städtisch organisiert da aber, da sind wir trotzdem auch mit=mit drin, die Sachen, die was uns betrifft.

Steinhart: Das ist die eigentlich für eine Stadt unserer Größe sehr lebendige Agenda, weil seit 15 Jahren-

Eschenbacher: >fällt ins Wort< Auch. Ja.

Steinhart: Obwohl es auch sehr viel bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftlicher Input entstehen. Also was ich habe da vorhin dran gedacht, als wir über den Flughafen sprachen, und diese=diese Bewegung und die Freude daran mitzumachen, gibt es eben auch in diesen kleineren Gremien.

Eschenbacher: Absolut. Also Netzwe- sehr viel Netzwerkarbeit. Also eine sehr starke Vernetzung in der Kommune und weit drüber hinaus.

Interviewer: Ähm gibt es auch, ja, Weiterbildungsmaßnahmen? Ich meine, die Freisinger Mitte hatte jetzt natürlich kein parteipolitisches Background wie die anderen Parteien, aber-

Eschenbacher: >fällt ins Wort< Wir haben keine Stiftung, keine Bildungstiftung, weil wir keine Partei sind.

Interviewer: Ja, das ist natürlich, denke ich, durchaus ein Problem. Ähm können Sie denn andere Netzwerke, was Parteipolitik betrifft, nutzen oder nutzen Sie dafür andere Sachen, um auch diese, ich sage mal, die lokalpolitische Ebene ein bisschen ähm.

Eschenbacher: Also zum einen ist es ja so, dass die=die Institutionen der Parteien ja äh parteipolitisch unabhängige Bildungsarbeit leisten müssen.

Interviewer: Ja.

Eschenbacher: Es gibt einen Auftrag und ich habe da keine Berührungsängste zum in die Institutionen von anderen Parteien zu gehen oder auch unsere Mitglieder haben keine Ängste, was auch die anderen partei-äh-politischen Fraktionsmitglieder angeht. Also äh auch die ich weiß auch von einer Grünen, die regelmäßig zur Hanns-Seidel-Stiftung geht und sich dort äh=äh äh=äh irgendwelche Kurse oder so was anschaut. Ansonsten muss ich sagen, dass meine Vernetzungsarbeit sehr gut ist, weil ich äh gemerkt habe, dass die Bürgermeisterkollegen aus anderen Städten äh parteipolitisch relativ wenig Wert beimessen. Also das heißt äh, oft, ja, also das ist wirklich völlig unabhängig, von welcher Partei die sind, äh sind die Bürgermeister sehr kollegial und äh sehr unterstützend äh und tauschen sich gegenseitig aus. Und das ist dann auch wirklich auf der Bürgermeisterebene wurscht, ob ein Grüner mit einem Schwarzen oder ein Roter mit einem Unabhängigen oder einen Freien Wähler äh, es läuft eigentlich äh wunderbar. Also muss wirklich sagen, diese Institutionen, die gibt es, die laufen absolut einwandfrei. Gibt es überhaupt keine Berührungsängste.

Interviewer: Ähm was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Freising oder die wichtigsten ähm Firmen (unverständlich) oder Bereiche?

Eschenbacher: Also ein ganz großer Bereich ist wirklich die Wissenschaft bei uns. Äh mit dem äh Wissenschaftszentrum Weihenstephan haben wir sehr äh, ja, das ist eigentlich ein internationales Zentrum. Also im Bereich Brauerei, Biotechnologie, äh Agrarmanagement, Agrarwirtschaft und so in dem ganzen Bereich, sind wir, also ich sage mal, ein=ein wahnsinniger

Bildungsstandort. Das ist ein=ein ganz großer, auch Wirtschaftszweig, muss man sagen, Bildungsstandort. Ähm wir haben ein, klar, im=im Bereich der Brauerei-äh-Geschichte sind wir nicht nur Bildungsstandort, sondern haben natürlich auch zwei große Brauereien.

Steinhart: Ein Brauereianlagenhersteller.

Eschenbacher: Ein Brauereianlagenhersteller. Also das ist quasi auch so ein bisschen agglomeriert, äh dieser ganze äh technische Bereich. Dann haben wir, was man jetzt nicht so mitbekommt, das ist jetzt eher so am Rande, äh aber ist sehr wichtiger Wirtschaftszweig ist die äh Chiptechnologie, die Chipindustrie. Wir haben quasi die Europazentrale von Texas Instruments in Freising sitzen. Ähm jetzt muss ich gerade kurz nachdenken.

Steinhart: Ich denke auch, dass Verwaltung-

Eschenbacher: >fällt ins Wort< Ja, Thema Verwaltung ist genau.

Steinhart: Wir sind ein Behördenstandort.

Eschenbacher: Wir sind ein=ein starker Behördenstandort. Also wir haben nicht nur äh kommunale Behörden, sondern haben die Landkreisbehörden da. Wir haben auch teilweise Staatsinstitute da äh und einige äh Landesinstitute äh Behörden, also Landesanstalten sind da.

Steinhart: Zwei Landesanstalten.

Eschenbacher: Zwei Landesanstalten. Also für Landwirtschaft und für Forst.

Steinhart: Für Wald- und Forstwirtschaft.

Eschenbacher: Genau. Wir haben das äh das Staatliche Bauamt da, jetzt kommt noch das Staatliche Straßenbauamt auch nach Freising. Also die äh die sitzen dann hier in Weihenstephan bei uns, obwohl sie das Bayerische Staatsbauamt sind.

Steinhart: Wir haben Finanzamt, Vermessungsamt, Amtsgericht. Das sind im Endeffekt ja auch ganz, ganz potente Arbeitgeber.

Eschenbacher: Ja. Also wir haben äh s- sehr wir haben noch unser Staatsinstitut für die Förderlehrer. Also wir haben sehr viele äh Behördenstandorte da, die auch für Frequenz und so weiter auch sorgen. Also die sehr gut sind. Und dann haben wir natürlich sind wir natürlich ein sehr wichtiger Kirchenstandort, der äh, sage ich mal, auch streckenweise ein Wirtschaftsfaktor ist. Also das Thema Tagestourismus, Thema Kongresse: Wir haben jetzt gerade diese Woche einen internationalen äh=äh Kongress von mittelalterlichen Philosophiewissenschaftlern-

Interviewer: >fällt ins Wort< Die sind über den Weg gelaufen.

Eschenbacher: Genau. Die mit den orangenen Bändern. Genau. Das ist=das ist weltweit ist das ein=ein Kongress, wo wir äh in=in einem äh Linie jetzt mit äh internationalen Großstädten stehen. Also das ist äh in dem Bereich wirklich äh einzigartig, also ist gigantisch. Und solche Dinge sind äh passieren tatsächlich öfters auch in Freising. Ganz interessant.

Interviewer: Ähm wie würden Sie finan- die finanzielle Situation der Stadt Freising beschreiben?

Eschenbacher: Äh angespannt, aber handlungsfähig. Also schon schwierig. Also wir sind wir müssen aufpassen, dass wir nachhaltig äh wirtschaften, weil wir doch einen sehr hohen Schuldenstand haben. Wir haben aber auch eine=eine, denke ich, eine geschätzte gute Eigenkapitalquote, weil man bei einem (unverständlich) Haushaltssystem kann man sein Anlagevermögen relativ schwer äh einschätzen. Das machen wir aber, also wir versuchen es gerade. Also ich denke, wir=wir stehen solide und handlungsfähig da, haben aber einen sehr hohen Schil- Schuldenstand, also müssen im Tagesgeschäft äh doch äh sehr äh, ja, sehr zielgerichtet wirtschaften, sagen wir mal so.

Interviewer: Ähm dann noch als abschließende Frage ähm, was muss Freising machen, um oder was muss die politische Ebene in Freising machen, um die Stadt, die Gemeinde für die Zukunft zu rüsten? Gerade auch was den Schuldenstand betrifft.

Eschenbacher: Also ich glaube, dass wir äh also unseren=unseren Schuldenstand, den sehe ich ehrlich gesagt nicht so dramatisch an. Er schaut natürlich auf den ersten Blick schon schwierig aus. Aber wir haben äh sehr viel äh eigene Liegenschaften, Grundstücke und so weiter. Das heißt, letztendlich wie gesagt muss man das tatsächlich ein bisschen betriebswirtschaftlich sehen und wirklich die Eigenkapitalquote betrachten. Und die liegt äh in jetzt meiner=meine subjektiven Einschätzung, jetzt, wenn man es einfach mal überschlägt, sehr gut da. Also insgesamt äh finde ich, dass wir auf einem sehr guten, auch nachhaltigen Weg sind als Kommune. Man muss kurzfristig immer aufpassen, dass man natürlich nicht zu weit rausschießt mit seinem Schuldenstand. Aber viele von den äh von den Krediten, die haben wir aufgenommen für investive Maßnahmen. Die quasi nicht weg sind, sondern äh später wieder reinkommen über das Anlagevermögen. Also ich=ich würde jetzt sagen, eigentlich bin ich sehr zuversichtlich, dass wir die nächsten 20, 30 Jahre relativ gut und äh nachhaltig äh wirtschaften können, ohne in größere Schwierigkeiten zu geraten.

Interviewer: Wunderbar. Das war es dann schon.

**Interview 18: Transkription des Interviews mit Rosemarie
Eberhard, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat der
Stadt Freising**

- 23. August 2012, 15.30-16.30 Uhr

Interviewer: >Räuspert sich< ähm meine erste Frage wäre so über die allgemeine Situation ähm in Freising. Hinsichtlich was Sie persönlich für die wichtigsten Aufgaben, ich will es nicht Problem nennen, sondern Aufgaben in ähm halten, die sich Freising derzeit stellen muss und ob sich diese in den letzten Jahren gewandelt hat haben.

Eberhard: Äh letzter Teil, zweiter Teil zuerst. Es hat sich in den letzten Jahren gewandelt die Aufgabenstellung, weil man mit jüngerem, neuerem, verändertem Gremium einfach auch anders hinsieht. Und äh früher war die Perspektive so: Wir verändern nichts, wir machen nichts, alles bleibt, wie es ist. Und die jetzige Aufgabenstellung, jetzt mal global, ist die, wir wollen Freising attraktiver machen, offener machen, sympathischer machen. Mit dem Hintergedanken der Sympathie, des lieber hier sein und lieber hier verweilen wollens, wie auch des- der finanziellen Seite. Die S- äh die eine Seite bedingt ja das andere. Also diese öffentliche Geschichte, kulturelle Geschichten hier. Kulturell sind wir äh gut, wirklich gut aufgestellt. Wirklich- um nicht zu sagen, sehr gut, im Verhältnis zu dem, wenn mir heute jemand sagt, in Freising ist nichts los, da kann man nichts unternehmen und so weiter, muss ich ihm sagen: Du kommst nach Hause, stellst deine Füße untern Tisch, lässt dir von deinem Dackel die Zeitung bringen und guckst nicht. Also es ist in Freising sehr viel los, das hat sich die letzten Jahre schon geändert. Eigentlich für alle Altersgruppen. Aber einfach äh Freising hat innenstadtmäßig einige Problematiken und so weiter: Kaufkraft, äh Einkaufen, Läden. Man kann gerade im Bereich des Han- Handels sehr viel neu strukturieren. Und die haben sicherlich von unserem Oberbürgermeister schon dieses mit der Innenstadtkonzeption gehört, und dem kann ich mich eigentlich insofern nur anschließen,

als dass das unser großes Thema ist. Die Innenstadtkonzeption war zwar schon ein Wunsch und eine Sache, die gehegt wurde, begonnen in d- vor einigen Jahren. Aber jetzt geht es um die Umsetzung. Und im Gegensatz zu früher, wo Beschlüsse in der Schublade verschwanden, wenn sie denn zu kostspielig waren oder n- aus anderen Gründen nicht gewünscht waren. Oder man eine Kirche nicht auf (unverständlich) legen wollte, sage ich jetzt absichtlich - das kann ich persönlich mir rausnehmen - äh, ist es heute so, dass man versucht zu verbinden und trotzdem anders weiterzukommen. Zu verbinden und zu vermitteln, weil nicht nur die Parteienlandschaft ist hier so, auch die gesamte Bevölkerung ist hier so. Und es gibt natürlich Dinge, die im Argen liegen, aber die muss man halt anpacken. Ich glaube, wir entwickeln uns mehr in Richtung, ich glaube nicht nur, ich meine, sehe auch Ansätze dafür schon, nicht nur wollen, sondern Taten. Und da gibt es ja auch die verschiedensten Bereiche, als dass man Fördervereine gründet und so weiter, wo die Geldtöpfe oder das oder jenes nicht mehr geht oder einfach dies- des als Instrument den Förderbe- Verein benützt, um weiterzukommen. Gut.

Interviewer: Ähm >räuspert sich< denken Sie, dass Sie als Stadtrat genug ähm Handlungsspielraum haben, um Kommunalpolitik gestalten zu können?

Eberhard: Ja. Wenn=wenn man überhaupt hat, dann auf dieser Ebene. Also als Stadtrat oder als Gemeinderat ist für mich auch der Grund, warum ich nie mir irgendwelche Kopfzerbrechen drüber gemacht habe, irgendwo anders hin zu wollen. Der Bereich, wo man noch was sieht, was machen kann, was bewegen kann, wo man auch Schlappen einsteckt, aber es geht auch anders rum. Es ist einfach mehr Transparenz da und es gibt mehr Möglichkeiten. Man kennt sich untereinander, man es ist überschaubarer, obwohl es sehr arbeitsintensiv ist. Also ein Kreistagsmandat oder ein=ein Bezirkstags- oder Landtagsmandat äh, ich hoffe, mich haut jetzt keiner, aber äh es hat weniger Arbeit. Und ein Landtagsmandat ist ein=ein=ein

ist eine Ganztagesangelegenheit. Und diese Kommunalgeschichten, das läuft alles nebenher ab.

Interviewer: Ähm denken Sie, dass es Politikbereiche gibt, in denen es mehr Handlungsspielraum gibt für den Stadtrau- Stadtrat oder ähm würden Sie sagen, dass Ihr Einfluss eigentlich auf alle Politikfelder gleich ist?

Eberhard: Das ist, glaube ich, von Fall zu Fall verschieden, wie man es sich macht. Wie äh wenn man sagt, nehmen wir mal das Beispiel die finanzielle Geschichte, die F- es ist immer die Frage, der Stadtkämmerer also die Verwaltung ist das eine, die sollte nur vorbereiten und die Kämmerei d=d=d die den=den Topf zusammenhalten. Und die Stadträte und die Bürger sind die, die ihre Einflüsse, ihre Ideen da bringen und äh es steht und fällt natürlich mit den einzelnen Personen. Ob ich mich also es steht und fällt mit der Mentalität, wie gut eine Partei aufgestellt ist und auch so eine Fraktion aufgestellt ist. Wie viel Druck sie machen kann, wie sehr sie, ja, kampfesfreudig ist. Man kann sich durchaus streiten, ohne, dass man sich und äh nehmen wir als Beispiel d- nehmen wir als Beispiel d- Kämmerei. Äh je mächtiger der Kämmerer ist, äh würde ich sagen, je mächtiger man ihn sein lässt, desto mehr kann der natürlich das Geld zusammenhalten. Also es ist aber auf der anderen Seite auch wichtig, dass jemand da sehr stark ist. Man muss da einfach die Mittelwege finden. Man muss sich drum kümmern, dass sich die Verwaltung nicht in die Politik einmischt, sondern dass sie einfach die Vorlagen bringt. Man muss also da je mehr sich eine Verwaltung in die Politik einmischt, also nicht mit Rat, sondern mit eigenem Statement und Beeinflussung, desto weniger kann man eigentlich machen. Man muss da schon die Grenzen setzen und dann muss man natürlich nicht nur da, sondern man muss in den anderen Fraktionen und überall so seine Zustimmungen kriegen. Und äh das war jetzt die Kämmerei. Nehmen wir mal was anderes. Was nehmen wir denn? Ja, die ganzen Baugeschichten, das ist auch so eine Sache. Weil die Baunovellierung ist ja eine ganz offene Geschichte da

l-. Es ist ja eigentlich die Frage, inwieweit muss man das hochhängen oder nicht hochhängen, aber genau ist der Knackpunkt. Die Verwaltung arbeitet aus, die Verwaltung schlägt vor und wir bringen uns ein, zimmern sch- stimmen zu, bringen unsere Ideen ein, stimmen zu, oder lehnen ab. Und das Gleichgewicht z- wenn man es auf das Gleichgewicht achtet, dass also die Beschließenden die Beschließenden bleiben und die=die Verwaltung die Verwaltung bleibt, dann, glaube ich äh, kann man das Optimale rausholen. Und vor allem auch, wenn so eine Vielfalt da ist, wie hier. Und hier ist einfach eine ja, brauche ich Ihnen nicht erzählen: Sieben Parteien sind es, glaube ich, ja?

Interviewer: Ja.

Eberhard: Also sieben Gruppierungen, ja. Wenn man die=die FDP auch dazu nimmt und diese Anna Maria Sahlmüller, diese alte Lady, die ist eine alte Hessin. Ich möchte sie nicht missen. Auch wenn oft die Meinungen total konträr sind. Aber es ist, und es ist einfach auch gut, dass in so einem Stadtratsgremium eben die Leute aus allen Bevölkerungsschichten drin sind. Nicht nur Gewerbetreibende, nicht nur Lehrer, nicht nur Akademiker, sondern alles gemischt. Das ist schon sehr wichtig.

Interviewer: Ähm welche Ebene hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf Ihre Kommunalpolitik? Die des Bundes, der EU vielleicht oder die des Landes?

Eberhard: >Ausatmen< Ja, da geht ja Bundesrecht gilt vor Landesrecht, Landesrecht gilt vor Kommunalrecht. Diese Geschichten, das erübrigt sich eigentlich. Das ist das es ist natürlich äh jetzt an der dritten Startbahn-Geschichte sehen wir, dass Landesrecht einen gewaltigen Einfluss hat. Wir hätten viel mehr Freizeit und könnten viel mehr, wenn wir diese Sache mit der mit- oder gegen die dritte Startbahn nicht hätten. Ich meine, ich brauche Ihnen das ja nicht erzählen, wie das rausgegangen ist, der Bürgerentscheid und Wobei äh es sich zwar noch nicht abzeichnet, wo es

jetzt momentan hingeht, aber ein bisschen kriegt man das Gespür schon dafür. Ich denke, es wird für einige Jahre ruhig werden, Lufthansa wird abziehen und dann wird es vielleicht mal wieder in acht bis zehn Jahren ein Thema. Und solange ist Ruhe. Bei der letzten beim Flughafen, bei der Anti-Flughafen-Bewegung damals hatte man letztendlich auch äh 20 Jahre Verzögerung geschafft. Ich kenne diese=diese Sache noch.

Interviewer: Ähm >räuspert sich<-

Eberhard: Also ich hoffe, ich schweife nicht zu sehr ab.

Interviewer: Nee.

Eberhard: Ist immer ein bisschen gefährlich.

Interviewer: >Lachen< Ähm denken Sie, dass oder müssten Verä- ihrer Meinung nach Veränderungen im Gemeinde- ähm in der Gemeindeordnung ähm entstehen, damit der Handlungsspielraum größer werden würde oder d- halten Sie das für nicht notwendig?

Eberhard: Also ich halte die Gemeindeordnung in ihrer jetzigen Form für zeitgemäß und okay. Ich=ich persönlich. Weil man ja auch aufgrund des Alters, der Erfahrung und so weiter und so fort mit den Dingen umgeht. Ich bin jetzt nicht jemand, der sehr schwerfällig ist, aber ich bin jetzt seit einigen Zeit seit einiger Zeit auf dem Drive, dass eine Reform oft nichts Gutes bedeutet. Ob das jetzt im kommunalrechtlichen oder im arbeitsrechtlichen oder im mietrechtlichen Bereich sein. Nur das Wort ist gut, sonst gar nichts. Und das ist äh das gebe ich gerne immer an die jüngere Generation weiter.

Interviewer: Ähm.

Eberhard: Ohne erhobenen Zeigefinger, weil das steht mir nicht zu.

Interviewer: Äh trifft das auch auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu oder würden Sie sich da schon vielleicht unter Umständen eine bessere ähm-

Eberhard: Och, wer will wer wünscht sich ja, jaja, jaja, jaja.

Interviewer: Ja, wer wünscht sich nicht mehr Geld, ja. Aber >lacht< ähm es muss ja nicht unbedingt mehr Geld bedeuten, sondern vielleicht eine andere Verteilung eventuell. Es ist ja häu- häufig so, dass Gelder einfach zweckgebunden sind und viele Ko- Kommunen sich wünschen, das Geld, was sie zur Verfüg- oder vom Staat zur Verfügung bekommen, auch durch Förderprogramme ähm freier einsetzen können und nicht so zweckgebunden.

Eberhard: Was Sie da ansprechen, jetzt Förderprogramme zugänglicher zu machen, äh wünschte ich mir zwar schon, aber ich habe die Befürchtung, aufgrund von Praktiken mit unserem vorhergehenden Oberbürgermeister, mit dem ich ein sehr gutes Einvernehmen hatte, dass der ganz geschickt die Hände drauf gehalten hat. Also wir waren jetzt nicht zum Schreiben. Also es ist das=das ist das schreiben Sie jetzt nicht, ich sage Ihnen das nur einfach so. Dass also die Verbindungen unseres Altoberbürgermeisters die waren, dass wenn wir uns um so was gekümmert haben, dass wir vom Bayerischen Städtetag und so weiter und so fort, keine erst mal gar nichts bekommen haben, aber irgendwann kamen da (unverständlich): Das ist nicht eure So- Ihr könntet euch um diese Sachen kümmern, aber ihr braucht euch- Also die Zugänglichkeit auch an die einzelnen Behörden und Töpfe, das zu recherchieren oder das unsere Aufgabe zu lassen, und da hat die Verwaltung mitgespielt. Wir kamen da nicht ran, da war eine Blockade drin. Und ich hoffe/wünsche mir jetzt, es sieht auch danach aus, dass wir da endlich viel leichter ran können. Dam- Somit kann man auch etwas kreativer werden. Für Ihr Interview ist der Zeitpunkt mit unserem neuen Oberbürgermeister als Interview, um zu zeigen, wie es im Leben so ist, vielleicht nicht so gut, weil wir schweben alle ein bisschen auf Wolke 17. Auch wenn er nicht von den Grünen ist, der Oberbürgermeister, und äh unser Kandidat da nicht gewonnen hat,

aber ich b- wir sind also die äh der Großteil auch der Leute im Gremium ist, sieht s- die Sache genau so.

Interviewer: Ähm das hatten Sie ja vorhin schon ein bisschen angesprochen. Es geht jetzt ein bisschen um das den politischen Alltag in=in de- in Freising beziehungsweise im Stadtrat. Ähm Grün sind stärkste Fraktion, allerdings haben ja die äh Freien Wähler oder auch die Freisinger Mitte fast gleich viele- also eine gleiche Stärke.

Eberhard: Ja. Ist sie nur stärker durch das, dass jetzt eine Dame von der SPD zu uns übergelaufen ist. Ja.

Interviewer: Genau. Ähm würden Sie sagen, dass es da zu Kampfanstimmungen kommt oder würden Sie eher sagen, dass es an Sachpolitiken orientiert ist?

Eberhard: Es ist durchaus an Sachpolitiken orientiert, zumal man sagen muss, es ist die Freisinger Mitte und es sind die Parteifreien. Es gibt immer wieder Themen, wo wir uns mit dem oder mit jenem einig sind. Wir haben da, wo es schwierig wird äh, da ist es zurzeit kein Problem, wie die CSU wobei auch in der CSU, in der verbleibenden CSU es Tendenzen gibt, wo man sich fragt ich mag niemand, der sagt, wo Mitte draufsteht, ist Schwarz drin. Aber nicht bei allen, aber bei den meisten. Und es wird sich bei den nächsten Wahlen dann auch wieder zeigen, und das merkt man denn schon. Man kann also bis auf man kann äh die Ökologie blind an den Grünen festmachen, aber alle anderen Themen, die gehen quer durch die Reihen, je nachdem, was es ist. Also es ist eine äh keine Geschichte, wo man jemand, der so die Standardpolitik kennt, der würde sich vielleicht hier ein bisschen hart tun, weil es i- g- ist=ist parteienübergreifend oder gruppierungsübergreifend, je nach Thema. Wo man dann einfach es sind jetzt ich denke, es werden immer weniger Themen werden, wo man sich so gegenseitig so richtig, so wie das Thema Westtangente und so weiter. Ich meine, das ist schon tausend Mal ausgelutscht, gibt

es seit '74 oder so, und auch diesen Wahnsinnsverkehr. Man soll sich von der Oberfläche nicht täuschen lassen, weil die Demografie wird uns was anderes sagen – es werden weniger Autos werden. Weil die Rentner von morgen können sich kein Auto mehr leisten. Und das sind viele, die Rentner.

Interviewer: Ähm.

Eberhard: Ich hoffe, ich habe die Frage damit so beantwortet?

Interviewer: Ja, doch.

Eberhard: Ja.

Interviewer: Ähm Sie würden also sagen, dass die sieben Fraktionen oder sieben Gruppierungen im äh Stadtrat durchaus Leben ins Spiel bringen und nicht ähm das=das politische Allt-

Eberhard: Das (unverständlich).

Interviewer: Ja, genau. Weil man eigentlich ja sagt, je mehr Gruppierungen es ist, desto sch- eher äh wird der Status quo bei=beibehalten.

Eberhard: Nee. Äh wobei man schon sagen muss, trotz alledem, wie mein Ausspruch vorhin. Also wenn es haarige Themen gibt, so typische Themen wie Eisstadion, falls Ihnen das jetzt schon unter die Finger gekommen ist, dann ist das einfach so, dass jetzt, nur am Beispiel parteifrei oder Freisinger Mitte, die haben ihre Wurzeln. Und die lassen sich nicht verleugnen. Das muss man einfach sehen. Die Wurzeln lassen sich nicht verleugnen.

Interviewer: Ähm gibt es Netzwerke, die Sie als Stadtrat nutzen, um, ja, sich auszutauschen, um vielleicht Problemlösungen für manches zu finden ähm mit anderen Stadträten von ähm, ja, an- aus anderen Städten oder anderen Gemeinden oder innerhalb der Partei oder aber auch außerhalb?

Eberhard: >Atmet aus< Äh gibt es Netzwerke? Also jetzt hier innerhalb der Freisinger innerhalb Freising geht man aufeinander zu. Wenn nichts

mehr geht, wenn ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis, das kennen wir schon. Und äh es gibt aber für Einzelne von un- also so=so ich gehöre durchaus zu denen, die mal in einer anderen Gemeinde anrufen od- und recherchieren oder die äh in sch- in=in der Verwaltung jemanden anzapfen. Sagen wir es mal so, der dann selber Recherchen macht und das Bericht- auch berichtet. Auch unter der Hand auch Proforma-Anträge macht und so Sachen. Oder unser Grünes Bildungswerk ist jetzt mir persönlich, der kennt mich schon an der Stimme, weil der ist das ist (unverständlich) und der ist in Bamberg und ist selber Stadtrat. Und Bamberg dürfte größenordnungsmäßig vielleicht 10.000 Einwohner mehr haben wie wir, schätze ich jetzt mal. Höchstens 15. Also es ist eine Stadt, wo es ähnlich ist und so weiter. Und wie gesagt, der kennt mich schon an der Stimme, weil es einfach so ist, dass: Ich hole mir überall Informationen und Hilfe, wie es mir gerade eben passt. Ich tue das zeitweise sehr häufig und ich versuche auch, gründlichst nachzurecherchieren, bevor ich überhaupt einen Antrag loslasse. Und es gibt auch Themen, wo ich überhaupt nicht nachrecherchiere, sondern wo ich es einfach mache. Weil ich weiß, wenn ich da lange umeinander buddle, läuft nichts.

Interviewer: Ähm nutzen Sie auch Weiterbildungsmaßnahmen für Lokalpolitiker?

Eberhard: Ja. Ja. Da gibt es ja eben dieses Bayerische Selbstverwaltungskolleg, was mir jetzt äh was ganz gut ist. Das bessere da dran ist eigentlich der Austausch mit diesen Referenten und a- äh. Aber man muss natürlich auch hergehen und muss sagen, man muss natürlich sich nach seinen Mitteln strecken und so, weil für mich ist das auch so eine also bei der Hanns-Seidel-Stiftung in einem Fortbildungsseminar fühle ich mich durchaus wohler. Ich weiß, wo ich bin und die Vielfalt ist also ich habe sowohl personalratstechnisch, wie auch stadtratstechnisch dort Seminare besucht und äh es muss ja nicht unbedingt bloß Verband sein, aber es hat auch seinen Reiz. Äh ich denke mir immer, dass man von der häufig

von der Gegenseite, (unverständlich) ist eine Ausnahme, einen ganz anderen Input kriegt. Also personalratsmäßig ist es der Hammer. Und äh aber und je nachdem, was es für ein Referent ist. Ich kenne also durchaus von den anderen Seiten gute Referenten, (unverständlich) und dann muss man natürlich noch eins wissen: Wenn man jetzt so diese das kommunalpolitische Ehrenamt macht, also ich kann nicht her=hergehen und kann mir persönlich einfach so mir nichts, dir nichts einen Fortbildungskursus für weiß der Teufel wie viel und ist einfach nicht drin, ganz zu schweigen von der Zeit.

Interviewer: Ja.

Eberhard: Also man benützt die Möglichkeiten, die man hat äh, einen Teil der Leute insgesamt in den Gremien, und=und ein Teil der Leute macht es einfach nicht. Aber äh ich glaube, dass dieses dies- äh gewisse Betriebsblindheit einen eher dann das nicht machen lässt. Also die Leute, die äh s- gi- die=die schon ewig drin sind oder wie oder was und da die=die kümmern sich dann da nicht mehr so drum und ich sehe das halt etwas anders. Ich denke, es kann nie schaden. Ich bin auch noch nicht ewig drin. Ich bin erst die zweit- zweite Periode drin – wie unser Oberbürgermeister. Wir sind gemeinsam in den Stadtrat gekommen.

Interviewer: Ja.

Eberhard: Ja.

Interviewer: Ähm welche sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Freising?

Eberhard: >Atmet aus< das ist jetzt relativ. Ich kann jetzt sagen äh ich weiß jetzt nicht, was Sie da genau haben wollen, was Sie sich drunter vorstellen.

Interviewer: Was Sie denken, was sind die wichtigsten-

Eberhard: >fällt ins Wort< Einnahmebereiche oder was meinen Sie?

Interviewer: Ja, oder Firmen, Standorte, Bereiche für Freising. Also wenn die wegfallen würden, würde Freising ein erhebliches, nicht nur finanzielles, sondern auch-

Eberhard: >fällt ins Wort< Der Flughafen wird überschätzt, muss man sagen. Aber der ist schon auch nicht mehr wegzudenken. Aber er wird überschätzt. Äh Freising hat da schon ein bisschen Probleme, weil wir ja wirtschaftlich wir haben Texas Instruments, wir haben (unverständlich). Wir haben eigentlich nicht, Freising hat andere es gibt, Erding hat sein=seine Therme, Erding hat Erdinger Weißbräu, das kriegen Sie im letzten Eck von Amerika und China. Und Freising hat diese Dinge nicht so. Freising ist, was jetzt diese wirtschaftlichen Geschichten anbelangt, einfach nicht so gesegnet, was jetzt nicht unbedingt an der Stadtführung liegt. Freising hat dafür andere Dinge. Weil Freising ist einfach die Schulstadt, nicht? Also die Uni wird jetzt ja-

Interviewer: Aber das ist ja auch ein Wirtschaftsfaktor.

Eberhard: Ja. Wenn man das also Für mich ist diese schulische Geschichte äh, ja, wenn man sagt, Wirtschaftsfaktor und äh gehört die Uni mit dazu. Aber die Uni darf man auch nicht zu sehr gewichten. Weil Freising kümmert sich zwar um die Uni, aber der Uni ist Freising wurscht. Das klingt jetzt äh=äh ein bisschen zynisch, ich sage das sonst noch viel zynischer. Weil Sie es da laufen lassen, weil es ich und ich weiß, wovon ich rede. Und äh aber, wenn man das als Wirtschaftszweig betrachtet, muss man das so sehen. Und Freising, Schulen, es ist alles da, was ein Herz begehrt und was man haben muss, was man braucht. Und in diese ganzen äh freiwilligen Sozialleistungen, in dem Bereich und in anderen Bereichen, Migrationsbereichen. Oder in=in=in Schulischen oder in=in=in Hartz-4-Empfängerbereich, all diese Sachen, das ist alles hier sehr ausgeprägt und ist auch äh, ich weiß nicht, ob Sie es mitgekriegt haben: Wir haben drei Jugendzentren hier. Also das wird gut angenommen, sonst hätten wir es nicht, war notwendig. Aber äh hier hat man es halt erkannt und

hat es umgesetzt, woanders setzt man es nicht um. Weil ich meine, es ist ja auch diese ganzen äh Jugendlichen dann, die schulischen Geschichten, es geht ja al- es läuft alles zusammen. Weil Wirtschaftszweig, die Firmen selber, da sieht es nicht so toll aus.

Interviewer: Okay.

Eberhard: Wissen Sie?

Interviewer: Ja.

Eberhard: Texas nennt=nennt man als Erstes. Ich frage mich immer, nachdem ich niemanden kenne mehr mittlerweile, der bei Texas arbeitet und man auch ganz selten, ein=einmal im Jahr irgendwas in der Zeitung liest, wie sehr das eine Rolle spielt. In den Gewerbeeinnahmen spielt es eine Rolle, okay. Es gibt einige Dinge. Äh also wir=wir können ja in Freising dankbar sein über jedes etwas größere Werk oder jede Ansiedlung oder dann jetzt auch, VW macht ein Ausbildungszentrum und so weiter. Und diese Geschichten, wenn so was kommt, weil wir haben diese Dinge einfach nicht. Und das hat sich halt im Lauf der Zeit so entwickelt. Schule ist A und O, Uni irgendwo schon auch, aber da gibt es viele Lücken, die zu füllen wären und viele Brücken, die zu schlagen wären, aber gar nicht da sind.

Interviewer: Wie würden Sie die finanzielle Situation der Stadt bezeichnen oder beschreiben?

Eberhard: Oberflächlich äh überhaupt nicht toll. Aber genauer hingeguckt weiß ich, dass es geht. Freising hat, ich glaube, Pro-Kopf-Verschuldung von 2, 2, die genauen Zahlen habe ich nicht im Kopf. Ja, 2.200 also schon. Oder 2.114 oder irgendwie in dem Dreh, aber da liege ich gut. Und das ist also schon ganz schön heftig. Aber äh es geht trotzdem.

Interviewer: 2010: 1.800, 1.900 etwa, ja.

Eberhard: Da ist aber nicht alles drin.

Interviewer: Das kann sein.

Eberhard: Jaja, aber so global. Also es ist nicht alles drin, weil äh=äh da auch Sachen gibt, die noch reingerechnet werden und, ach, da gibt es ganze Tabellen und ich habe d- nur den die=die Endsumme im Kopf, so ungefähr. Und es ist schon erschreckend hoch auf der einen Seite, aber es geht trotzdem. Es funktioniert, was die Praxis gezeigt hat. Wie gesagt, ich muss da auch sagen, unser Altoberbürgermeister, wenn er nichts konnte, aber das konnte er, mit der Kohle umgehen. Weil andere Gemeinden sind da die Stadtbücherei, Schwimmbad, Hallenbad, alles dicht.

Interviewer: Ähm noch eine abschließende Frage ist, was müsste Freising tun, was müssten die politischen Instanzen in Freising tun, um die Stadt für die Zukunft zu rüsten?

Eberhard: Entschuldigen. Entschuldigen. Es wird sicherlich also die äh unser neuer Oberbürgermeister wird an seinen Versprechen gemessen längerfristig. Und ich gehe aber auch davon aus, dass d- eher die Verwaltung und das Stadtratsgremium das drauf hat. Er und die Verwaltung vielleicht mehr, ich glaube, wir sind noch alle ganz schön mit Wunschkonzerten verhaftet. Wir müssen da noch ein bisschen restriktiver sein, wenn wir einfach entschulden wollen. Die Haushaltskonsolidierung ist unbedingt notwendig. Ist einfach notwendig. Und das kann, f- ich weiß nicht, ob es klappen kann oder nicht, dazu bin ich zu wenig Buchhalter, um das aber vorstellen kann ich mir das schon. Und die Haushaltsverhandlungen jedes Jahr, die immer so sind, ich bin mal gespannt, wie die neuen Haushaltsverhandlungen sind, so zum Jahresende für den nächsten Haushalt. Lässt sich schlecht sagen. Aber es ist ist sch- machbar ist es. Es ist ja nicht so, dass Freising trotz dieser hohen Verschuldung nicht was zu bieten hat. Eigenen Grund, Gewerbe, all diese Geschichten, Liegenschaften. Also man kann da ganz gut was gegenrechnen, was auch da ist. Aber man kann das natürlich auch versilbern. Man kann sagen, ich verscher-

bel jetzt mein Tafelsilber. Aber das ist letztendlich nicht gewünscht. Das kann man mal mit dem Grundstück machen, mit dem eigentlich kaum jemand was anfangen kann und das gerade für irgendeinen Nachbarn gut liegt und so weiter. Aber insgesamt gesehen sollte man damit sorgsam umgehen und äh nicht mit aller Gewalt alles verscherbeln wollen. Da sind schon auch Fehler passiert, aber=aber äh jetzt nicht so elementar, wie es immer heißt. Freising hat eine ganz große Eigenheit, die mir manches Mal unwahrscheinlich auf den Wecker geht, die ich aber auch begründen kann: Hier wird alles schlecht geredet. Das ist die Münchner Nähe. Das ist die Münchner Nähe. Das ist ganz logisch. Weil sehr viele sind ja jetzt wir sind genau in der Mitte zwischen Landshut und Freising und äh zwischen Landshut und München. Und äh sie haben die Großstadt vor der Türe. Und ich kenne das von anderen Ecken und g- da ist man sieht immer, was die alles haben und was wir auch haben könnten. Nur in kleiner. (Unverständlich). Das ist so seltsam, was die da machen. Klingt so nach Müllcontainer. Aber äh jetzt habe ich den Faden verloren. Ja.

Interviewer: Dass äh alles schlecht geredet wird, weil man auf München guckt und das auch haben möchte.

Eberhard: Jaja. Also und man braucht jetzt unbed- s- s- man braucht unbedingt hier ein großes Freibad, ein Wellnessbad und das und j- braucht man nicht, ist nicht notwendig. Wir haben so viele Dinge, und nicht jede Kommune hat alles. Und die Großstadt ist äh vor der Tür ist jetzt auch nicht gut. Außerdem mal für Ihre Info noch: So viele Leute, die in Freising rausfahren zum Arbeiten, so viele kommen auch rein. Das hält sich die Waage.

Interviewer: Ja. Es ist sogar mehr.

Eberhard: Jaja, ja. Es hält sich einigermaßen die Waage. Durch Universität und all solche Geschichten.

Interviewer: Jaja, klar.

Eberhard: Wobei, wenn man da draußen arbeitet, die Busverbindungen sind ganz ordentlich. Aber=aber auch nur an der Straße und so. Ich weiß schon, warum ich einen Roller habe >lacht<.

Interviewer: Gut. Dann danke ich Ihnen auf jeden Fall.

**Interview 19: Transkription des Interviews mit Richard Grimm,
den Fraktionsvorsitzenden der Freien Wählern im Stadtrat der
Stadt Freising**

- 23. August 2012, 11.00-12.00 Uhr

Interviewer: Und zwar ist mein Fragebogen so ein bisschen unterteilt. Einmal in allgemeine Situationen äh in Freising, dann über Freising in Bund und Land. Ähm der politische Alltag in Freising. Genau. Ähm meine erste Frage wäre, welche strukturellen oder welche politischen Probleme, oder wenn man es nicht Probleme nennen möchte, Aufgaben, denken Sie, ist ähm sind derzeit am bedeutendsten für die Gemeinde Freising? Und gab es da eventuell ähm, ja, Veränderungen in den letzten Jahren oder Jahrzehnten?

Grimm: Ja. Sagen wir mal d- d- >räuspern< schwierigste oder was halt einfach ist, Freising ist diese ist die Nähe zum Flughafen München (unverständlich) zu=zu Erding, Erdinger Moos, und der ja vor 20 Jahren gebaut worden ist. Das war also die erste große Veränderung während der Zeit, die gekommen ist. Und damit war halt, einfach mit dem Flughafen zu leben. Was zur Folge hat, dass man natürlich (unverständlich) einen sehr großen Zuzug hatten und immer noch haben von Arbeitskräften, die kommen, die alle was suchen. Die aber am Flughafen eigentlich nicht unbedingt die Bestbezahltesten sind, sondern eigentlich für die ganzen Helfertätigkeiten und das (unverständlich). Wir haben dadurch waren natürlich das ganze soziale Umfeld zu schaffen, sprich mit Kindergärten bauen und all diese Dinge, die dann notwendig sind. Und jetzt sind wir halt dann eigentlich seit ein paar Jahren ist ja die Diskussion der dritten Startbahn, die ja noch näher an Freising ranrücken soll. Jetzt war also Freising in der letzten Zeit eigentlich geprägt vom Abwehrkampf gegen die dritte Startbahn, was sich momentan >ausatmen< mit diesem Bürgerentscheid in München es hat sich das also etwas gelegt, aber=aber es ist noch nicht also das Damoklesschwert ist noch nicht weg, sondern das

ist das, mit dem man eigentlich leben müssen. Und da (unverständlich) Freising und dadurch sind ja diese Anforderungen an die Kommunen, sprich Schulen und Kindergärten, alles das zu bauen, war natürlich sehr groß und damit sind ist unsere finanzielle Situation natürlich auch nicht so gut. Das ist zwar immer okay, wir jammern sicher auf sehr hohem Niveau, wir haben, jetzt bringe ich die Zahlen nicht zusammen, aber so einen Jahreshaushalt von über hundert Millionen jedes Jahr und haben Schulden im Hoheitshaushalt mit den Töchtern irgendwas von 120 Millionen. Und da wird natürlich schon immer gejammert, wir haben zu viele Schulden, wir haben zu viele Schulden, wir können nicht mehr, und, und, und. Aber wir können uns eigentlich immer noch viel leisten. Also das ist natürlich auch ein hohes=ein hohes Niveau, was da ist. Wo=wo wir sind. Und wir sind eigentlich geprägt momentan von dieser Zwickmühle eigentlich, dass es uns gut geht vom Flughafen und aber eigentlich den Flughafen niederzuhalten, dass der nicht zu groß wird. Weil als Freisinger muss ich sagen, wir haben, bevor der Flughafen gekommen ist, vor '90, wenn Sie die Statistiken anschauen von der (unverständlich) für Arbeit, war der Landkreis Freising immer schon der niedrigste. Bevor der Flughafen da ist. Und wir sind es jetzt auch. Also zu sagen, vom Flughafen, wir sind nur so günstig, weil die gekommen sind, das ist Käse, das stimmt nicht.

Interviewer: Okay. Ähm denken Sie, dass Sie als Stadtrat also der Stadtrat als Ganzes, nicht als Einzelperson-

Grimm: >fällt ins Wort< Ist schon klar.

Interviewer: Ähm genug Gestaltungsspielraum haben, um politisch, also um Kommunalpolitik ähm machen zu können oder sehen Sie das eingeschränkt?

Grimm: >Ein- und ausatmen< Ich meine, das wir sind natürlich immer, wir sind eigentlich das sind alles Zwänge. Das sind=das sind alles Zwänge, weil es geht ja davon es geht ja los von äh Dingen, die=die wir einfach

machen müssen, die dann von oben herunter verordnet sind, die wir und dann gibt es natürlich den Zwang des Geldes, was wir nicht zu viel haben. Das sind natürlich Wünsche, wir bräuchten schon lange eine Eisbahn, ein Hallenbad. All diese Dinge, die eigentlich die Fun-Angelegenheit für die Bevölkerung, was alle wollen. Wo wir uns nicht leisten können, weil wir keine Kohle dafür haben. Und damit ist natürlich schon so ein Gestaltungsspielraum ist da natürlich (unverständlich) im Prinzip hätten wir gern keine Schulden und können es auch nicht mehr (unverständlich) dieses und jenes, dann wäre Gestaltungsspielraum oder so was=so was da. Aber da sind wir natürlich schon eingeschränkt. Und das Nächste ist jetzt so, auch vom wir sind ja wir sind eigentlich von oben runter verpflichtet, bestimmte Dinge da gibt es ja dieses Wunderbare, der Straßen- ähm wie heißt das? Instrumentarium einer Straßenausbausatzung. Das hatten wir zum Beispiel in Freising nie. Wir hatten das no- wir haben uns eigentlich auch dagegen gewehrt, das zu machen. Weil praktisch, wenn Straßen nach 20 Jahren saniert werden, dann wird das umgelegt auf die (unverständlich). Dann kommt es drauf an, was für eine Straße das ist, ob nach Prozentsätzen hin oder her. Und dann hat es geheißen von der Aufsicht, vom Landratsamt, die den Haushalt von Freising genehmigen müssen, es ist noch nicht ausgeschöpft, dass ihr die Straßenausbausatzung habt. Jetzt hat es also geheißen, wir müssen das machen. Also das Landratsamt sagt, wir müssen absch- ich will das nicht, aber die sagen, der Stadtrat muss abstimmen, dass die kommt. Und dann wird gedroht, wenn ich nicht abstimme, dass das kommt, werden wir in Verantwortung genommen, wenn sie nicht kommt, für Ausfälle für die Stadt. Was habe ich da für einen Entscheidungsspielraum? Da habe ich gar nichts. Da bin ich gezwungen von oben runter so abzustimmen, sonst bin ich rechtswidrig. Und das muss ich sagen, das kann es eigentlich nicht sein. Dann sollen sie halt dann soll das Landratsamt sagen, okay, wir verordnen das für die Stadt. Die=die Verwaltung soll das dann verordnen, aber nicht

die Politik entscheiden, eine Zwangsentscheidung. Weil dann ist unser Mandat ist=ist da ist nicht richtig.

Interviewer: Würden Sie sagen, dass der Gestaltungsspielraum ab- oder zugenommen hat in den letzten Jahren?

Grimm: >Ausatmen< also ich denke, dass das relativ gleich geblieben ist. Da hat sich nicht da hat sich nicht viel verändert. Weil natürlich auch diese äh diese Zwänge, die einfach da sind, die notwendig sind über Verordnungen, die kommen. Es geht los, dass jetzt plötzlich gibt es neue Verordnungen für die Schulgebäude für den Brandschutz. Dann gibt es Neuverordnungen für das. Und damit sind wir was haben wir dann für=für Spielraum? Heißt für den Brandschutz, muss in dem Haus auch ein zusätzliches Treppenhaus eingebaut werden. Sagen wir dann, wir bauen das nicht ein, weil wir dafür lieber äh eine Eisbahn wollen und nachher passiert irgendwas. Geht ja gar nicht.

Interviewer: Ja.

Grimm: Also ich habe den Zwang. Also m- es fällt ihnen immer wieder irgendwas ein, dass (unverständlich) wenn wir eine Gestaltungsmöglichkeit hätten, das von irgendeinem Zwang zunichte gemacht wird.

Interviewer: Ähm w- welche Ebene hat diesbezüglich den größten Einfluss auf die Kommunalpolitik? Die Landesebene, die Bundesebene?

Grimm: Mei, wahrscheinlich ich meine, Gesetze werden eigentlich im Bund gemacht. Also im Prinzip muss ich sagen, der Bund, weil das Land kann ja keine Gesetze machen für das Ganze. Das macht die=die Bundes-äh-Regierung macht=macht Gesetze und äh wer es zahlt, sagen sie nicht, sondern das zahlen dann die Kommunen und=und=und geben keinen Ausgleich dafür. Da wird ja ständig auf der Städteebene und, und, und wird da liest man ständig in der Zeitung, dass da gekämpft wird gegen den, und dass die auch versuchen, möglichst Dinge auszulagern und dafür

halt eigentlich nichts=nichts, oder der Zuschuss dafür äh deckt nicht komplett die Kosten ab.

Interviewer: Das heißt, die finanzielle Ausstattung der Gemeinden müsste Ihrer Meinung nach anders geregelt werden?

Grimm: Ja, müsste vor allen Dingen anders geregelt werden, was halt einfach ein=ein=ein wahnsinnig schwierig z- von der- vom Ganzen ist d- das Thema Gewerbesteuer. Gewerbesteuer ist=ist okay, weil das eine Einnahme ist für die=für die Kommune, aber es ist halt wahnsinnig schwer äh planbar, wissen Sie? Weil wir haben, wenn wir s- einen Haushalt müssen stellen in irgendwann im Oktober für nächstes Jahr. Da gibt ´s dann Schätzungen, und dann sagst du, okay, heute haben wir so viel und dann könnten wir vielleicht wieder so viel erreichen. Und dann hat man jetzt dreimal den Segen, dass man dann fast das Doppelte gekriegt haben, waren wir natürlich happy. Aber man würde sich natürlich beim Aufstellen schon leichter, wenn ich weiß, ich habe nächstes Jahr eigentlich so viel mehr, dann würde man sich viel Diskussion ersparen, weil man Dinge hineinnehmen kann. Aber es ist einfach diese Gewerbesteuer ist sicher notwendig als=als Art für die=für die Kommune Geld zu regenerieren. Nur die Gewerbesteuer ist halt einfach viel zu äh viel zu nicht konstant genug. Wissen Sie, wenn=wenn es heißt, okay, wir haben von der Umsatzsteuer einen fixen Anteil in der und der Höhe, mit dem kann man rechnen. Oder=oder eine Steuer, die=die konstant ist oder Einkommenssteuer ist ja auch noch konstant. Aber eine Gewerbesteuer ist ja so was von flexibel, sondern auch davon abhängig, ob die Steuerprüfer unterwegs sind und wieder einen veranlagen, der muss nachzahlen. Der streitet dann dagegen, weil er die Nachzahlung dann plötzlich hat er erwartet er schlechtes Geschäft, dann lasst er sich die Vorauszahlungen runtersetzen. Also das ist sehr, sehr-

Interviewer: Ähm was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, um den Handlungsspielraum wieder zu vergrößern? Also eine Entschuldung, wobei das natürlich schwierig ist, weil äh jede Kommune natürlich im Moment-

Grimm: >fällt ins Wort< Klar, jede hat=jede hat Schwierigkeiten und jeder muss damit um- umgehen und arbeiten oder so was. Sagen wir einfach, wenn wir=wenn wir diese, ja, wenn diese finanzielle Einnahmen, die wir haben, dass diese vielleicht konstanter werden, um besser planen zu können. Um diese, sagen wir, diese gewisse Ungewissheit mit der Gewerbesteuer, wenn man da einen fixen Sockel hätte in einer=in einer gewissen Größenordnung. Dass wir sagen können: Okay, so und so, da läuft das hin. Und dann halt so Dinge, die dann einfach verordnet werden, dass es losgeht. Also geht ´s los, also wir brauchen unbedingt ab nächstes Jahr gibt ´s ähm einen Krippenplatz für alle. Das ist Frau Schröder kann das toll sagen und machen, aber=aber wer zahlt ´s? Die Kommunen. Es wird abgewickelt. Dass man die Plätze brauchen, d´accord, sage ich auch nichts oder so was. Aber dann so kurzfristig sagen, ist so und macht mal. Aber dann gleichzeitig so die Auflagen machen für Krippen mit und auch gar nicht sagen, wer wann die Mitarbeiter, es gibt auch gar keine Mitarbeiter die da drin die da arbeiten. Weil die natürlich aus den strukturschwachen Gebieten, da=da sind arbeitslos, aber die hierherzu ziehen, die ich sage mal, will auch gar keiner, ist auch verständlich, nicht unbedingt weg, dass er sich komplett verpflanzt. Und dann, wenn er bei uns ist, ist ja auch hat der so hohe Nebenkosten von Wohnung und alles, was dazugehört. Und da ist ja dann auch die Großstadt München, die haben dann machen dann Sachen, die s- geben dann an die Kindergärtnerinnen, die kriegen ja umsonst MVV, eine städtische Wohnung, und wohnen die billiger und all diese Dinge. Ist normalerweise aus Beamten- (unverständlich) nicht zulässig und dann heißt es, München macht das. Und dann sagen die, ja okay, wenn im=im- in der Tarifverhandlung, dann sagt ´s, okay, wenn=wenn wir das nicht mehr machen dürfen, dann treten wir aus. Aus dem dann sind wir tarifunabhängig, dann sind wir (unver-

ständig) und das wollen dann die >lachen< die anderen auch wieder nicht und dann lassen´s die machen. Dann kochen die ihre eigene Suppe. Und wir werden damit verglichen.

Interviewer: Ähm zum politischen Alltag jetzt ein bisschen: Die Grünen, die Freisinger Mitte, aber auch die Freien Wähler haben ja eine relativ gleiche Fraktionsstärke im Stadtrat.

Grimm: Ja.

Interviewer: Würden Sie sagen, dass es ähm aufgrund dessen und auch aufgrund dessen, dass es ja relativ viele kleinere ähm oder jetzt kleinere Fraktionen gibt, das häufig zu Kampfabstimmungen kommt, oder würden Sie sagen, das ist eher Sachpolitik?

Grimm: Also das haben wir in Freising eigentlich Kampfabstimmung haben wir in Freising eigentlich noch nie gehabt, sondern wir haben eigentlich immer eine sehr, muss ich sagen, ein sehr kollegiales Verhältnis untereinander und eine sehr große Sachpolitik, muss ich sagen. Und das ist eigentlich ist das mit Aufgabe auch vom Oberbürgermeister. Wir haben vorher den Thalhammer gehabt, der war das ja 18 Jahre, war er ein SPD-Mann. Ist aber dann die letzten beide Mal sogar von der CSU aufgestellt worden. Also sprich er war überparteilich mit allen. Und er hat sich immer seine Mehrheiten bei den einzelnen geholt. Und jetzt ist so, dass der Neue kommt ja aus der war ja früher CSU und dann die Freisinger Mitte geworden. Und sagen wir mal in dem ersten halben Jahr, wo wir jetzt eigentlich das machen zusammen, ist das eigentlich ähnlich. Weil er versucht schon, da alle mitzuziehen und ich denke, dass man da einen relativ >ausatmen< also große Kampfabstimmungen gibt es eigentlich selten. Also bei=bei wichtigen Dingen eigentlich nicht, sondern da sind wir uns eigentlich einig, relativ einig. Es gibt natürlich immer welche, die aber das sind jetzt eigentlich nicht die, sondern das ist dann eher Lichtung Linke oder so was, die prinzipiell gegen alles sind.

Interviewer: Das heißt, es gibt keine üblichen Koalitionen, sondern das wechselt durchaus nach=nach Thema?

Grimm: Jaja, ja, ohne Weiteres. Also es ist nicht so, dass sie jetzt sagt, okay, dass jetzt zum Beispiel wir die Freisinger Mitte immer mit=mit den Freien Wählern stimmt oder so, also eigentlich nicht, sondern das ist ist auch nicht so, dass wir innerhalb der Fraktion sagen, okay, das ist jetzt unbedingt Fraktionszwang. Das gibt es auch nicht, sondern dass das oft eigentlich sehr persönlich, die Abstimmungen, sind, wie man dazu steht. Und ähm schon habe ich den Eindruck für alle eigentlich, dass jeder eigentlich das Wohl für die=für die Stadt das sieht und nicht zum Wohl der einzelnen Gruppierungen.

Interviewer: Ähm gibt es Netzwerke eig- die Sie persönlich als Stadtratsmitglied ähm nutzen, sei es jetzt ähm innerhalb der Partei oder aber auch außerhalb, irgendwie um ähm sich einfach auszutauschen, aber auch eventuell um Problemlösungen zu finden?

Grimm: Also ich habe keine Netzwerke außerhalb oder so was. Also ich denke, dass ich bin auch äh bin als, ja, als Geschäftsmann eigentlich so beschäftigt. Ich bin natürlich insofern ingesch- engagiert in der Innenstadt mit der=mit der Werbegemeinschaft und mit all diesen Dingen und so was. Und das und dafür bin ich auch mit=mit im Stadtrat, also da habe ich meinen Austausch schon. Aber so, dass ich jetzt groß in der äh mich in der=in der Landkreispolitik und im Landespolitik engagiere und schaue, dass ich da in Kurse oder irgendwas gehe oder so was, das mache ich nicht. Also da habe ich auch gar nicht die Zeit dazu.

Interviewer: Also der Austausch findet dann auch eher also, was heißt, der findet zwar auch im politischen Sinne statt, aber eher über das Berufliche dann?

Grimm: Genau, ja. Aber hat eigentlich vor Ort, über die Probleme, die vor Ort sind, und das, was man auch wieder mitkriegt von was die Nachbarkommunen oder so was.

Interviewer: Ähm welche sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Wirtschaftszweige in Freising?

Grimm: >Einatmen< Mei der >räuspern< die wi- die wicht- der größte Arbeitsgeber in Freising, das ist die ist Weihenstephan. Und Weihenstephan ist ein Staatsbetrieb. Das ist die Uni. Also sprich Weihenstephan die=die Fachhochschule. Das heißt ja nicht mehr es heißt Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, die TU München, Weihenstephan und die Landesanstalt. Das sind mal die drei Weihenstephaner Institutionen, die irgendwas zusammen, denke ich mal, 6.000 Beschäftigte haben. Und dann haben wir noch 8.000 Studenten. Wenn alle da sind. Das ist der größte Teil. Der nächste Arbeitgeber ist dann Texas Instruments mit, glaube ich, 1.800 Mitarbeiter zurzeit, die natürlich sehr abhängig sind auch von den Chippreisen und was sich da tut. Also das=das geht ein bisschen auf und ab, aber es ist ja konstant und sind jetzt schon so sehr lang in Freising und ist also da eigentlich ganz wichtig. Und dann gibt es an größeren Betrieben gibt es noch einen Kronseder. Das ist äh >ausatmen< das war früher Steinecker, die so Brauereisachen machen. Und dann ist eigentlich mit größeren Betrieben, Herstellern und so was, ist dann eigentlich schon, ist dann schon vorbei. Dann sind eigentlich alles Kleinere, denke ich, so bis zu maximal 100 Mitarbeiter, wenn überhaupt oder so. Also da ist dann nichts Und das natürlich auch in Freising (unverständlich) Gewerbesteuer. Wir haben natürlich Weihenstephan, aber die zahlen halt keinen=keinen Euro Gewerbesteuer. Und dann haben wir auf unserem Grund haben wir dann die haben wir einen Teil vom Flughafen. Flughafen, da wird praktisch diese äh die Steuer drauf, die wird gedrittelt. Da kriegt ein dri- vier Gemeinden bringen da was. Also (unverständlich) Freising was, kriegt Marzling was und kriegt Schwaig und

Oberding kriegt was. Und da ist schon so, dass da jetzt mal ein bisschen was gegeben hat, aber die eigentlich sehr viel investieren, dass da nicht sehr viel abfällt jetzt an Gewerbesteuer oder Gewinnen, was die erzielen. Und der und damit halt große Gewerbesteuerzahlern halt wenig gibt, weil ich meine, Weihenstephan zahlt nichts und der Kronseder, der gehört ja zu der, zu der Firma Kronseder, die den Hauptsitz in Regensburg hat.

Interviewer: Die zahlen in Regensburg.

Grimm: Und die werden in Regensburg zahlen und ein bisschen (unverständlich) in Freising haben, wenn's wenn=wenn=wenn was abfällt oder so. Also da ist nichts da, also wo das, wo es regeneriert wird in Freising. Und die Staatsbrauerei Weihenstephan, und die werden was zahlen, aber ich weiß nicht, ob so eine Brauerei so viel zahlt. Die investiert- die investieren auch viel immer wieder und, und, und. Am stärksten ist nach wie vor wahrscheinlich die Freisinger Sparkasse, die wird die zahlt vor Ort. Banken, Raiffeisenbank, ja.

Interviewer: Ähm wie würden Sie die finanzielle Situation in Freising beschreiben?

Grimm: Die v- von den Leuten oder von?

Interviewer: Nee, von der Stadt.

Grimm: Von der Stadt.

Interviewer: Von der Kommune.

Grimm: Also ich=ich vertrete die Meinung, dass das alles nicht so gravierend ist und dass man die 100 Millionen Schulden, die wir haben, das ist zwar viel Geld, aber wir haben die 100 Millionen nicht in äh in Sand gebaut, sondern wir haben dafür sehr viel wir haben dafür sehr viel Werte. Wir haben gute Gebäude, die in der letzten Zeit renoviert worden sind. Die Stadtverwaltung ist nur noch in eigenen Gebäuden, nicht mehr zur Miete. Das ist alles neu=neu gebaut oder saniert und umgebaut worden.

Wir haben in den letzten zehn Jahren zehn oder zwölf neue Kindergärten gebaut mit soundso viel (unverständlich), Kinderkrippen, die alle in einem aktuellen Zustand sind. Wir haben äh sind verantwortlich für zwei Gymnasien, ein äh eine Realschule, die un- die in der städtischen Träger und nicht im Landkreis sind. Das ist auch unüblich für eine nicht kreisfreie Stadt, aber das ist damals, wie wir zum Kreis geschlagen worden sind, sind die bei der Stadt geblieben und die sind (unverständlich) muss immer was gerichtet werden, aber die sind eigentlich in einem sehr guten Zustand. Also das ist für=für diese 100 Millionen Schulden, sa- sage ich einfach, haben wir Werte. Wir haben soundso viel Grundstücke, wir haben auch in den letzten Jahren soundso viel neue Fläche gekauft. Wir haben erst wieder irgendwas 150.000 Quadratm- was waren das? 150.000 Quadratmeter oder mehr. 20 Hektar, 30 Hektar. Da draußen so einen Truppenübungsplatz gekauft von der Bundeswehr. Und also es ist dafür haben wir auch soundso viel Grund und alles ist da. Also und man hat jetzt die Steinkaserne da umgebaut, die neu entwickelt wird. Es ist eigentlich für das Geld was gekauft worden und nicht einfach was gemacht worden und das Geld ist weg, sondern es gibt dafür eine Rückführung. (Unverständlich) haben wir noch nicht, dass wir wissen, was das alles Wert ist und (unverständlich), aber rein vom Gefühl her sehe ich das jetzt nicht so=nicht so dramatisch. Und in gewisser Weise ist auch ganz gut, dass man=dass man das hat, weil dann wird viel Schmarrn nicht gemacht und viele Wünsche, die alle hätten, was wir mittlerweile gebaut hätten und nicht mehr brauchen.

Interviewer: Ähm ist es denn ähm problematisch bei Förderprogrammen den Eigenanteil immer zu stellen, oder?

Grimm: Den=den Eigenanteil, den können wir eigentlich den können wir immer ste- also das=das bringen wir schon zusammen, also das da haben wir keine also das funktioniert schon noch, dass wir das haben. Wobei

halt immer das der Frage der Förderung ist ja immer so, was man, wenn ´s dir zu gut geht wenn ´s dir zu gut geht, dann kriegst nichts.

Interviewer: Gut, das ist wahr.

Grimm: Geht ´s dir=geht ´s dir schlecht, dann kriegst was und dann kannst du dir keinen Eigenanteil leisten. >Lacht< Oder?

Interviewer: Das ist tatsächlich so, ja.

Grimm: Oder?

Interviewer: >Räuspert sich< Doch, das ist ein großes Problem. Ähm als abschließende Frage noch: Was muss Freising machen, um für die Zukunft gerüstet zu sein? Welche Aufgaben oder welchen Prob- Handlungssträngen muss sie sich die Stadt jetzt in der Zukunft stellen? Gibt es da überhaupt etwas?

Grimm: Ja, also ich meine, diese=diese Entwicklung wie die letzten Jahre, dass man das auch weiterhin so, ja, nicht=nicht überzieht, sondern in dieser ruhigen Weise vielleicht weiter wächst und das nicht explodieren lässt. Und halt einige Verkehrsprobleme, die nicht unbedingt von uns kommen, sondern die von außerhalb sind, die mit die der Bund und das Land regeln muss. Das ist für den Flughafen der Anschluss von (unverständlich) äh von Rein- Mainburg diese Bundesstraße 301 neu. Und was wir jetzt ja genehmigt haben, das ist ja unsere Erstumfahrung, die uns 70 Millionen kosten wird, wo=wo es natürlich wo wir einen relativ hohen Zuschuss kriegen, aber trotzdem bleiben 20 Millionen bei der Stadt hängen. Also das ist notwendig, um in der Stadt auf Dauer weiterhin äh vernünftiges Leben machen können, weil momentan ersticken wir im Verkehr. Wenn da irgendwas ist auf der Autobahn, dann bricht alles zusammen. Wenn da irgendwo ein kleines Ding ist, dann=dann dann steht alles. Das ist das, was einfach äh was=was notwendig ist. Und dann vernünftige, gesundes Wachs- Wachstum in=in=in (unverständlich) vernünftigen Rahmen, dass wir dafür auch richtig Kindergärten, Schulen,

dass man das alles mit dabei hat und dass das funktioniert. Und nicht das nach außen ausufern lassen, dass man alles zubaut und wachsen auf Teufel komm raus. Das (unverständlich) das muss=das muss nicht sein, sondern einfach diese lange Geschichte, die Freising hat als Stadt, dass man die so langsam weiterwachsen lässt und nicht das irgendwie überüberhudelt, dass man sagt, okay, man weist aus wie verrückt. Und zum Beispiel Erding drüben oder so was, die haben jetzt draußen auf der grünen Wiese haben die was mit 100.000 Quadratmeter Einzelhandel genehmigt. Die machen die komplette Innenstadt kaputt. Das kapieren sie nicht. Das sehen sie in ein paar Jahren, dann ist innen drin nichts mehr los. Und das kann=das kann´s nicht sein, sondern das war muss eigentlich soll sollte so sein. Und da ist an mom- wie momentan der Stadtrat zusammengesetzt ist, sehen das eigentlich alle so, und bis in der letzten Zeit wird sehr restriktiv gefahren, auch von Dingen, von Ausweisungen und, und, und. Und das finde ich, ist gut. Wir haben zwar immer geschimpft, gesagt: In Freising geht das alles nicht und, und, und, und die anderen haben das alle (unverständlich). Aber das ist nicht=ist nicht notwendig, sondern das muss ab einem vernünftigen Maß muss das weitergehen. Schritt für Schritt alle Jahr ein paar hundert Leute oder so was. Aber nicht irgendwo eine Trabantenstadt hin und dann bricht alles zusammen. Also das=das=das muss es nicht sein.

Interviewer: Gut. Dann danke ich schon mal.

Grimm: Bitte.

Interviewer: Ich habe aber noch eine kleine äh kleinen Anfrage. Und zwar, seit wann sind Sie politisch aktiv?

Grimm: (Unverständlich) ich bin jetzt die dritte Legislaturperiode im Stadtrat. Ich bin jetzt seit 16 Jahren (unverständlich). Weil in zwei Jahren (unverständlich) Wahlen und das ist vor 16 Jahren gewesen. Drei mal sechs ist 18, 16 Jahre.

Interviewer: Und von Anfang bei den Freien Wählern?

Grimm: Mhm (bejahend). Ja.

Interviewer: Okay. Da war ich mir nicht sicher, wie lange es die schon in=in Freising gibt.

Grimm: Hier, die waren früher waren des (unverständlich), das ist ja, was sich jetzt eigentlich widerspiegelt (unverständlich). Und zwar früher (unverständlich) Freisinger Block. Da bin eigentlich ich dabei. Und dieser Freisinger Block, der=der hat sich abgespalten vor 24 Jahren aus der CSU. Da war also eine große Abtrennung bei der CSU. Da haben sie es damals zehn Stadträte, haben den Freisinger Block gegründet. Und dann hat es noch eine zweite Gruppierung gegeben: Unabhängige Freisi- UFB: Unabhängige Freisinger Bürger. Das waren dann drei Stadträte oder so was. Und dann der Block, die dann, die s- da abtrünnig geworden sind, die waren dann älter und haben dann nicht mehr (unverständlich) und auf einmal waren das dann bloß noch drei Stadträte und die UFB waren dann zwei Stadträte oder ein Stadtrat. Und dann haben wir gesagt, okay, man macht aus den beiden, haben gesagt, das ist vernünftig, wir gehen zusammen und werden dann drei Wähler. Und dann haben wir gesagt, man nimmt diesen Begriff, der überregional bekannt ist und man nimmt also, dass man dann die Freien Wähler wird. Und da haben wir das dann zusammengebracht letztes Mal im Stadtrat, dass wir acht reingebracht haben. Äh und=und jetzt ist wieder so, dass dann die CSU waren ja da dann zu elft bloß noch. Also wir waren acht, die CSU elf, die=die Grünen waren dann neun. Genau. Und (unverständlich) haben sich dann jetzt letztes Jahr mit der Oberbürgermeisterwahl die=die Freisinger Mitte wieder abgespiegelt- abgespalten von der CSU. CSU sind jetzt bloß noch drei, mittlerweile sind es wieder vier. Weil es ja den weil ja der Oberbürgermeister aus der Mitte gekommen ist und der (unverständlich) aus der CSU ist ja-

Interviewer: >fällt ins Wort< Jaja, klar.

Grimm: Damit hat jetzt die CSU wieder einen mehr. Und dadurch hat sich das eben noch mal=noch mal aufgeteilt, das Ganze. Aber ganz früher, (unverständlich) CSU hat ja dann nur 20 Prozent gehabt äh über=über 20 Personen, das waren mehr wie die=wie die Hälfte und dann war (unverständlich) mehr oder weniger mit denen ist das dann alles passiert. Und das ist g- geht heute jetzt eigentlich nicht mehr. Also man-

Anhang 5: Biographien

Frank Baranowski: Oberbürgermeister der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen ist seit 2004 Frank Baranowski, der 2009 mit 63,9% im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde.⁹⁸⁷ Da gleichzeitig die SPD auch die absolute Mehrheit im Stadtrat erreichen konnte, ist davon auszugehen, dass es vor allem die Persönlichkeit Baranowskis war, die für die außerordentlichen Wahlergebnisse gesorgt haben. Dafür spricht auch die Tatsache, dass 2004 Frank Baranowski im ersten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl noch hinter dem Amtsinhaber der CDU Oliver Wittke lag und die Wahl erst in der Stichwahl mit 51,9% knapp für sich entscheiden konnte.⁹⁸⁸ Der politische Handlungsrahmen mit einem SPD-Übergewicht impliziert zunächst, dass Lernprozesse weniger stattfinden werden, da der Oberbürgermeister und seine Partei nicht zwangsläufig auf die Opposition angewiesen sind, um Politiken durchzusetzen. Frank Baranowski ist Jahrgang 1962 und in Gelsenkirchen geboren und fest dort beziehungsweise im Ruhrgebiet verankert, wie die beruflichen Stationen seines Lebens zeigen. Er ist studierter Lehrer, allerdings seit 1991 nicht mehr in seinem Beruf tätig. Spätestens seit 1995, mit seiner Wahl in den Landtag von NRW, kann man ihn als Berufspolitiker bezeichnen. Durch seine 9-Jährige Zeit als Landtagsabgeordneter in Düsseldorf hat er nicht nur Erfahrungen im Umgang mit kommunaler Politik, sondern auch die landespolitische Seite kennen gelernt.⁹⁸⁹

Joachim Hampe: Stadtrat Joachim Hampe ist Leiter des Vorstandsbereiches 1 für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Recht, Ordnung und

⁹⁸⁷ Zum Wahlergebnis der Oberbürgermeisterwahl vgl. die veröffentlichten Ergebnisse der Stadt auf ihrer Internetpräsenz. Zu finden unter: http://stadt.gelsenkirchen.de/Applikationen/Wahlen/frameset.php?file=status_karte&wahl=11&frame=true; am 25.9.2012.

⁹⁸⁸ Zur Übersicht der Oberbürgermeisterwahlen in Gelsenkirchen vgl. die Angaben der Internetpräsenz der Stadt. Zu finden unter: <http://stadt.gelsenkirchen.de/de/Politik/Wahlen/Kommunalwahlen/default.asp>; am 25.9.2012.

⁹⁸⁹ Alle Angaben des persönlichen Werdegangs wurden der offiziellen Internetpräsenz des Oberbürgermeisters Frank Baranowski entnommen. Zu finden unter: <http://oberbuergemeister.gelsenkirchen.de/lebenslauf/default.asp?highmain=2&highsub=0&highsubsub=0>; am 25.9.2012.

Bürgerservice. Joachim Hampe ist Mitglied der SPD und Ehrenvorsitzender der SPD Berger Feld, einem Stadtteil Gelsenkirchens.⁹⁹⁰

Georg Lunemann: Stadtkämmerer Dr. Georg Lunemann ist Leiter des Vorstandsereiches 2 für Finanzen, Personal und Organisation, Feuerwehr. Dr. Lunemann hingegen ist Mitglied des CDU Gelsenkirchen und erst seit 2010 Stadtkämmerer der kreisfreien Stadt.⁹⁹¹

Peter Tertocha: Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat der Stadt Gelsenkirchen.

Dagmar Szabados: Dagmar Szabados wurde 1947 in Hohlstedt, heute ein Teil des Kreises Sangerhausen im Süden Sachsen-Anhalts, geboren und lebt seit 1976 in Halle. Sie studierte Chemie und war in Halle bereits vor der Wiedervereinigung als Mitarbeiterin der Umweltinspektion in der Stadtverwaltung tätig. Seit 1990 engagierte sich Szabados politisch und auch in der SPD, zunächst als Umweltdezernentin und Bürgermeisterin und seit 2007 schließlich als hauptamtliche Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale).⁹⁹² Die politische Karriere von Dagmar Szabados konzentriert sich hauptsächlich auf die Stadt Halle (Saale) und ist von dieser maßgeblich beeinflusst.

Dr. Bodo Meerheim: Fraktionsvorsitzender der Linken im Hallenser Stadtrat ist Dr. Bodo Meerheim. Bodo Meerheim ist erst seit der Wiedervereinigung Mitglied der Linken beziehungsweise PDS und sitzt seit 1995 im Hallenser Stadtrat. Seit 2003 hat er auch das Amt des Fraktionsvorsitzenden seiner Partei übernommen.⁹⁹³ Hauptberuflich ist er Aufsichtsrats-

⁹⁹⁰ Vgl.: http://www.erle-nord.de/index.php?mod=content&menu=170602&page_id=11209; am 25.9.2012.

⁹⁹¹ Vgl.: Schmeer, Oliver: Kommission empfiehlt: Neuer Kämmerer ruft zum Appell; in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung - Online (6.2.2010). Zu finden unter: <http://www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/neuer-kaemmerer-ruft-zum-appell-id3416027.html>; am 25.9.2012.

⁹⁹² Alle Angaben des persönlichen Werdegangs wurden dem offiziellen Lebenslauf der Oberbürgermeisterin entnommen, welcher auf der Internetpräsenz der Stadt veröffentlicht ist. Zu finden unter: <http://www.halle.de/de/Rathaus-Stadtrat/Oberbuergemeisterin/>; am 26.9.2012.

⁹⁹³ Angaben zu seinem persönlichen Werdegang sind persönlich erfragt wurden während des Interviews als auch der Internetpräsenz des Bürgerinformationsdienstes der Stadt Halle

vorsitzender der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH.⁹⁹⁴

Bernhard Bönisch: Fraktionsvorsitzender der CDU im Hallenser Stadtrat ist Bernhard Bönisch. Er ist Berufspolitiker. Erstmals politisch aktiv wurde er durch den „Runden Tisch Bildung“ der Stadt Halle im Zuge der Wiedervereinigung und trat 1991 in die CDU ein.⁹⁹⁵ Er ist ebenfalls seit 1995 im Stadtrat und seit 2003 Fraktionsvorsitzender der CDU.⁹⁹⁶ Seit dem Jahr 2002 ist er ebenfalls Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalts in Magdeburg. Als geborener Hallenser, der dort Mathematik studierte und sein ganzes Leben verbracht hat, ist er eng mit der Stadt verbunden.⁹⁹⁷ Trotz dieser Verbundenheit schaffte er es nicht, das höchste Amt der kreisfreien Stadt zu erreichen. Bönisch trat sowohl 2006 als auch 2012 als CDU-Spitzenkandidat für die Oberbürgermeisterwahl an und verlor beide Male in der Stichwahl knapp.⁹⁹⁸

Klaus Lorig: Klaus Lorig ist damit der am längsten im Amt seiende Oberbürgermeister der vier Fallbeispiele. Er wurde 1952 geboren und ist seit 2003 im Amt.

Stefan Rabel: Fraktionsvorsitzende der CDU im Völklinger Stadtrat ist Stefan Rabel. Er ist seit seiner Jugendzeit Mitglied der CDU und auch seitdem politisch aktiv in Völklingen und dem Saarland. Zunächst in der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU und anschließend im

entnommen. Zu finden unter: http://buergerinfo.halle.de/kp0050.asp?__chist=1&__kpenr=99970&grnr=1058&__cgrname=3Fraktionsvorsitzende; am 26.9.2012.

⁹⁹⁴ Vgl. hierzu die Angaben auf der Internetpräsenz des Unternehmens. Zu finden unter: <http://www.gwg-halle.de/impressum/>; am 26.9.2012.

⁹⁹⁵ Alle Angaben des persönlichen Werdegangs wurde der offiziellen Internetpräsenz von Bernhard Bönisch entnommen. Zu finden unter: <http://bernhard-boenisch.de/ueber-mich/>; am 26.9.2012.

⁹⁹⁶ Angaben der Internetpräsenz des Bürgerinformationsdienstes der Stadt Halle entnommen. Zu finden unter: http://buergerinfo.halle.de/kp0050.asp?__chist=1&__kpenr=99935&grnr=1058&__cgrname=3Fraktionsvorsitzende; am 26.9.2012.

⁹⁹⁷ Alle Angaben des persönlichen Werdegangs wurde der offiziellen Internetpräsenz von Bernhard Bönisch entnommen. Zu finden unter: <http://bernhard-boenisch.de/ueber-mich/>; am 26.9.2012.

⁹⁹⁸ Vgl. Medienberichterstattung des MDR zur Oberbürgermeisterwahl in Halle (Saale). Zu finden unter: http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/ob-wahl210_zc-a2551f81_zs-ae30b3e4.html; am 26.9.2012.

Stadtrat.⁹⁹⁹ Hauptberuflich war er Leiter der Europaabteilung des Ministeriums für Inneres, Kultur und Europa.¹⁰⁰⁰ Seit den Landtagswahlen im Saarland im März 2012 ist er Leiter der Abteilung C für Koordination und Medien in der Staatskanzlei des Saarlandes.¹⁰⁰¹ Damit ist Stefan Rabel kein Berufspolitiker im klassischen Sinne, aber eng mit der Politik des Saarlandes verbunden und in ihr verhaftet.

Stefan Skora: Stefan Skora wurde 1960 bei Hoyerswerda geboren und lebt seitdem in der Gemeinde. Er ist Diplom-Ingenieur und arbeitete bis 1990 im VEB Schwarze Pumpe. Mit der Wiedervereinigung begann auch sein politischer Werdegang. Zunächst kam er über die Teilnahme am Runden Tisch zur Politik und auch zur CDU. Anfangs arbeitete er als Mitarbeiter, Referent oder Dezernent für die politische Leitung des Landkreises, später dann Stadt Hoyerswerda. Ab 2006 ist er nun hauptamtlicher Oberbürgermeister der Gemeinde Hoyerswerda.¹⁰⁰² Auch er kam mit dem Mauerfall und den gesellschaftlichen Veränderungen zur Politik, wie viele weitere aktive Politiker der neuen Bundesländer auch. Seine politische Aktivität fokussierte sich dabei vornehmlich auf die Gemeinde Hoyerswerda. Während seiner gesamten bisherigen Amtszeit musste er eine Konsenspolitik führen, da seine Partei im Stadtrat über keine sichere Mehrheit verfügt.

Ralf Haenel: Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Stadtrat Hoyerswerda Ralf Haenel ist bereits seit 1973 Mitglied der Partei, damals noch in der SED, seitdem auch politisch aktiv für Hoyerswerda.¹⁰⁰³ Im Stadtrat sitzt er seit 2004 und wurde damals auch zum Fraktionsvorsitzen-

⁹⁹⁹ Alle Angaben des persönlichen Werdegangs wurden persönlich erfragt

¹⁰⁰⁰ Vgl. hierzu die Angaben der offiziellen Internetpräsenz des Saarlandes. Zu finden unter: <http://www.saarland.de/SID-049598D7-BC76BF23/88894.htm>; am 26.9.2012.

¹⁰⁰¹ Vgl. hierzu die Angaben der Staatskanzlei auf der Internetpräsenz des Saarlandes. Zu finden unter: http://www.saarland.de/organisation_staatskanzlei.htm; am 26.9.2012.

¹⁰⁰² Alle Angaben zum persönlichen Werdegang Stefan Skoras wurden dem offiziellen Lebenslauf des Oberbürgermeisters entnommen, welcher auf der Internetpräsenz der Stadt veröffentlicht ist. Zu finden unter: <http://www.hoyerswerda.de/index.php?language=de&m=2&n=319>; am 26.9.2012.

¹⁰⁰³ Angaben wurden während des Interviews persönlich erfragt.

den gewählt.¹⁰⁰⁴ Im Jahr 2006 war er Oberbürgermeisterkandidat für die Linkspartei, scheiterte aber im ersten Wahlgang. Mittlerweile ist er im Ruhestand.

Ralf Zeidler: Ralf Zeidler, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler StadtZukunft, war im Januar 2004 Gründungsmitglied der Freien Wähler in Hoyerswerda und begann zu diesem Zeitpunkt politisch tätig zu werden. Die Freien Wähler gründeten sich zum einen aus neuen Mitgliedern, die mehr Selbstverwaltung forderten und dem bereits existierenden StadtZukunft e.V.. Daher entwickelte sich auch der Doppelname der Partei. Die neue Partei konnte 2004 gleich in den Stadtrat einziehen und 2009 erneut.¹⁰⁰⁵ Ralf Zeidler ließ sich erst 2009 für die Kommunalwahl aufstellen und wurde in den Stadtrat gewählt, gleichzeitig übernahm er das Amt des Fraktionsvorsitzenden. In der Wahlperiode vorher war er allerdings als sachkundiger Einwohner bereits im Stadtrat tätig.¹⁰⁰⁶ Hauptberuflich ist er Lehrer an einem der Gymnasien in Hoyerswerda.¹⁰⁰⁷

Uwe Blazejczyk: Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtrat Hoyerswerda ist Uwe Blazejczyk. Er ist ebenfalls Lehrer und derzeit Schulleiter des Foucault-Gymnasiums in Hoyerswerda.¹⁰⁰⁸ Mitglied der SPD ist er seit der Wiedervereinigung und auch seitdem politisch aktiv.¹⁰⁰⁹ Im Stadtrat

¹⁰⁰⁴Angaben zum Werdegang im Stadtrat Hoyerswerda der Bürgerinformation der Stadt entnommen. Zu finden unter: <http://ratsinfo-online.de/hoyerswerda-bi/kp020.asp?KPLFDNR=7>; am 27.9.2012.

¹⁰⁰⁵Die Angaben zur Geschichte der Freien Wähler sind dem persönlichen Gespräch mit Ralf Zeidler entnommen.

¹⁰⁰⁶Die Angaben zum politischen Werdegang sind der Bürgerinformation der Stadt entnommen. Zu finden unter: <http://ratsinfo-online.de/hoyerswerda-bi/kp020.asp?KPLFDNR=111&options=4>; am 27.9.2012.

¹⁰⁰⁷Die Angaben zum beruflichen Werdegang sind dem persönlichen Gespräch mit Ralf Zeidler entnommen.

¹⁰⁰⁸Zur Position des Schulleiters vgl. die Angaben der Internetpräsenz der Schule. Zu finden unter: http://www.foucaultgymnasium.de/templates/tyTP_standard.php?topic=Ansprechpartner; am 27.9.2012.

¹⁰⁰⁹Angaben zum politischen Werdegang sind dem persönlichen Gespräch entnommen.

sitzt er seit 2004 und seit den Kommunalwahlen 2009 ist er Fraktionsvorsitzender der SPD.¹⁰¹⁰

Dr. Albrecht Schröter: Oberbürgermeister von Jena ist Dr. Albrecht Schröter. Er wurde 1955 in Halle (Saale) geboren und lebt seit 1984 in Jena. Sein politisches Engagement begann mit der Wende 1989 und er war Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs. Da sich diese später der CDU anschloss, trat er 1990 in die SPD ein. Schröter ist studierter Theologe und Pfarrer und war vor 1989 vor allem kirchlich engagiert. Seit 1997 begann er hauptberuflich politisch tätig zu werden. Zunächst als Landesbeauftragter des Freistaates Thüringens für neureligiöse Gruppen als auch Lehrerausbildung, dann als Dezernent für Soziales und Kultur der Stadt Jena. Im Jahr 2006 wurde er zum hauptamtlichen Oberbürgermeister der Stadt Jena gewählt.¹⁰¹¹ In seinem Amt wurde er im Mai 2012 bestätigt: Verfehlte er im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit knapp, konnte er sich in der Stichwahl klar mit 72,9% gegen den CDU-Kandidaten Prof. Dr. Dietmar Schuchardt durchsetzen.¹⁰¹² Aufgrund des Koalitionsvertrages kann sich der Oberbürgermeister einer Mehrheit im Stadtrat relativ sicher sein, wobei er innerhalb der Koalition auf eine starke Konsenspolitik angewiesen ist. Weiterhin wurde in Jena mit den Fraktionsvorsitzenden der Grünen gesprochen.

Benjamin Koppe: Benjamin Koppe ist Fraktionsvorsitzender der CDU im Jenaer Stadtrat. Darüber hinaus ist er auch Kreisvorsitzender der Jungen Union in Jena.¹⁰¹³

¹⁰¹⁰Die Angaben zur Tätigkeit im Stadtrat sind der Bürgerinformation der Stadt entnommen. Zu finden unter: <http://ratsinfo-online.de/hoyerswerda-bi/kp020.asp?KPLFDNR=5&options=4>; am 27.9.2012.

¹⁰¹¹Alle Angaben zu seinem persönlichen Werdegang sind dem offiziellen Lebenslauf entnommen, der auf der Internetpräsenz der Stadt Jena veröffentlicht ist. Zu finden unter: http://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtverwaltung/dezernat1/oberbuergermeister/portraet_/233674; am 27.9.2012.

¹⁰¹²Das Wahlergebnis des ersten Wahlgangs sowie der Stichwahl sind dem amtlichen Endergebnis entnommen, welches auf der Internetpräsenz der Stadt Jena veröffentlicht ist. Zu finden unter: <http://www.jena.de/statistik/wahl/start.php>; am 27.9.2012.

¹⁰¹³Ein kurzer politischer Werdegang findet sich auf der Seite der CDU Jena. Zu finden unter: <http://www.cdu-jena.de/inhalte/1014137/mitglieder/index.html>; am 27.9.2012.

Tilo Schieck: Schieck, Jahrgang 1964, ist Fraktionsvorsitzender der Grünen im Jenaer Stadtrat. Während den 1980er Jahren war er in der DDR bei der kirchlichen Friedensbewegung aktiv und seit den 1990er Jahren bei den Grünen. Im Jenaer Stadtrat war er bereits Mieter der 1990er Jahre tätig und dann seit 2001 wieder. Beruflich arbeitet er als technischer Mitarbeiter.¹⁰¹⁴

Tobias Eschenbacher: Fraktionsvorsitzende der Freisinger Mitte Tobias Eschenbacher gewann überraschend die Stichwahl zum Oberbürgermeister mit 56,9% gegen den Kandidaten der Grünen Sebastian Habermeyer.¹⁰¹⁵ Tobias Eschenbacher wurde 1977 in München geboren und lebt seit 1983 in Freising. Er ist damit der deutlich jüngste Oberbürgermeister der hier untersuchten Kommunen und dürfte auch zu den Jüngeren gehören, wenn man alle Kommunen derselben Größe zu Rate zieht. Bis zu seiner Amtsübernahme 2012 war er als gelernter Einzelhandelskaufmann als selbstständiger Unternehmer tätig. Politisch aktiv ist er seit seiner Jugendzeit, zunächst in der CSU und seit 2011 in der Freisinger Mitte. Im Stadtrat Freising saß er seit 2002.¹⁰¹⁶ Der politische Werdegang ist nur mit der Stadt Freising verbunden und verlief sehr schnell.

Rosemarie Eberhard: Fraktionsvorsitzende der Grünen ist Rosemarie Eberhard. Rosemarie Eberhard ist sitzt seit 2002 im Freisinger Stadtrat und ist seit 2008 neben Dr. Jürgen Maguhn Fraktionsvorsitzende der Grünen.¹⁰¹⁷ Hauptberuflich arbeitet sie als Technikerin am Lehrstuhl für Lebensmittelverfahrenstechnik und Molkereitechnologie des Wissenschafts-

¹⁰¹⁴Seine biographischen Daten finden sich auf der Seite der Grünen in Jena. Zu finden unter: <http://www.gruene-jena.de/stadtratsfraktion/abgeordnete/>; am 29.9.2012.

¹⁰¹⁵Zum Wahlergebnis des ersten Wahlgangs als auch der Stichwahl der Oberbürgermeisterwahl 2012 wurde der Internetpräsenz der Stadt Freising entnommen. Zu finden unter: <http://www.freising.de/rathaus/buergerbuero/dienstleistungen/sonstige-aufgaben/wahlen/oberbuergemeisterwahl-2012/ergebnis.html>; am 27.9.2012.

¹⁰¹⁶Alle Angaben zu seinem persönlichen Werdegang sind dem Lebenslauf entnommen, der auf der Internetpräsenz von Tobias Eschenbacher veröffentlicht ist. Zu finden unter: <http://www.tobias-eschenbacher.de/tobias-eschenbacher>; am 27.9.2012.

¹⁰¹⁷Alle Angaben zum politischen Werdegang sind dem persönlichen Gespräch mit Rosemarie Eberhard entnommen.

zentrums Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der TUM.¹⁰¹⁸

Richard Grimm: Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler ist Richard Grimm.

Richard Grimm sitzt seit 16 Jahren im Stadtrat und war von Anfang an bei den Freien Wählern aktiv, die sich vor 24 Jahren aus dem Freisinger Block gegründet haben. Seit 2008 ist er Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler.¹⁰¹⁹ Hauptberuflich ist er Unternehmer und besitzt ein Haushaltswaren- und Küchenutensiliengeschäft in der Freisinger Innenstadt.¹⁰²⁰ Damit sind beider Fraktionsvorsitzende keine Berufspolitiker.

¹⁰¹⁸Vgl. Mitarbeiterliste der Internetpräsenz des Lehrstuhls. Zu finden unter: <http://www.lmvt.wzw.tum.de/index.php?id=67>; am 27.9.2012.

¹⁰¹⁹Alle Angaben zum politischen Werdegang sind dem persönlichen Gespräch mit Richard Grimm entnommen.

¹⁰²⁰Vgl. Internetpräsenz der Firma. Zu finden unter: <http://www.mein-grimm.de/kontakt/freising/kontaktformular.html>; am 27.9.2012.

Lebenslauf

Afra Kern studierte Politikwissenschaft, Osteuropäische Geschichte und Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg, der Universität Zagreb und der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Ihre Schwerpunkte lagen dabei auf der politischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland, dem sozioökonomischen Wandel sowie den deutsch-deutschen Entwicklungen nach 1989. Darüber hinaus forschte sie über die Geschichte der Länder des ehemaligen Jugoslawiens, dem Jugoslawismus als auch zum Beitrittsprozess Kroatiens in die Europäische Union.

Im Anschluss an ihr Studium begann Afra Kern ihr Promotionsstudium an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt. Neben der Promotion war sie Lehrbeauftragte am Lehrstuhl für Strukturanalyse moderner Gesellschaften und hielt Seminare über die Parteien im Freistaat Thüringen, über die Transformation auf dem Balkan als auch zu den kommunalen Herausforderungen des Strukturwandels.